„Das hat mit Demokratie nichts zu tun"

HA 20.1.81

Herten. Zu den verschiedenen Meinungsäußerungen zu den Betriebsratswahlen auf der Schachtanlage Schlägel & Eisen schrieb jetzt auch Walter Auf der Straße, Listenführer der DAV-Vorschlagsliste folgenden Leserbrief:

„Im Frühjahr 1981 werden in den Betrieben die neuen Betriebsräte gewählt. Man wird in der Vorbereitung darauf nicht das veränderte Klima übersehen dürfen. Zwei Tatbestände machen das sichtbar, einmal der von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie geforderte Alleinanspruch zur Einreichung von Vorschlagslisten, zum anderen die bewußte Unterschlagung von gesetzlichen Bestimmungen, die bei Betriebsratswahlen eindeutig den Belegschaftsangehörigen ein gesetzliches Vorschlagsrecht zubilligen.

Wer den Artikel „Kumpel bestimmen die IGBE-Reihenfolge" vom 30. 12. 1980 und den Leserbrief „Sachlich falsche Behauptungen" vom 15. 1. 1981 aufmerksam liest, für den ist klar, daß der Betriebsratsvorsitzende Heinz Preuß von der Schachtanlage Schlägel und Eisen ein Demokratieverständnis verbreiten läßt, daß sich nicht mehr an den gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, sondern nur noch an dem Machtanspruch der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie orientiert. Betriebsratswahlen sind aber keine Gewerkschaftswahlen. Sie sind erst recht nicht Sache einer Gewerkschaftsrichtung. Betriebsratswahlen sind eine Angelegenheit der Belegschaft. Die fähigsten Kollegen sollen aufgestellt und gewählt werden. Was Herr Preuß der Belegschaft von Schlägel und Eisen als Persönlichkeitswahlen offeriert, hat mit echten Persönlichkeitswahlen überhaupt nichts zu tun.

Bei der sogenannten Vorwahl, an der sich richtigerweise auch nur Mitglieder der IGBE beteiligen dürfen, wird den Belegschaftsmitgliedern eine Auswahlliste linientreuer Funktionäre präsentiert, die sich in erster Linie als verlängerter Arm ihrer Gewerkschaft betrachten. Das sind die betriebsfremden Gesichtspunkte, nach denen die sogenannte IGBE-Liste (Einheitsliste) unter Ausschaltung der übrigen Belegschaft aufgestellt wird. Von Persönlichkeitswahl kann bei einem derartigen Verfahren nicht die Rede sein. Vielmehr werden der Partei und der IGBE genehme Persinen bevorzugt als Kandidaten aufgestellt, wie im Leserbrief „Parteibuch oder Qualifikation" eindeutig bewiesen wurde. Im wachsenden Ausmaß tritt an die Stelle der Belegschaftsdemokratie, wie sie im Betriebsverfassungsgesetz zu Recht vorgesehen ist, die sozialistische IGBE-Demokratie. Allein zuständig aber ist die Belegschaft. Sie hat zu bestimmen, wer Belegschafts- und damit die betrieblichen Interessen der Arbeitnehmer vertreten soll. Was aber soll man davon halten, wenn bei der Nominierung für den „neutralen" Wahlvorstand nur Vorschläge aus den Reihen der IGBE akzeptiert und Vorschläge des DAV mit der Mehrheit abgelehnt werden. Was soll man davon halten, wenn die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie ihre Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl von möglichst allen Belegschaftsmitgliedern unterschreiben läßt, obwohl sie nur 100 Unterschriften dafür benötigt. Mit dieser Methode sollen von vornherein Minderheiten daran gehindert werden, gültige Wahlvorschläge einreichen zu können. Das alles hat aber mit Demokratie nichts mehr zu tun. Politische Parteien müssen sein. In der freiheitlichen Demokratie kommt es sogar darauf an, daß möglichst alle Staatsbürger am politischen Leben Anteil nehmen und einen demokratisch-politischen Standort beziehen. Aber es kommt auch darauf an, daß jeder weiß, wo Parteipolitik am Platze ist und wo nicht. Es geht in der Demokratie sicherlich nicht an, alle Lebensräume zu „politisieren" oder noch deutlicher gesagt: es ist demokratisch und gesellschaftspolitisch gesehen falsch, alles und jedes parteipolitisch zu „vergewaltigen" und zu beeinflussen. Zu den gesellschaftspolitischen Einrichtungen, mit der die Politisierung und Parteipolitisierung nichts zu tun haben, gehört auf jeden Fall der Betrieb. Die Parteipolitischen sehen den gesamten Betrieb mit parteipolitischen Augen. Den Chef oder die Unternehmensleitung, die Personalabteilung, die Arbeitskameraden, die Betriebsordnung und die Betriebsvereinbarungen, ja sogar die Arbeit.

Der Wertmaßstab für sie ist ihre Partei, ihre Partei allein. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß ihre Parteipolitik gerade gut genug ist, um den gesamten Betrieb damit zu beheiligen. Jedes ihrer Gespräche ist parteipolitisch; jeder Augenblick wird, wenn es eben geht — parteipolitisch „gestaltet", auch die Frühstückspause: Dazu kommt noch, daß die Partei die einzig richtige und die einzig zeitgemäße ist. Es geht diesen parteipolitisch „Überbelichteten" im Betrieb fast nie um die Sache, sondern fast immer um ihre Parteiinteressen. Deshalb ist es besonders verhängnisvoll, wenn Betriebsratsmitglieder diesen parteipolitischen Trend pflegen. Es gibt unter ihnen solche, die die Betriebsräte parteipolitisch zusammengesetzt sehen wollen; nur Leute ihrer Partei werden auf den Wahllisten benannt. Ob diese die sachlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Betriebsrealität mitbringen, ist ihnen gleichgültig. Hauptsache: sie sind von ihrer Partei.

Sie scheuen sich also nicht, den Betrieb — allerdings einigermaßen verdeckt — ganz in den Dienst ihrer Parteipolitik zu stellen. Ganz gleich, ob das den Belegschaftsmitgliedern paßt oder nicht. Wenn man die parteipolitische Rückendeckung hat, kann man sich — wie sie meinen — schon einiges leisten. Die DGB-Gewerkschaften geben sich heute gern als „Hüter und Garanten der Demokratie" aus, wie aus dem Leserbrief des Herrn Preuß hervorgeht. Er sucht den Eindruck zu erwecken, daß ausgerechnet die Gewerkschaften schon im Jahre 1933 alles haben kommen sehen, schon damals die einzige zum Widerstand entschlossene Gruppe waren usw.

Was ist die Wahrheit? So bekundete Theodor Leipart, 1. Vorsitzender der Freien Gewerkschaften, bereits am 30. 1. 1933 die Parole, nicht Demonstration, sondern Organisation sei die Forderung der Stunde, das Bestreben auf friedliche Koexistenz mit den neuen Machthabern. So empfahl der Aufruf des sozialistischen ADGB zur Regierungsübernahme Hitlers „kühles Blut und ernste Besonnenheit"; suchte eine Reihe von Gewerschaftsfunktionären — teils aus Selbsttäuschung über den „sozialistischen" Charakter der NSDAP, teils Opportunismus — Brücken zu den arbeits- und sozialpolitischen Exponenten der Bestrebung der NSDAP zu schlagen. Am 7. 4. 1933 stellte Leipart vor dem Bundesausschuß des ADGB wiederum die Bereitschaft fest, alle Grundsätze zu opfern, um die Organisation zu retten. Er forderte die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Regierung. Wenn also der Betriebsratsvorsitzende der Schachtanlage Schlägel und Eisen, geschichtspolitische Argumente zu den Betriebsratswahlen anführt, dann muß er auch bei der historischen Wahrheit bleiben. Um es noch einmal zu unterstreichen, auf der Schachtanlage Schlägel und Eisen gibt es seitens der IGBE keine echte Belegschaftsliste und darum keine Persönlichkeitswahlen. Das einzig und allein ist der Grund, warum der DAV nunmehr gehalten ist, eine konkurrierende Liste aufzustellen. Dies ist gesetzlich verankert und sein gutes Recht. Wenn Herr Preuß schlußendlich den lieben Gott und die 10 Gebote bemüht, dann befindet er sich mit Bundeskanzler Helmut Schmidt in bester Gesellschaft. Auch der Bundeskanzler hatte das 7. Gebot (Du sollst nicht falsch Zeugnis geben wider deinen Nächsten!) vor dem Bekanntwerden des ersten Rentenbetruges einmal mißbraucht.

Enttäuschung bei der „Bürgeranhörung" zum Thema „Mammuthalde"

Haben nur gehört, was wir schon wußten

RATLOS war Chefmarkscheider Heinrich Rawert von der Bergbau AG Lippe bei vielen Fragen der Diskussionsteilnehmer zur Haldenplanung des Bergbaus. (WAZ-Bild: Wiebold)

„Nach mehrstündiger Diskussion habe ich den Eindruck, daß hier niemand richtig informiert ist. Ich habe kein eindeutiges Wort darüber gehört, welche Auswirkungen die geplante Mammuthalde auf die Bevölkerung und unsere Stadt hat. Niemand hat bisher ein Wort darüber verloren, welche umweltbelastende Konzentration sich in Herten künftig zusammenballt." Dieser Diskussionsbeitrag einer Einwohnerin war bezeichnend für die Einwohnerversammlung über die Planung von Bergehalden (die WAZ berichtete). Und sie richtete den Appell an Hertens Politiker: Sie haben sich allem Anschein nach bisher nicht richtig informiert. Ehe sie über das Ja oder Nein zur Halde beschließen, machen Sie sich sachkundiger!

Der Vorwurf, daß fast acht Monate nach Bekanntwerden des Rahmenkonzeptes zur Haldenplanung des Regierungspräsidenten nichts auf dem Tisch liegt, was gutachterlich verwendet werden kann, zeigt die Misere: Erst jetzt soll eine Umweltverträglichkeitsanalyse in Auftrag gegeben werden.

Experten

Viele Diskussionsteilnehmer äußerten ihre Verwunderung darüber, daß die Unterrichtung der Einwohner über die Bergehaldenplanung nach der Gemeindeordnung mit monatelanger Verspätung erfolgt, obwohl Paragraph 6b ausdrücklich „möglichst frühzeitig" vorschreibt.

Ungehalten daher auch ein Vertreter der Halden-Bürgerinitiative: „Wir haben doch nur das gehört, was wir schon wußten und vor Monaten bereits in der Presse stand. Die hier anwesenden Experten haben nichts Konkretes gesagt, da bisher nichts vorliegt. Ist die Mammuthalde bereits beschlossene Sache?" Keine Antwort auch von Bürgermeister Willi Wessel auf die Frage, ob nach dem Vorliegen von Gutachten vor der Entscheidung im Parlament eine weitere Einwohnerversammlung vorgesehen ist.

Chefmarkscheider Heinrich Rawert von der Bergbau AG Lippe stellte heraus, daß die BAG bis zum Jahr 2000 fast 380 Mio. t Berge unterbringen muß. Es werde damit gerechnet, daß durch Blasversatz 180 Mio. t wieder unter Tage „verschwinden". Dafür sei eine Investition von 30 bis 80 Mio DM notwendig. Für die Blasversatztechnik hat die BAG nach den Worten von Rawert bisher 30 Mio DM für die Forschung ausgegeben. „Wenn der Blasversatz verstärkt eingeführt werden kann, könnten sich die Bergschäden bis zu 50 v. H. verringern", betonte er. Da der Blasversatz bisher technisch jedoch nur bei einer Strebhöhe von 1,90 Meter durchführbar ist, müsse man wohl noch etwas warten, ehe die Berge stärker als bisher nach unter Tage kommen.

Rawert gestand ein, daß bisher nur vier von 26 Zechen der Ruhrkohle ein Transportsystem für den Blasversatz aufweisen. „Hier hat der Bergbau in den vergangenen Jahren geschlampt und sich auf das billige aber umweltbelastende Haldenkippen verlassen", warf ihm ein Diskussionsteilnehmer vor. „Die Ruhrkohle hat stärker auf Gewinn gesetzt als die Belange der geschädigten Bevölkerung gesehen." Die Bergämter hätten ihm dabei noch geholfen, „denn wenn man ein zecheneigenes Gesetz (Berggesetz) hat, kann man sich alles erlauben", hieß es.

Trauerspiel

Es wurde bedauert, daß die Stadt Herten praktisch keine Planungshoheit über den „Halden-Süden" der Stadt hat. Da das Parlament zum Haldenkonzept des Regierungspräsidenten selbst bei einem Nein sich dem „Spruch" des Bezirksplanungsrates in Münster „unterwerfen" muß, „können wir eigentlich nach Hause gehen", meinte ein Diskussionsteilnehmer. „Was sich hier uns heute geboten hat, ist ein fachliches Trauerspiel mit viel Geschwafel. Die ganze Bürgeranhörung ist doch nur Augenwischerei", resümierte er weiter.

Mehreren Ratsherren wurde in der Haldenfrage Befangenheit vorgeworfen, da sie bei der Ruhrkohle beschäftigt sind. „Es wäre fairer, wenn jeder Ratsherr seinen Beruf offenlegt, dann kann man seinen Diiskussionsbeitrag besser bewerten." Wenn der Rat über Diskussionsbeitrag besser bete eine namentliche Abstimmung erfolgen, „damit jeder Bürger weiß, wie ‚sein' Abgeordneter votiert hat."

Die Halden-Bürgerinitiative hat bisher über 6000 Unterschriften gegen die Mammuthalde gesammelt. Bei der Einwohnerversammlung trugen sich über hundert Teilnehmer in die Initiativ-Liste ein. — Die WAZ wird in der morgigen Ausgabe zum Thema „Haldenplanung" weiter berichten.

MIT GROSSEM ERNST debattierten die Diskussionsredner um den richtigen Weg in der Haldenfrage. Stellvertretender Bürgermeister Werner (Mitte) mahnte, den Leitantrag mit geringen redaktionellen Änderungen passieren zu lassen. Präsidiumsmitglied Kasperek (links) erreichte für seine „Ablehnungsfraktion", daß „ein Zeichen für eine Verringerung der Schüttmengen gesetzt wird". Noch im Bild: Artur Porr und Fraktionsführer Steinhart (rechts). (WAZ-Bild: Wiebold)

Parteitag der SPD:

Halden-Burgfrieden

Nach fünf Stunden eifriger Debatte und rhetorischem Schlagabtausch gab es eine Art „Burgfrieden" zwischen den beiden Fronten beim außerordentlichen Stadtparteitag der SPD. Zwar kam dies bei der endgültigen Abstimmung dann nicht mehr zum Tragen (nur sechs Delegierte waren gegen das überarbeitete Papier), aber zuvor wetterte Kasparek: „Wir weisen die Angstmacherei mit den Arbeitsplätzen zurück! Welche Arroganz und welchen Übermut besitzt der Bergbau, die Fläche zwischen der Emscherbruch-Deponie und der Ewaldstraße als ‚Reservefläche' anzusehen? Wenn der Bergbau unseren Vorstellungen für ein (Halden-)Landschaftsbauwerk nicht folgt, kommt hier kein Kilo Halde mehr nach Herten!"

Beifall für diese klare Äußerung bei den Delegierten, zumal Kasperek auch vor einer „Besetzung" der Halden nicht zurückzuschrecken scheint. Problematischer jedoch die Auseinandersetzung, ob der Änderungswunsch des Ortsvereins Westerholt (Schüttwinkel statt 1:3 nur 1:4 und Begrenzung des Volumens auf eine mittlere Höhe von 20 Metern) noch in den Leitantrag einfließen durfte. Dagegen war Willi Wessel, der um „eine breite Mehrheit" kämpfte, um mit diesem Spielraum „weiter die Arbeit im Parlament und die Stellungnahme der Stadt zum Konzept" politisch beeinflussen zu können.

Auch Heinz Preuß erinnerte (als Gesamt-Betriebsratsvorsitzender der BAG-Lippe) noch einmal an die Kostensituation beim Bergbau: „Allein die Umstellung des Bergetransportes auf die Schiene erhöht den Kohlepreis um drei Mark pro Tonne!" Herbert Werner eindringlich: „Wir wollen die Flächen im Hertener Süden nicht auf alle Ewigkeit aufgeben, deshalb sollten wir um eine vernünftige Gestaltung bemüht sein!" kit.

WAZ 19.1.81

... Experten fühlten sich überfordert

Größte Bergehalde Europas

450 Bürger stellten Fachfragen – Fachleute mußten meist passen

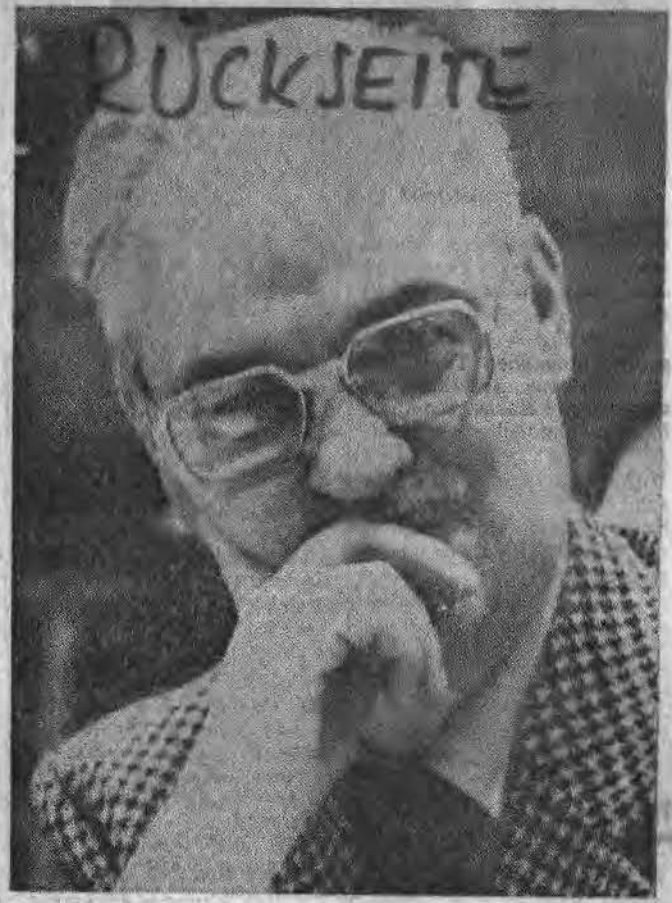
„Hier wird die größte Bergehalde Europas konzipiert und gestaltet. Eine ähnliche Mammuthalde existiert bisher in keinem Steinkohlengebiet. Daher können viele Fragen nicht beantwortet, viele Probleme noch nicht erkannt werden. Es sind mehrere Gutachten und Forschungsaufträge notwendig, da wir uns auf Neuland bewegen." So Dr. Gerhard Petsch, Dezernent für Landschaftspflege und Forstwesen vom Kommunalverband Berge-

... Lippe ...planer Friedrich Wilhelm Steimann von der Bezirksregierung Münster erläuterten eingangs, daß hinreichend bekannte Haldenkonzept, während Stadtbaurat Günther klar herausstellte, daß es „in dieser Form für Herten nicht zu akzeptieren ist" und forderte eine Reduzierung der Schüttmassen, um echte Landschaftsbauwerke anlegen zu können. Bisher sind für die vorhandenen drei Halden (Emscherbruch, Ewald und Hoppenbruch) 80 Mill. t genehmigt, davon sind erst 40 Mill. t gekippt. Durch die Zuschüttung des Hohewardtales und der Umsiedlung von 240 Bewohnern und den Abbruch von 90 Häusern sollen weitere 100 ... t Schüttkapazitäten geschaffen werden.

In der Einwohnerversammlung, in der Protestplakate oft schallendes Gelächter und Unmutsäußerungen die Szene meist beherrschte, wurde deutlich, daß die Mehrheit der Fachleute überfordert war, verbindliche Aussagen zu machen. Die notwendigen Fakten hierfür fehlten. Viele Fragen wurden nicht oder nur allgemeinverbindlich beantwortet. „Wir brauchen für ein meteorologisches und klimatologisches Gutachten mindestens 18 Monate", stellte Dr. Jürgen Frank vom Technischen Überwachungsverein fest. Mit Wind- und Niederschlagsstörungen sei auf jeden Fall zu rechnen. Bisher liegt vor allem noch kein Gutachten vor, das etwaige gesundheitliche Schädigungen auf den Menschen darlegt.

Ein großes Fragezeichen ist vor allem das in unmittelbarer Nähe gelegene Rohstoffrückgewinnungszentrum. Die zu erwartenden erheblichen Emissionen sind bisher überhaupt noch nicht erfaßt. Hans Brix vom Erdbaulaboratorium konnte ebenfalls keine genauen Angaben über eine etwaige Änderung im Grundwasserspiegel machen, und der Präsident der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung Albert Schmid betonte, ebenso wie Stadtbaurat Günther, daß eine Kultivierung der geplanten Superhalde kaum möglich ist, wenn der vom Bergbau vorgesehene Böschungswinkel so steil bleibt. Günther kündigte von der Verwaltung einen Katalog an, in dem alle Kriterien aufgelistet sind, die bei der Haldenplanung zu berücksichtigen sind, um Gutachten zu erstellen.

Fazit: Die Bürgerversammlung lehnt die vom Bergbau konzipierte Halde in ihrer geplanten Form ab, „da wir uns in Herten sonst den größten Schuttabladeplatz des Bundesgebietes schaffen". Es ist fast unmöglich, daß bis zur Erklärungsfrist Ende Mai das Parlament alle notwendigen gutachterlichen Erkenntnisse hat, um ein „Halden-Urteil" zu fällen. Die WAZ berichtet noch detailliert über die Einwohnerversammlung, die für viele einer Tragik-Komödie gleich.



DR. GERHARD PETSCH vom Kommunalverband Ruhrgebiet: „Bei der Gestaltung der größten Halde Europas bewegen wir uns auf Neuland". (WAZ-Bild: Wiebold)

Außerordentlicher SPD-Stadtverbands-Parteitag zum Haldenproblem:

Leitantrag nach heftiger Diskussion angenommen

Viereinhalb Stunden erregte Diskussion und Verfahrens-Hickhack, dann stand fest: Bei nur sechs Gegenstimmen und drei Enthaltungen nahmen die übrigen 88 Delegierten des außerordentlichen SPD-Stadtparteitages den Leitantrag zum Thema „Halden in Herten" an. Oder wie es in der Präambel formuliert ist: „In der Beurteilung von Haldenstandorten, Haldenformen und Haldenschüttungen müssen diese Forderungen als Zeitlinie dienen."

Auf Grund dieses Vier-Seiten-Papiers wird die SPD-Fraktion die geplante Mammuthalde im Rat mit den anderen Fraktionen weiter beraten — nachdem die SPD-Fraktion ja bereits das Konzept des Regierungspräsidenten abgelehnt hat. Zu Anfang referierte Präsidiumsmitglied Artur Porr noch einmal, was dieser Leitantrag bewirken soll: „Wir sollten nicht in dem ‚Jein' der CDU steckenbleiben, die bis heute noch kein Programm hat, das sie vorlegen könnte." Im übrigen habe sich die SPD für die Kohle-Vorrangpolitik entschieden und dürfe daher auch den Konsequenzen des Bergbaus nicht aus dem Wege gehen. Und — auf die erste Bürgerversammlung am Freitag in der Gesamtschule eingehend: „Das Rahmenkonzept scheint uns sehr ‚am grünen Tisch' angefertigt — das hat uns die Veranstaltung am Freitag gezeigt. Die Antworten der Sachverständigen waren doch häufig mehr als dürftig!"

Die Sozialdemokraten — ergänzte Porr — seien Realisten, die Partei könne nicht einfach nur ‚nein sagen". Ein erstrebenswertes Ziel sei vielmehr, die bestehenden Betriebsplanverfahren aufzuheben „und dazu wird der Bergbau nur bereit sein, wenn vernünftige Landschaftsbau-Konzepte und zusätzliche Flächen bereitgestellt werden.

Die weitere Auseinandersetzung rankte sich im wesentlichen um die bekannten „Dolipunkte" in der Haldendiskussion: Warum kann nicht mehr Bergematerial wieder nach unter Tage gebracht werden? Man bezweifelte den ernsthaften Willen des Bergbaus, hier mehr zu tun. Dagegen wiederum wurden Stimmen laut, die darauf beharren, in einem vollmechanisierten Abbau kommen nach gegenwärtiger Technik nur in Betracht.

Eine in der Ansprache geforderte Kosten-Nutzen-Analysw in der Haldenwirtschaft scheint aber wohl in weiter Ferne.

Brisant wurde die Atmosphäre, als sich Bauausschußvorsitzender Siegfried Hoyer zu Wort meldete, der zuvor mit einem Protokoll über die Besprechung mit Vertretern des Bergbaues (am letzten Dienstag im Rathaus) für Furore gesorgt hatte. Kernsätze aus dem Brief, den er an die Fraktionsmitglieder schickte: „Die Vertreter des Bergbaues sind auf die Vorschläge der SPD nicht eingegangen, wonach auf größerer Fläche Landschaftsbauwerke zu errichten sind. Sie wollen nach wie vor die Großhalde, die im Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten enthalten ist. Die Ablehnung dieser Großhalde ...durch die SPD... hat also überhaupt keinen Eindruck gemacht. Die Vertreter des Bergbaues sind bereit, mit der Stadt Herten eine Rahmenvereinbarung abzuschließen, aber eben nur über eine solche Großhalde."

Zuvor hatte Bürgermeister Wessel diese „Rahmenvereinbarung" zwischen Bergbau und Stadt jedoch in einem anderen Licht dargestellt: „Ich muß in aller Fairneß sagen, daß sich der Bergbau in der Haldengestaltung sehr kooperationsbereit gezeigt hat. Wir könnten in zwei Monaten einen solchen Vertrag schließen und ich finde, wir sollten diese Chance nutzen."

(Wird fortgesetzt) **kit.**

DIE REIHEN GESCHLOSSEN haben die Sozialdemokraten in Sachen Halde: Mit nur sechs Gegenstimmen passierte der „Leitantrag" das Gremium des außerordentlichen Stadtverbandsparteitags im Siebenbürgerhaus. (WAZ-Bild: Wiebold)

Die Decke zum Verkriechen

HA 18.1.84

Herten. „Wer handelt hier verantwortungslos?" fragt sich die CDU-Fraktion in einer Stellungnahme zur Erklärung des SPD-Vorstandes des Ortsvereins Herten-Mitte/Süd. Fraktionspressesprecher Ingo Wolff:

„Die Dreistigkeit der Genossen, diesmal von Herten-Mitt/Süd, übersteigt seit langem die Grenzen des Erträglichen und dessen, was politisch noch vertretbar ist.

Sie behaupten: 1. Die CDU habe keine Meinung zur Halde, was unverantwortlich sei. 2. Die CDU wolle sich ein Hintertürchen offenhalten bis zur entscheidenden Ratssitzung im Mai. 3. Die CDU-Fraktion habe dem sogenannten „Tendenzantrag" (Halde auf erweiterter Fläche) nicht mitgetragen, was ebenfalls unverantwortlich sei. 4. Sie selbst, die SPD, sei die einzige Partei, die ein Konzept habe und deshalb allein das Wohl und das berechtigte Interesse der Hertener Bürger im Auge habe. Solche Behauptungen und Feststellungen kommen aus einer dümmlichen Einbildung, maßloser Selbstüberschätzung und politischer Arroganz. Sie werden auch nicht wahrhaftiger, je mehr und öfter sie wiederholt werden.

Was sagt die CDU wirklich: 1. Die CDU lehnt das Haldenkonzept des Regierungspräsidenten ab. Die darin vorgesehenen Flächen und Mengen sind in der vorgeschlagenen Größenordnung völlig undiskutabel. 2. Es kann nicht Aufgabe des Rates oder einer Partei sein, dem Regierungspräsidenten zu sagen, was er dennoch in Herten an Haldenmaterial unterbringen kann. 3. Nach der Ablehnung seines Konzeptes soll der Regierungspräsident sich erneut und, wie wir meinen, gründlicher als bisher Gedanken darüber machen, ob überhaupt neue Belastungen angesichts der schon vorhandenen tragbar sind. 4. Die CDU-Fraktion hält sich kein Hintertürchen auf (wozu auch?). Wir werden diese klare und unmißverständliche Stellungnahme auch im Mai vertreten, wenn der Regierungspräsident von der Willensbildung des Rates unterrichtet werden muß.

Wie sehr die Genossen mit ihrem Tendenzantrag auf den Bauch gefallen sind, wurde deutlich auf der am nächsten Tag schnell einberufenen Pressekonferenz. Fazit dieser Pressekonferenz: Das zerschlagene Porzellan ließ sich nicht mehr zusammensetzen.

Die Ursachen aber für diese Auseinandersetzungen liegen tiefer: Sie liegen in dem, was unter dem Begriff „Hoyer-Konzept" bekannt geworden ist. Es kam in einem Augenblick, wo die SPD-Fraktion einer ungeheueren Zerreißprobe ausgesetzt war. Nicht wenige Genossen waren im Begriff, ihrem Bürgermeister Wessel die Gefolgschaft aufzukündigen, da er es war, der den Haldenstandort angeboten hatte.

In dieser ausweglosen Situation war das „Hoyer-Konzept" ein Glücksfall. Was konnte es leisten? 1. Es konnte alle widerstrebenden Kräfte in der Fraktion einigen. 2. Jeder Genosse konnte sich auf ein Konzept berufen. 3. Eigenes Nachdenken war entbehrlich geworden und das gepeinigte Gewissen beruhigt. 4. Die eigene, selbständige Auseinandersetzung war überflüssig geworden, denn einer hatte es für alle gemacht.

So wurde das „Hoyer-Konzept" für die SPD-Fraktion und dann auch für die Gesamtpartei die warme Dekke, unter der alle sich verkriechen konnten, besonders auch die, die durch ihre berufliche Bindung dem Bergbau verpflichtet sind.

Was aber bringt sein Konzept den Hertener Bürger, dessen Wohl und berechtigtes Interesse allein, so wird immer wieder behauptet, von der SPD wahrgenommen wird?

1. Das Hoyer-Konzept beschert den Hertener Bürgern die Halde auf einer Fläche, deren Maß weit über die im Regierungspräsidenten-Konzept angegebenen hinausgehen.

2. Verwaltung und SPD-Fraktion haben es aufgegeben, in der Hand das „Hoyer-Konzept", nachzuweisen, daß der Raum unseres Stadtgebietes überhaupt nicht mehr belastbar ist. (Eine Erkenntnis, die 1978 noch von allen Parteien überzeugend vertreten wurde.)

3. Die Verwaltung verzichtet in schöner Übereinstimmung mit der Mehrheitsfraktion auf eigene Gutachten, da sie im „Hoyer-Konzept" den Stein der Weisen gefunden zu haben glaubt.

Fazit: Das so oft beschworene Wohl des Bürgers und sein berechtigtes Interesse bleiben auf der Strecke! Die Wahrheit ist machmal bitter. Am Ende fragen wir noch einemal: Wer handelt hier verantwortungslos?

Klappern zu

Herten. (rkl) 300 Bürger, die, so die Bürgerinitiative, ihre grüne Heimat verlieren sollen. Zwei Halden, die laut Flugblatt zum Sargdeckel und nicht zum Landschaftsbauwerk für die Stadt würden. Transparent-Träger, die jeden eintreffenden Politiker schon im Foyer mit lautem Stöckeklappern empfinden — die Vorzeichen des großen „Halden-Hearings" im Gesamtschul-Forum standen ganz eindeutig auf „stürmisch". Es sollte denn auch nur 72 Minuten dauern, ehe der erste Tumult den WDR-Kameramann unsicher werden ließ, wohin er seine Linse denn nun richten könnte. Nicht weniger als 25 Experten waren der Einladung nach Herten gefolgt. Akademiker, Verwaltungs-„Größen", Wissenschaftler und Vertreter der verschiedensten, sachkompetenten Gremien nahmen Schulter an Schulter am meterlangen Podium Platz. Vor ihnen füllten sich schon vor dem offiziellen Veranstaltungs-

Heinrich Rawert, Chefmarkscheider der BAG Lippe, erläuterte aus der Sicht seines „Unternehmens" die aktuelle Haldenproblematik. Foto: Egon Kordts

beginn die Reihen zusehens. Neben einer Prise Polemik, unzähligen, scharfen Zwischenrufen und -fragen erwartete die (anfangs) 400 Besucher eine Fülle von technischen und juristischen Erläuterungen.

Geschichtlich zusammenfassende und überregional darstellende Betrachtungsweisen sollten die Diskussion eröffnen. Als erster ergriff Heinrich Rawert (Hauptabteilungsleiter BAG Lippe) das Wort.

Er knüpfte in seinen Erläuterungen ursächliche Verbindungen von der heimischen Steinkohle und deren Abbau zu den Ölpreisen, zur Vielzahl technischer Neuerungen, ja sogar zur Kursentwicklung des Dollars. Vor allem aber unterstrich er, daß es sich bei dem Herten einschließenden Großraum (Oberhausen bis Waltrop) um die künftige Kernzone bei der Kohlegewinnung handle.

Hierbei sei die verstärkte Anwendung des oft geforderten Blasversatzes (Rückführung des Bergematerials in die Unter-Tage-Stollen) aus umweltpolitischen wie aus bergbautechnischen Gründen erstrebenswert. Was dem Bürger unnötig große Haldenberge erspare, ginge auch mit Erleichterungen im Bergwerk (Senkung der Temperaturen, Stabilisierung ganzer Strebe) einher.

Langfristig könnte ein beträchtlicher Teil (180 Millionen Tonnen) des Bergematerials der gesamten BAG blasversetzt werden. Hierzu aber sei die Erstellung der entsprechenden Infrastruktur (Transport- und Blaseinrichtungen) nötig — und sie sei eben nur mit einigem Zeitaufwand zu realisieren. Ansätze hierzu seien bei „Schlägel und Eisen" wie auch bei „Ewald" vorhanden.

Weiterhin, so Rawert, ginge die ebenso begehrte Umstellung der Bergetransporte auf die Schiene mit erheblichen Kosten Hand in Hand. Für den Raum Herten müsse jährlich mit einem Mehraufwand gegenüber dem Lkw-Transport von 16 Millionen Mark gerechnet werden.

Auch Friedrich Wilhelm Steimann (Abteilungsleiter im Regierungspräsidium Münster) unterstrich die Langfristigkeit so gearteter Lösungen. Gegenwärtig herrsche energiepolitische Klarheit; die heimische Steinkohle stünde im Mittelpunkt des Interesses. Förderungssteigerungen großen Stils ließen aber auch anwachsende Bergemengen anfallen. Aus einer Reihe von Gründen wäre die Lagerung in wenigen, großdimensionierten Halden sinnvoll.

Lachsalven

Deshalb sehe das Konzept des RP neun Großhalden (statt wie bisher 16 „Berge" kleineren Typs) im Regierungsbezirk vor — und eine davon sollte eben in Herten Süd entstehen.

Stadtbaurat Günther beschloß den ersten Vortragsteil mit dem Appell, zu überdenken, ob nicht durch eine Halde mit landschaftsgestaltenden Qualitäten der ohnehin am natürlichen Lebensnerv getroffene Süden saniert werden könne. Der Pflanzenbewuchs in diesem Gebiet drohe infolge schon vollendeter Schädigungen vollends abzusterben.

Die Reaktion der Veranstaltungsteilnehmer — nicht wenige von ihnen gehörten einer Partei, der Bürgerinitiative oder einem anderen Verband an — reichte von lautstark vertretenem Ärger über Angst bis zu scharfen, persönlichen Angriffen. Da empfand der eine Mitleid mit dem Stadtbaurat. Bürgermeister Willi Wessel kommentierte wiederholte Lachsalven mit der Bemerkung: „Ich verstehe natürlich, daß Sie sich amüsieren." Da nannte einer der Zuhörer vergangene Äußerungen des nicht anwesenden Landrats Marmulla „instinktlos" und wurde nach seiner Frage, was der ganze Abend denn solle — wenn die wirklichen Entscheidungen sowieso an anderer Stelle getroffen würden — mit stürmischem Beifall bedacht.

Immer wieder sprach man Befürchtungen aus, bei den schon jetzt hohen Umweltbelastungen im Süden durch Industrie-Immissionen, geplantes Rohstoffrückgewinnungs-Zentrum, vorhandene Halden und andere Faktoren sei mit der Superhalde — landschaftsgestaltend oder nicht — eine dramatische Steigerung der Gesundheitsgefährdungen verbunden.

Die Mehrzahl der zu Wort Gekommenen bemängelte auch das Fehlen detaillierter Untersuchungsergebnisse in Sachen Umweltverträglichkeit und Auswirkung einer Großhalde. Vertreter des Landesoberbergamts, der Bergämter Recklinghausen und Marl, der Landesanstalt für Ökologie, Landesentwicklung und Forstplanung, des Technischen Überwachungs-Vereins und anderer Institutionen hätten exakte, ökologisch verwertbare Daten zur Halde nicht genannt.

Gutachten

Ein Teil der Wortmeldungen forderte mit Nachdruck die Erstellung von Gutachten, ein anderer befürchtete Befangenheit der Gutachter je nach Couleur des Auftraggebers.

Hierzu eine Zwischenbemerkung eines Zuhörers: „Was hier zu hören war, nämlich, daß Verkehrslärm durch Bergelaster störend ist, hätte nicht erforscht werden müssen. Ich habe vor zehn Jahren an der Schüt-

r Begrüßung

Informationsaustausch: Stadtdirektor Heinz Pickmann am Tisch der Vertreter des Kommunalverbandes Ruhr aus Essen. Foto: Egon Kordts

zenstraße gewohnt. Da hätten Sie mich nur fragen müssen, das hätte ich Ihnen auch sagen können!"

Der Vorwurf der Befangenheit traf nicht allein die Gutachter. In einem langen, in juristischem Fachstil verfaßten Vortrag forderte ein Teilnehmer, alle wortführenden Ratsherren sollten auch ihren Arbeitgeber nennen. Die neuere Rechtsprechung stelle auch dann Befangenheit eines Politikers fest, wenn dieser vorgreifend und hob hervor, derartige Fragen würden im Betriebsplan der Großhalde ohnehin behandelt.

Begrünbarkeit und Einflüsse auf den Grundwasserspiegel waren weitere Zentralpunkte der Debatte. Dr. Gerhard Petsch (KVR-Dezernent für Landschaftspflege und Forstwesen) betonte, Halden verhielten sich je nach Lage und Zusammensetzung individuell. Allein ein Experiment am Modell könne hier Aufschluß liefern.

Diese und ähnliche Forderungen riefen wiederum zeitliche Zweifel auf den Plan: Ein Vertreter des „TÜV" hatte für eine exakte Untersuchungen zu Klima-Auswirkungen eine anderthalbjährige Frist genannt — die Anhörungsfrist der Stadt hingegen endet mit Beginn des Juni.

RRZ zum Ausklang

Für einiges Aufsehen sorgte auch lautstark vorgetragene Befürchtung, das westlich der Ewaldstraße gelegene Gelände solle lediglich als „Reservefläche" einer nochmaligen Vergrößerung der geplanten Superhalde dienen. Mit Bereitstellung zusätzlicher Flächen zur Abflachung des Haldenböschungs-Winkels hätte das gar nichts zu tun, so ein aufgebrachter Ratsherr. Aussagen von BAG-Mitgliedern hätten gezeigt, daß dieses Gebiet in deren Plänen längst mitbeansprucht sei.

Fachbegriffe und sachinterne Erörterungen prägten das Gespräch zunehmend — mit vorrückender Stunde leerten sich die Besucherbänke. Ein ausgiebiger Abschweif zu Fragen an die KVR-Vertreter zur Erweiterung des Rohstoffrückgewinnungs-Zentrums markierten den Ausklang der Halden-Debatte.

zenstraße gewohnt. Da hätten Sie mich nur fragen müssen, das hätte ich Ihnen auch sagen können!"

Der Vorwurf der Befangenheit traf nicht allein die Gutachter. In einem langen, in juristischem Fachstil verfaßten Vortrag forderte ein Teilnehmer, alle wortführenden Ratsherren sollten auch ihren Arbeitgeber nennen. Die neuere Rechtsprechung stelle auch dann Befangenheit eines Politikers fest, wenn dieser vorgreif

Eingerollt hatten die Gegner der Bergehalde ihre Transparente nach viereinhalbstündiger Diskussion bei der Bürgerversammlung in der Gesamtschule. Foto: Egon Kordts

lich (also nicht unmittelbar) an einer Entscheidung mitwirke, die das ihn beschäftigende Unternehmen mit Vorteilen segnen könne. Bei hauptberuflich für die BAG Lippe tätigen Politikern könne dieser Fall eintreten.

Mit großer Skepsis wurden auch Äußerungen Rawerts beantwortet, bei der Haldenaufschüttung könne in einer Zwischenphase über Auswirkungen und die weitere Aufstokkung nochmals entschieden werden. Günther Kraus (Leiter des Recklinghäuser Bergamts) verwies auf die Möglichkeit, den Betriebsplan für das „Bergegebirge" nur in kleineren, etwa 5-Jahres-Schritten, zu genehmigen.

Besorgt fragten Zuhörer nach „rechtlichen Bremsen"; einer von ihnen überraschte mit einem detailliert ausgearbeiteten Beschluß-Vorschlag für den Rat. Der nämlich solle Verletzungen des kommunalen Selbstbestimmungsrechts Hertens durch das Haldenkonzept zum Anlaß nehmen, vor Gericht zu ziehen.

Die Diskussion drehte sich lange um den Punkt „Einbeziehung der vorhandenen Halden und kleinen Füllideponien und Bewertung von Brandgefahren". Rawert verwies auf anderorts gemachte Erfahrungen, bezeichnete die Einbeziehung der Klein-Deponien (etwa der der Zeche Ewald") als „völlig problemlos"

Kommentar

Einwohnerversammlung — Thema Bergehalden. Die demokratische Feigenblatt-Übung für ein Projekt, das rechtlich noch keine, faktisch schon längst Zustimmung gefunden hat, ist durchgestanden. Nach mehr als vier Stunden Hin- und Her-Redens ist der Vorhang bei diesem Kasperletheater gefallen. Dem Gesetz ist Genüge getan. Wer eine bessere Inszenierung erwartet hatte, hat das Spielchen noch nicht richtig erkannt.

Dabei sind die Regeln so einfach: Immer so tun, als sei noch alles offen, als könne über dieses und jenes noch diskutiert werden. Man kann ja so herrlich befreit aufspielen, weil man weiß, daß das nicht so ist. Natürlich werden die Anregungen der Bürger eifrig mitprotokolliert — sonst hätte man ja nichts „nach sorgfältiger Abwägung" vom Tisch zu wischen.

Natürlich wird im Rat noch um eine Stellungnahme „gerungen" werden, damit auch der Bezirksplanungsrat etwas zum Wischen hat. Natürlich wird im Zweifelsfall das Land ein wenig beim Entscheidungsprozeß mithelfen — schön demokratisch, versteht sich.

Gutachten? Aber sicher kommen die. Da war am Freitag von einer Fülle von möglichen Veränderungen durch die Groß-Halde die Rede, von Einwirkungen auf den Naturhaushalt, von gestörten Windfeldern.

„Bei günstigsten Bedingungen brauchen wir für ein Klima-Gutachten 1½ Jahre", sagte Geophysiker Dr. Jürgen Frank vom TÜV. Auf so etwas kann man natürlich nicht warten.

Die Papierkorb-Stellungnahme der Stadt muß bis Ende Mai abgeliefert sein, im Juli fällt die Entscheidung im Bezirksplanungsrat. Ist es da nicht beruhigend, von Heinrich Rawert als dem Vertreter der BAG Lippe zu erfahren, daß die Technische Universität Berlin schon Ende März ein Klima-Gutachten vorlegen will? Die werden schon das Passende aus dem Hut zaubern, die Berliner. Die Könige hielten sich Hofnarren, die Bürger einer Demokratie Gutachter.

Das Volk will unterhalten werden. Am Freitag wurde das Soll mehr als erfüllt. Zwei Dutzend Experten, die auf konkrete Fragen keine konkreten Antworten geben konnten, weil es noch keine gibt. Ein Bürgermeister als Diskussionsleiter, an dem ein schlechter Diplomat verlorengegangen ist. Gut vorbereitete Mitglieder der Bürgerinitiative, die das Spiel offenbar durchschaut haben, aber trotzdem prima mitspielten. Und Sätze zum Mitschreiben wie der von Bergbau-Mann Rawert, die technischen Vorbereitungen für die Umstellung des Bergetransportes auf die Schiene seien bereits angelaufen.

Aber, aber — wo doch die Halde noch gar nicht beschlossen ist?! Dabei sollten wir uns freuen. Die Groß-Halde bringt schließlich, so Rawert, „erhebliche Vorteile für das Stadtgebiet". Hier werde eine zerstörte Landschaft saniert. Zerstört? Durch wen? Ungesunde Wohnverhältnisse an der Hohewardstraße? Wieso?

Bergwerksdirektor Mende von der Zeche Schlägel & Eisen hat doch am 2. November 1970 in der nichtöffentlichen Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit der Halde Emscherbruch laut Protokoll erklärt, „daß die etwa 300 Siedler in den Schrebergarten-Häusern an der Hohewardstraße durch die Haldenkippung nicht belästigt und in ihren Rechten beeinträchtigt würden. Es sei undiskutabel darüber zu sprechen, ob der Bergbau Mittel für die Umsiedlung der Anwohner der Hohewardstraße zur Verfügung zu stellen bereit sei. Eine Beeinträchtigung des die Halde umgebenden Geländes sei nicht zu befürchten".

Na bitte! Wenn heute ökonomische Zwänge in diesem Kasperletheater zu Textänderungen geführt haben, sollten wir das nicht so ernst nehmen: Das Stück ist das gleiche geblieben. So mies es auch ist: Ich habe nicht die Hoffnung, daß es jemals abgesetzt wird.

Gregor Spohr

400 beim „Halden-Hearing"

n Foyer Siedler und Mitglieder Bürgerinitiative, am Eingang erschriftenlisten, im Forum der amtschule auf der einen Seite ein r von Behördenvertretern und Sachverständigen (25 an der Zahl), auf der anderen Seite rund 400 Bürger und ein Kamerateam des WDR: Einwohnerversammlung zur Planung von Bergehalden. „Auch bei nur 30 Metern Halde verlieren 300 Menschen ihr Zuhause", erinnerten die Siedler auf ihren Transparenten — und die Bürgerinitiative mahnte auf Flugblättern „Wir wollen nicht noch den Abraum aus anderen Schachtanlagen". Bis spät in die Nacht hinein wurde gestern gefragt, erläutert, diskutiert, gefordert. Wir werden in unserer Montagsausgabe ausführlich auf die Veranstaltung eingehen.

Fotos: Egon Kordts

Lautstarker Protest von 450 Hertener Bürgern

gegen die von der Ruhrkohle AG im Stadtgebiet geplanten größten Bergehalde Europas, die bis zum Jahr 2000 über 180 Mio Tonnen Bergematerial aufnehmen und eine Höhe von 90 m erreichen soll. Dafür müssen 90 Häuser einer Gartensiedlung mit 240 Bewohnern abgerissen werden. In einer Bürgeranhörung wußten 25 Experten die äußerst fachlichen Fragen meist nicht zu beantworten, da sie sich überfordert fühlten. „Wir müssen erst untersuchen, was wir untersuchen sollen", hieß es. Bis zum 30. Mai muß das Hertener Parlament zum Rahmenkonzept für Bergehalden des Regierungspräsidenten Münster seine Stellungnahmea abgeben. Es wird bezweifelt, daß bis zu diesem Zeitpunkt alle notwenigen Gutachten für die geplante Mammuthalde vorliegen um ein fachgerchtes Urteil abgeben zu können.

waz-Bild: Wiebold

HA 17/18.1.89

Klage über den Bergetransport „Nicht selten auch bis 22 Uhr"

Viele Anrufe/ Eine Anregung: Straßenschilder mit Erläuterungen ergänzen

HERTEN. Die Bergetransporter fahren, fahren, fahren - frühmorgens, nachts und an Samstagen auch nachmittags. Das sagen Bewohner der Feldstraße und der Schützenstraße immer wieder. Auch in unserer letzten Telefonaktion „Ihr Draht zu uns" kam wieder eine Beschwerde von einem Anwohner der Feldstraße. Von der Vereinbarung mit der RAG, daß Bergetransporte um 17 Uhr eingestellt werden sollen, sei nichts zu merken. „Das ist eine unzumutbare Belastung", empört sich ein Anrufer. Alle 30 Sekunden führe ein Laster über die Feldstraße, und die Bergetransporte dauerten nicht selten bis 22 Uhr.

Die Zeche Schlägel & Eisen soll über den Bergetransport hinaus noch durch einen durchdringenden Dauer-Summton den Langenbochumern rund um die Uhr gegenwärtig sein. Wie ein Anwohner der Feldstraße meint, hört man den Ton nachts besonders deutlich. Er meint, daß das Geräusch vom Lüfter der Zeche verursacht wird.

An einem konkreten Fall im eigenen Bekanntenkreis ist einer Anruferin deutlich zu Bewußtsein gekommen, wie weit fortgeschritten die Gleichberechtigung ist. Der Mann ihrer Bekannten ist gestorben, und nun muß diese mit 6o Prozent der Rente auskommen, die ihr Mann bekommen hätte. Stirbt die Frau eher als der Mann, bekommt der Mann „seine Rente natürlich" zu einhundert Prozent.

Daß Nebenstraßen nicht vom Schnee befreit werden, findet Irene Nissen besonders ärgerlich. Sie sagt:„Es ist doch zwecklos, wenn die Hauptstraße geräumt werden, und man sich auf den Nebenstraßen den Hals bricht." Vor dem Hauptportal des Elisabeth-Hospitals parken nach Feststellung einer Leserin sehr viele Autos.„Das können unmöglich alles Arztfahrzeuge sein," meint sie. Die Anruferin vertritt die Ansicht, daß auch Arztfahrzeuge nicht vor dem Portal stehen müssen. Die Ärzte könnten auch einen weiteren Anmarsch verkraften. Schlimm sei die Situation für Behinderte. Wenn sie überhaupt einen Parkplatz finden, müßten sie dann den steilen Fußweg hinauf.

Der Fußweg zwischen Hohensteinstraße und Feldstraße sollte im Winter gelegentlich vom Städt. Fuhramt mit abgestreut werden. Das meint eine Anruferin aus Langenbochum. Auch wenn das Gelände nicht im Besitz der Stadt ist, sollte das nicht unmöglich sein. Außerdem wünscht sie sich den Weg erleuchtet, weil er von vielen älteren Bürgern benutzt würde.

Schneeberge an den Haltestellen der „Vestischen" stören einen Anrufer. Er findet, daß es im Interesse des Nahverkehrsunternehmens liegen müsse, daß dessen Kunden trockenen Fußes in den Bus kommen.

Ursula Hoffmann vermißt an Straßen die nach bekannten Persönlichkeiten benannt sind, eine kurze Erläuterung zu den Personen. In anderen Städten gibt es unter den Schildern den kurzen Hinweis, was dieser Mensch war und wann er gelebt hat.

SPD Disteln tagte

Unterstützung für Halden-Leitantrag

HA 17/18.1.81

Nur sieben Enthaltungen nach langer Diskussion

HERTEN. Ein volles Haus konnte der Vorsitzende H. Rohmann bei der Distelner SPD-Mitgliederversammlung am Donnerstag im Distelner Hof zum Thema „Halden in Herten" verzeichnen. 60 Mitglieder folgten den Erläuterungen von Siegfried Hoyer zum Konzept des Regierungspräsidenten und zum Leitantrag der SPD, der am Sonntag auf dem Stadtparteitag diskutiert und verabschiedet werden soll.

In der Diskussion, die z. T. sehr lebhaft geführt wurde, zeigte sich, daß die vom Regierungspräsidenten vorgeschlagene Großhalde abgelehnt wird. 180 Mio. t Halde auf viel zu kleiner Fläche; dies ist einer der genannten Ablehnungsgründe. Wo sind Alternativstandorte für Halden? Warum hat Recklinghausen keinen Standort? Die Halden müssen unter tage bleiben, denn vor 20 Jahren hat Tchlägel und Eisen noch Halden zum Verfüllen hinzugekauft. Weg mit den Halden-Lkws von den Straßen, sie fahren viel zu schnell und gefährden unsere Kinder! Fragen aus der Mitgliederrunde.

Eine weitere interessante Frage: Warum macht man die Haldenentsorgung nicht zur Landes- oder Bundesaufgabe, wie dies für den Atommüll als selbstverständlich angesehen wird?

Alle Fragen wurden, so gut es ging, geduldig von S. Hoyer, H. Günther, H. Rohmann und A. Porr beantwortet. Auch eine gewisse Resignation wurde festgestellt, als H. Günther den Verfahrensablauf bei der Haldenplanung schilderte. Die letzte Entscheidungsinstanz liegt nicht in Herten, sondern beim Land NRW. Um so wichtiger ist es, daß die SPD Herten ihren Standpunkt für den Bergbau, die Verwaltungen, aber insbesondere für die eigenen SPD-Gremien auf Landesebene sehr klar formuliert.

Bei 7 Enthaltungen wurde der Inhalt des Leitantrages (wir berichteten) zum Stadtverbandsparteitag mit großer Mehrheit angenommen.

kostspieleng zu
es durchaus
uerst einzuzäu-
e Moos nix los.

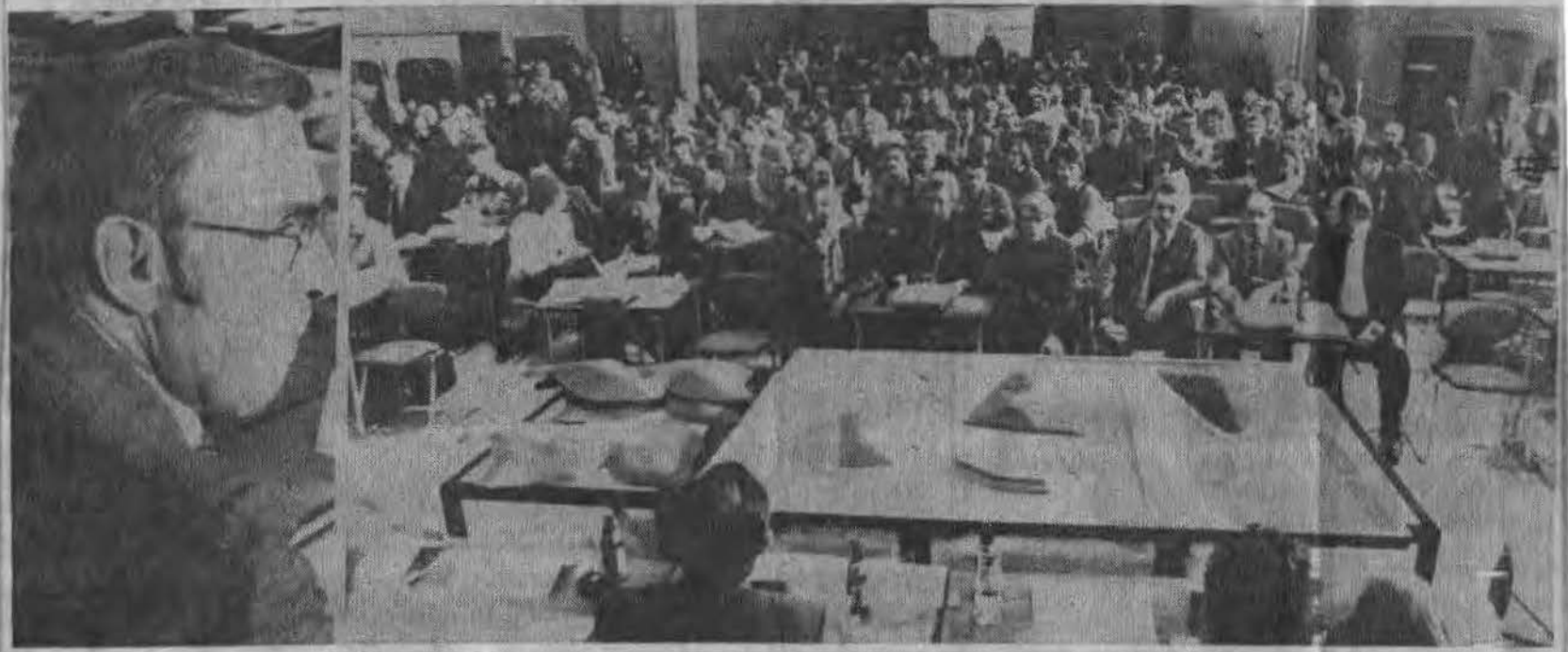
ten und gestohlen. Zur Beseitigung allein dieser Schäden angerichteten Schadens herangezogen.

störte Telefonzellen. Unserem Fotografen fiel es nicht schwer, in Herten eine „gestörte" Zelle aufzutreiben. (WAZ-Bild: Wiebold)

nicht möglich, sich telefonisc anzumelden.

Bilanz

letzte atz be-
Jahres.auptver-
EAB Langenbo-
rhaus. Hans Mel-
EAB-Vorsitzender,
tive Bilanz, was
ungen 1980 an-
tenstuben Acker-
ldstraße wurden
Besucher ge-
ndung mit dem
veranstaltete die
er EAB mehrere
die sich steigen-
erfreuen. Unter
beim Ausflug
Die EAB be-
itdeutsche Gast-
er Bauland. Die
Vorstands erga-
Bild: 1. Vorsit-
Melzer, 2. Vorsit-
m Korth. Weiter
orstand an: Her-
August Strauch,
iudi
Otto
n Opalka, Franz
rd Smolke.



Die Planung von Bergehalden war gestern abend Thema einer Einwohnerversammlung in der Gesamtschule. 25 Experten versuchten die überwiegend äußerst fachlichen Fragen der fast 450 Bürger zu beantworten. Viele der Fachleute fühlten sich überfordert, gaben recht allgemeinverbindliche Antworten und verwiesen auf noch zu erwartende Gutachten. Als politisch instinktlos wurde die Äußerung von Landrat Heinz Marmulla (SPD) bezeichnet, daß das vom Regierungspräsidenten geplante Haldenkonzept „gelaufen" ist. Fazit der Versammlung aus der Sicht vieler Bürger: Hier wurde teilweise eine „Fach"-Schau abgezogen. Links im Bild Heinrich Rawert, Markscheider der BAG Lippe. (WAZ-Bild: Wiebold)

WAZ 17.1.11

Jusos: Lasten bundesweit verteilen

HA 16.7.

„Kohle-Pfennig" für die Entsorgung des Bergbaus

Landrat: Gemeinden sollen über Haldenflächen verfügen

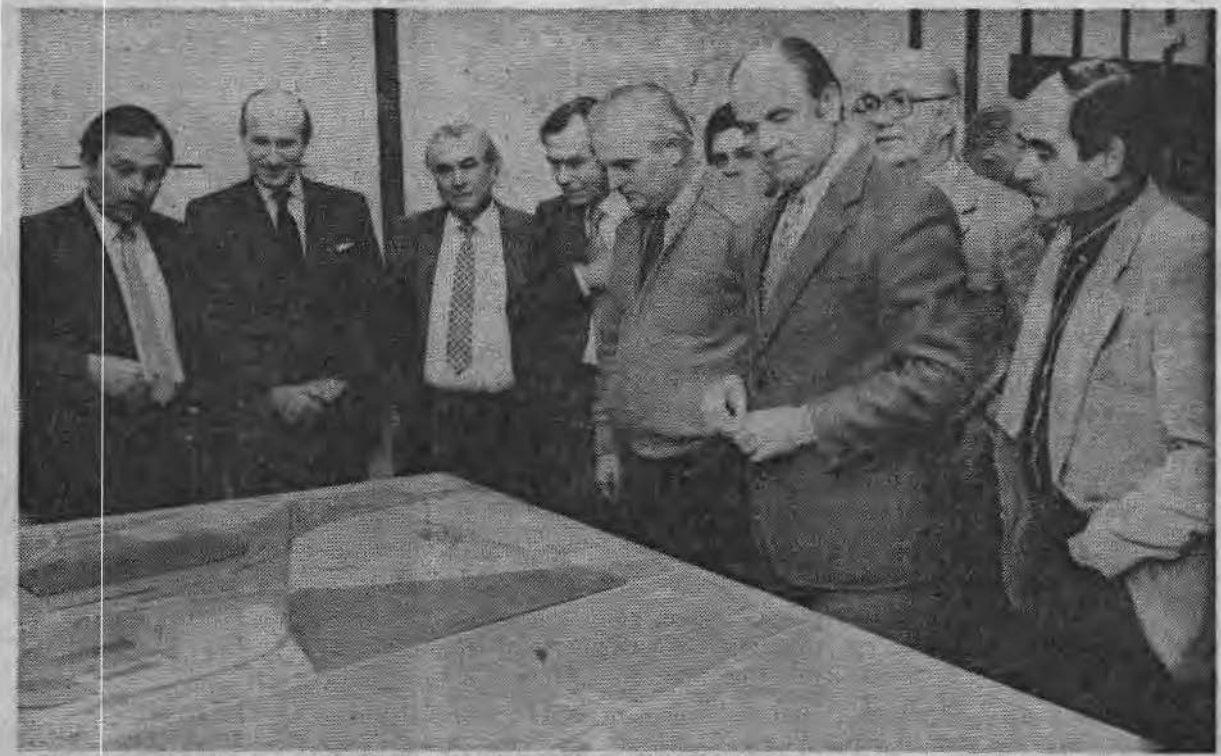
KREIS. Die Möglichkeit, bundesweit einen „Kohle-Pfennig" für die Entsorgung des Bergbaus einzuführen, war einer von mehreren Diskussionspunkten bei der Sondersitzung des Juso-Unterbezirks-Ausschusses, die am Mittwochabend in Herten stattgefunden hat. Das Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten, mit dem sich auch die Jungsozialisten des Unterbezirks Recklinghausen seit langem beschäftigen und das sie nach wie vor in dieser Form ablehnen, stand auch bei dieser Konferenz wieder zur Debatte. Der Diskussion stellen sich unter anderen Landrat Helmut Marmulla und der Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Steger.

Beide SPD-Politiker machten von ihrem Standpunkt aus deutlich, daß die Forderung nach einem „Berge-Pfennig", mit dem die Entwicklung neuer Technologien sowie weitere sofort anwendbare Entsorgungsmöglichkeiten neben der Aufhaldung finanziert werden könnten, kaum Aussicht auf Erfolg haben werde. Landrat Marmulla: „In Bayern oder Norddeutschland will niemand von unserem Bergehaldenproblem etwas wissen, geschweige denn für bezahlen." Zusätzliche Schwierigkeiten sieht Dr. Steger in Begrenzungen, die im Grundgesetz verankert sind.

Die Jungsozialisten betonten, daß die Kohle-Vorrang-Politk der Bundesregierung nicht zu Lasten des nördlichen Ruhrgebietes und insbesondere auch des Kreises Recklinghausen gehen dürfe. Vielmehr müsse Lastenausgleich innerhalb der gesamten Bundesrepublik erfolgen, da auch alle Bundesbürger zumindest indirekt von der Kohle-Vorrang-Politik profitierten.

Einen neuen Aspekt brachte Helmut Marmulla in die Diskussion um das Bergehaldenkonzept. Der Landrat will sich dafür einsetzen, daß nicht der Bergbau die Verfügungsgewalt über die Haldenflächen behält, sondern daß diese Flächen den Gemeinden oder einer anderen öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, und zwar nicht erst nach Fertigstellung der Bergehalden, sondern bereits während der Aufschüttung.

-mw-



Drei Tage vor der großen Einwohnerversammlung zum Thema „Bergehaldenkonzept" in der Gesamtschule kam es gestern im Rathaus noch einmal zu einem Gespräch zwischen den Spitzen der im Rat vertretenen Fraktionen und der Stadtverwaltung mit Vertretern der Bergbau AG Lippe. Das Gespräch war, wie wir gestern erfuhren, auf Wunsch der Kommunalpolitiker zustande gekommen, die vor Weihnachten bereits mit dem Regierungspräsidenten zusammengetroffen waren. Foto: Egon Kordts

Hochkarätiger CDH-Politikertreff in Scherlebeck - MdB Schmöle:

„Landrat tut, als ob nichts zu ändern wäre“

EIN KLARES „NEIN“ zum vorliegenden Haldenkonzept sprach Ratsherr Ingo Wolf (Bild links) für die CDU-Stadtratsfraktion aus. „Solange keine Gutachten vorliegen, haben wir keine Diskussionsgrundlage.“ Chefmarkscheider Heinrich Rawert (Bild rechts) erläuterte den Standpunkt des Bergbaues. (WAZ-Bild: Wiebold)

„Wenn es eine nationale Energieversorgung in Verbindung mit dem Steinkohlenbergbau gibt, dann muß auch eine nationale Lösung der Entsorgung möglich sein“, betonte MdB Hans-Werner Schmöle (CDU). „Es ist nicht einsichtig, daß jetzt der Landrat des Kreises Recklinghausen so tut, als ob an dem Haldenkonzept nichts mehr zu ändern wäre. Nur die Proteste der Bürger haben es bisher verhindert, daß ohne über Alternativen nachzudenken, über ihre Köpfe hinweg die Halden genehmigt wurden.“

LEBHAFTE DISKUSSION – auch nach der Veranstaltung. Unser Bild zeigt von links nach rechts: Josef Gövert, MdB Hans Werner Schmöle, den Disteiner Ortsvereinsvorsitzenden Petzold sowie Stadtverbandsvorstand Ingo Mihsler. (WAZ-Bild: Wiebold)

Trotz Schneechaos brachte der CDU-Ortsverband Scherlebeck ein Fachgespräch über Haldenplanung zustande. Aus Bonn folgte MdB Hans Werner Schmöle (CDU) dem Ruf seiner Parteifreunde. Von der BAG Lippe reiste Chefmarkscheider Heinrich Rawert an. Außerdem gruppierten sich Landtagsabgeordneter Werner Kirstein (CDU) und Ratsherr Ingo Wolf (CDU) um den Podiumstisch in der Gaststätte „Berger“.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte des Bergbaus bestimmten die Äußerungen Heinrich Rawerts, aber auch er meint: „Die jetzt genehmigte Haldenkonzeption und ihr Endzustand sind unerträglich — die Halden müssen zusammengeschlossen werden, das Hohewardtal muß weichen.“

Die Diskussion, von Vertretern vier parlamentarischer Ebenen geführt, erbrachte den einhelligen Tenor der Haldenablehnung nach den existierenden Vorstellungen des Regierungspräsidenten Erwin Schleberger.

Aus Ruhrkohlesicht, so machte Chefmarkscheider Rawert klar, entstünden bei einer anderen als der jetzt vorliegenden Konzeption dem Bergbau Mehrkosten in Höhe von rund 300 bis 400 Millionen Mark. Gemeint waren Alternativen zum Braunkohlerevier zwischen Aachen und Köln oder der andere Denkansatz, daß das Bergematerial zur Nordsee gekarrt würde. Die jährlichen Haldenkosten betragen zur Zeit bis zu 40 Millionen Mark.

Den Anfängen des Übels auf der Spur, sah Ratsherr Ingo Wolf die 1966 vom Stadtparlament zugestimmte Aufschüttung der Emscherbruch-Tafelberghalde. Damals hätte auch noch niemand im Traume daran gedacht, daß Herten einmal die am stärksten umweltbelastete Stadt des gesamten Ruhrgebiets werde.

Für die CDU-Kreistagsfraktion betonte Werner Kirstein: „Solange die geforderten Gutachten nicht vorliegen, bleibt für uns eine Entscheidung unmöglich.“ Er verwies darauf, daß die Geldmittel zur Erstellung der Gutachten nur durch die Landesregierung erfolgen können. „Alles mit dem Haldenkonzept des Regierungspräsidenten in Verbindung Stehende wurde mit der Landesregierung abgesprochen.“ Somit sei eine alleinige Urteilsfindung des Bezirksplanungsrates unmöglich, er könne seine Bewährung in bürgernaher Diskussion finden. Nach Meinung Werner Schmöles habe der Bezirksplanungsrat die Möglichkeiten des Bundesbaugesetzes nicht ausgeschöpft.

CDU-Podium in Scherlebeck: Ingo Wolf, Heinz Rawert von der Ruhrkohle AG (und ehemaliger CDU-Sprecher im Rat), Siegfried Godlinski, Hans-Werner Schmöle (MdB) und Werner Kirstein (MdL). Foto: Egon Kordts

CDU-Podium in Scherlebeck HA 14.1.81

Heinz Rawert: Sehe für Halde Hoheward keine Alternative

Das heiße Thema wurde sehr sachlich diskutiert

HERTEN. Das Thema, mit dem die CDU Scherlebeck ihre Arbeit im neuen Jahr begann, war interessant genug, um trotz Schnee und Glätte gut 50 Gäste ins Lokal Berger zu locken: Bergehalde. Vorsitzender Godlinski konnte sachkundige Diskussionsteilnehmer vorstellen: Rat, Landtag und Bundestag waren mit Ingo Wolff, Werner Kirstein und Hans Werner Schmöle vertreten. Heinz Rawert, Chefmarkscheider der BAG Lippe, stellte aus der Sicht des Bergbaus die Notwenigkeit von Bergehalden dar. Für das im Regierungskonzept genannte Gelände Hoheward sieht Rawert keinen ernsthaften alternativen Standort.

Allerdings hob auch er hervor, daß der jetzt emporwachsende Tafelberg der Emscherbruch-Halde nicht mehr in die Landschaft der 80er Jahre passe. Eine Neuordnung sei jedoch nur möglich, wenn man auch das Hohewardtal zukippe.

Ingo Wolff betonte in seinen Ausführungen, die CDU im Rat könne das Konzept der Regierung so auf keinen Fall akzeptieren. Vielmehr seien noch vor dem Betriebsplanverfahren Umweltverträglichkeits-Gutachten notwendig, ehe man zu einer Entscheidung kommen könne. Er kritisierte den Mangel an Alternativen und führte dies auf „frühzeitig signalisiertes Wohlverhalten" der Stadtspitze zurück.

Auch Werner Kirstein sprach die fehlenden Gutachten an, betonte jedoch, man müsse zu einem Kompromiß kommen. Die Mittel für die einzelnen Gutachten könne nur die Landesregierung bewilligen.

Sein Bundestags-Kollege Schmöle übte in der Hauptsache Kritik am Verfahren und vertrat die Ansicht, der Bezirksplanungsrat habe bisher nicht die im Bundesbaugesetz gegebenen Möglichkeiten der Mitgestaltung des Wohnumfeldes durch die Bürger ausgeschöpft. Es sei daher nicht verwunderlich, daß der Bürger jetzt entrüstet reagiere. Dem Protest habe man es wohl zu verdanken, daß die Halde noch nicht ohne große Diskussion genehmigt worden sei.

Den Ausführungen schloß sich eine intensive Diskussion an, die durch ihre große Sachlichkeit auffiel. Dabei standen besonders technische Fragen an Heinz Rawert im Vordergrund. Zum Schluß der Veranstaltung war man sich einig, daß die kommenden Wochen eine Versachlichung des Themas bringen müssen.

Durch den tiefen Schnee fanden einige Interessierte am Montagabend den Weg zum CDU-Bürgergespräch in der Gaststätte Berger.

Foto: Egon Kordts

Landrat Marmulla vor Bertlicher SPD:

„Haldenkonzept bietet nicht beste Lösung“

Kreise und Gemeinden brauchen Bergbau-Garantien

Der Stadtverbandsparteitag der Sozialdemokraten, Ende dieser Woche, wirft seine Schatten voraus. Landrat Hellmut Marmulla, packte die Gelegenheit beim Schopfe, den Parteifreunden des SPD-Ortsvereins Bertlich seine schon oft geäußerten Vorstellungen zur Hertener „Superhalde“ (wie die WAZ berichtete) zu erläutern. Des Landrats Referat sollte den Bertlicher Genossen als Grundlage für eine sachliche Diskussion in der Haldenfrage dienen.

Marmulla wiederholte seine These, daß ein Scheitern des Konzeptes fatale Folgen für die gesamte Region habe. Ausdrücklich wies er auch darauf hin, daß die vorliegende Konzeption des Regierungspräsidenten nicht die beste Lösung sei, aber im Moment das einzige realistische Vorhaben im Bereich der Bergeverbringung darstelle. Auch er wolle keine Mammuthalde im Hertener Süden, Landschaftsplanung sei gefordert. Marmulla sprach sich weiter dafür aus, daß den beteiligten Gemeinden und Kreisen Garantien für die Einhaltung grundsätzlicher Forderungen an den Bergbau gewährt werden sollen.

In der sich anschließenden Diskussion, fragte eine Teilnehmerin, ob denn auch von den beteiligten Stellen alles getan würde, um die Lösung des Problems nicht nur in weiteren Schüttungen von Bergehalden „vor unserer Haustür“ zu suchen. Helmut Marmulla verwies auf intensive Experimente der Untertageverbringung.

Die etwa 40 Sozialdemokraten beschäftigten sich auch mit dem Vorwurf der Bertlicher Christdemokraten, sie, die SPD, hätte verhindert, daß auf dem Bertlicher Steinacker Bergarbeiterwohnsiedlungen hätten gebaut werden können. Ortsvereinsvorsitzender Wolfgang Neutze wies darauf hin, daß die SPD vor der Kommunalwahl die Bebauung gefordert habe. Aus Umweltgründen, so die Bertlicher Genossen, möchte man nun aber nur das Gelände bebaut wissen, auf dem ehemals die Holzsiedlungshäuser standen. Damit sei der Siedlungscharakter des Ortsteils gewahrt. Außerdem habe die Bertlicher SPD in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der Schachtanlage Westerholt den Bau von Altenwohnungen durchgesetzt.

den-Unterschriften" nach den Gottesdiensten gesammelt:

WAZ 10/11.1.81

rchengemeinden machen morgen mobil

Verschiedene Hertener gemeinden reihen sich die Protestfront der gner ein. Voraus- schon am Wochenen- nen Unterschriften ge- Halde nach den Got- ten am Samstag und abgegeben werden. Link, Pfarrgemeinde- sitzende von St. Josef kündigte die Halden- ten auf der Veranstal- r „Bürgerinitiative Her- alden" an.

sgegangen war ein der Initiative mit Her- Pfarrgemeinderatsvorsit- Das Ergebnis: „Wir nach der Vorabendmes- d der sonntäglichen esse Unterschriftenli- bereithalten." (Agnes ie Distelnerin will sich mensche Kontakte be- — einige evangelische den sammeln ohnehin gerer Zeit Unterschrif- n schließen sich St. Jo- Ludgerus und St. Anto-

„Bis zur Anhörung soviel Druck wie möglich machen", heißt die Devise der Bürgerinitiative. „Die dürfen sich nicht darauf verlassen, daß wir bis zum 16. all unser Pulver verschossen haben", drängte Pfarrer Erhard Kuhn zu neuen Aktionen, das Engagement der katholischen Gemeinden paßt ins Konzept.

Die Marschrichtung für die Bürgeranhörung liegt fest: nach langer, kontroverser Dis-

Gestaltung

kussion verwarf man die Forderung „Keine weitere Tonne" als nicht realistisch. Die bislang (und unwiderruflich) genehmigten 80 Millionen Tonnen, die zur Hälfte schon in Herten liegen, werden als unvermeidlich hingenommen.

„Wir bestehen jedoch auf landschaftsangepaßter Gestaltung, die nach modernsten [illegible] Methoden zu erfolgen hat", grenzte Dieter Schüller das Verhandlungsfeld ab.

Ausreichende Entlüftung muß gewährleistet bleiben. Pfarrer Kuhn plädiert für die Erhaltung des Hohewardtales: „Wenn das zugekippt wird, kommt bei ungünstigem Wind der ganze Dreck am Paschenberg runter. Ich grüße Scherlebeck und Langenbochum — die kriegen noch Spaß mit der Halde!" Außerdem soll das begrenzte Schuttvolumen von 80 Mio. Tonnen ausschließlich den Hertener Bergwerken zugute kommen.

„Wir sehen ein, daß wir bei der Entsorgung von Halden als Bergbau-Zentrum mithelfen müssen. Aber auf gar keinen Fall wollen wir die Hälfte des gesamten Ruhrkohle-Drecks bei uns haben." Diesen Mittelweg will die Initiative in Zukunft steuern.

Der 6000-Grenze nähert sich die Unterschriftensammlung. Kräftiger Zuwachs wird noch durch die Sammlungen des Siedlerbundes und der Gemeinden erwartet. In Kürze wird das Unterschriften-Paket mit einer Resolution an Ministerpräsident Johannes Rau übergeben.

Die Vorbereitungen für die Bürgeranhörungen laufen auf Hochtouren. Am Montag und Mittwoch — jeweils 19 Uhr bei „Christ" — treffen sich die neugebildeten Arbeitsgruppen „Technik", „Ökologie", „Ge-

An Rau

sundheit/Medizin", „Recht" und „Allgemeines". Die Initiative-Mitglieder verzeichnen mittlerweile Erfolge in der Informationsbeschaffung. Fakten und Zahlen, die im Haldenbericht der Stadt fehlen, können von der Initiative nachgeliefert werden.

Die Arbeitsgruppen sind — je nach Möglichkeit — mit Fachleuten besetzt. Ärzte, Juristen und Verwaltungsfachleut bringen ihr Fachwissen ein – so hat die Gemeinde St. Jos den früheren Halterner Stad baurat Esser für die Bürgerin itiative gewonnen. Ein Un weltgutachten der Stadt Ma gibt Aufschlüsse über die z erwartenden Luftverschmu zungen. „Übrigens braucht Marl für dieses Gutachte eine Monat", berichtete Pfarr Puhn. „Warum ist der Stad Herten so etwas nicht mög lich?"

Die Initiative Hertener Ha den erwägt die Gründung e nes eingetragenen Vereins. I Zukunft wird man Beiträge e heben müssen, „um die laufe den Kosten zu decken und fi eventuelle Gerichtsverfahre Rücklagen zu haben", wie Di ter Schüller erklärte. Di Spendenkonto hat die Numm 330 542 205 bei der Kreissp kasse Recklinghausen. Einzal lungen unter dem Stichwo „Bürgerinitiative" sind meh als erwünscht.

ETAILLIERTEN ZAHLEN tritt die Bürgerinitiative Hertener Halden am näch sten Freitag in der Gesamtschule zur Bürgeranhörung an. Am Donnerstag orga- e man Arbeitsgruppen, in denen Fachleute die Bürgeranhörung vorbereit en. „Wir gehen gut gerüstet in die Gesamtschule", meinte die Bürgerinitiative am erstagabend. (WAZ-Bild: Wiebold)

HA 10/11.1.81

Bürgerinitiative Halde

Für „heiße" Phase sachkundig machen !

Sorgfältige Vorbereitung auf die Anhörung am 16. Januar

HERTEN.(Ge8) Sorgfältig bereitet sich die Bürgerinitiative Halde Herten auf die öffentliche Anhörung zum Haldenkonzept der Bezirksregierung am 16. Januar in der Gesamtschule vor. Rd. 4o interessierte Mitglieder der Initiative bestimmten bei einem Treffen am Donnerstag Sachverständige aus ihren Reihen, die sich gezielt mit einzelnen Problembereichen befassen und darin sachkundig machen sollen. Benannt wurden die Bereiche Bergtechnik, Ökologie, Gesundheit sowie der sozialpolitische und rechtliche Problemkreis.Die Sachverständigen sollen detailierte Fragen und einen Forderungskatalog aufstellen.

Nach einem Rückblick des Vorsitzenden Schüller auf die Aktivitäten im Dezember 1980, diskutierte die Versammlung darüber, was mit den bisher gesammelten 6000 Unterschriften passieren soll. Es wurde vereinbart, sie zusammen mit einer Resolution an Ministerpräsident Johannes Rau zu übergeben.

Die Gemeinderatsvorsitzenden der verschiedenen katholischen Gemeinden Hertens, die bei dem Donnerstag-Treffen dabei waren, erklärten sich bereit, im Anschluß an die kommenden Hauptgottesdienste noch weitere Unterschriften zu sammeln.

Am Montag und Mittwoch kommender Woche treffen sich jeweils um 19 Uhr die vier Sachverständigen-Gruppen in der Gaststätte Christ, um fachliche Fragen zu klären, die für die Bürgeranhörung von Belang sind. Im Anschluß an die Kleingruppen-Arbeit trifft sich die Bürgerinitiative am Mittwoch abend, um ein Resumee aus der Tätigkeit zu ziehen und sich speziell auf die Aktivitäten vor und während der Bürgeranhörung vorzubereiten. Dazu gehört das Drucken von Flugblättern, die Vorbereitung von Haldenschildern, das Aufstellen von Stadtplänen mit eingezeichneten Halden in den Hertener Schulen und die Fahrt eines Lautsprecherwagens durch alle Stadtteile am Donnerstag nächster Woche.

Ihr Finanzproblem will die Bürgerinitiative in Zukunft durch freiwillige Spenden lösen.

Zum neuen Kassierer wurde zum Abschluß Helmut Döing benannt, der gleich mit dem Hut losziehen mußte, um die spontanen Spenden einzusammeln.

Auf die Bürgeranhörung zum Thema Halde am 16. 1. bereitet sich die „Bürgerinitiative Halde" am Donnerstagabend Gaststätte Christ vor. Foto: Sc

Bergeweise Haldenpläne: Obendrauf ein Dorf?

kow. **Herten, 9. Januar** **Regierungspräsident Erwin Schleberger steht am 16. Januar in Herten eine heiße Schlacht bevor. In einer Bürgerversammlung will Bürgermeister Willi Wessel eine Neukonzeption der heftig umstrittenen Großhaldenplanung am Stadtrand vorlegen.**

Ein Sprecher: „In einer offenen Diskussion wollen wir deutlich machen, daß wir die Bürger nicht übers Ohr hauen!" An dem Hearing werden zahlreiche Experten teilnehmen.

Nach dem Plan der Stadt dürfen die von Schleberger vorgesehenen 90 Meter hohen „Sargdeckel" aus Schutt nur rund 70 Meter erreichen. Sie sollen nicht als triste Klamottenhügel verrotten, sondern zu „Landschaftsbauwerken" gestaltet werden. Eine Nutzung als begrüntes Freizeitgelände oder als Hochplattform für eine Siedlung ist im Gespräch. Vor dem „Duell" mit dem Regierungspräsidenten gibt's im Rathaus kostenlos ein dickes Informationspaket für alle Bürger.

Erwin Schleberger

Bild 9.1.71

Jahreshauptversammlung vor dem „fälligen" Termin

H.A. 15.6.84

Junge Union sucht politische „Verwandtschaft" in Arras

„Abwartende Haltung" in der Haldenfrage / Kritik-Appelle der „Mutterpartei"

HERTEN. (GeS) Früher, als es der Satzungsturnus vorschreibt, traf sich der Stadtverband der Jungen Union zur Jahreshauptversammlung. Da in fast allen Ortsverbänden bereits Neuwahlen stattgefunden haben, wollte man auch auf Stadtverbandsebene einen neuen Vorstand vor den Sommerferien nominieren. Zum neuen Vorsitzenden wählten die 19 Delegierten Ludger Schmitz, der den Arbeitskatalog für die nächste Amtsperiode zusammenfaßte: An der Spitze der Bemühungen soll die Öffnung der JU nach allen Seiten hin stehen, außerdem das intensive Gespräch und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der CDU bei Wahrung der vollen Eigenständigkeit.

In einigen Punkten — so Ludger Schmitz — wolle man sich an das CDU-Programm anlehnen, jedoch auf der anderen Seite die Grußworte des Stadtverbandsvorsitzenden der CDU, Ingo Mihsler, ernst nehmen, der die JU zu einer kritischen Haltung gegenüber den CDU-Mitgliedern aufgefordert hatte.

Neben Ludger Schmitz gehören dem neuen Vorstand an: 2. Vorsitzender: Thomas Leineweber, Pressesprecher: Maria Nöllenheidt, stellvertretender Pressesprecher: Stefan Weber, Schriftführer: Gabriele Lörke, Finanzreferent: Ludger Bugla, Rechnungsprüfer: Michael Oelmüller, Bernhard Wolter.

Um die Arbeit des neuen Stadtverbandsvorstands zu intensivieren, soll ein vierteljährliches Treffen zwischen den Ortsverbandsvorsitzenden und dem Stadtverbandsvorstand eingerichtet werden. Weiterhin will man sich im Rahmen der städteplanerischen Kontakte mit einer „politisch gleichgestellten Jugendorganisation" in Arras befreunden.

Die Arbeitsschwerpunkte des alten Vorstands sollen ebenfalls beibehalten werden. Hierzu gehören gesellige Veranstaltungen wie Grill- und Kegelabende, Fußballturniere, Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Rats-, Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Auf die Worte der ehemaligen Vorsitzenden Gabriele Lörke in ihrem zum Anfang der Versammlung verlesenen Jahresbericht, daß sich der alte Stadtverbandsvorstand nach anfänglichem Engagement in der Bürgerinitiative „Halde Herten Süd" wegen mangelnder Informationen durch die anderen Bürgerinitiativmitglieder aus dieser Arbeit zurückgezogen und eine „abwartende Haltung eingenommen" habe, ging der neue Vorstand wie auch die Versammlung nicht ein.

Als einzige Anregung für die Arbeit des neuen Vorstands schlugen die Delegierten eine Demonstrationsveranstaltung zum zwanzigjährigen Bestehen der „Mauer" am 13. August vor.

Vorstandsmitglied Kleinherne:

„Ich glaube nicht, daß Halden landschaftszerstörend sind"

9.1.81

In einem Interview nimmt der Bergbau erstmals Stellung zum Haldenplan

HERTEN. Die große Einwohnerversammlung der Stadt zum Bergehalden-Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten findet am Freitag, 16. Januar, in der Gesamtschule statt. Wir wollten vorher wissen, wie die Bergbau AG Lippe dieses Konzept beurteilt und welche Meinung dort zu verschiedenen Forderungen aus Herten besteht. Redaktionsleiter Gregor Spohr interviewte dazu Herbert Kleinherne, zuständiges Vorstandsmitglied der BAG Lippe.

FRAGE: Herr Kleinherne, Sie hatten im August letzten Jahres ausdrücklich das Konzept des Regierungspräsidenten für Bergehalden begrüßt. Vielleicht sagen Sie heute noch einmal, wie Sie dieses Konzept für die BAG Lippe bewerten.

Kleinherne: Zunächst einmal möchte ich sagen, daß ein Konzept notwendig ist, da die Schachtanlagen, die wir zu betreuen haben, selbstverständlich mit der Produktion einen erheblichen Teil von beibrechendem Material, eben den Bergen, zu Tage bringen und diese irgendwie untergebracht werden müssen. Das ging in der Vergangenheit relativ einfach. Wir haben jetzt aber einige Punkte, die uns, was die Zeit betrifft, in Zugzwang bringen. Herten beherbergt drei wichtige Zechen der Ruhrkohle AG und drei der besten der Bergbau AG Lippe. Es sind die Schachtanlagen Ewald, Schlägel & Eisen und Westerholt. Die Arbeitsplätze, die auf diesen Schachtanlagen langfristig gesichert sind, werden bei 12 000 liegen. Zurück zur Eingangsfrage: Wir begrüßen, daß es ein Konzept gibt. Dieses Konzept gibt uns erhebliche Auflagen. Hinter dem Konzept stehen nämlich nicht nur neue Standorte für Bergehalden, sondern insbesondere auch eine Veränderung der Infrastruktur zum Transport des Bergematerials. Hier denke ich, daß der Regierungspräsident uns selbstverständlich aufgibt, den Bergetransport von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Das sind außerordentliche Aufwendungen, die wir, wenn das Konzept in der vorliegenden Form schließlich zu einer Genehmigung käme, wohl in Kauf nehmen müssen.

Wettbewerb von Landschafts-Architekten

FRAGE: Nun geht es in diesem Rahmenkonzept zunächst um Standorte und um Mengen. Sind Sie mit den Standorten einverstanden und sind die Mengen, die dort genannt werden, auch die Mengen, von denen Sie ausgehen?

Kleinherne: Wir akzeptieren selbstverständlich jeden Standort, der mit vertretbaren technischen und wirtschaftlichen Mitteln erreichbar ist. Insofern ist das Konzept des Regierungspräsidenten ein nicht billiges, aber letztlich, da es sehr langfristig angelegt ist, ein gutes Konzept. Es verspricht eine Entsorgung der Schachtanlagen zumindest bis zum Jahr 2000. Deshalb meinen wir, daß diese Standorte auch von uns als tragbar angesehen werden. Die Mengen, die auf diesem Standorten Platz finden, geben uns die Möglichkeit, unsere Anlagen bis zum Jahr 2000 zu entsorgen — in einigen Fällen sogar darüber hinaus. Das ist eine Notwendigkeit, damit wir die dazu notwendigen Investitionen auf unseren Schachtanlagen wirtschaftlich in unseren Betriebsergebnissen verkraften können.

FRAGE: In Ihrem Referat im August vor Betriebsräten sagten Sie zur Aufschüttung der Halden: „Die Lösung kann realistisch nur darin bestehen, nicht mehr, wie zweifellos geschehen, phantasielose geometrische Gebilde in die dichtbesiedelte Landschaft zu setzen, sondern nach abgewogenen Landschaftsplänen Zug um Zug eine neue Landschaft zu schaffen." In diesem Zusammenhang sprachen Sie von Halden der 3. Generation. Die Mengen und die Flächen, die im Konzept für Herten ausgewiesen sind, lassen aber nach meiner Meinung ein solches Landschaftsbauwerk nicht zu. Die Menge ist zu groß für die zu kleine Fläche.

Kleinherne: Zu den Ausführungen, die ich im Referat gemacht habe, stehe ich auch heute. Bei der Planung unserer neuen Schachtanlagen im Norden des Vestes Recklinghausen hatten wir erhebliche Umweltprobleme, um den Standort so wenig landschaftsbeanspruchend wie möglich zu machen. Wir haben uns hier einer Reihe von Architekten bedient, die in einem Wettbewerb die Übertage-Anlagen gestaltet haben. Aus diesem Wettbewerb haben wir ein gutes Konzept gefunden. Für die Halden könnte ich mir ähnliches vorstellen. Ich bin nicht der Auffassung, daß Halden landschaftszerstörend sind. Wenn wir einen Wettbewerb von Landschaftsarchitekten, die dann auch an der Menge möglicherweise einen Abstrich machen, wenn die Landschaft besser anders zu gestalten ist, durchführen, könnte ich mir eine Lösung vorstellen, die auch dem Bürger, wenn auch nicht sofort, so doch in einigen Jahren erste Anzeichen einer neuen Landschaft geben wird.

Zunächst die Vorschläge abwarten

FRAGE: Landschaftsbauwerke wie die Halden Rungenberg und die entstehende Halde Hoppenbruch haben eine Schüttkapazität pro Quadratmeter von 50 Tonnen. Nach den Berechnungen des Hertener SPD-Ratsherrn Siegfried Hoyer müßte man nach den im Konzept genannten Zahlen 100 Tonnen je Quadratmeter für die neue Halde Hoheward schütten. Das kann doch einfach nicht eine solche Landschaft ergeben, wie der Regierungspräsident sie möchte und wie Sie sie nach Ihren Ausführungen offensichtlich auch möchten. Hoyer meint, man müsse 52 Millionen Tonnen der genannten Menge abstreichen, um zu einer Landschaft zu kommen. Ist eine solche Kürzung für Sie verkraftbar?.

Kleinherne: Die Kapazität einer Bergehalde ist zweifellos auch abhängig von der Grundfläche. Bei Ihrem Vergleich muß man berücksichtigen, daß die Grundfläche der geplanten neuen Halde zweieinhalbfach größer ist als die der Halde Hoppenbruch. Es wird im wesentlichen von den landschaftsgestaltenden Möglichkeiten abhängen, wie eine solche Halde in ihrer Kapazität zu bemessen ist. Ich will mich nicht festlegen auf eine Größenordnung. Ich meine, wir sollten das den Gutachten bzw. den Vorschlägen der Landschaftsarchitekten zunächst einmal überlassen und dann in einer sachlichen Diskussion zu einer gemeinsamen Auffassung kommen.

Bebauung ist nicht auszuschließen

FRAGE: Sie haben jetzt mehrfach betont, daß Sie eine Landschaftshalde wollen. Doch noch einmal: Ist es nicht tatsächlich so, daß bei diesen Mengen nur ein Mittelding zwischen den nicht mehr gewünschten Tafelbergen und den Landschaftshalden der 3. Generation entstehen kann?

Kleinherne: Das glaube ich nicht. Ich glaube vielmehr, daß sich hier durch Einsatz aller möglichen Mittel, auch des Bewuchses der Halden, vielleicht noch eine weit bessere Landschaftsgestaltung der Halden erreichen lassen wird.

FRAGE: Wäre eine solche Halde auch bebaubar?

Kleinherne: Uns ist bekannt, daß einige Architekten Vorstellungen entwickeln über die Bebaubarkeit solcher Halden. Diese Möglichkeit ist in der Zukunft nicht auszuschließen. Das ist aber kein Versprechen für die nächsten fünf bis acht Jahre. Es bedarf einer gewissen Vorlaufzeit, ehe eine solche Bebauung — vielleicht in Terrassenform — möglich wird.

Emscherbruch: Würden uns nicht weigern

FRAGE: Der Betriebsplan für die jetzt bereits entstehende Halde Emscherbruch sieht einen Tafelberg vor. Eine Form, die heute nicht mehr gewünscht wird. Wären Sie bereit, einer Änderung des Betriebsplanes Emscherbruch zuzustimmen im Zusammenhang mit einer Gesamtgestaltung Hoheward?

Kleinherne: Über solche Modalitäten würden wir sicher nachdenken wollen. Wenn sich da ein geeigneter Vorschlag anbietet, kann ich mir nicht vorstellen, daß wir uns weigern würden, eine der Landschaft mehr entsprechende Form zu finden. Selbstverständlich müßte dann der alte durch einen neuen Betriebsplan abgelöst werden, der alle Möglichkeiten der Emscherbruchhalde neu beschreibt und beinhaltet.

Schiene: Werden diese Auflage erfüllen

FRAGE: Nun besteht in der Öffentlichkeit die Befürchtung, bestimmte Forderungen der Stadt würden im Betriebsplan keine Berücksichtigung finden. Ich möchte an das Verfahren für die Halde Emscherbruch aus dem Jahr 1970 erinnern, wo zu den Forderungen der Stadt bereits gehörten: Transport auf der Schiene und Umsiedlung der benachbarten Siedler. Ist die BAG Lippe bereit, bereits vor dem Betriebsplanverfahren dazu ganz konkrete Zusagen zu machen?

Kleinherne: Ich sagte schon einmal, daß das Konzept mit erheblichen Auflagen verbunden sein wird.

BAG-Vorstandsmitglied Herbert Kleinherne (Mitte) und der Chef-Markscheider der BAG Lippe, Heinrich Rawert (links), im Gespräch mit Redaktionsleiter Gregor Spohr. Foto: Egon Kordts

9.1.81

Die wesentliche ist, den Transport von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Ich glaube, daß diese Auflage Bestandteil der Genehmigung sein wird. Wir werden eine solche Auflage erfüllen, wenn uns genügend Haldenkapazität zur Verfügung steht, um unsere Schachtanlagen langfristig entsorgen zu können.

Blasversatz: Steigerung geplant

FRAGE: Im Moment werden 21 Prozent der Berge wieder nach unter Tage gebracht, 16 Prozent werden für den Straßenbau usw. verkauft und 63 Prozent gehen auf Halden. Ihr Ziel ist es, den Unter-Tage-Versatz auf 32 Prozent zu steigern. Ist diese Erwartung bereits in den Mengen des Konzeptes enthalten?

Kleinherne: Unsere Investitionspläne auf den Schachtanlagen Ewald und Schlägel & Eisen gehen davon aus, daß Ende der 80er Jahre auf diesen Schachtanlagen in den mächtigeren Flözen in einigen Feldesteilen Blasversatz eingeführt wird. Darauf gründet sich auch unsere realistische Annahme, daß der Bergeversatz auf etwa 30 Prozent zunehmen wird. In unserem Investitionsplan 1981 haben wir durch den Beginn des Weiterteufens Blumenthal 1 für das Ostfeld Ewald und für das Teufen des Schachtes 4 der Schachtanlage Schlägel & Eisen die Initialinvestitionen gegeben. Sie sind notwendig, um die Infrastruktur für einen Bergeversatz wieder herzustellen. Eine unsichere Größe ist für uns der Fremdabsatz. Wir können nicht voraussehen, wie dieser Fremdabsatz sich im nächsten Jahrzehnt entwickelt. Daraus mag eine gewisse Diskrepanz in der Bilanz des Gesamtbergeanfalls herauszulesen sein.

Siedler: Mit Landeshilfe Lösung finden

FRAGE: Nun sollen ja nicht nur Hertener Schachtanlagen auf der geplanten Hoheward-Halde entsorgen, sondern auch die neue Anlage in der Haard. Sind dort ebenfalls Versatzbetriebe geplant?

Kleinherne: Wir können die Situation der Anschlußbergwerke, was ihre Flözführung betrifft, zwar in den jetzigen Bereichen genau übersehen. Hier haben wir Flözmächtigkeiten, die sich nicht für Bergeversatz anbieten. Aus den Bohrungen ist uns jedoch bekannt, daß es in einigen Fällen ausreichende Bauhöhen und Vorräte gibt, die für Bergeversatz geeignet sein könnten. Ich schließe es also nicht aus, bei entsprechendem Flözangebot im Anschlußbergwerk Haard und gegebenenfalls auch Haltern Versatzbetriebe einzuführen.

FRAGE: Sie haben sich mehrfach bereit erklärt, mit Hilfe des Landes die Umsiedlung der Siedler durchzuführen, die im Hohewardtal wohnen. Wie wird das konkret aussehen?

Kleinherne: Wir sind der Auffassung, daß bei einer Haldenkonzeption, wie sie dem Regierungspräsidenten für den Süden der Stadt Herten vorschwebt, selbstverständlich auch Maßnahmen einzuleiten sind, die die betroffene Bevölkerung angeht. Die Hohewardsiedlung wird in diese Überlegungen mit einzubeziehen sein. Wir gehen davon aus, daß es uns mit Hilfe des Landes und der Stadt gelingen wird, eine von allen akzeptierte Lösung zu finden.

Gespräch mit Stadt über Gutachten

FRAGE: Es ist allgemeiner Wunsch, daß über Gutachten der Einfluß der Halde auf Klima und Umwelt untersucht wird, und es ist Wunsch der Stadt, daß diese neutralen Gutachter von der BAG Lippe bezahlt werden. Ist die BAG Lippe bereit, einem solchen Wunsch zu folgen?

Kleinherne: Wir haben in der nächsten Woche mit der Stadt Herten ein Gespräch über Bergehalden-Probleme. Ich möchte diesem Gespräch nicht vorgreifen, aber ich unterstelle fast, daß, wenn Gutachten gewünscht werden, diese auch anzufertigen sind. Und uns liegt es daran, daß die Gutachten einen möglichst objektiven Hintergrund haben. Wir würden darüber ganz gern mit der Stadt sprechen wollen. Ich übrigen möchte ich noch einmal feststellen, daß wir mit unseren Schachtanlagen in den Städten leben und mit den Städten leben. Wir glauben und hoffen, daß es letztlich zu einer einvernehmlichen Konzeption kommen wird.

Versichert: Verabredung eingehalten

FRAGE: Sie sagen, in den Städten und mit den Städten leben. Nun hat in der Vergangenheit der Bürger manchmal den Eindruck gewinnen müssen, Wünsche an den Bergbau würden nicht so erfüllt wie versprochen. Ich denke da an die Fahrzeiten der Bergetransporter. Das führt heute dazu, daß sich viele Bürger sagen: Wir glauben denen da bei der BAG Lippe gar nichts mehr, sie halten sich doch nicht daran.

Kleinherne: Wir stellen in vielen Berichten der Zeitungen immer wieder fest, daß der Bergbau möglicherweise nicht glaubwürdig ist. Sie sprechen das Problem des Bergetransportes der Schachtanlage Schlägel & Eisen an. Mir ist von der Werksdirektion immer wieder versichert worden, daß die Verabredungen eingehalten worden sind. Möglicherweise ist ein Bergetransporter, der Bergematerial für den Straßenbau transportiert, nach der festgesetzten Zeit festgestellt worden. Das mag an der Firma liegen, die den Straßenbau durchführt. Uns sind solche Vorgänge nicht bekannt. Wir im Bergbau leben mit dem Image des Ruhrgebiets der letzten hundert Jahre. Wenn wir hier gemeinsam neue Konzeptionen verabreden wollen, dann meinen wir, sollten wir auch Wege finden, die Konzeptionen so bürgerfreundlich wie möglich zu machen und sicherlich besser als unsere Vorfahren. Sicherlich vermeindlich, wie wir es meinen, besser. Ich habe dazu eine gute Hoffnung, wenn alle, insbesondere auch die sachverständigen Stellen, hieran mitarbeiten.

Was wird mit dem Steinacker?

FRAGE: Ist mit der Realisierung einer Planung Hoheward die Planung für den Steinacker in Bertlich automatisch gestorben?

Kleinherne: Ich kann die Antwort eigentlich nur in eine Frage kleiden: Würden Sie meinen, daß man das Ende der Diskussion an den Anfang stellen soll?

FRAGE: Heißt das, daß Sie — vorausgesetzt Sie können in Gelsenkirchen eine Entsorgung der Schachtanlage Westerholt nicht sicherstellen — eher eine Halde Steinacker befürworten würden als einen zusätzlichen Transport in den Hertener Süden?

Kleinherne: Wir meinen, daß ein Transport der Berge der Westerholter Anlage in den Hertener Süden technisch nicht durchführbar ist wegen der vielen schienengleichen Übergänge. Ich glaube aber letztlich, daß wir auch mit der Stadt Gelsenkirchen, mit der wir als Bergbaustadt engste Verbindungen haben, letztlich über einen Haldenstandort Einigkeit erzielen.

FRAGE: Einen Standort in Scholven oder in Hassel-Oberfeldingen?

Kleinherne: Wir haben ein Konzept des Regierungspräsidenten vor uns liegen. Wir sollten diese Konzeption nicht verwässern durch Überlegungen aus kommunaler oder zwischenkommunaler Sicht. Ich meine, die Diskussion muß in den dafür zuständigen Gremien weitergeführt werden.

HA 31/10.80

Erste Sitzung der KVR-Verbandsversammlung außerhalb Essens, und zwar im Kreishaus Recklinghausen. Von links: Verbandsdirektor Dr. Gramke, Verbandsversammlung OB Katzor (Essen), Bürgermeister Todt (Hagen), Landrat Marmulla, Kreisdirektor Dr. Kenneweg, Oberkreisdirektor Pezely.

Kommunalverband Ruhrgebiet im Kreishaus Recklinghausen

KVR vertagt die Stellungnahme zum Bergehalden-Problem

Weitgehende Empfehlung wird angestrebt / Kuhlmann bleibt kritisch

KREIS. Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) will sich auch ohne eigene Planungskompetenz weiterhin sehr aktiv in die Auseinandersetzungen um das Halden-Konzept des Regierungspräsidenten einschalten. Das wurde gestern auf der Verbandsversammlung deutlich, die im Kreishaus in Recklinghausen stattfand. Dazu der Vorsitzende der Verbandsversammlung, der Essener OB Katzor: „Wir streben eine möglichst weitgehende Empfehlung an", und Verbandsdirektor Dr. Gramke: „Wir wollen eine möglichst umfassende Hilfestellung geben." Es sei allerdings unbestritten, daß die Planungskompetenz beim Bezirksplanungsrat liege. Die Verbandsversammlung kam überein, die Beschlußfassung über die Stellungnahme zur Haldenfrage zunächst zurückzustellen. Der Recklinghäuser Landrat Helmut Marmulla forderte jedoch nachdrücklich, schon vorher über einzelne unumstrittene Haldenstandorte zu beschließen. So gebe es zum Beispiel im Falle der Halde Herten kein Zurück mehr, was jedermann auch wisse.

Dieses differenzierte Vorgehen in der Haldenfrage wurde auch von dem energischsten Kritiker des ganzen Konzepts, dem Gelsenkirchener OB Kuhlmann, gutgeheißen. In der Diskussion wurde auch klar, daß zum Beispiel die Möglichkeiten eines erweiterten Versatzes der Berge unter Tage das Problem der Halden mittelfristig nicht lösen können. Dazu Landrat Marmulla: „Jedes Jahr fällt in unserem Raum eine Halde von der Größe eines Fußballstadions in einer Höhe von 600 Metern an. Die Fairneß gebietet zu sagen, daß der Regierungspräsident uns nicht mit dem Haldenplan überrollt hat. Wir im Kreis Recklinghausen haben ihn immer zu einem Gesamtkonzept gedrängt."

● Der Landrat betonte, daß durch eine Vertagung der KVR-Stellungnahme in der Haldenfrage bei vielen betroffenen Bürgern nicht der Eindruck entstehen dürfe, die Dinge seien noch in der Schwebe. An der Halde Herten gebe es nichts mehr zu rütteln. Vielmehr müsse in diesem Fall dem Bergbau die Möglichkeit gegeben werden, möglichst schnell den Bergetransport von der Straße auf die Schiene umzustellen.

Die Verbandsversammlung sprach sich für eine „zeitgleiche Beratung" der Bergehalden-Konzepte aller drei für das Revier zuständigen Regierungspräsidenten aus. Sie stellte ihre Stellungnahme zurück, um die Vorlage der noch ausstehenden endgültigen Konzepte aus Düsseldorf und Arnsberg abzuwarten. Die gewonnene Zeit soll für „weitere intensive Untersuchungen" zu dem umstrittenen Problem genutzt werden, Möglichkeiten für die Lagerung der Berge zu finden.

● Verbandsdirektor Dr. Jürgen Gramke betonte, daß die gesetzliche Aufgabe des KVR, den Naturhaushalt des Ruhrgebiets zu sichern, „den wirtschaftsstrukturellen Notwendigkeiten ohne einseitige Vorgabe gleichrangig gegenübergestellt werden" müsse. Bergehalden-Standorte dürften zudem nicht festgeschrieben bleiben, wenn die technische Entwicklung ihre Notwendigkeit überholt. Diese Situation werde sich wahrscheinlich „deutlich" vor Ablauf des auf das Jahr 2025 ausgerichteten Zeitrahmens ergeben.

● Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Werner Kuhlmann sprach sich erneut entschieden gegen neue Umweltbelastungen in den Bergbaustädten aus. In Gelsenkirchen sei „die Grenze erreicht! Kuhlmann forderte, auch die Frage der Bergschäden in die Gesamtproblematik einzubeziehen. Der große Mangel des Halden-Konzepts sei, daß die Großhalden nicht außerhalb des Kernbereichs des Ruhrgebiets angelegt würden.

Der Gladbecker OB Wolfgang Röken betonte, es könne nicht angehen, daß Politiker im Ruhrgebiet „staatsmännische Reden" hielten nach dem Motto: „Kohle-Vorrang-Politik ja, Halden sind auch unvermeidlich, in meiner Stadt aber bitte keine." **Ru**

Amateure an der Studio-Kamera

Marl. Am jetzigen Sonntag, 2. November, von 10 bis 14 Uhr, stehen im insel-Fernsehstudio im Film- und Video-Mitmach-Aktion. Mehr als 500 Fotos, Dias und Filme sind bereits für diese Vor-

Umweltbelastung

Regierung: Gutachten zu Auswirkungen der Halde nicht geplant

„Es wird davon ausgegangen, daß keine auftreten"

HERTEN. (sp) Wir müssen uns keine Sorgen machen: Glaubt man dem münsterschen Regierungspräsidenten, so werden durch die neue Superhalde im Süden unserer Stadt keine zusätzlichen Umweltbelastungen auftreten. Auf eine entsprechende Frage der CDU-Fraktion stellt der RP fest: „Es wird davon ausgegangen, daß unter Zugrundelegung moderner Schütt- und Rekultivierungstechniken und die Umstellung des Bergetransportes auf die Schiene keine zusätzlichen Umweltbelastungen auftreten."

Damit nicht genug. In einem umfangreichen Informationspaket, das die Stadtverwaltung am Mittwoch den Ratsmitgliedern auf den Tisch legte, findet man weitere interessante Antworten der Regierung auf die Fragen der Fraktionen. „Ist daran gedacht", fragte z. B. die CDU, „rechtzeitig durch unabhängige Gutachter klären zu lassen, welche Auswirkungen im Bereich der Luft durch Staubentwicklung auf die Bürger zukommen und welche ökologischen Veränderungen durch die Riesenhalde entstehen?"

Die Antwort der Regierung ist kurz und deutlich: „Für die Standortfestlegung der Regionalplanung ist nicht beabsichtigt, zu den angesprochenen Bereichen Gutachten erstellen zu lassen." Höchstens im weiteren Verfahren bestehe „gegebenenfalls" das Erfordernis zusätzlicher Untersuchungen.

Die weiteren elf Seiten der Regierungs-Stellungnahme enthalten ähnlich vielsagende Antworten.

Die Verwaltung wird nun zur Vorbereitung der Stellungnahme der Stadt zur Halden-Planung ein umfangreiches Arbeitskonzept erstellen. Das Konzept, so erläuterte Stadtbaurat Horst Günther im Rat, wird Aussagen enthalten zu den rechtlichen Grundlagen, zur Entwicklung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr, zu den Auswirkungen auf die Strukturen der Stadt Herten und zur Haldenlandschaft im Hertener Süden. Am 3. Dezember wird sich der Planungs- und Verkehrsausschuß erstmals mit dem Thema beschäftigen.

Die Stellungnahme des Rates wird dann am 17. Dezember in der letzten Ratssitzung dieses Jahres verabschiedet. Danach sollen die Bürger informiert werden, wobei alternativ die Möglichkeit einer Bürgerinformation schon vor der Ratssitzung vorgeschlagen ist.

Ein Ja oder Nein des Rates zur Halde hat übrigens kaum rechtliche Konsequenzen. Die Stadt wird nur gehört. Die Entscheidung trifft der Bezirksplanungsrat und — bei Bedenken — die Landesplanungsbehörde als „Schiedsrichter".

30.10.80

Erwin Schleberger wird Sonntag 50 Jahre alt

Regierungspräsident mit persönlicher Note

Empfang in Münster mit Gästen aus allen Bereichen

MÜNSTER. Zahlreiche prominente Gäste aus Politik, Kultur, Verwaltung, Verbänden und Vereinen werden am jetzigen Sonntag, 2. November, in Münster erwartet, wenn Regierungspräsident Erwin Schleberger seinen 50. Geburtstag feiert. Aus diesem Anlaß gibt der Regierungspräsident einen Empfang auf dem Mühlenhof am Aasee in Münster.

Im Verlauf seiner mehr als zweijährigen Tätigkeit als Regierungspräsident hat Schleberger seiner Amtsführung inzwischen seine persönliche Note gegeben. „Ich verstehe mein Amt nicht als Repräsentant der Hoheitsgewalt des Staates, sondern als Mittler für die vielfältigen Belange der Region", bekennt er und weist in diesem Zusammenhang auf sein Bemühen hin, alle Sorgen und Nöte in den Gemeinden seines Bezirks genau zu kennen und zu ihrer Bewältigung zum Wohle der Bürger beizutragen.

Inzwischen hat Schleberger alle Kreise und 60 Gemeinden seines Bezirks besucht. „Die Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe", meint Schleberger," beruhen aber nicht allein auf Gesprächen mit den Verwaltungen und der politischen Repräsentanz, sondern auch im Kontakt mit Land und Leuten." Seit geraumer Zeit legt der Regierungspräsident bei seinen Gemeindebesuchen einen Teil des Weges mit der Bahn und zu Fuß zurück.

Schleberger, der sein Amt in Münster im August 1978 angetreten hatte, wurde 1930 in Wickrathhahn, Kreis Grevenbroich, geboren. Er legte am Gymnasium in Rheydt 1951 die Reifeprüfung ab. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften wurde er 1959 in die Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen und war bis 1965 bei der Bezirksregierung Düsseldorf tätig.

1967 wurde Schleberger zum Abteilungsleiter bei der Bezirksregierung Arnsberg bestellt. Zweieinhalb Jahre später, im April 1970, wurde er Vertreter des Leiters des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen.

1972 schied Schleberger aus dem Landesdienst aus und trat als Beigeordneter in den Dienst des Deutschen Städtetages. Am 25. 8. 1978 wurde Erwin Schleberger Regierungspräsident in Münster.

Seit 1979 ist er Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Abteilung Münster, Fachbereich staatliche Verwaltung. Er ist u. a. Mitglied des Landesvorstandes Westfalen-Lippe des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und Mitglied des Verwaltungsrates des Westfälischen Heimatbundes.

Gesundheitstip

Kreis. Für den telefonischen Ansagedienst „Aktuelles Gesundheitswesen" sind nach Mitteilung des Gesundheitsamtes des Kreises Recklinghausen als Themen für die erste Hälfte des Monats November „Fernsehen — Freund oder Feind?" und für den zweiten Teil des Monats „Krebsvorsorge bleibt aktuell" festgesetzt. Die Themen werden am 1. und 16. des Monats gewechselt und laufen jeweils 14 Tage. Die Fernsprechansage ist zu erreichen unter der Telefonnummer 01 16 02.

mannschaft aus Recklinghausen sicherte.

Um den 1. Platz spielten die Sieger der Gruppe 1 (Westerholt I) und die

Lesermeinung

Bürgerbeteiligung bei Haldenplanung

Herten. In einem offenen Brief an den Bürgermeister schreibt Joachim Jürgens, Schützenstraße 84 zum Paragraphen 6b der Gemeindeordnung (frühzeitige Bürgerberteiligung) in Verbindung mit der Haldenplanung folgendes:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Parteifreund, die zur Zeit heftigen Diskussionen in unserer Stadt bezüglich der evtl. entstehenden Großraumhalde sollte meiner Meinung nach Anlaß sein, die Gunst der Stunde zu nutzen und das Heft energisch in die Hand zu nehmen.

Vor jeder Genehmigung eines Bebauungsplanes steht in der Rgel die frühzeitige Beteiligung der Bürger. Warum sollte es bei dem geplanten Haldenprojekt anders sein. Rufen Sie eine Bürgerversammlung ein. Zeigen Sie uns Bürgern, daß die Verwaltung nicht Selbstzweck ist, sondern für uns Bürger da ist.

Zerstreuen Sie endlich mit der Hilfe des Regierungspräsidenten, Landrats und Umweltexperten die vielleicht unbegründeten Befürchtungen einer Vielzahl von Bürgern unserer Stadt. Verdeutlichen Sie uns, daß die Stadtentwicklungspolitik nicht von der Verwaltung oktroyiert, sondern von uns Bürgern mitvollzogen wird. Geben Sie uns das Gefühl der Mitverantwortung.

Ich bin der Meinung, daß viele Emotionen, Aktionen und Mißverständnisse, über diese allgemein bedeutsame Angelegenheit der Gemeinde, die ja unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam ist und evtl. das wirtschaftliche und soziale Wohl unserer Stadt nachhaltig berühren kann, durch möglichst frühzeitige Unterrichtung verhindert werden. Es sollte dem Bürger auch die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wer[illegible] 14.11. fentlichen Medien (Presse, [illegible]funk, Fernsehen) sollte gezeigt werden, daß in Herten nicht nur von Demokratie geredet, sondern auch demokratisch gehandelt wird und die Bürgernähe praktische Anwendung findet.

Haldali!

Kling Glöckchen klingelingeling und ein paar Raketen gleich hinterher - irgendwie bin ich ganz froh, am Schreibtisch zu hocken. Der tägliche Haldenbericht kann ganz schön fehlen - oder? Obwohl es auch zum Weihnachtsfest nicht ganz „ohne" ging. Das fing bei den Geschenken an. Zu den Klängen von La Montanara konnte ich die sehr beeindruckende „ Grundausrüstung für den Bergwanderer mit Nachtglas zur Erfassung topographischer Besonderheiten in den Tal-Lagen" in Empfang nehmen. Damit nicht genug. Zum Weihnachtsmenü prunkte auf der festlich gedeckten Tafel eine wunderschöne Kartoffelpüree-Halde in Landschaftsbauweise, liebevoll begrünt mit Petersilie und zartem Feldsalat. Zur Pute gab's Schwarzwurzeln und als Dessert einen niedlichen Schokoladenpudding-Tafelberg mit Vanillesoße.

Natürlich fehlte es auch nicht an lieben Grüßen. Die Wanderfreunde vom Sauerländischen Gebirgsverein überraschten mich mit dem Foto einer Hochwald-Halde vom Niederrhein. Im Vordergrund ein friedlich äsender Zwölfender. Nein, es war keine Fotomontage. Wie meine Nachforschungen ergaben war der prächtige Hirsch aus einem benachbarten Wildgehege ausgebrochen und konnte kurze Zeit später - sichtlich verstört - wieder leicht eingefangen werden. Ihm war beim Aufscharren der leichten Schneedecke plötzlich schwarz vor Augen geworden...

Eingelegt habe ich die prächtigen Heringe, die ein Hertener Hobbyangler am Fuß einer alten Halde aus dem versalzten Grundwasser gefischt und als Weihnachtsgruß ins Haus geschickt hatte.

Alarmierender fand ich da schon den neben besten Grüßen von den „Grünen" auf grauem Umweltschutz-Papier übermittelten Hinweis, man habe auf der für Halden vorgesehenen Fläche den letzten Springfrosch (rana saltans) von Nordrhein-Westfalen entdeckt. Zum Glück erzählte mir ein Freund, ein solcher Frosch sei auch schon im Paderborner Land - ausgerechnet an einem Tümpel, der auf dem Gelände eines geplanten Industriebetriebes liegt - gesichtet worden. Man hat den Verdacht, der gute rana saltans wird immer an die Stelle gesprungen, wo's brenzlich wird.

Frosch hin, Halde her - es waren schöne Feiertage. Laßt uns mit einem fröhlichen „Haldali" die Jagd im neuen Jahr beginnen! Gregor Spohr

Von Halden-Schrecks und Schreck-Halden

Von ERNST ZUR NIEDEN

Nach dem Urlaub kam der Schreck. Vor den Ferien vor Jahresfrist ahnte bei Vorlage des Bergehaldenkonzepts niemand etwas von der Aufregung, den die Absichten der Politiker in Münster erzeugen würden. Zwölf Monate später fällt die Schrecksekunde auf den Ferienbeginn, manchem wird der eigentlich wohlverdiente Urlaub sicher vermiest. In den Städten des Kreises werden derzeit die Stellungnahmen zum Haldenpapier verabschiedet.

Im vergangenen Jahr ging ein Aufschrei durch das Vest, weil jemand die Notwendigkeit weiterer Bergehalden auszusprechen wagte. Im Mai 81 herrscht Zeter und Mordio, weil die Kommunalpolitiker zwischen Gladbeck und Waltrop eben diese Notwendigkeit, wenn auch mit Zähneknirschen, akzeptieren.

Diese Woche im Vest

Die schrecklichen Halden stecken Politikern wie Bürgern gehörig in den Gliedern, für viele aufgebrachte Einwohner der ohnehin hart geprüften Bergbaustädte sind die Volksvertreter zu wahren Halden-Schrecks geworden, die Kohle-Interessen über das Gemeinwohl stellen. Vor allem in Herten, des die dunkle Last des schwarzen Goldes zu tragen hat wie keine andere Stadt im Kreis, fallen heftige Worte.

Wahlbetrug und falsches Spiel werden Vertreter der Bürgerinitiative ihren Stadtvätern vor. Den Kreistag forderten sie mit einer umfangreichen Dokumentation auf, seine Zustimmung zu Aufhaldungen zu überdenken. Der Gladbecker CDU-Abgeordnete Eberhard Ullrich — mit Sitz und Stimme übrigens auch im Bezirksplanungsrat, der für die Haldenplanung letztlich zuständig und verantwortlich ist — brachte wenig Verständnis für die Halden-Gegner auf.

Daß er die Ausarbeitung aus Herten „Pamphlet" nannte und im Hinterkopf keinesfalls druckreife Worte für die Bürger-Bemühungen übrig hatte, macht doch stutzig. Da fordern sie den mündigen Bürger, verstehen sich als Vertreter eines intelligenten Wählervolks — wie sonst hätten gerade sie dessen Stimmen bekommen — und reißen sich um die konstruktive Kritik des Mannes auf der Straße.

Aber kommt der Normalverbraucher endlich mal aus seinem Pantoffelkino und denkt mit, redet mit, arbeitet mit — dann wird er für Politiker zum Produzenten unausgegorenen Schwachsinns, der bestenfalls den Titel „Pamphlet" verdient, aber bitteschön nicht ernsthaft Gegenstand politischer Überlegungen sein kann. Motto: Wo kämen wir denn hin, wenn hier jeder seinen Senf dazutun könnte. Die Antwort liegt gerade beim Halden-Thema auf der Hand, denn ohne den Aufschrei der Bevölkerung stapelte sich Haldenpapiere längst zu stinkenden Abraumbergen ohne Gestaltung und Rekultivierung. Staunen und lange Gesichter hätten dann erst die fertigen Mammut-Halden hervorgerufen.

Wie sehr sich die leidenschaftliche Debatte in den Köpfen mancher Verantwortlichen festgesetzt hat, bewies ein bezeichnender Versprecher von Rudo Pezely in der entscheidenden Kreistagssitzung: „Meine sehr verehrten Damen und Halden" begrüßte der OKD die Versammlung. Eine Freudsche Fehlleistung? Wer weiß . . .

Mit den Stellungnahmen der vestischen Parlamente hat das Schrecken übrigens lange nicht sein Ende. Im Gegenteil, die mühsame Kleinarbeit, das Ringen um Mengen und Meter, Böschungen und Begrünung beginnt erst. Der Bezirksplanungsrat ist aufgerufen, die Bedenken und Anregungen von Politikern und Bürgern zu berücksichtigen — auch an Eberhard Ullrich geht dieser Aufruf.

23.5.81

Kreistag sagt „Ja“ zu Halden

Kein Beschluß zu Standorten — Anregungen begrenzen Belastung

35.81

(ezn). Die Stellungnahme um Haldenkonzept des Regierungspräsidenten Münster passierte gestern bei zwei Gegenstimmen den Kreistag. Dann werden Bedenken und Anregungen allgemeiner Art vorgetragen. Die Ausarbeitung zu den einzelnen Haldenstandorten im Kreis erhob das Parlament jedoch nicht zum Beschluß. Im Klartext: Der Kreistag verzichtet auf ein eindeutiges „Ja“ oder „Nein“ zum einzelnen Standort und überläßt dies den betroffenen Stadträten.

Kern der Aussage des Kreises, die von den beiden Herteer CDU-Abgeordneten Kolb und Rösler nicht mitgetragen wird, ist die Zustimmung zum Schleberger-Konzept. Sein „Ja“ zu weiteren Aufhaldungen knüpft der Kreistag aber an bestimmte Bedingungen.

So sollen Flächensicherung und Betriebsplanung verknüpft werden, um eine optimale und an den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten orientierte Haldenplanung zu gewährleisten. Nur dadurch sei es möglich — meint der Kreistag — den Grundsatz der regionalen Lösnng des Abraumproblems und drängende Umweltfragen in Einklang zu bringen.

Trotz der Laufzeit des Haldenkonzepts von 20 Jahren sprach sich das Kreisparlament für eine ständige Überprüfung der Bergewirtschaft aus. Neue Technologien zur Verringerung der Haldenmengen sollen vordringlich angewandt und alternative Standorte frühzeitig ausgemacht werden.

Die Nachbar-Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf werden zu einer abgestimmten Haldenplanung aufgefordert, um des Kohle-Müls im gesamten Ruhrbergbau Herr zu werden. Für jeden Einzelstandort verlangt der Kreis umfassende Prüfungen der Umweltverträglichkeit, die in das Planverfahren über Größe und Ausseben der Halde einfließen. Transporte sollen grundsätzlich über die Schiene laufen.

Für den Verlust an Landschaft, Natur und Wohnqualität erwartet der Kreistag Ausgleichsmaßnahmen und finanzielle Zugeständnisse durch das Land. Flächen, auf denen der Bergbau Aufhaldungen vornehmen darf, müssen — so die letzte Forderung des Parlaments — schon vor der Schüttung des Abraums in den Besitz der Gemeinden übergehen, um eine spätere Nutzung im Sinne des Gemeinwohls zu garantieren.

14. 3. 81 A2.

Betriebsratsvorsitzender Lasthaus:

Gegen die Zerstörung intakter Natur durch Halde im Stadtnorden

„Bezirksregierung spielt mit gezinkten Karten"

BUER. „Der Rat der Stadt Gelsenkirchen hat verantwortungsbewußt gehandelt, als er einen Haldenstandort in Oberscholven ablehnte", erklärte Hubert Lasthaus, Betriebsratsvorsitzender des Verbundbergwerks Westerholt, in einem Referat vor IGBE-Angestelltenrentner. Mit dieser Auffassung befinde er sich zwar im Gegensatz zur Arbeitgeberseite, doch bieten sich nach Auffassung des Betriebsratsvorsitzenden weit besser geeignete Standorte bei Wulfen an.

Die Verwaltung beim Regierungspräsidenten in Münster habe mit „gezinkten Karten" gearbeitet und ein vor längerer Zeit angekündigtes Gutachten über die „Halterner Sande" erst kürzlich in Auftrag gegeben. Dies sei erst in internen Gesprächen zwischen der SPD-Ratsspitze, dem Vorstand der BAG Lippe und Vertretern des Betriebsrates bekannt geworden.

„Bis Ende dieses Jahres muß unbedingt die Entscheidung gefallen sein, wohin die Reise gehen wird", meinte Hubert Lasthaus. Für den Betriebsrat steht freilich schon eines fest: Das Bergematerial sollte nur noch über den Schienenweg transportiert werden. Lasthaus: „Die Bevölkerung wehrt sich zu recht gegen Praktiken, die der Bergbau in der Vergangenheit durchgesetzt hat."

Stehe der neue Haldenstandort fest, so können auf der Zeche Westerholt größere Umbauarbeiten begonnen werden. Drei Jahre dürften vergehen, ehe die Baulichkeiten verwirklicht sind. Neben dem Ausbau des Schienennetzes müsse ein neuer Bunker für eine Zwischenlagerung gebaut werden.

Große Anstrengungen müsse der Bergbau unternehmen, um den wachsenden Bergeanteil wieder un-

Leser sagen ihre Meinung

„Druckfehler oder Unterschlagung?"

Herten. Einen Leserbrief zum Hertener RZR schreibt Joachim Jürgens, Schützenstr. 84. Hier der wörtlich zitierte Brief:

„Mit Erstaunen stellte ich beim Lesen des Jahresberichtes (1979) des Umweltbundesamtes Berlin fest, daß dort unsere Müllverbrennungsanlage auf der Seite 101 verzeichnet ist. Als Paradebeispiel für neuzeitliche, umweltfreundliche Müllvernichtung wird dort das RZR Herten als einzige Anlage mit einer Durchsatzkapazität ausgewiesen.

Nur beim genauen Lesen (darf man der Umweltunbedenklichkeit dieser Luftvermüllungsanlage glauben schenken) stellt man fest, daß diese Sache einen gewichtigen Haken hat. In Tonnen/ Jahr ausgedrückt wiegt dieser Haken genau 330 000 t/a (beim genehmigten RZR) und 630 000 t/a (beim vorerst geplanten RZR). Unsere „Luftvermüllungsanlage" wird dort schlicht mit einem Jahresdurchsatz von 120 000 t/a angegeben.

Es wäre nun sicherlich interessant zu erfahren, ob dem Umweltbundesamt dort ein Druckfehler unterlaufen ist, oder ob der KVR dort, ähnlich wie beim „Hertener Tunnel" diese Zahlen lediglich als „Denkmodell" herausgegeben hat. Wenn man nun glaubt, daß das RZR in ca. 1,5 Jahren seinen Betrieb aufnehmen wird, so wird man abermals enttäuscht. Laut Beteuerung unseres Stadtdirektors und sachkundigen Bürger in Sachen RZR, ist die Benutzung unserer Stadtstraßen durch auswärtige Müllfahrzeuge nicht gestattet. Bei einem Gespräch mit der Verwaltung ist jedoch zu erfahren, daß die RZR-Müllzufahrtstraße aus dem Norden (Anschluß an die A43) frühestens in 6 bis 8 Jahren fertiggestellt sein wird. Kann die für den Verkehr zügige Schützenstraße die Müllfahrzeuge von Marl, Dorsten usw. auch noch aufnehmen? Oder wird der Stadtzauberer „Baurat Günter" für die Hernerstraße eine ähnliche Verkehrszügigkeit wie für die Schützenstraße hervorzaubern?"

Keine Diskussion ohne Information

Herten. Zum Leserbrief des CDU Ratsherren Theo Ahmann zur geplanten Umsiedlung der Hohewardsiedlung schreibt jetzt Alfred Enders, Hohewardstr. 174 im Namen des Vorstandes der Gartensiedler:

„Der Vorstand der Gartensiedlung freut sich über jede angebotene Hilfe und Anregung zum Zwecke der geplanten Umsiedlung und über jede Anregung, wie ein Schaden von uns abgewendet werden kann. Doch wenn in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ohne sich vom Stand der laufenden Dinge zu informieren, kann dieses nur schädlich für uns Siedler sein, weil dadurch Unruhe gestiftet wird.

Zur Information gibt der Vorstand der Hohewardsiedler bekannt: Wir Siedler haben der Bürgerinitiative Halde klar dargelegt, daß wir im Grundsatz andere Interessen zu vertreten haben als sie. Aus diesem Grunde konnten wir uns nicht der Bürgerinitiative Halde anschließen. Die Mitglieder der Hohewardsiedlung werden vom Vorstand über den Stand der laufenden Gespräche mit dem Bergbau und der Stadt Herten genaustens informiert. Unsere Bedingungen zum Zwecke der Umsiedlung sind der Stadt Herten wie auch der RAG bekannt und decken sich mit Ihrer Meinung, Haus für Haus ohne jegliche finanzielle Belastung umzusetzen.

Das waren und bleiben die Bedingungen der Hohewardsiedler für eine mögliche Umsiedlung. Alle Verhandlungspartner sind bemüht sich gütlich zu einigen.

Sollte sich im Laufe der Zeit das abzeichnen, was Sie uns prophezeien, werden wir von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Umsiedlung abzulehnen."

„Mit allen Mitteln gegen Riesenhalde"

Von H.-A. BRÜGGEMANN
waz HÜNXE

Alle rechtlichen Möglichkeiten will die Gemeinde Hünxe gegen den Plan des Düsseldorfer Regierungspräsidenten ausschöpfen, im Hünxer Wald, im südlichen Teil des Naturparks „Hohe Mark", eine 600 Hektar große Bergehalde anzulegen.

Die Riesenhalde – sechs km lang und einen km breit – soll mehr als 100 Millionen Tonnen Abraum aufnehmen. Damit würde, so die Gegner des Planes, eines der schönsten Naherholungsgebiete des Reviers zerstört.

Die Halde, zu der zusätzlich noch eine Bahnlinie angelegt werden müßte, soll nach der Planung des Regierungspräsidenten neben zwei weiteren neuen Großhalden bei Kamp-Lintfort und auf der Büdericher Insel (Wesel) die Bergeprobleme der fünf Niederrhein-Zechen langfristig lösen.

Die Entscheidung über das auch vom Kreis Wesel, den DGB und der Landwirtschaft abgelehnte Projekt, soll der Bezirksplanungsrat im nächsten Frühjahr fallen.

Aus dem Westen: Halde wäre so groß wie 700 Fußballplätze

WAZ
29.8.91

Zum Tage

Falscher Ort

Wer im Ruhrgebiet lebt und die gewachsene Abhängigkeit dieser Region vom Bergbau kennt, wird sich nicht grundsätzlich gegen neue Bergehalden wenden. Wenn der Bergbau eine Zukunft haben soll, muß auch das Haldenproblem gelöst werden.

Standort und Größe sind jedoch nicht einfach vom grünen Tisch aus zu verordnen. Auch der Bergbau muß heute mehr als früher auf den Umweltschutz Rücksicht nehmen. Belästigungen der Anwohner müssen gering gehalten und vor allem muß versucht werden, mit den Betroffenen einvernehmliche Lösungen zu finden. In einigen Fällen ist das gelungen. In anderen tut man sich schwer.

Die Großhalde hat Vorteile gegenüber der Anhäufung von kleinen. Aber die Frage ist, ob solche Großhalde, die über Jahrzehnte Belästigungen bringt, ausgerechnet in einen Naturpark hineingeplant werden muß. Solche Planung erscheint rücksichtslos. Da müßten andere Standorte sich finden lassen.

M.

Die Planung des Backumer Freibades entwickelt sich immer mehr zu einem Skandal. Schon als im Februar zum Erstaunen der Ratsherren eine Kostenberechnung in Höhe von 11,7 Millionen DM auf den Tisch gelegt wurde - immerhin fast 4 Millionen mehr als in der vorangegangenen Kostenschätzung - war die Aufregung berechtigt groß. Wenn damals von der „Arbeit eines Schülers" die Rede war, so muß man nach der neuesten Entwicklung einmal ganz deutlich feststellen: So dumm kann ein Schüler gar nicht sein! Man muß sich das nur einmal vorstellen: Da wird der Stadt vom Kommunalverband Ruhrgebiet für die Planung des neuen Bades ein sogenannter „Bäder-Spezialist" angedient, der nicht nur eine Kostenschätzung für den Papierkorb abliefert, sondern - wie sich jetzt gezeigt hat - auch Pläne, die man im Schlamm und Torf des Backumer Tales versenken kann. Ideal, so hatte er festgestellt, sei für die neuen Becken just jene Stelle, an der schon die alten seit Jahren vor sich hinreißen. Und daß daran offensichtlich nicht nur Bergschäden Schuld waren, machten die Schlamm- und Torffunde bei den letzten Bodenproben der Stadt deutlich. Klar: Es kann und darf nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, jeden Plan, der nicht im eigenen Hause erstellt wird, bis ins Detail nachzuprüfen. Dann kann man ihn gleich besser selbst machen. Das darf aber auch nicht dazu führen, daß man sich wie hier von einem Schlußbericht des planenden Architektenn einlullen läßt, in dem am Rande auch von einem hinzugezogenen Bodenspezialisten die Rede ist. Wer - wie die Stadt - auf eigene Rechnung nördlich der Badeanlage vor zwei Jahren Bodenproben entnimmt, um Vergrößerungemöglichkeiten eines dort eingeplanten Teiches prüfen zu können, muß sich fragen lassen: Warum damals nur dort und nicht an jener kritischen Stelle, die nach Jahren des Ärgers plötzlich für ein Schwimmbad so ideal sein sollte? Ließ man es, weil diese Stelle eigentlich zu schön war, um wahr zu sein? Hinter der Grundstücksgrenze des alten Bades beginnt nämlich ein „Bergschäden-Verzichtsgebiet" - Schäden an Gebäuden und Becken würde hier der Bergbau nicht auf seine Kappe nehmen. Welche Gründe es auch waren: Die neue Entwicklung bringt die Stadt vom Regen in die Traufe. Es müßte schon sehr verwundern, wenn sich der Bergbau z.B. bei einer komplizierten Pfahlgründung im Schlamm-Torf bei späteren Schäden noch einmal den Schwarzen Peter zuschieben ließe. Bleiben ein Austausch des Bodens oder eine Verschiebung der ganzen Anlage - fragt sich nur, wohin? Man kann das Ganze natürlich auch lassen und den Schlamm für einen „kinderfreundlichen" Matschplatz nutzen. Oder wie wär's mit dem „Modellversuch eines arbeits- und wohnstättennahen Feuchtgebietes"? Für den Kommunalverband Ruhrgebiet, der Geld genug für Halden-Tunnel-Spinnereien hat, sicher eine lohnende Aufgabe. Spaß beiseite: Es wird ein teures Freibad sein, daß hoffentlich doch noch irgendwann in den nächsten Jahren seine Pforten öffnet. Die ersten, die man dann baden gehen lassen sollte, wären die Verantwortlichen für diesen Schlamassel.

Gregor Sporr

11.6.87

„Richtige Leute jetzt auf den richtigen Nenner bringen"

„Nachdem maßgebliche Vertreter der SPD in beruflicher Verbundenheit zur Ruhrkohle AG wie Bürgermeister Willi Wessel und Landrat Marmulla auf vielen möglichen Wegen versucht haben, ihre Parlamentskollegen auf die vieldiskutierte Hertener Großhalde positiv einzustimmen und Peter Gengenbach von der FDP als Ruhrkohle-Angestellter auch nicht viel dazu sagen kann, fühlt sich neuerdings auch noch der neue Scherlebecker CDU-Vorsitzende und ehemalige Betriebsführer der Ruhrkohle AG, Siegfried Godlinski, berufen, das ‚Affentheater' der Politiker um diese Hertener Schande weiter fortzusetzen.

Daß er ausgerechnet für den kommenden Montag als Vertreter der Ruhrkohle mit Herrn Rawert nicht nur einen der maßgeblich zuständigen Leute der Ruhrkohle, sondern auch den früheren Fraktionsvorsitzenden der CDU im Rat der Stadt Herten sowie den Ruhrkohle-Angestellten und jetzigen CDU-Landtagsabgeordneten Werner Kirstein eingeladen hat, ist insofern äußerst bedenklich, weil man wieder einmal erläutern und diskutieren will, um wie bereits bei der SPD gesehen, die richtigen Leute auf den richtigen Nenner zu bringen. Im Bewußtsein vieler Freunde innerhalb der CDU und der Bürger Hertens wehre ich mich ganz entschieden gegen diese Art von Interessenpolitik und möchte darum im Hinblick auf die für den 16. 1. 81 vorgesehene Bürgeranhörung folgende abschließende Feststellungen treffen:

● Die Ruhrkohle hat in den letzten Jahren hinter dem Rükken der Bevölkernng, aber mit Wissen einiger weniger Ruhrkohlepolitiker zweistellige Millionen DM investiert, um die Voraussetzungen unter Tage zu schaffen, daß die Bergehalden insbesondere von den Hardtschächten zur Zeche Blumenthal transportiert, dort gefördert und auf die Hertener Großhalde gekippt werden. Dafür sind unter Tage bereits 14 km Schienenstrang verlegt. Alternativmöglichkeiten werden daher nicht mehr in Erwägung gezogen, weil der bisherige Kostenaufwand schon zu groß ist aus der Sicht der Ruhrkohle-Gesellschaft.

Leserbriefe

● Alle Diskussionen, Gespräche, politische Meinung oder Beschlüsse in der Bürgerschaft, der Presse und im Rat der Stadt Herten sind nur noch eine Farce oder wie ich sprichwörtlich bereits erwähnte, ein ‚Affentheater' gegenüber den Bürgern unserer Stadt. Selbst der Plan des sehr um die Sache bemühten SPD-Ratsherrn und Architekten Hoyer, ein Landschaftsbauwerk zu erstellen, ist nur ein Ausweg aus der Sackgasse, der aber das drohende Unheil nicht abwenden kann. Selbst ein klares ‚Nein' aller Mitglieder des Rates der Stadt Herten hat keinen Einfluß mehr auf die Schüttung der Halde, da weitaus ‚höher gestellte Gremien' in Form der Staatsanwaltschaft über diese Planung zu bestimmen haben und auch noch gesetzlich dazu legitimiert sind.

● Die bevorstehende Bergehaldenlandschaft in unserem Lebensraum zwischen Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop und Dorsten im Westen sowie Castrop-Rauxel, Waltrop, Datteln und Haltern im Osten haben das völlig unparteiische und von keiner politischen Richtung abhängige Wetteramt Essen zu einem Gutachten veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß das Leben aller Menschen in den durch die vielen und teilweise nur 2 bis 3 km voneinander entfernten Halden und sich dadurch bildenden Smog-Tälern erheblich gefährdet und beeinträchtigt wird.

● Dieses abzuwenden ist im politischen Raum infolge der Interessenverquickung meines Erachtens nicht mehr möglich. Ich rufe alle Bürger Hertens auf, sich Gedanken darüber zu machen, mit welchen gesetzlich möglichen Mitteln die Schüttung dieser Bergehalden gegen die Machtpolitik einzelner Politiker aus allen Parteien verhindert werden kann. Auf jeden Fall sollten alle Wähler sich jetzt schon Notizen machen für das Jahr 1984, in dem sie dann wohl zwischen Profit-Politikern und echten Volksvertretern unterscheiden können."

Theo Ahmann
CDU-Ratsherr Scherlebeck

WAZ 8.1.81

Höhere Landschaftsbehörde:

Status quo auf jeden Fall weg

Halden-Alternativen erwartet

„Keine Halden-Sensation" brachte die gestrige Sitzung des Beirates bei der höheren Landschaftsbehörde beim Regierungspräsidenten in Münster. Der Beirat erwartet von der Einwohnerversammlung am 16. Januar, 19 Uhr, in der Gesamtschule neue Haldenaspekte. Wie die WAZ berichtete, sollen Ziele und Auswirkungen des Haldenkonzeptes erläutert und von Sachverständigen Fragen beantwortet werden.

Der Beirat bei der höheren Landschaftsbehörde erhofft außerdem „von allen Seiten" Alternativen zum Haldenkonzept und eine Versachlichung der Diskussion. Er sieht eine Sanierung des Hertener Südens als absolut notwendig. „Der Status quo im Hohewardbereich soll auf keinen Fall erhalten bleiben", hieß es. Ökologische, raumpolitische und städtebauliche Gesichtspunkte müßten hier sorgsam untersucht werden.

Mitarbeiter und Leiter der VHS stellen das neue Programm der Öffentlichkeit vor.

HA 8.1.87

Beirat der höheren Landschaftsbehörde:

Aus unbefriedigenden Halden vernünftige Landschaft machen

Endgültige Stellungnahme erst nach der Bürgeranhörung

HERTEN.(sp) Mit dem Rahmenkonzept für Bergehalden beschäftigte sich gestern in Münster wieder einmal der Beirat bei der höheren Landschaftsbehörde beim Regierungspräsidenten Münster. Eine endgültige Stellungnahme zur geplanten Halde Hoheward in Herten-Süd will der Beirat aber erst nach der Bürgeranhörung, die am 16. Januar in der Hertener Gesamtschule stattfindet, abgeben. Insgesamt jedoch wurde auch gestern eine zustimmende Haltung deutlich.

In seiner letzten Sitzung hatte der Beirat Lösungsvorschläge und Modelle für die Groß-Halde gefordert, weil „ die Vorstellungskraft in Bezug auf Gestaltung und Unterbringung bei der Tragweite nicht ausreicht". Bezirksplaner Steimann riet gestern in der Sitzung, man möge - da es unterschiedliche Vorschläge zur Gestaltung gebe - die Bürgeranhörung in Herten abwarten. Dem wurde zugestimmt.

Der Beirat teilte jedoch die Auffassung von Dr. Petsch vom Kommunalverband Ruhrgebiet, die momentane Situation im Hertener Süden sei ökologisch und städtebaulich sehr unbefriedigend. Die zerklüftete Landschaft könne durch weitere Schütungen sinnvoll saniert werden. Auf diese Art könne man aus unbefriedigenden Halden eine vernünftige Landschaft machen. Dr. Petsch: „Das ist besser, als wenn wir in jungfräuliches Gebiet gingen." Diese Meinung wurde in einem einstimmigen Beschluß festgehalten, der in die Beratung des Bezirksplanungsrates eingebracht wird.

Im Beirat für Landschaftsfragen sitzen Vertreter der verschiedensten Naturschutz und Heimatverbände.

ertens Siedler sind einer Meinung zum Haldenkonzept:

WAZ 7.1.81

„Gesundheit soll nicht viel kosten"

(ku) „Der Bergbau hat vor sich hingeschlafen und Geld geheffelt!" „Für alles sind Steuergelder da, nicht zuletzt für die hrkohle. Nur unsere Gesundheit soll nach Möglichkeit nicht zuviel kosten." „Die Bergschäden können Sie mittags im ller beobachten, die Suppe ist links!" Diese und andere Festllungen illustrieren sehr deutlich, was der Deutsche Siedlerrband in Herten vom Bergehalden-Rahmenkonzept hält. 25 ertreter der insgesamt über 2000 Hertener Siedler sprachen ch am Montagabend gegen die Schüttung der Superhalde aus.

„Uns ist klar, daß sich die ldendiskussion im Kreis eht", gestand Siedler-Sprer Friedrich Bauch ein, och wir haben jetzt genug gumente gegen die Halde rgebracht. Wann hören wir egenargumente?" Das 180illionen-Tonnen-Ding ist in n Augen des Deutschen edlerbundes „unzumutbar".

Die Siedler schlossen sich auf ihrer Versammlung den Argumenten der Bürgerinitiative an. Mit der offiziellen Halden-Broschüre der Stadt vor sich auf dem Tisch machte Friedrich Bauch stellvertretend keinen Hehl aus seinem Ärger. „Was dem Süden zugemutet wird, ist unglaublich!"

Mit Bürgerinitiative

Der Sprecher der Siedlergeeinschaften warnte insbesonre vor der auf dem RZR-Gende geplanten Pyrolyseanlas, die „zusätzlich zu dem gann anderen Dreck noch das chgiftige und krebserregene Cadmium produziert". Das ewerbeaufsichtsamt habe bei er RZR-Planung seinerzeit chon Giftkonzentrationen erreicht gesehen, die nicht mehr

überschritten werden sollten. „Und jetzt erweitert man die Anlage und setzt gleich daneben eine Anlage zur Gummi- und Plastikverbrennung" (Bauch).

Auch die Siedler leiden wie alle anderen Hertener unter Bergschäden. Langwierige Regulierungsverhandlungen und schlampige Reparaturen lassen sie für die Zukunft fürchten. „Da werden Risse mit Kitt verschmiert — nach sechs Monaten fällt das Zeug aus den Fugen wieder raus!" Wenn die Halde wie genehmigt geschüttet wird, so mutmaßen sie, „drücken die 180 Millionen Tonnen derart auf das Gestein, daß wir in naher Zukunft noch sehr viel mehr Ärger haben".

Aus der Gesundheit der Bürger mache der Bergbau eine Kostenfrage; technisch längst bekannte Blasversatz-Verfahren würden aus finanziellen Gründen nicht berücksichtigt. Auf einen einfachen Nenner brachte das Problem eine Versammlungsteilnehmerin: „Das kann mir keiner erzählen, daß dieses Konzept wirklich die beste oder einzig mögliche Lösung sein soll."

Deshalb werden auch die Siedler Unterschriften sammeln. Der Vorstand des Deutschen Siedlerbundes startet die Aktion in den nächsten Auch zur Bürgeranhör 16. Januar werden die erscheinen. Allerdings warnte der Sprecher d den-Initiative, Dieter — „ist es nun nicht m mit getan, nein zu s Wir müssen jetzt k werden, genaue Zahlen gen, uns ins Verwaltun einarbeiten. Fachleute ziehen. Sonst ziehen lange Sicht den kürzere

FRIEDRICH BAUCH: „Was dem Süden zugemutet wird, ist unglaublich." Der Siedlersp sprach sich im Namen aller 2000 Hertener Südl er gegen die geplante Superhalde aus. (WAZ-Bild: W

E TOTALE HALDENLANDSCHAFT im Hertener Süden (die lbe Fläche der Ex-Stadt Westerholt) demonstrierten die Siedler einer Vorstandssitzung.

Trotz Finanzlücke erweitertes FBS-Programm:

Anregungen und Tips auf neunzig Seiten

Ein neues Programm — ein neuer Anfang für 1981. Die Familienbildungsstätte H ten (kurz FBS) hat zwar mit finanziellen Problemen zu kämpfen (wir berichteten der gestrigen Ausgabe), doch das, was der 90seitige Katalog an interessanten Kur bereithält, kann sich noch allemal sehen lassen. Leiter Apel: „Der Finanzminister sich zum Ziel gesetzt, im Weiterbildungsbereich 20 Prozent einzusparen, in diesem reich rechnet man wohl nicht mit allzuviel Widerstand!"

Neben den „klassischen" Bereichen der FBS weiter im Programm: Diabetis, Diät für Diabetiker, eine kleine häusliche Krankenpflege und ein Betrachtung des Jogging aus medizinischer Sicht als weitere spezielle Anregungen zur Teilnahme am FBS-Programm.

Der Bereich „Hauswirtschaft" bietet eine Fülle kulinarischer Genüsse. Aber für die, die eine solide Grundausbildung erlangen möchten, bietet sich der Kurs „Kochen und Backen — leichtgemacht" an. Dieser Kurs bietet Damen und Herren Gelegenheit, Grundkenntnisse der Nahrungszubereitung wie Kochen, Braten, Dünsten, Backen u. s. w. zu erwerben und anhand von Grundrezepten auch zu erproben.

Insgesamt legt die FBS Herten ein Programm vor, das im Verhältnis zu 1980 eine Ausweitung des Angebotes bringt.

In diesem Zusamn möchte die FBS auf e formationsnachmittag Sonntag, 11. Januar, hi wo im Gespräch mit d Mitarbeitern das Pr auch etwas persönlich gestellt werden soll. Informationen folgen. dem Programm in d selbst, wird darüber hi interessantes Angebot den Nebenstellen der geboten.

Verwirrspiel mit Zahlen um Gladbecker Bergehalde Mottbruch:

WAZ 7.1.81

25 Millionen Tonnen fehlen in Bergbau-Akten

Nur die Stadtverwaltung nimmt Notiz von bestehender Aufschüttung - Die Grenze ist erreicht

(ezn). Das Verwirrspiel um Schüttmengen und Kippkapazitäten auf der Gladbecker Halde Mottbruch nimmt langsam, aber sicher groteske Züge an. Zwischen Stadtverwaltung und Regierungspräsident offenbarte sich schon vor Wochen eine Meinungsverschiedenheit. Inzwischen haben sich auch die Rechenkünstler der Bergbau AG Lippe mit der Halde beschäftigt.

Über das Ergebnis der Kalkulation besteht Uneinigkeit in der Größenordnung von „lächerlichen" 25 Millionen Tonnen. Diese Menge ziert schon jetzt das Gelände der vorgesehenen Zentralhalde Mottbruch. Weder in der Statistik der BAG Lippe noch in den Berechnungen Münsters taucht diese Menge jedoch auf.

Münster möchte — so das RP-Konzept — zusätzlich zu den 25 Millionen Tonnen, die das Bergamt Gelsenkirchen der BAG bereits genehmigt hat, weitere 30 Millionen Tonnen Kohlemüll im Mottbruch lagern. Als gelehrige Schüler von Adam Riese errechneten Bergbau und Bezirksplaner daraus die Haldenkapazität von rund 55 Millionen Tonnen. — So weit, so gut.

Der Haken an der Sache sind eben die genannten 25 Millionen Tonnen, die bereits 60 Hektar Fläche in Gladbeck bedecken. Amtlich registriert wurde dieser Kohleabfall offenbar bis heute nicht. Im Gladbecker Rathaus weiß man hingegen sehr wohl von dem schwarzen Dreck, der sich kaum mehr aus der Welt schaffen läßt.

Vorwürfe

Tiefbauamtsleiter Sandhofe riet den Verantwortlichen der BAG und des Regierungsbezirks, sich doch an Ort und Stelle vom Vorhandensein des Bergematerials zu überzeugen (Bild links). Für ihn ergeben sich aus den geplanten Aufschüttungen 80 Meter Haldenhöhe und 80 Millionen Tonnen Bergemenge.

Sandhofe vermutet eine Verwechselung der Kapazitäten hinter dem Tonnen-Kuddelmuddel. Der Stadtrat sieht sich einig mit dem Zahlenmaterial seiner Verwaltung und sprach sich noch im alten Jahr wegen der zu groß geratenen Haldenmenge gegen die RP-Pläne aus.

Gladbecks Stadtväter sehen ihre Kommune an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt. Vorwürfe an die Adresse des Bergbaus, der jahrelang klammheimlich, aber fleißig Tonne auf Tonne häufte, ohne dies amtlich festzuschreiben oder zu bestätigen, wurden bisher allerdings nicht laut. Beobachter rechnen jedoch damit, daß sich dies ändern wird, wenn die BAG Lippe und der RP in Münster an ihren Berge-Daten standhaft und bürokratisch festhalten.

Ulrich Steger (MdB) zieht Zwischenbilanz

HA 3/4.1.81

Die Halden-Diskussion dreht sich jetzt langsam im Kreis

Keine neuen Argumente mehr erwartet / Druck auf den Bergbau ausüben

KREIS. Eine „Zwischenbilanz der Halden-Diskussion" hat der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Unterbezirksvorsitzende Dr. Ulrich Steger jetzt gezogen. Steger gehörte zusammen mit Landrat Helmut Marmulla und Hertens Bürgermeister Willi Wessel in der Frühphase zu den Hauptinitiatoren eines regionalen Haldenkonzeptes, hatte sich aber dann in dieser Frage merklich zurückgehalten.

In einer Auswertung der bisher vertretenen Standpunkte erklärte der Abgeordnete, daß sich die Halden-Diskussion nun langsam im Kreis zu drehen beginne, neue Argumente kaum noch zu hören und auch nicht zu erwarten seien. Alle Vorschläge für alternative Verbringungen seien sorgfältig geprüft worden. Daraus ergibt sich für Steger eine erste Schlußfolgerung: Auf mittlere bis längere Sicht gibt es interessante andere Möglichkeiten der Bergeverbringung als die Aufhaldung. Neben dem Untertage-Versatz nennt er die Wirbelschichtverbrennung von Flotationsbergen und kombinierte Kohle-Müll-Pyrolepe-Verfahren. Für die nächsten 10 bis 15 Jahre müsse man jedoch damit rechnen, daß knapp zwei Drittel der Berge aufgehaldet werden müssen. Und wer den Berge-Lasterverkehr aus Wohnsiedlungen heraushalten wolle, komme an Großhalden nicht vorbei.

Daraus ergibt sich für den Bundestagsabgeordneten eine zweite Schlußfolgerung: Der Zeithorizont der jetzigen Bergehalden-Planung sollte nicht über das Jahr 2000 ausgedehnt werden, eher bei 1995 liegen. Nur so werde der Druck auf den Bergbau stark genug sein, sich wirklich ernsthaft um alternative Verbindungsmöglichkeiten zu kümmern.

Drittens habe es sich herausgestellt, daß die wasserwirtschaftlichen Bedingungen eine Haldenlagerung im Münsterland verbieten. Diese Tatsache verbaue zweifellos Entlastungsmöglichkeiten für unseren Raum.

Nach Stegers Meinung muß die Entlastung für die Bergehalden zunächst durch den Verursacher, den Bergbau, erfolgen. Sicherlich werde aber auch über zusätzliche Entla-

Land zu reden sein (zum Beispiel höhere Schlüsselzuweisungen).

Steger weist darauf hin, daß es oft vergessen worden ist, daß es sich bei der vorgezogenen Gebietsentwicklungsplanung nur um Standortsicherung für die Bergehalden, nicht aber um ein Betriebsplanverfahren handelt. Einzelheiten der Haldengestaltung, Begrünung und so weiter werden dort geklärt. Durch das neue Bundesberggesetz sind, so der Abgeordnete, die Beteiligungsrechte der Gemeinden erheblich ausgeweitet. Allein dies werde sicherstellen, daß die Anforderungen und Auflagen für eine umweltfreundliche, abschnittsweise geschüttete Haldengestaltung gegenüber früher beträchtlich steigen werden. Steger: „Gegenwärtig können wohl nur die Grundsätze und Kriterien dafür festgelegt werden. Und die Haldenstandorte sähen im übrigen nicht wesentlich anders aus, wenn das Land oder eine andere Behörde sie geplant hätten."

Hat eine Zwischenbilanz in der Halden-Diskussion gezogen: der Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Steger

Kreisjagd wird neu verpachtet

Kreis. Die Eigenjagd des Kreises Recklinghausen (Niederwildrevier) ist ab dem 1. April 1981 neu zu verpachten. Die Jagd liegt westlich von Haltern im Erholungsgebiet „Hohe Mark" und hat eine Größe von 306,3596 Hektar, davon sind 234,0760 Hektar Kreiseigentum. Der Waldanteil beträgt etwa neun Zehntel der Gesamtfläche. Als Wildarten sind Rehe, Hasen, Fasane und Kaninchen angegeben. Der Abschußplan für 1980/81 beträgt drei Stück männliches und vier Stück weibliches Rehwild.

Bevorzugt berücksichtigt werden Bewerber, die nachweislich keine weiteren Jagdverpachtungen haben. Angebote können bis zum 20. Januar 1981 an die Kämmerei des Kreises Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 4350 Recklinghausen, gerichtet werden.

Seniorenparty

HALTERN. Die Senioren beginnen das neue Jahr mit einer Party auf der Helenenhöhe in Haltern. Wer noch kommen möchte, sollte sich möglichst schnell bei Frau Predel von der Recklinghäuser Zeitung unter der Telefon-Num-

2.1.81

Minister[illegible]hmann auf Kleine Anfrage im Landtag:

„Immissionen nicht unangemessen hoch!“

Eine Hertener Meßstation bereits im Probebetrieb

Eine Initiative in Sachen Immissionsschutz starteten (wie die WAZ berichtete) die Landtagsabgeordneten Wessel, Pardon und Netta von der SPD-Fraktion. Die Antwort auf die „Kleine Anfrage“ hat jetzt der zuständige Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Friedhelm Farthmann, abgegeben. In Abstimmung mit seinem Kollegen für Landes- und Stadtentwicklung überraschen grundsätzliche Erklärungen zur geplanten Hoheward-„Superhalde“.

„Gibt es Immissionsmessungen für den Raum Herten?“ Auf diese Frage antwortet Minister Farthmann mit einem klaren „Ja“. Als Element eines sogenannten „Echtzeit-Immissionssystems für das Belastungsgebiet Ruhrgebiet Mitte steht eine Station auf Hertener Stadtgebiet —„die Anlage hat den Probebetrieb bereits aufgenommen“. Darüber hinaus, so erklärt der Minister weiter, seien seit 1978 und 1979 engmaschige Stichproben von Teilflächen der Belastungsgebiete entnommen worden.

„Wurde festgestellt, daß Grenzwerte überschritten wurden?“ lautete die zweite Abgeordnetenfrage. „Für gasförmige Fluorverbindungen, Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid wurden 1978 die Immissionswerte der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft weit unterschritten.“ In zwei Fällen hätten sich im Jahre 1979 Spitzenbelastungen gezeigt.

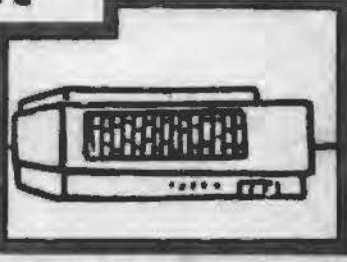
Auf vier Teilflächen wurden überschrittene Werte beim Staubniederschlag festgestellt. „Betrachtet man die Immissionen insgesamt, so ist die Belastung in Herten im Vergleich zu anderen Bereichen der Belastungsgebiete nicht als überproportional hoch anzusprechen“, resümiert der Minister.

„Gibt es Untersuchungen darüber, ob die geplanten Großraum-Bergehalden Einfluß auf die Immissions- und klimatischen Verhältnisse haben können?“ — war die letzte zu beantwortende Frage. Während der Anschüttungsphase seien in der Umgebung von Bergehalden Staub- und Lärmimmissionen möglich, heißt es. Durch die verkehrstechnische Umstellung des Bergetransportes im Hertener Raum, die im Konzept des Regierungspräsidenten vorgesehen sei, könne jedoch mit einer Reduzierung der derzeitigen Immissionsbelastung gerechnet werden.

„Untersuchungen über den Einfluß des geplanten Haldenkomplexes auf das Stadtklima liegen bislang nicht vor“, stellt der Minister fest. Ein Gutachten des Deutschen Wetterdienstes, das im Auftrag des Regierungspräsidenten erstellt wird soll über mögliche Auswirkungen von Bergehalden Auskunft geben. Gutachtliche Empfehlungen könnten im bergrechtlichen Betriebsplanverfahren durchgesetzt werden, kündigt der Minister an.

SPD-Stadtverband Herten

neues herten



Kommunalwahl am 30. Sept. '79

Unser Ziel: HERTEN

freundlich-wohnlich-bürgernah

SPD

Die soziale Kraft

Wahlprogramm '85

SPD

50% Grünflächen

Über 50 % des Hertener Stadtgebietes sind Grün- u. Erholungsflächen:
Im Norden der Telgenbusch und die Ried. Der Paschenberg, Schloßpark u. Schloßwald im Westen und das Kellergatt mit Blitzkuhle im Osten. Spanenkamp, Katzenbusch und Ewaldsseegebiet runden im Süden das Angebot ab.

Wandergebiet Ewaldsee ▶

tseren Freunden in Bund
nd Land nicht locker las-
en, wenn es um Entschei-
ungen für die Zukunft Her-
ens geht.
ie Ruhrgebietskonferenz
war ein Anfang.

Neuansiedlung im Gewerbegebiet Westerholter Str.

Straße Am Emscherbruch zum RZR.

Umwelt-Schutz

für uns in Herten keine Nebensache

Um unsere Umwelt bewohnbar zu erhalten, muß der Umweltschutz eine herausragende Rolle in unserer Politik spielen. Die Hertener SPD wird daher alles tun, um den Wohnwert in unserer Stadt zu erhalten oder zu verbessern. Es wird in Herten keine Bergehaldenaufschüttungen auf neuen Flächen mehr geben.

Keine neuen Haldenflächen in Herten!

Dieses Problem ist nur überregional zu lösen.
Die Verbesserung der Kontrolle der Luft- und Lärmemissionen sind weitere Ziele der SPD für die nächsten Jahre.

◀ Betrieb an der Schlägel-und-Eisen-Straße

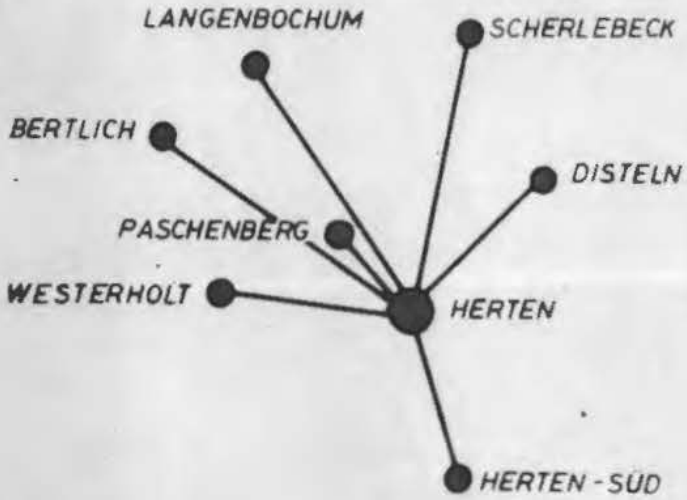
SPD Stadtverband HERTEN

PROGRAMM HERTEN '85

Entwurf

12. Mai 1979

PARTEITAG SPD-STADTVERBAND HERTEN



- Arbeitsplätze
- Rohstoffrückgewinnungszentrum
- Betriebsverlagerung Vest. Straßenbahnen
- Wettbewerb "Kinderfreundliches Wohnen"
- Wohnumfeld
- Backumer Tal
- Treffpunkt Schloß
- Schrebergärten

- Stadtbildpflege
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen
- Entlastungsstraßen
- Halden
- Umweltschutz
- Jugendmusikschule
- Mehr Platz für Kinder
- Jugendzentren
- Stadthalle / Bürgerhaus
- Bürgerbeteiligung

01 GRUNDSÄTZE SOZIALDEMOKRATISCHER KOMMUNALPOLITIK

- Kommunalpolitik beeinflußt unser aller Leben.
  Kommunalpolitik bestimmt die Ziele einer Gemeinde und, da nicht alles auf einmal geht, die Rangfolge, in der die Ziele Schritt für Schritt verwirklicht werden sollen.

  Ein Gesamtkonzept ist daher notwendig für eine bewußte, gestaltende Politik für unsere Stadt.

- Was bedeutet sozialdemokratische Kommunalpolitik ?

  Drei Ziele bestimmen das Handeln der Sozialdemokraten:

  - mehr Lebensqualität für die breite Bevölkerung
  - mehr Chancengleichheit
  - mehr Bürgermitwirkung

Mehr Lebensqualität - das bedeutet eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bürger nicht nur durch Wachstum der Privatwirtschaft, sondern vor allem durch den Schutz der natürlichen Umwelt und durch den Ausbau der Dienste und Güter zur Befriedigung der täglichen Grundbedürfnisse in den Gemeinden.

Mehr Chancengleichheit - das bedeutet eine stärkere Rücksichtnahme auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie Kinder, Jugendliche, ältere Mitbürger, Einkommensschwache, ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, deren Interessen in einer auf Gewinnstreben gerichteten Gesellschaft am wenigsten beachtet werden.

Mehr Bürgermitwirkung - das bedeutet eine Stärkung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der demokratischen Verantwortung der Bürger durch mehr Information und durch die Möglichkeit der Mitberatung der gemeindlichen Angelegenheiten.

02 ZIELE UNSERER STADTENTWICKLUNG

021 Sozialdemokratische Kommunalpolitik will die qualitativen Lebensbedingungen in unserer Stadt verbessern, ob durch einen humanen Städtebau und Wohnungsmodernisierung, durch Stadtbildpflege, durch verkehrsberuhigende Maßnahmen, durch wohnungsnahe Erholungsanlagen oder im stadtteilorientierten Bildungsangebot.

Gerade die Kommunalpolitik einer Bergbaustadt wie Herten muß sich an dem Leitziel - mehr Lebensqualität - konsequent ausrichten, und zwar im Interesse eines Ausgleichs für die harte Bergmannsarbeit. Das Problem der Halden, der Berge- und anderer Schwerlasttransporte ist ein Umweltproblem ersten Ranges und wird von Sozialdemokraten im Sinne einer menschenwürdigen Wohnumwelt gelöst. Auch der Bau des Rohstoffrückgewinnungszentrums Ruhr (RZR) in Herten-Süd entspricht dieser Zielsetzung.

022 Einer der Wege zur Verbesserung der Lebensqualität ist die "Aktion kinderfreundliche Stadt". Die SPD unterstützt das Bemühen, den gesamten Lebensraum in unserer Stadt in einer mehrjährigen Entwicklung kinderfreundlicher, d. h. humaner zu gestalten.

023 Innerhalb der Landesentwicklung erhält Herten eine Position als MITTELZENTRUM im nördlichen Ruhrgebiet (Entwurf LEP I/II). Das heißt, daß alle Einrichtungen und Dienstleistungen für den gehobenen Bedarf der Bürger (z. B. Gymnasium, Berufsschule, Kaufhaus, Krankenhaus) grundsätzlich in Herten vorgehalten und angeboten werden sollen. Das ist Ziel und Begrenzung zugleich. Einrichtungen für den Spitzenbedarf (z. B. Hochschulen, Theater, Kliniken) werden in den Oberzentren des Reviers angeboten.

024 Stadtzentrum und Stadtteile

- Stadtzentrum und Stadtteile müssen sich ergänzen und ein organisches Ganzes bilden.

  Im neuen Flächennutzungsplan sollen die einzelnen Stadtteile Hertens wie folgt ausgewiesen werden:

2. ARBEITSPLATZSICHERUNG UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

- Vorrangige Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Eine Verbesserung der einseitigen regionalen Wirtschaftsstruktur in unserem Raum ist gemeinsames Ziel von Bund und Land.
- Modelle für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die zu Dauerarbeitsplätzen führen, sind zu entwickeln.
- Öffentliche Dienstleistungen sind grundsätzlich von der öffentlichen Hand durchzuführen.
- Für Frauen sind Teilzeit-Arbeitsplätze zu schaffen.

MASSNAHMEN:

Gesamtstadt

- Die Ansiedlung des Rohstoffrückgewinnungszentrums Ruhr (RZR) in Herten-Süd ist ein konkretes Ergebnis der Gemeinschaftsarbeit von Bund, Land, SVR und der Stadt Herten.
- Ergänzend zur Ansiedlung des RZR ist der Aufbau eines Industrieparks durch den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) zu verwirklichen. Der größte Teil des Industriegebietes Süd ist in öffentlicher Hand.

→ KVR

Scherlebeck

- Durch die Zentralisierung des Busbetriebes der Vestischen Straßenbahnen nördlich der Westerholter Straße werden in Herten 300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Betriebe sollten gesichert werden.
- Das Zechengelände soll für Betriebsansiedlungen bereitgestellt werden.

Zu den Bertlicher Halden:

SPD ringt sich nicht zum klaren Nein durch

Stadtparteitag bestätigt Willi Wessel im Amt

(—es) Die geplanten Berghalden im Bertlicher Bereich standen auch im Mittelpunkt des Stadtverbandsparteitages der SPD am Samstagmorgen im Siebenbürgerhaus. Zunächst hörten die 96 Delegierten aus den Ortsvereinen die Rechenschaftsberichte der einzelnen Partei-Arbeitsgemeinschaften.

Willi Wessel wies in seinem Rückblick darauf hin, daß die Leistungen der Partei in dieser Stadt bei den letzten Wahlen honoriert wurden. Gleichzeitig warnte er davor, bei solchen Ergebnissen in Selbstgefälligkeit zu verfallen und das Vertrauen der Wähler zu verspielen.

Jugendheim Nord

Interessant wurde es dann bei den beiden Anträgen, die dem Parteitag vorlagen. Der Ortsverein Disteln forderte, daß die Grundsteinlegung für das Jugendheim Nord spätestens im Frühjahr 1979 stattfinden solle. Die Jugendlichen sind, nach Auffassung der Genossen, in der Anfangsplanung allein überfordert.

Die Stadt sollte jetzt mit den Betroffenen gemeinsam die Planung vorantreiben. Als Name für das Jugendheim wurde Hans-Henkel-Haus vorgeschlagen. Der Parteitag nahm den Antrag einstimmig an.

Heftige Diskussion löste der Antrag der Westerholter aus, die forderten, die geplanten Bertlicher Halden mit allen möglichen Mitteln zu verhindern und ein klares Nein gegen Halden auszusprechen. Schon die Antragskommission hatte sich mit einer 4:3-Mehrheit für den Antrag durchringen müssen.

Das Für und Wider wurde in der Aussprache ausführlich behandelt, der Antrag aber abgelehnt, da die Mehrheit die Auffassung vertrat, daß die Informationen für eine klare Entscheidung nicht ausreichten.

Wahlen

Bei den anschließend durchgeführten Wahlen wurden die Vorschläge des Vorstandes angenommen. Willi Wessel führt weiterhin den Stadtverband.

GLÜCKWÜNSCHE ZUR WIEDERWAHL als Stadtverbandsvorsitzender erhält hier Willi Wessel von MdB Dr. Ulrich Steger. (WAZ-Bild: Pikely)

Nein gebrochen – aber:

Rangers brauchen in Herten keine Krüche

Ordentlicher Stadtverbandsparteitag der S P D Herten
"Haus der siebenbürger Jugend" Herten
Samstag, den 08.04.1978, 9.00 Uhr

Antragsteller: OV Westerholt
Thema: Aufhaldungen in Herten-Bertlich

---

abgelehnt

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, sich konsequent gegen die geplanten Aufhaldungen der BAG Lippe, Bergwerk Westerholt, in Herten-Bertlich auszusprechen und nötigenfalls alle vorhandenen Rechtsmittel auszuschöpfen um die Bergehalden zu verhindern.

Begründung:

Wir finden es unverantwortlich, daß, nur aus wirtschaftlichen Aspekten heraus, immer wieder neue Halden in den schon durch die Industrie sehr stark belasteten Städten des Ruhrgebietes geplant und geschüttet werden, ohne nach Alternativen zu suchen, die unsere Umwelt weniger stark oder überhaupt nicht belasten, wie z.B. Wiedereinbau unter Tage.
Lassen sich Aufhaldungen aber nicht vermeiden, so müssen sie aus der Sicht der Gesamtregion heraus bzw. auch Länder überschreitend geplant und angelegt werden.
Die Stadt Herten stellt bereits erhebliche Flächen für Berge- und Kohlenhalden zur Verfügung, darüber hinaus auch Flächen für eine übergemeindliche Müllverbrennungsanlage; weitere Umweltbelastungen sind weder uns, noch unseren Nachbarstädten mit gleichen Problemen mehr zuzumuten.

Wir wollen keine begrünten Halden,

---

wir wollen überhaupt keine Halden mehr.

---

en Farben bei
rgen Schmidt
leuschneider

in bißchen
illten beide
on einneh-
ezüchteten
astung (70
sie, auch
oitzenplatz

Landrat Helmut Marmulla:

Kreisdirektor Kenneweg muß die Suppe auslöffeln

Erholungsgebiet Haltern wird nicht vom Bergbau überrollt

HALTERN/KREIS. Hohe Wellen schlagen die Äußerungen von Kreisdirektor Dr. Wolfgang Kenneweg, der Halterner Kommunalpolitiker und Bürger aus dem Kreis Recklinghausen am Wochenanfang mit düsteren Zukunftsprognosen für das Naherholungsgebiet um den Stausee schockiert hatte (wir berichteten in unserer gestrigen Ausgabe). Kenneweg hatte unter anderem von einer „möglichen Eindeichung des Stausees und hohen Belastungen im Gefolge des Bergbaus" gesprochen und davor gewarnt, zu große Hoffnungen in die Nordwanderung des Kohleabbaus zu setzen.

Erste Reaktionen auf die Prognosen des Kreisdirektors waren gestern von Landrat Helmut Marmulla zu hören, der bei einer Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) auf die laut Kenneweg drohende Entwicklung im Halterner Freizeitgebiet angesprochen wurde. Marmulla: „Ich selber wußte auch nur aus der Zeitung von den Äußerungen des Kreisdirektors und konnte deshalb nicht viel dazu sagen. Ich meine, man muß ein bißchen Nachsicht mit Herrn Dr. Kenneweg haben, denn er ist zwar ein sehr tüchtiger Beamter, aber eben noch ein Bergbau-Neuling."

Nach Ansicht des Landrats ist die Nordwanderung des Bergbaus zwar nicht aufzuhalten, aber man habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und werde die Folgen, die Dr. Kenneweg aufgezeigt habe, sicherlich zu vermeiden wissen.

Als weitere Maßnahme will Helmut Marmulla nun zunächst ein klärendes Gespräch mit dem Kreisdirektor führen. Einen Brief an den Halterner Bürgermeister Hermann Wessel hat er schon abgeschickt. Inhalt: Haltern wird als Urlaubsort und Naherholungsziel erhalten bleiben. Außerdem wird KVR-Direktor Dr. Jürgen Gramke in der nächsten Verbandsversammlung zu dem Thema Stellung nehmen. Helmut Marmulla, der selber lange im Bergbau gearbeitet hat: „Dr. Kenneweg wird die Suppe selber auslöffeln müssen, aber er kommt aus der Verwaltung in Düsseldorf und ist noch Neu-Bergmann. Insofern sind seine Aussagen korrigierbar. **Siek-**

14.8.9.7.81

Schockierende Prognosen

Muß der Halterner Stausee in Zukunft eingedeicht werden?

Kreisdirektor Kenneweg: Industrie im Gefolge des Bergbaus in die Seestadt

HALTERN. Muß der Halterner Stausee eingedeicht werden? — Diese Frage hat jetzt Kreisdirektor Dr Wolfgang Kenneweg aufgeworfen, als er im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in Haltern dem beliebten Naherholungsgebiet eine düstere Zukunft prophezeite. Er schließt als Konsequenz aus dem Kohleabbau des Bergbaus im örtlichen Raum eine Eindeichung des Sees nicht aus und kündigte weiterhin an, daß bei der Gewerbeansiedlung in Haltern künftig auch eine „heilige Kuh" geschlachtet werden müsse — mit anderen Worten: Im Gefolge des Bergbaus wird auch Industrie in die Seestadt kommen. Dr. Kenneweg prognostiziert deshalb eine Verlagerung des Hauptsektors von Haltern ins südliche Münsterland. Und was eine Gebietsreform in der nächsten Generation angeht, so hält es der Kreisdirektor für möglich, daß Haltern der Stadt Marl zugeordnet wird.

Wolfgang Kenneweg ahnte schon zu Beginn die Reaktion auf sein Referat: „Ich weiß, daß ich auch hier Unmut und Ärger wecke." Ausgehend vom Klemmer-Gutachten zerriß Kenneweg in sachlicher Art viele liebgewonnene Zukunftsbilder Halterner Kommunalpolitiker. Vom Bergbau sich immer weiter in Richtung Haltern vorschiebt, sagte er, daß hohem Flächenverkehr und hohe Lasten andererseits nur ger Arbeitsplatzzuwachs zu erwarte

Es gefährlich, meinte der Kreisdir, wenn sich die Stadt Haltern zuviel vom Bergbau erhoffe: „Man kann nur raten, sehr, sehr wachsam zu sein." Der Kreis könne in dieser Angelegenheit manches sagen, „was der Bergbau nicht an die große Glocke gehängt haben will." Da seien Entscheidungen nötig, für die die Stadt keine fünf Jahre Zeit mehr habe. „Wenn einmal der Stausee eingedeicht wird, sieht die Landschaft ganz anders aus", schreckte Dr. Kenneweg seine Zuhörer auf.

Nicht ganz so düster sieht Kreistagsabgeordneter Paul Chruscz die Halterner Zukunft. „Es läuft mir zwar eiskalt den Rücken herunter", meinte er, schränkte aber gleichzeitig ein, daß er in den aufgezeigten Perspektiven keine unausweichliche „schicksalhafte Entwicklung" sehe.

In diesem Zusammenhang klingt es fast schon makaber, wenn man hört, daß der Halterner Stausee und die Talsperre Hullern im Herbst dieses Jahres zu Fernseh-Ehren kommen sollen. Im „Frei-

Schockierte Kommunalpolitiker und Verwaltungsspitze der Stadt Haltern; Kreisdirektor Dr. Wolfgang Kenneweg. Foto: Wallkötter

zeit-Magazin" des dritten Programms soll am Beispiel der beiden Seen gezeigt werden, wie Wasserwirtschaft, Landschaft und Erholung als Einheit ineinander übergehen können. Der Film soll am letzten Freitag im September, 25., um 19 Uhr ausgestrahlt werden.

„Eingriff in die Waldsubstanz des Erholungsgebietes'

Beirat protestiert gegen den geplanten Forsthof in der Haard

Kreispolitiker sollen sich den Plänen des KVR widersetzen

KREIS. Der Landschaftsbeirat bei der unteren Landschaftsbehörde hat die Politiker ds Kreises Recklinghausen aufgerufen, sich den Planungen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR), im Waldgebiet der Haard einen neuen Forsthof zu bauen, zu widersetzen. Der Landschaftsbeirat hat damit auf unseren Artikel „Neuer Forsthof soll kein Schloß werden" vom letzten Mittwoch reagiert und will dieses Thema auch in seine nächsten Sitzung behandeln.

In einer Stellungnahme des Vorsitzenden des Beirats, Anton Thielemann, sowie der Mitglieder Dr. Kissenbeck und Dr. Bernd von Bülow an unserer Zeitung heißt es:

Dem Bericht entnehmen wir, daß der Kommunalverband Ruhrgebiet einen neuen Forsthof mit einem Kostenaufwand von mehr als 3 Millionen DM in der Haard plant. Darüberhinaus ist bekannt geworden, daß dieses Projekt in unmittebarer Nähe der bereits im Bau befindlichen Schachtanlagen der Ruhrkohle verwirklicht werden soll und zwar mit einer eigenen Zuwegung, obwohl es sicherlich überlegenswert gewesen wäre, die Zufahrtswege der Ruhrkohle mitzubenutzen. Nach Ihren Presseberichten behauptet der Kommunalverband darüber hinaus, daß sein neuer Forsthof mit allen Behörden des Kreises abgestimmt worden sei. Bis zum heutigen Tag ist aber beispielsweise dem Landschaftsbeirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Recklinghausen von den Planungen des Kommunalverbandes nichts bekannt geworden, weil die vorgelegten Unterlagen unvollständig waren. Auch von einer positiven Stellungnahme der unteren Landschaftsbehörde ist dem Landschaftsbeirat nichts bekannt.

Unanhängig hier von müssen wir aberschon heute folgende Fragen stellen: Warum muß ausgerechnet der KVR, der sich in der Öffentlichkeit so stark für die Belange des Waldes einsetzt, erneut in die Waldsubstanz dieses für das nördliche Industriegebiet so wertvolle Erholungsgebiet eingreifen! Alle Argumente die seinerzeit gegen die Schächte in der Haard vorgetragen worden sind, können heute mit dem gleichen Recht auch gegen das Projekt des KVR geltend gemacht werden. Auch dieses wird den Erholungswert der Haard erneut schmälern, wird dafür sorgen, daß noch mehr Verkehr mitten in dieses Waldgebietes von einem Forsthof vorzunehmen, der am Rande des Waldes erstellt wird, denn auch das alte Forsthaus an der B 51 lag ja schließlich nicht mitten in dem zu betreuenden Gebiet.

Die Pläne des KVR sind ein beredtes Zeugnis dafür, wie groß das Umweltbewußtsein und das Verständnis für die Belange der Landschaft sind, wenn es bei einem kommunalen Verband um die Durchsetzung eigener Belange geht. Es genügt nicht, wenn der KVR in der Öffentlichkeit immer wieder auf die Notwendigkeit des Waldes hinweist und die besondere Bedeutung der Haard als Erholungsraum des nördlichen Ruhrgebietes unterstreicht, für sich daraus aber nicht die notwendigen Konsequenzen zieht. Außerdem sollte auch der KVR sparsamer mit dem Geld des Steuerzahlers umgehen.

FREIZEIT UND ERHOLUNG nehmen an Wichtigkeit in der nördlichen Kreisregion ständig zu. Der KVR bemüht sich darum, diese Funktionen in die Waldplanung einzubeziehen. (WAZ-Bild)

Zukunft der Haard

„Grüne Säulen" säumen Revier

Wichtige Funktionen sichern

(stein) „Es ist zukünftig wichtig, daß beim Erweitern des Verdichtungsraumes nach Norden von vornherein klar und deutlich Voraussetzungen zu sichern sind, um in diesem Bereich des Reviers einstige Fehler der Grundstoffindustrien „Kohle", „Energie" und „Steine und Erden" zu vermeiden, die in der Emscherzone vor 50 bis 60 Jahren mit erheblichen Einbußen an Umwelt- und Lebensqualität bezahlt werden mußten und die heute durch teure finanzielle Anstrengungen wieder wettgemacht werden". So heißt es in einer Bilanz zur Umfeldpolitik des Kommunalverbandes Ruhr, die vom Dezernenten für Landschaftspflege und Forstwesen, Dr. Gerhard Petsch, erstellt wurde. „Grüne Säulen", so eine der Forderungen, sollen unangetastet bleiben. Eine dieser Säulen, das Gebiet der Haard, liegt im Kreis Recklinghausen.

DIE GRÜNE LUNGE der Haard übernimmt vielfältige Aufgaben. Das beginnt beim Gewässerschutz und geht über Klimaschutz bis zur Naherholung für viele Bürger. (WAZ-Bild)

Die Aufgaben reichen von Wasserschutz bis Naherholung

Der Wald erhält nicht nur eine steigende Bedeutung als Rohstoff- und Energieproduzent, sondern übt allein durch sein Vorhandensein in starkem Maße bestimmte Schutzfunktionen aus. Das stellt sich nach Dr. Petsch für den Bereich der Unteren Forstbehörde Recklinghausen so dar: Im Kreis stehen jedem Bürger

ter Wald zur Verfügung. Damit bietet dieses Gebiet wesentlich bessere Voraussetzungen, als die meisten der Revier-Nachbarn.

Die Aufgaben dieses grünen Gürtels beginnen beim Wasserschutz, gehen weiter über Immissionsschutz, Klimaschutz bis zur Erholung.

Petsch gerade auch in diesem Raum letztere Funktion immer stärkere Bedeutung erlangen wird. Das Prinzip der Erhaltung solcher Grünflächen und ihrer wichtigen Funktionen werde mit Hilfe der Landesregierung seit zwölf Jahren vollzogen.

Der Verband erwerbe Flächen, die aus der Sicht des

Belastung ertragen müssen und die in sich flächenmäßig „ökologische Räume" bilden, von denen eine Widerbelebung oder Aktivierung nach außen in andere Flächen ständig erfolgen kann. Um auch planerisch die Zukunft der Haard zu sichern wurde seit 1975 für 3500 Hektar eine

Die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) ist zur Zeit zusätzlich dabei, eine Standort-Kartierung in diesem Gebiet vorzunehmen.

Unter dem Gesichtspunkt Ökologie fällt auch die Schadlingsbekämpfung. Hier sei

logischer Basis zu tun. Zum Erhalt der ökologischen Vielfalt habe man Flächen für die Bienenweide und für Bodenbrüter angelegt.

es wurden Nistkästen aufgehängt und Teiche für Amphibien angelegt. Die enge Zusammenarbeit mit dem Kreis wurde von

neucht er es
eswegen an
Schloßpark
aufplatz an-
Vie[illegible]er
sich e[illegible]nal
enn ich die
kurz vorm
sie zu wenig
kann ich
gen."

gel wäre für

Heute Einwohnerfragestunde im Rat

Herten. Ein außergewöhnliches Arbeitspensum haben die Ratsvertreter am heutigen Mittwoch zu bewältigen: die Stadtvertretung kommt zu ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Sie beginnt um 15 Uhr im großen Rathaus-Sitzungssaal mit einer Selbstdarstellung der Aktion Kinderfreundliche Stadt. Ab 16 Uhr ist eine Einwohner-Fragestunde vorgesehen. Hier können interessierte Bürger ihre Bedenken und Anregungen zur Arbeit des Rates vorbringen. Im öffentlichen Teil der Sitzung sind dann 37 Tagesordnungspunkte zu beraten - darunter so „heiße Eisen" wie die ehemalige „Verkehrsberuhigung Richterstraße". Der von der CDU vor einigen Tagen geforderte Ratsbeschluß zur Teilung der Sitzung wird von Beobachtern als wenig erfolgreich eingeschätzt.

24/6.81
H.R.

Leser sagen ihre Meinung

„Bürgerwille"

Herten. Eine Einwohnerfragestunde stand bei der letzten Ratssitzung vor dem Einstieg der Parlamentarier in die Tagesordnung (wir berichteten). Hierzu nimmt Joachim Jürgens, Sprecher der Interessengemeinschaft Schützenstraße, wie folgt Stellung:

„Durch den regelmäßigen Besuch von Ratssitzungen, Ausschußsitzungen, Einwohnerversammlungen, sowie durch Beantwortungen von Bürgeranträgen, Anregungen und Bedenken, erlaube ich mir behaupten zu können, daß der „Bürgerwille" in unserer Stadt nicht ausreichend gewürdigt wird.

Aus diesem Grund versuchten wir, Herr Holland und ich, durch unsere Fragestellungen den Verantwortlichen ihre Widersprüche vor Augen zu führen. Den Vorwurf des Herrn Bürgermeisters, Herr Holland und ich würden durch unsere Eingaben die Verwaltung über Gebühr belasten, verstehen wir jedoch nicht.

Im Interesse aller Hertener Bürger sahen und sehen wir uns jedoch gezwungen, bestimmte Informationen, die dem Rat durch die Verwaltung nicht zur Kenntnis gebracht werden, nachzureichen. Konsequenzen wurden jedoch bislang nicht daraus gezogen.

Für diese Tätigkeit haben wir manche Stunde unserer Freizeit geopfert. Dieses fiel uns auch nicht immer leicht. Um so mehr bewundern wir unseren Bürgermeister, der trotz seiner vielfältigen Aufgaben, (Familienoberhaupt, Personaldirektor, Bürgermeister, Kreistagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, im Zöpelausschuß für Stadtentwicklung, im Bezirksplanungsrat und als Stadtverbandsvorsitzender der SPD) versucht, alles unter einen Hut zu bekommen. Meine Hochachtung, Herr Bürgermeister!"

Kalender

21 Aug.

Baldwin

— SU 20.32
— MU 13.10

19.30 Uhr,
r Anonymen
r in der FBS,
hacher-Str. 29

lle Hilfe
ler u. Unfall 112
sporte 3 55 35
ern 3 10 98, Be-
(Caritas) 30 41
orge 2 / 1 11 01

Die Vorbereitungen la

„Hoheward-Gartensiedlung" soll zum Spa

Zwei Gutachterbüros beginnen jetzt mit der Wertfeststellung der Gärten und Häuser

HERTEN. (sp) Die von der Haldenplanung im Hertener Süden bedrohten Gartensiedler von der Hohewardstraße sollen auf einem Gelände östlich des Spanenkamp-Sportplatzes eine neue Heimat finden. Das Grundstück gehört noch der Veba, wird vermutlich jedoch schon bald von der BAG Lippe erworben. „Im Moment laufen die Baugrund-Untersuchungen," erklärte gestern BAG-Chefmarkscheider Heinz Rawert, mit dem wir über den Stand der Planungen sprachen.

Rawert hob hervor, die Ruhrkohle wolle alles versuchen, daß die intakte Gemeinschaft der Hohewardsiedler auch in Zukunft intakt bleibe. Eine wesentliche Voraussetzung dafür sei es ohne Zweifel, daß die Feststellung der vorhandenen Sachwerte vollkommen unabhängig erfolge, damit sie der einzelne Siedler akzeptieren könne. Zwei Gutachterbüros aus Datteln und Gladbeck werden in den nächsten Tagen mit der Schätzung von Häusern und Gärten beginnen. Rawert: „Die Gutachter sind von der Stadt vorgeschlagen und sowohl von den Siedlern als auch von der Ruhrkohle akzeptiert worden." In einer Sitzung mit den Siedlern, die am letzten Dienstag stattfand, wurden

ufen

nenkamp

letzte organisatorische Einzelheiten der Begutachtung besprochen.

Fest steht: Die Umsiedlung erfolgt nach dem Prinzip „neu für alt". Fest steht aber auch: Mit den eingebrachten Sachwerten kann nicht vernünftig neu gebaut werden. Rawert: „Das Finanzierungsloch wird im Wesentlichen von der Ruhrkohle und mit Wohnungsbaufördermitteln des Landes gestopft." Dennoch sei es seiner Meinung nach aber auch für das Verhältnis innerhalb des Siedlervereins wichtig, daß es Unterschiede geben müsse. „Wer ein gutes Haus hat muß auch in der neuen Siedlung besser gestellt sein." Dies könne man z.B. über die Größe oder die Ausstattung eines Hauses erreichen. „Ich stelle mir eine Art Punktekonto vor," meint Rawert.

Sicher sei, daß in der neuen Siedlung auch wieder ein Vereinshaus gebaut werde. „Wir lassen im Moment auch die Möglichkeit prüfen, ein kleines, zentrales Heizwerk für alle neuen Häuser zu erstellen."

Der Bezirksplanungsrat wird sich erst Ende des Jahres mit dem Konzept des Regierungspräsidenten, das Hohewardtal mit Bergematerial zuzukippen, beschäftigen. „Eine der Bedingungen der Stadt war aber die planerische Sicherung einer Umsiedlung der Siedler. Deshalb mußten unsere Gespräche mit den Siedlern und die ersten Planungen bereits jetzt anlaufen," betont Rawert. Eine Sanierung der Siedlung, dies habe ja auch Minister Zöpel bereits hervorgehoben, sei ohnehin erforderlich - ob die Halde letztlich nun komme oder nicht. Für Rawert steht jedoch nach wie vor fest: „Es gibt für die Halde Hoheward keine Alternative!"

Puppentheater: Ein musikalisch schwungvolles Puppenstück gastiert heute auf dem Spielplatz an der Bachstraße (bei schlechtem Wetter in der Turnhalle der Josefschule, Josefstr. 92). Das schon stadtbekannte Puppentheater „Brunos bunte Bühne) verspricht auch diesmal mit dem Stück „Boogie - Woogie" glänzende Unterhaltung. In diesem Theaterstück sind sowohl die Kinder als auch der kleine Boogie und sein großer bruder und dessen Freund Hauptakteure. Der kleine Boogie hat es schwer mit seinem großen Bruder, der der Meinung ist, daß mit den Kleinen - diesem „Grünzeug" - überhaupt nichts anzufangen ist. Der Miniboogie beweist aber, daß klein nicht gleich dumm ist, und er mit den Großen durchaus mithalten kann.

Comictausch: Von 15 bis 19 Uhr Comictausch in der Stadtbücherei-zweigstelle in der Gesamtschule, Fritz-Erler-Str. 2. Ihr habt hier gelegenheit, in der Bücherei Comics, die für Euch nicht mehr interessant sind, gegen noch unbekannte Hefte zu tauschen. Am Anfang sollte jeder nach Möglichkeit mehrere Hefte mitbringen.

Mal-Zeit Druck-Zeit: 15 bis 18 Uhr auf dem Schulhof hinter der Gesamtschule können Kinder sich im Siebdruck üben und Anstecknadeln und Bilder anfertigen. Das ganze findet auf dem Schulhof hinter der Gesamtschule statt (auch bei schlechtem Wetter)

W.R.Z. 24/6.81

Mehr Bergematerial unterzubringen

Höhere Verdichtung üblich

Mehrbelastungen können eingespart werden

Vom Stand der modernen Bautechnik gesehen, wird heute das auf Halden geschüttete Bergematerial nicht ausreichend verdichtet. Nach gesicherten bautechnischen Erkenntnissen und mit seit langem erprobten Geräten kann auf gleichem Raum zehn bis zwanzig Prozent mehr Bergematerial untergebracht werden als heute üblich.

Diesen Standpunkt vertrat Dipl.-Ing. Alfred Schniering, der als Experte in der jüngsten Sitzung des Technologieausschusses beim Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) zum Problem der Bergehalden referierte.

Eine höhere Verdichtung sichere zudem die Bebaubarkeit und verhindere weitgehend das Auswaschen von schädlichen Stoffen ins Grundwasser sowie das Austrocknen der Bergeschüttungen (wichtig für die Begrünung). Das Verfahren sei in Großbritannien heute bereits üblich, unterstrich Schniering in der ersten Sitzung, die der Ausschuß für komunale Technologien des KVR hielt.

Die geschätzten Mehrkosten für eine solche neue Schütt- und Verdichtungsweise im Vergleich zum heute gebräuchlichen Verfahren beliefen sich auf 0,60 DM bis 1,30 DM je Kubikmeter Bergematerial. Dies würde eine Erhöhung der augenblicklichen Bergewirtschaftskosten der RAG von etwa 15 v. H. und eine Belastung des Preises für die Tonne Kohle zwischen 0,30 DM und 0,60 DM bedeuten.

Die Mehrbelastung könnte jedoch durch die Einsparung von Grunderwerbskosten wieder reduziert werden. Der Ausschuß kam einhellig zu der Auffassung, daß die vorgetragenen Fakten bei der laufenden Standortvorsorgeplanung für Bergehalden Berücksichtigung finden müßten.

H.Z. 23.6.81

Zwei Sonderveranstaltungen und 45 Tagesordnungspunkte

Bürgermeister will Ratssitzung trotz CDU-Antrag nicht teilen

Einwohner-Fragestunde um 16 Uhr / Großer Rathaus-Sitzungssaal / Richterstraße

HERTEN. (rkl) Die am morgigen Mittwoch bevorstehende Ratssitzung - die letzte vor den Parlaments-Sommerferien - gewinnt schon vor ihrer Eröffnung an Brisanz. Während CDU-Chef Josef Surmann die geplante „Supersitzung" mit Bürgerfragestunde, Selbstdarstellung der Aktion Kinderfreundliche Stadt und 45 Tagesordnungspunkten für „verantwortungslos" und deshalb nicht durchführbar hält, zeigt sich der Bürgermeister (und Ratsvorsitzende) Willi Wessel in einer ersten Stellungnahme zuversichtlich: bei „entsprechender Disziplin" könnte das umfangreiche Arbeitspensum im Stadtparlament ohne weiteres an einem Tag bewältigt werden. Schließlich hätten die Fachausschüsse alle strittigen Details mehrmals ausführlich diskutiert. In den Fraktionsspitzen - darauf verweist Wessel - sei außerdem schon vor längerer Zeit eine Einigung erzielt worden (und zwar mit Surmanns ausdrücklicher Zustimmung): eine Sitzungsteilung wäre demnach nicht nötig.

Die Verwaltung hingegen scheint eher zum derzeitigen CDU-Standpunkt zu tendieren. So betonte Stadtdirektor Heinz Pickmann auf Anfrage, er hielte die geforderte Aufteilung der Sitzung durchaus für sinnvoll; für den zweiten Teil des umfangreichen Beratungsprogrammes böte sich der darauffolgende Donnerstag an.

An dem aber - das wiederum weiß Willi Wessel zu berichten - haben verschiedene Ratsherren bereits ihre Urlaubs-Abreise gebucht: eine Doppelsitzung brächte so manchen Terminplan arg durcheinander.

Schließlich sei die gerade mündlich von der CDU geforderte Aufteilung allenfalls durch einen Spontanbeschlusses des Rates selbst zu erreichen - und der könne gefaßt werden, wenn sich im Verlauf der Sitzung tatsächliche Zeitprobleme ergäben. Wessels persönlicher Kommentar: „Die Öffentlichkeit kann schließlich verlangen, daß wir uns auch mal anstrengen, wenn es viel zu tun gibt! Ich selbst weiß als Versammlungsleiter sehr genau, daß ein so langes Programm großen physischen Kraftaufwand bedeutet."

Nach der ursprünglichen Planung soll die Ratssitzung mit einer etwa einstündigen Selbstdarstellung der Aktion Kinderfreundliche Stadt im großen Rathaus-Sitzungssaal beginnen. Wie aus der Verwaltung zu hören ist, kann dieser Termin aufgrund persönlicher Einladung an eine Reihe von Referenten nicht verschoben werden.

Ab 16 Uhr soll dann eine ebenfalls einstündige Fragestunde für Einwohner folgen. Erster „Höhepunkt" der Tagesordnung: die Beratungen zum Flächennutzungsplan (gerade sie hätte Josef Surmanns lieber am Folgetag durchführen lassen). Bei den hier enthaltenen „heißen Eisen" Schützenstraße und Heidestraßen-Ausbau besteht aus Wessels Sicht im Parlament kein Meinungsgegensatz - bereits die im Haupt- und Finanzausschuß gefaßten Teilempfehlungen waren in diesen Punkten beinah einstimmig. Auch die - nach neuem Arbeitstitel - „Ortsverkernverbesserung Scherlebeck" (vorher Verkehrsberuhigung Richterstraße) und mehrere „Haldenpunkte" werden Teil der Sitzung sein.

Es begann an einem 13.

derfreundliche
regen durch
ser Bild zeigt
aße.

Es begann alles an einem Freitag, dem 13. im Jahr 1978. Im großen Rahmen wurde die „Aktion Kinderfreundliche Stadt" als hochgelobter Modellversuch im Bundesgebiet aus der Taufe gehoben. Taufpaten mit klingenden Ministertiteln haben so dann und wann mit versucht, das Kleinkind hochzupäppeln, aber zum Laufen ist es bisher nicht gekommen, denn die Umwelt ließ es fast „verkrüppel".

Im April 1978 gelobte der Rat dieser Stadt einstimmig seine Aktivitäten und die der Verwaltung sowie der Bürger vorrangig im Blick auf die Kinder zu entwikkeln und die Modellaktion nach Kräften zu fördern. Nach drei Jahren muß man feststellen, daß die Kraft zum größten Teil nur für großtönende Verbalakte verwendet wurde, daß der Rat sich heute — nach drei Jahren — erstmals mit der Aktion offiziell beschäftigt! Noch schlimmer: Unter Punkt 3 der Tagesordnung wird die Aktion sogar „vorgestellt".

Wie sagte Ex-Ratsherrin Margarete Rotberg in einer Sitzung der Programmkommission der Aktion so treffend (WAZ vom 14. Januar 1981): Viele Vorschläge dieser Programm-Kommission wurden doch im Rat nur lächelnd zur Kenntnis genommen. Und sie betonte weiter, daß die Politiker dieser Stadt sich erst mit der Aktion identifizieren, wenn sie sich mit Erfolgen schmücken können. — Recht hat sie. Da bisher keine besonderen Erfolge erzielt wurden, ... soll heute erstmals der Rat aufgeklärt werden. Peinlich, peinlich!

Das Kind ist zum wiederholten Male in den Brunnen gefallen. Nur widerwillig soll es heute erneut aus der mißlichen Lage befreit werden. Die WAZ wies bereits mehrfach darauf hin, daß die Aktion für viele mehr Belastung als Aufgabe bedesutet und daher die Herren Politiker sich aus der am 26. April 1978 auferlegten Verpflichtung immer wieder herausmogelten. Als die Presse ihnen vorwarf, daß sie ihre „beschworene" Aktivitäten endlich einmal zeigen sollten, war die Presse sogar daran schuld, daß die Aktion nich tzum Laufen zu bringon war, da man so kritisch berichtete. Flugs wurden Vertreter der Presse in die Programmkommission delegiert, damit die Aktion nun endlich florieren sollte, nachdem sie mehrfach totgesagt worden war. Auch die WAZ hat sich zur konstruktiven Mitarbeit bereiterklärt.

Nach über einem Jahr hat sie ihr Engagement jedoch nun wieder eingestellt, da der Moloch der Verwaltung, der Interessen des allgewaltigen ADAC und des Vereins „Mehr Platz für Kinder" (sein Vorsitzendar und Architekt Günter Koschany erhielt sogar aus der Hand des Bundesbauministers eine Auszeichnung für seine angebliche Initialzündung in Herten) bisher sich meist hemmend als Eigennutz auswirkte. Es wird viel theoretisiert — auch heute im Rat wieder —, aber die kleinen Schritte zur Realisierung werden nicht geschafft. Das mußte auch Stadtdirektor Pickmann erfahren. Er wollte beispielsweise Radwege mit ein wenig Farbe als Sofortmaßnahme durchsetzen. Die Verwaltung sagte nein!

Als die WAZ am 28. Juni 1978 erstmals über die Aktion mit der Überschrift „Mit Sofortprojekten geht's in die vollen" berichtete, war das eine Marschroute. Sie wurde nie eingehalten. Heute ist man wieder an einem Kreuzweg. Der Weg ins Herz der Bevölkerung werde von dieser Aktion nie gefunden, wie man es sich vorgenommen hatte. Daher auch die mangelnde Mitarbeit der Bevölkerung, die bisher genau erkannt hat, daß die proklamierte Kinderfreundlichkeit in Herten nichts anderes ist als das, was eine Kommune für ihre Kinder ohnehin ohne große Proklamation tun sollte. Mehr wurde in Herten bisher nicht erreicht. Sollten das die Ratsmitglieder heute erkennen? Wenn je, dann müßten sie sich jetzt die Ärmel aufkrempeln.

ba

W. 17.2.

Ab 15 Uhr Mammutdebatte

Ratssitzung mit vielen heißen Eisen

„So eine Ratssitzung kommt nur alle zehn Jahre vor. Da muß man auch schon mal eine längere Tagesordnung in Kauf nehmen. Bei entsprechender Disziplin können die 45 Tagesordnungspunkte bestimmt mit der notwendigen Gründlichkeit behandelt werden." Das betonte Bürgermeister MdL Willi Wessel der WAZ gegenüber. Wie berichtet, hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Josef Surmann beantragt, die Punkte „Aktion Kinderfreundliche Stadt" und „Bürgerfragestunde" von der Tagesordnung der heutigen Mammutratssitzung zu streichen.

Die Superratssitzung beginnt heute um 15 Uhr im großen Sitzungssaal. Zuvor soll SPD-Ratsherr Hans Teichmann für zehnjährige Zugehörigkeit zum Rat von Bürgermeister Willi Wessel ausgezeichnet werden. Bis 16 Uhr sollen Vertreter der „Aktion Kinderfreundliche Stadt" eine Selbstdarstellung geben und den vor drei Jahren gestarteten Modellversuch vorstellen. Im Anschluß ist eine Fragestunde für Einwohner vorgesehen.

Punkt 6 hat es in sich. Der neue Flächennutzungsplan enthält einige „heiße Eisen", die jedoch durch die vorangegangenen Sitzung der Fachausschüsse bereits schon „gekühlt" sein dürften (die WAZ berichtete). Das mehrere Kilo schwere Unterlagen-Material wurde bereits intensiv durchgearbeitet, so daß beispielsweise der Ausbau der Westerholter Heidestraße sowie der Schützenstraße unproblematisch über die Bühne gehen dürfte.

Versteht sich von selbst, daß das Thema „Halden" wieder auftaucht. Wie die WAZ erfuhr, hat Regierungspräsident Erwin Schleberger sich zur Stellungnahme der Stadt Herten zu diesem Thema noch nicht geäußert. Der Rat soll heute ein Gutachten zur Untersuchung der Umweltverträglichkeit der Halde „Hoheward" in Auftrag geben.

Eine intensive Diskussion ist vermutlich über die seit langem diskutierte und bereits im Konzept „stehende" Verkehrsberuhigung in der Richterstraße gehen. Sie wird von den Scherlebecker Anwohnern nicht unbedingt befürwortet. Die Parteien haben unterschiedliche Standpunkte. Die SPD will die Verkehrsberuhigung auf den wenigen Metern, die CDU bezeichnete die Realisierung als „rausgeschmissenes Geld". Wie in der Haupt- und Finanzausschußsitzung angeregt, soll jetzt eine „Ortskernverbesserung" alle Parteien auf einen Nenner bringen.

Bürgermeister Willi Wessel zur WAZ: „Wenn ich als Ratsvorsitzender merke, daß die Abgeordneten physisch überfordert sind, muß die Ratssitzung an einem anderen Tag fortgesetzt werden. Ich glaube aber, daß es nicht notwendig ist."

Leser schreiben für Leser

„Verfälschung bei Bergbau-Kostenrechnung"

HERTEN. „Pamphlet" — mit diesem Wort hatte der Gladbecker Kreistagsabgeordnete und Bezirksplanungsrats-Angehörige Eberhard Ullrich die Haldenstudie der Bürgerinitiative Herten Süd bezeichnet und sich damit scharfe Kritik zugezogen. Auf den daraufhin veröffentlichten „offenen Brief" des Gladbeckers antwortet nun Hans-Heinrich Holland, Sprecher der Bürgerinitiative:

„Wir freuen uns sehr über Ihren Brief, weil wir darin Ihre Bereitschaft erkennen, mit uns in einen inhaltlichen Dialog einzutreten. Dieses Verhalten beurteilen wir deshalb so positiv, weil uns dabei die Möglichkeit gegeben wird, den Informationsstand unserer Gesprächspartner kennenzulernen und gegebenenfalls auch korrigieren zu können.

Ihre Charakterisierung unseres Aufsatzes über den Blasversatz als „Pamphlet" löste bei uns Verwunderung und Empörung aus, da wir diesen Aufsatz als eine Aufklärungsschrift verstehen. Es geht uns vor allem darum zu zeigen, daß ein Satz, wie „Halden sind nicht zu vermeiden", mit diesem Absolutheitsanspruch nicht richtig ist, daß ein solcher Satz verhindern soll, über mögliche Alternativen nachzudenken.

Möglichkeiten der Verringerung der anfallenden Bergemassen bietet unserer Meinung nach der Blasversatz. Nicht die Rückkehr zur Spitzhacke, sondern die Einführung des Blasversatzes und die verstärkte Rückbringung der Bergematerialien nach unter Tage ist unser Vorschlag. Die Kapazität der bereits heute genehmigten Halden würden auf Jahre noch die restlichen Bergemengen aufnehmen können, ohne die Bereitstellung neuer Flächen notwendig zu machen.

Überlegungen des Bergbaus, den Blasversatz auch dort einzusetzen, wo nicht nur geologische Schwierigkeiten zu meistern sind (Zeche Hugo), sondern auch als Möglichkeit der Humanisierung des Arbeitsplatzes oder auch um Kosten zu senken, sind zu unterstützen.

Wir beurteilen keineswegs wirtschaftliches Denken als negativ. Unsere Kritik setzt bei der Verfälschung der Kostenrechnung des Bergbaus an, die durch eine Subventionierung der falschen Kostenstellen den Steuerzahler viel Geld kostet. Wir beklagen die schizophrene Situation, daß der Staat den Bergbau an zwei Stellen subventioniert, die sich gegenseitig neutralisieren. Die Steuergelder, die heute noch ausgegeben werden, um Halden aufzuschütten, sollten unserer Meinung nach zusätzlich für die Verbesserung des Blasversatzes ausgegeben werden. Sind aber erst einmal die staatlich subventionierten Haldenflächen bereitgestellt, so fällt auch der Anreiz für den Bergbau weg, nach marktwirtschaftlichen Prinzipien eine vernünftigere, d. h. wirtschaftlichere Lösung zu suchen. Sie sehen, Herr Ullrich, daß in der Tat in diesem Fall mehr Marktwirtschaft für den Bürger von Vorteil wäre.

Wir hoffen, daß wir Ihre Kritikpunkte an unserem Aufsatz auch in Ihrem Sinne ausräumen konnten. Wenn Sie unseren Aufsatz noch einmal in Ruhe lesen, werden Sie feststellen, daß Ihre Kritik nicht ganz stichhaltig ist. Möglicherweise waren einige Formulierungen von uns in dem Aufsatz mißverständlich, so daß Sie falsche Schlußfolgerungen ziehen mußten. Wir begrüßen es deshalb, daß Sie mit uns in einen Dialog getreten sind. Würden sich alle Politiker so verhalten, wären bestimmt schon mehr Mißverständnisse aus der Welt. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für weitere Rückfragen, wenn Sie wollen auch persönlich, zur Verfügung.

Für den von Ihnen eingeschlagenen Weg, der Auseinandersetzung mit dem Bürger, danken wir Ihnen nochmals herzlich. Mit freundlichen Grüßen, Ihr um das Wohl der Stadt Herten besorgter Mitbürger."

H.A. 23/6x1

von etwa 2000 Quadratkilometern, in dem rund 290 000 Einwohner leben. Holl tritt sein neues Amt zum 1. Januar nächsten Jahres an.

Schicht

Schichtarbeiter mit durchgehendem Wechselschichtdienst und Schwerbehinderte werden jetzt bevorzugt gefördert, wenn sie sich entschließen, ihre Wohnung zu modernisieren oder energiesparend auszubauen. Bei der Stadtverwaltung liegt zur Zeit eine ganze Anzahl von Anträgen nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz vor, die in diesem Jahr nicht gefördert werden können. Als Berechtigung zur bevorzugten Förderung gilt beim Amt für Wohnungswesen eine Bescheinigung des Arbeitgebers über Wechselschichtdienst oder Nachtarbeit. Für die Schwerbehinderten gilt: Ein Behindertenausweis, der eine Erwerbsminderung von 80 Prozent attestiert, sollte dem Wohnungsamt vorgelegt werden.

Ferienkarte

Für alle Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bietet der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) während der Sommerferien etwas ganz besonderes — die VRR-Ferienkarte 1981. Zwei verschiedene Typen gibt's. Alles Nähere steht auf einem Prospekt, der bei den Verkaufsstellen der Vestischen Straßenbahn erhältlich ist. Dort gibt's ab 19. Juli auch die VRR-Ferienkarte.

Halde

Haldenmaterial von der Disteiner Halde soll nach den Vorstellungen der SPD-Ratsherren Wilhelm Bösekomm, Siegfried Hoyer und Harald Rohmann zum Ausbau der neuen L 511 verwendet werden. In ihrem Antrag an Bürgermeister Wessel begründen die Disteiner Ratsherren ihre Forderung damit, daß „positive Planansätze" durch den Halden-Abfahrstopp in Frage gestellt werden. Mangels Aufträge mußte der Halden-Abbau vor über einem Jahr eingestellt werden. Das hatte zur Folge, daß ein Bebauungsplanverfahren für Disteln nun ins Stocken geriet. Die drei SPD-Ratsherren fordern nun, „auf alle zuständigen Behörden und Parlamente den notwendigen Druck auszuüben, damit in erster Linie für den Nordzubringer L 511n, der ja für Disteln auch ein Teil Belästigung mit sich bringt, das Material der Halde Disteln Verwendung findet."

„Die Bürger mißachtet"

Die „Bürgeraktion Schützenstraße" nimmt zur Verabschiedung des Flächennutzungsplans in der letzten Ratssitzung Stellung. Es heißt wörtlich: „Die Mitglieder der ‚Bürgeraktion-Schützenstraße' haben sich in den vergangenen Monaten bemüht, auf die besondere Gesundheitsgefährdung der Anwohner der Schützenstraße hinzuweisen. Für diesen Zweck wurden Unterlagen erarbeitet, die es auch Laien möglich machen, zu einer Einschätzung zu kommen. Diese sachlichen, wissenschaftlich fundierten Ausführungen wurden als Anregungen und Bedenken zum Einspruch von über 720 Anwohnern gegen den FNP (Ausweisung der Schützenstraße als Hauptverkehrszug) bei der Stadt eingereicht. Weder diese Unterlagen, noch die vielen Hinweiss von uns auf Widersprüche in der Argumentation der Verwaltung bzw. des Stadtrats, wurden offenbarernst genommen. Diese Einschätzung läßt sich leider nur zu gut belegen.

In der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses vom 11.06.81 hielt es Bürgermeister Wessel für richtig, die sachlichen Ausführungen von BA-Sprecher Holland durch eine subjektive Meinungsäußerung („Mir hat aber jemand erzählt . . ."), die in seine Richtung paßte, zu entwerten.

Die Verwaltung betreibt seit geraumer Zeit den verkehrsgerechten Ausbau der Schützenstraße für seine neue Funktion als Hauptverkehrsstraße, ohne daß die Grundlage der ‚FNP' schon verabschiedet ist. Wie schon bei dem Ampelantrag (190 000 DM) wird sich die Verwaltung wieder herausreden, bzw. sich für die Voreiligkeit entschuldigen. Durch den Ausbau des Kreuzungsbereichs Schützenstr./ Nimrodstraße werden ohne Zweifel wieder einmal Fakten geschaffen. Stadtbaurat Günther: Die Zügigkeit des Verkehrs auf der Schützenstraße

Leserbriefe

ist auch in Zukunft gewährleistet. Wer gewährleistet den Anwohnern ihre Gesundheit?

Wenn man die Mitglieder des Rates schon nicht dazu zwingen kann, die Unterlagen, die die besondere Problemsituation belegen, zu lesen, so sollte jedoch zumindest der Schein gewahrt werden und diese Unterlagen zu den offiziellen Bedenken und Anregungen geheftet werden. Selbst das ist nicht geschehen.

Diese letzte Maßachtung der Bürger eröffnet uns die Möglichkeit, durch einen Widerspruch bei der Genehmigungsbehörde die Genehmigungsfähigkeit des Flächennutzungsplanes infolge von Formfehlern feststellen zu lassen. Daß heißt, der Flächennutzungsplan muß erneut ausgelegt werden und Bürger können abermals Anregungen und Bedenken vortragen. Würde aber ein neues Verfahren tatsächlich anders verlaufen? Aus nachbarschaftlicher Verantwortung heraus werden wir das Widerspruchsverfahren einleiten und hoffen, daß ein neues Verfahren den Flächennutzungsplan in dieser Form ablehnt.

Zu dieser Hoffnung berechtigt derzeit nur ein einziger Ratsherr, Paul Haasch, ihm sind die Widersprüche im Gesamtkonzept aufgefallen. Wir danken ihm hiermit im Namen der Schützenstraßenanlieger, daß er dem FNP seine Zustimmung verweigert hat.

Problembewußt zeigte sich in der letzten Planungs- und Verkehrsausschußsitzung noch ein anderer Ratsherr. Er stellte fest, wenn das Bundesimmissionsschutzgesetz für die Planung Schützenstraße greifen würde, ließe sich die Entlastungsstraße nicht verhindern. Es ist bedauerlich, wenn Fachausschüsse Begründungen suchen müssen, wie man eine geltende Gesetzgebung umgehen kann! Müssen unsere Stadtverordneten denn nur durch Verwaltungsgerichte an ihre Pflicht erinnert werden?"

Drei Schwerverletzte forderte dieser Unfall am Montagmittag auf der A 2 in Richtung Oberhausen. auf der Autobahnbrücke über der Ewaldstraße hatte ein niederländischer Caravanfahrer angehalten, um seine Notdurf zu verrichten (im Bildhintergrund: der demolierte Wohnwagen wird abgeschleppt). Durch Aquaplaning geriet der nachfolgende Wagen (Vordergrund) ins Schleudern und raste in das auf dem Seitenstreifen abgestellte Gespann. Zwei Insassen des Taunus und eine Person aus dem holländischen Gespann mußten schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. (WAZ-Bild: Birgit Schweizer)

„Halde" im Haupt- und Finanzausschuß

Gutachter sollen auf Schüttkonzepte hingewiesen werden

Textänderung durch Hoyer-Antrag / „Vergabereif"

HERTEN. (rkl) Wer liefert die alternativen Schüttkonzepte? Eine Haldenfrage, die dem SPD-Ratsherrn Siegfried Hoyer in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses besonders am Herzen lag. Hoyer, Verfasser des in den letzten Monaten „heiß" umstrittenen SPD-Haldenpapiers (Stichworte: reduzierte Mengen, mögliche Flächenerweiterung, landschaftliche Gestaltung), meldete sich beim Punkt „Gutachterauftrag zur Untersuchung der Umweltverträglichkeit der Halde Hoheward" mit einem Textänderungs-Antrag zu Wort.

E[illegible]i zwar erfreulich, so der Sozialdemokrat, daß nun gutachterliche Aussagen zur möglichen Umweltbelastung des betroffenen Gebietes in Aussicht stünden. Wenn das zu beauftragende Experten-Team jedoch Alternativ-Konzepte erarbeiten sollte, müsse es dazu auch ausdrücklich beauftragt werden - und das sei eben nicht Bestandteil des von der Verwaltung vorbereiteten Beschlußtextes.

Mit der Auskunft von Stadtbaurat Horst Günther, der Gutachter müsse diesen Zusatz als selbstverständlichen Teil seiner Aufgabe verstehen - und eben von allein verschiedene Schüttkonzepte anbieten -, gab sich der Ausschuß nicht zufrieden.

Die im Arbeitsprogramm der „vergabereifen" Vorlage enthaltenen Stichpunkte werden per einstimmigem Beschluß um die „Entwicklung von Schüttkonzepten" ergänzt.

Den endgültigen Beschluß hierzu faßt der Rat in seiner Mittwoch-Sitzung. Sollte er dem so geänderten Auftragstext zustimmen - und das kann als wahrscheinlich gelten - könnte somit das geforderte Gutachten erstellt werden. Die Verwaltung hat sich für die Arbeitsgemeinschaft eines Kölner Architekturbüros mit einer Essener Gruppe von Landschaftsarchitekten, Ökologen und Planern entschieden.

Ausschuß-„Nein" zu Bergamts-Brief:

Schachtnaher Wohnraum auch im neuen Plan

Forderung: 800 Meter Mischzone um Bergwerke

HERTEN. (rkl) Ginge es allein nach dem Marler Bergamt, wären einige Hertener Wohngebiete bald keine mehr. In seiner Stellungnahme zum gerade neu entstehenden Flächennutzungsplan der Stadt stellt die Aufsichtsbehörde der Nachbarstadt klare Forderungen auf: Im Umkreis von 800 Metern um die lärm- und staubintensiven Schachtanlagen sollen nach dem Willen der Marler nur gemischte (also teilweise Wohn- und teilweise gewerblich bebaute) Flächen festgeschrieben werden. Wie Stadtplaner Erich Stewen vor dem Haupt- und Finanzausschuß erläuterte, ist man im Rathaus jedoch grundsätzlich anderer Ansicht.

Die aus Marl geforderte Nutzungsbeschränkung geht der hiesigen Verwaltung „einfach zu weit". Stewens Schlußfolgerung: „Sollen wir denn seit langem bewohnte Flächen räumen lassen?" Auch die geforderte Vermischung der betroffenen Flächen stieß bei der Verwaltung — und später auch bei den Politikern — nicht auf Gegenliebe. Durch Gewerbeansiedlungen — so Stewen — könnten für die Anwohner bestenfalls noch zusätzliche Störungen entstehen.

Im Rahmen der Flächennutzungs-Planberatungen empfahl der Ausschuß einstimmig, die derzeit existierende (und planrechtlich festgeschriebene) Wohn-Nutzung der jeweiligen schachtnahen Gebiete auch in der neuen Bauleitplanung beizubehalten. Bereits im Planungs- und Verkehrsausschuß hatte die Verwaltung auf zwischengelagerte Grünzonen und andere Schutzmaßnahmen hingewiesen.

e Mitglieder.
schaft im Ver-
einhäuser die

Zum Schluß der Versammlung ging Steinhäußer auf das Problem des Nachwuchses ein. „Unser Verein

gendlichen bleiben am Ende noch zwei übrig, das müßte noch geändert werden."

Oer-Erkenschwicker Stadtnachrichten 22/6.81

20 Prozent zu wenig:

Bergematerial wird nicht ausreichend verdichtet

Für Dillenburg-Pläne äußerst interessant

ESSEN/OER-ERKENSCHWICK. Vom Stand der modernen Bautechnik gesehen wird heute das auf Halden geschüttete Bergematerial nicht ausreichend verdichtet. Nach gesicherten bautechnischen Erkenntnissen und mit seit langem erprobten Geräten kann auf gleichem Raum zehn bis zwanzig Prozent mehr Bergematerial untergebracht werden, als heute üblich. Diesen Standpunkt vertrat Dipl.-Ing. Alfred Schniering, der als Experte in der jüngsten Sitzung des Technologieausschusses beim Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) zum Problem der Bergehalden referierte. Eine Erkenntnis, die sicherlich auch für den geplanten Haldenbau an der Dillenburg interessant werden wird. Alfred Schniering weiter:

Eine höhe Verdichtung sichere zudem die Bebaubarkeit und verhindere weitgehend das Auswaschen von schädlichen Stoffen ins Grundwasser sowie das Austrockenen der Bergeschüttungen (wichtig für die Begrünung). Das Verfahren sei in Großbritannien heute bereits üblich, unterstrich Schniering in der ersten Sitzung, die der Ausschuß für kommunale Technologien des KVR in den neuen Räumen der Kommunalen Technologieberatung Ruhrgebiet in Oberhausen hielt.

Die geschätzten Mehrkosten für eine solche neue Schütt- und Verdichtungsweise im Vergleich zum heute gebräuchlichen Verfahren beliefen sich auf 60 Pfennig bis 1,30 DM je cbm Bergematerial. Dies würde eine Erhöhung der augenblicklichen Bergewirtschaftskosten z. B. der RAG von etwa 15% und eine Belastung des Preises für die Tonne Kohle zwischen 30 und 60 Pfennig bedeuten. Die Mehrbelastung könnte jedoch durch die Einsparung von Grunderwerbskosten z. T. wieder reuziert werden.

Der Ausschuß kam einhellig zu der Auffassung, daß die vorgetragenen Fakten bei der laufenden Standortvorsorgeplanung für Bergehalden Berücksichtigung finden müßten.

gangslage für die neue Abrüstungs-

tgottesdienst
pellierte der
ns-Otto Wöl
ste, „endlich
brüstung" zu
ürde sich we
nit der Abrü
ürde
m die Kern
siv diskutier
atzfragen un

rund Seite 2

Kurz notiert

Umweltschutz-Bürgerinitiativen dienen der Allgemeinheit und sind deshalb vom Finanzamt als gemeinnützige Vereine anzuerkennen. Das urteilte jetzt der Sechste Senat des niedersächsischen Finanzgerichtes. 13-6-84

hule
gruppe
Schüler
iesigen
skarten
sse sind
gte vor
iginelle
deologi-
stießen

Bürgerinitiative kam Planung auf die Spur

„Gotthard-Tunnel" für Halde? KVR: War nur ein Denkmodell

In Auftrag gegebener Plan wird „nicht weitergedacht"

HERTEN. (sp) Es hört sich an wie Utopie: Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) hat einen Landschaftsarchitekten ein Modell für eine Großhalde auf Hertener Gebiet entwickeln lassen, die alles bisher Dagewesene übertrifft. Danach sollte nicht nur östlich der Ewaldstraße gekippt werden - der Plan des Regierungspräsidenten - und nicht nur westlich der Ewaldstraße bis hin zum Ewaldsee - diese zusätzliche Kippfläche war schon mehrfach im Gespräch - sondern auch noch über der Ewaldstraße. Ein Tunnelbauwerk von rund 1 Kilometer Länge sollte nach diesem Plan die vierspurige Straße zwischen Zechenbahn und Stadtgrenze Wanne-Eickel überspannen und so eine Verbindung der beiden riesigen Halden möglich machen. Gestern wollte der KVR auf Anfrage unserer Zeitung nichts mehr von diesem Modell wissen. Pressesprecher Peter Kickuth: „Von dieser Planung kann keine Rede mehr sein."

Fest steht: Der KVR hat diese Planung so ernst genommen, daß er das Modell nicht etwa in der Schublade ließ, sondern es bereits im April in einem Behördengespräch mit der Stadt Herten durch den Landschaftsarchitekten vorstellen ließ.

Fest steht auch, daß nach unseren Informationen der Landschaftsarchitekt die Pläne noch nicht in den Papierkorb geworfen hat. Immerhin wären auch Gelsenkirchen (Problem Scholven und Oberfeldingen) und der KVR selbst (Rückstände vom Rohstoff-Rückgewinnungszentrum und Problem Deponie Emscherbruch) durchaus an einer solchen Großlösung interessiert. Ob man dabei einmal an die Kosten gedacht hat, ist eine andere Frage.

Dennoch: Der KVR ließ gestern versichern, das „Tunnel-Modell" werde nicht mehr weitergedacht. Vielmehr werde man vermutlich Ende des Monats Modelluntersuchungen vorlegen, die sich lediglich auf die vom Regierungspräsidenten vorgesehene Fläche östlich der Ewaldstraße bezöge. „Als Grundlage für die Beratungen im Bezirksplanungsrat."

Aufmerksam auf die Planung des

...iklore

...mittag des
...t im Herte-
...es Folklore-
...ure sind der
...olt/Bertlich
Gäste. Für
...le fährt um
...skirche ein
...rt ist gegen
...n anschlie-
...ner der Ver-
...meindezen-
...ammensein

...hor St. Ma-
...ag, 13. Au-
...lieder nach
Mitglieder
...f bevorste-
gebeten.

...auamtsleiter
...hen eröffnet
...to: G. Spohr

Theo Ahmann:

9.8.84. H.A.

„Innenminister kennt nicht Methoden der Bergbaugewaltigen"

Antwort aus Bonn zur Verwertung von Haldenmaterial

HERTEN. Der Bundes-Innenminister, Gerhart Baum, schickte dem Scherlebecker CDU-Ratsherrn Theo Ahmann einen Antwortbrief. Ahmann hatte, wie wir bereits berichteten, den Vorschlag gemacht, Haldenmaterial zum Deichbau zu verwenden. Von dieser Möglichkeit setzte er auch den Minister in Kenntnis und dieser sprach ihm nun schriftlich seinen Dank für das „große Engagement" aus.

Gerhart Baum teilt seine grundsätzliche Haltung zum Haldenproblem in dem Schreiben mit: „Die Anlegung von Bergehalden kann eine Reihe von Beeinträchtigungen für die davon betroffenen Bürger und die Umwelt mit sich bringen. Ich halte es daher für vordringlich, die Menge der anfallenden Berge durch verstärkte Anwendung der Versatztechnik weiter zu reduzieren.

Daneben begrüße ich alle anderen Überlegungen und Entwicklungsvorhaben, die eine wirtschaftlich sinnvolle Verwertung von Bergematerial, z.B. für den Deichbau, Dammbau, Straßenbau, wie dies gegewärtig teilweise schon geschieht, zum Gegenstand haben. Bereits in dem 1975 von der Bundesregierung beschlossenen Abfallwirtschaftsprogramm wird die möglichst weitgehende Verwertung von Abfällen zu einem vordringlichen Ziel erklärt.

Ihren Vorschlag, der mir aus ökologischer Sicht nicht unproblematisch erscheint (Beeinträchtigung des Wattenmeeres, z.B durch Freiwerden von Schwermetallen), werde ich als Beitrag zur Suche nach Lösungen in die Erörterungen, die mit den zuständigen Landesbehörden geführt werden, einbringen.

Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen habe ich allerdings nach Fühlungnahme mit dem Bundesminister für Wirtschaft Zweifel, daß sich auf absehbare Zeit die Anlegung von Bergehalden ganz vermeiden läßt. In diesen Fällen steht mit dem Raumordnungs-und Planungsrecht ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung, auf regionaler und kommunaler Ebene bei der Standortwahl von Bergehalden den Belangen der betroffenen Bevölkerung, des Umweltschutzes und der Landschaftspflege angemessen Rechnung zu tragen."

Theo Ahmann ließ diesen Brief nicht unkommentiert und meint: „Der Herr Innenminister kennt wohl die Methoden nicht, mit denen die Bergbaugewaltigen und ihre Polit-Steiger vorgehen, wenn es für diese darum geht, kapitalwirtschaftliche Interessen durchzusetzen, denn der Anteil des Bergbaues an der Gesamtenergieerzeugung in der Bundesrepublik beträgt nicht einmal 15 Prozent, der Anteil der Umweltzerstörung und der Umweltverschmutzung im Land NW jedoch mehr als 50 Prozent.

Der Arbeitsmarktanteil des Bergbaues beträgt kaum mehr als 5 Prozent. Im übrigen habe ich erhebliche Zweifel, ob Innenminister Baum seinen großen Worten zum Umweltschutz auch Taten folgen läßt."

WAZ 13.6.81

Verfälschung der Kostenrechnung

Die Bürgerinitiative „Halde" antwortet auf eine Stellungnahme des CDU-Kreistagsabgeordneten Eberhard Ullrich (WAZ vom 5. Juni „Halden nötig"). Es heißt wörtlich:

„Wir freuen uns sehr über Ihren Brief, weil wir darin Ihre Bereitschaft erkennen, mit uns in einen inhaltlichen Dialog einzutreten. Dieses Verhalten beurteile nwir deshalb so positiv, weil uns dabei die Möglichkeit gegeben wird, den Informationsstand unserer Gesprächspartner kennenzulernen und gegebenenfalls auch korrigieren zu können.

Ihre Charakterisierung unseres Aufsatzes über den Blasversatz als ‚Pamphlet' löste bei uns Verwunderung und Empörung aus, da wir diesen Aufsatz als eine Aufklärungsschrift verstehen. Es geht uns vor allem darum zu zeigen, daß ein Satz, wie ‚Halden sind nicht zu vermeiden', mit diesem Absolutheitsanspruch nicht richtig ist, daß ein solcher Satz verhindern soll, über mögliche Alternativen nachzudenken.

Möglichkeiten der Verringerung der anfallenden Bergemassen bietet unserer Meinung nach der Blasversatz. Nicht die Rückkehr zur Spitzhacke, sondern die Einführung des Blasversatzes und die verstärkte Rückbringung

Leserbriefe

der Bergematerialien nach unter Tage ist unser Vorschlag. Die Kapazität der bereits heute genehmigten Halden würden auf Jahre noch die restlichen Bergemengen aufnehmen können, ohne die Bereitstellung neuer Flächen notwendig zu machen.

Überlegungen des Bergbaus, den Blasversatz auch dort einzusetzen, wo nicht nur geologische Schwierigkeiten zu meistern sind (Zeche Hugo), sondern auch als Möglichkeit der Humanisierung des Arbeitsplatzes oder auch um Kosten zu senken, sind zu unterstützen.

Wir beurteilen keineswegs wirtschaftliches Denken als negativ. Unsere Kritik setzt bei der Verfälschung der Kostenrechnung des Bergbaus an, die durch eine Subventionierung der falschen Kostenstellen den Steuerzahler viel Geld kostet. Wir beklagen die schizophrene Situation, daß der Staat den Bergbau an zwei Stellen subventioniert, die sich gegenseitig neutralisieren. Die Steuergelder, die heute noch ausgegeben werden, um Halden aufzuschütten, sollten unserer Meinung nach zusätzlich für die Verbesserung des Blasversatzes ausgegeben werden. Sind aber erst einmal die staatlich subventionierten Haldenflächen bereitgestellt, so fällt auch der Anreiz für den Bergbau weg, nach marktwirtschaftlichen Prinzipien eine vernünftigere, wirtschaftlichere Lösung zu suchen. Sie sehen, Herr Ullrich, daß in der Tat in diesem Fall mehr Marktwirtschaft für den Bürger von Vorteil wäre.

Wir hoffen, daß wir ihre Kritikpunkte an unserem Aufsatz auch in Ihrem Sinne ausräumen konnten. Wenn Sie unseren Aufsatz noch einmal in Ruhe lesen, werden Sie feststellen, daß Ihre Kritik nicht ganz stichhaltig ist. Möglicherweise waren einige Formulierungen von uns in dem Aufsatz mißverständlich, so daß Sie falsche Schlußfolgerungen ziehen mußten. Wir begrüßen es deshalb, daß Sie mit uns in einen Dialog getreten sind. Würden sich alle Politiker so verhalten, wären bestimmt schon mehr Mißverständnisse aus der Welt. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für weitere Rückfragen, wenn Sie wollen auch persönlich, zur Verfügung."

Goldhochzeit feiern heute Heinrich (81) und Else Tripp (74), Westerholt, Kuhstraße 10. Heinrich Tripp war Fahrsteiger auf der Zeche Westerholt. Drei Töchter und Schwiegersöhne sowie sieben Enkelkinder gratulieren heute. Besonders erfreut ist das Jubelpaar, daß Tochter Hannelore in diesen Tagen Schützenkaiserin bei der Schützengilde wurde. (WAZ-Bild: Schweizer)

RAG-Arbeitsdirektor Fritz Ziegler

15.7.81
H.A.

Ruhrkohle will in nächsten 10 Jahren 3000 Wohnungen bauen

Außerdem großes Modernisierungsprogramm beschlossen

HERTEN. (sp) Die Ruhrkohle AG (RAG) will in den nächsten zehn Jahren im Bereich rund um die drei Hertener Schachtanlagen 3000 neue Wohnungen für ihre Beschäftigten bauen. Dies war wohl die wichtigste Nachricht, die gestern RAG-Arbeitsdirektor Fritz Ziegler bei einem Besuch unserer Stadt im Koffer hatte. Ziegler, von 1950 bis 1965 - zuletzt als Steiger - auf der Hertener Zeche Ewald tätig, nutzte die Gelegenheit, nach einer Grubenfahrt auf „seiner" alten Zeche mit dem Bürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden und den Dezernenten unserer Stadt über Bergbauthemen zu sprechen. Der Bergarbeiter-Wohnungsbau und der hohe Bevölkerungsanteil ausländischer Bergarbeiter standen dabei im Mittelpunkt. Begleitet wurde Ziegler von Hans Holobar (Vorstand BAG Lippe), Alfons von Brock (Leiter des Personalwesens RAG), Heinz Klein (Leiter Wohnungswirtschaft RAG) und Heinz Preuß (Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender BAG Lippe).

Nach dem fast zweistündigen Gespräch machte Fritz Ziegler deutlich, wie sehr Herten vom Bergbau geprägt ist. Jeder 7. Hertener ist im Bergbau beschäftigt. Von den Erwerbspersonen arbeiten über 70 Prozent auf einer der drei Zechen. Über 27 Prozent der Wohnungen werden von Bergleuten genutzt. „In Abstimmung mit unserer Produktionszielen wollen wir diesen Wohnungsbestand in den nächsten 10 Jahren um weitere 3000 Einheiten aufstocken," betonte Ziegler. Wohnungen, von denen ein Großteil auf Hertener Gebiet entstehen dürfte. Mehr als 5000 Altbauwohnungen sollen außerdem modernisiert werden, wobei Bürgermeister Wessel darauf hinwies, daß dabei dennoch erträgliche Mieten oberstes Ziel sein müßten.

Die Modernisierung soll außerdem auch die Sozialstruktur jener Gebiete verändern, die in den letzten Jahren fast schon zu einem Ghetto für türkische Bergleute geworden sind. Ziegler, der davon ausgeht, daß der Anteil der Türken in den nächsten Jahren sinkt:„ Hier muß im Zusammenleben von Deutschen und Türken eine Fülle von Barrieren abgebaut werden." Auch in diesem Punkt hoffe er auf eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt, die sich schon in Kürze bei zwei konkreten Maßnahmen bewähren soll. Wessel betonte, es sei jedoch deutlich geworden, daß das Problem besserer Nachbarschaft so leicht nicht zu lösen sei.

Das Thema Bergewirtschaft - es ist nicht Zieglers „Päckchen" - wurde kurz gestreift. Wessel:„ Wir haben deutlich gemacht, daß wir hier in Herten an absolute Grenzen stoßen und über die anstehenden Mengen, die in der Diskussion sind, hinaus nichts mehr zu machen ist." Wesentliches Ergebnis des gestrigen Gesprächs: Man will auch weiterhin die Kontakte zwischen RAG und Stadt

W.A.Z. 15.7.81

RAG-Arbeitsdirektor Ziegler in Herten

Jeder siebente Beschäftigte im Bergbau

In den nächsten zehn Jahren sollen 3000 neue Bergarbeiterwohnungen entstehen

RAG-Arbeitsdirektor Fritz Ziegler, ehemaliger Regierungspräsident in Arnsberg, informierte sich gestern im Rathaus über besondere Probleme der Stadt Herten. Mit von der Partie waren Alfons von Bronk, Leiter des Personalwesens der RAG und Heinz Klein, Leiter des Unternehmensbereiches Wohnungswirtschaft der Ruhrkohle.

Seitens der Stadt nahmen Bürgermeister Wessel, die Beigeordneten Hodde, und Lauzeningks, die Fraktionsvorsitzenden der drei im Rat vertretenen Parteien Steinhart (SPD), Josef Surmann (CDU) und Peter Gengenbach (FDP) teil, außerdem Stadtkämmerer Dr. Adamaschek, Stadtbaurat Günther und Stadtrechtsrat Holl.

In erster Linie ging es um den Bergarbeiterwohnungsbau in der Stadt, um den hohen Bevölkerungsanteil ausländischer Bergarbeiter und um die Bergehaldenproblematik. Bürgermeister Wessel legte insbesondere die Schwierigkeiten der Stadt dar und verwies in diesem Zusammenhang auf Kinderprobleme, Wohnsituation und Wohnungsbau.

RAG-Direktor Ziegler, der zuvor eine Grubenfahrt auf der Schachtanlage Ewald unternommen hatte, auf der er selbst 15 Jahre als Bergmann und Steiger beschäftigt war, verwies darauf, daß auf den drei Schachtanlagen in Herten nahezu jeder siebente Beschäftigte Arbeit und Brot findet.

Von den 17 700 Erwerbstätigen in Herten seien 11 618 im Bergbau der Stadt beschäftigt. Auch sei der Bergbau der größte Wohnungsnehmer in dieser Stadt. Von 27 900 Einheiten würden allein 7000 von Bergleuten bewohnt. Es sei jedoch geplant, in den nächsten zehn Jahren weitere 3000 Wohnungseinheiten hinzuzubauen. Man müsse aber rechtzeitig beginnen mit der Planung, damit es in dieser Hinsicht keine Fehlplanungen gäbe.

Wir kommen in der nächsten Ausgabe noch einmal auf dieses Thema zurück.

BEIM BESUCH IN HERTEN (v.l.n.r.) Arbeitsdirektor Fritz Ziegler, Bergwerksdirektor Horst Sproßmann (Ewald) und Jochen Keutel, Angestelltenvertreter bei Ewald. (Bild: Ende)

Brief an BI-Halde

Minister Zöpel dankt für Versatz-Anregung

Untertageversatz sollte baldmöglichst gesteigert werden

HERTEN. Der Schriftwechsel zwischen Landes- und Bundesministerien und Bürger der Stadt Herten ist äußerst rege. Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, antwortete Joachim Jürgens, einem Vertreter der Bürgerinitiative „Halde Herten". In dem Brief heißt es:

Für die Zusendung Ihrer Broschüre zum Thema „Blasversatz" danke ich Ihnen sehr. Sie enthält viele Anregungen, die in Zukunft bei der Haldenplanung — soweit möglich — berücksichtigt werden können. Deshalb habe ich eine Ablichtung der Studie auch dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr als oberste Bergbehörde zugesandt.

Wie Sie wissen, bin ich ebenfalls der Auffassung, daß baldmöglichst der Untertageversatz quantitativ spürbar gesteigert werden sollte, um in zunehmendem Maße die Freiräume des Reviers vor Inanspruchnahme durch Bergeverkippung zu schützen.

Leider ist die Möglichkeit einer Versatzsteigerung bis zum Vollversatz nicht bzw. noch nicht bei jeder Schachtanlage gegeben und es gibt auch Grenzen, dieses zu verwirklichen. Seien sie gleichwohl versichert, daß hier das Ziel nicht aus den Augen verloren wird und jede neue Erkenntnis auf dem Gebiet der Versatztechnik zur Entlastung bei Haldenproblematik in die Praxis umgesetzt wird, sofern dieses vertretbar erscheint.

...onat

...", arabischer
...zu Ende. Seit
...die Angehöri-
...hen Glaubens

Offener Brief der Bürgerinitiative „Halde" zum heutigen Ministerbesuch

Dr. Zöpel soll Fachleuten viele Fragen stellen

Der NRW-Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Dr. Christoph Zöpel, stattet heute als erster Stadt im Kreisgebiet einen offiziellen Besuch ab. Er wird sich — wie berichtet — über die Probleme in Europas größter Bergbaustadt informieren und auch voraussichtlich zusammen mit Regierungspräsident Dr. Erwin Schleberger eine „Haldenbesteigung" vornehmen. Aus diesem Anlaß hat die Bürgerinitiative „Halde" Herten einen offenen Brief an den Landesminister geschrieben. Es heißt wörtlich:

„Am 4. August dieses Jahres werden Sie nach Herten kommen. Wir freuen uns über Ihren offiziellen Besuch in unserer Stadt und wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt.

Wie wir der Presse entnommen haben, werden Sie mit den vielfältigen Problemen der Stadt konfrontiert werden. Die Liste der Gesprächsthemen ist lang. Ohne das Gewicht und die Bedeutung der übrigen Themen auch nur im mindesten schmälern zu wollen, meinen wir, daß die Superhalde und das dahinterliegende Rohstoffrückgewinnungszentrum alles andere in den Schatten stellen (sogar wörtlich genommen).

Sehr geehrter Herr Minister, schon vor einigen Monaten haben wir Sie als sehr aufmerksamen und gutinformierten Gesprächspartner kennengelernt, als wir Ihnen den Protest von mehr als 8000 Hertener Bürgern gegen die Superhalde überbrachten.

Wir freuen uns, daß Sie jetzt die Gelegenheit haben, von kompetenten Fachleuchten Informationen aus erster Hand zu erhalten. Wir möchten Sie bitten, diese Situation zu nutzen und (stellvertretend für uns) eine Reihe von Fragen zu stellen:

Fragen Sie den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), warum die Vertunnelung der Ewaldstraße geplant wird (wurde)?

Fragen Sie den KVR, wieviel Tonnen Schwefeldioxyd pro Jahr aus den beiden Schornsteinen des RZR kommen, wenn pro Jahr 450 000 Tonnen Müll verbrannt werden?

Fragen Sie den Regierungspräsidenten, ob der Antrag des KVR auf Erweiterung des RZR, die schon so gut wie feststeht, bei ihm vorliegt?

Fragen Sie den Stadtdirektor von Herten, wie hoch zur Zeit die Staubimmissionen im Süden der Stadt Herten sind?

Fragen Sie den Bergbau AG Lippe, warum in dem bestellten Klimagutachten von der TU Berlin nur 150 ha zur Begutachtung vorgegeben wurden und nicht die Fläche der wirklich geplanten Superhalde von 240 ha?

Sehr geehrter Herr Minister, wir hoffen für Sie, daß Sie auf diese oder ähnliche Rückfragen zufriedenstellende Antworten erhalten. Sollten Sie jedoch keine ausreichenden Informationen erhalten, dann trösten Sie sich mit uns. Wir machen eine solche Erfahrung schon seit längerer Zeit.

Damit Sie aber nicht ganz mit leeren Händen von Herten weggehen, gestatten wir uns, Ihnen unsere Erarbeitung Nr. 4 zu überreichen: ‚Stellungnahme zur Großhalde aus medizinischer Sicht'. Wir würden uns freuen, gelegentlich von Ihnen Antwort zu erhalten."

Gutachten seit zwei Monaten bei BAG

Bürgerinitiative: Voller Widersprüche

3.8.81
H.R.

„Läßt erkennen, daß er vor Ort nichts untersucht hat"

HERTEN. Die Bürgerinitiative Halde hat erfahren, daß der BAG Lippe seit mehr als zwei Monaten das in Berlin bestellte Klimagutachten vorliegt. Zu einer ausführlichen Information und Diskussion dieses Papieres wird die Initiative im September einladen. In einer Presseerklärung gehen Friedrich und Gertrud Halfmann, Grünberger Straße 14, als Vertreter der Bürgerinitiative auf einige Punkte dieses Gutachtens ein. Sie schreiben:

„Das Berliner Gutachten bezieht sich auf eine Fläche von 150 ha, nämlich die geplante Hohewardhalde. Die betriebsplanmäßig zugelassene Hoppenbruchhalde spielt in diesem Gutachten merkwürdigerweise keine Rolle. Die Gesamtfläche der Superhalde beträgt jedoch 240 ha. Können zuverlässige Klimadaten ermittelt werden, wenn von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird?

Der Gutachter, Prof. Horbert, kommt zu folgendem Ergebnis: Eine allgemeine Beeinträchtigung des Klimas für die Stadt Herten durch die im Süden geplante Halde Hoheward könne mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Bauliche Veränderungen im Stadtbereich hätten stärkere Veränderungen des Kleinklimas zur Folge.

Der Gutachter widerspricht sich selbst: An anderer Stelle des Gutachtens weist er darauf hin, daß Stadtbebauung und Hohewardhalde klimatologische und lufthygienische Auswirkungen ähnlicher Art haben. Zumindest im südlichen Bebauungsgebiet vor der Autobahn dürften die Folgen beträchtlich sein. Am Fuß des Nordhanges der Halde wird sogar eine hohe Immissionsgefährdung befürchtet. Im Zusammenhang mit der höher gelegenen Autobahn ist nach Prof. Horbert schon jetzt die Belüftung im Süden nicht mehr ausreichend. Zitat: ‚Ob die von der Halde abfließende Kaltluft vor der Autobahn aufgestaut wird oder mit den Immissionen in die Wohngebiete abfließt, kann ohne örtliche Untersuchung nicht beantwortet werden.'

Es wird mehrfach auf Luftstaugebiete nicht nur nördlich der Halde, sondern auch im Gewerbegebiet hingewiesen. Dabei spielt das Tal zwischen der Hohewardhalde und der Hoppenbruchhalde (Trasse der Zechenbahn) eine große Rolle für die Durchlüftung. Wenn dieses Tal schon so wichtig ist, um wieviel wichtiger für die Durchlüftung wäre die Freihaltung des Hohewardtales, zumal dieses in der Richtung der hauptsächlichen Windrichtungen liegt. Wieso spielt das Hohewardtal in dem Berliner Gutachten überhaupt keine Rolle mehr? Es hat nämlich neben den menschlichen Gründen beachtenswerte klimatologische Gründe, das Hohewardtal zu erhalten.

Der Gutachter läßt mehrfach erkennen, daß er vor Ort nichts untersucht hat. Seine Aussagen beruhen fast ausschließlich auf Theorien. Es wundert uns überhaupt nicht, daß die BAG Lippe dieses Gutachten bis heute nicht veröffentlicht hat.

Kreuzwegbeten

Herten. Zum Kreuzwegbeten lädt die Alten- und Rentnergemeinschaft der Gemeinde St. Maria Langenbochum ein. Das Beten beginnt am Donnerstag,6. August nach der Messe um 15 Uhr.

4.8.81. H.R.

Fragen an Zöpel

Herten. Ein Minister kommt; ein Katalog von Fragen wartet auf ihn: Am heutigen Dienstag stattet Dr. Christoph Zöpel, nordrhein-westfälischer Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Herten seinen ersten offiziellen Besuch ab. Neben Vertretern des Hertener Rates und der Verwaltung wird auch der Münsteraner Regierungspräsident (oder sein Stellvertreter) bei dem ganztägigen Besuch anwesend sein.

Von dem Besuch werden Aussagen des Landespolitikers zu Fragen wie der Innenstadt-Sanierung und der finanziellen Unterstützung bei Industrie-Ansiedlungen erwartet. Auch die weitere Finanzierbarkeit der Bramhügel-Bebauung (dort entstehen zur Zeit etwa 80 Wohneinheiten) wird Gegenstand der Gespräche sein.

Auch die Bürgerinitiative „Halde" hat sich mit einem offenen Brief zu Wort gemeldet. Sie will dem Minister anläßlich seines Besuches folgende Fragen stellen:

„Fragen Sie den KVR, warum die Vertunnelung der Ewaldstraße geplant wird (wurde)?

Fragen Sie den KVR, wieviel Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr aus den beiden Schornsteinen des RZR kommen, wenn pro Jahr 450 000 Tonnen Müll verbrannt werden?

Fragen Sie den Regierungspräsidenten, ob der Antrag des KVR auf Erweiterung des RZR, die schon so gut wie feststeht, bei ihm vorliegt?

Fragen Sie den Stadtdirektor von Herten, wie hoch zur Zeit die Staub immissionen im Süden der Stadt Herten sind?

Fragen Sie die BAG Lippe, warum in dem bestellten Klimagutachten von der TU Berlin nur 150 ha zur Begutachtung vorgegeben wurden und nicht die Fläche der wirklich geplanten Superhalde von 240 ha?"

Stellvertretend für sie — so meint die Bürgerinitiative — sollte der Minister durch diese Fragen klärende Aussagen der angesprochenen Institutionen herbeiführen.

Auf Drängen des Bürgermeisters

Minister Zöpel hat Besuch angekündigt

WR 30.7.81

Fragenkatalog zu Förderungsmaßnahmen

HERTEN. (rkl) Zitiert wird er seit Monaten von Haldengegnern, Verkehrsplanern, Politikern, Ämtern, Bürgerinitiativen und so weiter ... Dr. Christoph Zöpel, seines Zeichens nordrhein-westfälischer Minister für Landes- und Stadtentwicklung, kommt der Bitte des Bürgermeisters Willi Wessel nach und stattet der Stadt Herten am 4. August seinen ersten offiziellen Besuch ab. Nach mehreren kurzen „Stippvisiten" in inoffizieller Mission - so auf dem Gelände des entstehenden RZR - wird Zöpel sich bei seinem Exkurs in unsere Stadt genug Zeit mitbringen, um detaillierten Gesprächen zur Innenstadtsanierung, zur Haldensituation und zu anderen aktuellen Themen beizuwohnen.

Auch der Regierungspräsident aus Münster (oder sein Vertreter) wird bei dem Ministerbesuch anwesend sein. Der Fragenkatalog, der im Rathaus schon jetzt vorbereitet wird, ist umfangreich. So hofft Wessel auf klare Aussagen des Ministers zu der Frage, inwieweit künftig die Kosten für Industrieansiedlungen vom Land übernommen werden - eine für Herten lebenswichtige Frage.

Weiterer Schwerpunkt der Konsultationen: die Sanierung und Wohnbebauung der Innenstadt (das Hertener Zentrum gilt landesweit als eines der intensivsten Sanierungsprojekte). Auch das Gelände des alten Schweisfurth-Gebäudes im innenstadtnahen Bereich soll den Düsseldorfer Gast beschäftigen: nach einem 1979 durchgeführten Ideenwettbewerb zur weiteren Bebauung der Fläche erwartet Wessel nun ein „klares Wort", wie es um die Bewilligung von Sondermitteln an der Feldstraße bestellt ist.

Zöpel wird am 4. August um 15 Uhr im Rathaus erwartet; er wird bis zum frühen Abend in Herten verweilen.

Bürgerinitiative unterstellt Hodde politische Winkelzüge – Kein Stand beim Tiöns-Festival

Bereits im Mai erhielt die Kirche ihre Zusage

Ein Informationsstand in der Nähe der Antoniuskirche, anläßlich des Tiöns-Festivals, so hatte es sich die Bürgerinitiative „Halde" gedacht, sollte das Fest bereichern. Am Dienstag dieser Woche erhielten die Initiativler von einer Sachbearbeiterin des Ordnungsamtes auch die Zusage. Gestern signalisierte die Verwaltung Rotlicht. Die Zusage wurde zurückgenommen. Als Alternative sagte der stellvertretende Stadtdirektor Friedhelm Hodde eine Fläche in der Fußgängerzone der Hermannstraße zu. Diese Zusage reichte den Sprechern der Bürgerinitiative Holland und Haffmann nicht — sie wollten näher ans Geschehen ran.

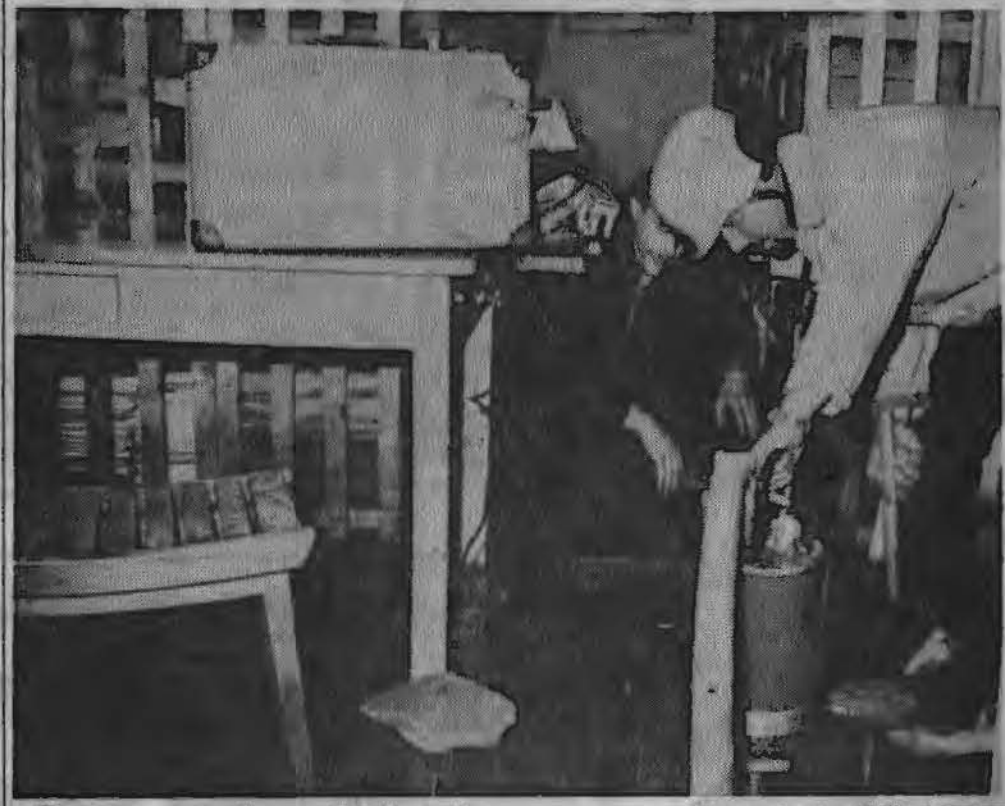
Dazu Friedhelm Hodde: „Ich sehe keinen zwingenden Grund, warum die Bürgerinitiative im Bereich des Kirchplatzes ihre Zelte aufschlagen muß. Bereits im Mai erhielt die Kirche die Zusage, ihr Fest ausrichten zu können — da kann ich nicht alles umschmeißen."

Der stellvertretende Verwaltungschef weiter: „Ich verstehe den Wirbel, den die Herrschaften veranstalten, überhaupt nicht — den zweiten Antrag, daß sie nun vor dem Gesundheitsamt auf dem Bürgersteig stehen dürfen, habe ich ihnen doch genehmigt." Die Bürgerinitiative wittert andere Hintergründe. Durch die Ablehnung, den Informationsstand nicht auf dem Antoniusplatz aufstellen zu dürfen, wolle die Verwaltung verhindern, daß die Bevölkerung von einem Tunnel, der von Herten nach Wanne-Eickel führe, erfährt. In einem Flugblatt der Bürgerinitiative heißt es dazu: „Nun wissen wir, wie das aussehen soll — ein Tunnel von 1,1 Kilometer Länge, natürlich auf dem letzten technischen Stand, mit Lüftungsanlagen und Fernsehkameras, führt nach Wanne-Eickel.

Der Steuerzahler ist wieder einmal der Gefoppte. Und die Stadt ist nicht in der Lage, die Folgekosten abzuschätzen!" Neben der sozialdemokratischen Ratsfraktion, die in den vergangenen Monaten von der Bürgerinitiative mit Unterstellungen und Anschuldigungen geradezu bombardiert wurde, bekommt auch die CDU ihr Fett weg.

In dem Informationsblatt heißt es, „die Hertener Bürger wurden bisher von ihren politischen Repräsentanten im Stadtrat, vor allem von der Mehrheitsfraktion nicht genügend ernst genommen. Die CDU lehnte zwar das Haldenkonzept des Regierungspräsidenten ab — was wir ausdrücklich loben —, die eindeutige Stellungnahme für die Gesundheit der Hertener Bürger, wie sie der Ratsherr Theo Ahmann forderte, fand allerdings keine Unterstützung".

● Anmerkung der Redaktion: Auch eine Bürgerinitiative, deren Anliegen in der Öffentlichkeit gehört und entsprechend publizistisch gewürdigt worden sind, muß nicht gleich schmollen, wenn sie ihren Willen nicht zu 150 Prozent erfüllt bekommt. Statt im Rummel auf dem Antoniusplatz erhält man mitten in der Fußgängerzone einen Standort — damit nicht zufrieden, bekommt man einen zweiten, noch günstigeren Platz vor dem Gesundheitsamt, aber auch diese Geste scheint keine Anerkennnng zu finden. Warum eine Bürgerinitiative gleich immer Böswilliges unterstellen muß oder warum gleich Einstweilige Verfügungen als Drohmittel herhalten müssen, kann nur mit zuviel Emotionen und zuwenig Rationalität erklärt werden.



„Pumpeneinsatz in der ganzen Stadt", hieß es gestern bei der Feuerwehr. Kurz nach 16 Uhr setzte urplötzlich ein Unwetter ein. Wassereinbrüche meldete die Wehr unter anderem bei der Realschule, der Gesamtschule und im Bereich des Rathauses. Unser Bild zeigt das Stadtarchiv, in dem die Regale etwa 15 Zentimeter hoch im nassen Element standen.
(WAZ-Bild: Birgit Schweizer)

SPD-Stadtverbandsvorstand

Politik-Diskussionen in der Partnerstadt

19.6.81

Wessel will Kreismandat niederlegen

HERTEN. Die Hertener SPD will ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken und auch ihre weniger bekannten Leistungen der letzten zwei Jahre gegenüber interessierten Bürgern darstellen — so eines der wichtigsten Ergebnisse aus der letzten Sitzung des sozialdemokratischen Stadtverbandsvorstandes. Die in den letzten Monaten „heiß" diskutierten kommunalen Fragen (Stadtdirektor-Wahl, Haldenstellungnahme, innerfraktionelle Probleme der SPD) wurden ebenso zur Sprache gebracht wie die von den Hertener „Genossen" geplanten Veranstaltungen.

Willi Wessel, Bürgermeister und Ratsvorsitzender, referierte zum Verfahren und zu Vorgängen bei der Stadtdirektorwahl. Echo der Vorstandsmitglieder: nach der Entscheidung sei „im Interesse der Stadt und im Interesse der gesamten SPD" nach vorne zu blicken. Mit Bedauern rekapitulierten die Anwesenden das Verhalten der CDU bei den Beratungen zur Haldenstellungnahme. „Mit Befriedigung", so wörtlich, nahm der Stadtverbandsvorstand zur Kenntnis, daß die wesentlichen Inhalte aus dem Leitantrag der SPD Herten in den Ratsbeschluß eingeflossen sind.

Wessel gab im Rahmen der Sitzung bekannt, daß er im August — wie bei der Landtagswahl angekündigt — sein Kreistagsmandat niederlegen werde. Der Abgeordnete will sich in Zukunft verstärkt auf die Landespolitik konzentrieren.

Auf Einladung der französischen Sozialisten in Arras werden schließlich am 19. und 20. Dezember 50 Hertener SPD-Mitglieder in die Partnerstadt fahren, Ziel des Ausflugs soll neben Geselligkeit auch politischer Meinungsaustausch — etwa zum Thema Europapolitik — sein. Zur Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den stellvertretenden Vorsitzenden Artur Porr, Bernhard Kasperek und Hans-Peter Höfer konstituiert.

Weitere in der Sitzung angesprochene „heiße Eisen": Die Grundschul-Vorbereitungsklassen und der innere Zustand der SPD. Die pädagogisch für Deutsche wie Ausländer wichtigen Vorbereitungsklassen — das meinte die Versammlung — sollten bestehen bleiben. Im Herbst dieses Jahres will schließlich der SPD-Stadtverbandsvorstand einen außerordentlichen Parteitag zum Thema „Zukunftsperspektiven der SPD und Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft in Herten" durchführen. Zu kommunalpolitischen Themen — etwa der angespannten Finanzsituation —, wollen die „Genossen" bei einer Funktionärskonferenz im Herbst Stellung nehmen.

Schließlich will die Hertener SPD bis zum Frühjahr 1982 eine kommunalpolitische Zwischenbilanz vorlegen, diskutieren, verabschieden und den Bürgern als Broschüre zuleiten.

Dr. Willi. H. Balzer

Hertener Architektenbüro entwickelt bauliche Vorschläge

Wohnen am Halden-Hang

HERTEN/KREIS. (sp) Wohnen am Haldenhang ist vielleicht schon keine Utopie mehr. Die Treuhandstelle GmbH in Essen hat jetzt in einer umfangreichen Broschüre Wege in dieser Richtung aufgezeigt, die beim Land, bei der Ruhrkohle AG und bei den angesprochenen Städten auf großes Interesse gestoßen sind. Die baulichen Vorschläge, die zunächst modellhaft für die Marler Bergehalde Brinkfortsheide und die Gelsenkirchener Halde Rungenberg ausgearbeitet worden sind, stammen vom Hertener Architektenbüro Dr. Balzer. Vermutlich schon im Herbst wird eine Arbeitsgruppe darangehen, ein Modell zur Erschließung, Bebauung und Gestaltung von Halden zu erarbeiten, wenn das Land Forschungsmittel zur Verfügung stellt.

Intensive Vorgespräche und die Tatsache, daß Christoph Zöpel, Minister für Landes- und Stadtentwicklung NRW, persönlich das Vorwort zur Treuhand-Broschüre verfaßt hat, deuten auf „grünes Licht" für diese Politprojekte. Minister Zöpel: „Am Beispiel der in unmittelbarer Nähe städtischer Bebauung liegenden Bergehalden Brinkfortsheide und Rungenberg werden die grundsätzliche Realisierbarkeit einer Hangbebauung nachgewiesen sowie Reliefgestaltung und Flächenaufteilung modellhaft konkretisiert. Damit werden Möglichkeiten einer Integration zeitgemäß ausgeformter Haldenkörper in die umgebende städtische Bausubstanz dargelegt, die auf andere Haldenstandorte durchaus übertragbar erscheinen.

In der Broschüre betont die Treuhandstelle, Südwestbereiche von Halden seien optimale Wohnstandorte. Man solle daher die Diskussion um Haldenstandorte nicht weiterhin einseitig unter dem Gesichtspunkt der Umweltverschlechterung führen, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen der Stadt- und Landschaftsplanung.

„Voraussetzung ist, daß Haldenform und Schüttung derartige Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten bieten. Es wäre somit nicht nur möglich, sondern durchaus sinnvoll, Halden in der Nähe von Wohngebieten zu schütten und ihre Ränder für die Hangbebauung zu nutzen. Die Restflächen könnten dann begrünt und für Freizeitaktivitäten hergerichtet werden, so daß sie nicht umweltbelastend, sondern wohnumfeld- und landschaftsgestaltend wirken", betont die Treuhandstelle.

Das vorgelegte Konzept des Hertener Architekten Dr. Willi H. Balzer sieht eine Bebauung bis zu rund 70 m über Grund und eine Bebauungsbreite von rund 300 m vor. In diesem Beispiel sind etwa 100 Reiheneigenheime und etwa 300 Wohneinheiten in Terrassenbauweise geplant.

Das eingeschaltete Erdbaulaboratorium Ahlenberg vertritt dazu die Auffassung, bei einem gezielten hohlraumarmen Einbau des Kohle-Nebengesteins sei eine solche Bebauung „ohne besondere Schwierigkeiten" möglich.

Auch die Kosten für den Bebauungsvorschlag hat die Treuhand schon ermittelt: 1,6 Millionen DM für die zusätzliche Verdichtung.

Haushaltskursus für junge Mädchen

Haltern. Zu einem Dreiwochenkursus vom 13. September bis zum 4. Oktober lädt die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) junge Mädchen ein, die berufstätig sind oder ihre Zeit nach dem Abitur bis zum Semesterbeginn sinnvoll nutzen wollen. Der Vormittag im Seminar gilt der Vermittlung praktischer Grundkenntnisse im Kochen und Schneidern. Nachmittags gibt es Diskussionen und Arbeitsgruppen zu aktuellen Themen.

Der Kursus findet statt in der Bildungsstätte der KAB auf dem Annaberg in Haltern. Nähere Auskunft und Anmeldung beim Familienpädagogischen Institut der KAB unter der Rufnummer 0 23 64 / 40 31.

H.A. 3/6.81

Ahmann in DB-Kontakt

Herten. Das Haldengestein wäre im norddeutschen Deichbau besser aufgehoben als auf hiesigen Halden - diese Ansicht vertritt der Scherlebecker CDU-Ratsherr Theo Ahmann seit einigen Monaten mit großer Vehemenz. Ein Brief des Wasserwirtschaftsamtes Aurich ist für Ahmann Ansporn zu weiteren Aktivitäten. Amtsleiter Josef Kramer verweist auf Versuche mit Hüttenrückständen - die Verwendung von Haldengestein ist seiner Ansicht nach denkbar, aber in Sachen Antransport zu teuer.

Dem hält Ahmann entgegen, daß die Bundesbahndirektion Essen nochmals im Gespräch mit ihm ihre Bereitschaft zu Sondertarifen für Haldensteine bekundet hat. Ahmann geht davon aus, daß für 38 Mark ein Kubikmeter taubes Gestein nach Ostfriesland zu befördern sei.

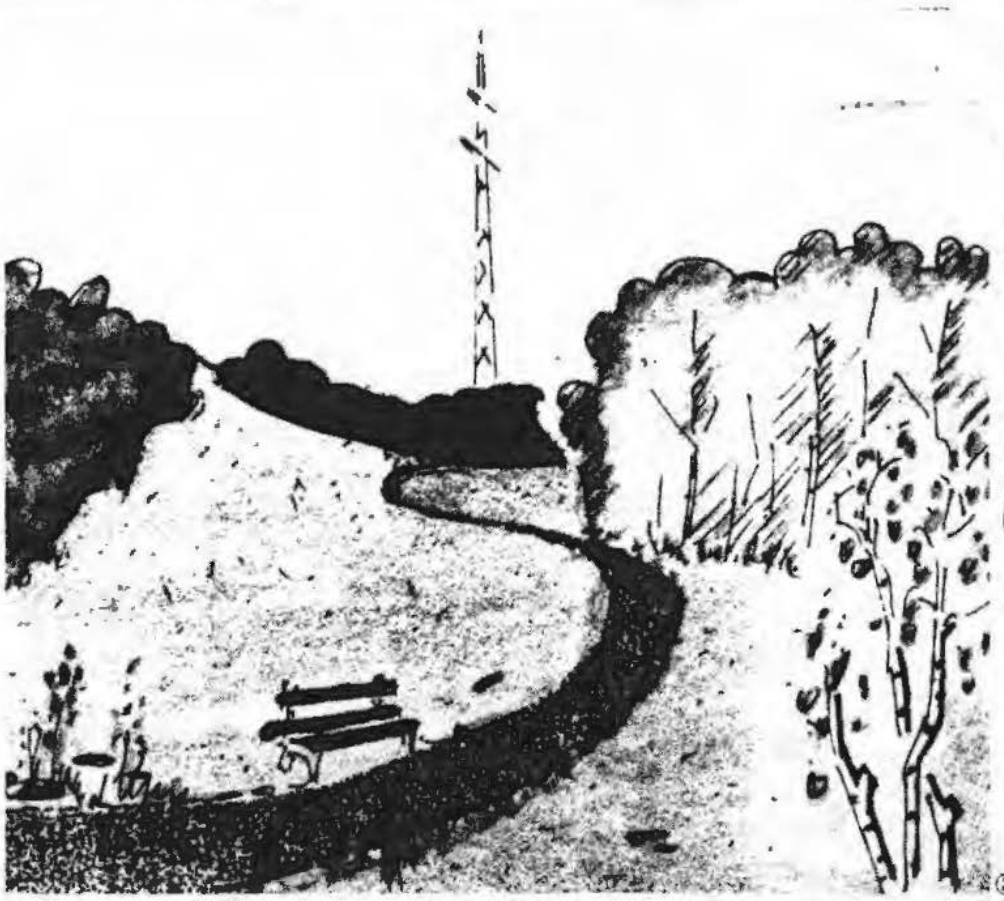
Bergehalden Ewald

Planmäßige Bepflanzung

Über die Begrünung der zum Bergwerk Ewald gehörenden Bergehalde Hoppenbruch ist zuletzt in der Werkzeitschrift 6/80 berichtet worden. Es wurde dabei festgestellt, daß im Gegensatz zur alten Halde Ewald 1/2/7 hier nicht im festen Forstverbund gepflanzt wird. Auf Hoppenbruch sollen Baum- und Buschgruppen mit Wiesenflächen abwechseln, die man wiederum durch immergrüne Flekken auflockert — der Landschaftsplan sieht nämlich weder eine dichte Bepflanzung noch eine Streugruppierung vor.
Inzwischen hat man mit dem Pflanzen größerer Bäume (bis 3,50 Meter) an der Ostseite, dem Damm am Resser Bach, begonnen. In dieser Weise werden besonders gelegene Randgebiete bepflanzt. So sollen im Endstadium 60 bis 70 Prozent dieses Gebietes aus einer Waldlandschaft bestehen und der Rest, wie gesagt, aus Grünflächen. Das Gesamtbild entspricht dann einer Parklandschaft.

Im Bereich der alten Bergehalde Ewald 1/2/7 geht die planmäßige Bepflanzung ebenfalls zügig weiter. Der Kommunalverband Ruhr hat 51 000 Forstpflanzen beigestellt, die zur Zeit gesetzt werden. Dabei handelt es sich um Akazien, Bergahorn, Roterlen, Ölweiden, Winterlinden, Wildkirschen, Ebereschen und Traubenkirschen. Ein weiterer Versuch der Grundbegrünung wird mit 500 Kilogramm Kleesamen vorgenommen.

Bild ①: Die Lieferfahrzeuge der Baumschule bringen die Schwarzkiefern.
Bild ②: Handskizze des geplanten Endzustandes am Ostrand Hoppenbruch.
Fotos: Hofmann



ZEITSCHRIFT RUHRKOHLE

„Energie — heute" war das gieeinsparung sowie Bemü- Kohle und Kernenergie hät-

Bürgerinitiative wittert Konzepte:

„Rezepte gegen Bürgerwillen“

Mit ihrem Tendenzbeschluß vom 25. Februar ließ die SPD noch vor Ende des Karnevals die Maske fallen und zeigte ihr wahres Gesicht in Sachen „Halde“. Unter Mißachtung der politischen Spielregeln wurde der Ratsbeschluß gefaßt, Gutachten einzuholen für ein SPD-Haldenkonzept (Leitantrag), nach dem etwa 1,1 Mill. Quadratmeter zusätzliche Schuttflächen benötigt werden, also mehr, als vom Regierungspräsidenten und vom Bergbau gefordert.

Für die Errichtung von zweifelhaften „Landschaftsbauwerken“ aus Haldendreck werden wertvolle Wald- und Grünflächen, sowie Sportanlagen und Wohnhäuser vernichtet.

Wie hieß es so schön im SPD-Wahlkampfblatt („Neues Herten“ vom September 1979): „Erholungsgebiet Ewaldsee — keine neuen Flächen für Bergehaldenschüttungen“! Davon ist nichts geblieben als leere Phrasen, mit denen Wählerstimmen gefunden wurden. Welche Freiflächen sind als nächstes an der Reihe vernichtet zu werden? Arbeiten die Verantwortlichen von Rat und Verwaltung schon Konzepte hierfür aus?

Wie lange dauert es dann noch — logische Folge —, bis die Ewaldstraße zwecks Verbindung der östlichen und westlichen Halden, sowie die Wiederhopfstraße zur Verbindung der Halden mit der Mülldeponie nach dem Muster des Hohewardtales zugekippt werden? Es bietet sich an, der Bergbau wird es fordern, die bergbauabhängigen Ratsmitglieder werden es befürworten und es nach bewährtem politischen Rezept gegen den Bürgerwillen durchsetzen. Bürgerinitiative: D. Schüller.

Leserbriefe

UAZ 4
4.3.81

Tempo 30 gegen LKW-Sprünge

H.H. 13/5 81

Herten. (rkl) Bergschäden oder Hitzewellen - das ist für die Verwaltung an der Herner Straße zur Zeit die Frage. Einige Anwohner hatten ihren Protest angemeldet: der Lärm der dort verkehrenden Bergelaster sei für sie ja nichts Neues, aber was da in den letzten Tagen schepperte und polterte, brächte doch glatt die Geschirrschränke ins Wanken. Der Grund: seit dem letzten Wochenende zeige der „untere" Abschnitt der Straße starke Wellen und Verwerfungen. Wenn die tonnenschweren Fahrzeuge mit erhöhter Geschwindigkeit über sie hinwegrollten, könnten unbeabsichtigte „Freudensprünge" die Folge sein.

SPD-Ratsmitglied Paul Haasch engagierte sich für eine schnelle Behebung des Übels; die Verwaltung reagierte prompt. Ab sofort gilt an der Straße „Tempo 30", schon in der nächsten Woche will das zuständige Stadtamt die Fahrbahn wieder „glätten" lassen.

„Querrillen" lautet die vorläufige Diagnose der Verwaltung nach ersten Ortsbesichtigungen. Auch die Rathaus-Experten stellten eine wellenartige Verwerfung der Fahrbahn fest - die Straßendecke hatte sich von ihrem Unterbau gelöst.

Schäden kleineren Ausmaßes an den Bordsteinkanten konnten bereits behoben werden; voraussichtlich eine Woche lang will die Stadt weitere umfangreiche Baumaßnahmen an der Herner Straße durchführen lassen. Was zu hoch über die „Normalhöhe" der Fahrbahn herausragt, wird weggefräst; die Straße soll wieder eben werden.

Unklar ist allerdings noch, ob alle Arbeiten allein von der Stadt bezahlt werden müssen. Sollte es sich bei den Schäden um Folgen der plötzlichen Hitzeeinwirkung handeln, wäre das die unvermeintliche Folge. Käme man allerdings zu dem Ergebnis, daß Bergschäden auslösend waren, müßte der Bergbau die Maßnahmen in erheblichem Maße mitfinanzieren. Im Rathaus sind die Verantwortlichen noch mit der Prüfung dieser Frage beschäftigt; ein weiterer Ortstermin mit Vertretern des BAG Lippe ist bereits kurzfristig anberaumt worden. Dabei hat man - so ist aus dem Tiefbauamt zu hören - großes Zutrauen zu den Aussagen der Bergbaufachleute, denn „auch wenn es um's Geld geht, sind die meistens doch sehr ehrlich."

„Alte Kohlekraftwerke fördern Bronchitis“

Farthmann: Gesundheitsrisiko durch Schadstoffe in der Revierluft gestiegen

DÜSSELDORF (dpa)

Veraltete Kohlekraftwerke tragen unverhältnismäßig stark zur Luftverunreinigung bei und erhöhen das Gesundheitsrisiko der Bevölkerung. Das erklärte der NRW-Arbeitsminister Farthmann am Dienstag. Kohlekraftwerke mit zusammen 5000 Megawatt entsprächen in NRW nicht mehr dem Stand der Technik. Neuen Messungen zufolge stießen sie „unnötig hohe Mengen“ an Schwefeldioxyd (SO-2) und Staub aus.

Untersuchungen haben bewiesen, so Farthmann, daß ein direkter Zusammenhang besteht zwischen dieser Belastung und der Bronchitishäufigkeit. Im Raum Borken-Dülmen-Ahlen mit „mäßiger“ Luftverschmutzung litten 12,1 vH der Untersuchten an chronischer Bronchitis. Im Raum Bochum-Gelsenkirchen mit „erhöhter“ Luftbelastung seien es 19,2 vH, in Duisburg mit „hohen“ Luftverunreinigung liege die Quote bei 21,1 vH.

In Teilen der Ballungsgebiete würden die Grenzwerte für SO-2 erreicht oder überschritten. Nur wenige Städte in Europa hätten eine höhere SO-2-Belastung als einige Ruhrgebietsstädte. Obwohl die Belastung in den letzten Jahren um 30 vH zurückgegangen sei, „sind wir dennoch nach wie vor an der Grenze der Gesundheitsgefahr.“

Es sei dringend nötig, veraltete Kraftwerksblöcke durch neue zu ersetzen oder Rauchgasentschwefelungsanlagen einzubauen. Diese Alternative, bei der das Land 50 vH der Investitionskosten trage, werde von den Kraftwerksbetreiber jedoch nicht angenommen. Dabei ließe sich der Ausstoß von Schwefeldioxyd um etwa 12 vH senken.

Den Kraftwerksbetreibern warf Farthmann vor, sie blokkierten mit ihrer Abwehrhaltung die Kohle-Vorrang-Politik der Landesregierung. Bis 1990 sollten im Ruhrgebiet die meisten neuen Kohlekraftwerke Europas entstehen. Solange die Luft aber derart stark belastet bleibe, könne kein neues Kohlekraftwerk genehmigt werden.

WAZ: 10.6.81

„Luftverschmutzung erhöht Gesundheitsrisiko"

H.A. 10.6.84

NRW-Arbeitsminister Farthmann: Veraltete Kohlekraftwerke stoßen zuviel Schwefeldioxyd aus

DÜSSELDORF. (lnw) Den Betreibern veralteter Kohlekraftwerke hat der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Prof. Friedhelm Farthmann (SPD) vorgeworfen, ihre Anlagen würden unverhältnismäßig stark zur Luftverunreinigung beitragen und so das Gesundheitsrisiko der Bevölkerung erhöhen.

Der Minister listete auf, in NRW entsprächen Kohlekraftwerke mit zusammen 5000 Megawatt (MW) Leistung nicht mehr dem „Stand der Technik". Diese Kraftwerke stießen unnötig hohe Mengen an Schwefeldioxyd (SO^2) und Staub aus. Das sei besonders bedenklich, da ein „direkter Zusammenhang der SO^2 und Staubbelastung einerseits und der Bronchitishäufigkeit andererseits besteht".

Im Raum Borken - Dülmen - Ahlen mit „mäßiger" Luftverschmutzung litten 12,1 Prozent der untersuchten Personen an chronischer Bronchitis; im Raum Bochum - Gelsenkirchen mit „erhöhter" Luftbelastung seien es schon 19,2 Prozent und in Duisburg sei die Quote der Bonchitis-Kranken auf 21,1 Prozent hochgeschnellt.

Farthmann verwies darauf, daß die Grenzwerte für SO^2 in der Bundesrepublik schon relativ hoch seien. In Teilen der Ballungsgebiete Nordrhein-Westfalens würden diese Grenzwerte erreicht oder überschritten. Nur wenige Städte in Europa hätten eine höhere SO^2-Belastung als manche Ruhrgebietsstadt.

HA 18.3.81

Differenz: Was ist an der Schützenstraße gemessen worden?

Herten. Um die Aufklärung einer „unerklärlichen Differenz" bittet Joachim Jürgens in einem Bürgerantrag an den Rat. Es geht um die Messungen an der Schützenstraße. Dort, so Jürgens, seien laut Verkehrszählung im März 1980 rund 1 400 Kraftfahrzeuge in der Spitzenstunde gezählt worden, an anderer Stelle sei aber von 484 Kraftfahrzeuge die Rede. „Es ergibt sich somit eine Differenz von 916 Kfz/h, die sich mir auch bedingt durch die Ferienzeit, in der die letzte Messung durchgeführt wurde, nicht erklären läßt." Jürgens bittet im öffentlichen Interesse um Aufklärung dieser Fakten, „die die Glaubwürdigkeit des Ermittlungsergebnisses der Lärmbelastung im Stadtgebiet infrage stellt."

Jugendleiter-Tagung

Herten. In der Gaststätte Kuriger Hof findet am Freitag eine Tagung aller Hertener Fußballjugendleiter statt. Beginn ist um 20 Uhr. Es geht um die Jugendfußball-Stadtmeisterschaft.

Jugendfahrt nach Sonthofen

Herten. Die Scherlebecker Falken bieten Jugendlichen von 10 bis 18 Jahren die Möglichkeit, ihre Ferien in Sonthofen zu verbringen. Allerdings sind für diese Reise nur noch wenige Plätze frei. Die Unkosten betragen 420 Mark für Fahrt, Unterkunft und Verpflegung. Start ist am 14. August. Die Rückkehr ist am 3. September. Anmeldungen werden im Jugendheim Hagedorn in Scherlebeck entgegengenommen.

Stadtdirektor anwortet Lothar Lend

Ratsmitglieder sollen Bürgerantrag fast vollständig verwerfen

Jurist: „Vorgreiflichkeit gar nicht erwähnt!"

HERTEN. Das Thema ist nicht neu, wohl aber die Form der Auseinandersetzung: Lothar Lend, in Sachen Halde engagierter Jurist, hatte mit seinem Bürgerantrag zur Sache schon im Januar mehrere heikle Themen angeschnitten. Er forderte unter anderem, alle Ratsmitglieder sollten (so sie an der Diskussion teilnehmen) Beruf und Arbeitgeber offenlegen. Stadtdirektor Heinz Pickmann hat nun (nach seiner Ankündigung in der Februar-Ratssitzung, die Verwaltung wolle baldmöglichst eine Stellungnahme vorliegen) erstmals - ablehnend - geantwortet. Mit Hinweisen auf die Gemeindeordnung und andere Gesetzeswerke schlägt er für die Verwaltung vor, Lends Vorschläge beinah ausnahmslos zu verwerfen. Der Antragsteller hingegen hat den Ratsmitgliedern kurzfristig eine Thesenpapier zugeleitet, in dem er Pickmanns Äußerungen - teilweise scharf - kritisiert.

Einer der Zentralpunkte des Lend-Antrages war die Befangenheitsfrage. Wer hauptberuflich für den Bergbau tätig ist, so der Jurist, müsse als gelten. Die Verwaltungsthese, dem sei nicht so, weil nicht die Stadt die Entscheidung treffe, sondern allein der Regierungspräsidenten, stößt auf den entschiedenen Widerspruch des Antragstellers.

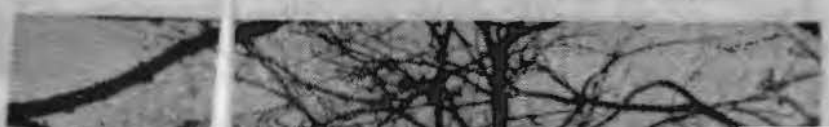
Er verweist mit Nachdruck auf die „Vorgreiflichkeit" der Rats-Stellungnahme. Mit anderen Worten: der Rat entscheide nichts, beeinflusse die Haltung des RP so maßgeblich, daß Befangenheit von Hertener Politikern hier durchaus „greifen" könnte. Lend wörtlich: „Ich finde es bedenklich, daß die Stellungnahme des Stadtdirektors auf das Problem der erheblichen Vorgreiflichkeit mit keinem Wort eingeht".

Die Offenlegung des Arbeitgebers - Pickmann unterstützt dies mit Verweisen auf Gemeinde- und Ehrenordnung - müsse allein gegenüber dem Bürgermeister erfolgen. Kein Ratsmitglied - das entgegnet Lend - müsse öffentlich zur Haldenfrage Stellung nehmen. Täte es das trotzdem, „so hat die Hertener Bevölkerung ein Recht darauf, zu wissen, mit wem sie es zu tun hat". Sollten Bedenken bestehen, einen seinem Antrag gemäßen Ratsbeschluß zu fassen, schlägt der Jurist der Stadtvertretung vor, die Offenlegung ihren Mitgliedern zumindest nahezulegen.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung zur Halden-Stellungnahme schließlich kann, so Pickmann, nur von den Ratsmitgliedern selbst gestellt werden. Eben dazu wollte sie Lend, so dessen jüngste Erläuterung, ohnehin nur auffordern.

Auf Zustimmung stößt bei dem Verwaltungschef der Antrags-Vorschlag, den LKW-Bergetransport auf die juristische Notwendigkeit einer Sondernutzungserlaubnis hin zu prüfen.

Der Rat wird in seiner nächsten Sitzung am 25. März zu entscheiden haben, ob er den Vorschlägen des Stadtdirektors folgt.



Hier sagen Leser ihre Meinung

„Bürger ist Arbeitgeber der Verwaltung

Herten. Zu der derzeit in Rat und Ausschüssen diskutierten Frage, ob die Stadt Herten Mittel für ein Halden-Umweltgutachten bereitstellen soll, meinte Joachim Jürgens, Schützenstraße 84:

„Und gehst Dur zur Verwaltung, so vergiß die Peitsche nicht! Das sagte Peter Gengenbach während der Etatrede im Rat. Einige Ratsherren schmunzelten. Warum, das werden wir wohl nie erfahren. Als Bürger unserer Stadt würde ich auch heute wohl noch den Dornröschenschlaf halten, wie einige Ratsherren auch heute noch. Glücklicherweise wurde ich durch den „Pferdekuß-Schützenstraße" geweckt.

Grundsätzlich sind wir Bürger, die „Arbeitgeber" der Verwaltung. Sie wird von unseren Steuern bezahlt! Dafür können wir nicht nur, sondern müssen auch eine einwandfreie Arbeit erwarten. Einige Leitende der Verwaltung fühlen sich anscheinend als „Götter im Olymp".

Wer aber glaubt, die Spitze seiner Macht erreicht zu haben, sollte [illegible] mal nach oben sehen.

Es ist nicht mehr hinzunehmen, wie unsere Verwaltung uns Bürger versucht zu verschaukeln. Nicht nur das den Ratsherren oft zweifelhaftes Material „untergejubelt" wird, denn anscheinend weiß die rechte Hand nicht was die linke macht, sondern wir Bürger haben zunehmend Ungereimtheiten hinzunehmen. Dazu ein Beispiel:

Unmutig durch die Verschmutzung meines Hauses, offensichtlich durch den Bergetransportunternehmer, versuche ich den Verursacher dafür haftbar zu machen. Die Firma Rothalit-Montana und deren Rechtsanwälte fühlen sich nicht als Verursacher. Denn: Die Bergetransporter befahren nicht verschmutzt die öffentlichen Straßen (sie werden regelmäßig gesäubert), und es werden regelmäßig die Straßen von der besagten Firma gereinigt! Die aufsichtspflichtige Stelle der Verwaltung bestätigt mir den letzten Punkt in einem Schreiben! Also stellt auch die Stadtverwaltung fest, daß die Bergelaster keine Häuserverschmutzung verursachen. In der Stellungnahme zu Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten (Bergehalden) wird aber darauf hingewiesen, daß die Bergetransporter die Anwohner durch Lärm und Staub belästigen! Welche Logik?

Jeder Bürger sollte wissen, die Verwaltung hat die Pflicht, uns Bürger vor jeder Art von negativen Einwirkungen zu schützen und ggf. sofort Maßnahmen zu ergreifen. Wie schnell ist die Politesse mit Ordnungswidrigkeitsbußgelder zur Hand! Nun, schädidgt die Verwaltung uns infolge mangelnder Dienstaufsichtspflicht, so darf sie nicht erwarten, daß sie von uns noch dafür bezahlt wird. In meinem Fall in Form von Straßenreinigungsgebühren. Nur wird diesbezüglich wohl nicht der Stadtdirektor oder Stadtbaurat das letzte Wort sprechen.

Jedem Bürger unserer Stdt ist anzuraten, sich in Form von öffentlichen Unterlagen und Ratssitzungen sachkundig zu machen und seinen „Arbeitnehmern" auf die Finger zu schauen."

Anzeige

Gövert Automobile
BMW Vertragshändler
Kaiserstr. 239–241, 4352 Herten
Telefon 02366/35023-35024
Freitag, TÜV-Abnahme
(für 2 Jahre)
für alle Hersteller!

H.A. 23.24./5.81

Recklinghausen: . Weber, entnom- -Band „Schlösser, in Westfalen".

ıab...: ɔn ...rstege

für die Freunde r: Es sind noch n des verstorbe- ge zu haben. Die chlösser, die im und „Schlösser, en in Westfalen" uchhandlung Ru- in Recklinghau- ırch einen Zufall Winkelmann Re- d kaufte sie sofort sserburgen" sind von „Schlösser,

Zu den Einzelstandorten sollen sich die Städte äußern

Kreistag: Ja zum Haldenplan, aber auch Bedenken und Anregungen

Grundsätzlich: Heftige Diskussion ist für Gesamtlösung nur nützlich

KREIS. In einer Stellungnahme zur Halden-Problematik hat gestern der Kreistag die entsprechenden bisherigen Maßnahmen des Regierungspräsidenten und des Bezirksplanungsrates für eine regionale Lösung „im Grundsatz begrüßt". Zugleich wurden aber auch „Bedenken und Anregungen allgemeiner Art" vorgebracht. Der Kreistag verzichtete darauf, die entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltung für die Einzelstandorte in seinen Beschluß mit aufzunehmen. Alle drei Fraktionen waren der Meinung, dieses Gebiet den jeweils betroffenen Städten zu überlassen. Die Meinung der Verwaltung zu den einzelnen Standorten wird jedoch der Bezirksplanungsbehörde übermittelt. Die endgültige Stellungnahme des Kreistages wurde gestern gegen die Stimmen der beiden Hertener CDU-Abgeordneten Günter Kolb und Robert Rösler angenommen.

Nachdrücklich betonten in der Diskussion die Mitglieder des Bezirksplanungsrates Eberhard Ullrich (CDU) aus Gladbeck, Willi Wessel (SPD), Herten, und Hans Ettrich (SPD), Castrop-Rauxel, daß ohne die Initiative des Kreistages man immer noch vor der Situation stehe, daß der Bergbau auch künftig auf den ihm gehörenden Flächen Berge schütten würde, weil jede Planung fehle. „Unser Ziel war, weg von der Einzel- und hin zur Gesamtplanung", betonte Willi Wessel, der in Herten als Bürgermeister besonders im Schußfeld der Haldengegner steht. Eberhard Ullrich erklärte, die Bezirksplanungsratsmitglieder aus dem Kreis wollten „sehr ernsthaft" alle Bedenken prüfen, die von den Städten kämen, er erwarte aber auch, daß die Bedenken selbst ernsthaft seien. Eine Stellungnahme der Bürgerinitiative Herten nannte Ullrich ein „Pamphlet". Der Abgeordnete nahm diese Bezeichnung auch nicht zurück, als ihn sein Fraktionskollege Sondermann darum bat.

Im Namen aller drei Planungsratsmitglieder appellierte Hans Ettrich an Landrat und Kreisverwaltung, weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Insbesondere forderte er Landrat Marmulla auf, dessen Kollegen aus den Kreisen des Münsterlandes auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß eine zusätzliche Schüttfläche im Münsterland gefunden werden müsse, wenn die Gesamtmenge der Berge für den Kreis gesenkt werden solle. „Das ist für die im Münsterland auch kein Weihnachtsgeschenk", sagte Ettrich.

● Der Kreistag forderte die Planungsbehörde in seiner Stellungnahme auf, den Gebietsentwicklungsplan (der lediglich die Flächen für die Halden sichert) und das Rahmenkonzept für die Halden, also die konkrete Betriebsplanung hinsichtlich Schüttmenge, Gestaltung usw., in einem Parallelverfahren zu verknüpfen. Die Verträglichkeit von Haldenstandorten läßt sich nach Meinung des Kreistages erst dann beurteilen, wenn über die Verträglichkeit der Haldenkörper selbst Klarheit besteht. Beides, Flächensicherung und konkrete Betriebsplanung, sei mit Erfolg bei der Planung und Realisierung der Bergbauschächte in der Haard vorgenommen worden.

● Oberkreisdirektor Pezely und die Vorsitzenden der drei Fraktionen machten deutlich, daß die Bedenken des Kreises und der einzelnen Städte Beiträge seien, die vom Regierungspräsidenten und dem Planungsrat pflichtgemäß geprüft werden müßten. Es sei aber eindeutig festzustellen, daß Entscheidungsträger die Planungsbehörde sei. Weder eine Stadt noch der Kreis könnten über ein Ja oder Nein entscheiden.

Der Kreistag fordert unter anderem ein Verfügungsrecht über betriebsplanmäßig abgeschlossene Halden für die Gemeinden, nämlich eine unentgeldliche Übereignung der Grundstücke, so daß eine Verwertung im Hinblick auf die angestrebte Folgenutzung durch die öffentliche Hand sichergestellt ist. **ru**

H.H.
22/5.81

HALDENPERSPEKTIVEN aus unterschiedlichsten Darstellungsbereichen sind derzeit in der „Volksbank" in der Fußgängerzone Ewaldstraße zu bewundern. Die Beiträge des vom CDU-Stadtverband ausgeschriebenen Fotowettbewerbs werden ausgestellt. Zwei Wochen lang haben Besucher Gelegenheit, mittels Stimmzettel dem Bild ihrer Wahl zu einem der ausgesetzten Preise zu verhelfen. Nach der Bekanntgabe der Gewinner in der Monatsmitte soll die Ausstellung noch eine weitere Woche in der Bankfiliale gastieren. Foto: Klose

chlenzer nur die
Trainer Antonio
in seiner aktiven
Rollhockeyspie-
n Hertenern eine
tung, war jedoch
türlich mehr als
n Wort zum Un-
Gumiel Diaz
in einem beson-
giesen ruppig ge-
veifelsfall immer
gebers.
erten stehen nun
entscheidende
Rollhockeyfreun-
erken: Samstag,
(also morgen),
in der Feigehalle
m, Dienstag, 26.
erschaftsspiel in
g, 30 i. Feige-
Rückspiel gegen

Nr. 117 / Donnerstag, 21. Mai 1981

Liberale melden Bedenken an

FDP will Überprüfung der Bergehaldenpläne

NATO-Doppelbeschluß war auch ein Thema der letzten Sitzung

KREIS. „Die FDP kann dem Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten nur zustimmen, wenn unsere Anregungen und Bedenken übernommen werden." Diese Aussage ihres Vorsitzenden, Peter Eykmann, haben die Mitglieder des FDP-Kreishauptausschusses auf ihrer letzten Sitzung einhellig zugestimmt.

Die Liberalen waren sich zuvor darin einig, daß die Kohle-Vorrang-Politik auch mit Belastungen für den Bürger verbunden ist. Allerdings wollen sie nicht die vom Regierungspräsidenten vorgesehenen Schüttmengen akzeptieren. Weiter wurde kritisiert, daß in dem Konzept nur wasserwirtschaftliche Fragen und keine anderen Umwelteinwirkungen untersucht werden.

Die FDP-Mitglieder begrüßten es, daß durch die spätere Rekultivierung der Halden die Eingriffe in die Natur zum Teil wieder ausgeglichen und den Bürgern somit zugängig gemacht werden. Allerdings forderte die FDP, daß nach Abschluß eines Schüttabschnittes die Gestaltung nach dem landschaftspflegerischen Begleitplan, der unter Beteiligung der Gemeinde zu erstellen ist, Zug um Zug realisiert wird.

Eine weitere zusätzliche Forderung der Liberalen bezieht sich auf den Transport des Abraums. Danach ist neuen Technologien überall dort der Vorzug zu geben, wo eine Verminderung der Umweltbelastung der durch den Transport betroffenen Bürger erreicht werden kann. Außerdem seien Straßen durch Wohngebiete grundsätzlich vom Bergetransport frei zu halten.

Insgesamt verlangen die Liberalen eine Überprüfung der Bergehaldenpläne in einem Zeitraum von fünf Jahren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung der FDP war der NATO-Doppelbeschluß. Nach einer lebhaften und engagierten Diskussion beauftragten die Mitglieder ihre Delegierten auf dem kommenden Bundesparteitag für die Beibehaltung dieses Beschlusses zu stimmen.

Verfügung.

H.A. 21/5.81

Lesermeinung

„Blasversatz!"

Herten. Nach dem Beschluß zur Halden-Stellungnahme der Stadt beschied der Rat auch eine Reihe von Bürgeranträgen - fast ausnahmslos ablehnend. Hierzu nimmt Helmut Döing, Stephan-Ludwig-Roth-Straße 15 - einer der Antragsteller - wie folgt Stellung.

„Als Mitglied der Bürgerinitiative 'Halde' hatte ich am 16. April einen Bürgerantrag zur Bergehaldenplanung des RP Münster an den Rat der Stadt Herten gestellt. Ich forderte den Rat unter anderem auf, die von mir in einem Aufsatz dargestellten Feststellungen über die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit des verstärkten Blasversatzes (bis 61 Prozent) zu bestätigen oder zu widerlegen. In der oben angeführten Verwaltungsstellnahme vom 8.5.81 wurde wie folgt auf meine Forderung an den Rat Stellung genommen: 'Die Prüfung der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit des verstärkten Blasversatzes fällt nicht in die Zuständigkeit des Rates oder der Stadt Herten'.

Meiner Meinung nach stellt man sich mit solch einer simplen, leichtfertigen Feststellung aus der Verantwortung gegenüber den Hertener Bürgern bezüglich der Haldenprobleme!

Da der Hertener Rat zum RP-Münster-Bergehaldenkonzept eine Stellungnahme abgeben muß, hat der Rat die Pflicht, aus Verantwortung gegenüber den Bürgern Bürgeranträge mit Bedenken, Ablehnungen, Informationen und gar Lösungsvorschlägen inhaltlich zu prüfen und bei sachlich begründeten Feststellungen diese in ihre Stellungnahme zum RP-Rahmenkonzept mit einfließen zu lassen.

Mein Aufsatz enthält sachliche, begründete, auf Fachleute gestützte Informationen zur Machbarkeit der Verringerung der Haldenberge und somit den Umweltbelastungen. Ein verantwortungsbewußter Rat muß meine Feststellungen inhaltlich prüfen und entweder in die Stellungnahme zum RP-Konzept mit aufnehmen, die Feststellungen widerlegen oder durch Fachleute beurteilen lassen. Nichts dergleichen hat der Rat getan. Im Gegenteil, mit der Formulierung, die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit läge nicht in der Zuständigkeit des Rates, hat man sich der Verwantwortung entzogen. Da muß man an der Glaubwürdigkeit der gewählten Bürgervertreter zweifeln!"

nkte

ersammlung treffen der der IGBE-Ortsonntag, 24. Mai, um aststätte „Wehmeygesordnungspunkte Progr[illegible]

lterer 19jähriger Pkwber sein Fahrzeug und s dem Unfallfahrzeug
Foto: Grone

e Kritik der Bürgerinitiative an SPD und Rat

W.R.Z. 21/5.81

„Kampf gegen Halde wird weitergehen"

Als einen klaren Er-
er Bürgerinitiative"
die Haldengegner
sbeschluß vom 8. Mai
AZ berichtete) durch
Haldenkonzept des
ngspräsidenten abge-
rd. Allerdings dürften
sherren von SPD und
gesichts der Stellung-
der Bürgerinitiative
aren klingen: „Die
tzliche Bereitschaft
tener SPD, im Süden
t weitere Flächen zum
zur Verfügung zu stel-
puppt sich nachträg-
Wahlbetrug."

Vorwürfe gehen an
und speziell an die
er Hertener Rat setzt
neinwohl gleich mit

Gemeint ist das Gebiet westlich der Ewaldstraße, das teilweise zu Gelsenkirchen gehört. Die Initiative: „Sind die zuständigen Behörden der genannten Städte davon informiert oder haben diese etwa ihre Planungskompetenz an den Hertener Rat abgetreten?"

Gegenwehr

Kaum — vom Nachbarn Gelsenkirchen ist längst bekannt, daß die Kommunalpolitiker sich erfolgreich mit Händen und Füßen gegen weitere Schüttungen gewehrt haben. Den Hertener Politikern traut die Bürgerinitiative solche Gegenwehr nicht mehr zu: „Der Bürgermeister unserer Stadt nimmt an Beratungen zum Wohl der Allgemeinheit teil und fällt Entscheidungen sichert er u. a. auch seinen vermutlich hochdotierten Arbeitsplatz."

Die Haldengegner nehmen der SPD nicht nur das 1979 gegebene, 1981 gebrochene Versprechen übel, daß es „in Herten keine Bergehalden auf neuen Schüttflächen geben wird" (Wahlwerbung der SPD 1979). Auch die Behandlung der Bürgeranträge stößt auf barsche Kritik: „Ein Antrag blieb ein halbes Jahr unbeantwortet, der Rest wurde z. B. im Haupt- und Verkehrsausschuß überhaupt nicht beraten, dagegen mit einer einzigen Bemerkung vom Tisch gefegt."

Kritik

Das Protokoll der großen Bürgeranhörung am 16. Januar in der Gesamtschule ist laut Bürgerinitiative den Ratsmitgliedern „bis heute nicht zugestellt worden." Die Niederschrift dieser Veranstaltung, die eine einzige vernichtende Kritik an den damals bestellten „Fachleuten" enthielt, ... wurde also den damals nicht anwesenden Ratsmitgliedern (absichtlich?) vorenthalten."

Fazit der Initiative Hertener Halden nach dem ersten A schnitt der parlamentarisch Haldendiskussion: „Die Ve antwortlichen in Rat und Ve waltung der Stadt Herten sol ten wissen, daß sie auf dies Art und Weise ihren Beitra geliefert haben, demokrati sche Substanz zu zerstören Die gegenwärtige Situation in Herten macht deutlich, daß die Arbeit einer außerparlamentarischen Opposition dringend notwendig ist. Der Kampf gegen die Halde und weitere Umweltprobleme wird weitergehen."

RP: Wille zum Mitmachen

Herten. Eine erste Reaktion zum Haldenpapier: bei seinem gestrigen Besuch in Herten (siehe obenstehender Text) äußerte sich Regierungspräsident Erwin Schleberger auch zu der gerade beschlossenen Halden-Stellungnahme der Stadt. Zwar - so der RP aus Münster - bereiten die in ihr aufgeführten Umweltbedingungen den Verantwortlichen neue Probleme. Immerhin aber, so Schleberger wörtlich, „signalisiert die Stadt ihre Bereitschaft zum Mitmachen". Das wiederum sei erfreulich.

Junge Beamte auf der Halde

Herten (rkl) Zitiert worden ist er in den letzten Monaten immer wieder, doch diesmal war er selbst da - genau in dem Raum, in dem sein Name beim Stichwort „Halde" in aller Munde gewesen ist. Regierungspräsident Erwin Schleberger weilte zu einem Besuch in Herten und hatte eine Gruppe von 18 angehenden höheren Beamten mitgebracht. Im kleinen Sitzungssaal des Rathauses sollten die Münsteraner mit Problemen „ihres" Regierungsbezirkes vertraut gemacht werden.

Stadtdirektor Heinz Pickmann und andere Vertreter der Verwaltung erläuterten zunächst an Modellen die Entwicklung der Stadt und der Haldenproblematik. Anschließend konnten die Gäste „vor Ort" den Hertener Süden mit Halden, Hohewardsiedlung und RZR besichtigen.

Foto: Egon Kordts

H.A. 20.5.81

BI erhebt schwere Vorwürfe „Wahlbetrug und Arroganz

Herten. (rkl) Die Ratsfraktionen beschließen Dinge, die sie aus mangelnder Sachkenntnis gar nicht beurteilen können; ihre Mitglieder verhalten sich arrogant gegenüber dem Bürger und ziehen wichtige Informationen aus dem Verkehr. Die SPD schließlich hat sich des Wahlbetrugs schuldig gemacht; „ihr" Bürgermeister fürchtet nur um seinen gutbezahlten Arbeitsplatz ... wer sich den jüngsten Interpretationen der Bürgerinitiative „Halde" anschließen will, der muß den Hertener Kommunalpolitikern ein demokratisches Sündenkonto bescheinigen, für dessen Guthaben das Wort „Skandal" noch wie eine Schmeichelei klingt. Wie Sprecher der Initiative in einer ersten Antwort auf die unlängst beschlossene Halden-Stellungnahme der Stadt (wir berichteten) erklärten, ist für sie der lange umstrittene, dritte Teil des beschlossenen Textes (er macht die weitere Haldenschüttung im Hertener Süden von insgesamt 14 Bedingungen abhängig) schon im Ansatz verfehlt. BI-Sprecher Joachim Jürgens stellt somit fest: „In Umweltfragen trau' ich den Ratsmitgliedern überhaupt keine Kompetenz zu! Dafür gibt es genug Beispiele".

Es mangelt nicht an harten Worten: zwei Seiten umfaßt die eben verfaßte BI-Stellungnahme; sie geht mit den verantwortlichen Politikern nicht gerade zimperlich um. Der Willen der Sozialdemokraten, überhaupt neue Halden im Süden zuzulassen, ist in dem Initiativen-Papier schlicht „ein Wahlbetrug". Als es der SPD um Wählerstimmen ging - so erinnern sich die Aktiven mit Verweis auf ein Flugblatt der Mehrheitspartei - wurden große Zukunftsvisionen ins Leben gerufen. Ein Haldenstopp sei versprochen, nun aber nicht gehalten worden.

Die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt, unter bestimmten Voraussetzungen auch Flächen westlich der Ewaldstraße für Haldenschüttungen zur Verfügung zu stellen - so die Bürgerinitiative - sei vollends unverständlich. Wie könne man denn „im Bewußtsein des Gemeinwohls" ein Naherholungsgebiet zerstören? Einer der wohl härtesten Vorwürfe: „Die Mitglieder des Rates der Stadt Herten haben ein begrenztes Verständnis von Gemeinwohl. Seit der Ratssitzung am Mittwoch, 6. Mai 1981 ist klar: der Hertener Rat setzt das Gemeinwohl gleich mit dem Wohl des Bergbaus".

Eben deshalb richten sich die Aktionen der Initiative ausschließlich gegen die Politiker, nicht gegen die BAG Lippe. Letzere nämlich denke als Unternehmen betriebswirtschaftlich - das liege nun mal in der Natur der Sache. Aufgabe der Parlamentarier sei nun gerade, den ökonomischen Bestrebungen Grenzen zu setzen - doch das ist aus der Sicht der BI in Herten nicht geschehen. Im Gegenteil: selbst der Ratsvorsitzende und Bürgermeister „sichert durch seine zustimmende Entscheidung seinen vermutlich hochdotierten Arbeitsplatz".

Die unerfreulichen Konsequenzen tragen - nach Lesart der BI - die Betroffenen. Zum einen befürchten die Initiativen-Sprecher, daß die Hohewardsiedler bei ihrer Umsiedlung „gerade in der Lage sein werden, die Kellerwände hochzuziehen". Der Grund: die astronomischen Baupreise und die deshalb unsinnige Entschädigungsformel „Neu für alt".

Zum anderen nahm die Initiative mit besonderem Ärger zur Kenntnis, daß die Bürgeranträge zur Sache - viele der Antragsteller sind BI-Mitglied - „vom Tisch gewischt wurden". Was in monatelanger Kleinarbeit entstand, sei oft mit einem einzigen Satz zu den Akten gelegt worden. Auch die „vernichtende Kritik" beim Halden-Hearing sei zu Bedeutungslosigkeit verurteilt. Keinem der Ratsherren lag ein Protokoll der Veranstaltung vor; die bei ihr gemachten Aussagen wären schlicht wieder vergessen worden.

Die Verfasser der Gegenstellungnahme kommen zu folgendem Resumee: „Die gegenwärtige Situation in Herten macht deutlich, daß die Arbeit einer außerparlamentarischen Opposition dringend notwendig ist. Der Kampf gegen die Halde und weitere Umweltprobleme wird weitergehen".

„Kämpfen" wollen die BI-Sprecher demnächst allerdings vorwiegend mit Papier und Schreibmaschine. Am Freitag wird der Kreistag seine Stellungnahme zum Haldenkonzept beraten; die Bürgerinitiative will bei der entsprechenden Sitzung dabeisein. Der Kontakt zu umwelt-engagierten Vereinigungen umliegender Ruhrgebiets-Städte ist vorgesehen; namhafte Landes- und Bundespolitiker werden weitere Haldenpost aus Herten bekommen. Obligatorisch sollen auch weiterhin die öffentlichen Informations-Veranstaltungen der Initiative bleiben; durch sie will man den Kontakt zur „Basis" aufrecht erhalten.

Ein „Knüller" zum Abschluß: mit Hinweis auf starke Verschmutzungen ihrer Häuser weigern sich einzelne Anwohner der bergelaster-frequentierten Verkehrsadern bereits, ihre Straßenreinigungsgebühren zu bezahlen. Die Bürgerinitiative schließt nicht grundsätzlich aus, daß in näherer Zukunft ein Zahlungsboykott größeren Ausmaßes eingeleitet wird.

oden, Wochenbett. Es
'ilm über die Geburt

Für einen kleinen Obolus wird für die notleidende
Foto: Bezela

Hier sagen Leser ihre Meinung

H.A. 19.5.81

„Transportproblem ist lösbar"

Herten. Zur Verwendung von Bergematerial schreibt CDU-Ratsherr Theo Ahmann in einem Brief an den NRW-Wirtschaftsminister:

„Im Hinblick auf Ihre Schreiben an die Ministerien in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie an mich vom 10. 4. 1981 übersende ich Ihnen in Ablichtung das an mich gerichtete Schreiben des niedersächsischen Landwirtschaftsministers vom 11. 5. 1981.

Daraus ist eindeutig erkennbar, daß die Verwendung von Verhüttungsrückständen des Bergbaus zum Deichbau in den Jahren 1963 bis 1967 mehrere Flutkatastrophen gut überstanden haben. Da aber diese Rückstände weitaus mehr Schadstoffe in Form von Mineralien oder negativen chemischen Verbindungen enthalten als Bergegestein, und lange nicht die Verfestigung wie dieser Bergeabraum erreichen, könnte somit eine Verwendung von über 100 Millionen Tonnen oder mehr Bergeabraum für den Deichbau für alle Beteiligten eine lukrative Angelegenheit werden.

Das angesprochene Problem der Transportkosten ist durchaus lösbar. Wenn davon ausgegangen werden gon Bergeabraum (25 Tonnen) nach dem Normaltarif der Bundesbahn 600 DM für den Transport von Recklinghausen nach Hamburg berechnet werden, so kann doch bei einem Transportvolumen von über 100 Millionen Tonnen ein Sondertarif zwischen 200 und 300 DM pro Waggon mit der Bundesbahndirektion ausgehandelt werden. Dies wurde mir vertraulich von einem Sachbearbeiter der Bundesbahndirektion Essen bestätigt. Dies bedeutet, daß beispielsweise bei einem Kostenbetrag von 250 DM pro Waggon (25 t) 2,5 Millionen Tonnen Bergeabraum für 25 Millionen DM zur Küste geschafft werden könnten. In einem etwa 10- oder 20-Jahres-Programm könnte dann nicht nur der zur Zeit geförderte Bergeabraum nach Norden, sondern auch der bereits auf Halde liegende Bergeabraum transportiert werden. Für die Bundesbahn ergäbe sich daraus ein Jahrzehnteprogramm mit neuen Arbeitsplätzen, bei dem sie nicht nur die „leeren" Bahngleise zur Nachtzeit, sondern auch den stillgelegten größten Verschiebebahnhof Europas in Marl-Sinsen in Betrieb nehmen könnten, zumal alle Ruhrzechen zu diesem Verschiebebahnhof einen Gleisanschluß haben.

Wenn dieser Kostenberechnung gegenübergestellt wird, daß beispielsweise die neue Autobahnstrekke von Haltern nach Münster fast 400 Millionen DM gekostet hat und in Zukunft mit größeren Autobahnbauplätzen nicht zu rechnen ist, so ist dieses Problem und seine Kosten doch weitaus preiswerter zu finanzieren, wobei der Bevölkerungsanspruch auf Umweltschutz politisch doch höher einzustufen ist als ein weiterer Straßenbau. Zudem könnte die Kostenbeteiligung zwischen Bund und Deichbauländern geregelt werden, wobei der Bergbau aus der Kostenbeteiligung ausscheiden könnte, da er den Bergeabraum kostenlos zur Verfügung stellt.

Es ist wirklich an der Zeit, daß diese Möglichkeiten zur Problemlösung sowohl für den Bergbau und der Ruhrgebietsbevölkerung auf der einen Seite und dem Erfordernis des Deichbaues und damit des Küstenschutzes einmal intensiver als bisher betrachtet und von den beteiligten Ministerien koordiniert werden, denn die Überschwemmungskatastrophen im Frühjahr dieses Jahres im norddeutschen Raum beweisen doch, daß auch für den Küstengewässerschutz die Uhr auf 5 Minuten vor 12 steht. Ich habe dem Wasserwirtschaftsamt Aurich eine Durchschrift dieses Schreibens zukommen lassen."

Theo Ahmann (CDU) schreibt an Minister:

Bergehalden für den Küstenschutz

Für 25 Mio. Mark 2,5 Mio. Tonnen mit der Bahn zur Nordsee

Theo Ahmann, streitbarer Ratsherr aus Scherlebeck, führt gegenwärtig einen „Papierkrieg" mit allen möglichen Behörden, Ministerien und Wasserwirtschaftsämtern (wir berichteten bereits). Sein letzter „offener Brief" ging kürzlich an den Wirtschaftsminister von NRW.

„Aus früheren Briefen ist eindeutig erkennbar, daß die Verwendung von Verhüttungsrückständen zum Deichbau in den Jahren 1963 bis 1967 mehrere Flutkatastrophen gut überstanden haben. Da aber diese Rückstände weitaus mehr Schadstoffe in Form von Mineralien oder negativen chemischen Verbindungen enthalten als Bergegestein, und lange nicht die Verfestigung wie dieser Bergeabraum erreichen, könnte somit eine Verwendung von über 100 Millionen Tonnen oder mehr Bergeabraum zum Deichbau für alle Beteiligten eine lukrative Angelegenheit werden.

Das angesprochene Problem der Transportkosten ist durchaus lösbar. Wenn davon ausgegangen werden kann, daß für einen Bundesbahnwaggon Bergeabraum (25 Tonnen) nach dem Normaltarif der Bundesbahn 600 DM für den Transport von Recklinghausen nach Hamburg berechnet werden, so kann doch bei einem Transportvolumen von über 100 Millionen Tonnen

Leserbriefe

ein Sondertarif zwischen 200 und 300 DM pro Waggon mit der Bundesbahndirektion ausgehandelt werden. Dies wurde mit vertraulich von einem Sachbearbeiter der Bundesbahndirektion Essen bestätigt. Dies bedeutet, daß beispielsweise bei einem Kostenbetreg von 250 DM pro Waggon (25 T.) 2,5 Millionen Tonnen Bergeabraum für 25 Millionen DM zur Küste geschafft werden könnten. In einem etwa 10- oder 20-Jahresprogramm könnte dann nicht nur der zur Zeit geförderte Bergeabraum nach Norden, sondern auch der bereits auf Halde liegende Bergeabraum transportiert werden. Für die Bundesbahn ergäbe sich daraus ein Jahrzehnteprogramm mit neuen Arbeitsplätzen, bei dem sie nicht nur die „leeren" Bahngleise zur Nachtzeit, sondern auch den stillgelegten größten Verschiebebahnhof Europas in Marl-Sinsen in Betrieb nehmen könnte — zumal alle Ruhrzechen zu diesem Verschiebebahnhof einen Gleisanschluß haben.

Wenn dieser Kostenberechnung gegenübergestellt wird, daß beispielsweise die neue Autobahnstrecke von Haltern nach Münster fast 400 Mill. DM gekostet hat und in Zukunft mit größeren Autobahnbauplänen nicht zu rechnen ist, so ist dieses Problem und seine Kosten doch weitaus preiswerter zu finanzieren, wobei der Bevölkerungsanspruch auf Umweltschutz politisch doch höher einzustufen ist als ein weiterer Straßenbau. Zudem könnte die Kostenbeteiligung zwischen Bund und Deichbauländern geregelt werden, wobei der Bergbau aus der Kostenbeteiligung ausscheiden könnte, da er den Bergeabraum kostenlos zur Verfügung stellt.

Es ist wirklich an der Zeit, daß die Möglichkeiten zur Problemlösung sowohl für den Bergbau und der Ruhrgebietsbevölkerung auf der einen Seite und dem Erfordernis des Deichbaues und damit des Küstenschutzes einmal intensiver als bisher betrachtet und von den beteiligten Ministerien koordiniert werden, denn die Überschwemmungskatastrophen im Frühjahr dieses Jahres im norddeutschen Raum beweisen doch, daß auch für den Küstengewässerschutz die Uhr auf fünf Minuten vor zwölf steht. Ich habe dem Wasserwirtschaftsamt Aurich eine Durchschrift dieses Schreibens zukommen lassen."

Bergegestein nun doch nach Niedersachsen ?

Herten. Als einen weiteren Beweis für die Richtigkeit seiner eigenwilligen Thesen wertet CDU-Ratsherr Theo Ahmann einen Brief des niedersächsischen Ministers für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Tenor des Schreibens, das den Scherlebeker Politiker soeben erreichte: in Norddeutschland seien vor Jahren Versuche mit Kokerei-Rückständen gemacht worden. Ergebnis: sie seien für den Deichbau verwendbar; allein die Antransport-Kosten fielen zu hoch aus.

Ahmann dazu: „Bergegestein ist aufgrund seiner mineralischen Zusammensetzung noch harmloser als Kokerei-Schlacke. Außerdem hat die Bundesbahn ihre Bereitschaft zu verbilligten Fahrtarifen bekundet. Warum also nicht die Berge an die Küste schaffen? Die Halden könnten verschwinden und die Bahn würde auch wieder gesunden!"

...sches Werk) statt.

Bergmechaniker, Berg- und Maschinenmann sowie Jungbergmann sucht das Bergwerk übrigens noch Auszubildende für die Einstellung zum 1. September dieses Jahres.

Stellungnahme der Stadt zum Bergehaldenkonzept:

HA 9/10.5.81

„Erweiterung der Haldenfläche von Bedingungen abhängig"

I. Die Stadt Herten sieht im „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster —" keinen ausreichenden Ansatz zu einer regionalplanerischen Lösung des Problems der Entsorgung von Schachtanlagen im nördlichen Ruhrgebiet. Eine regionalplanerische Lösung kann nicht allein auf Bergehalden beschränkt werden, sondern muß sämtliche Flächennutzungskonflikte der Ballungsrandzone „Nördliches Ruhrgebiet" beinhalten.

II. Die Stadt Herten lehnt das vom Regierungspräsidenten Münster eingebrachte Rahmenkonzept für Bergehalden für den Bereich Herten in der vorliegenden Konzeption ab, weil

— das Planverfahren nicht transparent ist,

— keine ausreichende Begründung für die vorgeschlagenen Standorte vorliegt, insbesondere die Abwägungskriterien für den Standort „Hoheward" nicht hinreichend dargelegt sind,

— keine alternativen Standorte ausgewiesen werden, vornehmlich außerhalb des Ruhrgebietes,

— der Verbringung unter Tage und dem alternativen Einsatz, z. B. im Straßen- und Deichbau, keine Priorität eingeräumt wird,

— die errechneten Schüttkapazitäten für den Haldenstandort „Hoheward" den im Rahmenkonzept selbst genannten Gestaltungsgrundsätzen widersprechen,

— von der vorausberechneten Gesamtmenge der im nördlichen Ruhrgebiet aufzuhaldenden Berge von ca. 400 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2000 allein 104 Millionen Tonnen zusätzlich zu den bereits aufgeschütteten bzw. durch Betriebsplanverfahren genehmigten 80 Millionen Tonnen auf Hertener Gebiet abgelagert werden sollen, was eine ungleiche Lastenverteilung bedeutet,

— keine Aussagen über Auswirkungen der geplanten Halde „Hoheward" getroffen werden.

III. Um auch ihren Beitrag zur zukünftigen Sicherung der Energieversorgung zu leisten, macht die Stadt Herten im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl eine Erweiterung der Haldenfläche im Hertener Süden von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig.

1. Erstellte Gutachten müssen eine entsprechende Veränderung der Haldenflächen als umweltverträglich nachweisen. Die Gutachten zur Umweltverträglichkeit sollen sich zumindest auf folgende Sachverhalte beziehen:

— Geologische Verhältnisse,

— bodenmechanische und hydrologische Auswirkungen,

— landschaftsökologische Gegebenheiten und Auswirkungen,

— landschaftsplanerische Notwendigkeiten,

— klimatische Verhältnisse und Veränderungen,

— bestehende und zukünftige Immissionsbelastungen, z. B. beim RZR-Endausbau.

2. Die für den Haldenstandort „Hoheward", bestehend aus der Verbindung der Halden „Ewald" und „Emscherbruch", und den Haldenstandort „Hoppenbruch" vorgesehene Schüttmenge ist erheblich zu reduzieren, um eine Gestaltung der Halden nach Kriterien des Landschaftsbaues zu ermöglichen. Damit einhergehend müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

— der Ausnutzungsgrad, der identisch ist mit der mittleren Höhe einer Halde, darf die Größe 30 cbm/qm nicht übersteigen;

— die maximale Höhe der Halde darf allenfalls 70 bis 75 m über Gelände betragen, wobei Ausnahmen nur aus Gestaltungsgründen zulässig sind;

— die Böschungswinkel dürfen das Verhältnis 1:3 im allgemeinen nicht überschreiten.

3. Es ist zu untersuchen, ob und wie mit zunehmender Schüttmenge die Umweltbelastungen steigen. Daher müssen die Gutachten die Umweltbelastungen für unterschiedliche Schüttmengen wiedergeben. Die Reduzierung der vorgesehenen Schüttmengen wird nicht nur unter dem Gesichtspunkt der späteren Haldengestaltung zu sehen sein, sondern in noch erheblicherem Maße von den Aussagen der Gutachter über die zu erwartenden unterschiedlichen Umweltbelastungen abhängen.

4. Sollten sich bei der Verbringung von Bergematerial anderweitige Möglichkeiten, wie verstärkter Versatz unter Tage, verstärkter Einsatz im Straßen- und Deichbau u. a., Verbringung außerhalb des Ruhrgebiete, ergeben, so sind Schüttzeit und Schüttvolumen zu reduzieren.

5. Es ist sicherzustellen, daß in kleineren sinnvollen Rasterabschnitten geschüttet wird. Nach Abschluß eines Abschnittes muß der landschaftspflegerische Begleitplan, der unter Beteiligung der Stadt Herten zu erstellen ist, Zug um Zug realisiert werden, so daß bei vorzeitigem Abbruch bzw. Beendigung des Schüttvorganges gestaltete Landschaftsabschnitte gegeben sind.

6. Die Halde „Hoheward" darf ausschließlich von der in Herten fördernden Schachtanlage sowie General Blumenthal Recklinghausen und ab Mitte '81 Consolidation Gelsenkirchen beschickt werden.

7. Für die Haldenflächen ist die spätere Verwendung, u. a. Bebauung und Rekultivierung, nachzuweisen. Darüber hinaus sind der Stadt Herten weitere Flächen zur Wohnbebauung und Industrieansiedlung auszuweisen.

8. Die Betriebspläne für die Halden „Emscherbruch" und „Hoppenbruch" sind im Rahmen eines neuen Verfahrens aufzugeben, um eine zukünftige Landschaftsgestaltung sicherzustellen. Dabei ist die Halde „Ewald" mit einzubeziehen.

9. Der Bergetransport ist innerhalb von 2 Jahren nach Abgabe dieser Stellungnahme von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

10. Es sind die Entwicklungstendenzen für eine Entsorgung der Hertener Schachtanlagen nach dem Jahre 2000 anzugeben. Dabei sind die zukünftigen Planungsabsichten für den gesamten Raum „Emscherbruch" darzustellen.

11. Es ist zuzusichern, daß andere Bereiche und Randbereiche der Stadt Herten, so der gesamte nördliche und nordwestliche Raum, also auch Steinacker und Oberfeldingen für Schüttungen ausscheiden.

12. Für eine notwendig werdende Verlagerung der Hoheward-Siedlung ist eine von allen Beteiligten getragene Lösung zu finden, die keine materiellen Nachteile für die betroffene Siedler mit sich bringt.

13. Die für die Stadt Herten durch den Bergbau bestehenden und zukünftigen Belastungen sind durch Förderungen infrastruktureller Einrichtungen der Stadt auszugleichen.

14. Sollten die vorgenannten Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, bleibt die Stadt Herten bei ihrer unter Ziff. II formulierten ablehnenden Stellungnahme.

Allen Grund zu Feiern

Herten. Gleichzeitig mit der Saisonabschlußfeier können die Volleyballer des SV Westerholt eine Aufstiegsfeier verbinden. Bekanntlich ist die 1. Damenmannschaft Meister der Landesliga geworden, und sonit in die Verbandsliga aufgestiegen. Die männliche A-Jugend ist ebenfalls Meister der allgemeinen A-Jugendklasse geworden. Fans, die die Volleyballmannschaften durch die Jahre hindurch unterstützt und auch in der laufenden Spielzeit die Mannschaften bei den schweren Spielen treu geblieben sind, sollen am 1. Mai, ab 20 Uhr in der Gesamtschule Scharfenberg mitfeiern.

n-Kalender

9 Mai

Beatus

5.40 — SU 20.57
10.35 — MU 1.50

0-Jahr-Feier des
itzenvereins Herten-
ne im Festzelt auf
em Wilhelmsplatz

Schnelle Hilfe
110/Feuer u. Unfall 112
ankentransporte 3 55 35
auf Rädern 3 10 96, Be-
ten-Taxi (Caritas) 30 41
n-Seelsorge 2 / 1 30 68

äumsfahrt
s Blaue"
Leser!

rständnissen vorzu-
chten wir noch ein-
inweisen, daß unsere

Stellungnahme verändert

Herten. (rkl) Vor dem „Halden-Endspurt" der Hertener Stadtvertretung hatten Beobachter wie Politiker eigentlich eine ruhige Sondersitzung erwartet. Die Positionen aller im Rat vertretenen Fraktionen zum Text der abzugebenden Stellungnahme schienen nach der Mittwoch-Sondersitzung des „kleinen Rates" mit dem Planungs- und Verkehrsausschuß geklärt. Weitere Annäherungen hatte es bis zum Beginn der Sonder-Ratssitzung nicht gegeben; eine SPD/FDP-Mehrheit zeichnete sich ab — die meisten der Anwesenden hatten wohl damit gerechnet, sie nach kurzer, sachlicher Debatte durch den Bürgermeister festgestellt zu sehen.

Doch alles kam anders: Nach einer guten Stunde verlesener Grundsatz-Erklärungen der Fraktionen und der Verwaltung entzündete sich heftiger Parteienstreit um einen Änderungsantrag des FDP-Ratsherren Dieter Jordan. Er nämlich forderte, das in dem (einzig umstrittenen) dritten Teil des bisher erarbeiteten Stellungnahmen-Entwurfs enthaltene Wort „Zustimmung" durch eine andere Formulierung zu ersetzen.

Dieser Teil des vorbereiteten Textes hatte bis zu diesem Zeitpunkt städtischerseits eine Zustimmung zur Erweiterung von Haldenflächen im Süden signalisiert, wenn ein Katalog von zehn Forderungen erfüllt sei (wir berichteten, siehe Wortlaut der Stellungnahme auf der 3. Lokalseite).

Die Bedingungen wollte Jordan nicht verändert wissen; allein das schon am Mittwoch heftig umstrittene Wort „Zustimmung" sollte entfallen. Der FDP-Ratsherr hatte auch einen Wortersatz — allerdings nur mündlich — parat. Der wiederum stieß auf inhaltlichen Beifall der Sozialdemokraten, warf aber — ausschließlich sprachlich-grammatische — Schwierigkeiten bei der Neufassung des zu ändernden Eingangssatzes auf.

Bürgermeister und Fraktionssprecher von SPD und FDP begannen, ad hoc nach einem korrekten Wortlaut zu suchen — ein Verfahren, das auf die „äußerste Mißbilligung" des CDU-Ratsherrn Heinz Muhs stieß. Er (Muhs) verwies auf die monatelange Beratungszeit vor dem Abgabetermin der nun „fälligen" Stellungnahme und bezeichnete es als einen Hinweis auf die „Nicht-Ernsthaftigkeit" der beschließenden Mehrheit, nun in letzter Minute noch an dem Stellungnahmen-Wortlaut herumzuformulieren.

Alfred Pusch (SPD) nahm dies zum Anlaß, nun seinerseits zu erklären, er sei von den Worten des CDU-Sprechers „entsetzt". Inhaltlich verändere sich doch nichts; mit dem variierten Text wolle man gerade den Christdemokraten eine Möglichkeit bieten, nun doch noch in einen Gemeinschaftsbeschluß „einzusteigen".

Die CDU nahm das Angebot auch diesmal nicht an — nicht sofort und nicht nach einer von Willi Wessel angesetzten, 20minütigen Sitzungsunterbrechung.

SPD und FDP zogen sich derweil zur gemeinsamen Beratung zurück und präsentierten im zweiten Teil der Sitzung ihren Kompromißtext. Ihm ist zu entnehmen, daß die Stadt nunmehr „eine Erweiterung der Haldenflächen im Hertener Süden von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig macht . . ."

Auch der darauffolgende Forderungskatalog blieb gegenüber den Ausschußberatungen nicht unverändert. Karl Steinhart (SPD) hatte schon während seiner Grundsatz-Ansprache zusätzliche Anträge von Süder Ratsherren angekündigt. Sein Fraktionskollege Herbert Werner bat denn auch wenig später ums Wort: er fand eine (ebenfalls von SPD und FDP getragene) Mehrheit mit dem Vorschlag, den Forderungskatalog um vier auf vierzehn Änderungen (zum genauen Wortlaut: siehe Lokalseite 3!) beschlossen. Die CDU-Fraktion verweigerte ihr die Zustimmung und bekam bei ihrem Alternativ-Antrag (wir berichteten) nur die eigenen Stimmen.

Mit den Stimmen der SPD, der FDP und großen Teilen der CDU wurden ein Dringlichkeitsantrag des CDU-Ratsherrn Theo Ahmann verworfen; ebenso ein von dem Juristen Lothar Lend verfaßter Alternativ-Beschlußvorschlag. Beide zielten auf einen völligen „Haldenstopp" ab (überhaupt keine weitere Haldenfläche im Süden, gleichgültig, unter welchen Bedingungen).

Verwaltung und Rat waren sich zu Beginn der Sitzung einig: Die Vielzahl vorliegender Bürgeranträge sei gemäß dem Stellungnahmen-Beschluß zu bescheiden. Ohne Beschluß für die nächste Ratssitzung zurückgestellt wurde allein der Antrag der Bürgerinitiative „Halde", einen Folgekostenkatalog für eine Großhalde aufzustellen. In Herten — so die Verwaltung — könnten zwar nicht sämtliche auftretenden Kosten ermittelt werden (das sei im übrigen Sache des Planverfahren Betreibers). Die im Stadtgebiet zu erwartenden Kosten sollten aber untersucht wurden.

Kommentar

Ein wesentliches Kapitel in der Diskussion um weitere Bergehalden-Schüttungen im Hertener Süden ist gestern abgeschlossen worden. Mit der Mehrheit von SPD und FDP verabschiedete der Rat seine Stellungnahme zum Konzept des Münsterschen Regierungspräsidenten, mit dem sich in Kürze der Bezirksplanungsrat beschäftigen wird. Eine Stellungnahme, deren Bedeutung nur politisch zu sehen ist. Ändern oder aufhalten können die Hertener Ratsmitglieder - auch wenn sie es wollten - nichts. Man darf mitsprechen. Mitentscheiden darf man nicht. Dennoch: Es werden Signale gesetzt. Die Hertener Signale: Rot für das Regierungskonzept, aber ein klares Grün für weitere Halden in unserer Stadt, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Die wichtigsten: Die Umweltverträglichkeit muß durch Gutachten belegt werden und aussehen muß das Ganze - auch das, was schon jetzt dort die Gegend verschandelt - wie eine natürliche Landschaft. Und das Signal, so wird von SPD und FDP betont, springt dann sofort auch hier auf Rot, wenn eine der vielen Bedingungen nicht erfüllt wird. Hört sich ganz logisch an. Aber was da gestern nach monatelangem Hick-Hack und stundenlangen Sitzungen mit den scheinbar obligatorisch gewordenen Unterbrechungen in letzter Minute zusammengeflickt wurde, ist schon ein merkwürdiges Ding. Zunächst formulierte man, Herten sei im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Bergbau bereit, den im Konzept vorgesehen Flächen nach Erfüllung verschiedener Forderungen zuzustimmen. In einer zweiten Fassung wurde aus der Verantwortung gegenüber dem Bergbau eine Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl - da kommt man glatt ins Grübeln - und aus den Flächen im Konzept schlicht eine nicht näher definierte Erweiterung. Und die kann dann auch größer ausfallen, als im Konzept. Wohlgemerkt: Bis zu diesem Zeitpunkt wurde eine „Zustimmung" der Stadt von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. Der gestern auf FDP-Antrag gebastelte Satz macht nun eine „Erweiterung" von Bedingungen abhängig - und darüber wird man in Münster und Düsseldorf nur schmunzeln. Bedingungen für eine Zustimmung - Bedingungen für eine Erweiterung. Wortkosmetik, die im Grunde nichts ändert. Die CDU gar will nach Erfüllung bestimmter Bedingungen erst noch beraten - und auch dann noch ablehnen? Signal -mehr kann, ums noch einmal zu sagen, diese Stellungnahme nicht sein. Aber wurde nicht ein falsches Signal gesetzt? Das Angebot von Flächen unserer Stadt für Halden bleibt, wenn auch an Bedingungen geknüpft, bestehen. Ausreichendes Flächenangebot aber vermindert den Druck auf den Bergbau, alternative Verfahren zu entwickeln. Gregor Spohr

PD und FDP verabschiedeten mit Mehrheit Stellungnahme zum „Bergehaldenkonze

CDU: „Belastbarkeit erstmal nachweisen"

Mit Mehrheit signalisierten in der gestrigen ats-Sondersitzung die raktionen der SPD und DP dem Regierungspräidenten unter Auflage ahlreicher Bedingungen rünes Licht für siene überregionale Halden-onzeption". Die Christemokraten blieben bei hrem klaren „Nein" und reideten dem RP an, daß r gemachte Zusagen, bereffend Gutachten, bis eute nicht in einem einigen Punkte erfüllt habe.

HALDENLANDSCHAFT, ein Begriff der seit vielen Jahren die Hertener Bevölkerung zum Nachdenken anregt, eine Bürgerinitiative stehen ließ und Kommunalpolitiker bis zur körperlichen Erschöpfung beschäftigte. Unser Bild zeigt die Ostseite der Hoppenbruchh (rekultiviert) – leider kein typisches Haldenfoto. Vor einem Jahr wurde mit den Arbeiten begonnen. Die Fußwege, so die BAG-Lippe, nen auch heute schon von der Bevölkerung benutzt werden.
(WAZ-Bild: Birgit Schwe

Eingangs der Sitzung erklärte Freidemokrat Peter Gegenbach, als Ruhrkohlebeschäftigter, seine Befangenheit. Bürgermeister Willi Wessel hingegen bekräftigte seine Aussage aus der Ratssitzung im März dieses Jahres: „Ich fühle mich in keinem Punkte befangen." Wie in den Sitzungen des Arbeitskreises der Fraktionssprecher und der gemeinschaftlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Planungs- und Verkehrsausschusses, setzte auch gestern wieder ein zähes Ringen um das Wort „Zustimmung" (wie die WAZ berichtete) ein.

Eine Anzahl von Änderungsanträgen, von den SPD-Ratsherren des Ortsvereines Mitte/Süd und der FDP-Fraktion eingebracht, bereiteten in der Zustimmungsformulierung Formulierungsschwierigkeiten. Nach 20minütiger Unterbrechung ersetzte die Klausel ..., eine Erweiterung der Haldenflächen im Hertener Süden von folgenden Bedingungen abhängig gemacht", das Wort „Zustimmung", um das auch die Freidemokraten unbedingt herumkommen wollten.

Ein weiterer neuer Passus gegenüber dem Ergebnis der Arbeitskreissitzung hebt hervor, daß bei einem teilweise Nichterfüllen der in der Stellungnahme erarbeiteten Bedingungspunkte, die Stadt Herten bei ihrer ablehnenden Haltung bleibt.

Stimmten die Christdemokraten den Abschnitten eins und zwei des Entwurfes einer Stellungnahme an den Regierungspräsidenten ausdrücklich zu, so wies Fraktionssprecher Ingo Wolf nochmals auf die abweichenden, bedeutungsvollen Passagen unter Oberpunkt drei hin, er erklärte: „Im Abschnitt III des Entwurfes wollen nun die Verwaltung, die SPD- und FDP-Fraktion ihre Zustimmung zur Erweiterung der Haldenflächen geben. Dieser bedingungsweisen Zustimmung kann die CDU-Frkation nicht folgen. Ihre Ablehnung hat besonders sachliche, aber auch politische Gründe." Kein Politiker könne gegenwärtig die Auswirkungen einer Großhalde von 180 Millionen Tonnen abschätzen. „Solange nicht nachgewiesen ist, ob der Hertener Süden überhaupt noch belastbar ist, ist auch eine bedingungsweise Zustimmung für uns nicht zu verantworten."

Fingerzeigend wies Wolf auf die gleichermaßen noch nicht abzuschätzende Belastung des Raumes durch das in unmittelbarer Haldennähe entstandene Rohstoff-Rückgewinnungs-Zentrum (RZR) hin. Aus dem bisherigen Verhalten des Regierungspräsidenten und seiner Behörden (gemachte Zusagen nicht eingehalten) wittert die CDU, daß mit den auferlegten Bedingungen leichtfertig verfahren wird und man auf die Erfüllung, wenn überhaupt, lange warten muß.

HERTENS BAUDEZERNENT Horst Günther wird nicht ins Bochumer Rathaus wechseln.
(WAZ-Bild)

Baurat Horst Günther in Bochum:

Aus dem Rennen

Stadtbaurat Horst Günther (47) hat keine Chance mehr, in Bochum das Baudezernat zu übernehmen. Wie die WAZ berichtete, war er zwar einer der „heißen" Bewerber und lag bis vor wenigen Tagen noch mit dem Bauderzernenten aus Castrop-Rauxel, Helmut Arhus (46) sowie dem Chef des Baudezernates in Russelsheim, Nikolaus Jäger, noch Kopf an Kopf im Rennen.

Wie die WAZ jedoch jetzt erfuhr, hat sich der SPD-Fraktionsvorstand für Helmut Arhus aus Castrop-Rauxel entschieden. Am 11 Mai fällt zwar erst die endgültige Entscheidung im Bochumer Rat, aber es gilt als sicher, daß der Hertener Kandidat Günther nicht mehr vorgeschlagen wird.

Ein Spezialkran ist nötig, um den neuen Förderturm der Schachtanlage Schlegel und Eisen an der Scherlebecker Straße aufzustellen. Als Besonderheit des neuen Turms gelten die eingebauten technischen Anlagen. Hiervon versprechen sich die Verantwortlichen eine wesentliche Verbesserung der klimatischen Bedingungen für den Schacht 5.
(WAZ-Bild: Birgit Schwe

W.A.Z. 8/581

A

Entscheidung heute:

Haldenbeschluß findet erhoffte Mehrheit nicht

Hertens CDU will erst Gutachten

(ezn). In Herten sind die Hoffnungen auf politische Einmütigkeit gegenüber dem Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten Münster geplatzt. Unüberbrückbare Gegensätze zwischen SPD und FDP auf der einen sowie CDU auf der anderen Seite straften alle Erwartungen Lügen, in der entscheidenden Sondersitzung des Rates der Stadt heute um 15 Uhr könnte die Stellungnahme der Verwaltung zu Münsters Plänen auf breite parlamentarische Zustimmung stoßen.

Genau das Wort „Zustimmung" blieb in Herten übrigens bis zuletzt Stein des Anstoßes für die Chnstdemokraten. Sie wollen sich — anders als SPD und FDP — nicht auf ein wie auch immer geartetes „Ja" zum Haldenkonzept einlassen.

Während die Sozialdemokraten darauf bauen, ihre Zustimmung mit Bedingungen zu versehen, fordert die Opposition unnachgiebig Gutachten aus Münster, bevor ein bedingtes Ja-Wort zu den Mammuthalden im Hertener Süden denkbar ist.

Hertens Politiker haben sich die Debatte in den vergangenen Monaten nicht leicht gemacht. Zunächst ging es um reine Verfahrensfragen, bis man sich nach teilweise erbitterten Auseinandersetzungen um die entscheidenden Sachprobleme bemühte. Jetzt droht der Streit um das angemessene Verhalten der Kommunalpolitiker gegenüber der Bezirksregierung in Münster erneut zu entbrennen.

Die weichenstellende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch sollte letzte Streitpunkte aus der Welt schaffen, doch selbst eine halbstündige Sitzungsunterbrechung und interfraktionelle Beratung brachten die Parteien einander keinen Schritt näher.

So rechnet man im Hertener Rathaus für die heutige Sonderdebatte mit einer Mehrheitsentscheidung durch Soziale und Freie Demokraten und gegen die Stimmen der CDU. Ein solcher Beschluß dürfte die Position der Politiker gegenüber der sensibel gewordenen Bürgerschaft der Bergbaustadt vermutlich zusätzlich erschweren.

DAS STADTPARLAMENT will heute seine endgültige Stellungnahme über das Haldengebiet im Hertener Süden abgeben. Für die meisten Bürger steht es fest: Die bisher genehmigte Schüttkapazität ist genug. Alles andere ist zuviel.

Zum Rahmenkonzept für Bergehalden des Regierungspräsidenten:

Im Rat heute keine Einigung zu erwarten

Nach dem bisherigen Beratungsstand wird der Rat in seiner heutigen Sondersitzung, 15 Uhr, großer Sitzungssaal, zu keiner einhelligen Stellungnahme zum Rahmenkonzept für Bergehalden des Regierungspräsidenten kommen. Wie die WAZ gestern berichtete — „SPD/FDP sagen bedingt Ja zu größerer Haldenfläche" — zeigte sich in der gemeinsamen Sitzung von Planungs- und Verkehrsausschuß sowie dem Haupt- und Finanzausschuß, daß die CDU erst Gutachten haben will, um zu entscheiden, während die SPD/FDP-Mehrheit ihre Zustimmung zu diesem Plazet zur Erweiterung der Haldenfläche gab, Bedingung sind jedoch folgende Forderungen:

Über den bisherigen Beitrag zur zukünftigen Sicherung der Energieversorgung hinaus zu leisten, ist die Stadt Herten im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl bereit, einer Erweiterung der Haldenflächen im Hertener Süden unter folgenden Bedingungen ihre Zustimmung zu geben:

● Erstellte Gutachten müssen eine entsprechende Veränderung der Haldenflächen als umweltverträglich nachweisen. Die Gutachten zur Umweltverträglichkeit sollen sich zumindest auf folgende Sachverhalte beziehen:
— Geologische Verhältnisse,
— bodenmechanische und hydrologische Auswirkuogen,
— landschaftsökologische Gegebenheiten und Auswirkungen,
— landschaftsplanerische Notwendigkeiten,
— klimatische Verhältnisse und Veränderungen,
— bestehende und zukünftige Immissionsbelastungen, so beim RZR-Endausbau.

● Die für den Haldenstandort „Hoheward", bestehend aus der Verbindung der Halden „Ewald" und „Emscherbruch", und den Haldenstandort „Hoppenbruch" vorgesehene Schüttmenge ist erheblich zu reduzieren, um eine Gestaltung der Halden nach Kriterien des Landschaftsbaues zu ermöglichen. Damit einhergehend müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:
— der Ausnutzungsgrad, der identisch ist mit der mittleren Höhe einer Halde, darf die Größe 30 m3/m2 nicht übersteigen;
— die maximale Höhe der Halde darf allenfalls 70 — 75 m über Gelände betragen, wobei Ausnahmen nur aus Gestaltungsgründen zulässig sind;
— die Böschungswinkel dürfen das Verhältnis 1:3 im allgemeinen nicht überschreiten.

● Für die Haldenflächen ist die spätere Verweudung, u. a. Bebauung und Rekultivierung, nachzuweisen. Darüber hinaus sind der Stadt Herten weitere Flächen zur Wohnbebaumg und Industrieansiedlung auszuweisen.

● Die Betriebspläne für die Halden „Emscherbruch" und „Hoppenbruch" sind im Rahmen eines neuen Verfahrens aufzugeben, um eine zukünftige Landschaftsgestaltung sicherzustellen. Dabei ist die Halde „Ewald" mit einzubeziehen.

● Der Bergetransport ist innerhalb von2 Jahren nach Abgabe dieser Stellungnahme von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

● Es sind die Entwicklungstendenzen für eine Entsorgung der Hertener Schachtanlagen nach dem Jahre 2000 anzugeben. Dabei sind die zukünftigen Planungsabsichten für den gesamten Raum „Emscherbruch" darzustellen.

● Es ist zuzusichern, daß andere Bereiche und Randbereiche der Stadt Herten, so der gesamte nördliche und nordwestliche Raum, also auch Steinacker und Oberfeldingen, für Schüttungen ausscheiden.

● Für eine notwendig werdende Verlagerung der Hoheward-Siedlung ist eine von allen Beteiligten getragene Lösung zu finden, die keine materiellen Nachteile für die betroffenen Siedler mit sich bringt.

● Die für die Stadt Herten durch den Bergbau bestehenden und zukünftigen Belastungen sind durch Förderungen infrastruktureller Einrichtungen der Stadt auszugleichen.

● Falls diese Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, bleibt die Stadt bei der ablehnenden Stellungnahme des Konzeptes.

Die CDU-Fraktinn legte folgende Stellungnahme zu diesem Punkt vor, die jedoch mit den Stimmen der SPD bei zwei Enthaltungen im Hauüt- und Finanzausschuß abgelehnt wurde:

Die Stadt Herten ist im Bewußtsein ihrer Gesamtverantwortung auch in Zukunft bereit, ihren Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung zu leisten. Uber eine Veränderung der genehmigten Schüttflächen kann sie aber erst beraten und entscheiden wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

● Erstellte Gutachten müssen eine entsprechende Veränderung der Haldenflächen als verträglich nachweisen (Verträglichkeitsgutachten). Eine verantwortliche Entscheidung über eine Großhalde von über 180 Mio t un Hertener Süden kann ohne einen Überblick über die Auswirkungen der Halden von Politikern, die auf das Wohl der Stadt verpflichtet sind, nicht getroffen werden.

● Die Betriebspläne für die Halden „Emscherbruch" und „Hoppenbruch" sind im Rahmen eines neuen Verfahrens mit dem Ziel einer Landschaftsgestaltung aufzuheben.

● Der Bergetransport ist so schnell wie möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

● Es ist zuzusichern, daß andere Bereiche und Randbereiche der Stadt Herten, so der gesamte nördliche und nordwestliche Raum, also auch Steinacker und Oberfeldingen, für Schüttungen ausscheiden.

● Es sind die Entwicklungstendenzen für eine Entsorgung der Hertener Schachtanlagen nach dem Jahre 2000 anzugeben. Dabei sind die zukünftigen Planungsabsichten für den gesamten Raum „Emscherbruch" darzustellen.

● In jedem Falle sind unzumutbare Nachteile für die Hohewardsiedlung auszuschließen.

Ein Antrag von CDU-Ratsmitglied Theo Ahmann jede weitere Schüttung von Bergehalden im Stadtgebiet abzulehnen, wurde vom Rat bei der „Gegenstimme" von Ahmann verworfen. Ahmann mußte eine Rüge von Bürgermeister Willi Wessel, die mit SPD/FDP-Mehrheit beschlossen wurde, einstecken. Ahmann hatte in der Diskussion um seinen Antrag betont, daß der Mehrheitswilligen der Bürger in Herten von der SPD-Fraktion in der Haldenfrage mißachtet wird. Es gab zwar Applaus auf der Zuhörertribüne, aber kein Verständnis bei der SPD-Mehrheitsfraktion.

Vor der Diskussion hatte Stadtbaurat Horst Günther herausgestellt, daß die vom Regierungspräsidenten vorgesehene Halden-Schüttmenge im Hertener Süden um 40 v. H. auf 125 Mio. reduziert werden muß. „Außerdem sollte die Stadt in anderen strukturellen Bereichen besser als andere Gemeinden gestellt sein, wenn wir zusätzliche Flächen für eine Halde zur Verfügung stellen."

Keine Nachteile für Siedler

„Besser gestellt als andere"

Heute, 15 Uhr, Sondersitzung

H.A. 8.5.81

Keine Annäherung der Fraktionen in Sicht

Gestern tagte CDU-Fraktion noch einmal

HERTEN. (sp) Tag und Termin — beide höchst unüblich — deuten darauf hin, daß etwas Besonderes anliegen muß: Am heutigen Freitag geht es in einer Sondersitzung des Rates ab 15 Uhr im großen Saal des Rathauses um die Stellungnahme der Stadt Herten zum „Rahmenkonzept für Bergehalden im Regierungsbezirk Münster". Die letzte Entscheidung, wo welche Haldenflächen einzuplanen sind, trifft dann der Bezirksplanungsrat.

Wie bereits berichtet, schieden sich in der Ausschuß-Sondersitzung am Mittwoch die Geister. SPD und FDP wollen unter einer Reihe von Bedingungen weiteren Haldenschüttungen im Süden unserer Stadt „im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl" zustimmen. Die CDU ist lediglich bereit, nach Erfüllung zahlreicher Bedingungen erneut zu beraten und dann zu entscheiden.

Eine Annäherung der Standpunkte war auch gestern nicht in Sicht. Die CDU traf sich zwar noch einmal um 17 Uhr zu einer Fraktionssitzung, neue Gesichtspunkte — so verlautete — haben sich jedoch nicht ergeben. Auch vor der Ratssitzung ist kein weiteres interfraktionelles „Spitzengespräch" geplant. In einem solchen Gespräch war am Dienstagabend eine Formulierung gefunden worden, mit der man eine Basis zu finden schien. Das Wort „Zustimmung" ließ dann alles platzen (wir berichteten).

Einig sind sich die Fraktionen allerdings in der Ablehnung des Regierungskonzeptes, in dem kein ausreichender Ansatz zur Lösung des Problems gesehen wird. „Eine regionalplanerische Lösung kann nicht allein auf Bergehalden beschränkt werden, sondern muß sämtliche Flächennutzungskonflikte der Ballungsrandzone ‚Nördliches Ruhrgebiet' beinhalten."

Kontaktgespräch

CDU: Halden-„Kummer" mit Marl ausgetauscht

Erfahrungsaustausch soll fortgesetzt werden

HERTEN. Der CDU-Stadtverbandsvorstand bekräftigte noch einmal sein „Nein" zur Halde. Die Haldenplanung der Bezirksregierung war das Hauptthema einer Zusammenkunft der CDU-Stadtverbandsvorstände aus Marl und Herten, die am Dienstagabend in Herten stattfand.

Im Verlauf des Erfahrungsaustausches habe insbesondere der Bericht von Ingo Wolff über das „Gutachterdilemma" Erstaunen und Ungläubigkeit hervorgerufen. Doch auch die Gäste aus der Nachbarstadt konnten mit „Haldengeschichten" aufwarten. In Marl soll eine Halde „bis an die Haustür" der Bürger in der Waldsiedlung erweitert werden.

Sowohl die Hertener wie auch die Marler CDU-Spitze war zufrieden mit dem Meinungstausch, und der damit verbundenen Möglichkeit sich näher kennenzulernen. Man will diese Gespräche deshalb auch nicht einschlafen lassen. Ein weiterer Diskussionsabend in Marl ist bereits eingeplant.

alender

Mai

SU 20.54
MU 0.57

mations-
Anwohner
Distelner
farrbezirk

Hilfe
u. Unfall 112
orte 3 55 35
n 3 10 96, Be-
Caritas) 30 41
ge 2 / 1 30 66

Ein vergebliches Rin

Herten. (sp) Der Versuch, am morgigen Freitag im Rat eine Stellungnahme zum Haldenkonzept mit breiter Mehrheit zu verabschieden, scheint gescheitert. Zwar versicherte man sich gestern abend in der gemeinsamen Sondersitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses, man sei weiterhin gesprächsbereit — ein Kompromiß ist jedoch nicht in Sicht. Im Grunde ist es nur ein einziges Wort, an dem sich die Geister scheiden. Aber es ist ein wichtiges Wort: „Zustimmung". Natürlich nicht Zustimmung zum Konzept des Münsterschen Regierungspräsidenten. Das wird von allen abgelehnt. Es geht vielmehr um die Zustimmung zu weiteren Haldenaufschüttungen, die die SPD und die FDP unter ganz bestimmten Bedingungen zugeben bereit ist. Die entscheidenden Passagen lauten:

„Über den bisherigen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung hinaus ist die Stadt Herten im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl bereit, eine Erweiterung der Haldenflächen im Hertener Süden unter folgenden Bedingungen ihre Zustimmung zu geben:

① Erstellte Gutachten müssen eine entsprechende Veränderung der Haldenflächen als umweltverträglich nachweisen. Die Gutachten zur Umweltverträglichkeit sollen sich zumindest auf folgende Sachverhalte beziehen: geologische Verhältnisse, bodenmechanische und hydrologische Ausführungen, landschaftsökologische Gegebenheiten und Auswirkungen, landschaftsplanerische Notwendigkeiten, klimatische Verhältnisse und Veränderungen, bestehende und zukünftige Immissionsbelastungen, z. B. beim RZR-Endausbau.

② Die für den Haldenstandort Hoheward, bestehend aus der Verbindung der Halden Ewld und Emscherbruch, und den Haldenstandort Hoppenbruch vorgesehene Schüttmenge ist erheblich zu reduzieren, um eine Gestaltung der Halden nach Kriterien des Landschaftsbaus zu ermöglichen. Damit einhergehend müßten folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Der Ausnutzungsgrad, der identisch ist mit der mittleren Höhe einer Halde, darf die Größe 30 Kubikmeter je Quadratmeter nicht übersteigen; die maximale Höhe der Halde darf allenfalls 70 bis 75 Meter über Gelände betragen, wobei Ausnahmen nur aus Gestaltungsgründen zulässig sind; die Böschungswinkel dürfen das Verhältnis 1:3 im allgemeinen nicht überschreiten.

③ Für die Haldenflächen ist die spätere Verwendung, unteranderem Bebauung

H.A. 7/5.81

gen!

und Rekultivierung nachzuweisen. Darüberhinaus sind der Stadt Herten weitere Flächen zur Wohnbebauung und Industrieansiedlung auszuweisen.

④ Die Betriebspläne für die Halden Emscherbruch und Hoppenbruch sind im Rahmen eines neuen Verfahrens aufzugeben, um eine zukünftige Landschaftsgestaltung sicher zu stellen. Dabei ist die Halde Ewald mit einzubeziehen.

⑤ Der Bergetransport ist innerhalb von zwei Jahren nach Abgabe dieser Stellungnahme von der Stadt auf die Schiene zu verlagern.

⑥ Es sind die Entwicklungstendenzen für eine Entsorgung der Hertener Schachtanlagen nach dem Jahre 2000 abzugeben. Dabei sind die zukünftigen Planungsabsichten für den gesamten Raum Emscherbruch darzustellen.

⑦ Es ist zuzusichern, daß andere Bereiche und Randbereiche der Stadt Herten, so der gesamte nördliche und nordwestliche Raum, also auch Steinacker und Oberfeldingen, für Schüttungen ausscheiden.

⑧ Für eine notwendig werdende Verlagerung der Hoheward-Siedlung ist eine von allen Beteiligten getragene Lösung zu finden, die keine materiellen Nachteile für die betroffenen Siedler mit sich bringt.

⑨ Die für die Stadt Herten für den Bergbau bestehenden und zukünftigen Belastungen sind durch Förderungen infrastruktureller Einrichtungen der Stadt auszugleichen.

⑩ Falls die vorgenannten Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, bleibt die Stadt Herten bei der ablehnenden Stellungnahme des Konzeptes."

Dies sind Formulierungen, die ein Arbeitskreis der Fraktionssprecher noch am Dienstagabend in mehr als dreistündiger Sitzung „als Zusammenfassung gemeinsamer Überlegungen" erarbeitet hatte, mit der die CDU-Sprecher in ihrer Fraktion aber offenkundig keine Mehrheit gefunden haben. Josef Surmann und Ingo Wolff betonten, nach den bisherigen schlechten Erfahrungen mit dem Regierungspräsidenten habe man keinerlei Veranlassung, schon jetzt das Wort „Zustimmung" zu gebrauchen. Man müsse lediglich die Gesprächsbereitschaft zeigen. Der Formulierungsvorschlag der CDU:

„Die Stadt Heten ist im Bewußtsein ihrer Gesamtverantwortung auch in Zukunft bereit, ihren Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung zu leisten. Über eine Veränderung der genehmigten Schüttflächen kann sie aber erst bereten und entscheiden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: Es folgen dann die oben genannten Punkte ohne die Abschnitte 2, 3, 9 und 10."

Ein Vorschlag, mit dem sich die SPD nicht anfreunden konnte. Alfred Busch: „Das ist zu verschwommen und weicht einer notwendigen Entscheidung aus." Das Wollen sei gleich, man müsse aber doch jetzt schon klar sagen

Auch eine halbstündige Un
chung der insgesamt drei St
dauernden Sitzung brachte
Annäherung der Standpunkt
Empfehlung an den Rat erfolg
her gegen die Stimmen der CD
einer Enthaltung und Ja-Stim
und SPD und FDP. Bei den Li
len stimmte Herbert Weber für F
Gengenbach ab, der zwar anwes
war, sich aber als Angestellter
Ruhrkohle für befangen erklärte.

Eingangs der Sitzung war ein A
trag von CDU-Ratsherrn Theo A
mann, der sich gegen jede weite
Haldenschüttung in Herten au
sprach, einhellig abgelehnt worde
Ahmann kritisierte im weiteren Ve
lauf der Debatte, daß die Fülle vo
Bürgeranträgen zum Thema Halde
zwar den Unterlagen beilägen. Stel
lungnahmen der Verwaltung dazu
aber fehlten. Sie sollen, das sagte
Stadtdirektor Pickmann zu, bis Frei-
tag vorliegen.

Bürgerinitiative Halde" druckt 8000 Flugblätter b.W. - WAZ 6/5.81

SPD soll ihre Wahlaussagen beherzigen

„Hält die SPD ihr Wahl-
rsprechen oder ‚be-
gt' sie ihre Wähler?"
t dieser provokanten
agestellung nimmt die
ürgerinitiative Halde"
heut die Mehrheitsfrak-
n im Rat ein. Der
tichtag 8. Mai" steht
mlich ins Haus, dann
rd das Kommunalparla-
nt seine Stellungnah-
zum Haldenkonzept
s Regierungspräsiden-
abgeben.

einer Auflage von 8000
ck — und auf eigene Kosten
will die Bürgerinitiative von
z vorher noch einmal die
ger von Herten „aufrütteln"
die SPD an die Aussagen
r Wahlkampfbroschüre
ues Herten" vom 30. Sep-
ber 1979 erinnern (siehe Bild
its).

ernsätze aus dem neuen
gblatt: „Wie wird sich die
tener Mehrheitsfraktion ver-
en? Hält sie sich an die eige-
Wahlkampfversprechen?"
Initiativler meinen nämlich,
die frühere Aussage der
, „Keine neuen Haldenflä-
n in Herten" nicht mehr gel-
Heute sei die Tendenz eine
ere und die SPD gehe auf die
umente besorgter Bürger mit
er Silbe ein.

nd weiter: „Geht man in der
tatsächlich so weit, dem
ger trotz eindeutiger Wahl-

Umwelt-Schutz für uns in Herten keine Nebensache

Keine neuen Haldenflächen in Herten!

Um unsere Umwelt bewohnbar zu erhalten, muß der Umweltschutz eine herausragende Rolle in unserer Politik spielen. Die Hertener SPD wird daher alles tun, um den Wohnwert in unserer Stadt zu erhalten oder zu verbessern. Es wird in Herten keine Bergehaldenaufschüttungen auf neuen Flächen mehr geben.

Dieses Problem ist nur über
regional zu lösen.
Die Verbesserung der Kon
trolle der Luft- und Lärm
emissionen sind weitere
Ziele der SPD für die näch
sten Jahre.

kampfaussagen die Belastung der Superhalde zuzumuten?"

Die Bürgeraktion drohend: „Kommt es tatsächlich zu einem Wahlbetrug, wird sich die Bürgerinitiative umorganisieren und den Status eines eingetragenen Vereins annehmen. Das heißt: Wir richten uns auf einen langen Kampf ein. Dieser Kampf reicht garantiert bis zu den nächsten Kommunalwahlen!"

Mit einem weiteren Zitat aus der Ratsniederschrift wollen die Bürgerinitiativler im übrigen beweisen, daß „weitere Umweltbelastungen der Bevölkerung nicht mehr zuzumuten sind". Ihre Forderungen in punkto Umweltschutz lauten daher: Der Umweltschutz soll eine herausragende Rolle in der Politik spielen. Unsere Umwelt soll
wohnbar bleiben und der Woh
wert in unserer Stadt soll erh
ten oder verbessert werd
Quintessenz für die Initiative:
wird in Herten keine Bergeh
denaufschüttungen auf neu
Flächen mehr geben!

Planwerk und Wirklichkeit: 190 statt 100 Touren

H.A. 6/5.81

BAG 1980: „Schienentransport zu Schurenbach-Halde" / BAG 1981: „Fahrten nicht notwendig geworden"

Herten. (rkl) Schon im Februar 1980 hatten Vertreter der Bergbau AG Lippe Erhebungen des Marler Bergamtes bestätigt: Bergetransporter der Zeche „Schlägel und Eisen" pendelten täglich etwa 190 Mal zwischen der Schachtanlage und den Halden im Süden der Stadt - das ist dem Protokoll einer Besprechung zu entnehmen, bei der sich Vertreter der BAG, des Berg- und Oberbergamtes gegenübersaßen. Dieselbe LKW-Zahl tauchte in der letzten Ratssitzung noch einmal auf: Rechtsdezernent Heinz-Eberhard Holl zitierte ein Antwortschreiben des Bergbaus, in dem sie auf Anfrage der hiesigen Verwaltung ausdrücklich bestätigt wird - dies, obwohl im Betriebsplan der Zeche ein Maximum von 100 Tagestouren festgeschrieben ist. Ebenfalls im Vorjahr schriftlich fixierte Zusicherungen des Bergbaus zur Transportverlegung auf die Schiene und zur Abfuhr von Bergen zu einer Essener Halde sind bisher offensichtlich ebenfalls nicht realisiert worden.

Das BAG-Schreiben, das auch Teil der letzten Rats-Unterlagen war, enthält eine Reihe von Aussagen, die heftigen Widerspruch auf beiden Seiten - bei den Ratsherren und der Verwaltung - auslösten. Nach Häuserverschmutzungen an der Herner Straße und Schadenersatzforderungen Betroffener befragt, stellt die Bergbau AG fest: „Wir sind der Meinung, daß eine Verschmutzung von Häuserfassaden durch den Bergetransport nicht eintreten kann". Schon während seines Berichtes meldete Holl „erhebliche Zweifel" an und wurde hierin mehrfach bestätigt.

Ebenfalls im Betriebsplan der Schachtanlage festgelegt ist - so Holl - die von den Bergelastern zu benutzende Route. Diese nämlich tauche wörtlich im Plantext auf: Feldstraße, Schützenstraße, Herner Straße. Dennoch stelle sich das hier für die Überwachung zuständige Marler Bergamt auf den Standpunkt, eine „bestimmte Route sei für die Transporte nicht vorgegeben". Die Stadt Herten habe bereits den Weg der Klage gewählt, um eine Verlegung des LKW-Kurses aus dem Stadtkern zu erwirken.

Nach dem vorliegenden Bergamts-Sitzungsprotokoll aus dem Vorjahr hat sich offensichtlich bei der Bergbau AG Lippe ein weiterer Gesinnungswandel durchgesetzt.

Den zitierten Aufzeichnungen der Besprechung ist zu entnehmen, daß die BAG sich zum einen bereiterklärte, „bis spätestens nach Ablauf von drei Monaten" (das hieße: ab 20. Mai 1980) auf dem Gelände von „Schlägel und Eisen" die technischen Voraussetzungen für eine Bahnverladung der Berge zu schaffen und diese dann auch durchzuführen. Von diesem Tag an sollten die LKW-Bergetransporte nach 17 Uhr ein Ende haben. Es wurde festgelegt: „Von diesem Zeitpunkt an werden die Berge ab 17 Uhr per Schiene zur Halde 'Schurenbach' transportiert. Die Möglichkeit besteht ... für die nächsten zwei bis drei Jahre." Die Richtigkeit dieser Sätze bestätigen die Unterschriften von vier BAG-Vertretern, einem Mitarbeiter des Marler Bergamtes und zwei Vertretern des Landesoberbergamts. Der Abtransport zu der zitierten Essener Halde wurde offensichtlich nie durchgeführt. In dem aktuellen Schreiben der BAG wird mit Verweis auf ausreichende Bunkerkapazitäten der Zeche „Schlägel und Eisen" festgestellt: „Zusätzliche Fahrten zur Halde Schurenbach sind deshalb bisher nicht notwendig geworden".

Haldenstreit — neue Tendenzen

Zum Streit um die im Süden geplante Großhalde legte die Verwaltung im April ihren Beschlußvorschlag zu der von der Stadt abzugebenden Stellungnahme vor. Tenor des umfangreichen Schreibens, das in den nächsten Tagen den Rat beschäftigen wird: Ja zur Haldenfläche des Regierungspräsidenten — aber ein klares Nein zur im Rahmenkonzept vorgesehenen Halde. Entgegen den Aussagen ihres „Tendenzbeschlusses" stimmte auch die SPD im Rat zu: Die mit der Erstellung eines Umweltgutachtens für den Süden beauftragte Expertengruppe soll allgemeine Aussagen zur Belastbarkeit des Gebietes machen — und nicht die Auswirkungen einer vorher umrissenen Halde bestimmen.

Stellungnahme der Stadt zum Haldenkonzept des Regierungspräsidenten (IV):

„Auswirkungen auf Grundwasser und das Klima sind denkbar"

Die Stadt hat — wie berichtet — einen Entwurf als Arbeitsgrundlage einer Stellungnahme zum „Rahmenkonzept für Bergehalden" des Regierungspräsidenten erarbeitet. Die WAZ berichtete bereits ausführlich. Heute weitere Details dieser Stellungnahme, die damit vollständig veröffentlicht wurde.

„Für den Emscherbusch sind infolge menschlicher Eingriffe im wesentlichen zwei Entwicklungsrichtungen festzustellen, die auf den Naturraum konträr

Geeignet

Auswirkungen zeitigen. Zum einen sind durch den Bruchbergbau in den kommenden Jahrzehnten weitere umfangreiche flächige Bodensenkungen zu erwarten, die zu Vernässungsstellen und schließlich zu Grundwasserseen führen werden. Diese Vernässungszonen werden im Laufe der natürlichen Entwicklung dem ehemaligen Charakter des Emscherbruchs als Feuchtgebiet nahekommen. Zum anderen entsteht durch die Schüttungen von Bergehalden und Mülldeponien eine künstliche Hügellandschaft. Durch die flächigen Aufhöhungen werden Teile der versumpften Gebiete wieder trockengelegt und begehbar gemacht.

Beide Entwicklungsmöglichkeiten sollten weiterverfolgt werden. Es gilt, die Trockenbereiche des Hügelgeländes und die Feuchtgebiete der Senken planvoll in eine neue Gesamtlandschaft Emscherbruch zu integrieren.

Unter diesen Gesichtspunkten scheint der Emscherbruch im Hertener Süden als ein für weitere Aufhaldungen von Bergematerial geeigneter Standort zu sein.

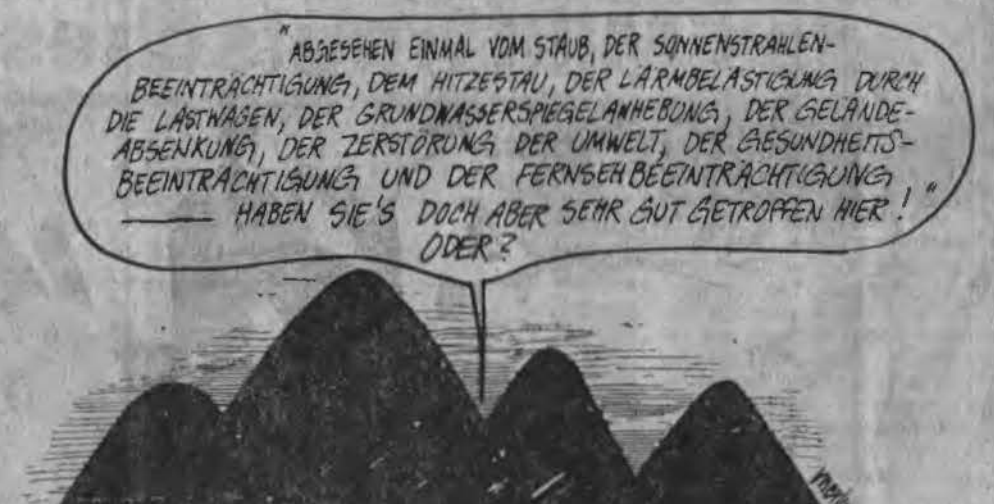
Eine Haldenschuttung stellt einen gravierenden Eingriff in den Naturraum dar. Gegebene landschaftsökologische Funktionen werden aufgehoben, neue landschaftliche Gegebenheiten entstehen.

Nicht zuletzt auf Drängen der Stadt Herten werden zur Zeit von dem am Verfahren zur Aufstellung des Rahmenkonzeptes beteiligten Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) Modelluntersuchungen unter den Gesichtspunkten der Landschaftspflege und -sanierung durchgeführt, um nach Kriterien für eine landschaftsgerechte Gestaltung den Umfang möglicher Schüttmengen zahlenmäßig erfassen zu können.

Die Stadt Herten hat außerdem den Regierungspräsidenten gebeten, der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) einen Auftrag zu erteilen mit dem Ziel, einen Prüfkatalog für die Bewertung einzelner Standorte für Bergehalden zu entwikkeln.

Grob umrissen sollte dieser Katalog beinhalten, welche qualitativen wie quantitativen Belastungen es zu ermitteln gilt, welche zukünftigen Belastungen jetzt schon erkennbar sind und welche mutmaßlichen Belastungen mit Sicherheit auszuschließen sind.

Es ist besonder zu untersuchen, ob die zukünftig vom RZR einschließlich der bereits bekannten Erweiterungen sowie der projektierten Ergänzungs-



einrichtungen ausgehenden Schadstoffbelastungen eine weitere Beeinträchtigung der Umwelt, wie sie durch die nach dem Rahmenkonzept vorgesehene Halde zu erwarten ist, zulassen.

Zudem sind bei der geplanten Halde neben den Auswirkungen auf Boden- und Grundwasserverhältnisse auch Auswirkungen auf klimatische Verhältnisse denkbar, insbesondere sind durch den grundsätzlich landschaftsverändernden Charakter der Halde Einflüsse auf meteorologische Phänomene nicht auszuschließen.

So ist bekannt, daß das Windfeld eine Störung durch jede Art von Kunstbauten erfährt. Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand ist damit zu rechnen, daß abhängig von der Gestaltung des Bauwerks auf der Luvseite (dem Wind zugewandte Seite) Staueffekte eintreten, an den Randzonen Geschwindigkeitserhöhungen und im Leebereich Wirbelzonen mit Todluftzonen, d. h. Zonen mit nur geringem Luftmassenaustausch, auftreten werden.

Schadstoffe

In Verbindung mit Veränderungen des Windfeldes sind Einflüsse auf die Niederschlagsmenge und die Niederschlagsverteilung zu erwarten. Theoretisch denkbar ist auch je nach Höhe des Haldenkörpers eine Umlenkung oder Ablenkung großer, mit Schadstoffen angereicherter Luftmassen, die dann emittierend auf angrenzende Wohnbereiche einwirken können."

CDU will erst Gutachten sehen

SPD/FDP sagen bedingt Ja zu größerer Haldenfläche

Keine Einigung gestern abend über das Rahmenkonzept für Bergehalden des Regierungspräsidenten! Planungs- und Verkehrsausschuß sowie der Haupt- und Finanzausschuß waren sich zwar einig, das vom „RP" vorgelegte Konzept abzulehnen, da es inhaltlich große Mängel zeigt, aber keine Einigung konnte man darüber erzielen, wie die Verfahrensweise in der weiteren Haldenberatung erfolgen soll. Während die CDU erst „beraten und entscheiden" will, wenn die Gutachten auf dem Tisch liegen, entschied sich die SPD/FDP-Mehrheit für eine Zustimmung zur Erweiterung der Haldenflächen im Hertener Süden, wenn ein Katalog von Bedingungen erfüllt ist.

Sollten die einzeln aufgeführten Bedingungen (die WAZ berichtet morgen darüber) allerdings vom Regierungspräsidenten nicht erfüllt werden, will auch die SPD/FDP ablehnende Haltung einnehmen. Die drei Parteien waren sich in der Forderung nach bestimmten Auflagen im großen und ganzen zwar einig, nur wollte die CDU-Fraktion auf keinen Fall das Wort „Zustimmung" in die Stellungnahme aufnehmen, selbst wenn damit detaillierte Bedingungen geknüpft sind. Fraktionsvorsitzender Josef Surmann: „Der Regierungspräsident hat Gutachten versprochen. Es ist jedoch bisher nichts erfolgt."

Die SPD/FDP will dem „RP" gegenüber gesprächsbereiter zeigen und erst seine Stellungnahme zu den aufgestellten Bedingungen für ein etwaiges Ja zur Halden-Flächenerweiterung ergründen.

Einigkeit gab es zu folgender Beschlußfassung:

- Die Stadt Herten sieht im „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster — keinen ausreichenden Ansatz zu einer regionalplanerischen Lösung des Problem der Entsorgung von Schachtanlagen im nördlichen Ruhrgebiet. Eine regionalplanerische Lösung kann nicht allein auf Bergehalden beschränkt werden, sondern muß sämtliche Flächennutzungskonflikte der Ballungsrandzone „Nördliches Ruhrgebiet" beinhalten.
- Die Stadt Herne lehnt das vom Regierungspräsidenten Münster eingebrachte Rahmenkonzept für Bergehalden für den Bereich Herten in der vorliegenden Konzeption ab, weil

das Planverfahren nicht transparent ist,

keine ausreichende Begründung für die vorgeschlagenen Standorte vorliegt, insbesondere die Abwägungskriterien für den Standort „Hoheward" nicht hinreichend dargelegt sind,

keine alternativen Standorte ausgewiesen werden, vornehmlich außerhalb des Ruhrgebietes, der Verbringung unter Tage und dem alternativen Einsatz, so im Straßen- und Deichbau, keine Priorität eingeräumt wird,

die errechneten Schüttkapazitäten für den Haldenstandort „Hoheward" den im Rahmenkonzept selbst genannten Gestaltungsgrundsätzen widersprechen,

von der vorausberechneten Gesamtmenge der im nördlichen Ruhrgebiet aufzuhaldenden Berge von 400 Mill. t bis zum Jahr 2000 allein 104 Mill. t zusätzlich zu den bereits aufgeschütteten bzw. durch Betriebsplanverfahren genehmigten 80 Mill. t auf Hertener Gebiet abgelagert werden sollen, was eine ungleiche Lastenverteilung bedeutet,

keine Aussagen über Auswirkungen der geplanten Hald „Hoheward" getroffen werden.

Die WAZ berichtet in ihrer morgigen Ausgabe ausführlich über die detaillierten Forderungen der SPD/FDP und die der CDU an den Regierungspräsidenten.

DAS RAHMENKONZEPT BERGEHALDEN des Regierungspräsidenten wurde gestern in einer gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses beraten. CDU, FDP und SPD konnten sich nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen. (WAZ-Bild: Birgit Schweizer)

Verkehrsbereich bis Juni

7.5.87

Hohewardstraße für Durchfahrt gesperrt

„Grausame Unfallbilanz" — Markierungen und Baken

„Wir hatten von 1977 bis 1980 eine grausame Unfallbilanz auf dieser Straße. Das zwingt uns einfach zum Handeln!" Stadtrechtsrat Holl und sein Kollege Baurat Günther glauben auch das richtige Konzept gefunden zu haben: Um die verkehrsträchtige Hohewardstraße zu „beruhigen", wird das Teilstück zwischen Karlstraße und Handweiser bis zum 5. Juni für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag, diesen Teil für alle Ewigkeit zu sperren, war beim Planungs- und Verkehrsausschuß auf wenig Gegenliebe gestoßen. Die Stadtverordneten wollen die Straße lieber beruhigen. Und das geschieht nun so: Durch Warnbaken in Form von gelb angestrichenen und festverankerten Gummireifen, Pollern und auf die Fahrbahn gemalten gelben Warnstreifen soll die Hohewardstraße „langsam gemacht" werden. Der Autofahrer wird nämlich durch schraffierte Fahrbahnflächen und handfeste Hindernisse in „Walzerkurven" (Baurat Günther) hineingezwungen.

Und um die dafür nötige Bereitschaft auch herzustellen, ist diese Übergangszeit einer Vollsperrung für durchfahrenden Verkehr nötig. Holl: „Wir haben uns mehrfach vor Ort umgesehen. An ‚Tempo 30' hält sich dort kein Mensch!" Vielleicht aber demnächst, wenn der Pkw-Fahrer (für Lkw ist die Straße ohnehin gesperrt) ab Juli sich den etwa 3,50 Meter breiten Slalomstrecke zwischen den Halden durchquält. Begegnungsverkehr

Walzerkurven

ist nämlich bei der neuen Streckenführung dann nicht mehr möglich!

Das besondere für die Planer: Sie wollen nicht einfach — wie schon geschehen — Verkehrshindernisse aufbauen und die Kraftfahrer damit konfrontieren. Der Unfall auf der Hohewardstraße — wir berichteten — scheint die Planer davon überzeugt zu haben, „daß es richtiger ist, die Leute psychologisch darauf vorzubereiten".

Klar sind sich die Verwaltungsdezernenten darüber, daß sie hier Neuland betreten. Überall werde von Verkehrsberuhigung geredet, aber praktiziert werde sie allerdings noch nirgendwo. Daher will man erst etwa ein Jahr Erfahrungen sammeln in diesem Verkehrsversuch und man hat sich bei der Wahl der Hinweisschilder auch etwas einfallen lassen. Haltungsprobleme durch auf Hindernisse gepralltе Pkw-Fahrer befürchtet man im Rathaus nicht. Die Stadt, die seit dem 1. Januar auch Straßenverkehrsbehörde ist, hat sich einen wichtigen Bundesgenossen gesucht: Mit Kontrollen wird die Polizei durchsetzen, daß ab heute das Durchfahrtverbot auch eingehalten wird! kit

GESPERRT ist ab heute die Hohewardstraße zwischen Handweiser und Karlstraße für den Durchgangsverkehr. Bis zum 5. Juni möchte die Verwaltung Erfahrungen und Zeit gewinnen, um die Straße zu „beruhigen". Zusätzlich wurde die Vorfahrt verändert: Wer die Hohewardstraße von Süden nach Norden befährt, findet am Handweiser nun eine abknickende Vorfahrt vor (Bild). (WAZ-Bild: Schweizer)

Jugendzentrum Westerholt: 15 bis 18 Uhr, offene Kinderarbeit, Makrameekurs für Mütter, 15 Uhr, Videofilmclub in der Cafethek, 16.30 bis 18 Uhr, türkische Schulaufgabenhilfe, 18 Uhr, Teestubensitzung, 18 bis 19.30 Uhr, Madchengruppe, 18 bis 21 Uhr, Dunkelkammerpraxis in s/w, 19.30 Uhr, Videofilmclub in der Cafethek.

18jährige hat Vergewaltigung vorgetäuscht

Als vorgetäuschte Straftat erwies sich die angebliche Vergewaltigung eines 18jährigen Mädchens im Katzenbusch. Wie die Polizei gestern meldet, habe die junge Frau inzwischen ein Geständnis abgelegt und als Motiv für ihre Phantasien „Probleme an ihrer Arbeitsstelle" angegeben.

Mofa-Fahrer nicht „echt"

In den frühen Abendstunden wurde auf der Hohewarstraße ein 18jähriger Mofa-Fahrer aus Recklinghausen von der Polizei angehalten und überprüft. Dabei stellte sich heraus, daß das Mofa gestohlen worden war. Der Fahrer, der keinen Eigentumsnachweis über das Fahrzeug erbringen konnte, wurde wegen Verdachts des Diebstahls vorläufig festgenommen. Die Ermittlungen dauern an.

Wiedergewählt wurde auf der Jahreversammlung der KAB St. Martinus der Vorsitzende Heinrich Lemm. Bestätigt wurden in ihren Ämtern auch Marianne Hetterscheidt (Schriftführerin) und Heinz Rose (Kassierer). Die Beisitzer der KAB St. Martinus: H. Beor, R. Bilyk, M. Dittrich, H. J. Wittig und H. Bernhard.

Kommentar

H.Z. 12./13.5.84

Die CDU kam in der letzten Ratssitzung aus dem Staunen nicht mehr heraus. Da war sie mehr als ein halbes Jahr lang mit ihrem Wunsch nach einem Gutachten zur Haldenschüttung in Herten Süd gegen eine Gummiwand gelaufen — und plötzlich, eine Woche bevor es in der Berstung über die Stellungnahme der Stadt zum Haldenkonzept der Regierung richtig zur Sache geht: Friede — Freude — Eierkuchen. Die SPD zeigte sich anpassungsfähig und kompromißbereit wie selten zuvor. Alle Erinnerungen an den berühmt-berüchtigten Tendenzantrag vom Februar wurden behutsam mit dem Mäntelchen des Vergessens zugedeckt. Man habe allgemein, so Karl Steinhart, über manche Sache in der Vergangenheit vielleicht zu hitzig gesprochen. Wie wahr! Man sollte bei aller Rührung ob dieser versöhnlichen Töne dennoch nicht vergessen, mit welch' merkwürdiger Elle die Verwaltung in der Vergangenheit Beschlüsse gemessen hat. Als der Rat im September auf Antrag der CDU entschied, die Verwaltung solle die Probleme, die sich aus den Halden ergeben, uflisten und „für diese Untersuchung" erforderlichenfalls neutrale Sachverständige beauftragen, sah Stadtdirektor Heinz Pickmann darin keinerlei Aufforderung zur Vergabe von Gutachten. Empört wies er den Vorwurf der CDU,. er habe den Beschluß nicht ausgeführt, zurück. Anders die Reaktion auf den Tendenzbeschluß der SPD im Februar. Zwar ist da auch nur von einem bestimmten Heldentyp als Grundlage für „weitergehende Untersuchungen oder Gutachten" die Rede — nicht aber von der Vergabe eines solchen Gutachtens —, doch das sieht der Stadtdirektor mit einer anderen Brille. „Zweifelsfrei" gehe aus dem Gesamtzusammenhang hervor, was gemeint gewesen sei — das Ratsprotokoll sei lediglich schlecht formuliert. „Man kann sichhöchstens darüber untrhalten, ob es sich um einen direkten oder indirekten Beschluß handelt", formulierte er im Rat. Was hier indirekt gesagt ist, kann direkt dann eigentlich nur bedeuten: Ein indirekter Beschluß wird direkt, wenn er direkt von der richtigen Partei kommt.

Gregor Spohr

Stadtdirektor äußerte seinen Unmut

H.A. 1.2/5.81

Bergamt: „Neuer Betriebsplan berührt Hertens Belange nicht“

60-Meter-Antragsgrenze bei Halde Emscherbruch / Keine Beteiligung ? / Antwort

HERTEN. (rkl) Dem Stadtdirektor war es ein inneres Bedürfnis, sich zu Wort zu melden: bei jedem, der ein Schreiben wie das des Marler Bergamts zu lesen bekomme, müsse wohl „das Blut in Wallung geraten“. Heinz Pickmanns Unmutsäußerung während der letzten Ratssitzung bezog sich auf die Antwort der zitierten Behörde zu einer Anfrage in Sachen Emscherbruchhalde. Die nämlich wird in absehbarer Zeit die Schüttböhe von 60 Metern erreichen - trotz schon erteilter Genehmigung von 90 Metern Endhöhe sieht der bestehende Betriebsplan zu diesem Zeitpunkt einen „Antrag auf Weiterbetrieb der Halde“ vor. Die Marler Behörde geht in ihrem Schreiben der Verwaltung jedoch davon aus, daß „der mit der Zulassung der Bergehalde geforderte besondere Betriebsplan die Rekultivierung fertiggestellter Haldenböschungen betraf.“ Er (der Betriebsplan) „berührt nicht die Belange der Stadt Herten“. Somit entfalle eine geforderte Planeinsicht ebenso wie jede weitere Verfahrensbeteiligung der Kommune.

Die Folgen dieser Amts-Perspektive: der Bitte der Hertener Verwaltung, den Betriebsplan der Schachtanlage „Schlägel und Eisen“ zur Mit-Unterhaltung der Emscherbruchhalde vorgelegt zu bekommen, wird nicht entsprochen.

Damit sind die Meinungsdifferenzen keinesfalls erschöpft: Bereits im März teilte das hiesige Rechtsamt der Marler Behörde mit, daß nach seiner Auffassung mit dem „Zwischen-Antrag“ zweifellos ein neuer Betriebsplan gemeint sein müsse. Bei dessen Erstellung - bzw. bei dem dann anlaufenden Zulassungsverfahren - wäre demnach die Stadt Herten wieder in vollem Umfang zu beteiligen.

Aus Marler Sicht sieht das jedoch völlig anders aus. Das Bergamt ist der Auffassung, die Forderung nach dem zusätzlichen Antrag bei Erreichen der Zweidrittel-Schütthöhe sei erhoben worden, „um Fragen der Gestaltung des oberen Haldenplanums zu regeln und insbesondere den Haldenbetreiber zu veranlassen, rechtzeitig Vorsorge für weitere Haldenkippflächen zu treffen“.

Auch die Frage der Verwaltung, wann die 60 Meter an geschütteter Höhe real erreicht seien, bleibt in dem Schreiben aus Marl unbeantwortet. Mit Hinweis auf den nicht zuverlässig zu prognostizierenden Bergeanfall der auf der Emscherbruchhalde schüttenden Schachtanlagen und einen ebenso nicht genau vorauszusagenden Fremdabsatz der Berge sieht sich das Bergamt nicht in der Lage, einen Termin zu nennen.

Stadtrechtsrat Heinz-Eberhard Holl - und mit ihm die Verwaltung - ist mit diesen Antworten „nicht zufrieden“. Weitere Schritte gegen die Verfahrensweise des Bergamtes wurden in der Ratssitzung angekündigt.

ZWEI JAHRZEHNTE im Rat der Stadt: SPD-Fraktionsvorsitzender Kad Steinhart.

Rat gibt Gutachten für 80 000 DM in Auftrag

Umweltverträglichkeit untersuchen

Einstimmig beschloß der Rat gestern abend die Vergabe eines Gutachtens zur Umweltverträglichkeit der vom Regierungspräsidenten konzipierten Großhalde (Zusammenlegung der Ewald- und Hoppenburchhalde und Zuschüttung des Hohewardtles) für 80 000 DM, wobei das Rohstoffrückgewinnungszentrum mit seiner Kapazitätserweiterung auch einbeschlossen werden soll. Bereits in einer Woche will jedoch der Rat seine endgültige Stellungnahme zum Rahmenkonzept für Bergehalden des Regierungspräsidenten abgeben.

Für die CDU ist damit die SPD-Mehrheit im Rat von ihrem Tendenzbeschluß vom 25. Februar abgerückt, wo man ganz eindeutig ein Landschaftshanwerk mit geringerer Höhe auf vergrößerter Fläche bestimmte. Genau dieser Passus wurde aus der Begründung des gestrigen Ratsbeschlusses gestrichen, wobei stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender Ingo Wolff der SPD „geistige Unredlichkeit" vorwarf. Wie die WAZ berichtete, hatte die SPD seinerzeit der Presse sogar totales Mißverständnis ihres Tendenzbeschlusses vorgehalten." Jetzt scheint sie ihrem eigenen Mißverständnis zu unterliegen„, so die CDU.

In einer langen Debatte wurde der Verwaltung eine falsche oder mißverständliche Protokollführung der Februar-Ratssitzung vorgeworfen. Stadtdirektor Heinz Pickmann: „Ich hätte mir auch ein besseres Protokoll gewünscht", aber heute haben wir die richtige Interpretation". Die CDU hatte im September vergangenen Jahres ein Gutachten zur „Umweltverträglichkeit" der vom Regierungspräsidenten konzipierten Großhalde im Hertener Süden gefordert, das der Rat — wie berichtet — im Februar dieses Jahres mit SPD-Mehrheitsbeschluß als erledigt betrachtete.

Gestern rwurde es für 80 000 DM (oder mehr) nach mehreren Änderungen der Beschlußvorlage der Verwaltung beschlossen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde der Auftrag vergeben, wobei SPD-Ratsmitglied Hans Puzichas Frage, ob es eventuell wesentlich teurer werden könnte, von Stadtbaurat Horst Günther nicht verneint wurde. „Wir müssen uns doch auch erst schlau machen. Das kann wesentlich teurer werden, da noch nicht alle Kriterien des Gutachtens allumfassend erlistet wurden."

CDU-Fraktionsvorsitzender Josef Surmann: „Dieser Beschluß hätte entsprechend unseren Wünschen schon im vergangenen Jahr gefaßt werden können. Heute liegt uns jedenfalls ein falscher Verwaltungsvorschlag zum Ratsbeschluß vom 25. Februar vor. Ich bin jedoch darüber erfreut, daß die SPD-Mehrheit von ihrer Auffassung von vor zwei Monaten abgerückt ist". SÜD-Fraktionsvoristzender Karl Steinhart warf dem Regierungspräsidenten und auch dem Bezirksplanungsrat, dem Bürgermeister Willi Wessel angehört, vor, daß dem vorgelegtem Haldenkonzept die entsprechenden Gutachten fehlen.

20 JAHRE Mitglied im Rat der Stadt: Josef Preuß (CDU). (WAZ-Bilder)

Ehrenring der Stadt für Karl Steinhart und Josef Preuß

Vor der Ratssitzung wurden die Ratsmitglieder Josef Preuß (CDU) und Karl Steinhart (SPD) für 20jährige Mitgliedschaft im Rat von Bürgermeister MdL Willi Wessel geehrt. Sie erhielten den Ehrenring der Stadt. Wessel stellte heraus, daß es sich nicht um einen „parlamentarischen Buchungsposten" handele, sondern um „Parteiergreifung für den Bürger". Josef Preuß aus Westerholt-Bertlich „hat in bescheidener Zurückhaltung bemerkenswerte Leistungen erbracht so der Bürgermeister und „stets Achtung und Toleranz dem Andersdenkenden gegenüber erbracht".

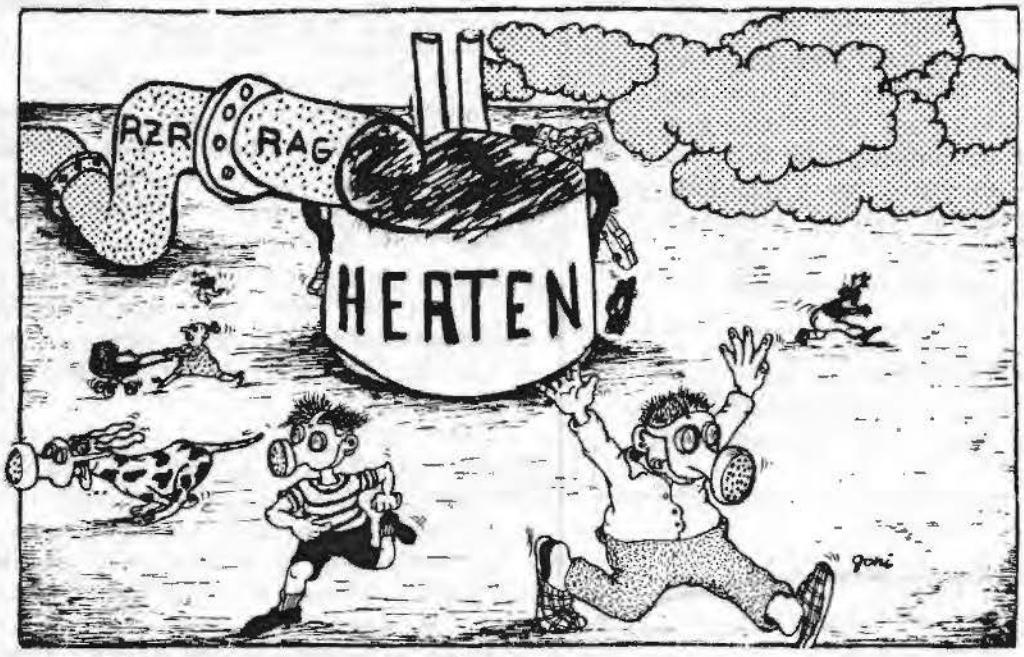
„Karl Steinhart hat bereits so viele Auszeichnungen (zwei Bundesverdienstkreuze) erhalten, daß es schwerfällt, die passenden Worte zu finden". Nach den Worten von Wessel wird Steinhart „von politischen Freunden und Gegnern als politische Führungskraft anerkannt und geschätzt". Als ein Mann des Ausgleichs werde er im Rat als ein Mann des Ausgleichs betrachtet, der ein Gespräch mit allen Fraktionen ermöglicht. „In schwierigen Fragen schaffte er bisher immer praktikable politische Lösungen".

UNSERE MEINUNG

ZEITUNG DER DKP-WOHNGEBIETSGRUPPEN HERTEN UND WESTERHOLT/BERTLICH

April 81

Haldenplanung:



Unhal(d)tbar

Es ist bereits fünf vor zwölf in der Entscheidung für oder gegen die Aufschüttung von Riesenhalden in Herten. Dies sind die Fakten: Die verantwortlichen Politiker des hiesigen Rathauses sind sich mit den entsprechenden Stellen beim Regierungspräsidenten einig: "Es bleibt dabei, die Riesenhalde 'Hoheward' wird aufgeschüttet".

WER PROFITIERT DAVON ?

Die Ruhrkohle AG, der eigentliche Gewinner der ganzen Sache, lacht sich in's Fäustchen. Eine solche Gelegenheit läßt man sich natürlich nicht entgehen. Währenld ist in anderen Städten des Ruhrgebietes, wo ähnliches anstand, zu Aktionen gegen diese bügerfeindlichen Planungen kam, wodurch diese dann auch abgewehrt werden konnten, wurde die RAG von unseren Rathaus-Politikern mit offenen Armen empfangen.

Fortsetzung Seite 2

HALDENPLANUNG...

Nun, einige unserer "Volksvertreter" sind sehr eng mit der RAG verbunden! Und wer will es sich schon mit seinem Brötchengeber verderben? "Eine Hand wäscht die andere", finanzielle Einkünfte aus welcher Quelle auch immer, ermöglichen es diesen Herren dem entstehenden "Dreckloch" Herten den Rücken zu kehren mit Urlaubsreisen, Häusern im Grünen und ähnlichem. Die arbeitende Bevölkerung aber, insbesondere auch der Bergmann, der in Schmutz und Dunkelheit hart für sein tägliches Brot arbeitet, kann das nicht.

Die Löhne werden immer mehr von Mieten, Mietnebenkosten, Preis- und Gebührensteigerungen aufgefressen!!!

LEBENSGEFAHR !

Im Jahre 1980, so berichtete unlängst die Bürgerinitiative "Halde", zählte man in Herten bereits 43 Tage mit SMOG-Situationen und die o h n e Riesenhalde und o h n e Müllverbrennungsanlage. Laut Luftreinhalteplan des Ministers für Arbeit und Gesundheit darf die zulässige SO 2 - Grenze o,14 mg/cbm betragen, in Herten liegt sie in Wirklichkeit bereits heute um vieles höher, nämlich bei zeitweise o,8 mg/cbm.

SO 2 = SCHWEFELDIOXYD ebenso wie die daraus entstehende SCHWEFELSÄURE sind für Menschen, Tiere und Pflanzen ein tödliches Gift!!!

unsere zeit
mit Wochenend-Beilage
Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP
12. Jahrgang Nr. 37 Wochenendausgabe, Freitag, den 13. Februar 1981 Preis 50 Pfennig

Diesen Gutschein zum kostenlosen Probebezug der Zeitung der DKP, die Tageszeitung UZ - Unsere Zeit - erhalten Sie bei allen Mitgliedern der DKP. U.a. bei:
Sylvia Becky, In den Uhlenwiesen 8 a.
Edelgard Preuß, Elisabethstr. 19-2o.
Peter Heinrich, Sophienstr. 11c

Gutschein
zur Probelieferung

Weil wir wollen, daß Sie die UZ in aller Ruhe näher kennenlernen.

UZ

VERHEERENDE AUSWIRKUNGEN !!!

Die einzelnen Auswirkungen dieser Planungen verheerend zu nennen, ist - keineswegs übertrieben. Sie bedrohen unsere Umwelt und unsere Gesundheit. Die Kosten und Folgekosten trägt der Bürger. Gleichzeitig schmälern sie den Etat für Ausgaben im Sozialbereich.

Kann man denn noch von Lebensqualität sprechen, wenn man nur noch mit einer Gasmaske durch unsere Straßen gehen kann???

Wem der Ernst der Lage noch immer nicht vollends klar ist, sollte sich unbedingt einmal mit der Bürgerinitiative "Halde" in Verbindung setzen, hier kann man viele erschreckende Einzelheiten erfahren. Wir dürfen die Geschicke unserer Kinder, unserer Stadt, unseres eigenen Lebens nicht weiter einigen Verantwortungslosen überlassen, die vielleicht davon reden, etwas für die Bürger tun zu wollen, in Wahrheit aber daran verdienen unseren Lebensraum mehr und mehr zu vernichten, in dem sie ihn an das Großkapital verschachern.

Wir müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Organisierung in einer Bürgerinitiative. Dort, wo die Bürger gemeinsam für ihre Interessen auftreten, können diese auch durchgesetzt werden.

Termine der Bürgerinitiative "Halde":
Montag 19.oo Uhr bei Christ

Spendenkonto der BI:
No. 35o 542 2o5 - Kreisspark. Herten

Haldenplanung H.A. 30/4.81

„Tendenz" vom Tisch! Gutachter untersucht gesamte Situation

Einstimmiger Beschluß nach einstündiger Debatte

HERTEN. (sp) Ein einstimmiger Ratsbeschluß in Anwesenheit aller drei Fraktionen zum Thema Halde nach einstündiger, sachlicher Debatte: Das hat es lange nicht mehr gegeben. Gestern abend einigte man sich darauf, ein Umweltverträglichkeitsgutachten in Auftrag zu geben, das Auskunft darüber geben soll, ob der Hertener Süden aufgrund seiner Vorbelastung überhaupt noch zusätzliche Haldenschüttungen verträgt und, wenn ja, in welchem Ausmaß. Von ihrem Tendenzbeschluß aus der Februarsitzung (Gutachten für einen von der Verwaltung ausgearbeiteten Haldentyp) wollte die SPD gestern nichts mehr wissen. Die Formulierung in der Vorlage, man handele „dem Beschluß vom 25. Februar entsprechend", wurde sogar auf Antrag von Alfred Pusch (SPD) gestrichen.

Seinerzeit hatte die CDU aus Protest den Saal verlassen, weil die SPD Gutachten ohne die sogenannte „Verwaltungshalde" (geringere Höhe, geringere Menge, aber noch größere Fläche als im Regierungskonzept) zur Untersuchungsgrundlage machen wollte. Ingo Wolff (CDU): „Meinen Sie, wir hätten sonst den Saal verlassen, wenn es schon damals um ein Gutachten gegangen wäre, das die Gesamtsituation betrifft?" Schließlich, so betonte auch CDU-Fraktionschef Surmann, habe die CDU seit September letzten Jahres ein solches Gutachten verlangt. „Es könnte heute schon auf dem Tisch liegen." Die Verwaltung habe aber bisher ein solches Gutachten nicht für erforderlich gehalten.

Beifall der CDU bekam SPD-Fraktionschef Karl Steinhart, als er sich der Meinung Surmanns anschloß, ein solches Gutachten könne tatsächlich schon vorliegen. „Vielleicht haben wir alle früher zu hitzig über manche Sachen gesprochen", räumte er ein. Zu Beginn der Debatte hatte Surmann (CDU) zudem noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Tendenzantrag vom Februar an keiner Stelle den Schluß beinhalte, die Verwaltung solle eine Gutachtenvergabe vorbereiten. „Wir haben kein Verständnis für die falsche Darstellung, freuen uns aber, daß es nun zu einer Vergabe kommt."

Stadtdirektor Pickmann räumte ein, die Formulierung im Protokoll „hätte besser sein können". Man könne sich aber höchstens darüber unterhalten, ob es sich um einen direkten oder indirekten Beschluß handele. Aus dem Gesamtzusammenhang — so auch Stadtbaurat Horst Günther — gehe aber doch eindeutig hervor, was gemeint gewesen sei.

Fazit: Der Tendenzbeschluß der SPD (Gutachten für einen bestimmten Haldentyp) ist vom Tisch. Der Gutachter wird die Gesamtsituation untersuchen. Mit einem Ergebnis ist höchstens Ende des Jahres zu rechnen. Welches Büro den Auftrag bekommen soll (die Angebote bewegten sich zwischen 50 000 und 600 000 Mark), wurde im nichtöffentlichen Teil beschlossen. Wir werden darauf und auf weitere Punkte der Sitzung — es lagen noch interessante Berichtsvorlagen und Bürgeranträge vor — in unserer nächsten Ausgabe zurückkommen.

H.A. Nr. 98 / Dienstag, 28. April 1981

Bild zeigt v.l.

Gutachten Halde öffentlich?

Herten. Ein um das Wohl der Stadt besorgter Bürger, so sieht sich Joachim Jürgens von der Schützenstraße, schickte wieder einen Brief an Bürgermeister Willi Wessel. Mit seinem Schreiben will Jürgens erreichen, daß die Diskussion um die Vergabe der Gutachten zur geplanten Halde öffentlich und nicht, wie vorgesehen, im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung behandelt werde. Jürgens begründet sein Begehren folgendermaßen: „Sie arbeiten im Auftrag der Bürger, und die Gutachten werden mit unseren Steuergeldern bezahlt. Nicht nur deshalb vertrete ich die Meinung, daß die Öffentlichkeit ein Recht hat, zu wissen, wie die schon geleistete Vorarbeit zur Erstellung der Gutachten aussieht.

Als Anlage erlaube ich mir, Ihnen einen Aufsatz (Streit um Öko-Gutachten / Dürfen Wissenschaftler parteiisch sein?) beizufügen."

Hier sagen Leser ihre Meinung

H.A. 28/12.11

„Will Rat den Witz wahr machen?"

HERTEN. Zum Entwurf der Halden-Stellungnahme schreibt Friedrich Halfmann, Grünberger Straße 14:

Betroffene Ratsmitglieder der SPD wissen, daß zur Zeit ein bitterer Witz über sie in der Stadt erzählt wird: Da fragt einer den anderen: „Weißt Du, was ein Staubsaugervertreter ist?" Sagt der andere: „Klar, der verkauft Staubsauger." „Und weißt Du auch, was ein Zeitschriftenverkäufer istB?" „Natürlich", sagt der, „der verkauft Zeitschriften." Darauf fährt der andere fort: „Wenn das so klar ist, dann weißt Du auch, was ein Volksvertreter ist?!"

Wenn man den „Entwurf einer Stellungnahme" der Stadt Herten liest, der sich im wesentlichen auf den Leitantrag der SPD stützt, dann hat man den Eindruck, die Ratsvertreter wollten diesen Witz wahr machen.

1. Man muß sich in Erinnerung rufen: Der Regierungspräsident fordert von der Stadt eine Stellungnahme zu seinem Haldenkonzept. Dieses sieht vor, daß die Stadt Herten eine bestimmte Fläche zur Verfügung stellt, auf der eine Mammuthalde entstehen soll. Dieses Gebiet liegt östlich der Ewaldstraße. Die Hertener Bürger erwarten, daß sich ihre Ratsvertreter mit Händen und Füßen und allen zur Verfügung stehenden Argumenten gegen ein solches Vorhaben wehren. Was tut der Rat der Stadt? Im „Entwurf einer Stellungnahme" sagt er grundsätzlich ja. Aber noch mehr. Er bietet unaufgefordert zusätzliche Schüttflächen an, westlich der Ewaldstraße bis zur Mülldeponie, vgl. S. 8.

2. Hertener Bürger erwarten von ihren Ratsvertretern ein Nein zu der Haldenplanung des Regierungspräsidenten. Sie hoffen, daß dieses Nein begründet wird mit Hinweisen auf die vielfältigen, bereits heute bekannten Belastungen in unserer Region. Es darf keine weitere Belastung der Umwelt mehr hingenommen werden. Was tut der Rat der Stadt? Im „Entwurf einer Stellungnahme" wird an keiner Stelle erwähnt, daß unsere Region bereits jetzt über das gesetzlich zulässige Maß hinaus belastet ist. Im Gegenteil: „... der Emscherbruch im Hertener Süden (scheint) ein für weitere Aufhaldungen von Bergematerial geeigneter Standort zu sein." S. 5. An die Menschen wurde dabei offensichtlich nicht gedacht.

3. Hertener Bürger erwarten vom Rat der Stadt, er möge darauf dringen, daß der Verursacher der Halden, der Bergbau, alles tue, die von ihm zerstörte Landschaft so gut wie eben möglich wieder herzurichten. Denn wer Schaden anrichtet, muß ihn auch wieder beseitigen. Was tut der Rat der Stadt? Er schreibt im „Entwurf einer Stellungnahme": „.../die Halden sind in die Verfügungsgewalt der Stadt zu übergeben!" Anstatt die Folgekosten der Haldengestaltung ganz unmißverständlich dem anzulasten, der sie verursacht, ist der Rat der Stadt geradezu versessen darauf, diese Kosten selbst tragen zu dürfen.

Im Entwurf einer Stellungnahme kommt ein einziges mal das Wort „Verantwortung" vor. Alle Hertener sollten doch meinen, der Rat der Stadt trage Verantwortung gegenüber seinen Bürgern. Was steht aber da im Text? Man traut seinen Augen nicht: „... der Rat der Stadt Herten (handelt) im Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber dem Bergbau" S. 1. Wissen Sie jetzt, warum die Ratsmitglieder der SPD über den Witz vom „Volksvertreter" nicht mehr lachen können?

Antrag an den Rat: „Halden sind zu vermeiden!"

Helmut Döing nennt wirtschaftliche Gründe für Bergeversatz / „Technisch machbar" / Kostenlawine bei neuen Halden

Herten. Die Behauptung „Halden sind nicht zu vermeiden" ist für Helmut Döing, Mitglied der Süder Bürgerinitiative und Verfasser eines neuen Bürgerantrags an den Rat, „schlichtweg falsch" - so falsch, daß nicht einmal der Bergbau sie ernst nimmt. Sie diene allenfalls dazu, die Betroffenen „zu schicksalhaftem Hinnehmen zu bewegen". Döing richtet sich an die Stadtvertretung mit einem Aufsatz zu Möglichkeiten und Grenzen des „Blasversatzes". Er fordert den Rat auf, die gemachten Aussagen entweder zur Grundlage weiterer Entscheidungen zu machen oder die Feststellungen zu widerlegen.

Der Verfasser der Schrift nennt Gründe aus verschiedenen Bereichen für seine haldenfeindliche Haltung. In seinem 19 Seiten umfassenden Aufsatz will er beweisen, daß die Haldenschüttung im großen Stil weder besonders billig noch durch technische Sachzwänge vorgegeben ist.

Die Fülle von Folgekosten fallen nach Döings Darstellung bei Halden nicht weniger ins Gewicht als die für Blasversatz nötigen Investitionen: Transport des Bergematerials, Bergschäden, Kosten für die Haldenfläche und und ... diese stetig anwachsende Unwirtschaftlichkeits-Lawine läßt nach Döings Worten den Blasversatz mit seinen Möglichkeiten der Einsparung immer interessanter werden.

Döing führt aus technischer Sicht aus, daß das Ziel des Vollversatzes (also der restlosen Berge-Rückführung) nicht nur wünschenswert, sondern auch nach heutigem Wissensstand praktizierbar sei. Da der weitaus größte Teil der Gesamtförderung aus mindestens 1,90 Metern hohen Flözen stamme und der „Bergepakken" hier allenfalls 40 Zentimeter dick sei, könne ohne weiteres mehr in diese Hohlräume verblasen werden, als ihnen (teilweise in Form von Kohle) entnommen worden sei.

25/26/4/81

Thema Halden-Gutachten

Der eine macht's für 47 000 - der andere will fast 600 000 DM

Aber: Was soll untersucht werden?

HERTEN. (sp) Hinter verschlossenen Türen ging es im Haupt- und Finanzausschuß um ein interessantes Thema: Die Vergabe eines Auftrages für ein Umweltverträglichkeits-Gutachten für die Halde „Hoheward". Was unter dem Begriff „Halde Hoheward" zu verstehen ist - ob die im Regierungskonzept oder die von SPD und Stadtverwaltung ins Gespräch gebrachte Landschaftshalde - bleibt in der Vorlage offen. Offen ist aber auch noch, wie man entscheiden wird: Da der Beschluß erst in der Sitzung auf den Tisch gelegt wurde, gab der Ausschuß keine Empfehlung an den Rat, der am kommenden Mittwoch die Entscheidung zu treffen hat.

So unterschiedlich bisher die Auffassungen im Rat darüber waren, was denn nun eigentlich untersucht werden soll, so unterschiedlich sind die Vorstellungen der drei von der Verwaltung angesprochenen Gutachter-Büros über den Umfang der Untersuchungen und die dafür benötigte Zeit. Entsprechend klaffen die Kosten auseinander.

Das eine Extrem: Ein Büro für Landschaftsplanung und Ingenieurbiologie aus Hannover will's für ganze 47 802,53 DM in 20 Wochen schaffen. Das andere: Ein Züricher Experte rechnet für seine nach Ansicht der Verwaltung „wissenschaftlich umfassenste" Arbeit mit einem Zeitaufwand von 1 1/2 bis 2 Jahren und Kosten („grobe Schätzung") von 580 000 DM. Favorisiert wird von der Verwaltung „insbesondere aus Kostengründen" eine Arbeitsgemeinschaft zweier Büros aus Köln und Essen, die die Prüfung entsprechend den von der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung aufgestellten Kriterien durchführen will. Fertigstellung dieses Gutachtens: Bis Dezember 1981. Geschätzte Kosten: 80 000 DM.

Nicht beigeheftet ist der nichtöffentlichen Verwaltungsvorlage der mit den Büros in persönlichen Gesprächen abgestimmte genaue Gegenstand der Untersuchung. Die Angebote lassen erkennen, daß man Alternativ-Vorschläge erwartet. Im Tendenzbeschluß, der unter Protest von CDU und FDP lediglich mit den SPD-Stimmen im Februar verabschiedet wurde und der Auftragsvergabe zugrunde liegen sollte, ist allerdings nur von der „Verwaltungs-Halde" (geringere Masse, geringere Höhe, größere Schüttfläche) die Rede (sh. auch den Kommentar).

Kommentar

Unsere Verwaltung ist schneller geworden - was die Entschuldigung für Pannen angeht. Wieder einmal wurde eine wichtige Beschlußvorlage - Vergabe des Umweltverträglichkeits-Gutachtens für eine sogenannte Halde „Hoheward" - erst fünf Minuten vor der Beratung dem Haupt- und Finanzausschuß auf den Tisch gelegt. „Ich entschuldige mich dafür und hätte Verständnis, wenn Sie heute dazu keinen Beschluß fassen", beugte Stadtdirektor Heinz Pickmann diplomatisch vor und nahm damit den Kritikern den Wind gleich aus den Segeln. Hinter verschlossenen Türen - bei Auftragsvergaben eine übliche Praxis - wurde daher nur kurz beraten. Die Entscheidung fällt am Mittwoch im Rat. Eine Denkpause, die nützlich ist, denn was - so fragt man sich beim Lesen des Beschlußvorschlages - sollen die Gutachter eigentlich prüfen?

Erinnern wir uns: In der Ratssitzung vom 25. Februar faßte die SPD im Rat einen „Tendenzbeschluß" um festzustellen, „welche Lösungsmöglichkeit des Haldenproblems diesen weitergehenden Untersuchungen und Gutachten zu Grunde zu legen ist". Und sie beschloß: Gegenstand des Gutachtens soll die „Verwaltungshalde" sein: Ein Landschaftsbauwerk auf größerer Schüttfläche bei geringerer Schütthöhe und verringerter Schüttmenge, als im Regierungskonzept vorgesehen. Die CDU verließ unter Protest den Saal. Die FDP sprach von „zynischer Mißachtung einfacher Demokratie-Regeln". Nach dem einsamen SPD-Beschluß sollte der Gutachter also nicht etwa sagen, was in Herten-Süd allenfalls noch verkraftet werden kann, sondern nur, ob die vorgegebene „hausgemachte" Halde verträglich ist.

Haben die massiven Proteste nun eine Kehrtwendung hervorgerufen? Werden nun doch Varianten untersucht? Die nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Vorlage gibt auf diese Frage keine Antwort. „Dem Beschluß des Rates der Stadt Herten vom 25. Februar entsprechend" habe die Verwaltung - so heißt es da - mit wissenschaftlichen Instituten Kontakt aufgenommen. Die Kontaktaufnahme bestand in Gesprächen. Welche Vorgaben dort gemacht wurden, steht nirgends. „Entsprechend dem Beschluß" bedeutet Festlegung auf das „Haus-Modell". Die Angebote der Gutachter lassen jedoch annehmen, daß nun doch plötzlich Alternativen untersucht werden sollen. Das aber hat die SPD im Februar nicht beschlossen...! Schlußfolgerung: Entweder waren die Sozialdemokraten so klug und sind von ihrem Tendenzbeschluß als Vorgabe heimlich, still und leise wieder abgerückt - oder die Beschlußvorlage täuscht dies vor. Dazu müssen im Rat - leider wieder hinter verschlossenen Türen - klare Worte gesagt werden. Die Verwaltung hat sie in ihrer Vorlage vermieden. Man fragt sich, warum? **Gregor Spohr**

W.A.Z. 24/4.81

Stellungnahme zum Haldenkonzept mit „nein, aber" entworfen:

Herten antwortet mit Ablehnung und Alternative

Haldenflächen werden akzeptiert — Mengen verringern — Bauwerke in die Landschaft setzen

Fünf Wochen vor Ablauf der von Münster gesetzten Frist nimmt die Stellungnahme der Hertener Stadtverwaltung zum Haldenkonzept des Regierungspräsidenten die letzten parlamentarischen Hürden. Anders als Gladbeck, wo man sich zu einer strikten Ablehnung durchgerungen hat, argumentiert man in Herten mit einem „Nein, aber".

Regierungspräsident Schleberger plant in Herten das gigantischste Haldenbauwerk des gesamten Ruhrgebiets, Herten lehnt die Vorstellungen der Bezirksplaner in der vorliegenden Form ab, bietet aber ein „Landschaftsbauwerk" in Süden der Stadt als Alternative an. „... im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Bergbau ...", heißt es in der Stellungnahme aus dem Hertener Rathaus, mit der sich am 8. Mai der Rat der Stadt befassen wird.

An der Zustimmung zur Verwaltungsvorlage gibt es in der Bergbaustadt kaum Zweifel, zumal sich die SPD-Mehrheitsfraktion schon vor Monaten in einer turbulenten Parlamentsdebatte auf die Ablehnung der Pläne Münsters festgelegt hatte.

Der Verwaltung fehlen trotz der seit einem Jahr geführten eingehenden Diskussion um Schlebergers Konzept konkrete Begründungen für den Riesen-Standort Herten. Das Planverfahren sei nicht transparent, heißt es. Vor allem aber fühlt man sich vom den Bergemengen überrollt. Da würden Lasten ungleich verteilt, die von Münster selbst aufgestellten Gestaltungsgrundsätze außer acht gelassen.

Zustimmung erfahren hingegen die ausgewiesenen Flächen für Bergehalden zwischen Wanne-Eickel und Herten. Allerdings wollen die Stadtväter nur geringere Mengen (40 v. H. weniger als ursprünglich geplant) zulassen, um Landschaftsbauwerke zu ermöglichen. Statt fast 100 wollen nur bis 75 Meter Höhe geduldet werden, die Böschungswinkel dürfen ein Verhältnis von 1:3 nicht überschreiten.

Ganz auf der Linie der anderen Städte und auch der Forderungen des Kreises liegt Herten mit der Auffassung, Haldenflächen seien für eine spätere Verwendung, Bebauung und Rekultivierung eindeutig auszuweisen. Dazu müsse die Verfügungsgewalt auf die Stadt übergehen.

Schließlich verlangt Herten finanziellen Ausgleich für die zu tragenden Bergbau-Belastungen.

23.4.87 HA

Haupt- und Finanzausschuß

Politiker einig: Finanz-Entscheidung zu Gutachten vertagt

Kein Beschluß zum 80.000-Marks-Vorschlag

HERTEN. (rkl) Einmal mehr stand das Thema „Superhalde" auf einer Ausschuß-Tagesordnung. Wohl zum ersten Male seit vielen Monaten zeigten sich die Fraktionssprecher des Haupt- und Finanzausschusses einig - einig in dem Beschluß, vor der Ratssitzung vorerst noch nichts zu beschließen. Diesmal ging es allein um die Genehmigung von Ausgaben - in einer kurzfristig erstellten Beschluß-Vorlage hatte die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuß nahegelegt, 80.000 Mark für ein Umweltverträglichkeits-Gutachten zur Halde „Hoheward" bereitzustellen. Bereits vor dem Einstieg in die Diskussion erklärte Stadtdirektor Heinz Pickmann, für eine vorläufige Nicht-Entscheidung der Parlamentarier hätte er volles Verständnis. Auch er bedaure, daß den Politikern detaillierte Unterlagen nicht früher zugestellt worden wären.

Die Begründung des Verwaltungschefs: um zu einer realistischen Schätz-Summe zu kommen, mußte die Verwaltung bei Gutachtern und entsprechenden Firmen genaue Erkundigungen einziehen. Die Zahl von 80.000 Mark - das betonte auch Stadtbaurat Horst Günther - sei deshalb als vergleichsweise zuverlässige Größe zu betrachten.

Peter Gengenbach bemängelte für die FDP die völlige Abwesenheit von inhaltlichen Zielvorgaben - die Verwaltungs-Vorlage nannte denn auch nur das Stichwort „Halde Hoheward". Jeder Hinweis, welche Art von Halde gemeint war(ob die ursprünglich im Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten vorgesehene oder das im „Tendenzbeschluß" des Rates favorisierte Landschaftsbauwerk), fehlte. Gengenbach: „Hierzu hätte man ruhig auch im öffentlichen Teil der Beratungen etwas sagen können".

Trotz Heinz Muhs' (CDU) Feststellung, daß es ohne ein Umwelt-Gutachten „einfach nicht geht" und Siegfried Hoyers (SPD) Hinweis, zur Debatte stände doch lediglich die Bereitstellung finanzieller Mittel und die sei nun mal Sache des „kleinen Rates", kamen dessen Mitglieder zu keiner Beschluß-Empfehlung. In Übereinstimmung aller drei vertretenen Fraktionen wurde das „entzung in der nächsten Woche vertagt. Nach einer bejahenden Entscheidung müsse es - so betonte Pickmann - vor allem darum gehen, einen Gutachter zu finden, „der nicht bei Adam und Eva anfängt und uns schnell das sagt, was wir wissen wollen".

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Ausschuß-Sitzung bildete die Beschlußempfehlung zum Straßen- und Kanalbau für die Erschließungsstraße im Industriegebiet zwischen der Westerholter- und der Schlägel-und-Eisen-Straße. Auf Anfrage hatte dazu Horst Günther erklärt, der Verwaltungs-Vorschlag sehe für diese Verkehrsader keinen Radweg vor, weil das verabschiedete Rad- und Fußwegenetz hier keine Maßnahme vorschreibe. Peter Gengenbach widersprach dem nachdrücklich: zur Erstellungs-Zeit dieses Konzeptes sei von der zukünftigen Existenz der Straße noch gar nichts bekannt gewesen. Nach mehrmals geäußertem Zweifel, ob die vorgesehene Straßenbreite von insgesamt 16 Metern erforderlich sei, kamen die Ausschuß-Mitglieder überein, dem Rat einen Kürzungsbeschluß zu empfehlen. Demnach wären an jedem der beidseitig angelegten Fußwege je ein halber Meter und dieselbe Breite an jeder Richtungs-

AKTUELL

Abgelehnt: Auswirkung der geplanten Halde fehlt

Der Entwurf einer Stellungnahme der Stadt zum „Rahmenkonzept für Bergehalden" ist erarbeitet. In einer gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses mit dem Haupt- und Finanzausschuß soll die zehnseitige Stellungnahme am Mittwoch, 6. Mai, 16 Uhr, erstmals beraten werden. Zwei Tage später, 8. Mai, 15 Uhr, wird der Rat — wie berichtet — seine endgültige Entscheidung zum Rahmenkonzept treffen. In der Stellungnahme heißt es:

● Die Stadt Herten sieht im „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster" — den Ansatz zu einer regionalplanerischen Lösung des Problems der Entsorgung von Schachtanlagen im nördlichen Ruhrgebiet.

● Die Stadt Herten lehnt jedoch das vom Regierungspräsidenten Münster eingebrachte Rahmenkonzept für Bergehalden für den Bereich Herten in der vorliegenden Konzeption ab, weil

das Planverfahren nicht transparent ist,

keine ausreichende Begründung für die vorgeschlagenen Standorte vorliegt insbesondere die Abwägungskriterien für den Standort „Hoheward" nicht hinreichend dargelegt sind,

keine alternativen Standorte ausgewiesen werden,

die errechneten Schüttkapazitäten für den Halden-Standort „Hoheward" den im Rahmenkonzept selbst genannten Gestaltungsgrundsatzen widersprechen,

von der vorausberechneten Gesamtmenge der im nördlichen Ruhrgebiet aufzuhaldenden Berge von 400 Mio t bis zum Jahr 2000 allein 104 Mio t zusätzlich zu den bereits aufgeschütteten oder durch Betriebsplanverfahren genehmigten 80 Mio t auf Hertener Gebiet abgelagert werden sollen, was eine ungleiche Lastenverteilung bedeutet,

keine Aussagen über mögliche Auswirkungen der geplanten Halde „Hoheward" getroffen werden.

● Um aber auch ihren Beitrag zur zukünftigen Sicherung der Energieversorgung zu leisten, ist die Stadt Herten im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Bergbau bereit, den nach dem Rahmenkonzept vorgesehenen Haldenflächen zuzustimmen. Sie macht jedoch ihre Zustimmung von der Erfüllung verschiedener Forderungen abhängig:

Es sind die Planung absichernde Gutachten zur Umweltverträglichkeit der Halden zu erstellen, die sich zumindest auf folgende Sachverhalte beziehen sollen:

Geologische Verhaltnisse,

bodenmechanische und hydrologische Auswirkungen,

landschaftsökologische Gegebenheiten und Auswirkungen,

landschaftsplanerische Notwendigkeiten,

klimatische Verhaltnisse und Veränderungen,

bestehende und zukünftige Immissionsbelastungen.

● Die für den Haldenstandort „Hoheward" vorgesehene Schüttmenge ist um ca. 40 v. H. zu reduzieren, um eine Gestaltung der Halde nach Kriterien des Landschaftsbaues zu ermöglichen. Damit einhergehend müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

der Ausnutzungsgrad, der identisch ist mit der mittlerenHöhe einer Halde, darf die Größe 30 m^3/m^2 nicht übersteigen;

die maximale Höhe der Halde darf allenfalls 70—75 m über Gelände betragen, wobei Ausnahmen nur aus Gestaltungsgründen zulässig sind;

die Böschungswinkel dürfen das Verhältnis 1:3 im allgemeinen nicht überschreiten.

● Für die Haldenflächen ist die Möglichkeit der späteren Verwendung, Bebauung und Rekultivierung nachzuweisen. Zur Sicherstellung zukünftiger Nutzungen sind die Halden in die Verfügungsgewalt der Stadt Herten zu übergeben. Sollte eine Bebauungsmöglichkeit nicht bestehen, so sind der Stadt Herten entsprechende Ersatzflächen zur Wohnbebauung und Industrieansiedlung auszuweisen.

● Die Betriebspläne für die Halden „Emscherbruch" und „Hoppenbruch" sind im Rahmen eines neuen Verfahrens aufzugeben, um eine zukünftige Landschaftsgestaltung nicht zu gefährden.

● Der Bergetransport ist so schnell wie möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

● Es sind die Entwicklungstendenzen für eine Entsorgung der Hertener Schachtanlagen nach dem Jahre 2000 anzugeben. Dabei sind die zukünftigen Planungsabsichten für den gesamten Raum „Emscherbruch" darzustellen.

● Es ist zuzusichern, daß andere Bereiche und Randbereiche der Stadt Herten, so der gesamte nördliche und nordwestliche Raum, also auch Steinacker und Oberfeldingen, für Schüttungen ausscheiden.

● Es ist eine von allen Beteiligten getragene Lösung für die Verlagerung der Hoheward-Siedlung zu finden, die keine materiellen Nachteile für die betroffenen Siedler mit sich bringt.

● Die für die Stadt Herten durch den Bergbau bestehenden und zukünftigen Belastungen sind durch finanzielle Förderungen infrastruktureller Einrichtungen der Stadt auszugleichen.

Die WAZ berichtet in den nächsten Tagen über weitere Details dieser Stellungnahme.

EINE IDYLLE? Nein, totale bedrückende Haldenwirklichkeit im Hertener Süden. Und es soll nach den Vorstellungen des Regierungspräsidenten und auch der SPD-Mehrheit im Rat noch „verschüttet" werden. (WAZ-Bild: Schweize

Anfrage

Zum Thema „Jugendheim Süd" richtet Ratsherr und stellvertretender Bürgermeister Herbert Werner (SPD) eine Anfrage an den Bürgermeister. Er bittet um die Beantwortung folgender Fragen: „Kann mit dem Beginn der Richtung des geplanten Jugendheims noch in diesem Jahr gerechnet werden oder wann werden die Bauarbeiten voraussichtlich aufgenommen? Sind die in diesem Zusammenhang erforderlichen Grundstücksangelegenheiten zwischenzeitlich geregelt? Sind die für die Errichtung des Jugendheims erforderlichen Zuschüsse vom Landesjugendamt schon zugesagt worden?"

Altkleipap

Die nächste „Altkleipap-Aktion" der katholischen Pfarrgemeinden soll am letzten Wochenende im April über die Bühne gehen. Wie gewohnt, bitten die Sammler, Altpapier und nicht mehr benötigte Kleidung gebündelt an den Straßenrand zu stellen: Ab 10 Uhr sollte es dort stehen. Noch brauchbare Kleidung sollte kenntlich gemacht werden, damit diese Bündel

chen in Frage. Doch im Sinne der guten Sache sollte man sich durch einzelne Negativbeispiele nicht entmutigen lassen. Die meisten Pakete erreichen ihren Adressaten und werden wirklich gebraucht.

HA

23.4.

87

BI klagt gegen Bergamt

Herten. Die Bürgerinitiative „Halde Herten" zieht nun gegen das Bergamt Recklinghausen vor Gericht. Sie hatte um Einsicht in die das Betriebsplanverfahren Halde „Hoppenbruch" betreffenden Akten ersucht, soweit die Kenntnis der Akten zur Widerspruchsbegründung erforderlich ist. Das wurde der Bürgerinitiative vom Bergamt Recklinghausen wie auch vom Landesoberbergamt versagt. Da jedoch das Landesoberbergamt auf die Möglichkeit der gerichtlichen Auseinandersetzung hinwies, macht die Bürgerinitiative nun davon Gebrauch. Die Stadt Herten, der ebenfalls die Akteneinsicht nicht gestattet worden war, klagt nicht.

Termin-Kalender

Mi **22** April

Wolfheim
SA 6.13 — SU 20.29
MA 23.40 — MU 8.05

14 bis 15.30 Uhr
Sprechstunden des Reichsbundes im Rathaus, Zimmer 141

Schnelle Hilfe
Notruf 110/Feuer u. Unfall 112
Krankentransporte 3 55 35
Essen auf Rädern 3 10 98, Behinderten-Taxi (Caritas) 30 41
Telefon-Seelsorge 2 / 1 30 66

Bergehalden-Konzept:

Entwurf einer Stellungnahme liegt vor: 2 Sondersitzungen

Tenor: Nein zum Konzept - aber Ja zur Haldenfläche

HERTEN. (sp) Den Entwurf einer Stellungnahme der Stadt Herten zum Rahmenkonzept für Bergehalden der Regierung Münster hat jetzt die Stadtverwaltung vorgelegt. In zwei öffentlichen Sitzungen soll dieser Entwurf beraten werden: Am Mittwoch, 6. Mai, um 16 Uhr vom Planuugs- und Verkehrsausschuß gemeinsam mit dem Haupt- und Finanzausschuß - und zwei Tage später dann am Freitag, 8. Mai, um 15 Uhr abschließend im Rat. Getagt wird jeweils im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Die zwei Seiten umfassende Grundsatz-Stellungnahme (Wortlaut sh. unten) wird ergänzt durch umfangreiche Erläuterungen der einzelnen Punkte und Forderungen. Wie nach der bisherigen Diskussion zu erwarten orientiert sich die Verwaltung dabei weitgehend am Leitantrag des SPD-Stadtparteitages: Ablehnung des vorgelegten Regierungskonzeptes, aber Zustimmung zu der darin ausgewiesenen Fläche im Hertener Süden, wenn eine Reihe von Forderungen erfüllt werden.

Die im Zusammenhang mit dem Rahmenkonzept gestellten Bürgeranträge hat die Verwaltung zur Information den Sitzungsunterlagen beigefügt. Sie will dazu - so wird versichert - „auf der Grundlage der vom Rat beschlossenen Stellungnahme in der folgenden Ratssitzung Beschlußvorschläge vorlegen."

Nachdem der Rat die nun vorgelegte oder eine modifizierte Stellungnahme beschlossen hat, werden bis Ende Mai Erörterungsgespräche mit der Bezirksplanungsbehörde in Münster folgen. Die entscheidende Beschlußfassung des Bezirksplanungsrates soll dann im Juli erfolgen.

Die Verwaltung rät:

● Die Stadt Herten sieht im „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster" den Ansatz zu einer regionalplanerischen Lösung des Problems der Entsorgung von Schachtanlagen im nördlichen Ruhrgebiet.

● Die Stadt Herten lehnt jedoch das vom Regierungspräsidenten Münster eingebrachte Rahmenkonzept für Bergehalden für den Bereich Herten in der vorliegenden Konzeption ab, weil

das Planverfahren nicht transparent ist,

keine ausreichende Begründung für die vorgeschlagenen Standorte vorliegt, insbesondere die Abwägungskriterien für den Standort „Hoheward" nicht hinreichend dargelegt sind,

keine alternativen Standorte ausgewiesen werden,

die errechneten Schüttkapazitäten für den Halden-Standort „Hoheward" den im Rahmenkonzept selbst genannten Gestaltungsgrundsätzen widersprechen,

von der vorausberechneten Gesamtmenge der im nördlichen Ruhrgebiet aufzuhaldenden Berge von ca. 400 Millionen t bis zum Jahr 2000 allein 104 Millionen zusätzlich zu den bereits aufgeschütteten bzw. durch Betriebsplanverfahren genehmigten 80 Millionen t auf Hertener Gebiet abgelagert werden sollen, was eine ungleiche Lastenverteilung bedeutet,

keine Aussagen über mögliche Auswirkungen der geplanten Halde „Hoheward" getroffen werden.

Um aber auch ihren Beitrag zur künftigen Sicherung der Energieversorgung zu leisten, ist die Stadt Herten im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Bergbau bereit, den nach dem Rahmenkonzept vorgesehenen Haldenflächen zuzustimmen. Sie macht jedoch ihre Zustimmung von der Erfüllung verschiedener Forderungen abhängig:

1. Es sind die Planung absichernde Gutachten zur Umweltverträglichkeit der Halden zu erstellen, die sich zumindest auf folgende Sachverhalte beziehen sollen: Geologische Verhältnisse, bodenmechanische und hydrologische Auswirkungen, landschaftsökologische Gegebenheiten und Auswirkungen, landschaftsplanerische Notwendigkeiten, klimatische Verhältnisse und Veränderungen, bestehende und zukünftige Immissionsbelastungen.

2. Die für den Haldenstandort „Hoheward" vorgesehene Schüttmenge ist um ca. 40% zu reduzieren, um eine Gestaltung der Halde nach Kriterien des Landschaftsbaues zu ermöglichen. Damit einhergehend müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: der Ausnutzungsgrad, der identisch ist mit der mittleren Höhe einer Halde, darf die Größe 30 cbm/qm nicht übersteigen; die maximale Höhe der Halde darf allenfalls 70—75 m über Gelände betragen, wobei Ausnahmen nur aus Gestaltungsgründen zulässig sind; die Böschungswinkel dürfen das Verhältnis 1:3 im allgemeinen nicht überschreiten.

3. Für die Haldenflächen ist die Möglichkeit der späteren Verwendung, unter anderem Bebauung und Rekultivierung, nachzuweisen. Zur Sicherstellung zukünftiger Nutzungen sind die Halden in die Verfügungsgewalt der Stadt Herten zu übergeben. Sollte eine Bebauungsmöglichkeit nicht bestehen, so sind der Stadt Herten entsprechende Ersatzflächen zur Wohnbebauung und Industrieansiedlung auszuweisen.

4. Die Betriebspläne für die Halden „Emscherbruch" und „Hoppenbruch" sind im Rahmen eines neuen Verfahrens aufzugeben, um eine zukünftige Landschaftsgestaltung nicht zu gefährden.

5. Der Bergetransport ist so schnell wie möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

6. Es sind die Entwicklungstendenzen für eine Entsorgung der Hertener Schachtanlagen nach dem Jahre 2000 anzugeben. Dabei sind die zukünftigen Planungsabsichten für den gesamten Raum „Emscherbruch" darzustellen.

7. Es ist zuzusichern, daß andere Bereiche und Randbereiche der Stadt Herten, so der gesamte nördliche und nordwestliche Raum, also auch Steinacker und Oberfeldingen, für Schüttungen ausscheiden.

8. Es ist eine von allen Beteiligten getragene Lösung für die Verlagerung der Hoheward-Siedlung zu finden, die keine materiellen Nachteile für die betroffenen Siedler mit sich bringt.

9. Die für die Stadt Herten durch den Bergbau bestehenden und zukünftigen Belastungen sind durch finanzielle Förderungen infrastruktureller Einrichtungen der Stadt auszugleichen.

HEUTE außerdem

● **Kindertheater:** „Konrad oder Das Kind aus der Konservenbüchse" **(3. Lokalseite)**

● **Fußball:** Die Jugendsportler waren aktiv. **(2. Lokalseite)**

● **Jugendzentrum Süd:** SPD-Ratsherren fragen, wann's losgeht. **(3. Lokalseite)**

„Heiße Eisen" im „kleinen Rat": Ausgaben für Gutachten?

Herten. Soll ein Umweltverträglichkeitsgutachten für die geplante Großhalde „Hoheward" in Auftrag gegeben werden? Sind hierfür auf parlamentarischem Wege überplanmäßige Ausgaben zu bewilligen? — Fragen, die am heutigen Mittwoch die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses beschäftigen werden. Die Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils schließt mit dem diesbezüglichen Punkt.

Der „kleine Rat" beginnt seine Sitzung um 17 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Rathauses. Die Parlamentarier werden auch eine Empfehlung zu treffen haben, ob der von der Verwaltung angeregten Änderung der Rats- und Ausschuß-Geschäftsordnung zugestimmt werden kann. Der Vorschlag sieht vor, daß ab Mai jedes Ratsmitglied und jede Fraktion Sachanträge zu Tagesordnungspunkten stellen können, um eine Entscheidung herbeizuführen. Die Fraktionen konnten dies auch [illegible] ansonsten mußten aber nach [illegible] ein Fünftel der Rats- [illegible] treffenden Antrag

„Heiße Eisen" im „kleinen Rat": Ausgaben für Gutachten?

Herten. Soll ein Umweltverträglichkeitsgutachten für die geplante Großhalde „Hoheward" in Auftrag gegeben werden? Sind hierfür auf parlamentarischem Wege überplanmäßige Ausgaben zu bewilligen? — Fragen, die am heutigen Mittwoch die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses beschäftigen werden. Die Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils schließt mit dem diesbezüglichen Punkt.

Der „kleine Rat" beginnt seine Sitzung um 17 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Rathauses. Die Parlamentarier werden auch eine Empfehlung zu treffen haben, ob der von der Verwaltung angeregten Änderung der Rats- und Ausschuß-Geschäftsordnung zugestimmt werden kann. Der Vorschlag sieht vor, daß ab Mai jedes Ratsmitglied und jede Fraktion Sachanträge zu Tagesordnungspunkten stellen können, um eine Entscheidung herbeizuführen. Die Fraktionen konnten dies auch bisher; ansonsten mußten aber nach alter Fassung ein Fünftel der Ratsmitglieder den betreffenden Antrag fordern.

Als zweites Gremium wird der Haupt- und Finanzausschuß sich mit der vorgeschlagenen Neufassung der städtischen Satzung für die Erhebung von Erschließungsgebühren beschäftigen.

Im weiteren Sitzungsverlauf wird der Ausschuß zu insgesamt sieben vorgeschlagenen Programm-Beschlüssen Stellung nehmen. Beschluß-Empfehlungen sind auszusprechen zu den Themen „Erschließungsstraße im Industriegebiet Westerholter Straße", zu Kanalbau-Maßnahmen an der Bahnhof-, Akker-, Franz-, Hermannstädter, Siebenbürgen- und Kronstädter Straße. Ebenso steht der Ausbau der Feldstraße in zwei Streckenabschnitten und die Verbreiterung der südlichen Ewaldstraße zur Debatte.

Heimkehrerladen

10.4.81

„Luftkurort" Hochlarmark

Recklinghausen. Mit Gasmasken ausgerüstet, wollen DKP-Mitglieder am 28. April an den Ortseinfahrten nach Hochlarmark Schilder mit der Aufschrift „Luftkurort Hochlarmark" anbringen. Damit sollen auf die nach Ansicht dieser Partei unhaltbaren Umweltbelastungen für Hochlarmark hingewiesen werden.

So behauptet die DKP unter Berufung auf den Luftreinhalteplan der Landesregierung, daß die Schadstoffbelastung in Hochlarmark besonders hoch sei. Und weitere Belastungen, so sei zu befürchten, bringe die im Bau befindliche Rohstoffrückgewinnungsanlage in Herten mit sich. Auch für diese Behauptung gibt die DKP eine Quelle an: Das Buch „Seweso ist überall", in dem dokumentiert werde, daß solche Anlagen nicht imstande seien, alle Schadstoffe zu filtern.

Sitzplätze waren schon vor Veranstaltungsbeginn Mangelware: Hunderte von Schloßbesuchern aller Altersgruppen drängten sich im großen Schloßsaal, um den Münchener Helmut Ruge mit seinem Programm „Ich trau' uns alles zu" zu erleben. Fotos (2): Egon Kordts.

Münchener Kabarettist kam mit scharfen Worten 7.4.87

Helmut Ruge zum Haldenthema: „Glückwünsche zum Skigebiet!"

Persiflagen auf „Etablierte" und „Alternative" / Schwerpunkt Umweltfragen

HERTEN. (rkl) Bis zur bayrischen Landeshauptstadt sind etwa 800 Kilometer Autobahn zu bewältigen - das kann jeder Reiselustige seinem Atlas entnehmen. Schließt man sich der Sichtweise des bekannten Kabarettisten Helmut Ruge an, wird diese räumliche Distanz aber durch die Gemeinsamkeit an umweltpolitischen Sünden überbrückt. Ruges sarkastischer Vorschlag: der cadmium-, dreck-, lärm- und abgasgeschädigte Münchener Norden solle doch mit dem Hertener Süden in einen Austausch des Unrats „einsteigen" - schlimmer könnte es ja kaum noch werden. Der aus Funk und Fernsehen bekannte Gast hatte vor Beginn seiner Vorstellung zum Ausklang der Schloß-Eröffnung Informationen zur hiesigen Haldensituation gesammelt - er beglückwünschte die Zuhörer denn auch gleich zu dem „neuen Skigebiet", zu dem Herten wohl auserkoren würde, wenn erst einmal alle Täler zugeschüttet wären. In einem Seitenhieb empfahl der Künstler den Pistenbenutzern allerdings, bei ihren Abfahrten nicht die Müllwege zu kreuzen.

„Ich trau' uns alles zu" lautete der Titel des satirischen Programmes, das der Münchener vor dichtbesetzten Reihen vortrug. Gemeint waren mit diesem Motto ebenso die Verantwortlichen der Landes- und Bundespolitik wie auch die Politiker und Bürger der Gastgeberstadt. Ruges ironische Kritik richtete sich gleichermaßen gegen (seiner Darstellung nach) verhängnisvolle Tendenzen der Gegenwartspolitik wie auch gegen verantwortungsloses Handeln Einzelner.

Hierzu das ebenso komische wie ernstgemeinte Anschauungsbeispiel: ein Vater spielt laut denkend die verschiedenen Möglichkeiten durch, seinem jugendlichen Sohn klarzumachen, warum das energiewirtschaftliche Chaos bevorstünde. Der Unwillen der Hauptfigur, auf sein Auto und anderen Luxus zu verzichten, gerät ebenso in die „Schußlinie" der satirischen Kritik wie die gedankenlose Rohstoff-Politik „im Großen".

Kaum ein aktuelles Problemfeld, das der Münchener nicht berührte - zum Thema „Rohstoffe und Energie" hielt er Bezüge zum Ruhrgebiet bereit. „Die Arbeitsgebiete werden immer öfter unter die Erde verlegt. Das hat der Bergbau hier schon verwirklicht, damit die Leute oben noch was zu lachen haben". Besonders ausgeprägt schien das Engagement Ruges für Umweltfragen. So karikierte er: „Wozu brauchen wir sauberes Wasser? Das haben diese jungen Leute von heute gar nicht verdient; die meisten von ihnen hätten sich sowieso nicht damit gewaschen."

Die funktionelle Trennung vieler Städte - nach Ruges Worten könne sie auch an Herten nicht spurlos vorbeigehen - war ein weiterer Zielpunkt der ironischen Scherze. So prognostizierte der Gast, es werde bald eine architektonisch „tote" Innenstadt geben - Dia-Projektoren müßten dann die Illusion schöner Fassaden auf nackten Beton werfen. Für die Nachkommenschaft seien in einem Extra-Stadtviertel hauptberufliche Eltern (mit Aufstiegsmöglichkeiten zu Großeltern) zuständig.

Im folgenden widmete sich der Kabarettist eindringlich Jugendproblemen, bissiger Parteienkritik (hier wurden auch „Grüne" und „Alternative" mit scharfer Kritik bedacht), schließlich unnötigen Wettbewerbs-Zwängen in Schule und Beruf („Ohne Noten wären wir auch nicht dümmer!").

Helmut Ruge - das betonte er vor seinem Publikum - war nicht gekommen, um besser als andere Künstler zu sein. Er wollte „nur sagen, was zu sagen war". Die Zuhörer honorierten dies mit begeistertem Applaus.

Hier sagen Leser ihre Meinung

WAZ 2/9.81

„Hier verkommt die Demokratie"

Herten. Der bevorstehende Besuch von Ministerpräsident Johannes Rau veranlaßte Hans-Heinrich Holland von der Bürgerinitiative „Halde" Herten, ihm einen Brief zu schreiben. Darin heißt es:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rau!

Wenn Sie Ende dieser Woche in Herten zur offiziellen Schloßeinweihung zu Gast sind, dann lassen Sie sich nicht durch die Ruhe in Herten täuschen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, will die Ruhrkohle AG in Herten die größte Halde Europas anschütten. Damit sind die Bürger Hertens nicht einverstanden, da sie um ihre Gesundheit und materielle Folgelasten fürchten müssen. Die Super-Halde ist in einem Gebiet geplant, das durch eine Reihe von Großemittenten umweltmäßig erheblich vorbelastet ist. Bereits heute weichen zum Beispiel die Werte von SO_2 um 571% von dem geforderten Wert der TA-Luft ab. Zu welchen katastrophalen Entwicklungen es in Herten (und Umgebung!) kommen kann, wenn erst das (heimlich) erheblich erweiterte sogenannte „Rohstoffrückgewinnungszentrum" (früher: Müllverbrennungsanlage) in Betrieb geht, wagen wir uns gar nicht vorzustellen.

Die Sozialdemokratische Partei verfügt über die absolute Mehrheit im Hertener Stadtrat, deshalb ist gerade das Verhalten der SPD-Stadtverordneten für die Stellungnahme zum Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten von großer Bedeutung. Wir mußten leider feststellen, daß zwar nach außen der demokratische Schein gewahrt und eine Bürgerversammlung veranstaltet wurde, aber die Anregungen und Bedenken der Bürger bis heute nicht Eingang in die politische Sachdiskussion gefunden haben. Hier verkommt die Demokratie zu einer Methode, inhaltliche Aspekte werden respektlos außer acht gelassen.

Um überhaupt die Reaktion der Hertener SPD auf die Bürgerinitiative zu erfahren, mußte die BI eine Studie anfertigen. Sie enthält viel Schmeichelhaftes (siehe Anlage) für die Hertener SPD. Diese Studie war in der letzten Ratssitzung für einen SPD-Ratsherrn der Anlaß, eine Bürgerbeschimpfung zu veranstalten.

Daß Ihnen im Schloßpark keine Demonstranten mit Gasmasken auf dem Gesicht gegenüberstehen werden, hat ursächlich mit den skandalösen Vorfällen im Hertener Rat zu tun. Wir wollen damit demonstrieren, daß uns das Problem der Bergehalde zu wichtig ist, um es der Unsachlichkeit preiszugeben, wie wohl einige SPD-Ratsherren wollen.

Wir geben mit dieser Entscheidung ein wichtiges Mittel von Bürgerinitiativen aus der Hand, die Möglichkeit Publizität für die Probleme der Hertener Bevölkerung auch überregional zu erlangen. Es ist uns aber wichtiger, die Sachargumentation in den Vordergrund zu stellen.

Einen Tip zur Fahrroute im Hertener Süden möchten wir Ihnen noch geben. Da man in der letzten Woche die Hoppenbruch-Halde an der Ewaldstraße (Richtung Wanne-Eikkel — Herten vom Emscherschnellweg kommend) mittels Fichten zu verschönern versucht, raten wir Ihnen, sich doch lieber die Kehrseite anzusehen. Sie brauchen dazu nur in die Straße zum RZR (Rohstoffrückgewinnungszentrum) zu fahren und in die 1. Straße links (Hohewardstraße) abzubiegen, dann können Sie auch gleich, neben drei Großhalden in ihrer inoffiziellen, kahlen Pracht, die Siedlung der Hohewardsiedler bewundern, die nach dem Willen des Regierungspräsidenten (nicht nur von ihm!) zugekippt werden soll.

Wenn Sie in 2 Jahren wieder nach Herten kommen sollten, dann können Sie gerne die Ewaldstraße in Richtung Herten befahren, dann sind nämlich die angepflanzten Fichten eingegangen.

In der Hoffnung, daß sie all dies bedenken, wenn Sie nach Herten kommen und eine ungestörte Einweihung des Schlosses erleben, verbleibe ich im Namen vieler, vieler Hertener Bürger und der Bürgerinitiative „Halde" mit freundlichen Grüßen

Ihr ums Wohl der Stadt Herten besorgter Mitbürger ..."

W.A.Z.

1/2.81 „Durch die Ruhe nicht täuschen lassen"

Die Bürgerinitiative „Halde" hat sich in einem offenen Brief an Ministerpräsident Johannes Rau gewendet. Es heißt wörtlich:

„Wenn Sie Ende dieser Woche in Herten zur offiziellen Schloßeinweihung zu Gast sind, dann lassen Sie sich nicht durch die Ruhe in Herten täuschen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, will die Ruhrkohle AG in Herten die größte Halde Europas anschütten. Damit sind die Bürger Hertens nicht einverstanden, da sie um ihre Gesundheit und materielle Folgelasten fürchten müssen. Die Super-Halde ist in einem Gebiet geplant, das durch eine Reihe von Großemittenten umweltmäßig erheblich vorbelastet ist. Bereits heute weichen z. B. die Werte von SO2 um 571 % von dem geforderten Wert der TA-Luft ab. Zu welchen katastrophalen Entwicklungen es in Herten (und Umgebung!) kommen kann, wenn erst das (heimlich) erheblich erweiterte sog. „Rohstoffrückgewinnungszentrum" (früher: Müllverbrennungsanlage) in Betrieb geht, wagen wir uns gar nicht vorzustellen.

Die Sozialdemokratische Partei verfügt über die absolute Mehrheit im Hertener Stadtrat, deshalb ist gerade das Verhalten der SPD-Stadtverordneten für die Stellungnahme zum Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten von großer Bedeutung. Wir mußten leider feststellen, daß zwar nach außen der demokratische Schein gewahrt und eine Bürgerversammlung veranstaltet wurde, aber die Anregungen und Bedenken der Bürger bis heute nicht Eingang in die politische Sachdiskussion gefunden haben. Hier verkommt die Demokratie zu einer Methode, inhaltliche Aspekte werden respektlos außer acht gelassen.

Leserbriefe

Um überhaupt die Reaktion der Hertener SPD auf die Bürgerinitiative zu erfahren, mußte die BI eine Studie anfertigen. Sie enthält nicht viel Schmeichelhaftes — die WAZ berichtete — für die Hertener SPD. Diese Studie war in der letzten Ratssitzung für einen SPD-Ratsherren — Kasperek (SPD) — der Anlaß eine Bürgerbeschimpfung zu veranstalten.

Daß Ihnen im Schloßpark keine Demonstranten mit Gasmasken auf dem Gesicht gegenüberstehen werden, hat ursächlich mit den skandalösen Vorfällen im Hertener Rat zu tun. Wir wollen damit demonstrieren, daß uns das Problem der Bergehalden zu wichtig ist, um es der Unsachlichkeit preiszugeben, wie es wohl einige SPD-Ratsherren wollen.

Wir geben mit dieser Entscheidung ein wichtiges Mittel von Bürgerinitiativen aus der Hand, die Möglichkeit Pubhzität für die Probleme der Hertener Bevölkerung auch überregional zu erlangen. Es ist uns aber wichtiger, die Sachargumentation in den Vordergrund zu stellen.

Einen Tip zur Fahrroute im Hertener Süden mochten wir Ihnen auch noch geben. Da man in der letzten Woche versucht, die Hoppenbruch-Halde an der Ewaldstraße (Richtung Wanne-Eickel — Herten vom Emscherschnellweg kommend) mittels Fichten zu verschönern, raten wir Ihnen, sich doch lieber die Kehrseite anzusehen. Sie brauchen dazu nur in die Straße zum RZR (Rohstoffrückgewinnungszentrum) fahren und die 1. Straße links (Hohewardstr.) abbiegen, dann können Sie auch gleich, neben den drei Großhalden in ihrer inoffiziellen kahlen Pracht, die Siedlung der Hohewardsiedlung bewundern, die nach dem Willen des Regierungspräsidenten (nicht nur von ihm!) zugekippt werden soll. Wenn Sie in 2 Jahren wieder nach Herten kommen sollten, dann können Sie gerne die Ewaldstraße in Richtung Herten befahren, dann sind nämlich die angepflanzten Fichten eingegangen.

In der Hoffnung, daß sie all dies bedenken, wenn Sie nach Herten kommen und eine ungestörte Einweihung des Schlosses erleben, verbleibe ich im Namen vieler, vieler Hertener Bürger und der Bürgerinitiative ‚Halde' mit freundlichen Grüßen Ihr ums Wohl der Stadt Herten besorgter Mitbürger."

CDU-Oberhausen

W.A. 28,29./1.81

Bergetransport: Theo Ahmann schickt Hilfe

Handelt RP Sondertarife mit der Bundesbahn aus?

HERTEN. (da-bo) Dem Transport von Bergematerial in Richtung Norden will sich die CDU-Fraktion aus Oberhausen voll anschließen. Das berichtete Theo Ahmann, der von seinen Parteifreunden aus der Ruhrgebietsstadt um Hilfe gebeten wurde. Theo Ahmann: „Der Oberhausener Fraktionsvorsitzende Hagemann hat mich angerufen, und um entsprechende Unterlagen für die Sitzung seiner Fraktion am Montag gebeten." Der Scherlebecker CDU-Ratsherr hält bekanntlich viel vom Haldenmaterial als Baustoff und kann sich dessen Einsatz für den Hausbau ebensogut wie für den Deichbau denken.

Ahmann, der gründlich recherchiert hat, behauptet sogar, daß es Verhandlungen eines Regierungspräsidenten mit der Bundesbahndirektion in Mainz gibt. In diesen Gesprächen soll es um Sondertarife für den Transport von Bergematerial per Schiene gehen. Von diesen Verhandlungen hätten auch die Oberhausener gewußt, die ähnliche Probleme, wie die Hertener drücken.

Doch das ist noch nicht alles, was Theo Ahmann herausbekommen hat. Einmal auf der Fährte, förderte er auch zutage, daß sämtliche Straßen in den alten Zechensiedlungen Hertens, z.B. in Scherlebeck und Langenbochum, die zwischen 1900 und 1930 gebaut wurden, mit Haldenmaterial gemacht sind. Theo Ahmann: „Der Bergeabraum gab diesen Straßen so gesunde Fundamente, daß sie auch heute noch zu den Straßen mit den wenigsten Schäden zählen."

Kommentar

SPD-Fraktionsvorsitzender Karl Steinhart ist ein prima Wetterfrosch. Am Mittwochabend sah er in der Ratssitzung dunkle Gewitterwolken aufziehen und einen Tag später rummelte es tatsächlich. Der Prophet aus dem Süden hatte natürlich - aber wie soll Petrus das wissen - sein Wolkenbild lediglich auf die Finanzlage unserer Stadt bezogen. Aber auch damit liegt er nicht daneben. Die Beschlüsse der letzten Jahre sind ganz schön ins Geld gegangen und es wird höchste Zeit, die Notbremse zu ziehen. Dazu sind alle Fraktionen - das machte die Ratssitzung deutlich - bereit. Streicht man einmal die zweifelhaften Ausflüge in die Bundes- und Landespolitik aus den 50 Seiten Etatreden der drei Fraktionschefs, bleibt eine große Übereinstimmung in der Bewertung der Lage und den notwendigen Maßnahmen übrig. Deutlich wie nie zuvor räumte selbst Karl Steinhart ein, ihm werde angesichts des Schuldenberges angst und bange - und sein Hinweis, noch habe man in der guten, alten Finanzoase Herten alles im Griff, ist ein Schönheitspflästerchen auf einem faulen Ei. Der Rotstift wird in Herten den Bleistift ablösen - auch beim Stellenplan der Verwaltung. Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, daß man nicht Einrichtungen wie z.B. die Musikschule beschließen kann, ohne für das notwendige Personal zu sorgen. „Keine neue Stelle mehr" ist eine unsinnige Forderung.

So mies wie die Finanzlage war auch in weiten Teilen die Diskussion im Rat zu den Bürgeranträgen Thema „Halde". Statt Diskussion zur Sache das alte parteipolitische Kämpfchen, statt schlichter Auseinandersetzung mit Bürgerbedenken polemische Abqualifizierung durch SPD-Fraktionsvorstandsmitglied Bernhard Kasperek, der diesen Stil längst abgelegt zu haben schien. Die Art, wie man in letzter Zeit im Rat miteinander und wie ein Teil des Rates mit Bürgern umgeht, ist besorgniserregend. Und wenn Karl Steinhart sagt, „kleinliches Gezänk und persönliche wie parteipolitische Profilierungssucht können der Sache nur schaden" sind das schöne Worte - bisher leider nur auf dem Papier. Gregor Spohr

Sieben begrünte Halden für die Revier-Bevölkerung

ESSEN. Der erste Schritt ist getan. Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) hat jetzt die erste abgeschlossene Halde übernommen, um sie der Bevölkerung künftig als Naherholungsfläche zur Verfügung zu stellen: Die Halde Gärtnerbecken in Dinslaken ist in Anwesenheit von Vertretern der Ruhrkohle AG und der Stadt Dinslaken der Bevölkerung offiziell übergeben worden. Sechs weitere Halden sollen im Ruhrgebiet nach Vorstellung des Kommunalverbandes in den kommenden Monaten dazukommen.

Seit der Ruhrgebietskonferenz 1979 ist der KVR nicht untätig gewesen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden, der Ruhrkohle und den örtlichen Zechenverwaltungen ist ein Programm zur Übernahme von zunächst sieben Bergehalden erarbeitet worden. Die erste von sieben ist jetzt übergeben worden. Ein dafür abgeschlossener Gestaltungsvertrag sieht vor, daß der Kommunalverband Ruhrgebiet den Besitz und die Pflege des Waldes, die Stadt Dinslaken die Unterhaltung der Wege, Grünflächen und die Verkehrssicherungspflicht übernehmen.

Wie betont wurde, hofft der Kommunalverband bei der Übernahme weiterer Halden auf finanzielle Förderung durch die Landesregierung oder auf kostenlose Übergabe durch den Besitzer.

Welche Bedeutung die abgeschlossenen Halden für das Ruhrgebiet haben, zeigt dieser Zahlenrückblick: Von Hamm bis Moers in Ost-West-Richtung und von Recklinghausen bis ins Ruhrtal von Norden nach Süden befinden sich zur Zeit auf einer Fläche von rund 2400 Hektar 230 Halden und Anschüttungen. Die Haldenflächen sind zwischen 1,5 und bis 50 Hektar groß. 155 dieser Halden sind inzwischen abgeschlossen. Über Jahrzehnte sind im Ruhrgebiet dadurch Freiflächen in beängstigendem Ausmaß verbraucht worden. Nichts liegt nach Meinung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet näher, als diese Freiflächen zu Grün- und Erholungsflächen für die Anwohner zu rekultivieren.

Samstag, 28. März 1981 WAZ

SPD kontra Bürgerinitiative

„Eine Frechheit — wie sie im Buche steht!"

„Studie verläßt Sachlichkeit"

Markige Worte fand in der letzten Ratssitzung SPD-Fraktionsvize Bernhard Kasperek zur Studie der „Bürgerinitiative Halde", in denen diese der Mehrheitsfraktion „mangelnde innerparteiliche Demokratie", „fehlende Solidarität" und ähnliches vorgeworfen hatte. Der „Spitzenpolitiker" (so FDP-Vorsitzender Gengenbach) sagte: „Diese pseudowissenschaftliche Aneinanderreihung von Zitaten macht oberflächlich den Eindruck von Gewissenhaftigkeit!"

Kasperek steigerte sich: „Wir sind eine Partei, die eine Menge Meinungen zuläßt. Diese Studie ist eine Diffamierung des Willensbildunngsprozesses und der Politiker, die diesen Leitantrag formuliert, und der SPD-Mitglieder, die ihn diskutiert haben und einmütig hinter diesem Antrag stehen. Uns mangelnde Solidarität vorzuwerfen ist eine Frechheit wie sie im Buche steht. Es waren ja gerade Sozialdemokraten, die überhaupt das Gespräch mit dem Bürger herausgefordert haben."

Und an die Bürgerinitiative — die auf der Tribüne der SPD-Schelte lauschte — gewandt: „Sozialdemokraten haben sich zum Beispiel nie erlaubt, in den Willensbildungsprozeß einer Bürgerinitiative einzugreifen und ihnen vorzuschreiben, was sie beschließen sollen. Und das gleiche Recht nehmen wir auch für uns in Anspruch."

FDP-Gengenbach reagierte schnell: „Das ist eine klassische zynische Fensterrede gewesen, Herr Kasperek! Wer so mit Bürgeranträgen umgeht, darf sich nicht wundern." Mehrere Redner von SPD und CDU drückten ihr Bedauern aus, daß die Bürgerinitiativ-Studie die gebotene Sachlichkeit vermissen lasse. Und SPD-Fraktionsführer Steinhardt mahnte: „Was denken sich diese Leute? Glauben Sie denn, daß wir nicht um das Wohl der Bürger ringen? Was die wissen, wissen wir auch! Wer den Dialog will, muß ihn auf der Basis der Sachlichkeit führen, sonst erreicht er nur die Kontroverse!"

Lend-Antrag führte zu Befangenheits-Diskussion im Rat

27.3.81

Willi Wessel: „Ich werde mich vor Sachentscheidung erklären"

CDU: Vertrauen zum Bürgermeister besteht / Antragsforderungen „vom Tisch"

HERTEN. (rkl) „Der Lend hat mit seinem Antrag mehr erreicht, als er sich in seinen kühnsten Träumen hätte erhoffen können", munkelten Sitzungs-Beobachter am Rande des Geschehens. Nach monatelanger Beratungszeit hatte die Verwaltung ihre - fast durchweg ablehnende - Stellungnahme zu dem Bürgerantrag des Hertener Juristen vorgelegt (wir berichteten). Nach außerordentlich scharf geführter Debatte folgte ihr der Rat bei seiner letzten Sitzung. Einer der wesentlichen Antragspunkte Lothar Lends war das Problem der Befangenheit von Ratsmitgliedern in der Haldenfrage gewesen. Das Stadtparlament widmete sich dieser Frage - über weite Strecken völlig losgelöst von der Antragsberatung - in mehr als einstündiger Diskussion. Bürgermeister Willi Wessel - er war aufgrund seiner hauptberuflichen Beschäftigung bei der Ruhrkohle AG wiederholt ins Kreuzfeuer der Kritik geraten - gab nach mehrmaliger Aufforderung eine Grundsatzerklärung ab: bis zum jetzigen Zeitpunkt halte er sich weder rechtlich noch persönlich für befangen. Im übrigen kündigte Wessel an, er werde sich hierzu endgültig erklären, wenn eine klare Sachentscheidung anstünde.

Der Bürgermeister genießt nach wie vor das Vertrauen des Rates. Das versicherten sowohl Sprecher „seiner" SPD-Fraktion als auch Heinz Muhs für die Christdemokraten. Wäre dem nicht so, hätte die Minderheitsfraktion - so Muhs - „das auch längst deutlich gesagt". Der CDU-Politiker wertete die Bemühungen Wessels um eine Befangenheits-Aussage des Regierungspräsidenten zu seiner Person als Anzeichen dafür, daß der Ratsvorsitzende selbst gezweifelt habe. Mehrere Sprecher der CDU äußerten allerdings ihr Befremden, daß den Ratsmitgliedern der Wortlaut des Briefes aus Münster nicht zugestellt worden war.

Oberkreisdirektor Rudolf Pezely schließlich hatte in einem Schreiben jede Befangenheit des Hertener Bürgermeisters in Abrede gestellt. Wessel selbst zu dieser Frage :„Das RP-Urteil habe ich erbeten, um mir persönliche Rechtssicherheit zu verschaffen. Ich halte mich somit rechtlich - hier sei auf beide Gutachten verwiesen - wie auch persönlich bisher nicht für befangen. Ich habe als Bürgermeister immer nach Auftrag gehandelt. Unabhängig von meiner Tätigkeit im Bergbau kann mir das Wohl der hier ansässigen Bergbauindustrie und der in ihr arbeitenden Menschen aber nicht gleichgültig sein."

Mit Nachdruck verwiesen Sprecher aller Fraktionen darauf, daß die Befangenheitsfrage politisch und nicht juristisch zu beantworten sei: die Gemeindeordnung sieht vor, daß im Bedarfsfall hier der Rat das letzte Wort hat. Als Entscheidungskriterium - so wieder Muhs - könne hier die Tatsache herangezogen werden, daß Wessel seine Informationen in Sachen Haldenplanung nicht frühzeitig dem Rat, sondern zuerst den „entscheidenden" Gremien bekannt gemacht habe. Andererseits, darauf machte Alfred Pusch (SPD) aufmerksam, müsse bei der persönlichen Beurteilung Wessels auch berücksichtigt werden, daß dieser weder andlungsbevollmächtigter der Ruhrkohle AG sei noch deren Vorstandsmitglied.

Einig schienen alle Fraktionen bei der Feststellung Hans Teichmanns (SPD): „Die Diskussion zu diesem Punkt war überfällig und durfte nicht länger nur in Leserbriefen geführt werden."

Mit den Stimmen der SPD und der Mehrheit der CDU folgte der Rat der von der Verwaltung vorgeschlagenen Ablehnung zum Lend-Antrag. Lediglich die Prüfung, ob der LKW-Bergetransport einer Sondernutzungserlaubnis bedarf, stieß auf fast ungeteilte Ratszustimmung. Die vun Lend geforderte Berufs-Offenlegung der Ratsmitglieder und andere Punkte (wir berichteten) sind mit der Ratsentscheidung somit „vom Tisch", wenn auch die Verwaltungs-Stellungnahme von einigen Parlamentariern, unter ihnen Peter Gengenbach (FDP), als „zu lapidar" empfunden wurde. Die kurzfristig von Lend in Umlauf gebrachte „Klarstellung" zur Verwaltungs-Erklärung war dabei nach Stadtdirektor Pickmanns Worten „kein Anlaß zu irgendeiner Korrektur".

Harte Worte zur Haldenstudie

„Nur Zitatensammlung" Verständnis bei CDU

Fraktionen betroffen von Kasperek-Äußerungen

HERTEN. (rkl) „Die Studie der Bürgerinitiative Halde erweckt den Eindruck einer wissenschaftlichen Abhandlung. Bei eingehender Betrachtung erweist sie sich jedoch als eine pseudowissenschaftliche Aneinanderreihung von Zitaten mit einer Häufung unsinniger Bemerkungen!" Mit diesen Sätzen zog sich Bernhard Kasperek, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, in der Ratssitzung schärfste Kritik von allen Seiten zu. Bei der inhaltlichen Beurteilung der 14seitigen Initiativen-Schrift waren sich die Fraktionen erklärtermaßen einig: die Verfasser hätten sich wohl doch in der Tonlage vergriffen. Vorwürfe, die SPD täusche Mitglieder und Bürger absichtlich, wende dubiose Herrschaftstechniken an etc. hätten mit der Hertener Ratspraxis wohl wenig zu tun. Dennoch nahm das Stadtparlament Kaspereks Worte mit sichtlicher Betroffenheit zur Kenntnis. Für Theo Ahmann - er verließ später den Saal unter Protest - waren sie „eine Schamlosigkeit", Peter Gengenbach (FDP) wertete sie als „zynischste, klassische Fensterrede, die ich je in diesem Hause gehört habe".

Karl Steinhart ergriff für die SPD-Fraktion - denn nur sie wird in der Intitiativen-Studie hart angegriffen - das Wort. Wer zu so eindeutigen Behauptungen käme wie die Verfasser der vorliegenden Schrift (wir berichteten), müsse wohl übersehen haben, wie mühsam der Rat seit langem berate und seine Entscheidungen zur Haldenproblematik abwäge.

Von christdemokratischer Seite ernteten die Genossen Verständnis. So bezeichnete es Franz Mihsler als „durchaus verständlich", daß sich die SPD gegen so schwere Vorwürfe massiv zur Wehr setze (Heinz Muhs: „Das hätten wir auch getan. Außerdem wären wir aber zu der Bürgerinitiative gegangen und hätten mit ihr gemeinsame Beratungen begonnen"). Die Schärfe von Kaspereks Worten allerdings machten den CDU-Politiker „betroffen"; Sprecher der eigenen Fraktionen sahen in den schroffen Äußerungen Zeichen von „Übereifer".

Bei drei Stimmenthaltungen kam der Rat schließlich zu einer einheitlichen Auffassung: die Forderung der Initiative, ihre Halden-Resolution (wir berichteten) als Beratungs-Grundlage für die Stellungnahme zum RP-Rahmenkonzept zu nutzen, wurde an den Planungs- und Verkehrsausschuß überwiesen. Zu dem Verlangen, den Halden-Leitantrag der SPD „nicht weiter als Richtlinie zur Stellungnahme ...zu benutzen", wurde kein Beschluß gefaßt. Kasperek hierzu: „ Das ist ohnehin nicht der Fall. Es handelt sich um einen SPD-Antrag, der dem Rat lediglich zur Kenntnis gebracht wurde".

Wanderwege zwischen Sträuchern

Mehr Bergehalden sollen der Erholung der Bürger dienen

Erstes Projekt entsteht in Dinslaken

Von ALFONS PIEPER waz RUHRGEBIET

Aus den Bergehalden sollen verstärkt Erholungsflächen werden. 230 Halden mit einer Gesamtfläche von 2400 Hektar gilt es von Hamm bis Moers und von Recklinghausen bis ins Ruhrtal. Kaum eine Stadt, die so etwas nicht hat. 155 dieser Halden sind inzwischen abgeschlossen. Nun soll verstärkt „rekultiviert" werden, so der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR). Erster Schritt des Verbandes: Er übernahm die erste dieser Halden – Gärtnerbecken in Dinslaken – um sie als stille Naherholungsfläche herzurichten.

Die Dinslakener Halde soll mit rund zwei Millionen „schnell wachsender Hölzer und Sträucher" bepflanzt werden. Dazu sind Wanderwege und kleinere Grünflächen vorgesehen. All dies soll Ende 1982 angelegt sein.

Die Sache ist allerdings nicht ganz billig. Denn allein für die Abtretung der Halde an den KVR kassiert die Ruhrkohle runde 450 000 DM, pro Quadratmeter zwei DM. Das Land beteiligt sich.

Die Unterhaltung der Wanderwege auf der Halde an der Stadtgrenze Dinslaken/Duisburg übernimmt die Stadt Dinslaken, der KVR kümmert sich um die Pflege des angepflanzten Waldes.

Kurzfristig möchte der KVR weitere sechs Bergehalden übernehmen. Als erste sollen noch in diesem Jahr die Halde der Zeche Monopol in Bergkamen und die Halde der Zeche Emscher-Lippe in Datteln den Besitzer wechseln. Auch hier hat der KVR ein Rekultivierungskonzept ähnlich dem in Dinslaken vorgelegt.

Stille Hoffnung des KVR für die Zukunft: Daß der Besitzer, also die RUhrkohle, die Halden kostenlos übergibt.

BONN (dpa)

Fünf lange gesuchte Bankräuber hat die Bonner Polizei gefaßt. Die Komplicen, denen auch ein Überfall in Dortmund nachgewiesen wurde, erbeuteten bei ihren Streifzügen durch die Bundesrepublik insgesamt 100 000 DM und Handfeuerwaffen. Auch 40 Einbrüche haben die fünf Männer der Kripo gestanden, die die Festgenommen außerdem für Betrüger und Urkundenfälscher hält.

23.3

81

Zum Tage

Beschönigung

Eine begrünte Halde ist zwar besser als eine schwarze. Aber noch besser wäre es, wenn es in der Nähe von Wohngebieten überhaupt keine Halden gäbe. Den meisten Dreck macht eine Halde, wenn sie entsteht und wenn das Bergematerial mit Lkw jahrelang durch Wohngebiete gedonnert wird.

Die Begrünung läßt die Halde dann in milderem Licht erscheinen. Deshalb wird die Begrünung auch gern als positives Argument benutzt, um der Halde die abschreckende Wirkung zu nehmen. Dennoch: Ganz zu nehmen ist ihr diese Wirkung nicht, auch nicht durch Beschönigung.

M.

Halde 2.3.87

Die Bürgerinitiative „Halde" Herten plant am 30. März, 19 Uhr, in der Gaststätte Christ, Herner Straße 68, eine Großveranstaltung. In der Einladung heißt es wörtlich: „Wir vertrauen unsere Zukunft keinem dieser windigen Politiker mehr an." Man kritisiert, daß Argumente aus der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden, und die „Ratshausparteien" ihre Haldenpolitik der Bevölkerung allem Anschein nach aufdrängen wollen. Fachleute werden in der „Halden"-Veranstaltung Auswirkungen der geplanten Superhalde auf die Gesundheit, auf die Umwelt, auf die Gesellschaft und auf die Anforderungen der Technik erläutern. Rechtliche Fragen sollen ebenfalls angesprochen werden.

Reden statt Gewalt

Herten. „Hertener Politiker provozieren Chaos". Diese Worte fallen — weil fettgedruckt — bei der Betrachtung des neuesten Flugblattes der Bürgerinitiative „Halde" zuerst ins Auge. Der verbindende Text allerdings pflegt eine nicht minder deutliche Sprache: Da ist eine Seite lang die Rede von „undemokratischem Verhalten", „Unfähigheit, eine Haldenpolitik im Interesse des Allgemeinwohles zu machen" — die Reihe ließe sich fortsetzen. Die scharfen Worte sollen auf eine Veranstaltung hinweisen: Am 30. März lädt die Initiative zu einer öffentlichen Sitzung ein, in deren Verlauf eine Reihe von Referaten und Diskussionen zum Thema „Großhalde" vorgesehen sind.

Die laut Flugblatt größte Befürchtung der Bürgerinitiativen: Das Verhalten der hiesigen Politiker könne „Steinwürfe als Argumente provizieren" — und genau das will man verhindern. „Wir lassen uns keine Politik, die zur Gewalt führt, aufdrängen!"

Statt dessen suchen die BI-Aktiven den Weg der Diskussion. Ihre Sitzung beginnt um 19 Uhr in der Gaststätte „Christ". Diskussionsleiter Schüller wird die umfangreichste Tagesordnung mit einer kurzen Themen-Vorausschau eröffnen.

Folgende Referate sind vorgesehen: „Auswirkungen auf die Gesundheit" (Dr. Arkadi Junold) „Auswirkungen auf die Umwelt" (Joachim Jürgens), „Auswirkungen auf die Gesellschaft" (Hans-Heinrich Holland), „Auswirkungen auf die Anforderungen der Technik" (Helmut Döing und Rudi Turinsky sen.)., „Rechtliche Fragen" (Lothar Lend). Den Abschluß bildet ein Kulturreferat zur Rolle der Parteien in der Haldendiskussion. Auch das weitere Vorgehen der Initiative soll besprochen werden.

Leser sagen ihre Meinung

Für BAG Lippe Kastanien aus dem Feuer holen

H.A. 25/3.81

Betr.: Bergehalden-Diskussion

Uber Halden, Bergwerksverlagerung und weitere Planungen in Datteln und Oer-Erkenschwick ist in der Vergangenheit sehr viel gesagt und geschrieben worden.

Ich war selbst Bergmann, bin seit 1939 Mitglied der IG Bergbau und Energie und kann deshalb den Standpunkt nicht verstehen, den die Vertreter der IGBE bei der Haldendiskussion einnehmen. Sie stellen das Gespenst der Arbeitslosigkeit in den Raum, sie sprechen von Gefährdung von Arbeitsplätzen und, wie IGBE-Ortsgruppenvorsitzender Schneider, von „Not und Elend" für Tausende.

Merkt die IGBE gar nicht, daß sie sich vor den Karren der BAG Lippe spannen läßt und für sie die Kastanien aus dem Feuer holen soll? Die fast vollständige Aufhaldung der Berge unmittelbar neben der Schachtanlage in Rapen bringt immense betriebswirtschaftliche Vorteile für die BAG Lippe. Unsere, auch jetzt schon stark belastete Umwelt wird zusätzlich erheblich belastet. Hierdurch sind nicht nur einige Erholungsuchende, sondern es ist die gesamte Bevölkerung in Datteln und Oer-Erkenschwick betroffen.

Der Landesplanungsminister Zöpel fordert in Übereinstimmung mit der SPD-Landtagsfraktion den Bergbau auf, mehr Bergematerial wieder unter Tage zu versetzen. Außerdem fordert er, unser schon stark belastetes Gebiet nicht weiter zu belasten. Halden sollen, wenn überhaupt, nach seiner Meinung und nach Auffassung der SPD-Fraktion in noch nicht so stark belastete Regionen gekippt werden. Dies sollte notfalls auch gegen den Widerstand des Regierungspräsidenten in Münster geschehen, der den Dreck lieber im Ruhrgebiet als in seinem Münsterland sieht.

Durch einen verstärkten Unter-Tageversatz werden mit Sicherheit erheblich mehr zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen als durch die Aufhaldung direkt neben dem Schacht. Dies muß der IGBE zu denken geben!

Die IGBE soll daher ihre bisher vorgebrachten Argumente wie Arbeitsplätze seien in Gefahr etc. fallen-lassen. Sie soll sich vielmehr dafür einsetzen, daß mit der neuen Förderschachtanlage in Oer-Erkenschwick möglichst viel für die Beschäftigten und die Bevölkerung erreicht wird. Wiegen betriebswirtschaftliche Vorteile die Nachteile einer übermäßig stark belasteten Umwelt, in der auch die Beschäftigten des Bergbaus wohnen und ihre Freiheit verbringen, auf?

Heinz Dreischoff, Ölmühlenweg 165, Datteln

Heute Ratssitzung

H. 17. 25/3.81

Bürgeranträge und Etat im Mittelpunkt

Sitzungsbeginn 17 Uhr/ Umfangreiche Tagesordnung

HERTEN. Eine Fülle von Anträgen und Anfragen sowie Beratungen zum Haushalts-Planentwurf werden dem Rat der Stadt bei seiner heutigen Sitzung (um 17 Uhr im großen Rathaus-Saal) beschäftigen. Besonders umfangreich sind hierbei die den Ratsmitgliedern vorliegenden Ausführungen des Hertener Juristen Lothar Lend. Die Verwaltung empfiehlt, seinen Januar-Antrag (Hauptpunkte: Befangenheitsfrage bei an der Haldendiskussion beteiligten Politikern, notfalls klageweise Durchsetzung von Schadensersatz-Ansprüchen gegenüber dem Bergbau usw. - wir berichteten) in großen Teilen abzulehnen. Der Antragsteller hat gleichzeitig allen Ratsmitgliedern kurzfristig eine erneute Stellungnahme zu seinem Erstschreiben zukommen lassen.

Ein weiterer Bürgerantrag - gestelltsatzung mit Änderungsanträgen und vom Schützenstraßen-Anwohner Joachim Jürgens - hat die Ergebnisse hier stattgefundener Lärmmessungen zum Inhalt. Jürgens zitiert erhebliche Differenzen der so ermittelten Werte zu Zahlen einer Verkehrszählung sowie des Generalverkehrsplanes.

Die Bürgerinitiative „Halde" beantragt eine Folgekosten-Aufstellung für die geplante Großraumhalde. Mit Bauaufsichtsfragen in Sachen RZR beschäftigt sich ein Antrag der CDU-Fraktion; drei SPD-Ratsherren stellen eine Anfrage in Sachen Bergetransporte.

Weitere Tagesordnungspunkte der Ratssitzung: die aktuelle Haushalts-Einzelpunkten wie dem Stellenplan, das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1980 - 1984, mehrere Kanalbau-Maßnahmen, das Sofortprogramm zum Radwegenetzplan (auch hierzu liegt ein zusätzlicher Einzelantrag vor), die Nutzung des Westerholter Paul-Gerhardt-Schulgebäudes als Gymnasiums-Zweigstelle, die Teileinziehung eines Teilstückes der Ewaldstraße und der Straße „Am Bramhügel", schließlich die Fernwärmeversorgung am Paschenberg-West und die Erweiterung des Umkleidegebäudes am Sportplatz Westerholt (Vorentwurf, Baubeschreibung, Kostenschätzung und Folgekostenberechnung).

„Zum Haldenkippen viel zu schade" - Theo Ahmann, wohlbekannter CDU-Ratsherr aus Scherlebeck, demonstriert am selbstgebauten Modell die Bruch- und Wasserfestigkeit „seines" alternativen Zementgemisches. Foto: Klose

Haldengestein und Zement - „ein bombenfester Baustoff!"

HA 25.1.81

Theo Ahmann: „ Alle nur gekräht, aber keiner hat untersucht" / Bruchfest

HERTEN. (rkl) Auch nach eingehender Behandlung mit der Gießkanne soll der quadratische Block noch grober Gewalt trotzen, nicht aufweichen, energische Luftsprünge eines 125 Kilo schweren Mannes verkraften, weder bröckeln noch platzen ... bei Theo Ahmanns Worten könnte man meinen, er hätte sich eine neue Betonmischung ausgedacht. Doch die ehrgeizigen Pläne des bekannten Scherlebecker CDU-Ratsherren gelten allein dem Stoff, aus dem seit Monaten bei Politikern und Bürgern bestenfalls die Alpträume sind - dem Haldenmaterial. Ahmanns Rezept: man nehme eine Tonne des ungeliebten Kohle-Abraums, mische sie mit einem Sack Zement und warte ein paar Tage ... das Resultat sei ein Baustoff, der in Wirtschaftlichkeit und Qualität seinesgleichen suche. Er kann nach den Worten des Scherlebeckers ebenso zum Deichbau in Norddeutschland benutzt werden wie zum Hausbau im haldengeplagten Ruhrgebiet.

„Welche genauen Bedingungen noch zu erfüllen wären, mit welchem Druck und in welcher Zusammensetzung das Haldengestein zu verwerten ist - ich weiß es nicht. Ich bin schließlich kein Baufachmann. Wichtig ist doch allein, daß diese Nutzungsmöglichkeiten nicht von vornherein unmöglich sind, wie einige Verantwortliche so gerne behaupten. Ob Regierungspräsident oder Kommunalverband - die haben doch alle viel gekräht und keiner hat irgend etwas untersucht!" - Nach einigen Monaten Haldendiskussion ist Theo Ahmann „der Kragen geplatzt".

Er verweist auf Antwortschreiben aus den verschiedensten „Ecken" der Bundesrepublik. Sie beziehen sich auf seine Anfrage, mit welcher Zielsetzung denn von den zuständigen Stellen geforscht worden sei und sie enthalten alle die im Grundsatz gleiche Antwort: überhaupt nicht! Zuständige Minister aus den norddeutschen Bundesländern, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und so weiter und so weiter - sie alle antworten Ahmann mit dem Tenor: jawohl, die „Sache mit den Bergen" sei ein wichtiges Problem. Man müsse über alternative Verwendungsmöglichkeiten nachdenken - aber konkretes Interesse an diesem Thema hätte noch niemand aus dem Ruhrgebiet bewiesen - kein KVR und kein Regierungspräsident.

Für den Scherlebecker Ratsherren ist das völlig unverständlich: er ist mit einfachsten Mitteln angetreten, den Beweis für seine Theorien zu liefern. Ein erster Erfolg hat sich eingestellt: voller Stolz präsentiert Ahmann seine Zement-Gesteins-Mischbrocken. Ob im Verhältnis 1:30, 1:25 oder 1:20 vermengt - bei ausreichender Trockenzeit mißlingt fast jeder Versuch, die einmal zusammengepreßten Quader wieder zu zerschmettern. Hierzu die Erklärung: „ In den meisten Fällen ist der Schiefergehalt der Masse für die guten Bindeeigenschaften verantwortlich. Doch auch wenn der mal nicht so hoch sein sollte - das Prinzip funktioniert. Denn Zement bindet bekanntlich Mineralien" Und aus denen - so Ahmann - besteht jede Art von Haldengestein in hohem Maße. Der alternative Baustoff ließe sich nach seinen Worten auch preisgünstig per Zug nach Hamburg transportieren - die Bundesbahn hätte hier ein Preisangebot von 200 Mark für 25 beförderte Tonnen Bergematerial unterbreitet. Das entspräche gegenüber dem LKW-Transport in den Hertener Süden lediglich einer Verdopplung der Kosten.

Mittwoch, 25. März 1981 WAZ

„Haldenhumor“

„Ein besonderes Beispiel von ‚Haldenhumor‘ lieferte das Bergamt Recklinghausen in diesen Tagen. Hatten doch der Jurist Lothar Lend und einige andere Bürger von Herten — so auch ich — Widerspruch gegen die betriebsplanmäßige Zulassung der Bergehalde Hoppenbruch eingelegt. Daraufhin zog das Bergamt § 3 b des Allgemeinen Berggesetzes zu Rate. Dort ist von der Geheimhaltungsverpflichtung der Bergbehörde die Rede. Diese bezieht sich vor allem darauf, daß man neu entdeckte Kohlefelder und ähnliche Dinge, die dem Bergamt gemeldet worden sind, nicht an Dritte weitergibt. —

Leserbrief

Vielleicht meint das Bergamt, daß Lothar Lend und einige andere nunmehr mit dem Mineralogenhämmerchen losziehen und irgendwo auf der Halde abbauwürdiges Gestein suchen. Anders ist diese seltsame Entscheidung nicht zu verstehen. — Man traut den Mitgliedern Bürgerinitiative ‚Halde‘ offensichtlich eine Menge zu.

Weniger mit ‚Haldenhumor‘, vielmehr mit ‚Galgenhumor‘ muß man Änderungen von Vertretern des Bergbaus betrachten, die darauf hinweisen, daß man schon seit über 100 Jahren Halden kippe und dieses keineswegs von seiten der Vertreter der Kirche zu beanstanden sei. Das sei eine Sache der Betriebsplanung und des Wirtschaftslebens, in welches die Kirche nicht hineinzureden habe. Vielleicht sollte man diesen Argumenten noch hinzufügen, daß schon der Vater Martin Luthers vor gut 500 Jahren zu den Leuten gehörte, die Halden aufschütteten (Mansfelder Bergbau).

Doch Spaß beiseite! Die Kirche hat jahrhundertelang immer wieder an der falschen Stelle geschwiegen und schädliche Entwicklungen mitangesehen. Heutzutage ist es möglich in unserer Gesellschaft Dinge, die so viele Menschen betreffen, wie die Haldenaufschüttung, mit zu beeinflussen.

Es wäre von Übel, wenn die Vertreter der Kirche wider besseres Wissen zu dieser Entwicklung im Hertener Süden: ‚Bergehalde und Müllverbrennungsanlage‘ kommentarlos schweigen würden.

Die Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen in unserem Bereich ist schon über das Maß des Erträglichen hinaus gegangen. Darum keine weiteren Halden und Umweltbelastungen im Hertener Süden! — Wenn die Haldenbauwerke und das Müllverbrennungszentrum erst einmal stehen sollten, dann ist jeder Protest zu spät, auch der Protest der Leute, die, weil sie im Hertener Norden wohnen, meinen, sie könnten nicht betroffen werden. Möglicherweise werden sie von den Emissionen stärker betroffen als Laien und Fachleute es sich zur Zeit vorstellen können.“

Für Bürgerinitiative „Halde“
Pfarrer Erhard Kuhn

Vom Sturm ge

nem Garten an der Ecke Wallstraß
Fall wurde der Baum durch eine
die Birke mit einer Motorsäge zer
ten die Wehrmänner leisten, um d
gen.

.. wo die Natur
atur ist.

Auf
wöc
ersc

Gegen „Hoppenbruch-Halde“

Lends Kampf um Licht und Luft

Bergamt: Keine Akteneinsicht

Und wieder einmal das Thema Nummer eins in Herten: Halden! Diesmal geht es einmal nicht um die geplante aber vielleicht nicht mehr geplante Großhalde, diesmal ist es ein weiterer juristischer Schlagabtausch zwischen Haldenanlieger Lothar Lend von der „Bürgerinitiative Halde“ und den Verantwortlichen des Bergamtes bzw. Landesoberbergamtes. Hintergrund des Schriftwechsels: Ein Widerspruch von Lend gegen die bereits betriebsplanmäßig zugelassene „Bergehalde Hoppenbruch“.

Lend rechnet mit den Bergbeamten, ob ihm zu Recht Einsicht in die Akten verwehrt wird — so legt das Bergamt Recklinghausen das Berggesetz aus. Lend dagegen findet, daß es nicht um „geheimzuhaltende zur amtlichen Kenntnis des Bergamtes gelangte Tatsachen“ gehe, er daher Einsicht verlangen dürfe.

Auch das nach der Verwaltungsgerichtsordnung über die Bescheidung des Widerspruchs zuständige Landesoberbergamt hat Lend angeschrieben. Er legt hierin das novellierte „Preußische Berggesetz“ von 1865 aus und kommt zu dem Schluß, daß man es aus rechstechnischen Gründen ander konzipiert hätte, wenn man eine Beteiligung eines Widerspruchsführers hätte ausschließen wollen. Zur Sache meint Lend, sein Widerspruch sei fristgerecht, ihm sei eine Zulassung des Betriebsplanes nicht bekanntgemacht worden und inhaltlich seien Schütthöhe und Staubentwicklung unzulässig hoch und es werde in sein Eigentumsrecht eingegriffen.

Hier sagen Leser ihre Meinung

HA 24.3.84

„Kirche hat zu oft geschwiegen"

HERTEN. Für die Bürgerinitiative Halde schreibt Pfarrer Erhard Kuhn:

„Ein besonderes Beispiel von ‚Haldenhumor' lieferte das Bergamt Recklinghausen in diesen Tagen. Hatten doch der Jurist Lothar Lend und einige andere Bürger von Herten — so auch ich — Widerspruch gegen die betriebsplanmäßige Zulassung der Bergehalde Hoppenbruch eingelegt. Daraufhin zog das Bergamt § 3b des Allgemeinen Berggesetzes zu Rate. Dort ist von der Geheimhaltungsverpflichtung der Bergebehörde die Rede. Diese bezieht sich vor allem darauf, daß man neu entdeckte Kohlefelder und ähnliche Dinge, die dem Bergamt gemeldet worden sind, nicht an Dritte weitergibt. Vielleicht meint das Bergamt, daß Lothar Lend und einige andere nunmehr mit dem Mineralogenhämmerchen losziehen und irgendwo auf der Halde abbauwürdiges Gestein suchen. Anders ist diese seltsame Entscheidung nicht zu verstehen. — Man traut den Mitgliedern Bürgerinitiative ‚Halde' offensichtlich eine Menge zu.

Weniger mit ‚Haldenhumor', vielmehr mit ‚Galgenhumor' muß man Äußerungen von Vertretern des Bergbaus betrachten, die darauf hinweisen, daß man schon seit über 100 Jahren Halden kippe und dieses keineswegs von seiten der Vertreter der Kirche zu beanstanden sei. Das sei eine Sache der Betriebsplanung und des Wirtschaftslebens, in welche die Kirche nicht hineinzureden habe. Vielleicht sollte man diesen Argumenten noch hinzufügen, daß schon der Vater Martin Luthers vor gut 500 Jahren zu den Leuten gehörte, die Halden aufschütteten (Mansfelder Bergbau).

Doch Spaß beiseite! Die Kirche hat jahrhundertelang immer wieder an der falschen Stelle geschwiegen und schädliche Entwicklungen mit angesehen. Heutzutage ist es möglich, in unserer Gesellschaft Dinge, die so viele Menschen betreffen, wie die Haldenaufschüttung, mit zu beeinflussen.

Es wäre von Übel, wenn die Vertreter der Kirche wider besseres Wissen zu dieser Entwicklung im Hertener Süden (Bergehalde und Müllverbrennungsanlage) kommentarlos schweigen würden.

Die Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen in unserem Bereich ist schon über das Maß des Erträglichen hinausgegangen. Darum keine weiteren Halden und Umweltbelastungen im Hertener Süden! — Wenn die Haldenbauwerke und das Müllverbrennungszentrum erst einmal stehen sollten, dann ist jeder Protest zu spät, auch der Protest der Leute, die, weil sie im Hertener Norden wohnen, meinen, sie könnten nicht betroffen werden. Möglicherweise werden sie von den Emissionen stärker betroffen, als Laien und Fachleute es sich zur Zeit vorstellen können.

H.A.

21.22./3.81

Absage für Hertener Juristen:

Beramt verweigert die Akteneinsicht

Lend: „Ich willdoch nicht Zecheneigentümer werden!"

HERTEN. Ein Jurist läßt nicht locker: Lothar Lend, in Sachen Haldenplanung engagierter und rechtskundiger Bürger, hat vom Bergamt Recklinghausen eine Absage bekommen. Die von ihm geforderte Akteneinsicht in Unterlagen zur genehmigten Hoppenbruch-Halde ist — so schreibt die Behörde — rechtswidrig. Lend hat bein Oberbergamt Dortmund gegen diese Entscheidung seinen Einspruch eingeleget.

Das Recklinghäuser Bergamt begründet seine Entscheidung mit Hinweis auf den Paragraphen 3b des Allgemeinen Berggesetzes. Er beinhaltet den Satz: „Die Bergbehörden sind zur Geheimhaltung der zu ihrer amtlichen Kenntnis gekommenen Tatsachen verpflichtet." Zulässig sei eine Akteneinsicht nur, wenn Lend eine Einverständnis-Erklärung der BAG Lippe vorlegen könne.

Für den Juristen ist diese Auffassung jedoch rechtswidrig. Der zitierte Paragraph hat nach seinen Worten „mit dem allgemeinen Verwaltungs-

Hier sagen Leser ihre Meinung

„Dahin bringen, Wo's herkommt"

In einem offenen Brief an Theo Ahmann schreibt die Bürgerinitiative Halde, Kontaktadresse Joachim Jürgens/H.-H. Holland, Schützenstraße 84:

„Sehr geehrter um das Wohl der Stadt besorgter Ratsherr Theo Ahmann! Wir sind begeistert, daß Sie mit Ihren medienwirksamen Bemühungen so schnell Erfolg hatten. Aber machen Sie sich nichts vor, soweit wie Sie gekommen sind, waren wir auch schon.

Es ist ja auch verständlich, daß der Minister für Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, Christoph Zöpel, Ihnen gegenüber nicht auf einen früheren Stand der Diskussion zurückfallen will. Immerhin wurden Herrn Zöpel bei einem Gespräch mit Mitgliedern der Bürgerinitiative „Halde" eine Resolution mit Unterschriften von 6000 Hertener Bürgern überreicht. Auch die Bemühungen der IGBE-Ortsgruppe Herten I können von ihm natürlich nicht einfach ignoriert werden. Ihr Vorstoß, Herr Ahmann, hat uns also nicht wesentlich weiter gebracht, außer daß in der überregionalen Öffentlichkeit deutlich geworden ist, daß völlig unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen gegen diese Bankrotterklärung der Städtebaupolitik, genannt !oBergehalde!!, opponieren.

Ihr Vorschlag, das taube Gestein aus 1000 m Tiefe zum Deichbau zu verwenden, entspricht leider nicht dem letzten Diskussionsstand. Bereits im November 1979 war in einer Untersuchung des KVR und der Ruhrkohle AG (Möglichkeiten zur Verwendung von Bergen aus der Steinkohleföderung außerhalb von Bergehalden), die Ihnen eigentlich auch bekannt sein müßte, da sie in den Ratsunterlagen vom Dezember 1979 enthalten war, zum Thema Deichbau mit Bergematerial zu lesen, daß die Transportkosten zu hoch sind. Da der Deichbau mit Bergematerial aber auch nur eine kurz- bis mittelfristige Lösung sein kann, ist Ihr Vorschlag nicht geeignet, dem Hertener Bürger die Sorge um die „Entsorgung" des Bergbaus langfristig zu nehmen.

Das Hauptproblem Ihres Vorschlages wäre die Subventionierung des Transportes von Bergegestein an die Nordsee. Aus den leeren Kassen des Staates müßten weiter die Folgekosten durch den Bruchbau untertage und er weieren Aufhaldung, da nicht die gesamte Menge zum Deichbau verwendet werden kann, und zusätzlich die Subvention für den Transport gezahlt werden.

Unsere Vorstellungen wären geeignet, das Bergehaldenproblem für alle Zeiten zu lösen. Schafft das Gestein dahin, wo es herkommt. Die eingesparten Mittel, die für die Beseitigung der Schäden aufgewendet werden müssen, die indirekten Belohnungen des Bergbaus für das Kippen der Halden können dazu dienen, dem Bergbau Hilfen zu zahlen, so daß unter dem Strich a) der Bergbau nicht zusätzlich finanziell belastet wird; b) das Problem der Belastung der Bevölkerung ein für allemal gelöst ist, obwohl wir uns ja weiter über das „Schandmal der Vernunft" im Hertener Süden den Kopf zerbrechen können. Unser Vorschlag könnte eine optimale Lösung bringen, jedoch muß sie politisch erst durchgesetzt werden. Dabei könnten Sie mithelfen, Herr Ahmann.

Unterstützen Sie unsere Bürgeranträge und machen Sie darauf aufmerksam, daß uns die Folgekosten des Bruchbaus und der Halde teurer zu stehen kommt, als die Kosten, die entstehen werden, das Gestein dahin zu verbringen, wo es herkommt. Denn die Gesundheit der Hertener (Recklinghäuser Süder, Wanner, Herner usw.) ist gar nicht bezahlbar!

In der Hoffnung, von Ihnen tatkräftig unterstützt zu werden, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen Ihre ebenfalls um das Wohl der Hertener Bürger besorgten Mitbürger.

„Psychologen engagieren"

Herten. Einen Leserbrief zum Thema Halde schreibt Pfarrer Erhard Kuhn, Augustastraße 12, Mitglied der Bürgerinitiative Halde. Er schreibt darin wörtlich: „Unbefangen - wie es in Herten Brauch ist - führte man am Wochenende die Gäste aus Arras , welche hier ein erfolgreiches Konzert gegeben hatten, auch zu den neuralgischen Punkten der Hertener Geographie, zur Halde und zur Müllverbrennungsanlage.

Zwar soll es anderen Kommunen gelungen sein, die geplanten Haldenstandorte des Regierungspräsidenten abzuwimmeln. Wie man hört, gibt es nicht nur in Gelsenkirchen (Oberbürgermeister Kuhlmann steht im Wort!), sondern auch im Ostvest keine Haldengefahren mehr. Aber Herten macht, unbefangen, wie man hier nun einmal ist, eine „rühmliche" Ausnahme. (Übrigens soll der Regierungspräsident festgestellt haben, daß hiesige maßgebende Politiker in der Sache völlig unbefangen seien!). Darum stellt man zur Schau, was andere Orte nicht haben und nicht haben wollen und nicht haben werden.

Man hat die Zukunft fest im Griff, man greift sogar neues Gelände westlich der Ewaldstraße an. Niemand soll es unserer Stadt zuvortun. Die Halden wachsen, die Müllverbrennungsanlage gedeiht, die Luft wird sich - bald - verschlechtern, aber das Bild unserer Stadt wird strahlen. Noch Generationen nach uns werden uns loben wegen unserer Weitsicht. Demnächst ist allerdings mit der Nahsicht nach Herne und Bochum ein Ende! - Das Fernsehen dürfte ebenfalls in Herten schlechter werden!

Was soll's! Wenn erst einmal das Wählervolk eingesehen hat, wie richtig die bisherigen Entscheidungen sind, dann dann hat man schon gewonnen! - Man sollte ein paar fähige Psychologen engagieren - wegen des Volkes! (Vorsicht auch Psychologen haben ein Gewissen!)"

3 000 DM Schaden

Herten. Auf den Pkw eines 51jährigen, der an der Ampel Feldstraße/Gartenstraße gestoppt hatte, fuhr ein nachfolgender 49jähriger Pkw-Fahrer auf. Der 51jährige wurde verletzt. Den Sachschaden schätzt die Polizei auf 3 000 DM.

Partie gewonnen

Herten. Die 2. Mannschaft der BG Herten siegte in ihrem letzten Spiel gegen Elfenbein Bottrop 6:2. Die Ergebnisse im Einzelnen: Lehrke-Wille 49:75, Kalender-Markgraf 100:31, Kühn-Mähling 75:42, Gayk-Plewnig 75:55.

HA 18.3.81

Wie hoch sind die Folgekosten ?

Herten. Hans-Heinrich Holland zeichnet für einen umfangreichen Bürgerantrag der Initiative „Halde" verantwortlich, der in der nächsten Ratssitzung auf dem Tisch liegen wird. Haupt-Tenor: „Ich fordere den Stadtrat auf, er möge beschließen, daß die Stadt einen Folgekostenkatalog aufstellt, der den Hertener Bürgern aufzeigen kann, welche Kosten und in welcher Höhe durch die Superhalde verursacht werden!" Holland vermutet nämlich, daß auf die Steuerzahler durch die Halde Kosten in von Laien nicht abschätzbarer Höhe zukommen. Sein Katalog reicht von Umweltschutzkosten bis zu Auswirkungen auf die Infrastruktur.

HA 17.3.81

Schüttkonzept?

HERTEN. Der Leitantrag der SPD zum Haldenkonzept der Bezirksregierung soll zukünftig nicht mehr als städtische Richtlinie gelten. Das fordert die Bürgerinitiative Halde Herten, die den Leitantrag untersucht und in einer 14seitigen Studie ihre Ablehnung begründet hat. Sie sieht in dem Leitantrag der Sozialdemokraten mehr ein „Konzept zur Schüttung" von Halden als eine Stellungnahme zum Haldenkonzept der Bezirksregierung.

Zusammenfassend sagt die Bürgerinitiative: „Es kann davon ausgegngen werden, daß die im Leitplan formulierten Ziele nicht mit dem Allgemeinwohl identisch sind. Innerparteiliche Demokratie gibt es nicht. Machtverhältnisse bestimmen den Gang der Diskussion. Es gibt keinen gemeinsamen Konsens was „sozialdemokratische Politik" ist. (im Leitantrag stehen die angeführten Inhalte sozialdemokratischer Politik im totalen Gegensatz zu den Zielen des Papiers.)"

Trotz aller Kritik sieht die Bürgerinitiative jedoch noch nicht ganz schwarz: „Die Chancen, daß sich in der SPD wieder Vernunft durchsetzt ist trotzdem groß, da die Partei über ein großes Potential politisch tätiger Demokraten verfügt."

HA 14/15.3.87

Minister Hans Otto Bäumer in Marl:

Umweltschutz geht vor Arbeitsplatzsicherung

Wenn Leben und Gesundheit der Bevölkerung gefährdet sind

MARL. Umweltschutz kann in einer solidarischen Gemeinschaft zwar keine absolute Priorität genießen, muß aber mit anderen politischen Zielsetzungen gleichrangig behandelt werden. Diese Auffassung vertrat gestern Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer (SPD) während der Fachtagung „Umweltschutz in den Gemeinden", zu der die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) eingeladen hatte. Minister Bäumer erhob vor Kommunalpolitikern aus ganz Nordrhein-Westfalen jedoch die Forderung, dem Umweltschutz immer dann Vorrang einzuräumen, wenn Leben und Gesundheit der Bevölkerung sowie die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind. Auch, wenn das unter Umständen Arbeitsplätze koste.

Auf allen Ebenen des öffentlichen Handelns stehe man immer wieder vor dem Problem, Ziele und Interessen gegeneinander abzuwägen, wobei der Staat mit gesetzlichen Regelungen und Rechtsverordnungen maßgeblich an der Problemlösung solcher Konflikte beteiligt sei, erklärte Bäumer.

Als wichtige und zentrale Aufgaben auf Kommunalebene nannte Bäumer die Landschafts- und Bauleitplanung, das Kleingartenwesen sowie die Dorferneuerung. Besonders hob er jedoch das Kleingartenwesen hervor, das ein gutes Beispiel aktiver Umweltpolitik in einer Kommune sei und vor allem deshalb Beachtung finden müßte, weil es in Artikel 29 der Verfassung als „förderungswidrig" bezeichnet werde.

Kritisch äußerte sich der Landschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen zur Bauleitplanung, der von den Städten und Gemeinden im Rahmen des Umweltschutzes mehr Bedeutung beigemessen werden müsse. Nach Meinung von Bäumer hat es sich in der Vergangenheit gezeigt, daß Kommunen auch dort eine zunehmende Bebauung geduldet hätten, wo die Umwelt ohnehin schon belastet gewesen ist. „Da ist der Grund und Boden natürlich preiswerter. So kommt es, daß Bürger in diesen Mist hineinbauen", erklärte er.

Abschließend betonte Bäumer, daß es zwar Hunderte von Bürgerinitiativen gegen Straßen, Kraftwerke und so weiter gibt. Wo bleiben jedoch die Bürgerinitiativen, die sich für Umwelteinrichtungen wie Sondermülldeponien, Müllverbrennungsanlagen, Tierkörperbeseitigungsanlagen oder Kläranlagen engagieren."

Der Vertreter des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Beigeordneter Dr. Helmut Klausch, widersprach auf der SGK-Fachtagung in Marl dem oftmals erhobenen Vorwurf, die Kommunen stünden der Landschaftsplanung nicht aufgeschlossen genug gegenüber. Er wies vielmehr darauf hin, daß Gemeinden mit zahlreichen Hemmnissen zu kämpfen hätten.

Dabei nannte er die mangelnde Erfahrung mit dem Instrument der Landschaftsplanung, mit dem sich die Kommunalpolitiker erst seit 1975 nach Inkrafttreten des Landschaftsgesetzes zu befassen haben. Außerdem gäbe es in den Verwaltungen noch zu wenig Fachleute.

Die oft vertretene Meinung, die Verwirklichung der Landschaftspläne sei zu teuer, ließ der KVR-Vertreter nicht gelten. „Die Verluste, die durch unüberlegte Eingriffe in die Landschaft entstehen, sind viel höher." **mw**

Fragen an den Bürgermeister

HA 14/15.3.81

Anzeige gegen Bergetransporter? Drei Ratsherren wollen Klärung

In der nächsten Ratssitzung auf der Tagesordnung

HERTEN. Eine „brisante" Anfrage haben jetzt die SPD-Ratsherren Paul Haasch, Robert Pusch und Hans Puzicha zur Behandlung im Rat auf den Tisch gelegt. Thema: Bergetransporte. Wörtlich heißt es:

„Ist der Verwaltung bekannt, daß beim Polizeipräsidenten in Recklinghausen Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten gegen die Firmen, die Bergetransporte durchführen, vorliegen sollen? In welcher Weise ist die Verwaltung an diesem Verfahren beteiligt und im vorliegenden Fall bereit, eine Überprüfung vorzunehmen und zu berichten?

Im Interesse aller Anwohner der Straßen, die vom Bergetransport betroffen sind, bitten wir die Verwaltung, folgende Punkte, die auch von beschwerdeführenden Bürgern an den Bergbau gerichtet worden sind, mit dem Bergbau abzuklären:

1. Wie stellt sich der Bergbau zu der erhöhten Verschmutzung der Häuserfassaden durch den Bergetransport?

2. Welche Straßenreinigungspflicht obliegt dem Verursacher durch den Bergetransport?

3. Liegt eine bestimmte Anzahl von Bergetransportern täglich und wöchentlich fest?

Es besteht der Eindruck, daß in letzter Zeit vermehrt Bergetransporte durchgeführt werden; auch an Samstagen. Werden die Bergetransporte täglich registriert und wie viele sind es? Die durch die Bergetransporte auftretenden erhöhten Belastungen im Straßenverkehr bringen zwangsläufig erhöhte Unfallgefahren mit sich. Durch Geschwindigkeitsüberschreitungen und herabfallende Gesteinsbrocken von den Lastwagen werden die Verkehrsteilnehmer — insbesondere die Fußgänger — gefährdet."

HA 13.3.81

Ahmann: „Erfolg beim Minister"

Herten. Theo Ahmann, bekannter Scherlebecker CDU-Ratsherr, glaubt nun, mit seinen Veröffentlichungen in Sachen Halden auf offene Ohren gestoßen zu sein. Wie Ahmann berichtet, habe der nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung, Dr. Christoph Zöpel, inzwischen betont, das Ruhrgebiet dürfe nicht weiter „verschandelt" werden. Vielmehr seien die anfallenden Bergemassen in größtmöglichem Umfang wieder nach unter Tage zu verbringen. Ahmann wertet dies als Gesinnungswandel des Ministers und Erfolg seiner Bemühungen.

KVR: „Heißer Draht“ zur Halde

Im Mai Informationen per Telefon geplant

HA 12.3.81

HERTEN. (sp) Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) in Essen plant im Mai eine Telefonaktion zum Thema „Bergehalden“. Dies gab jetzt Verbandsdirektor Dr. Jürgen Gramke bekannt.

Beim „Heißen Draht zur KVR“ sollen die interessierten Bürger an diesem Tag - der genaue Termin wird noch bekanntgegeben - Gelegenheit haben, Experten zu Fragen der Bergehalden-Schüttungen zu sprechen.

Wie Dr. Gramke außerdem erklärte, werden voraussichtlich Ende Juli Landschaftsmodelle für die geplanten Bergehalden vorgestellt werden können. Ein Teil dieser Modelle entsteht beim Kommunalverband, weitere Vorschläge kommen von Landschaftsarchitekten.

Vorgegeben sind dabei nur die Standorte und die Einpassung in die Landschaft. Offen - und da darf man auf die Ergebnisse gespannt sein - bleibt die Menge von Haldenmaterial, die die Fachleute für eine Landschaftshalde als verträglich ansehen.

Lesermeinung

„Spitze an Frechheit!"

HA 10/3.81

HERTEN. Zur Presseerklärung der SPD-Fraktion, verfaßt von deren Sprecher Bernhard Kasperek, schreibt stellv. Bürgermeister Heinz Muhs, Fockenkamp 20:

„Es ist schon sehr verwunderlich, zu welchen merkwürdigen „Geistesblitzen" es Herrn Kasperek in seiner Presseerklärung am 7. 3. 81 für die SPD-Fraktion im Rat der Stadt treibt. Wie immer, sind diese Aussagen, Vorwürfe und Feststellungen natürlich nicht von Sachwissen und Sachverstand getragen, sondern überladen von Emotionen und Schlagworten, die er darüber hinaus ausgerechnet immer am falschen Platz anbringt.

Von der „Machtergreifung der SPD im Rat der Stadt", ausgelöst durch einen merkwürdigen „Tendenzantrag" in der letzten Ratssitzung, auf die „Machtergreifung Adolf Hitlers" zu schließen, ist wohl nur bei Herrn Kasperek möglich, dem es offensichtlich an einem angemessenen Geschichtsbewußtsein mangelt und der bei jeder abweichenden Meinungsäußerung eines Andersdenkenden immer gleich in eine unverständliche Hysterie verfällt.

Daß er zu dem an sich sachlichen Problem auch noch den CSU-Politiker und Ministerpräsidenten Strauß erwähnt, beweist, daß er zur Sache nichts zu sagen hat, sondern nur polemisieren möchte. Die Spitze an Unverfrorenheit und Frechheit ist aber seine „wahnwitzige Entgleisung", die CDU wolle sich wegen der engen Beziehungen zum Bergbau um eine Stellungnahme zum Haldenproblem drücken! Zunächst einmal hat die CDU Herten das Haldenkonzept des Regierungspräsidenten deutlich und begründet abgelehnt und sich daher nicht gedrückt.

Darüber hinaus sei wegen dieser Anschuldigung aber nun wirklich einmal sehr deutlich und unmißverständlich festgestellt, daß, wenn es enge Beziehungen oder gar Abhängigkeiten vom Bergbau gibt, diese einzig und allein keine engen Beziehungen zum Bergbau, wenn aus der SPD-Fraktion Herr Bürgermeister Wessel Direktor eben dieses Bergbaus und Herr Preuß Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Ruhrkohle AG und eine Reihe von Ratsmitgliedern der SPD freigestellte oder nicht freigestellte Betriebsratsmitglieder sind?

Die SPD-Fraktion hätte besser daran getan, durch ihren Sprecher Kasperek dieses Thema gar nicht erst anzusprechen. Bekanntlich sollte der, der im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen! Oder ist der Artikel vom 7. d. Mts. überhaupt nicht die Meinung der Fraktion, sondern Privatmeinung des Herrn Kasperek. Mich würde das jedenfalls nicht wundern, denn die Fraktion der SPD kann doch gar nicht so dumm sein, solch ein „Selbsttor" zu schießen, um es einmal sportlich auszudrücken!

Das Verhalten der CDU Herten erscheint mir sehr wohl sachlich richtig und politisch vernünftig zu sein und drückt das aus, wozu jedes Ratsmitglied durch Eid verpflichtet wurde, nämlich nur zum Wohle der Bürger zu arbeiten und Schaden von der Stadt Herten fernzuhalten.

„Ablenkende Rundumschläge"

Zur gleichen Stellungnahme schreibt CDU-Stadtverbandsvorsitzender Ingo Mihsler, Robert-Koch-Straße 2:

„Nicht nur in Bonn, sondern auch in Herten zeigt die SPD Verschleißerscheinungen. Was Herrn Kasperek in seinem Antwortschreiben „... Grundkonsens der Demokratie gefährdet" geboten hat, ist nicht im weitesten Sinne eine Antwort auf die konkret erhobenen Vorwürfe, sondern Rundumschläge, die vom tatsächlichen Problem ablenken sollen.

Es wird hier die jüngste Geschichte zur Hilfe gerufen, die aber hier überhaupt nicht gefragt war. Ich warte nur noch auf ein klärendes Wort zu Marx und Lenin durch Herrn Kasperek. Franz Josef Strauß hat den letzten Wahlkampf doch wohl eindeutig für sich entscheiden können. Nur mit der FDP war es der SPD möglich, weiter an der Macht zu bleiben. Außerdem hat er die SPD nicht in die Nähe der Nazis gerückt (eher umgekehrt) sondern weit, zu Recht, nach links.

Den Tendenzantrag hat die dumme CDU nicht verstanden wie Herr Kasperek zum Ausdruck bringt. Ausgerechnet er erlaubt sich diesen Vorwurf. In der CDU-Fraktion wirken Damen und Herren, die es im Leben zu etwas gebracht haben und nur mit der Politik leben (das führt zu klaren und objektiven Beschlüssen), während ein Teil der Mehrheitsfraktion von der Politik leben und daher zum Teil, nicht nur in Sachen Halde, befangen sind. Vielleicht gelingt es Herrn Kasperek sich recht bald in diesen Kreis einzureihen (Müllverbrennungsanlage). Ausserdem verweise ich in diesem Zusammenhang auf die Kommentare der Hertener Presse zum Tendenzantrag.

Im vorletzten Satz seiner Ausführungen hätte er nur das Wort „auch" wegfallen lassen sollen, um die wahren Absichten der Mehrheitsfraktion zu dokumentieren.

Sollte die SPD nicht recht bald zu Beratungen im gesamten Rat zurückfinden, sehe ich für die Zukunft des Hertener Rates schwarz. Neue Wolken scheinen bei der Wahl des neuen Stadtdirektors aufzuziehen."

23 100 Mark Sachschaden

Herten. Am Wochenende ereigneten sich auf den Hertener Straßen zwei Verkehrsunfälle. Es wurden dabei drei Personen verletzt. Der entstandene Gesamtschaden wird auf etwa 23 100 Mark geschätzt.

„Zum Wohl der Bürger auch alleine entscheiden"

H4
7/8.3.84

SPD spricht in einer Stellungnahme von „wahnwitzigen Entgleisungen" der CDU

Herten. Zum CDU-Vorwurf der „Machtergreifung der SPD" schreibt für die SPD-Fraktion in einer Stellungnahme Pressesprecher Bernd Kasperek:

„Vor einer Stellungnahme zur „Haldenfrage", wie sie vom CDU-Stadtverband Herten in der Presseerklärung dieser Woche dargestellt wird, muß, so lästig es auch sein mag, auf den Stil und die Wortwahl der CDU eingegangen werden. Wir wollen nicht darüber streiten, wer von Demokratie mehr Ahnung hat, wie das die CDU tut. Wir werden aber alles dagegen tun, wenn durch Diffamierungen und Beleidigungen der Grundkonsens unserer Demokratie gefährdet ist — oder wie ist sonst die Überschrift der CDU-Erklärung „Machtergreifung der SPD" zu verstehen?

Sind sich die Verfasser eigentlich darüber im klaren, daß unter Machtergreifung die Übernahme der Staatsgewalt durch die Faschisten unter Adolf Hitler und die Errichtung eines Terror-Systems und einer Diktatur verstanden wird. Aus dieser CDU-Erklärung spricht der Ungeist von Franz Josef Strauß, der schon im letzten Jahr die SPD in die Nähe von Nazis rücken wollte, womit er ja kräftig auf den Bauch gefallen ist. Diese Anspielungen der CDU sind ein Schlag ins Gesicht der Millionen Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Christen und Kommunisten, die in den KZs der Faschisten gefoltert und gemordet wurden. Gibt es denn keinen anständigen Christdemokraten in dieser Stadt, der diesen Stil in der Politik empört zurückweist? Muß die Sachauseinandersetzung in dieser Stadt durch solch wahnwitzige Entgleisungen belastet werden? Die Sozialdemokraten in Herten werden jedenfalls gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften dagegen kämpfen, daß der faschistische Ungeist in die politische Auseinandersetzung einbezogen wird.

Nun zum Thema! Obwohl die SPD Herten ihre Diskussion in der Haldenfrage außerordentlich transparent geführt hat und obwohl wir den Tendenzbeschluß der letzten Ratssitzung ausreichend begründet haben, scheint die CDU das alles nicht begriffen zu haben. Die CDU, die sich wegen der engen Beziehungen zum Bergbau um eine Stellungnahme drücken will, kaschiert das durch ein dubioses Verlangen nach Gutachten, wo die SPD politische Aussagen für ein Nein zur Großraumhalde sagt. Das Ergebnis der transparenten und breiten Diskussion um die Haldenfrage in der Hertener SPD war die Forderung nach einem Landschaftsbauwerk, das die genehmigten Halden verhindert, die Landschaft gestaltet und gleichzeitig die Entsorgung des Bergbaus sichert — was wir alles zu bedenken haben. Dieses Konzept wird von der gesamten SPD und der SPD-Fraktion getragen. Wir und der Bürgermeister haben die CDU oft genug zur Zusammenarbeit aufgefordert.

Um diese Zusammenarbeit hat sich die CDU bisher mit fadenscheinigen Begründungen gedrückt. Zuerst wurden die Fachleute im Arbeitskreis durch die zweite Garnitur ersetzt, und dann zog sich die CDU ganz aus diesem Arbeitskreis heraus. Wir haben ein Konzept erarbeitet und bieten allen die Zusammenarbeit an. Ohne Resonanz aber werden wir zum Wohl der Bürger dieser Stadt auch alleine entscheiden, entscheiden müssen, entscheiden wollen. Das Verhalten der CDU ist sachlich falsch und unpolitisch.

Zunehmender Ärger bei Fernsehempfängern

Halde läßt Mattscheibe flimmern

(ku) „Ich habe Doppel- und Vierfachbilder auf dem Fernsehschirm. Im Radio kann ich demnächst den SWF auch abhaken." Hermann Pogoreutz, Hertener Kaufmann, ärgert sich — wie viele andere Fernsehzuschauer in Herten —, über die zunehmend schlechter Bildqualität seiner „Flimmerkiste". Für den vierfachen Karl-Heinz Köpcke macht Hermann Pogoreutz die im Süden wachsende Mammuthalde verantwortlich. „Die Post hat mir schon vor Monaten bestätigt, daß die Sender Dortmund und Langenberg zunehmend durch die Halde abgeschirmt werden."

Von Langenberg und Dortmund wird Herten bislang mit Fernseh- und Radiowellen versorgt. Für Hermann Pogoreutz heißt das: „Ich muß die Antenne nach Münster und Nordhelle ausrichten lassen. Das kostet sowieso erstmal mein Geld." Außerdem befürchtet der Kaufmann, daß nicht alle Antennenanlagen für eine Neu-Ausrichtung geeignet sind.

Auch um den ungestörten Radiogenuß sorgt sich Hermann Pogoreutz: „Ich weiß wohl, daß man irgendwo eine zentrale Antenne installieren und die Haushalte verkabeln kann. Aber auch das kostet Geld — und auch da nimmt sich der Bergbau nichts an." Und er möchte nicht auf weiter entfernte Sender verzichten, die möglicherweise per Kabel nicht mehr einzufangen sind.

„Schon seit Jahren bekannt" ist das Fernsehproblem der Stadtverwaltung. Allein: „Nach dem heute noch gültigen Berggesetz muß die Entschädigungsfrage im Betriebsplanverfahren festgehalten werden. Das ist Sache des Bergbaus und des zuständigen Bergamtes." Die finanziellen Auswirkungen für die Bürger müßte der Bergbau sicherlich tragen, wenn ihm die Verantwortung für die Störungen nachzuweisen ist" (Herr Haug vom Stadtplanungsamt). Leider kann die Stadt in dieser Frage zwar auf den Mißstand aufmerksam machen, eine Mitsprache ist aber ausgeschlossen.

Vorsichtig äußert sich auch die Recklinghäuser Post zum schlechten Hertener Fernsehempfang. „Es ist möglich, daß

Umstellung

die Beeinträchtigungen durch Haldenschüttungen verursacht werden." bestätigte Pressesprecher Dieter Leutloff der WAZ. „Radio- und Fernsehwellen können keine festen Hindernisse überwinden. Im — uns auch seit längerem bekannten — Falle Herten wird von Dortmund und Langenberg gesendet. In der Vergangenheit haben wir mit der Umstellung auf den Sender Münster sehr gute Ergebnisse erreicht."

Wird das Verursacher-Prinzip auch für den Bergbau gelten? „Nein," meint Dieter Leutloff, „es sind zwar Bestrebungen in dieser Richtung im Gange, vorläufig zählt aber letzten Endes der Verbraucher." Wenn Antennen-Änderungen keinen Erfolg haben sollten, erwägt die Post auch eine Kabel-Anlage.

„Wir machen uns in dieser Richtung Gedanken. In naher Zukunft werden wir eventuell Empfangsmessungen in diesem Gebiet durchführen und möglicherweise ein Kabelnetz installieren." Zwar zahlt zuerst einmal die Post für die Anlage — will sich aber der Kunde anschließen lassen, kostet das eine einmalige Gebühr von 400 Mark. Pro Monat kostet die erste bis vierte Kabel-Steckdose im Haushalt 2,50 je Stück. Sollen (z.B. in einem Hochhaus) mehr Haushalte versorgt werden, verbilligt sich die Gebühr.

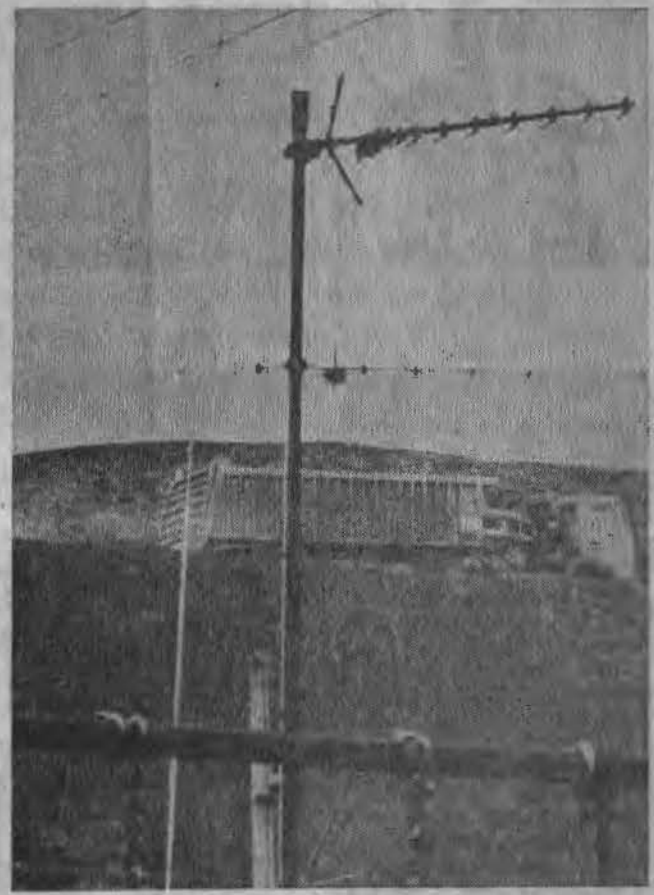
Den Fernsehzuschauern, die mit ihrem Bild unzufrieden sind, rät die Post: „Erst einmal die Antenne überprüfen und gegebenenfalls nach Münster ausrichten lassen. Ansonsten sollte der Kunde abwarten, bis die Post in dieser Richtung aktiv wird. Das wird in jedem Fall billiger."

Dem Bergbau „stellt sich diese Frage eigentlich zum ersten Mal," versichert die Ruhrkohle in Essen auf Anfrage der WAZ. Die BAG Lippe ergänzt: „Wir werden diese Sache natürlich untersuchen, und zwar an Beispielen aus dem Hochhausbau und der Braunkohle. Aber bevor nicht konkrete Messungen und Tatsachen vorliegen, können wir uns dazu nicht weiter äußern."

Konkrete Messungen liegen allerdings schon seit dem letzten Jahr vor. Der Gartenverein Hohewardstraße ärgert sich „seit fünf, sechs Jahren," wie Walter Funke von der Hohe-

Störung

wardstraße bestätigt, über Schnee im Fernsehbild: „Die Post war dann da und hat gemessen. Das Ergebnis: die Hoppenbruchhalde stört in zunehmendem Maße den Fernsehempfang." Nicht erst seit diesen Empfangsmessungen, die die Post auf WAZ-Anfrage bestätigte, sind die Siedler beim Bergbau vorstellig geworden. „Wir waren beim Bergbau — vorher und nachher," erzählt Walter Funke, „wir haben die Situation geschildert und Abhilfe verlangt. Aber bis jetzt haben wir nichts mehr davon gehört."



POSTMESSUNG ERGAB: Die Hoppenbruchhalde stört in zunehmendem Maße den Fernsehempfang. (WAZ-Bild: Vinken)

CDU-Fraktion fordert:

Ausgabenseite genau prüfen

„Größe untragbar"

HERTEN. Zur Diskussion um die im Süden des Stadtgebiets geplante Großhalde gibt die FDP nun folgende Stellungnahme ab:

„Nach langen und intensiven innerparteilichen Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen hat letztlich der FDP-Vorstand des Stadtverbandes Herten-Westerholt in mehreren bis weit in die Nacht gehenden Sitzungen die Ergebnisse dieser Vorberatungen zusammengefaßt.

Grundsätzlich lehnt der Vorstand der FDP die Halde in dieser Größenordnung ab, weil sie für die Hertener Bürger untragbar ist. Spätestens am 16. 1. 1981 bei der Bürgeranhörung in der Gesamtschule Herten wurde deutlich, daß es für eine Halde in dieser Größenordnung bisher kein Beispiel gibt.

25 Experten aller Fachrichtungen waren nicht in der Lage, die Bedenken und Sorgen der Menschen auszuräumen. Ihre Antworten auf viele fundierte Fragen waren skandalös nichtssagend.

Trotz dieser für uns so unbefriedigten Lage hat der Vorstand sich schweren Herzens durchgerungen, diesen Haldenstandort nicht gänzlich abzulehnen.

Allerdings setzt das voraus, daß die Belastungen für die Bevölkerung wirklich nur im erträglichen Rahmen bleiben. Um diese Belastungen in Grenzen zu halten, hält es die FDP für unverzichtbar, die Schüttmenge und Schütthöhe erheblich zu verringern.

Wir vermögen nicht einzusehen, daß nicht auch andere Standorte gefunden werden, um das Risiko besser zu verteilen. Auch andere Regionen müssen ihren Beitrag zur Energieversorgung leisten.

Wir sehen überhaupt nur die Möglichkeit, „ja" zu einer reduzierten Schüttmenge zu sagen, wenn durch ständige Kontrollen die Auswirkungen auf die Ökologie, das Kleinklima und den Grundwasserstand überprüft werden. Nur durch ständige Kontrollmessungen während der Schüttung ist es möglich, ein Überschreiten der Grenzwerte zu verhindern und Schaden von den Menschen abzuwenden.

Die FDP hält die Umsiedlung der Bürger der Hohewardsiedlung für unvermeidbar. Damit verbundenist die Forderung, daß durch diese leider notwendigen Maßnahmen den Bürgern keine materiellen Nachteile entstehen.

Die Auffassung der FDP ist, einen Beitrag leisten zu müssen zur Kohlevorrangpolitik und Arbeitsplatzsicherung. Das schließt die Verpflichtung des Bergbaus und des Landes Nordrhein-Westfalen nicht aus, zusätzliche Mittel zur Strukturverbesserung des Hertener Südens zur Verfügung zustellen, wobei das Verursacherprinzip strikt einzuhalten ist.

Die Gestaltung der Halde und die damit verbundene Rekultivierung der Landschaft darf nur als Landschaftsbauwerk erfolgen, damit die nachfolgende Generation eine Umwelt vorfindet, in der es sich leben läßt!"

Halden-Stellungnahme nach „Beratungen bis weit in die Nacht"

FDP: Ja zur Haldenfläche des RP-Planes - aber weniger Masse

Gespräche zur Sanierung des Südens gefordert/ Neues Hallenbad ?

HERTEN. (rkl) Ginge es allein nach den Vorstellungen der Hertener Liberalen - die zusätzliche Haldenfläche westlich der Ewaldstraße wäre erst gar nicht ins Gespräch gekommen. Wie einige FDP-Vertreter bei einem Pressegespräch mitteilten, ist der „dritten Fraktion" seit langem klar, daß sowohl die im Haldenkonzept des Regierungspräsidenten vorgesehenen Schüttmengen als auch die schon genehmigten Tonnen für die Emscherbruchhalde „einfach zuviel sind" - von einer noch dazukommenden Flächenerweiterung gar nicht zu reden. Vor allzu resolutem, öffentlichen Auftreten wollte man jedoch das „Halden-Hearing" im Januar abwarten. Das jedoch führte - so Fraktionssprecher Peter Gegenbach - zu so „skandalös nichtssagenden" Ergebnissen, daß es den Liberalen selbst bei ihrem letzten Parteitag schlichtweg die Sprache verschlug. Nach mehreren Beratungen „bis weit in die Nacht" haben sie nun einen einheitlichen Standpunkt gefunden - und melden sich mit nebenstehender Erklärung zu Wort.

Die Bereitschaft des Bergbaus zur Erstellung eines Rahmenbetriebsplans für den gesamten Bereich des Südens könne - so Gengenbach - leicht erklärt werden, jedem Fall sei ein neues Verfahren zu beantragen, wenn diese Aufschüttung die 60-Meter-Marke übersteige - und das wäre nach dem derzeitigen Stand der anfallenden Bergemengen in vier bis fünf Jahren der Fall.

Die Haltung der FDP zum RP-Konzept - das bekräftigt auch Stadtverbandsvorsitzender Lothar Lüttge - sei auf die einfache Formel zu bringen: „Ja zur Fläche, Nein zur Menge!" Die Halde müsse als Landschaftsbauwerk errichtet werden; ihre Aufnahmekapazität wäre drastisch zu verringern. Dennoch müsse die im Münsteraner Konzept vorgesehene Fläche ausreichen - jede von der SPD erwogene Ausweitung lehnen die Liberalen ab. Gleichzeitig sei das Thema „gesprächsreif", ob und wie der Süden mit öffentlichen Geldern zu sanieren sei - nach Gengenbachs Vorstellungen eine unumgängliche Notwendigkeit. So sei für ihn auch durchaus ein Hallenbad für diesen Bereich vorstellbar.

Vertreter der FDP erläuterten gestern deren Haltung zur Haldenfrage (von links): Peter Gengenbach (Fraktionsvorsitzender), Hans Rotberg (Mitglied des Kreistages), Maria Wrobel (Vorstandsmitglied des Stadtverbandes), Curt Zemmerich, Lothar Lüttge (Stadtverbandsvorsitzender), Dieter Jordan (Ratsmitglied). Foto: Klose

Scharfe Kritik zu SPD-Verhalten im Rat

HA 6.1.11

Liberale: „Zynische Mißachtung einfacher Demokratie-Regeln"

FDP will Ratssitzungen verlassen/ „CDU-Scheingefechte"

HERTEN. (rkl) Glaubt man den Ankündigungen der FDP, so wird der Rat bei seinen nächsten Sitzungen hin und wieder nur die linke Hälfte des Saales brauchen. Aus der Sicht der Liberalen geht derzeit in der Hertener Stadtvertretung eine gefährliche Krankheit um, die harte Gegenmitteln notwendig macht: die kleinste der drei Ratsfraktionen wirft der SPD vor, sie hätte in den letzten Monaten ihre Stimmen-Mehrheit wiederholt mißbraucht und bei ihren Beschlüssen einfachste parlamentarische Grundregeln „zynisch mißachtet". Die Kritik konzentriert sich auf die Person des Bürgermeisters: nach Peter Gengenbachs Worten „führt Willi Wessel nicht das Parlament, sondern sieht zu, daß er seine Leitanträge durchkriegt". Sollten Bürgermeister und Sozialdemokraten „so weitermachen", will die FDP in Zukunft die Ratssitzungen verlassen - sie ist zuversichtlich, daß die Christdemokraten dann dasselbe tun.

Der „Tendenzbeschluß" zur Halde, eine Schießanlage für 700.000 Mark, Vermutungen zur Wahl des neuen Stadtdirektors, schließlich der Streit um Erweiterung und Kapazität des Rohstoffrückgewinnungs-Zentrums Ruhr (RZR) - Gengenbach zählt Themen und Ratsbeschlüsse auf, die nach seinen Worten als „Symptome für ein und dieselbe Krankheit" zu werten sind. Immer wieder lege die SPD zur Durchsetzung ihrer Beschluß-Absichten Verfahren an den Tag, die parlamentarischen Grundsätzen Hohn sprächen.

Mit besonderer Schärfe kommentieren die Liberalen das Verhalten der Mehrheitsfraktion in Sachen Halde. Der in der letzten Ratssitzung „durchgepaukte" Tendenzbeschluß hätte eine unzulässige Weichenstellung für die Zukunft zum Inhalt - und das könne zu diesem Zeitpunkt doch wohl nicht wahr sein. Man habe in Herten eine Stellungnahme zum RP-Konzept zu erarbeiten - und sonst nichts. Rat und Verwaltung wären hoffnungslos überfordert, wenn sie nun auch noch eigene Gegenkonzepte entwickeln sollten.

Die CDU tat in der Ratssitzung das, was die Liberalen vielleicht auch bald tun werden: sie verließ den Saal. Dennoch bedenken die Liberalen auch die Christdemokraten mit Kritik. Diese nämlich ergehen sich nach Gengenbachs Worten in Formalismen und verzögern den Gang der Dinge durch unnütze Scheingefechte. Das mache den Zynismus der SPD verständlich - dennoch hätte die Mehrheitsfraktion bald „alle anderen" zur Opposition, wenn sie ihr Verhalten nicht ändere.

Dem Bereich der „skandalösen Verfehlungen" ordnen die FDP-Politiker auch den umstrittenen Beschluß zur Doppelturnhalle zu. 700.000 Mark für eine Schießanlage und einen ohne sie überflüssigen Keller - das ist Gengenbach einfach zu teuer. Hier kritisiert er besonders das Verhalten der Verwaltung. Bei Fachausschuß-Sitzungen hätten ihre Vertreter immer wieder bestätigt, der Hallenkeller sei notwendig; erst im Rat habe sich das Gegenteil als zutreffend erwiesen (wir berichteten). Auch hier habe die CDU ihre Chance verpaßt, die Verantwortlichen mit einem klaren „Nein" zu tadeln.

Nicht weniger skandalös stellen sich aus liberaler Sicht die Vorgänge um die RZR-Erweiterung dar. Auf die Frage, welcher der Rathausbeamten denn „vor Ort" die Bauaufsicht geführt hätte, wäre Stadtbaurat Günther die Antwort schuldig geblieben. Letztlich seien auch öffentlich lautgewordene Vermutungen zur Wahl des Stadtdirektors „eine Ohrfeige für jeden Ratsherren". In der Aufzählung seien Bewerber aufgetaucht, von denen selbst im Ältestenrat noch niemand etwas gewußt habe - und gerade dort habe Bürgermeister Wessel für ein offenes Verfahren geworben. „Stattdessen jetzt gezielte Indiskretionen, über die die Hertener Allgemeine verständlicherweise berichtet hat.

HA 5/3.87

Ratsherr mit Alleingang

Ahmann an Länderchefs und Kanzler: Berge für Deichbau

Prüfung zugesagt/ Kuhlmann um Unterstützung gebeten

HERTEN. CDU-Ratsherr Theo Ahmann hat die alte Idee von der Verwendung des Bergematerials für den Deichbau - Landrat Marmulla hatte diese Frage schon einmal prüfen lassen - noch einmal aufgegriffen und Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Ministerpräsidenten Rau (NRW), Stoltenberg (Schleswig-Holstein), Albrecht (Niedersachsen) sowie Gelsenkirchens Oberbürgermeister Kuhlmann in dieser Sache angeschrieben. Warum nicht, so fragt Ahmann in dem Brief an den Kanzler, mit Bergegestein die Landseite der Deiche verstärken, wie es die Holländer seit zehn Jahren praktizieren?

„Dieses kostenlose Bergegestein könnte doch mit der Bundesbahn nach Norden zum Deichbau geschafft werden, wobei sich auch noch das Defizit der Bahn verringern würde", meint Ahmann. Der Chef des Bundeskanzleramtes versicherte in einer ersten Antwort, man habe die Anregungen „ mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen" und und den Fachleuten im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Prüfung übergeben. Auch Schleswig-Holstein sichert eine Überprüfung zu, die jedoch „geraume Zeit" in Anspruch nehmen könne. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat sich noch nicht schriftlich geäußert, nach Ahmanns Rückfrage aber signalisiert, daß er den Vorschlägen „sehr wohlwollend" gegenüberstehe und mit dem Leiter der Programmkommission für Deichbau das Problem durchsprechen wolle.

Rau und Kuhlmann sind von Ahmann gebeten worden, seine Initiative zu unterstützen. „Es geht bei dieser Problemstellung um keine Parteiinteressen von CDU und SPD, es geht hier einzig und allein um den Anspruch einer ganzen Region, die durch ihre Bevölkerungsdichte täglich schon genug Umweltbelastung erfährt."

MdB Hans-Werner Schmöle in seinem Wahlkreis:

„In Sachen Bergehalde bleibe ich am Ball"

WAZ 5/3.81

Antrag zum Wohnungsbau für junge Familien

Mit einer Verschärfung der Spannungen innerhalb der Bonner Koalition, vor allem in der SPD selbst, rechnet CDU-Bundestagsabgeordneter Hans-Werner Schmöle. Bei einer Konferenz der CDU-Mandatsträger aus dem Wahlkreis Buer/Herten in Westerholt grenzte der Hertener Abgeordnete die „notwendige und wichtige innerparteiliche Diskussion in allen Parteien" zu einer in der SPD deutlich werdenden „inneren Zerrissenheit" ab. Schmöle: „Es ist völlig selbstverständlich und ganz richtig, daß z. B. die Frage der Waffenexporte nach Saudi-Arabien in der Union umstritten ist." Es sei heute noch offen, zu welcher Auffassung die CDU-Bundestagsfraktion kommen werde.

Die völlig gegensätzlichen Standpunkte innerhalb der SPD zu einem wichtigen Thema wie der Energiepolitik offenbar nach Schmöles Ansicht jedoch eine tiefe innere Zerrissenheit. Der CDU-Abgeordnete zweifelte, daß die Koalition bis 1984 halten werde. Mit Spannung sehe er den vorgezogenen Neuwahlen in Berlin entgegen. Ihr Ausgang ist für Schmöle „völlig offen". Er warnte seine Parteifreunde vor zu viel Optimismus.

Die Konferenzteilnehmer in Westerholt beschäftigten sich intensiv mit dem bevorstehenden Bundesparteitag in Mannheim. Dabei spielte die kontrovers diskutierte Frage der Wohnungsbaupolitik. Schmöle kündigte an, sich auf dem Parteitag intensiv für eine Änderung des seiner Ansicht nach „sehr verbesserungsbedürftigen" Leitantrag des Bundesvorstandes einzusetzen. Der Abgeordnete will einen eigenen Antrag einbringen, der sich mit dem Wohnungsbau für junge und kinderreiche Familien beschäftigen wird. Im Anschluß an den Parteitag soll das Thema auch vor Ort im Wahlkreis von der CDU aufgegriffen werden.

Einen Überblick über die aktuelle Situation der Haldenfrage im Hertener Süden gab der Westerholter CDU-Stadtverbandsvorsitzende Ingo Mihsler. Die Christdemokraten (wie die WAZ berichtete) hat zu diesem Thema einen Fotowettbewerb ausgeschrieben. Hieran können sich auch die Bewohner der Nachbarstädte beteiligen. Auch Schmöle begrüßte die Aktion und kündigte an, in Sachen Bergehalden weiter „am Ball" zu bleiben. Der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Wolfgang Jaeger (CDU) kündigte ebenfalls eine intensive Zusammenarbeit in dieser Frage mit seinen Parteifreunden in Herten an.

— — — ANZEIGE — — —

Plan aus Herten: Fahrt die Halden zur Nordsee

Von KONRAD WEISS

Herten, 5. März

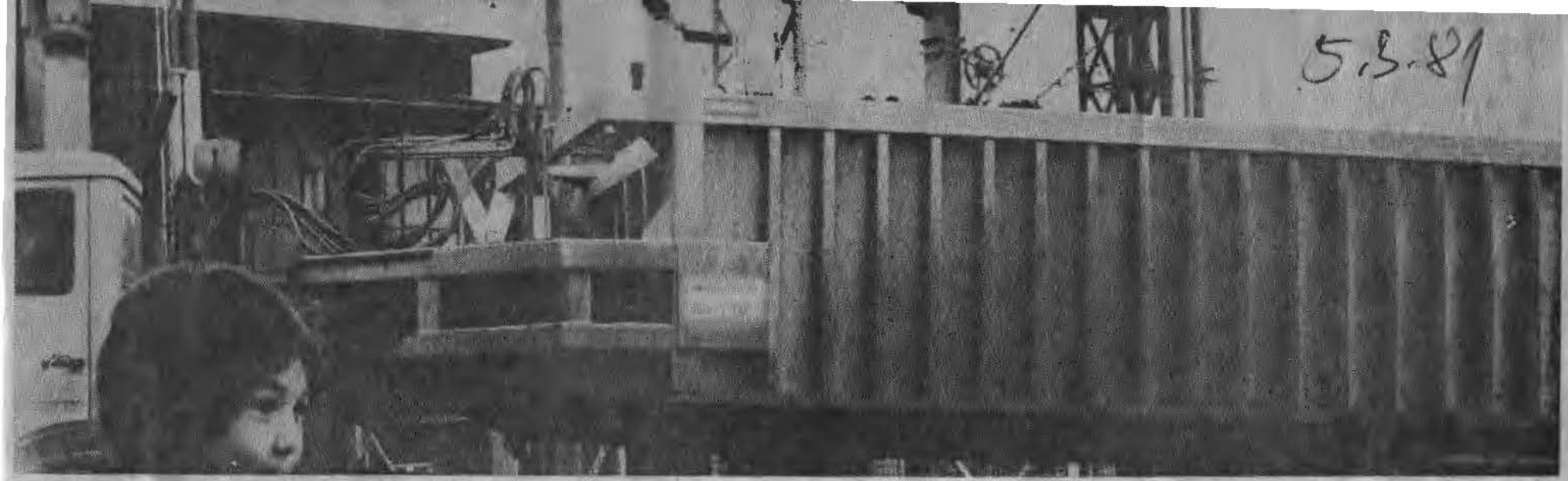
„Das Revier darf nicht zur Müllkippe der Bundesrepublik werden!" Der Hertener Kommunalpolitiker Theo Ahmann (CDU) hat auf höchster Ebene ein Konzept zur Lösung des Bergschutt-Problems in's Gespräch gebracht.

In Schreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt, NRW-Ministerpräsident Johannes Rau sowie dessen Kollegen Ernst Albrecht (Niedersachsen) und Herhard Stoltenberb (Schleswig-Holstein) regte Ahmann an, Möglichkeiten zur Verwandlung des Abraummaterials für den Deichbau an der Nordseeküste zu entwickeln.

Ahmann: „Wozu die zynisch als Landschaftsbauwerke bezeichneten Großhalden auftürmen und die Umwelt des Reviers zerstören?" Er verweist darauf, daß jede Zeche im „Pütt" mit einem Bundesbahnanschluß versehen ist: „Dadurch ist es leicht, den Schutt kostengünstig zur Küste zu bringen!"

Wie Ahmann BILD mitteilte, will sich Albrecht mit Stoltenberg zusammenschließen, um seinen Denkanstoß zu prüfen. Den Leiter der Programmkommission für Deichbau hat der niedersächsische Landeschef bereits eingeschlatet.

Ahmann: „Es darf doch nicht wahr sein, daß Dreck die Lebensqualität der Reviermenschen zerstört, obwohl er anderenorts sinnvoll verwendet werden kann!"



AUF DIE SCHIENE in Richtung Norddeutschland will CDU-Ratsherr Theo Ahmann das Bergematerial gebracht wissen. Es soll hier zum Deichbau verwendet werden. Er wandte sich in dieser Frage an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder. (WAZ-Bild: Vinken)

CDU-Ratsherr Ahmann will Bergematerial zum Deichbau schaffen lassen

In der Haldenfrage an Bundeskanzler gewendet

„Ich habe Ihre Eingabe umgehend den Fachleuten im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zugeleitet und sie gebeten, Ihre Vorschläge zu prüfen." Diese Antwort erhielt CDU-Ratsherr Theo Ahmann vom Chef des Bundeskanzleramtes. Der Kommunalpolitiker hatte sich an Bundeskanzler Helmut Schmidt im Bergehaldenproblem gewendet.

Er hatte festgestellt, daß die geplanten Bergehalden für das nördliche Ruhrgebiet ein riesiges Umweltproblem bedeuten und die „maßlose Auseinandersetzung quer durch alle Parteien ... das Demokratiebewußtsein in einem Maße zerstört wie es niemals vorher geschehen ist". Gleichzeitig wendete sich Theo Ahmann auch an die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

In dem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt stellte der CDU-Ratsherr weiter heraus: „Auf der einen Seite stehen (in der Haldendiskussion) die Vertreter der Ruhrkohle aus den Parteien SPD, CDU sowie FDP und auf der anderen Seite

Sturmflut?

die Bürger und Wähler dieser Parteien. Auf jeder Seite Abgeordnete des Bundes- und Landtages." Ahmann fragt den Ex-Innensenator von Hamburg, ob die zu erwartenden 1000 Mio. Tonnen Bergematerial zur Verstärkung der Landseite der Deiche in Norddeutschland verwendet werden können.

„Dieses kostenlose Berggestein könnte doch mit der Bundesbahn zum Deichbau geschafft werden", wie das auch bereits am holländischen Ijsselmeer praktiziert wurde. Und es heißt wörtlich weiter: „Wie aus wissenschaftlichen Veröffentlichungen bekannt geworden ist, werden für 1982/83 größere Flutkatastrophen vorausgesagt. Mit der Verwendung des Bergegesteins bei der Deichverstärkung könnten viele Probleme gelöst werden."

Vom Chef der Staatskanzlei in Kiel erhielt Ahmann die Zusicherung, daß Ministerpräsident Stoltenberg eine Antwort auf die Ahmann-Vorschläge durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten prüfen läßt. Aus Hannover kam ein Anruf, in dem Ministerpräsident Albrecht versichern ließ, daß der niedersächsische Regierungschef „nach erster Einschätzung dem Plan der Verwendung von Berggestein zum Deichbau oder zur Verfüllung von Wattflächen sehr wohlwollend gegenübersteht". Nach einem Gespräch mit dem Leiter der Programmkommission für den Deichbau und einer Kontaktaufnahme mit seinem Kieler Ministerpräsidenten-Kollegen ist eine Antwort aus Hannover angekündigt.

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau bat er in einem Schreiben am 2. März, in der Haldenfrage um seine „ordnende Hand in Überprüfung alternativer Möglichkeiten", zumal das „Rau-Programm" der Bürgersprechstunden vorrangig der Umweltschutz stehe. „Für uns Kommunalpolitiker ist bereits fünf Minuten vor zwölf geworden, da die Einflußnahme der Ruhrkohle im politischen Bereich so groß geworden ist, daß sowohl Umweltschutzbedenken und auch die Prüfung von Alternativen beiseite geschoben werden." Zwischen Stadt- und Kreisparlamenten bestünden in der Hal-

An Rau

denfrage die unterschiedlichsten Auffassungen.

Unter Hinweis auf die Fernsehsendung „Aus Forschung und Wissenschaft" vom 24. Februar, in der über den Deichbau an der Nordseeküste und die Verwendung von Bergematerial für die Landverfüllung im Innenbereich berichtet wurde, da riesige Wattflächen unter dem Meeresspiegel liegen, bemerkte Ahmann abschließend im Brief an Ministerpräsident Rau: „Es geht bei dieser Problemstellung um keine Parteieninteressen. Es geht hier einzig um den Anspruch einer ganzen Region, die durch ihre Bevölkerungsdichte täglich schon genug Umweltbelastung erfährt. Die Bevölkerung im Norden des Ruhrgebiets erwartet, daß dieses (Halden-)Problem durch Politiker gelöst wird. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu beitragen könnten."

Den gesamten Schriftverkehr hat Ratsherr Theo Ahmann Gelsenkirchens Oberbürgermeister Werner Kuhlmann zur Verfügung gestellt, der für die Nachbarstadt keine weitere

„Ohne Worte" konnte man unter die Zeichnung schreiben. Eine Karikatur der Bürgerinitiative „Halde".

Hier sagen Leser ihre Meinung

„Da bleibt nichts offen"

Herten.Zum Tendenzbeschluß des Rates schreibt für die Bürgerinitiative D. Schüller, Neustraße 33: „Mit ihrem Tendenzbeschluß ließ die SPD noch vor Ende des Karnevals die Maske fallen und zeigte ihr wahres Gesicht in Sachen „Halde". Unter Mißachtung der politischen Spielregeln wurde der Beschluß gefaßt, Gutachten einzuholen für ein SPD-Haldenkonzept, nach dem ca. 1,1 Mio. Quadratmeter zusätzliche Schüttflächen benötigt werden, also mehr, als vom Regierungspräsidenten und vom Bergbau gefordert. Damit sind ca. 4 Mio. Quadratmeter des Hertener Stadtgebietes von Bergehalden bedeckt. Trotz aller Dementis - der SPD-Leitantrag steckt die Grenzen ab, über die verhandelt werden soll. Die Verantwortlichen im Land und Bund wissen Bescheid, zu welchen Zugeständnissen man bereit ist. Da bleibt nichts offen. Für die Errichtung von zweifelhaften „Landschaftsbauwerken" aus Haldendreck werden wertvolle Wald- und Grünflächen, Sportanlagen und Wohnhäuser vernichtet.

Wie hieß es doch so schön im SPD-Wahlkampfblatt „Neues Herten" vom September 1979: „ Erholungsgebiet Ewaldsee - keine neuen Flächen für Bergehaldenschüttungen"! Davon ist nichts geblieben als leere Phrasen, mit denen Wählerstimmen gefangen wurden. Welche Freiflächen sind als nächste an der Reihe, vernichtet zu werden? Arbeiten die Verantwortlichen von Rat und Verwaltung schon Konzepte hierfür aus? Wie lange dauert es dann noch - logische Folge -, bis die Ewaldstraße zwecks Verbindung der östlichen und westlichen Halden sowie die Wiedehopfstraße zur Verbindung der Halden mit der Mülldeponie nach dem Muster des Hoheward-tales zugekippt werden? Es bietet sich an, der Bergbau wird es fordern, die bergbauabhängigen Ratsmitglieder werden es befürworten und es nach „bewährtem" politischen Rezept gegen den Bürgerwillen durchsetzen! Oh' armes Herten!

„Wenigstens unterhalten"

Zur Grünanlage am Westerholter Ehrenmal schreibt Egon Graf Westerholt:

„Mit Interesse habe ich Ihrer Zeitung entnommen, daß die Stadt Herten an und um das Ehrenmal in Westerholt für 360 000 DM eine Grünanlage schaffen will. Dies ist zwar für mich nicht ganz neu, da ein Vertreter der Stadtverwaltung mich über Teilpläne informiert hat.

Nach diesem Gespräch stellte ich aber fest, daß die Stadt Herten 5 Tage später ganz andere Flächen in Anspruch nehmen möchte. Mit mir ist über den größten Teil der Fläche, die mir immer noch gehört, bisher noch kein Gespräch geführt worden. Dennoch schreibt die CDU schon heute, der Besitzer hätte bislang keinerlei Neigung gezeigt, zu verkaufen. Und wenn man von einem Eigentümer etwas will, müßte man sich wenigstens mit ihm unterhalten!

Das sind keine Methoden, oder geht das Ganze schon auf eine Enteignung hinaus, zumal laut Ihrem Artikel der Beschluß mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet worden ist. Aber ganz abgesehen von den recht komischen Methoden frage ich mich, wie 360 000 DM, sprich: dreihundertsechzigtausend Deutsche Mark, für die Verbesserung einer bereits bestehenden Grünanlage von 3300 qm ausgegeben werden können?

Ist dieses nicht eine Verschwendung von Steuergeldern, zumal in einer Zeit, wo seitens der öffentlichen Verwaltung dauernd vom Sparen gesprochen wird? Es ist auch nicht damit getan, daß etwa 85% das Land bezahlt — diesen Kuchen müssen wir alle bezahlen! Ich hätte noch Verständnis dafür, wenn inmitten einer dicht bewohnten Großstadt Gelder in dieser Höhe für eine Grünanlage ausgegeben werden; aber eine Grünanlage nur 150 Meter von Wald und Feld zu schaffen mit einem so hohen Geldaufwand ist für mich einfach unbegreiflich. Oder handelt sich vielleicht alles nur um einen Karnevalsscherz, und am Aschermittwoch ist alles vorbei?"

„Keine Ahnung von Demokratie"

Unter dem Stichwort „Machtergreifung der SPD" schreibt Ingo Mihsler, Robert-Koch-Straße 2, Vorsitzender der CDU Herten:

„Endlich zeigt die SPD Herten als Mehrheitsfraktion ihr wahres Gesicht. Was sie in der letzten Ratssitzung in Sachen Halde geboten hat (Tendenzantrag), widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten. Die SPD will ihr „Landschaftsbauwerk" und setzt es auch im Alleingang durch. Von rechtzeitiger Information oder Zusammenarbeit aller Ratsmitglieder war keine Rede mehr.

Aber nicht nur beim Thema Halde betreibt die SPD Machtmißbrauch. Auch im Sportausschuß drohte Günter Formanski nach einer Beschlußfassung mit Mehrheit: „Das bekommt ihr sowieso nicht!" Man sollte den Herren der Mehrheitsfraktion einmal klipp und klar sagen, daß sie von Demokratie keine Ahnung haben und nicht in der Lage sind, Ihrer Verantwortung als Mehrheit im Rat gerecht zu werden. Daher ist es an der Zeit, daß sie von dieser Last befreit werden. Dieses Ziel werden wir noch intensiver als bisher ansteuern."

HA 4/3.81

Menzel fordert Alternativ-Standorte

Haldenproblem und Umweltbelastungen nicht „Reviersache“

Veröffentlichung in SPD-Wirtschaftsblatt

HERTEN. „Berge nennt der Fachmann Steine und Erdklumpen, die bei der Kohlegewinnung anfallen“ - das weiß im zechenreichen Herten und im gesamten Ruhrgebiet wohl jeder. Schon wenige Kilometer weiter - dort, wo die Strukturen ländlicher und die Besiedlungsdichte geringer werden - sind die „schwarzen Berge“ jedoch in aller Regel kein Thema. Das soll sich nach den Worten des SPD-Bundestagsabgeordneten Heinz Menzel ändern. Die zechennahe Haldenaufschüttung im „Revier“ - so schreibt der Politiker in einem im „Sozialdemokratischen Pressedienst Wirtschaft“ veröffentlichten Fachbeitrag - sei zwar denkbar kostengünstig, „ aber gleichzeitig diejenige Möglichkeit der Verbringung, die den Lebensraum der Menschen in den ohnehin schon durch die Kohleförderung beeinträchtigten Gebieten am stärksten belastet“. Deshalb könne das Problem nicht allein im Ruhrgebiet gelöst werden. In die Natur eingebundene Halden außerhalb der Ballungszone seien ebenso in die Erwägungen zu ziehen.

„Da der Vorrang der Kohlepolitik für die zukünftige Energieversorgung im nationalen Interesse der Bundesrepublik liegt, müssen auch die Kosten und Umweltlasten gemeinsam getragen werden, die erforderlich sind, um auch die durch Bergehalden, Bergetransporte - auch in Revier-ferne Gebiete - auftretenden Belastungen für die im Ruhrrevier lebenden Menschen in vertretbaren Grenzen zu halten“ - zu dieser grundsätzlichen Feststellung kommt Menzel in seinen Ausführungen. Der Bundespolitiker fordert ebenso die Ermittlung alternativer Haldenstandorte wie die langfristige Ausweitung des „Blasversatzes“ (der Bergerückführung in die „leeren“ Stollen).

Eine Million LKW-Ladungen

Beiden Vorhaben seien allerdings technische und wirtschaftliche Grenzen gesetzt. Ein Viertel der im Ruhrgebiet anfallenden Bergemengen - zur Zeit etwa 27 Millionen Jahrestonnen, was etwa einer Million LKW-Ladungen entspricht - könnten beim Bau von Straßen, Dämmen und Deichen benutzt werden. Hier sei die Kapazität allerdings ständig rückläufig. 67 Prozent der Berge müßten derzeit aufgehaldet werden. Sie zukünftig außerhalb des Ruhrgebiets „unterzubringen“ zu sei, so Menzel, auch erklärtes Ziel von Ministerpräsident Johannes Rau. Die Suche nach denkbaren Standorten gestalte sich allerdings schwierig: zum einen müßten Kriterien des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigt werden. Da „Bergematerial im allgemeinen grundwasser-gefährdend ist“, sei Vorsicht geboten; ebenso müsse auf gestalterische Einfügung in die bestehende Landschaft Wert gelegt werden. Zum anderen sei die Umstellung des Bergetransports auf die umweltfreundlichere Schiene aus Bergbau-Sicht nur „kostenmäßig tragbar“, wenn am Ziel des - dann wesentlich länger gewordenen - Fahrwegs vom Bergwerk zur Halde auch „angemessene Kapazitäten“ zur Verfügung ständen.

Die „Verblasung“ der Berge in größerem Ausmaß sei - so Menzel - anzustreben, jedoch nur langfristig durchzusetzen. Eine Rückführung von 30 Prozent der Berge wertet Menzel als „großen Fortschritt“.

Der SPD-Politiker legt besonderes Gewicht auf ein zu erstellendes, überregionales Konzept. „Die Landesregierung hat deshalb zunächst die drei nordrhein-westfälischenRegierungspräsidenten gebeten, Haldenkonzepte für die kommenden 30 Jahre zu erarbeiten. Der vorliegende Rahmenplan des Regierungspräsidenten Münster zeigt allerdings, wie kompliziert es ist, sachgerechte Lösungen zu finden. Politiker und kommunale Verwaltungen kritisieren, daß nach den Vorschlägen eine Konzentration auf großflächige Standorte erfolgen soll, die sich in der Regel an schon vorhandene Haldenflächen anschließen. Dadurch betroffen wären überwiegend die Städte des nördlichen Ruhrgebiets, die schon heute erheblich belastet sind, zum Beispiel durch Großindustrieflächen und Emissionen. Möglichkeiten, auch außerhalb des Bergbaugebiets Bergematerial unterzubringen, wurden nicht ausreichend geprüft.“

Anzeige

Gövert Automobile
BMW Vertragshändler
Kaiserstr. 239–241, 4352 Herten
Telefon 02366/35023-35024
Freitag, TÜV-Abnahme
(für 2 Jahre)
für alle Hersteller!

Parole der Haldengegner:

„Die Schüttungen durch hohe Kosten vermiesen"

Um das fünffache sollen die Werte für Schwefeldioxyd in unserer Region überschritten worden sein. Dieter Schüller von der Bürgerinitiative „Hertener Halden" nannte diesen Wert in der Informationsveranstaltung der Haldengegner — die WAZ berichtete — am Montag. Der Luftreinhalteplan nennt 0,14 Milligramm pro Kubikmeter Luft als Obergrenze — 0,80 mg sind es hierzulande.

Schüller fürchtet, wenn die Halde die 100-Meter-Höhe erreicht hat, daß die Durchlüftung zwischen Halde und Paschenberg durch die Schüttung erneut beeinträchtigt wird. Die Bürgerinitiative nennt weitere Öko-Werte: „Ein Hektar Buchenwald vermag jährlich 45 Tonnen Staub zu binden, ein Hektar Fichtenwald immerhin noch 32 Tonnen. Wir dürfen unsere letzten Waldgebiete nicht auch noch zuschütten."

Dem Bergbau wirft die Initiative vor, „die Infrastruktur für den Blasversatz untertage absichtlich vernachlässig" zu haben. Die vorhandenen Anlagen wurden zum großen Teil verschrottet. Dies — so die Initiative — sei solange unbemerkt geblieben, wie nur wenig Kohle gefördert wurde. Seit dem Beginn der „Kohlevorrangpolitik" jedoch wachsen die Halden wieder.

Juristische Fragen klärte Haldengegner Lothar Lend. Sein Fazit in der derzeitigen Situation: „Weder juristisch noch politisch ist von den Politikern und der Stadt im Moment irgendwas zu erwarten." Seiner Meinung nach ist die gangbarste Lösung für die betroffenen Anwohner: „Die Zechen sind verpflichtet, vor der Haldenschüttung den Bergämtern sogenannte Betriebspläne zur Genehmigung einzureichen. Die sind so in etwa vergleichbar mit einer Baugenehmigung. Hier kann der Bürger klagen, wenn er seine Gesundheit oder sein Eigentum gefährdet sieht." Widersprüche müssen beim Bergamt eingereicht werden — das Landesoberbergamt Dortmund entscheidet. Lothar Lend: „Wird dort der Widerspruch zurückgewiesen, bleibt nur die Klage vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen."

„Dem Bergbau die Schüttungen durch hohe Kosten vermiesen", heißt die Parole der Haldengegner. Wenn die Betroffenen beispielsweise ihre Bergschäden in voller Höhe geltend machen, dürfte — so die Initiative — die Bereitschaft des Bergbaus wachsen, sich preiswerteren und trotzdem umweltfreundlichen Lösungen zuzuwenden.

Von 50 Mio. Tonnen im Jahre 1960 ist der Versatz untertage auf 4 Mio. Tonnen im Jahre 1977 zurückgegangen. „Am besten wäre es, wenn sich der Bergbau einsichtig zeigte und eine Konzeption entwickelte, wie etwa bis zum Jahre 1987 — 1990 der Vollversatz wieder eingeführt werden könnte." (Lothar Lend)

„Bürgerinitiative Halden“: WAZ 4.2.1

„Die Gunst der Stunde nutzen“

Das Thema Halde bleibt offenbar in der Diskussion. Die Bürgerinitiative „Herlener Halden“ nimmt durch Dieter Schüler wie folgt dazu Stellung:

„Gestern noch stand der Bürger in Sachen Halde vor der Tür und kämpfte gegen die politische Mehrheit des Stadtrates, die dem Bergbau – aus Unkenntnis oder Befangenheit – das Wort redete. Heute aber

Hier schreibt der Leser

steht in Sachen RZR der Rat vor der Tür und fühlt sich vom RVR und von der eigenen Verwaltung hinter- und übergangen.

Ja, Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser! Doch wie soll man kontrollieren ohne die nötige Sachkenntnis? Stehen jetzt etwa beide, Rat und Bürger, vor der gleichen Tür, vor der Tür des Regierungspräsidenten? Vielleicht läßt sich das eine Problem mit dem anderen verbinden und zum Wohle der Stadt Herten, gemeinsam mit dem Bürger lösen. Sind nicht beide, RZR und Halden, sogar ein Umweltproblem? Wer hätte das gedacht? Deshalb frisch voran, die Zeit drängt und weitere Stürme kündigen sich bereits an (Nord-Südachse L 511 Stadtteilzentren usw.)! Parteipolitisch und ohne ausreichende Sachkenntnis lassen sich die Fragen weder im Rat, noch in der Verwaltung lösen.

Der sachkundige Bürger hat die Misere seit langem erkannt. Er artikuliert sich, ist kreativ, flexibel und bietet seine Mitarbeit an. Nutzen Sie deshalb die „Gunst der Stunde“ diesmal auf eine bessere Art und Weise. Herr Bürgermeister und Herr Stadtdirektor, noch ist es hierfür nicht zu spät!“

HA 9.2.84 Kreisseite

„Gladbeck" und „Emschermiederung"

Neue Landschaftspläne jetzt in Angriff genommen

Auch umstrittene Großhalde in Herten Süd wird erfaßt

RECKLINGHAUSEN. Im Kreis Recklinghausen sollen jetzt die Landschaftspläne Nummer vier und fünf in Angriff genommen werden. Wie dem Ausschuß für Landschaftsplanung und Umweltfragen, der gestern getagt hat, mitgeteilt wurde, hält die Verwaltung die Zeit für gekommen, mit der Aufstellung der Landschaftspläne „Gladbeck" und „Emschermiederung" zu beginnen. Bislang werden beim Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) die Landschaftspläne „Die Haard", „Seengebiet Haltern" und „Castroper Hügelland" für den Kreis Recklinghausen bearbeitet.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Landschaftsplan „Emschermiederung" zu. Denn er umfaßt den Haldenkomplex Emscherbruch/Hoppenbruch/Ewald mit der geplanten und umstrittenen Erweiterung der Hoheward in Herten Süd. Weitere zu berücksichtigende Schwerpunktkonflikte sind eine geplante Wohnbaufläche im Landschaftsschutzgebiet in Recklinghausen-Stuckenbusch sowie die Planung der L 642n im Grenzbereich Recklinghausen Süd/Herten Süd.

Im Falle des Landschaftsplanes Gladbeck sind folgende Problem- und Konfliktbereiche von Interesse: Haldenkomplex Mottbruch mit geplanter Erweiterung sowie Auswirkungen des VEBA-Kraftwerkes Scholven auf die angrenzenden Bereiche.

Die Wahl der zuständigen Stellen im Kreishaus fiel auf die Räume Gladbeck und Emschermiederung, da für angrenzende Räume bereits Landschaftspläne vom KVR erstellt werden und zur Lösung grenzübergreifender Probleme die gleichzeitige Bearbeitung dieser Gebiete von Vorteil ist.

Der Ausschuß für Landschaftsplanung und Umweltfragen des Kreises hat sich dafür ausgesprochen, zuerst den Landschaftsplan Gladbeck in Angriff zu nehmen, da Gladbeck als isolierte Insel zwischen den Städten Gelsenkirchen und Bottrop liegt, für die ebenfalls schon Landschaftspläne erstellt werden.

Und da die landschaftsplanerischen Aktivitäten prinzipiell nicht an der Grenze zu den Nachbarräumen halt machen dürfen, liegen für Gladbeck aufgrund der Planungen in Gelsenkirchen und Bottrop schon wichtige Teilergebnisse vor. Aus diesem Grund ist zu erwarten, daß sich der Landschaftsplan Gladbeck mit geringem Aufwand durch den KVR erstellen läßt.

-mw-

DKP-Stellungnahme zur [illegible]

„Bevölkerung [illegible]"

CDU-Stadtverband:

SPD in Demokratie ahnungslos

Zum Halden-Initiativantrag der SPD-Fraktion in der letzten Ratssitzung (die WAZ berichtete) nimmt jetzt auch der CDU-Stadtverband Stellung. Vorsitzender Ingo Mihsler stellte zur „Machtergreifung der SPD" — so wörtlich — heraus:

„Endlich zeigt die SPD Herten als Mehrheitsfraktion ihr wahres Gesicht. Was sie in der letzten Ratssitzung in Sachen Halde geboten hat (Tendenzantrag) widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten. Die SPD will ihr Landschaftsbauwerk und setzt es auch im Alleingang durch. Von rechtzeitiger Information oder Zusammenarbeit aller Ratsmitglieder war keine Rede mehr.

Aber nicht nur beim Thema Halde betreibt die SPD Machtmißbrauch. Auch im Sportausschuß drohte Günter Formanski, nach einer Beschlußfassung mit Mehrheit: Das bekommt ihr sowieso nicht! Man sollte den Herren der Mehrheitsfraktion einmal klipp und klar sagen, daß sie von Demokratie keine Ahnung haben und nicht in der Lage sind, ihrer Verantwortung als Mehrheit im Rat gerecht zu werden. Daher ist es an der Zeit, daß sie von dieser Last befreit werden. Dieses Ziel werden wir noch intensiver als bisher ansteuern."

„Beschlüsse verletzen geltendes Recht!“

Mit etlichen „juristischen Breitseiten“ gegen Beschlüsse der Ratssitzung vom 25. Februar, in der die SPD-Fraktion ihren „Tendenzantrag“ in Sachen Bergehalden in die Debatte brachte, tritt Lothar Lend, Jurist und Mitglied der „Bürgerinitiative Halde“, wieder an die Öffentlichkeit. Lends Thesen: Die Ratsbeschlüsse verletzen das geltende Recht und in einem Schreiben an den Stadtdirektor fordert der den „Hauptgemeindebeamten“ auf, diese Beschlüsse zu beanstanden.

Den Ratsbeschluß, „die Tagesordnung um den Punkt Durchführung des Ratsbeschlusses vom September 80 zu erweitern und den SPD-Mehrheitsbeschluß, ihren September-Beschluß für erledigt zu erklären, greift Lend mit folgenden Argumenten an: „Nach Geschäftsordnung des Rates und der Gemeindeordnung kann eine Tagesordnung nur erweitert werden, wenn Angelegenheiten anstehen, die keinen Aufschub dulden oder die von äußerster Dringlichkeit sind.“

Nach Lends Auffassung treffe das hier nicht zu, „denn für die Stadt würde auch dann kein Schaden entstehen, wenn dieser Tagesordnungspunkt erst in der März-Sitzung behandelt worden wäre.“ Nach der Rechtsansicht von Lothar Lend (zu Paragraph 33 der Gemeindeordnung), sei ein Ansatzpunkt für eine Dringlichkeit nicht mal im Ansatz erkennbar, aber „insbesondere die Interessen der Öffentlichkeit betroffen, weil der Tagesordnungspunkt nicht öffentlich bekanntgemacht und dem interessierten Bürger die Möglichkeit verwehrt wurde, sich aus erster Hand zu informieren.“

Und zum Beschluß, „die Halde im Hertener Süden, müsse auf erweiterten Flächen die Merkmale eines Landschaftsbauwerkes tragen“, meint der Jurist, dieser Antrag habe keinen spezifischen Bezug zu einem Tagesordnungspunkt.

Der Initiativantrag Durchführung des Ratsbeschlusses von September 1980 stellt inhaltlich eine Grundsatzentscheidung dar. In übrigen, so Lend, fehlte eine öffentliche Bekanntmachung und somit sei der Grundsatz der Öffentlichkeit von Ratssitzungen ad absurdum geführt worden (nach der Geschäftsordnung des Rates müssen Anträge spätestens am sechsten Tage vor dem Sitzungstag beim Bürgermeister eingegangen sein).

„Entlastung des Ruhrgebiets möglich“

Bundestagsabgeordneter Hans Werner Schmöle (CDU) bekam in der vergangenen Woche von der Bundesregierung Antwort auf seine Fragen bezüglich seiner kleinen Anfrage, „Ablagerung des bei der Kohleförderung anfallenden Bergematerials.“ Die Fragestellung lautete wie folgt:

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob das bei der Kohleförderung anfallende Bergematerial außerhalb von Orten der Förderregion Ruhrgebiet abgelagert werden könnte oder ist die Bundesregierung bereit, in Zusamenarbeit mit der Landesregierung NRW diese Frage zur Entlastung der genannten Region prüfen zu lassen?

Weiterhin fragte Schmöle: Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, einen Forschungsauftrag für die Ablagerung von Bergematerial zu erteilen, und in welchem Zeitraum kann ggf. mit einer Auftragserteilung gerechnet werden?

Die Bundesregierung antwortete: Eine Ablagerung des Bergematerials außerhalb der unmittelbaren Förderregionen zur Entlastung des Ruhrgebiets ist grundsätzlich möglich, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß durch den damit verbundenen Transport zusätzliche Umweltprobleme sowie eine höhere Kostenbelastung des Bergbaus verursacht werden. Die Ablagerung des Bergematerials stellt in erster Linie ein Regionalproblem dar, für dessen Lösung die Zuständigkeit — neben den Bergbauunternehmen — ausschließlich bei den betroffenen Ländern und Gemeinden liegt. Soweit der Bundesregierung bekannt ist, werden bei den Bezirksplanungsbehörden entsprechende Gebietsentwicklungspläne erarbeitet, die auch eine Aufhaldung außerhalb der unmittelbaren Fördergebiete vorsehen.

Die Bundesregierung sieht weder von der Sache her Veranlassung, noch von der Zuständigkeitsverteilung her Raum für eine Beteiligung des Bundes an diesen Planungsverfahren. Daher beabsichtigt die Bundesregierung auch nicht, Forschungsaufträge über die Ablagerung von Bergematerial zu vergeben.

WAZ 2.3.84

Haldenschaden durch SPD-Schelte

SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzender Herbert Wehner hat nach dem für viele Genossen enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahl gesagt: „Nicht der Wähler hat falsch gewählt. Wir haben unsere Politik nicht genügend einsehbar gemacht." In ähnlicher Situation steckt die SPD-Mehrheitsfraktion im Rat in der Haldenfrage. In Verdeckung eigener Schwächen monatelangen Schweigens und fragwürdigen parlamentarischen Verhaltens, was die Einbringung ihres Halden-Initiativantrages in der letzten Ratssitzung angeht (die WAZ berichtete ausführlich), hat jetzt die Presse schuld. Ihr wirft die SPD (WAZ vom 28. Februar „Keine Vorentscheidung für Superhalde" und „Schelte für Presse und CDU-SPD: Tendenzantrag kein fauler Trick") in grundsätzlichen Punkten falsche Berichterstattung über die letzte Ratssitzung vor. Alle übrigen Parlamentarier im Rat und vor allem die Presse sollen nicht begriffen haben, was die SPD-Fraktion mit ihrem Halden-Tendenzbeschluß beabsichtigt.

● Den Vorwurf der falschen Berichterstattung weist die WAZ-Stadtredaktion mit aller Entschiedenheit zurück. Sie handelt verantwortlich, wie das Pressegesetz es ihr aufgibt.

Wenig logisch handelte nach dieser angeblich falschen Berichterstattung die SPD-Fraktion. Anstatt ihre im Presserecht verankerte Möglichkeit zu nutzen und in einer Gegendarstellung die falsche Berichterstattung ins rechte SPD-Licht zu rücken, erläutert sie ihren Beschluß vor der Presse, interpretiert ihn und versucht ihn im nachhinein zu verdeutlichen. Das hätte sie in dieser Ausführlichkeit vor dem Rat tun müssen.

Unter dem Vorwand, die Presse hätte „auf die SPD eingeschlagen", verdeckt die SPD-Fraktion ihre eigenen Versäumnisse und gibt nachträglich Erläuterungen zu ihrem Halden-Tendenzbeschluß, der so „fürchterlich mißverstanden" wurde. Wenn man vor der Presse jetzt eingesteht, daß die Einbringung des Ratsantrages „unüblich" war und man Aufsehen erwartete, so kann sich die SPD jetzt nicht wundern, daß ihr Halden-Schnellschuß nicht so getroffen hat, wie man es sich vorstellte.

Als Entschuldigung für diese aggressive Vorwärtsstrategie führen die SPD-Zielkanoniere

Der Kommentar

nach dem nicht zu begreifenden „Haldenschaden" nun an, daß das CDU-Verhalten in letzter Zeit keine andere „Ladung" zugelassen hätte. Man scheint die eigene so hochgestellte Verantwortung an der des politischen „Gegners" zu messen, die man gleichzeitig in Frage stellt. Ein wirklich unübliches Verhalten auf ihrem Beobachtungsposten, zumal nun auch noch die Presse ins SPD-Schußfeld einbezogen ist.

Ganz unverständlich auch der Standpunkt der SPD-Mehrheitsfraktion, daß mit diesem Tendenzbeschluß keine Halden-Vorentscheidung gefallen sein soll. Der Rat bekundete in SPD-Verantwortung, daß bereits jetzt die vom Regierungspräsidenten konzipierte Großraumhalde im Hertener Süden klar abgelehnt wird, was die CDU allerdings auch schon außerhalb des Rates signalisiert.

Die SPD-Fraktion sieht eine Lösungsmöglichkeit in einer anderen Halde, die eine geringere Bergemenge, eine geringere Höhe, aber bei Zuschüttung des Hohewardtales eine größere Schüttfläche aufweisen würde. Das Ganze soll als Landschaftsbauwerk gestaltet werden. Gutachten sollen diese Lösungsmöglichkeit jetzt untersuchen. Die Sozialdemokraten im Rat favorisierten eindeutig einen Haldentyp, der nach allen umweltverträglichen Seiten nun untersucht wird und sagen gleichzeitig, daß man sich keineswegs festlegen will. Selbstverständlich ist das (SPD: „Nur eine") Entscheidungshilfe, die jedoch unmißverständlich die beste Großhaldenmöglichkeit für Hertens Süden anvisiert. Oder?

Die WAZ-Stadtredaktion hat in den vergangenen Monaten zum Haldenproblem wie zu keinem Thema der letzten Jahre berichtet und auch kommentiert. Zur Verhaldung eines ganzen Stadtbereiches kamen bisher ausführlichst alle Parteien, Organisationen, Verbände, die Konfessionen, Initiativen und jeder Bürger, der es wünschte per Leserbrief in der WAZ zu Wort. So wird es auch weiterhin sein. Versteht sich von selbst, daß die objektive Chronistenpflicht der WAZ-Redakteure dadurch nicht eingeengt wird. Auch nicht durch eine „Initiativ-Pressekonferenz" der SPD.

Rolf Lautenbach

Engagierter Jurist meldet sich wieder zu Wort

Lothar Lend: „Ratsbeschlüsse verletzen das geltende Recht"

Schreiben an den Stadtdirektor / Einspruch gegen weitere Aufschüttung

HERTEN. „Die Ratsbeschlüsse verletzen das geltende Recht" — Lothar Lend, in Sachen Haldenplanung engagierter Jurist, bittet nochmals ums Wort. Bereits während des „Halden-Hearings" im Januar legte er eine kritische Anfrage zur möglichen Befangenheit von Ratsmitgliedern vor; eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Antwort der Stadtvertretung stehen hierzu noch aus (wir berichteten mehrfach). Der Hertener bezweifelt in seinem jüngsten Schreiben an Stadtdirektor Heinz Pickmann die Rechtmäßigkeit dreier Ratsentscheidungen: der, den Tagesordnungspunkt „Durchführung des Ratsbeschlusses vom September 1980" in der letzten Ratssitzung zu behandeln, der, den zitierten Beschluß „für erledigt zu erklären und die Verwaltung zu entlasten" und schließlich der, in einem Tendenzbeschluß verbindliche Merkmale für eine zu untersuchende Halde festzulegen. Lend fügt seinen Ausführungen umfangreiche juristische Begründungen bei. Hieraus einige Auszüge:

Voraussetzung für die Erweiterung der Rats-Tagesordnung ist — so Lend —, „daß Angelegenheiten entstehen, die keinen Aufschub dulden oder die von äußerster Dringlichkeit sind". Dies träfe zu, wenn durch Verzögerungen „Nachteile entstehen, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können". Hierzu der Jurist:

„Diesen strengen Anforderungen hält der Tagesordnungspunkt ‚Durchführung des Ratsbschlusses vom September 1980' nicht stand. Denn der Stadt Herten wäre auch dann kein Schaden entstanden, wenn dieser Tagesordnungspunkt erst während der Sitzung im März 1981 behandelt worden wäre. Für eine besondere Dringlichkeit im Sinne §33 Abs. 1 GONW sind noch nicht einmal im Ansatz irgendwelche Hinweise zu erkennen. Subjektive Gefühle von Dringlichkeit müssen dabei völlig außer acht gelassen werden.

Durch die kurzfristige Terminierung sind insbesondere die Interessen der Öffentlichkeit beeinträchtigt worden. Das gilt deshalb, weil der Tagesordnungspunkt nicht öffentlich bekanntgemacht worden ist und damit die interessierten Bürger keine Gelegenheit hatten, sich zu dieser Frage aus erster Hand zu informieren.

Konsequenterweise sind die zu dem nichtigen Änderungsbeschluß gefaßten Beschlüsse ebenfalls rechtsunwirksam. Eine Beanstandung ist aber dennoch wegen des von den Beschlüssen ausgehenden ‚Scheins der Rechtmäßigkeit' erforderlich."

Jede Fraktion — das erläutert Lend — sei berechtigt, Anträge zur Sache zu stellen, um so eine Entscheidung herbeizuführen. Diese müßten jedoch einen spezifischen Bezug zur Tagesordnung haben. Genau dies sei hier aber nicht der Fall gewesen; der Initiativantrag der SPD stünde in keiner inhaltlichen Beziehung zum zitierten September-Beschluß.

„Die Verwaltung wird im Hinblick auf die zu entwerfende Stellungnahme zu dem Rahmenkonzept bereits zu diesem Zeitpunkt völlig gebunden, ohne daß das Thema ‚Haldenkonzept der Bezirksregierung' ordentlicher Tagesordnungspunkt gewesen und im Rat erörtert und diskutiert worden ist.

Diese Entscheidung hätte keinesfalls gefällt werden dürfen, ohne daß diesbezüglich eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt ist. Denn hierdurch ist der Grundsatz der Öffentlichkeit einer Ratssitzung ebenso ad absurdum geführt worden wie der Grundsatz des § 14 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Herten, wonach Anträge spätestens am 6. Tag vor dem Sitzungstag beim Bürgermeister eingegangen sein müssen, um auf die Tagesordnung gesetzt zu werden."

Altkleipap ungewöhnlich erfolgreich

Herten. 17,5 Tonnen Altkleider und Altpapier konnten am 7. Februar in Herten bei der Altkleipap gesammelt werden. Die Aktion, die im gesamten Kreisgebiet lief, war auch in den übrigen Städten im Vergleich zu den Vorjahren ungewöhnlich erfolgreich.

in Onfer

Schlagzeilen des Monats

Haldenkrach

Die Kontroverse um die im Süden des Stadtgebiets geplante Großhalde erreichte im Monat Februar neue Höhepunkte. Während Landrat Helmut Marmulla sich optimistisch gab und auf der Halde schon „Obst und Gemüse wachsen" sah, löste eine CDU-Presseerklärung „großen Krach" im Rat aus. Vom Bürgermeister auf dessen Tagesordnung überwiisen, entzweite die Forderung der Christdemokraten, endlich städtischerseits Verträglichkeitsgutachten in Auftrag zu geben, die Fraktionen. Die SPD-Mehrheit betrachtete die Sache durch die Verwaltungsantworten als „erledigt". Ein überraschend eingebrachter Tendenzantrag der Sozialdemokraten ließ die CDU kurz darauf unter Protest aus dem Sitzungssaal ziehen. Die Mehrheitsfraktion faßte allein den nicht auf der Tagesordnung vorgesehenen Beschluß zur Sache: in ihm ist nunmehr festgeschrieben, daß „der Rat in seiner Gesamtheit" zur Halde des Typs „Landschaftsbauwerk" tendiert.

Kommentar

Die SPD fühlt sich mißverstanden, fehlinterpretiert und zu Unrecht angegangen. Sie will ihren Haldenvorstoß vom Mittwoch als den zu diesem Zeitpunkt einzig richtigen Weg verstanden wissen, um von einem schlichten Nein-Sager zu einem politisch verantwortungsbewußten Politiker zu werden. Ob es politisch verantwortungsbewußt ist, zu einem so frühen Zeitpunkt über die Stellungnahme zum Regierungsvorschlag hinaus eigene Vorstellungen zu präsentieren und untersuchen zu lassen, muß angezweifelt werden. Zweifelsfrei ist aber doch wohl, daß es wenig mit verantwortungsvoller Politik zu tun hat, wenn man aus kleinkarierten taktischen Gründen den anderen Parteien in diesem Rat in einer so wichtigen Frage für die gesamte Stadt einen Antrag buchstäblich „vor den Latz knallt". Wohl wissend, daß man unter derartigen Umständen bei der Abstimmung allein im Saal sitzt. Natürlich kann man der CDU vorwerfen, sie habe sich bei ihrer letzten Anfrage auch nicht der feinen englischen Art bedient. Wenn das aber zum ständigen „Wie du mir, so ich dir" wird, ist das der Sache wohl kaum dienlich. Die SPD steht, so betonte gestern Siegfried Hoyer in einer Pressekonferenz, in der Verantwortung. Dann sollte sie sich auch entsprechend benehmen. Auch wenn es um den Vorwurf „falscher" Berichterstattung geht. „Falsch" kann doch im Sinne der SPD nur unsere Kommentierung sein. Das tut uns leid. Für die SPD.

Die Halde verdrängt in den letzten Wochen immer wieder andere brisante Themen. Beispiel: Backumer Tal. Mehrkosten in Höhe von 3,7 Millionen DM sind kein Pappenstiel. Davon abgeleitet scheint es dringend notwendig, grundsätzlich die Frage zu klären, wer für die Überprüfung von Plänen und Kostenberechnungen, mit denen ein Büro außerhalb der Verwaltung beauftragt wird, zuständig ist. Hier den Schwarzen Peter der Verwaltung zuzuschieben, ist ein wenig simpel. Wenn ein Auftrag an ein Architekturbüro vergeben wird, dieser Auftrag eine Kostenberechnung beinhaltet und für das Ganze ein nicht unerhebliches Honorar zu zahlen ist, sollte man eigentlich davon ausgehen, daß das, was man bekommt, auch in Ordnung ist. Sonst kann man die Arbeit gleich besser selber machen. Da neben dem Backumer Tal sich auch in anderen Fällen, z. B. Sonderschule, gezeigt hat, daß Kontrolle besser ist als Vertrauen, sollte man schleunigst eine Regelung finden, um weitere Millionen-Schocks zu vermeiden.

Gregor Spohr

„Keine Vorabentscheidung"

Herten. (sp) „Das Regierungskonzept wird von der SPD allein schon aus stadtplanerischen Gründen abgelehnt, selbst wenn die Großhalde umweltneutral sein sollte." Bernhard Kasperek, Alfred Pusch und Siegfried Hoyer versuchten gestern in einer Pressekonferenz zu verdeutlichen, warum es am Mittwoch zum SPD-Tendenzantrag (wir berichteten) gekommen war.

„Wir wußten durchaus, daß wir damit Aufsehen erregen würden, aber wir hielten den Antrag für notwendig, weil es bisher im Rat noch nicht zu einer klaren Aussage gekommen ist", betonte Pusch. Die CDU habe ja scheinbar nur die Absicht, das Thema ständig auf kleiner Flamme zu kochen. Man räumte ein, daß die Art und Weise, in der der Antrag am Mittwoch präsentiert wurde, unüblich sei. „Aber wir sahen keinen Anlaß, die CDU vorher zu informieren, nachdem sie in der Vergangenheit in dieser Frage sämtliche Brücken abgebrochen hat und vor einer Woche bei ihrer Anfrage vorher den Weg über die Presse gewählt hat." Man betonte, der Beschluß vom Mittwoch bedeute keinerlei Vorentscheidung. Wörtlich heißt es in einer Presseerklärung:

„Die Darstellungen der Hertener Presse zum Verhalten der SPD-Fraktion in der Ratssitzung am 25. 2. 1981 sind in grundsätzlichen Punkten falsch und lassen in der Unterrichtung der Bevölkerung Lücken, die nicht bestehen bleiben dürfen.

● Die CDU-Fraktion hat mehrfach festgestellt, sie könne sich zum Haldenproblem nicht äußern, ehe nicht Gutachten erstellt wären.

● Die SPD-Fraktion hat sich dem Wunsch der CDU-Fraktion nach weitergehenden Untersuchungen und nach Gutachten angeschlossen, obwohl sie zum derzeitigen Zeitpunkt solche weitergehenden Untersuchungen nicht für notwendig hält.

● Die SPD-Fraktion ist der Meinung, daß solche weitergehenden Untersuchungen nur dann zu den von der CDU geforderten konkreten Aussagen führen, wenn den zu weitergehenden Untersuchungen aufgerufenen Stellen und Institutionen wenigstens der Haldentyp vorgegeben

Alfred Pusch, Bernhard Kasperek und Siegfried Hoyer legten für die SPD-Fraktion deren Haltung zur Halde dar. Foto: Egon Ko

werden kann, der untersucht werden soll.

● Die SPD-Fraktion hat deshalb die drei Haldentypen aufgezeigt, die grundsätzlich denkbar und allen Ratsherren wohlbekannt sind.

● Die SPD-Fraktion hat in der Ratsdiskussion, genau wie die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die vom Regierungspräsidenten angebotene Großraumhalde abgelehnt. Gutachten über diese schon aus städtebaulich-ästhetischen Gründen abzulehnende Möglichkeit brauchen von der Stadt gar nicht erst eingeholt zu werden. Der Regierungspräsident müßte die Umweltverträglichkeit und die städtebauliche Erträglichkeit beweisen.

● Da auch das Tafelbauwerk des genehmigten Betriebsplanes Emscherbruchhalde heute nicht mehr tragbar erscheint, hat sich die SPD-Fraktion entschlossen — die CDU-Fraktion hatte die Sitzung verlassen — daß nur der „Typ Landschaftsbauwerk" nach den Gestaltungsrichtlinien des Regierungspräsidenten und der Ausarbeitung der Hertener Verwaltung weiter zu untersuchen ist und weiter untersucht werden soll. Die Flächengröße und die darauf unterzubringende genaue Menge kann damit von Sachverständigen untersucht und dem Rat zur Diskussion vorgelegt werden. Die von der SPD-Fraktion gewählte Möglichkeit sieht immerhin vor, daß die vom Regierungspräsidenten vorgeschlagene Haldenmenge um fast 40% gekürzt wird. Von einer Vorabentscheidung der SPD-Fraktion in Richtung Superhalde oder Großraumhalde kann also nicht die Rede sein.

● Der Bezirksplanungsrat hat erst auf Drängen der dort vertretenen SPD-Politiker die in Herten besonders intensiv vertretenen Argumente angenommen, nach denen die Schüttmengen zu reduzieren sind und untersucht werden soll, in welchen anderen Regionen des Regierungsbezirkes Haldenmaterial untergebracht werden kann.

● In Anbetracht dieses Sachverhaltes ist jetzt noch gar nicht zu entscheiden, ob die entfallenen Haldenmengen in Herten untergebracht werden sollen und ist auch von der SPD-Fraktion nicht entschieden worden. Die Arbeit der Bezirksplanung ist abzuwarten, von der Stadt nur der Typ Landschaftsbauw mit verringernder Gesamtsch menge weitgehend zu untersuch

● Fest steht, daß der Bereich Ew halde, Emscherbruchhalde Hoppenbruchhalde als um das hewardtal und den südlichen ostwärtigen Flächen vergrö Fläche zur Untersuchung ges werden soll.

● Die CDU hat sich — obwohl vorher mit viel verbalem Aufw Gutachten und Untersuchungen derte und die Großraumhalde Regierungspräsidenten ablel — der Entscheidung entzogen.

● Die SPD-Fraktion hat mit Stimmabgabe weitergehende Un suchungen möglich gemacht, aufzeigen sollen, welche Forme nerhalb eines vorauszusetzen umweltverträglichen und städte lich erträglichen Rahmens mög sind und welche Belastungen treten.

● Selbstverständlich ist es das R der freien Presse, mit ihrer eige Meinung nicht hinter dem Ber halten. Es ist aber auch ihre Pfl den Sachverhalt so darzustellen, der mündige Bürger — Leser eine eigene Meinung bilden kan

Leser sagen ihre Meinung

„Gemurkst"

Herten. Ein Problem in Herten Süd beschreibt Kurt Müller, Im Hoppenbruch 1:

Wie die Stadt Herten bzw. deren Verwaltung über ihren Stadtteil Süd denkt, wird aus folgenden Tatsachen bekannt:

Wir haben entlang der Gelsenkirchener Straße in den Jahren 1950-53 mit Hilfe der Vestisch-Märkischen Wohnungsbaugesellschaft mbH eine schöne Kleinsiedler-Anlage gebaut. Auf diese Siedlung konnte die Stadt Herten stolz sein. Aber was ist aus dieser Siedlung in den vergangenen Jahren geworden? Durch hemmungslose Baugenehmigungen der Bauaufsicht für Herten Süd werden große, kleine, dicke, lange, kurze und schiefe Dachhäuschen bzw. zweite Etagen gebaut. Manche Bilder von Häusern aus diesen Straßen würden in einem Witzblatt einen guten Platz finden.

Jetzt liegt wieder eine solche Baugenehmigung vor. Es soll aus einem Ein-Etagen-Haus ein Zwei-Etagen-Haus werden. Die andere Hälfte des Doppelhauses ist in unserem Besitz. Als ich von diesem Bauvorhaben erfahren habe, bin ich zur Bauaufsicht für Herten Süd und habe mit dem Herrn gesprochen, der früher für diesen Stadtteil zuständig war. Mir wurde gesagt, ich könnte die Bauzeichnung meines Nachbarn nicht einsehen. Weiter erklärte mir dieser Herr, die Bergschäden würden die Bauaufsicht überhaupt nicht interessieren und ließen mich nicht meine Probleme erwähnen. Nun mache ich es öffentlich.

Nehmen wir an, werter Herr von der Bauaufsicht, Sie würden die Bauzeichnung für die Dachhäuschen zeichnen. Dann wäre doch das Haus, welches umgebaut werden soll, auf dem Zeichenbrett in der Waage. Was Ihnen auch bekannt ist, ist die Tatsache, daß in Wirklichkeit die Häuser in Herten Süd bzw. in der Siedlung in Schieflage sind. Bei unserem Haus 17-20 cm. Sie haben mir auch gesagt, daß neuerdings der Nachbar eine Genehmigung nicht mehr geben braucht, wenn der Bauende eine feuerfeste Mauer baut. Das würde also bedeuten, er könnte von der Brandmauer aus bauen. In diesem Fall würde der Dachausbau 9 Meter lang. Auf diese Länge 17-20 cm Schieflage, und der Dachausbau wird auch noch in Waage gebaut. Dann sehen Sie sich mal das an, was da genehmigt wurde. Dann würde meine Hälfte von dem Doppelhaus ganz schön an Wert verlieren, wenn wieder ein so schiefes Bauwerk in der Luft hängt. Und dann kommen Sie und sagen mir, der Nachbar könnte bauen, wie er wollte. Wollen Sie den Minderwert bezahlen? Der Bergbau zahlt wohl die Schieflage, aber nicht optisch schief gebaute Dachausbauten.

Wie ist es nun dazu gekommen, daß die Siedlung in ihrem Aussehen so eingebüßt hat? Die Siedler haben zum Teil ihre Einliegerwohnung begradigt (die Schräglage). Aber der Erfolg ist im Verhältnis zum Aufwand gering. Und wenn diese Umbauten von Baufirmen ausgeführt werden, zu teuer. Nun hat ein Siedler-Vertreter vor längerer Zeit eine Nachbarschaftshilfe-Kolonie gegründet und diese Dachhäuschen gebaut.

Natürlich für einen Kasten Bier: Sie haben aber nicht dafür gesorgt bzw. mit der Bauaufsicht verhandelt wegen einer gleichmäßigen Ausführung der Umbauten. Für die Stadt war es Wurscht, was da zusammengemurkst wurde, und für die Nachbarschaftshilfe-Kolonie auch, wegen des Kastens Bier. Und so sind in den letzten Jahren mindestens 30 solcher Umbauten gebaut worden, auch von Firmen, die nach meiner Schätzung einen Wert von 300 000 DM und vielleicht noch wesentlich höher haben.

Nun, meine Herren von der Stadtverwaltung, wie wär's, machen Sie am Sonntag einen Spaziergang durch den Vosshorst, Da steht ein besonders ausgeprägtes Exemplar ihrer Stadtgestaltung.

Zur Kasse gebeten

Zur Fahrpreiserhöhung schreibt Elke Janz, Hahnenbergstraße 52:

Es „steuert" sich etwas zurecht in Bonn. Nachdem die Lohnsteuerreform in die Hosen gegangen ist (bei einem Gehalt von ca. 2300 DM zahlt man 1,10 DM weniger), soll der Benzinpreis durch die Erhöhung der Mineralölsteuer auf 1,50 klettern. Wer ist in erster Linie betroffen? Arbeitnehmer, Pendler, die ihr Auto dringend brauchen. Steuererleichterungen für Pendler liegen erst mal wieder in der Schublade. Will der steuergeplagte Mensch nach Feierabend all diese Täuschungen mit einem Schnaps herunterspülen, wird es ihm auch nicht mehr schmecken, erinnert es ihn doch wieder an Steuern. Mancher Bürger möchte ja auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, aber da wird der Bürger schon wieder zur Kasse gebeten. Der Fahrschein wird teurer. Die Verantwortlichen der Vestischen Straßenbahnen haben zwar mit erhobenem Zeigefinger versucht, dem Bürger klarzumachen, daß er preisbewußter zu fahren habe. Da denk' ich mir, nanu! Wenn jetzt alle nur noch Mehrfachfahrscheine lösen, bleibt ja alles beim alten. Wozu dann die Erhöhung? Die Fahrkarten. Zum Beispiel die Schülerfahrkarten steigen von 31,50 DM auf 36,- DM. Viele Eltern und die Kommunen müssen wieder tiefer in die Tasche greifen. So weit, nich gut.

Da wurden doch vor einigen Wochen auf der Kaiserstraße neue Linien für die Linie 210 verlegt, nun soll die Linie vorzeitig stillgelegt werden. In Zukunft muß es ja sein, weil der Betrieb verlegt wird. Mir ist auch bekannt, daß die Vestische, wenn die Straße neu gemacht wird, den Gleisbau mit aufarbeiten muß. Liegt es aber an der mangelnden Kooperation oder der Gedankenlosigkeit, daß erst noch so viel Geld ausgegeben wurde? Jeder hat angenommen, daß die Bahn noch wenigstens ein Jahr fährt.

Sinnlos finde ich auch die doppelte Geldausgabe am Bahnübergang auf der Kaiserstraße. Gezwungenermaßen wurden wegen des Ausbaus der Straße neue Schranken angebracht. Wochen später wurde eine kombinierte Schranken- und Lichtzeichenanlage installiert. Ich weiß nicht, ob diese besser ist, oder wer das alles bezahlt. Auf jeden Fall ist der Bürger überall stiller Teilhaber durch die Zuschüsse. Zuschüsse können nur gewährt werden, wenn der Bürger immer mehr Steuern zahlt. Es müssen sicherlich Neu

Skandal oder Scheingefecht ?

Herten. (rkl) Ein Rat diskutiert, wägt ab und kommt zu einem klaren Beschluß. Der in ihm enthaltene Auftrag an die Verwaltung wird einfach nicht in die Tat umgesetzt, nicht sofort, nicht im selben Monat, nicht einmal im selben Jahr - ein Skandal. Kann man dieser Darstellung in Sachen Haldengutachten zustimmen oder hat Stadtdirektor Heinz Pickmann Recht, wenn er behauptet, so massive Vorwürfe hätte er „hier noch nie gehört" und sie seien durch nichts zu halten? Eine folgenschwere Frage, die den Stadtrat lange beschäftigte und Vertreter aller beteiligten Seiten immer wieder schwere Vorwürfe erheben ließ. Eine CDU-Presseerklärung hatte im Haupt- und Finanzausschuß Bürgermeister Willi Wessel bewogen, die Frage, ob der im September gefaßte Beschluß zu „Aufträgen an neutrale Sachverständige" in Sachen Haldenverträglichkeit erledigt, hinfällig oder noch durchzuführen sei, via Tagesordnungs-Punkt im Rat klären zu lassen. Ergebnis der Schlußabstimmung hierzu: mit der Mehrheit von FDP und SPD stellte der Rat fest, durch die Antworten der Verwaltung, deren Problem-Auflistung und Initiative sei sein Beschluß „erledigt" (wir berichteten).

Das „erste Wort" hatte Stadtbaurat Horst Günther. In einer ausführlichen Erklärung wies er auf den Fortgang der verschiedenen Haldenverfahren - nicht zuletzt im Münsteraner Regierungspräsidium - hin. Die vom RP gemachten Anstrengungen (so etwa sein Auftrag an die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung zur Erstellung eines Prüfkataloges für mutmaßliche Belastungswerte) gingen nicht zuletzt auf die Vorstöße der hiesigen Verwaltung zurück. Der Kriterien-Kanon sei fertiggestellt und der Stadt vom RP selbst übergeben worden. Günther nannte ebenfalls zur Zeit vom Kommunalverband Ruhrgebiet durchgeführte Modelluntersuchungen „unter den Gesichtspunkten der Landschaftspflege und Sanierung". Auch sie seien auf die Initiative aus dem Hertener Rathaus zurückzuführen.

Mit Hinweis auf das für die Bürgeranhörung zur Halde (am 16. Januar in der Gesamtschule) erarbeitete Konzept-Papier [illegible] darauf, die Mitarbeiter der Verwaltung hätten sich hier „bis an die Grenze der physischen Endbelastung" engagiert. Heinz Muhs und Josef Surmann würdigten dies auch im Namen der CDU-Fraktion - nur sei all das eben nicht Zielrichtung des September-Beschlusses gewesen. Die einzig vernünftige Antwort auf die Ratsverfügungen wäre die Auftragsvergabe städtischerseits an kompetente Gutachter gewesen - der Fleiß der Verwaltung bei der bloßen Problemauflistung sei zwar lobenswert, löse das Problem aber nicht. Mit Nachdruck wies der Bürgermeister Beschuldigungen zurück, er und die Verwaltungsspitze hätten seit 1979 vom Haldenprojekt gewußt, an seiner Entwicklung mitgearbeitet und somit die Hertener Ratsherren und Bürger „an der Nase herumgeführt".

Als „Scheingefecht um nichts und wieder nichts" bewertete Peter Gengenbach (FDP) die Auseinandersetzungen. Man sei sich einig in der Feststellung, die Anwesenheit von 25 Gutachtern am 16. Januar habe „nichts gebracht" - warum solle man denn nun mit solchem Nachdruck Gutachten fordern? Die würden schließlich auch von solchen Experten erstellt. Mit der Feststellung, man solle die Verwaltung nicht völlig überfordern und kritischen Bürgern „nicht einfach nur so nach dem Munde reden", schloß sich die FDP dem Mehrheitsvotum der SPD an. Demnach ist der Vorjahres-Ratsbeschluß „erledigt".

Transportkosten unter Tarif?

SPD-Ratsherren bitten Straßenverkehrsamt um Überprüfung der Halden-Tarife

Herten. Entsprechen die Transportkosten beim Bergetransport per Lkw den gesetzlichen Bestimmungen? Eine Frage, die jetzt Paul Haverkamp und sechs weitere SPD-Abgeordnete aus Herten Süd vom Straßenverkehrsamt überprüfen lassen wollen.

Verdacht, daß hier etwas nicht mit rechten Dingen zugehen könnte, schöpften die Parlamentarier aus dem Hinweis des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR), die Kosten betrügen 1,75 DM pro Tonne. Dieser Preis, so die Ratsherren, stehe im krassen Widerspruch zu den entsprechenden Verordnungen und verfälsche die Wettbewerbsbedingungen zwischen Schienen- und Straßenverkehr.

„Bei kostengerechten Vertragsbedingungen erscheint es fraglich, ob sich der Transport in der Vergangenheit ausschließlich auf den Straßenverkehr konzentriert hätte. Eine unzumutbare Belastung der Bevölkerung an den Transportstraßen hätte wahrscheinlich vermieden werden können."

Konzert in der Erlöserkirche

Stadtkantorei Lengerich kommt am Sonntag nach Herten

Herten. Ein geistliches Konzert mit der Evangelischen Stadtkantorei Lengerich und Lothar Fischer (Marl) an der Orgel findet am Sonntag, 1. März, um 18 Uhr in der Erlöserkirche statt.

Vor etwa 15 Jahren hatte in Herten noch niemand daran gedacht, daß man in Herten einmal anspruchsvolle Kirchenkonzerte würde hören können. In der Erlöserkirche finden seit 1973 jährlich 4 Konzerte statt, die allesamt gut besucht werden. Ebensoviel Aufmerksamkeit erhalten die Kirchenkonzerte in St. Josef in Disteln, in St. Antonius in Herten und in St. Marien in Langenbochum.

Entscheidend beeinflußt wurde diese kirchenmusikalische Entwicklung durch den Bau repräsentativer Orgeln in der Erlöserkirche und in St. Marien. Die Hertener Orgellandschaft wird demnächst bereichert durch die große Führer-Orgel in St. Antonius und die kleine Kleuker-Orgel in der Johanneskirche in der Augustastraße.

Das geistliche Konzert in der Erlöserkirche am 1. März bringt Chorwerke von Heinrich Schütz, Christoph Demantius und Wolfgang Fortner, ferner Orgelwerke von Johannes Sebastian Bach, Dietrich Buxtehude und Nikolaus Bruhns.

Der Eintritt ist frei. Die Kollekte am Ausgang ist für die Unkosten des Konzerts bestimmt.

Großhalde im Hertener Süden ... als Landschaftsbauwerk wie SPD-Ratsherr Siegfried Hoyer es bereits vor Wochen vorschlug und der Parteitag der Sozialdemokraten es beschloß, so sehen CDU und FDP den Beschluß des Rates mit SPD-Mehrheit — die WAZ berichtete — über den SPD-Tendenzbeschluß. Nach Ansicht der CDU und FDP, die an der Abstimmung nicht teilnahmen — die WAZ berichtete — ist damit von der SPD-Mehrheitsfraktion „in einem Kraftakt" ein klares Ja zur Mammuthalde im Hertener Süden gefallen.

HERTENS SÜDEN soll in einem Super-Landschaftsbauwerk „verhaldet" werden. So will es die SPD-Mehrheitsfraktion im Rat. Mit ihrem Tendenzbeschluß legte sie die Haldenzukunft im Hohewardbereich fest und damit die Zuschüttung des Hohewardtals. So muß nach Ansicht der CDU/FDP das Votum der SPD gesehen werden. (WAZ-Bild: Vinken)

CDU-Protest: Verfahren in grober Weise undemokratisch

22.2.81

Während stellvertretender SPD-Fraktionssprecher Alfred Pusch beteuerte, daß dieser Initiativantrag „aus der Diskussion zum Punkt 8 der Tagesordnung" erfolgte — er lag jedoch drei Stunden vorher vor Sitzungsbeginn allen SPD-Ratsmitgliedern und auch der Presse vor, protestierten CDU und FDP — die WAZ berichtete — heftig gegen „diese Art der Überrumpelung, die durch die Tagesordnung nicht gedeckt ist."

Unter Punkt 8 war vorgesehen, daß der Vorwurf der CDU-Fraktion — „Der Ratsbeschluß vom 24. September 1980 bezüglich der Bergehalde wurde von der Verwaltung nicht durchgeführt" — behandelt werden sollte.

Die CDU erklärte zu diesem ungeheuerlichen Schachzug der SPD" in einer Protokollnotiz:

- Entgegen der Deutung der SPD-Fraktion handelt es sich nicht um einen Initiativantrag.
- Der Antrag wurde ohne Diskussion und ausreichende Aussprache in der Sache zur Abstimmung gestellt.
- Er wurde vom Fraktionssprecher der SPD schriftlich verlesen, lag also im Konzept vor.
- Der Antrag wurde nicht schriftlich bekannt und in einer so wichtigen Sache wie das Haldenproblem kann man nicht ungeprüft Stellung nehmen, erst recht nicht beschließen.
- Wir sind empört darüber, daß den Vertretern der hiesigen Tageszeitungen bereits vor der Ratssitzung der schriftliche Antrag übergeben wurde, unsere Fraktion aber ihn nicht hatte.

Landschaftsbauwerk

Die CDU-Fraktion ist deshalb gezwungen zu erklären, daß die Verfahren der SPD in der Sache in grober Weise unfair und undemokratisch ist.

In dem SPD-Tendenzbeschluß votierte die SPD-Mehrheit nach Masse und Form des Rahmenkonzeptes für Bergehalden des Regierungspräsidenten vom Mai 1980". Sie sagte auch nein zu „Halden nach Masse und Form der genehmigten Betriebsplanverfahren für die Halden Emscherbruch und Hoppenbruchhalden, wobei von einer maximalen Schütthöhe von 60 m auszugehen ist".

Die SPD-Fraktion befürwortete, somit der Rat (CDU zog — wie berichtet aus dem Rat aus und FDP nahm an der Abstimmung nicht teil) „die Planung von Bergehalden (als) Landschaftsbauwerke nach den gierungspräsidenten auf größerer Schüttfläche bei geringerer Schütthöhe und verringerter Gesamtschüttmenge". Zur Erläuterung wollte die SPD wissen, zu welcher Lösungsmöglichkeit der Rat in seiner Ganzheit tendiert".

Gleichzeitig wurde betont, daß dieser Tendenzbeschluß dazu dienen solle, „welche Lösungsmöglichkeit des Haldenproblems weitergehenden Untersuchungen oder Gutchten zugrunde zu legen ist". Die SPD wollte außerdem mit diesem Votum erreichen, daß „beim Regierungspräsidenten die von der CDU-Fraktion gewünschten weitergehenden Untersuchungen und Gutachten bestellen zu können und um untersuchen zu können, ob gehende Untersuchungen anzustellen sind".

Alfred Pusch (SPD) warf der CDU vor, daß sie „nicht die beste Haldenlösung für den Bürger" wolle, sondern optische und politische Gründe kochen will. CDU-Fraktionsvorsitzender Josef Surmann konterte: „Die SPD will die Großhalde reibungslos über die Bühne gehen lassen. Echte und neutrale Gutachten sind nicht erwünscht."

RAG-Großraumhalde

Robert Pusch (SPD) merkte zu Haldengutachten kritisch an: „Die Ruhrkohle hat durch Chefmarkscheider Rawert noch vor wenigen Tagen erklären lassen, daß sie die Großraum-

Peter Gegenbach lehnte ganz eindeutig eine Beschlußfassung über den plötzlichen SPD-Tendenzantrag ab, „da wir keine Möglichkeit haben über dieses weitreichende Thema uns eine Meinung zu bilden, wenn uns nur Minuten bleiben. Außerdem geht dieser Antrag per Geschäftsordnung ohnehin

entsprechend wird auch das Gutachten ausfallen, was nun vom Bergbau erstellt wird", auf Veranlassung der Stadt. Pusch sah das Ergebnis dieses Gutachtens bereits voraus: „Die Grenze des Vertretbaren in puncto Belastung der Umwelt wird uns sicherlich bewiesen."

FDP-Fraktionsvorsitzender

„Ich weise Machenschaften entschieden zurück"

Mit Entschiedenheit wehrten sich die Verwaltung sowie Bürgermeister Willi Wessel erneut gegen den Vorwurf der CDU-Fraktion, „der Ratsbeschluß vom 24. September 1980, bezüglich der Bergehalde, wurde nicht durchgeführt." Stadtbaurat Horst Günther verlas zudem eine Erklärung in der er zu den schwerwiegenden Vorwürfen eingehend Stellung nahm. Insbesondere verwies er auf die Einschaltung von Sachverständigen in einem frühest möglichen Zeitpunkt. Freidemokrat Peter Gengenbach gar erklärte, daß ihm selbst und auch dem CDU-Ratsherren Franz Mihsler seit 1978 bekannt sei, daß die Halde im Hohewardbereich geschüttet werde.

Persönlich

Als eine „ungeheure Anschuldigung" — er habe Ratsbeschlüsse mißachtet — nahm Stadtdirektor Heinz Pickmann den Vorwurf persönlich. Niemals, seitdem er im Dienste der Verwaltung und zum Wohle der Bevölkerung tätig sei, habe er sich so etwas anhören müssen. „Wir waren von Anfang an der Meinung, daß das Haldenkonzept des Regierungspräsidenten so nicht verwirklicht werden kann". Pickmann verwies darauf, daß man sich zur Zeit immer noch in der Erarbeitungsphase einer Stellungnahme befinde — „und diese legen wir dem Rat wie schon mehrfach angekündigt bis zum 16. April vor".

Die CDU war in diesem Punkt auch am gestrigen Abend anderer Auffassung. Sowohl Fraktionsvorstand Josef Surmann als auch Heinz Muhs

Fünf Monate

bekräftigten ihre Anschuldigung. Muhs: „Für uns ist eindeutig und klar, daß der Ratsbeschluß die Forderung nach Gutachten zum Inhalt hat — wer dies anders ansiegt, handelt besseren Wissens falsch."

Seit dem Beschluß seien fünf Monate vergangen, außer viel Papier habe man nichts auf den Tisch bekommen. Wie die WAZ mehrfach berichtete, bezog sich Muhs in seiner Argumentation abermals auf die Bürgeranhörung in der Gesamtschule. Das Fazit der Veranstaltung habe letztlich zum Ausdruck gebracht, daß Fachleute die anstehenden Fragen der Bevölkerung nicht hätten beantworten können.

Auch am gestrigen Abend zeigte sich im Verlauf der Debatte, daß nur einige Parlamentarier des Hertener Rates wahrscheinlich genaueres über den Werdegang der Hohewardhalde wissen. Diesem Gefühl, so meinten Vertreter der Bürgerinitiative „Halde", stehe auf der anderen Seite Ohnmacht, Unwissenheit und die Empfindung des Verrates gegenüber. Auf Anschuldigungen Theo Ahmanns erklärte Stadtoberhaupt Willi Wessel mit Nachdruck: „Ich weise den Vorwurf der Machenschaften entschieden zurück."

Kommentar

Das faule Ei der SPD

„Was Sie uns da ins Nest legen wollen, sind drei verschiedene Eier: Ein Gänseei, ein Hühnerei und ein Taubenei. Aber stinken tun sie alle!" Ein Spruch von CDU-Ratsherr Theo Ahmann, aus dem Stegreif formuliert gestern abend gegen 20 Uhr im großen Sitzungssaal während einer Ratssitzung, die wohl in die Geschichte dieses Gremiums eingehen dürfte. Man mag von Theo Ahmann halten, was man will: Treffender kann man das gar nicht beschreiben, was die SPD da gestern in einem strategisch sorgfältig vorbereiteten Alleingang durchpaukte. Und gerade diese Art des Vorgehens machte erschreckend deutlich, daß sich die Genossen durchaus darüber klar waren, was sie da beschlossen. Und das ist schlicht unglaublich.

Zehn Wochen, bevor der Rat sich mit einer Stellungnahme zum Bergehalden-Konzept des Regierungspräsidenten befassen will, hat sie mit ihrem „Tendenzbeschluß" nach eigener schriftlich dargelegter Begründung eindeutig erklärt, „zu welcher Lösungsmöglichkeit der Rat in seiner Ganzheit tendiert." Zu einer Halde nämlich, wie sie zuerst von SPD-Ratsmitglied Hoyer ins Gespräch gebracht wurde und dann auch ähnlich im Verwaltungspapier auftaucht: Weniger hoch und mit geringerer Menge als im RP-Konzept, dafür aber auf einer noch wesentlich größeren Fläche, die sich hin bis zum Ewaldsee erstreckt. Der „Rat in seiner Ganzheit", der diese „Tendenz" nun gutachtlich untersuchen möchte, war gestern allein die SPD. Der CDU stank dieses Ei, das die SPD da ohne Rücksicht auf die Tagesordnung als „Initiativantrag zur Sache" (zuvor natürlich schriftlich bereits festgehalten und an die Presse verteilt) in den Saal schmuggelte, so gewaltig, daß sie bei der Abstimmung fluchtartig den Saal verließ. Die FDP blieb sitzen und hielt sich die Nase zu. Die Genossen konnten ihr Ei alleine ausbrüten.

Man könnte darüber lachen, wenn es nicht zum Heulen wäre. Wozu denn eigentlich ist der Rat aufgerufen? Zu einer Stellungnahme zu einem Konzept — und zu nichts mehr. Und wenn die SPD meint, zu einer Ablehnung dieses Konzeptes benötige sie keine Gutachten, ist das eine Ansicht, die eine große Gefahr in sich birgt. Wie will man kontern, wenn die vom Bergbau beauftragten Gutachter zu dem Schluß kommen, das Riesending im Hertener Süden sei doch gar nicht so schlimm? Dann steht man mit seinem schlichten Nein ganz schön dumm da. Stellungnahme zum Konzept — Gutachten zum Konzept! Anders kann die Formel doch gar nicht heißen. Statt dessen geht die SPD hin und zerbricht sich den Kopf über Dinge, die sie im augenblicklichen Stand der Diskussion besser noch gar nicht auf den Tisch gebracht hätte, und läßt ausgerechnet zu ihrer „hausgemachten" Halde auch noch für sicher nicht wenig Geld Gutachten erstellen. Nach dem Motto „Sie sind nicht schädlich, denn sie liegen dann ja im Betriebsplanverfahren, wo sie spätestens benötigt werden, schon vor." Das bedeutet schlicht: Zum Regierungskonzept kann man nichts mehr bieten als ein schlichtes Nein — zu einem Konzept, um das es in dieser Stellungnahme noch gar nicht geht, kann man aber schon stolz Gutachten vorweisen. Statt alternativ verschiedenste Flächen, Mengen und Höhen untersuchen zu lassen, um der Regierung schwarz auf weiß präsentieren zu können, was äußerstenfalls und was auf keinen Fall verkraftet werden kann, hat die SPD sich gestern schon eindeutig für eine ganz bestimmte Lösung entschieden. Und das in einer Art und Weise, die einem normalen Verfahren Hohn spricht. Aber das paßt ja zum Thema „Halde". **Gregor Spohr**

Proteste und Pfui-Rufe bei der Ratssitzung

Abstimmung zum Tendenzantrag: CDU verläßt den Sitzungssaal

Stadtdirektor wehrt sich gegen Vorwürfe / Beschluß durch Antwort „erledigt"

HERTEN. (rkl) Es ging im Rat einmal mehr um das Thema „Halde". Ratsherr Alfred Pusch äußerte seinen Verdacht, die CDU-Fraktion wolle „die Sache nur am Kochen halten und dabei politischen Honig saugen". Er wurde mit spontanen „Pfui"-Rufen der Gegenseite und stürmischem Beifallsklopfen seiner Fraktionskollegen bedacht. Peter Gengenbach (FDP) hatte zunächst über leidige Schaukämpfe geklagt, die letztlich doch nichts einbrächten, wies später aber mit Nachdruck darauf hin, daß eine von der SPD geforderte Entscheidung verfrüht wäre — dies Minuten, bevor die CDU bei der letzten Ratssitzung unter Protest den Saal verließ. Wie berichtet, hatte Bürgermeister Willi Wessel den Tagesordnungspunkt „Durchführung des Ratsbeschlusses" vom September 1980 kurzfristig in die Tagesordnung aufgenommen. Stadtbaurat, Stadtdirektor und Fraktionssprecher gaben hierzu ihre Erklärungen ab. Nach einer Grundsatz-Abstimmung zum Ja oder Nein der Verwaltung vorgeworfener Verfehlungen überraschte Karl Steinhart für die SPD-Fraktion jedoch mit der Forderung nach einem „Tendenzbeschluß". Er solle klarstellen, zu welcher Lösungsmöglichkeit der Rat in seiner Ganzheit tendiert."

Der von sozialdemokratischer Seite geforderte Entscheid zwischen den drei aufgeführten Haldentypen (die dem Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten entsprechende Version, die Beibehaltung der Emscher- und Hoppenbruchhalde mit den genehmigten Schütthöhen oder ein „Landschaftsbauwerk" nach von der Verwaltung fixierten Vorstellungen) stand nicht auf der Tagesordnung und war den Nicht-SPD-Ratsherren nicht schriftlich zugestellt worden — eben dies nahmen Sprecher der CDU und FDP zum Anlaß zu schärfsten Protesten.

Meinte Alfred Pusch, es sei durchaus üblich, nach sachlichen Debatten im Rat auch Anträge von den Fraktionen stellen zu lassen, entgegnete Gengenbach, man könnte nicht schon jetzt endgültige Weichen stellen. Ein grundsätzlicher Antrag zu diesem oder jenem Gutachten präge die spätere Entscheidung schon mit — „und dazu sind wir noch gar nicht schlau genug".

Hatte Surmann den überraschenden Antrag der SPD-Fraktion zunächst als Hinweis gedeutet, man wolle nun doch genau das tun, was „seine" Partei schon lange anstrebe (nämlich einen Vorstoß in Richtung Gutachten zu machen), mußte er sich hier von Siegfried Hoyer (SPD) korrigieren lassen. Dem sei nicht so. Vielmehr ginge es der Mehrheitsfraktion darum, festzulegen, was in einem derartigen Verträglichkeits-Gutachten denn untersucht werden solle. Konkrete Ergebnisse — so Vertreter der SPD-Fraktion — seien eben nur zu erwarten, wenn dem Gutachter auch genaue Vorgaben gemacht werden könnten.

Doch gerade von diesem Vorhaben fühlte sich der nicht-sozialdemokratische Teil des Rates sichtlich „überrumpelt". Immer wieder wurde Vertagung gefordert — die Politiker wollten sich ohne Bedenkzeit nicht verbindlich zu dem Antrag äußern.

Als der Bürgermeister dennoch zur Abstimmung schritt, trat die CDU-Fraktion geschlossen den „Weg in den Rathausflur" an. Während die FDP zwar blieb, an der Abstimmung aber nicht teilnahm, verfügte der Rat mit den Stimmen der SPD, der „Tendenzbeschluß" müsse klar auf eine Halde der Kategorie „Landschaftsbauwerk" hinweisen.

Zuvor hatten Stadtbaurat Horst Günther und Stadtdirektor Heinz Pickmann mit Nachdruck darauf verwiesen, nach der September-Beschlußfassung in der Ratsperiode des Vorjahres sei die Verwaltung keineswegs untätig gewesen — eine Feststellung, der auch die CDU als Urheber der schweren Vorwürfe ausdrücklich zustimmte.

Für die Christdemokraten ging es jedoch, so deren Sprecher Josef Surmann, um die Auslegung des Beschlusses. Um Aussagen zur Umfeldbelastung durch eine Großhalde zu erhalten, hatte der Beschlußtext die Vergabe von „Aufträgen an neutrale Sachverständige" vorgesehen — und darunter sei eindeutig die Bestellung von Gutachten durch die Stadt zu verstehen.

„Wer", so Surmann wörtlich" das anders auslegt, handelt wider besseres Wissen falsch!" Stadtdirektor Pickmann bestritt dies grundsätzlich und verwies gleichzeitig auf die mehr als 70 Seiten umfassende, von der Verwaltung ausgearbeitete Problemauflistung. Mit den Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion beschloß der Rat, sein Vorjahresbeschluß sei durch diese Antwort aus dem Rathaus „erledigt".

Poster und Tests zum Thema „Gesundheit"

Auch kostenlos Streifen für „Zuckertest"

Herten. „Vorbeugen ist besser als heilen" - unter diesem Motto veranstaltet die Kaufmännische Krankenkasse (KKH) gemeinsam mit der Kreissparkasse Recklinghausen in der Filiale Herten bis Freitag eine Aktion zur Förderung des Gesundheitsbewußtseins. Am KKH-Gesundheitsservice-Stand werden Druckschriften und Poster, die zu einer vernünftigen Verhaltensweise anregen sollen, kostenlos verteilt. Außerdem gibt's eine Fülle von Testmöglichkeiten. Gestern wurde die Aktion von KKH-Leiter Kesten und Kreissparkassen-Filialleiter Roß eröffnet.

Die Besucher der Veranstaltung können unter einer Vielzahl von Postern wählen, die von der KKH im Rahmen der gesundheitlichen Aufklärung herausgegeben werden. Neben Anti-Alkohol- und Anti-Raucher-Postern erfreuen sich vor allem das humorvoll aufgemachte Poster tips kostenlos bereitgehalten. Weitere Gesundheitstests werden diesbezüglich angeboten und sogar für müde Veranstaltungsbesucher bietet sich noch die Gelegenheit zu einer Fuß-fit-Massage. Zwei Minuten Vibration sind für die Beinmuskeln eine richtige Wohltat.

„Anzeiger".

HA 25.2.81

Menzel zur Wohnbebauung:

Halden eigentümer sollen kein Kapital schlagen

Grund und Boden kostenlos abgeben / Vorstoß zum RP Münster

HERTEN. Eine teilweise Wohnbebauung der Bergehalden wäre nach Meinung von Bundesratsmitglied Heinz Menzel (SPD) denkbar. An den Regierungspräsidenten in Münster wandte sich der Sozialdemokrat deshalb mit dem Vorschlag, Wohnungs- bzw. Baufachleute zu dieser Frage zu hören.

Menzel vertritt die Ansicht, die Eigentümer der Halden, die die Vernichtung von Grund und Boden und jahrelange Belästigungen der Allgemeinheit verursacht hätten, könnten nun nicht erwarten, Kapital aus einer eventuellen Haldenbebauung zu schlagen. Der Politiker forderte, daß sie Halden-Grund und -Boden kostenlos für Bebauungszwecke abgeben.

Da die Haldeneigentümer bisher kaum zu einer sinnvollen Haldennutzung beigetragen und es der Allgemeinheit überlassen hätten, mit den ins Gelände gesetzten Halden glücklich zu werden, sei zu überlegen — so Menzel — ob sie nicht zu den erhöhten Erschließungskosten herangezogen werden sollten, die Gemeinden und Bauherren im Falle der Haldenbebauung entstehen.

kirch erinnerte in einem Gespräch

HA 28/29.2.89

RAG zahlt 35 Millionen für Schäden

Essen (lnw) Im Ruhrgebiet entstehen durch den Kohleabbau jährlich Schäden an Schienen, Wasserwegen und Straßen in Höhe von 35 Millionen Mark. Wie die Ruhrkohle AG jetzt mitteilte, finanzieren die Bergbaugesellschaften auch die Behebung von Senkungen im Verkehrsnetz.

Die spektakulärste Schadensbehebung gab es Anfang des Jahres auf der A2. Zwischen den Anschlußstellen Dortmund Nordost und Kamen West mußte für 15 Millionen Mark die Fahrbahn um bis zu sechseinhalb Meter angehoben werden.

der durch den Einsatz von 2,44 Mrd. DM Wohnungsbaufärde-

der Spitze: fünfmal sowie Baden-Würtemberg leiste

UAZ 21/22.2.

SPD-Ortsverein Scherlebeck:

„Diskussion um die Halde nicht beendet"

Die Haldendiskussion, so teilt der SPD-Ortsverein Scherlebeck mit, sei in ihren Reihen noch nicht beendet. In der letzten Vorstandssitzung gab Vorsitzender Hans-Peter Höfer einen Sachstandsbericht über die Haldenplanung. Er betonte, daß der Ortsverein schon mehrmals eine klare Position zur Haldenfrage eingenommen habe.

Auserücklich stimmte der Ortsverein dem Leitantrag der Sozialdemokraten (gefaßt auf dem außerordentlichen Parteitag) zu. Im Gegensatz zur CDU, so heißt es in einer Erklärung, die sich nur noch polemisch äußere, würden sich die Sozialdemokraten in den eigenen Reihen intensiv mit der Haldenproblematik beschäftigen. Vor allem beschäftigten sich die Genossen mit Fragen, die bei der Bürgeranhörung in der Gesamtschule nicht beantwortet werden konnten.

Im Mittelpunkt der Diskussion habe während der Ortsvereinssitzung mögliche alternative Haldenstandorte gestanden. Weitere Themen waren die Wiederverwendung des Bergematerials und die Erstellung noch fehlender Gutachten.

Haupt- und Finanzausschuß

Westerholter Grün im Gespräch Ausführung in zwei Baustufen?

Bürgermeister äußert „großes Befremden" über Umgangsformen der CDU-Fraktion

HERTEN. (rkl) Geschmack ist eben Geschmackssache und die Art, wie Politiker miteinander verkehren, kann von verschiedenen Seiten ganz verschieden bewertet werden. Bürgermeister Willi Wessel äußerte im „kleinen Rat" sein „großes Befremden" zur Vorgehensweise der Christdemokraten in Sachen Halde. Noch vor dem Einstieg in die Tagesordnung gab er eine Erklärung zum Vorwurf der Nicht-Ausführung von einstimmigen Ratsbeschlüssen durch die Verwaltung ab. CDU-Fraktionschef Josef Surmann bestand auf einer Entgegnung, mußte damit bis zum Ende der öffentlichen Sitzung warten und wurde nach einigen Einwürfen von Alfred Pusch (SPD) mit der Aufforderung bedacht: „Seien Sie doch nicht so penetrant!"

Es sei Sache des Rates (und nicht nur die seine), zu entscheiden, ob die Ratsbeschlüsse noch gälten, aufgehoben werden müßten oder durch die Antworten der Verwaltung erledigt worden wären - so Wessel zu der CDU-Anfrage nach zu erstellenden Halden-Verträglichkeitsgutachten und deren Auswertung. Aus diesem Grunde habe er als Ratsvorsitzender die Fragen kurzfristig zum Tagesordnungspunkt der nächsten Ratssitzung gemacht.

Die Finanzierung erwies sich beim Punkt „Umgestaltung der Grünanlage Westerholt Zur Baut/Über die Gräfte" als einzig umstrittener Teil des Vorhabens. Der Haupt- und Finanzausschuß schloß sich zwar letztlich dem einstimmigen Votum des Bauausschusses nach Zustimmung zum vorgelegten Bauprogramm an. Zuvor hatte jedoch Josef Surmann (CDU) appelliert, angesichts der Gesamtaufwendungen von 360.000 Mark in Abschnitten zu bauen und erst einmal sichere Zuschuß-Eingänge abzuwarten. Alfred Pusch (SPD) hielt dem jedoch entgegen, die Durchführung des Projektes solle nicht um jeden Preis von Zuschüssen abhängig gemacht werden.

Ohne Diskussion empfahl der Ausschuß, den Kanal in der Backumer Straße vom dortigen Jugendzentrum in Richtung Norden bis zur Gewerbefläche an der L 511 zu verlängern. In einer Kostenvorschau beziffert die Verwaltung die für dieses Projekt notwendigen Ausgaben mit 510.000 Mark. Widerspruchslos empfahl der „kleine Rat" auch die Genehmigung eines von der Unternehmensleitung der Stadtwerke geforderten Dringlichkeitsbeschlusses. Er hat eine Erhöhung der Allgemeintarife für die Stromversorgung zum Gegenstand. Sie gilt rückwirkend ab dem 1. Februar.

„Grünes Licht" gab es auch für die gemeinsam mit der Stadt Recklinghausen zu errichtende und betreibende Schule für Sprachbehinderte und für die Einführung der Fünftagewoche an der Grundschule am Wilhelmsplatz.

Streit der Abgeordneten

H-W Schmöle ist nun Stegers „Mätzchen" leid

Kann die Geschäftsordnung nicht unterlaufen

HERTEN. (da-ho) Der Streit der Bundestagsabgeordneten Schmöle (CDU) und Dr. Steger (SPD) um das Engagement in der Haldenfrage kommt durch Hans Werner Schmöle nun zu einem ausgeglichenem Schluß. Nachdem Dr. Ulrich Steger ihm vorgeworfen hat, seine Versprechungen seien nichts als „heiße Luft" und seine Anfrage an die Bundesregierung im Januar „schlicht gelogen", ist Schmöle nun seinerseits „die Mätzchen" leid.

Er habe, so erklärte er telefonisch, seine Anfrage zur Haldenproblematik im Januar eingebracht. Dazu stehe er. Allerdings sei nach der Geschäftsordnung der CDU/CSU Bundestagsfraktion notwenig, daß Anfragen über die Fraktion an die Regierung geleitet werden. Der Grund: die parlamentarische Arbeit sei so besser zu koordinieren. Schmöles Anfrage vom Januar sei von der Fraktion erst zu einem Zeitpunkt weitergeleitet worden, als für den nächsten Antwort-Termin nur noch der 19. 2. in Frage kam.

Schmöle betont: „Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mich dafür eingesetzt habe, diese Dinge so schnell wie möglich zu klären. Die Gebräuche und Termine des Deutschen Bundestages kann ich dabei leider noch nicht selbst festlegen. Nach meiner Meinung hat die SPD, einschließlich Dr. Steger, in dieser Haldenfrage jetzt offensichtlich kalte Füße bekommen." Das schließt er aus den „Mätzchen", mit denen die SPD den anderen offenbar vorwerfen will, sich der Sachproblematik nicht intensiv genug angenommen zu haben.

Gäste schlagen den Wirt nieder

Herten. Ein 20jähriger Schlosser und ein 28jähriger Maschinenführer haben in einer Gaststätte auf der Wilhelmstraße den 41jährigen Gastwirt mißhandelt. Dabei wurde der Wirt auch mit den Füßen getreten. Beide Täter ergriffen anschließend die Flucht, konnten aber auf der Herner-/Ecke Hohewardstraße gestellt und vorläufig festgenommen werden.

Lkw beschädigt Unfallflucht

Sozialdemokratischer
PressedienstWIRTSCHAFT

Was wird aus den Bergehalden ?

Im Ruhrgebiet allein kann das Problem nicht gelöst werden

Von Heinz Menzel MdB

Die Energieversorgung für die Zukunft sicherzustellen, ist eine der wesentlichen aktuellen politischen Aufgaben. Als energiewirtschaftliches Zentrum der Bundesrepublik auf Steinkohlebasis - so planen es SPD-Politiker in Nordrhein-Westfalen und im Bund - soll das Ruhrgebiet erhalten und weiterentwickelt werden. Die Bedeutung der Steinkohlevorkommen in diesem Raum und die absoluten Fördermengen werden deshalb in Zukunft noch zunehme

Für das dichtbesiedelte Ballungsgebiet, in dem Grund und Boden ohnehin knapp ist, bringt dies noch über die direkten Umweltbelastungen durch Kohleabbau und Kraftwerke hinaus ein Reihe von Problemen mit sich, die Wohn- und Lebensqualität für die Menschen im "Revier" beeinträchtigen können.

Eines dieser Probleme, für das neue Lösungsmöglichkeiten kurzfristig gefunden werden müssen, ist der sogenannte "Bergeanfall" bei der Kohleförderung. "Berge" nennt der Bergmann Steine und Erdklumpen, die bei der Kohlegewinnung anfallen. Der Bergeanteil, der übertage auf Halde gekippt wird, hat in den letzten Jahren stark zugenommen und trägt damit zu weiterer Verknappung und Zerstörung von Naturlandschaft bei.

Die große Steigerung der Produktivität im Ruhrbergbau in den vergangenen Jahren, die starke Mechanisierung der Kohlegewinnung führte dazu, daß ein immer größer werdender Anteil von Bergen zusammen mit der Kohle nach oben gebracht werden muß und erst übertage von der Kohle getrennt werden kann. Betrug dieser Bergeanteil in früheren Jahren cirka zehn Prozent der Fördermenge, hat er sich inzwischen auf bis zu über 5o Prozent, durchschnittlich 45 Prozent erhöht.

Die Kohlenkrise, die viele Schachtanlagen mit der Schließung und dem Verlust tausender Arbeitsplätze bedrohte, hatte zur Folge, daß - wohlmöglich kostenintensive - technische Lösungen, um die Berge wieder nach untertage verbringen zu können, nicht weiterentwickelt wurden: Mehr und mehr Schachtanlagen gingen vom "Blasversatz" zum "Bruchbau" über. Beim Blasversatz werden die Berge mit Druckluft wieder in die leeren Flöze verbracht. Beim Bruchbau werden die leeren Stollen nicht wieder aufgefüllt, sondern brechen nach Abbau der Kohle zusammen.

Vor allem seit 196o ist der Bergeversatz ständig zurückgegangen. Wurden im Bereich der Ruhrkohle AG 196o noch 5o Millionen Tonnen Berge wieder nach untertage verbracht, waren es 1968 nur noch 18,6 Millionen Tonnen, 1975 fünf Millionen Tonnen und 1977 vier Millionen Tonnen.

Bei einer Förderung im nördlichen Ruhrgebiet von cirka 31 Millionen Tonnen Steinkohle fielen 198o 27 Millionen Tonnen Berge an, davon 2o Millionen Tonnen sogenannte "Überhangberge", die aufgehaldet werden mußten. Das sind etwa zehn Millionen Kubikmeter. Man kann sich ein Bild davon machen, um welch enorme Mengen Material es sich handelt, wenn man sich vorstellt, daß diese Berge etwa einer Million LKW-Ladungen entsprechen und eine Halde von 5o Meter Höhe, 2oo Meter Breite und ein Kilometer Länge ergäben.

Von einem Bergeanfall im gesamten Ruhrgebiet in Höhe von 52 Millionen Tonnen im Jahr werden zur Zeit etwa acht Prozent, 25 Prozent im Straßen-, Damm- und Deichbau verwendet, der überwiegende Teil aber, 67 Prozent wird auf Halde gekippt.

Die Deponierung auf Bergehalden in möglichst geringer Entfernung von der Schachtanlage ist zweifellos die kostengünstigste Möglichkeit, den großen Bergeanfall zu bewältigen. Es ist aber gleichzeitig diejenige, die den Lebensraum der Menschen in den ohnehin dure

Sozialdemokratischer PressedienstWIRTSCHAFT

die Kohleförderung beeinträchtigten Gebieten am stärksten belastet. Die betroffenen Städte im Ruhrgebiet wehren sich deshalb verständlicherweise dagegen, daß die knappe Fläche in den Bergbaugemeinden noch weiter zugekippt wird.

Da alternative Lösungsmöglichkeiten aber erst entwickelt, geprüft und neu eingerichtet werden müssen und dies voraussichtlich geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, tritt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau dafür ein, in Zukunft großräumige Halden mit naturnaher Einbindung in der gewachsenen Landschaft außerhalb des Kernbereichs des Ruhrreviers anzulegen.

Bei der Suche nach geeigneten Standorten für neue Bergehaldenflächen sind außer der Flächenknappheit und der bereits vorhandenen Umweltbelastungen einer Region eine Reihe von Gesichtspunkten zu berücksichtigen: Landschafts- und Naturschutz, Ökologie, wasserwirtschaftliche Belange, Landschaftsbild und die Einbindung in die Landschaft (so zum Beispiel durch eine entsprechende Gestaltung des Haldenkörpers, der keine zu steilen Böschungen aufweisen und sich nicht beliebig hoch über das umliegende Gelände erheben darf), Verkehr, Bauleitplanung und städtebauliche Belange. Bestandteil des Betriebsplans für die Anlage einer Bergehalde ist deshalb in der Regel ein Gestaltungs- und Rekultivierungsplan.

Nach dem neuen Bundesberggesetz können die betroffenen Gemeinden bei der Regelung der Einzelfälle, bei der Anlage der Halden und ihrer Rekultivierung mitwirken. Diese Städte fordern zum Beispiel, daß die Berge so aufgeschüttet werden, daß sie jeweils nur begrenzte Flächen in Anspruch nehmen und ermöglichen sie kurzfristig zur Land- und Forstwirtschaft, Freizeit- und Erholungszwecken oder ähnlichem zu nutzen. Sie fordern, daß auch nach Beendigung der Aufschüttung die durch die Halde veränderte Landschaft ökologisch so leistungsfähig ist wie vorher. So soll zum Beispiel durch Bepflanzung der Halde sichergestellt werden, daß Wasser- und Sauerstoffhaushalt wieder funktionieren, Lebensraum für Tiere und Freizeitmöglichkeiten für Menschen in gleichem Umfang wie vor Anlage der Halde geschaffen werden.

Neben der Frage, welche landschaftsschonenden Konzepte es alternativ zur bisherigen Aufhaltungspraxis gibt beziehungsweise entwickelt werden müssen, werfen die Bergehalden ein weiteres Problem auf: die Bergemassen müssen von den Schachtanlagen zu den Haldenstandorten transportiert werden. Dabei gibt es keine aus bergrechtlichen Vorschriften ableitbaren Verpflichtungen der Bergbauunternehmen, bestimmte Transportmittel und -wege zu benutzen.

Während der meist praktizierte LKW-Transport zum Teil unzumutbare Staub- und Lärmemmissionen für die betroffenen Wohngebiete mit sich bringt, ist für den Schienentransport der Bau von Umladeanlagen erforderlich. Selbst die unbestrittenen Vorzüge des Transports von Bergematerial per Bahn - ein Zug faßt 1oo Tonnen, ein LKW 25 bis 3o Tonnen Berge; geringe Belastung von Wohngebieten - lassen eine solche Investition nur dann vertretbar erscheinen, wenn am Zielort ausreichende Schüttkapazitäten zur Verfügung stehen.

In Gesprächen mit der Landesregierung haben sich Vertreter der Bergbaugesellschaften in Nordrhein-Westfalen inzwischen bereit erklärt, zur Entlastung der Bürger und ihrer Wohnsiedlungen den noch bestehenden LKW- auf Bahntransport umzustellen, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Aufhaldeflächen eine angemessene Kapazität haben, die die Investitionen für die Einrichtung des Schienentransportes kostenmäßig tragbar erscheinen lassen.

Die geschilderten Überlegungen zu Standortsuche und Gestaltung der Halden und dem Transport des Bergematerials machen deutlich, daß das Problem der Bergehalden für das Ruhrgebiet kein Randproblem ist und daß ein überregionales Konzept erforderlich ist, um es in den Griff zu bekommen. Die Landesregierung hat deshalb zunächst die drei nordrhein-westfälischen Regierungspräsidenten gebeten, Haldenkonzepte für die kommenden 3o Jahre zu erarbeiten. Der vorliegende Rahmenplan des Regierungspräsidenten von Münster zeigt allerdings, wie kompliziert es ist, sachgerechte Lösungen zu finden. Politiker und kommunale Verwaltungen kritisieren, daß nach den Vorschlägen eine Konzentration auf groß-

Sozialdemokratischer PressedienstWIRTSCHAFT

flächige Standorte erfolgen soll, die sich in der Regel an schon vorhandene Haldenflächen anschließen. Dadurch betroffen wären überwiegend die Städte des nördlichen Ruhrgebiets, die schon heute erheblich belastet sind, zum Beispiel durch Großindustrieflächen und hohe Emissionen. Möglichkeiten auch außerhalb des Bergbaugebiets Bergematerial unterzubringen wurden nicht ausreichend geprüft. Und der Rahmenplan gibt keine Auskunft darüber, ob Einfluß auf die Bergbautreibenden ausgeübt worden sei, um die Entwicklung alternativer Verwendungsmöglichkeiten des Bergematerials voranzutreiben.

Es ist aber die Frage, die sich den Politikern angesichts der ungelösten Probleme mit verschärfter Dringlichkeit stellt:

Wie ist es möglich, im Interesse des im Ruhrgebiet ohnehin knappen Freiraums den Anteil der Überschußberge am gesamten Bergeanteil zu reduzieren?

Um zu verhindern, daß das nicht beliebig vermehrbare Gut, die uns zur Verfügung stehende Grundfläche, in einem nicht vertretbaren Maße verbraucht wird, ist es notwendig, die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte zu bremsen und alternative Verwertungsmöglichkeiten zu erproben.

Die stärkere Wiederverwendung der Überschußberge einer Schachtanlage für den Versatz in der Grube - nicht nur von Regionalplanern immer wieder gefordert - hat eine Reihe von Vorteilen:

Vermieden werden Aufhaldungen und Bergetransport auf öffentlichen Straßen und durch Wohngebiete. Vermindert werden die bergbaubedingten Einwirkungen auf die Erdoberfläche, die Bergschäden verursachen. Vorteile für den Bergwerksbetreiber sind die Verminderung der Bergschadenskosten, der Staubbelastung im Streb und der Brandgefahr zum Beispiel durch Selbstentzündung der Kohle im "alten Mann" (dem Leerraum, aus dem die Kohle abgebaut ist), auch die Verbesserung von Wetterführung und Wetterkühlung und die leichtere Beherrschung von Ausgasungen.

Allerdings sind nicht alle Berge in gleicher Weise zum Blasversatz geeignet. Korngrößen des Bergematerials, Flözstärke (mindestens 1,95 Meter Höhe erforderlich) und Flözneigung spielen eine Rolle.

Die kurzfristige Umstellung von Bruchbau auf Versatz des Bergematerials scheitern vor allem daran, daß die dafür notwendige Infrastruktur nicht mehr beziehungsweise nicht vorhanden ist. So fehlen zum Beispiel die für den Transport der Berge erforderlichen Einrichtungen in den Förderschächten und im Streckennetz untertage. Mit staatlicher Förderung werden deshalb zur Zeit im Rahmen von Forschungsvorhaben wirtschaftlich brauchbare Lösungen untersucht unter Berücksichtigung neuer Techniken, um technische und sicherheitstechnische Vor- und Nachteile bei Bruchbau und Vollversatz zu ermitteln. Ergebnisse sollen 1982 vorliegen.

Eine erhebliche Steigerung des Bergeversatzes ist nur langfristig möglich. Einen großen Fortschritt bedeutete es schon, wenn cirka 30 Prozent der anfallenden Berge wieder verblasen werden könnten. Das Haldenproblem würde dadurch zwar gemildert, aber nicht gelöst.

Weitere Möglichkeiten, Bergematerial wieder zu verwenden, sind der Einsatz für Straßen-, Damm- und Deichbau. Aber - einmal abgesehen davon, daß auch hierbei der Transport ein Problem darstellt, ist der Bergeabsatz für diese Zwecke in den letzten Jahren zurückgegangen: von 18 Millionen Tonnen Bergen 1975 auf inzwischen cirka 13 Millionen Tonnen jährlich. Angesichts der Einschränkungen im Straßenbau und der Tatsache, daß das Delta-Projekt in Holland in zwei Jahren beendet sein wird, ist nicht einmal sicher, ob diese Absatzhöhe beibehalten werden kann.

Sozialdemokratischer PressedienstWIRTSCHAFT

Überlegungen, Bergematerial zum Beispiel zum Verfüllen von Steinbrüchen zu verwenden, scheitern zunächst daran, daß Bergematerial im allgemeinen Grundwasser-gefährdend ist und deshalb nicht überall verwandt werden kann, zumindest nicht ohne großen technischen Aufwand.

Die Lösung der durch den Steinkohlenbergabu auftretenden aufgezeigten Probleme kann nicht allein dem Ruhrgebiet aufgebürdet werden.

Die bisherigen Monostrukturen dieses Bergbau- und Schwerindustriegebietes hat bereits Defizite auf vielen Gebieten hervorgebracht, die denkbar schlechteste Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur darstellen, so zum Beispiel die starke Vorbelastung der Umwelt. Dem Politiker stellt sich die Frage:

Wem sollen für die nächsten 3o Jahre die mit der Steinkohleförderung verbundenen Kosten und Belästigungen auferlegt werden?

Da der Vorrang der Kohlepolitik für die zukünftige Energieversorgung im nationalen Interesse der Bundesrepublik liegt, müssen auch die Kosten und Umweltlasten gemeinsam getragen werden, die erforderlich sind, um auch die durch Bergehalden, Bergetransporte - auch in Revier-fernere Gebiete - auftretenden Belastungen für die im Ruhrrevier lebenden Menschen in vertretbaren Grenzen zu halten.

Die gesamte Wirtschaft profitiert von der Sicherheit in der Energieversorgung durch die heimische Steinkohle und muß deshalb an den Aufwendungen dafür beteiligt werden.

\+ + +

Willi Wessel

Zu den von der CDU erhobenen Vorwürfen (die WAZ berichtete „Mißachtung des Septemberratsbeschlusses ein Skandal") nahm in der gestrigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Bürgermeister Willi Wessel Stellung. „Ich kann nicht umhin, hier mein großes Befremden zum Ausdruck zu bringen, daß in dieser Form die CDU-Fraktion mit dem Bürgermeister korrespondiert." Die CDU fragte auch in der gestrigen Sitzung, ob mit der Durchführung des Beschlusses — und für die Durchführung sei der Vorsitzende des Rates verantwortlich — zu rechnen sei. Wessel: Es ist Aufgabe des Rates zu entscheiden, ob der Ratsbeschluß vom 24. September noch gilt, aufgehoben werden muß oder durch die Antwort der Verwaltung vom 28. Januar erledigt worden ist. Das Stadtoberhaupt verweist weiterhinauf die Beschlüsse des Ältestenrates vom 5. Januar dieses Jahres. Außerdem stelle die Verwaltung allen Ratsmitgliedern den Entwurf der zu beschließenden Stellungnahme an den Regierungspräsidenten bis zum 16. April zu. In einer Sondersitzung berate dann im Mai der Haupt- und Finanzausschuß sowie der Planungs- und Verkehrsausschuß den Verwaltungsvorschlag. Danach, so Willi Wessel weiter, würde Stadtdirektor Pickmann mit dem Regierungspräsidenten über die städtischen Forderungen bera-

Bürgerinitiative „Halde" überreichte Minister Dr. Zöpel 6000 Unterschriften und Argumente

Maßstabsgerechte Halde auf Düsseldorf umgelegt

Minister Dr. Christoph Zöpel, zuständig für Fragen der Stadtentwicklung und Landesentwicklung zeigt sich von den Argumenten der Vertreter der Hertener Bürgerinitiative, „Halde", die gestern mit der schriftlich niedergelegten Meinung von 6000 Hertener Bürgern in Düsseldorf mit dem Minister sprachen, tief beeindruckt. „Für uns etwas überraschend, zeigte sich der Minister auch in Details sehr gut informiert", erklärte Pfarrer Erhard Kuhn, einer der fünf Bürgerinitiativler.

Der SPD-Leitantrag zur geplanten Halde, so Kuhn, war im Ministerium bestens bekannt. Auch Landtagsabgeordneter und Bürgermeister Willi Wessel nahm an dem Gespräch teil. Er schilderte Zöpel gegenüber die Initiativen des Rates, stieß damit aber auf wenig Gegenliebe bei der Bürgerinitiative. Die Vertreter ließen durchblicken, daß innerhalb der Hertener Bürgerschaft wenig Vertrauen dem Rat gegenüber bestehe.

Neben den Unterschriften übergaben Dieter Schüller, Dr. Arkadi Junold, Joachim Jürgens sowie Pfarrer Erhard Kuhn, eine Resolution. In dem Papier weist die Bürgerinitiative auf die jetzt schon bestehende enorme Umweltbelastung hin. Auch das in unmittelbarer Nähe gebaute Rohstoff-Rückgewinnungs-Zentrum RZR, dürfe bei der gesamten Planung für die Haldenanlage sowie für die Region des Emschertales nicht vergessen werden. So fordert die Bürgerinitiative: „Nichtgenehmigung des geplanten Haldenbauwerkes — Sicherung der Waldgebiete, inklusive des Ewaldsees als Naherholungsgebiet — Änderung des bereits genehmigten Betriebsplanverfahrens bezüglich der Reduzierung der Schutthöhe — Maßnahmen zur Verhinderung von Haldenbränden — Erhaltung der Stadtdurchlüftung — Durchsetzung der Forderung des Luftreinhalteplanes".

Zur Verdeutlichung der Hertener Anliegen überreichte die Bürgerinitiative dem Minister einen Stadtplan der Landeshauptstadt. Hierauf war die Quadratmeterzahl der Hertener Halde maßstabsgerecht übertragen eingezeichnet.

In einem Kommunique der Landesregierung über das Gespräch heißt es: „Der Minister sagt zu, daß die Argumente der Bürgerinitiative sorgfältig geprüft werden. Dabei sei sichergestellt, daß sie ebenso ernstgenommen würden, wie die Argumente des Bergbaues." Abschließend weist der Minister darauf hin, daß die verfahrensmäßige Zuständigkeit zunächst beim Bezirksplanungsrat liege und daß erst nach Vorliegen des Gebietsentwicklungsplanes die Landesregierung die Genehmigungsfähigkeit prüfen werde.

In Berufung auf das Grundgesetz, Artikel 2 (2), fordern die Bürgerinitiativler weitergehend, „die Sicherung von Arbeitsplätzen im Bergbau durch die Umstellung auf technisch möglichen Blasversatz". Auf die Interessen der betroffenen Hohewardbürger gemünzt steht die Forderung: „des Schutzes von gewachsenen sozialen Bedingungen, wie sie speziell in der Gartensiedlung der Hohewardsiedlung zu finden sind".

Eine besonders harte Nuß für alle an der Haldenplanung Beteiligten scheint folgende Forderung darzustellen: „Die Unterbindung jeglicher staatlicher Hilfen, die eine Haldenschüttung begünstigen würde das heißt auch Rücknahme der Zusagen des Regierungspräsidenten, Landesmittel zur Verfügung zu stellen!" Als Fazit der Übergabeaktion in Düsseldorf meinte Pfarrer Kuhn, „wir haben unsere Interessen vertreten, Zusagen hatten wir nicht erwartet, wir können nur abwarten und auf den Weitblick und die Einsicht der verantwortlichen Politiker hoffen".

Ernst genommen

HERTEN. (da-ho) Zufrieden sind die Vertreter der Bürgerinitiative Halde Herten aus der Landeshauptstadt Düsseldorf zurückgekehrt. Wie berichtet, überreichten sie dort Resolution und 6000 Unterschriften, fein säuberlich zum Buch gebunden, und sprachen etwa eine dreiviertel Stunde lang mit Minister Zöpel die wichtigsten Bereiche zum Thema Halde durch.

Joachim Jürgens war zufrieden, „weil man sehen konnte, daß sich in Punkto Halde auf Regierungsebene etwas tut." Pfarrer Erhard Kuhn sagte anerkennend: „Herr Zöpel hat sich offensichtlich mit den Problemen bis in Einzelheiten hinein befaßt". Was die Vier (außer Kuhn und Jürgens noch Dieter Schüller und Dr. Arkadi Junold) von der Bürgerinitiative beeindruckte, waren denn auch die Feinheiten. Zöpel habe den Leitantrag der Hertener SPD genau gekannt, und war über die geografische Lage von Rohstoffrückgewinnungszentrum, Rhein-Herne-Kanal, der Gartensiedlung und vieles andere bestens informiert. In einer schriftlichen Verlautbarung, auf die sich alle Gesprächsteilnehmer geeinigt hatten, heißt es: „Der Minister sagte zu, daß die Argumente der Bürgerinitiative sorgfältig geprüft werden. Dabei sei sichergestellt, daß sie genauso ernst genommen würden, wie die Argumente des Bergbaus." Das Gefühl, nicht in einen luftleeren Raum gesprochen zu haben, wurde von Kuhn und Jürgens noch einmal ausdrücklich bestätigt. Den Vertretern der Bürgerinitiative ging es hauptsächlich darum, Minister Zöpel klarzumachen, daß Halde und Rohstoffrückgewinnungszentrum für Herten eine nicht tragbare Belastung sind. Sie hatten den Eindruck, daß dieses „entweder/oder" nicht auf taube Ohren stieß. Beim Gespräch zugegen war auch Bürgermeister Willi Wessel in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter. Dr. Christoph Zöpel wies abschließend noch einmal darauf hin, daß die verfahrensmäßige Zuständigkeit zunächst beim Bezirksplanungsrat liege, und die Landesregierung erst dann wieder in Erscheinung träte, wenn es um die Genehmigung des entsprechenden Gebietsentwicklungsplanes ginge.

HA 19.2.81

Einen Fotowettbewerb zum Thema „Halde" schreibt der CDU-Stadtverband aus. Die Bilder sollen auch diejenigen Bürger ansprechen, die sich bisher noch nicht an der Diskussion um die Problematik beteiligt haben. Foto: Egon Kordts

CDU-Stadtverband

Aktionsprogramm läuft an Fotowettbewerb zur Halde

Preise im Wert von 500 Mark / Alle Bürger sind teilnahmeberechtigt

HERTEN. Der erste Punkt des CDU-Aktionsprogramms wird in die Tat umgesetzt. Das beschloß der Stadtverbandsvorstand auf seiner letzten Sitzung. Es geht um den Fotowettbewerb zum Thema Halde. In der Erklärung der CDU heißt es: „Wir möchten, daß der gegenwärtige Zustand dokumentiert und den vielen Worten zu diesem Thema das Bild gegenübergestellt wird. Durch die Bilder sollen alle Bürger angesprochen werden, auch die, die bisher an der Diskussion noch nicht beteiligt waren. Die Ausstellung der Fotos kann eine zielbewußte Politik nicht ersetzen, aber das Dilemma verdeutlichen. Wir wollen diese Aktion unter dem Titel: ‚Durchs Objektiv gesehen — Bürger dokumentieren Bergetransport und Haldenaufschüttung in Herten'." Folgende Teilnahmebedingungen wurden auf der Sitzung des Stadtverbandsvorstandes vereinbart:

Teilnahmeberechtigt sind alle Bürger Hertens und der Nachbarstädte ohne Begrenzung des Alters. Es können bis zu drei Schwarzweiß- oder Farbaufnahmen in den Formaten von 18 x 24 bis 50 x 60 eingesandt werden. Die Bilder müssen einen erkennbaren Bezug zur angesprochenen Thematik haben. Die Bewertung erfolgt zu 60% durch eine Jury, bestehend aus 2 Pressefotografen, 1 Berufsfotografen, 2 Vertreter des Veranstalters und zu 40% durch Stimmabgabe des Publikums. Jedes Bild ist auf der Rückseite mit Namen und Anschrift zu versehen; bei Jugendlichen ist auch das Alter anzugeben. Die Ausstellung der ausgewählten Bilder erfolgt in der Zeit vom 29. April bis zum 15. Mai in der Schalterhalle der Volksbank Herten. Einsendeadresse ist: Foto-Studio Lokaizyk, Ewaldstr. 68, 4352 Herten.

Start der Aktion ist der 23. Februar. Einsendeschluß der 22. April. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Für Verluste und Beschädigung übernimmt der Veranstalter keine Haftung. Als Preise sind insgesamt 500 DM in Geld oder Sachwerten ausgesetzt, die sich wie folgt aufteilen: 1. Preis 200 DM, 2. Preis 100 DM, 3. Preis 50 DM. Es gibt auch einen Jugendpreis, der 100 DM beträgt, und zahlreiche Trostpreise. In der Erklärung heißt es: „Wir wünschen allen, die sich beteiligen, viel Erfolg und wenn das Thema Halde auch noch so ernst ist, viel Spaß beim Fotografieren."

Alte Herren spielen

Herten. Die „Alten Herren" des SV Vestia Disteln spielen am Samstag, 21. Februar, um 17 Uhr am Spanenkamp gegen die Mannschaft von BW Westerholt Fußball. Treffpunkt ist am Platz.

Halden im Gebietsentwicklungsplan

Land läßt Fragen in Regierungsbezirken lösen - Parallel zum Halden-Konzept

Die Landtagsfraktionen und Minister Zöpel sehen keinen Grund, die Frage der Bergehalden im Landesentwicklungsplan zu lösen, wie es zum Teil auch in Bottrop gefordert wurde. Diese Mitteilung machte Regierungspräsident Erwin Schleberger am gestrigen Montag in der Sitzung des Bezirksplanungsrats im Regierungspräsidium Münster. Darum will der Regierungspräsident die Frage der Haldenstandorte in

REGIERUNGSPRÄSIDENT Schleberger: Kommunen reden mit.

Leichte Verbesserungen

einem Gebietsentwicklungsplan lösen, der parallel zum Haldenkonzept bis Frühjahr 1982 erstellt sein soll. Einen ersten Entwurf legte der Regierungspräsident schon in der gestrigen Sitzung vor.

Schleberger: „Wir werden alles daransetzen, Belastungen zu mindern, die aus dem Haldenkonzept sichtbar sind." So seien auch im Wirtschaftsministerium Düsseldorf Richtlinien für die Betriebsplanverfahren in Haldensachen in Arbeit. Man versuche, den Untertageversatz zu steigern, um die Belästigungen über Tage zu vermeiden. Auch soll überlegt werden, ob außerhalb der bisherigen Bergbauregion Lagermöglichkeiten zu schaffen seien.

Auf der anderen Seite zeige die Abstimmung mit den beiden anderen Regierungsbezirken (Arnsberg und Düsseldorf), daß es notwendig ist, die Haldenplanung auf eine rechtliche Basis zu stellen, meinte der Regierungspräsident. Das sei nur über die Gebietsentwicklungspläne möglich.

Einstimmig und ein wenig überschwenglich begrüßte der Bezirksplanungsrat in einer Erklärung die Tatsache, daß nun die Bergehalden in seine Zuständigkeit kommen. „Die Gemeinden erhalten so die Möglichkeit, an der Planung mitzuwirken". Der Bezirksplanungsrat will nach eigener Erklärung „auch und gerade bei den Bergehalden seine Fähigkeit zum regionalen Interessenausgleich unter Beweis stellen."

Für Bottrop bringt der Entwurf noch keine nennenswerten Verbesserungen.

● **An der Haniel-Halde** wird die Schüttfläche lediglich im Norden etwas verkürzt, um — wie berichtet — die Baumreihe an der Straße als Schutz zu erhalten. Die Beschickung erfolgt weiterhin von Prosper III und aus Oberhausen. Die räumliche Zuordnung der Schachtanlage Prosper III zur Halde lasse auch den Einsatz von neuartigen Transportmitteln denkbar erscheinen, erklärt der Entwurf als Alternative zum Eisenbahntransport. Sollte sich solch ein Transportmittel als vorteilhafter erweisen, wäre ihm gegenüber der Bahn der Vorzug einzuräumen.

● **Die Halde an Prosper II** wird wie im genehmigten Plan vereinbart beschickt.

● Die Kippmöglichkeiten der Kirchheller Heide für Bergematerial der Zeche Fürst Leopold aus Dorsten sollen erhalten bleiben. Werde die Belästigung durch Straßentransporte zu groß, sei der Transport per Bahn zu prüfen. Da den Auskiesungsbereich Bergematerial nur begrenzt untergebracht werden kann, soll der überwiegende Teil der Überhangberge von Fürst Leopold per Schiff zu Schüttflächen im Regierungsbezirk Düsseldorf gebracht werden.

Strehl: Optimistisch

Ratsherr Klaus Strehlt (SPD), der als Mitglied des Bezirksplanungsrats die Erklärung mitverabschiedete, sagte zur WAZ: Zwar gehe der Entwurf für Bottrop auch bisher nur „kleine Verbesserungen", so sei er jedoch „wieder optimistisch". Aus der Einstimmigkeit des Gremiums zieht Strehl den Schluß, daß man einige Probleme auch überregional lösen will.

CDU-Vorwürfe an die Verwaltung in Sachen Haldenkonzept

WAZ 18.2.81

„Mißachtung des September-Ratsbeschlusses ein Skandal"

In einer Haldenzwischenbilanz richtet die CDU-Fraktion erneut schwere Vorwürfe gegen Stadtdirektor Pickmann. Sie wirft dem Verwaltungschef vor, die Beschlüsse der Ratssitzung vom 24. September 1980 mißachtet zu haben und fordert Bürgermeister Wessel auf, sich dazu in der heutigen Haupt- und Finanzausschußsitzung dazu zu erklären.

Die CDU schreibt: Der Rat der Stadt Herten hat am 24. September 1980 folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt.

„Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig vor der Stellungnahme an den Regierungspräsidenten zum Bergehaldenkonzept eine Aufstellung der Probleme vorzulegen, die sich aus der geplanten Großhalde in Herten-Süd für die Stadt Herten und ihre Bürger ergeben. Soweit die Fachkräfte der Verwaltung für diese Untersuchung nicht ausreichen, sind entsprechende Aufträge an neutrale Sachverständige zu vergeben."

In der Zwischenrunde vom 29. September 80 bis zur letzten Ratssitzung am 28. Januar 81 wurde vom Bürgermeister, dem Stadtdirektor uod den Mitgliedern des Ältestenrates übereinstimmende Erklärungen im Sinne dieses Ratsbeschlusses abgegeben. Am 10. Okt. 1980 hatte Bürgermeister Wessel ausgeführt:

„Zu der bereits begonnenen systematischen Aufarbeitung des Unterlagenmaterials gehört auch die vom Rat gewünschte qualifizierte Gesamtaufstellung der Auswirkungen, die sich aus der geplanten Großhalde in Herten-Süd für die gesamte Stadt und ihre Bürger ergeben."

Am 23. Oktober 1980 sagte Stadtdirektor Pickmann:

„Die zweifellos mit der Haldenaufschüttung verbundenen Nachteile sind auch für die Verwaltung nicht klar erkennbar, und zwar vor allem deshalb nicht, weil sie für die Beurteilung verschiedener Fragen auf die Zuarbeit anderer, insbesondere des RP angewiesen ist. Ohne klare Erkenntnis über alle Vor- und Nachteile ist jedoch eine verantwortungsbewußte Abwägung und Stellungnahme nicht möglich."

Übereinstimmend alle Fraktionssprecher des Arbeitskreises Bergehalden (am 20. November 1980):

„Eine Auswertung des Gutachtens (Helmich-Gutachten) muß durch die Verwaltung erfolgen. In der anschließenden Beratung sprechen sich die Gesprächsteilnehmer dafür aus, daß die Vorlage eines Umweltverträglichkeitsgutachtens Voraussetzung für eine Aussage seitens der Stadt Herten sei."

Die Einwohnerversammlung am 16. Januar 1981 in der Gesamtschule und die Befragung der dort versammelten Sachverständigen haben ergeben, daß die Unsicherheit über die Auswirkungen der Großraumhalde eher noch größer geworden ist. In der Ratssitzung am 28. Januar 1981 erklärt dann die Verwaltung auf Anfrage der CDU: „Die Verwaltung hat zur Zeit nicht die Absicht, Gutachten erstellen zu lassen."

Diese Aussage der Verwaltung ist für alle Beteiligten unverständlich und nicht mehr nachzuvollziehen. Sie macht deutlich, daß der Ratsbeschluß vom 24. September 1980 über vier Monate entgegen anderslautenden Erklärungen des Bürgermeisters, der Fraktionen und des Stadtdirektors unbeachtet und unerledigt liegen geblieben ist und wohl auch nicht mehr ausgeführt werden soll.

Diese Mißachtung eines einstimmigen Beschlusses des Rates der Stadt Herten in einer für das Wohl der Stadt so entscheidenden Angelegenheit ist ein Skandal. Ein Rat, der sich noch ernst nimmt, kann eine solche Mißachtung seiner Beschlüsse durch den Stadtdirektor nicht hinnehmen!

Die CDU-Fraktion fordert daher den Bürgermeister als Vorsitzenden des Rates auf, feststellen zu lassen, ob der Ratsbeschluß vom September 80 noch gilt, aufgehoben werden muß oder durch die Antwort der Verwaltung (vom 28. 1. 1981) erledigt worden ist. Die CDU-Fraktion fordert den Bürgermeister weiterhin auf, dem Haupt- und Finanzausschuß in der heutigen Sitzung seine Auffassung zur bisherigen und weiteren Behandlung des genannten Ratsbeschlusses zu klären.

Dötzchen als

Strenge Recherchen

Dr. Steger: Schmöles Anfragen „heiße Luft“ und „schlicht gelogen“

Im Sprech-und Sachregister des Bundestages geblättert

HERTEN. (da-ho) „Bereits im Januar hat CDU-Bundestagsabgeordneter Hans Werner Schmöle seine Anfrage zum Thema Bergehalden der Bundesregierung vorgelegt“, hieß es am 7. Februar in einer Presserklärung aus Schmöles Wahlkreisbüro.

Dr. Hans Ulrich Steger, seines Zeichens SPD-Bundestagsabgeordneter, erklärte gestern dazu: „Das ist schlicht gelogen. Und das läßt sich auch aktenkundig nachweisen.“ Die Initiativen, die Hans Werner Schmöle in Sachen Halde schon im November angekündigt hatte, sieht Dr. Steger in gänzlich anderem Licht. „Alles heiße Luft“, kommentiert der SPD-Mann. Der Sozialdemokrat, der bis zur letzten Bundestagswahl auch für den Hertener Wahlreis zuständig war, hat offensichtlich gründlich recherchiert. Er hat im „Amtlichen Sprech-und Sachregister des Deutschen Bundestages“ nachgeforscht und festgestellt, daß in dieser Legislaturperiode von Schmöle noch gar keine Anfrage gestellt worden ist. Die angeblich im Januar gestellten Fragen tauchten erst jetzt in einer Auflistung für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 18./19. Februar unter Drucksache 9/159 auf. Dr. Steger: „Da stellt er die Fragen, die er so lange angekündigt hat.“ Und datiert sei diese Anfrage auch erst am 13. Februar, dem letzten Tag der Abgabe. Daß Hans-Werner Schmöle zu Wahlkampfterminen in Herten meist mir einviertelstündiger Verspätung kam, haben Parteifreunde ihm oft nachgesehen. Ob man für die verspätete Anfrage auch eine Erklärung hat?

„Beschlüsse nicht ausgeführt"

HERTEN. Schwerwiegende Vorwürfe in Sachen „Halde" macht nun die CDU-Ratsfraktion der Stadtverwaltung und dem Stadtdirektor. Sie kommt zu dem Schluß, die Nicht-Ausführung einstimmiger Ratsbeschlüsse sei als Skandal zu werten und fordert den Bürgermeister auf, bei der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die um 17 Uhr beginnt, als dessen Vorsitzender seine Auffassung klar darzulegen. Die Erklärung der Christdemokraten im Wortlaut:

Der Rat der Stadt Herten hat am 24. 9. 1980 folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig vor der Stellungnahme an den Regierungspräsidenten zum Bergehaldenkonzept eine Aufstellung der Probleme vorzulegen, die sich aus der geplanten Großhalde in Herten Süd für die Stadt Herten und ihre Bürger ergeben. Soweit die Fachkräfte der Verwaltung für diese Untersuchung nicht ausreichen, sind entsprechende Aufträge an neutrale Sachverständige zu vergeben.

In der Zwischenzeit vom 29. 9. 80 bis zur letzten Ratssitzung am 28. 1. 81 wurden vom Bürgermeister, dem Stadtdirektor und den Mitgliedern des Ältestenrates übereinstimmende Erklärungen im Sinne dieses Ratsbeschlusses abgegeben.

Am 19. Oktober 1980 Bürgermeister Wessel: Zu der bereits begonnenen systematischen Aufarbeitung des Unterlagenmaterials gehört auch die vom Rat gewünschte qualifizierte Gesamtaufstellung der Auswirkungen, die sich aus der geplanten Großhalde in Herten Süd für die gesamte Stadt und ihre Bürger ergeben.

Am 23. Oktober 1980 Stadtdirektor Pickmann: Die zweifellos mit der Haldenaufschüttung verbundenen Nachteile sind auch für die Verwaltung nicht klar erkennbar, und zwar vor allem deshalb nicht, weil sie für die Beurteilung verschiedener Fragen auf die Zuarbeit anderer, insbesondere des RP angewiesen ist. Ohne klare Erkenntnis über alle Vor- und Nachteile ist jedoch eine verantwortungsbewußte Abwägung und Stellungnahme nicht möglich.

Am 20. November 1980 übereinstimmend alle Fraktionssprecher des Arbeitskreises Bergehalden: Eine Auswertung des Gutachtens (Helmich-Gutachten) muß durch die Verwaltung erfolgen. In der anschließenden Beratung sprechen sich die Gesprächsteilnehmer dafür aus, daß die Vorlage eines Umweltverträglichkeitsgutachtens Voraussetzung für eine Aussage seitens der Stadt Herten sei.

Die Einwohnerversammlung am 16. 1. 1981 in der Gesamtschule und die Befragung der dort versammelten Sachverständigen haben ergeben, daß die Unsicherheit über die Auswirkungen der Großraumhalde eher noch größer geworden ist. In der Ratssitzung am 28. Januar 1981 erklärt dann die Verwaltung auf Anfrage der CDU:

Die Verwaltung hat zur Zeit nicht die Absicht, Gutachten erstellen zu lassen.

Diese Aussage der Verwaltung ist für alle Beteiligten unverständlich und nicht mehr nachzuvollziehen. Sie macht deutlich, daß der Ratsbeschluß vom 24. 9. 1980 über 4 Monate entgegen anderslautenden Erklärungen des Bürgermeisters, der Fraktionen und des Stadtdirektors unbeachtet und unerledigt liegen geblieben ist und wohl auch nicht mehr ausgeführt werden soll.

- Diese Mißachtung eines einstimmigen Beschlusses des Rates der Stadt Herten in einer für das Wohl der Stadt so entscheidenden Angelegenheit ist ein Skandal. Ein Rat, der sich noch ernst nimmt, kann eine solche Mißachtung seiner Beschlüsse durch den Stadtdirektor nicht hinnehmen.
- Die CDU-Fraktion fordert daher den Bürgermeister als Vorsitzenden des Rates auf, feststellen zu lassen, ob der Ratsbeschluß vom 24. 9. 1980 noch gilt, aufgehoben werden muß oder durch die Antwort der Verwaltung vom 28. 1. 1981 erledigt worden ist.
- Die CDU-Fraktion fordert den Bürgermeister weiterhin auf, dem Haupt- und Finanzausschuß in der nächsten Sitzung am 18. 2. seine Auffassung zur bisherigen und weiteren Behandlung des Ratsbeschlusses vom 24. 9. 1980 zu erklären."

„Schöne, bunte Pläne

HERTEN. (da-ho) Diskussionen und öffentliche Proteste zur geplanten Großhalde im Hertener Süden haben keine Annäherung der Standpunkte bewirkt. Zu dieser Einsicht kam Hans-Heinrich Holland, Mitglied der Bürgerinitiative Halde Herten, nach einem Gespräch mit dem Chefmarkscheider der BAG Lippe, Heinrich Rawert. Das Gespräch zwischen Mitgliedern der Bürgerinitiative und Vertretern der Ruhrkohle fand am Montagabend statt.

Der Eindruck, den Holland aus der Versammlung schilderte, war folgender: „Es ging hoch her. Beide Seiten haben sich nichts geschenkt, doch die Positionen sind die alten." Heinrich Rawert habe betont, daß es ausgeschlossen sei, die Schüttmengen zu verändern. Für Hans Heinrich Holland ist besonders durch diese Haltung sehr fraglich, ob die Höhe des Berges und die Masse des Materials dann noch eine landschaftliche Gestaltung zulasse. Rawert, der in die Versammlung „schöne, bunte Pläne" über Landschaftsbauwerke mitgebracht habe, soll den Versammlungsteilnehmern das Bild eines grünen Hügels präsentiert haben, auf dem die Errichtung von Schrebergärten, Liegewiesen, Grillplätzen, eines Flugmodellsportgeländes u.a. möglich sei.

In der etwa dreistündigen Unterredung, die von Heinrich Rawert angeregt worden sein soll, habe sich die Bürgerinitiative besonders für ein Gutachten interessiert, das sich mit möglichen metereologischen Veränderungen beschäftigt.

Auch heute geht es für die Bürgerinitiative um einen weiteren Vorstoß in Sachen Halde: sie treffen zu einem Gespräch mit Minister Zöpel zusammen (näheres entnehmen Sie einem weiteren Text auf dieser Seite).

Heute Zöpel-Gespräch

Herten. Ein Bestseller ist es sicher nicht, den der nordrhein-westfälische Minister für Landes- und Stadtentwicklung Dr. Christoph Zöpel am heutigen Vormittag in Empfang nehmen wird. Die Aktiven der Hertener Bürgerinitiative „Halde" wollen ihm eine Resolution gegen die im Süden der Stadt geplante Großhalde übergeben und mit dem Landespolitiker hierzu ein informatives Gespräch führen. Der Forderungskatalog der Hertener ist umrahmt von einer Stellungnahme zur schon bestehenden Umweltsituation in dieser Region und der Kopie von 6000 gegen die „Superhalde" gesammelten Unterschriften — alle Kapitel der Erklärung sind in Form eines Buches gebunden.

Der ausgearbeitete Resolutionstext der Initiative umfaßt drei Seiten. Die Verfasser eröffnen ihre Argumentation mit einer Aufzählung möglicher „Haldenkonsequenzen" (wie der Versumpfung umliegender Landschaft durch Grundwasser-Verdrängung, dem Aufstauen in unmittelbarer Nähe erzeugter Schadstoffe in der Luft oder verstärkt auftretenden Bergschäden, wir berichteten mehrfach).

Mit Verweis sowohl auf zu erwartende Gesundheitsgefährdungen als auch für eine denkbare Folgenkosten-Lawine (die nicht allein das Konto des Bergbaus belasten würde) kommt die Bürgerinitiative zu der Allgemein-Feststellung: „Die mehrere Quadratkilometer bedeckende Superhalde wird von immer mehr Hertener Bürgern als eine unzumutbare Belastung empfunden."

Die Einzelforderungen der engagierten Bürger lesen sich wie folgt: „Deshalb fordern wir Maßnahmen zur Sicherstellung der Gesundheit der Bürger: Nichtgenehmigung des geplanten Haldenbauwerks, Sicherung der Waldgebiete (auch westlich der Ewaldstraße inklusive des Ewaldsees als Naherholungsgebiet), Änderung des bereits genehmigten Betriebsplanverfahrens bezüglich der Reduzierung der Schütthöhe, Maßnahmen zur Verhinderung von Haldenbränden, Erhaltung der Stadtdurchlüftung, Durchsetzung der Forderung des Luftreinhalteplans „alle Luftverunreinigungen mit irritativem Einfluß auf die Atemwege in den hoch belasteten Teilen des Belastungsgebietes vorrangig zu vermindern" (S. 14) und nicht Planung neuer Belastungen.

Wir fordern weiterhin den Schutz von gewachsenen sozialen Bindungen, wie sie speziell in der Gartensiedlung der Hohewardstraße zu finden sind, keine Vernichtung von knappem Boden, der anderen zukünftigen Nutzungen entzogen würde, kurzfristige und konsequente Beseitigung von Bergschäden, die vom Bergbau allein zu tragen sind, dazu gehören auch Straßenschäden und Schäden, die von der Halde selbst ausgehen (z. B. durch Querdruck), die Sicherung von Arbeitsplätzen im Bergbau durch die Umstellung auf technisch möglichen Blasversatz, die Unterbindung jeglicher staatlicher Hilfen, die eine Haldenschüttung begünstigen würde (d. h. auch Rücknahme der Zusagen des Regierungspräsidenten Landesmittel zur Verfügung zu stellen), alle Maßnahmen zu unterstützen, die helfen, das Bergematerial nach unter Tage zu befördern, die Schaffung einer Umwelt, die nicht nur quantitativen Kriterien der Lebensqualität genügt, die Behandlung des Problems durch sachgerechte Rationalität! Durch interdisziplinäre Diskussion soll vor allem die heute übliche ökonomische Rationalität begrenzt werden, die den Problemlagen nicht mehr gewachsen ist.

Mit unserer Forderung berufen wir uns auf den Artikel 2 (2) des Grundgesetzes, der jedem Menschen in der Bundesrepublik „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" garantiert."

Bezirksplanungsrat einig:

Gemeinden an Haldenplanung beteiligen

(CL) Der Entwurf eines Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Bergehalden im nördlichen Ruhrgebiet, stand gestern auf der umfangreichen Tagesordnung des Bezirksplanungsrates beim Regierungspräsidenten in Münster. Wer sich von diesem Gremium einschneidende Neuigkeiten erhofft hatte, sah sich nach der mehr als dreistündigen Sitzung allerdings enttäuscht: Verabschiedet wurde lediglich — und zwar einstimmig — die „Beschlußfassung über die Einleitung des Erarbeitungsverfahrens" sowie eine grundsätzliche Erklärung des Bezirksplanungsrates zum oben genannten Entwurf.

Darin heißt es unter anderem: „Der Bezirksplanungsrat begrüßt, daß die Bergehalden im Rahmen eines Gebietsentwicklungsplanes ausgewiesen werden sollen. Die Gemeinden erhalten so die Möglichkeit, an der Planung mitzuwirken". Im weiteren rechnet der Bezirksplanungsrat damit, „daß die Bereiche für die Aufschüttung nach Beteiligung der Gemeinden reduziert werden. Aus diesem Grund wird es deshalb notwendig sein, mittelfristig zusätzliche Halden außerhalb der gegenwärtigen Bergbauregion auszuweisen."

Über etwaige Standorte und Größen dieser zusätzlichen Halden war allerdings nichts Genaueres zu erfahren. Denn der Hinweis darauf, daß die sich aus dem Nordwärtswandern des Bergbaus ergebenden Erfordernisse berücksichtigt werden sollen, läßt schließlich noch keine konkreten Rückschlüsse über zukünftige Standorte zu.

Bedenken und Anregungen

Interessant die Feststellung des — diesmal in Einigkeit glänzenden — Bezirksplanungsrates, daß eine so konfliktträchtige Planung wie der „Gebietsentwicklungsplan Bergehalden nur mit breiter Mehrheit beschlossen werden kann, weil sonst seine Durchführbarkeit in Frage gestellt wird", hieß es in der Erklärung.

Ergänzende Aussagen zur Höhenentwicklung, Gestaltung und Umweltverträglichkeit sowie zur Durchführung der Bergetransporte soll ein Rahmenkonzept machen, das zusammen mit dem Gebietsentwicklungsplan beschlossen werden soll. Bedenken und Anregungen zu diesem Entwurf können die Beteiligten vom 1. März an vier Monate lang einbringen.

Die Lösung von Einzelproblemen soll in der Arbeitsgruppe Bergehalden vorbereitet werden — über Zwischenergebnisse soll dann auch die Öffentlichkeit „in geeigneter Form" informiert werden, so beschlossen es die Bezirksplaner.

Bezirksplanungsrat betont seine Kompetenz:

12.2.81

Regionaler Interessenausgleich durch Gebietsentwicklungsplan

Gemeindliche Mitwirkung beim Bergehalden-Problem wäre somit gesichert

Vor dem Hintergrund von Bestrebungen in der SPD-Landtagsfraktion, die Lösung des Bergehalden-Problems von der Ebene des Bezirksplanungsrates auf Landesebene „hochzuzonen", hat der Bezirksplanungsrat gestern in einer Stellungnahme seine Kompetenz betont. Im Gegensatz zu einer Lösung der Frage im Rahmen eines Landesentwicklungsplans sichere ein vom Bezirksplanungsrat zu erarbeitender Gebietsentwicklungsplan die Chance eines regionalen Interessenausgleichs. Auch die gemeindliche Mitwirkung sei bei einem Gebietsentwicklungsplan sichergestellt.

In der Stellungnahme des Bezirksplanungsrates heißt es weiter wörtlich: „Bergehalden sind die unvermeidliche Folge der Kohlevorrangpolitik des Landes, die von allen politischen Kräften getragen wird. Der Bezirksplanungsrat erwartet jedoch, daß alle zumutbaren Anstrengungen unternommen werden, den Anteil der aufzuhaldenden Berge zu reduzieren und sicherzustellen. Da für Bergehalden nur die unbedingt erforderlichen Flächen in Anspruch genommen werden, ist die Haldenplanung in angemessenen Zeiträumen und unter Berücksichtigung der neuesten technischen und wissenschaftlichen Entwicklung sowie der Bergbautätigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuschreiben.

Der Bezirksplanungsrat rechnet damit, daß die im Gebietsentwicklungsplan, Teilabschnitt Bergehalden, im nördlichen Ruhrgebiet ausgewiesenen Bereiche für Aufschüttungen nach Beteiligung der Gemeinden reduziert werden. Es wird deshalb notwendig sein, mittelfristig zusätzliche Halden außerhalb der gegenwärtigen Bergbauregion auszuweisen. Dabei sollten die Erfordernisse, die sich aus dem Nordwärtswandern des Bergbaues ergeben, beachtet werden.

Das Rahmenkonzept Bergehalden ist mit dem Beschluß, einen Gebietsentwicklungsplan Bergehalden zu erarbeiten, nicht hinfällig. Nach Ansicht des Bezirksplanungsrats soll das Rahmenkonzept ergänzende Aussagen zur Höhenentwicklung, Gestaltung und Umweltverträglichkeit sowie zur Durchführung der Bergetransporte machen. Das Rahmenkonzept soll dann zusammen mit der Aufstellung des Gebiets-Entwicklungsplanes beschlossen werden.

Der Bezirks-Planungsrat ist nach wie vor der Meinung, daß eine so konfliktträchtige Planung wie der Gebietsentwicklungsplan Bergehalden nur mit breiter Mehrheit beschlossen werden kann, weil knappe Mehrheiten seine Durchführbarkeit in Frage stellen. Die Lösung von Einzelproblemen sollte von der Arbeitsgruppe Bergehalden vorbereitet werden. Über Zwischenergebnisse sind der Bezirks-Planungsrat regelmäßig und in geeigneter Form auch die Öffentlichkeit zu informieren."

Spekulationsobjekt von morgen?

HA 13.2.81

KVR: Wiederaufriß von rekultivierten Bergehalden muß verhindert werden

Folgen nicht abzusehen / Energische Schritte gefordert

ESSEN. Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) soll künftig abgeschlossene Bergehalden nicht nur verstärkt als Grün- und Erholungsflächen rekultivieren, sondern sie auch möglichst frühzeitig mit Hilfe des Landes zu Eigentum erhalten, um sie so für öffentliche Zwecke — vor allem für Freizeit und Erholung — sichern zu können und sie dauerhaft vor einem Wiederaufriß zu bewahren. Befürchtungen, daß alte, abgeschlossene und bereits wieder begrünte Halden im Zuge von knapper werdenden Energiereserven vermehrt als „Schatzkästlein" wiederentdeckt, in Reserve gehalten und bei Bedarf wieder abgetragen werden, äußerten beim offiziellen Antrittsbesuch beim Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Josef Denzer und der KVR-Direktor Dr. Jürgen Gramke.

Diese Sorge bekräftigten beide mit dem Hinweis auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom 22. August 1979, wonach Bergehalden nach Entlassung aus der Bergeaufsicht Eigentum des Grundeigentümers sind. Ihre Abtragung bedarf — auch wenn sie begrünt sind — bisher keiner besonderen Genehmigung!

Gründe für einen Neuaufbruch abgeschlossener Halden gibt es genügend. Insbesondere der hohe Kohlegehalt und der durchgebrannte Inhalt, der als Baustoff verwendet werden kann, oder auch schlichte Grundstückssicherung für anderweitige spätere Nutzung machen die Althalden nach Meinung des SPD-Fraktionsvorsitzenden und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet zu einem „Spekulationsobjekt von morgen". Josef Denzer und Verbandsdirektor Dr. Jürgen Gramke waren sich einig: „Die muß im Ruhrgebiet unbedingt verhindert werden."

Die landschaftsverunstaltenden und ökologischen Folgen wären bei einem Wiederaufriß von schon begrünten Halden nicht abzusehen. Denzer: „Dies wäre ein Schlag ins Gesicht für alle sonstigen landschaftspflegerischen Bemühungen und Zielsetzungen des Landes und des Kommunalverbandes." Es sei ein Unding, einerseits neue Haldenstandorte ausweisen und andererseits den Wiederaufriß alter Halden dulden zu müssen, die schon grüner Landschaftsbestandteil geworden seien.

Der Wiederaufriß von Althalden wird den Besitzern immer noch sehr leicht gemacht. Bei Bedarf kann dies ohne ein Betriebsgenehmigungsverfahren geschehen. Konkret heißt das: Abgeschlossene Halden können aufgerissen werden, ohne daß der Eigentümer zur Wiederbegrünung durch Gesetz verpflichtet werden kann. Die Folgen eines Neuaufbruchs sind nicht nur die Zerstörung der nach Jahrzehnten mühsam erreichten Begrünung. Durch neue Bergetransporte werden die Anwohner wieder belästigt. Das Öffnen von Althalden ruft außerdem neue Brandgefahr hervor.

Welche Bedeutung dieses Problem für das Revier hat, zeigt dieser Zahlenüberblick: Von Hamm bis Moers in Ost-West-Richtung und von Recklinghausen bis ins Ruhrtal vom Norden nach Süden befinden sich zur Zeit auf einer Fläche von rund 2400 Hektar 230 Halden und Anschüttungen. Die Haldenflächen sind zwischen 1,5 und bis 50 Hektar groß. 155 dieser Halden sind inzwischen abgeschlossen. Über Jahrzehnte sind im Ruhrgebiet dadurch Freiflächen in beängstigendem Ausmaß verbraucht worden. Nichts liegt deshalb näher, diese Flächen als Grün- und Erholungsflächen für die Anwohner zu rekultivieren.

Die Wirklichkeit sieht indes anders aus: Lediglich zehn Prozent der abgeschlossenen Halden sind bislang als Grünflächen rekultiviert worden, 35 Prozent werden zur Zeit abgetragen, 15 Prozent wieder industriell genutzt. 40 Prozent warten als Brache auf weitere lukrative Verwendungsmöglichkeiten.

Stadtverwaltung soll prüfen

HA 13.2.81

Muß Bergbau sich an den Kosten für neue Fahrbahn beteiligen?

Feldstraße/Grünflächen-Zusammenfassung in Westerholt/Sechsstellige Zahlen

HERTEN. (rkl) Das Thema war nicht neu, wohl aber der Ort, an dem es besprochen wurde: auch der Bauausschuß widmete sich in seiner letzten Sitzung dem Problem der über innerstädtische Straßen verkehrenden Bergelaster. Die Politiker hatten über sechsstellige Ausgaben-Summen zur Erneuerung von Straßenfahrbahnen zu entscheiden. Dabei tauchte die Frage auf, ob nicht der heimische Bergbau ebenfalls zur Kasse gebeten werden könnte - schließlich ginge es bei den Renovierungen auch um die Feldstraße und die würde doch durch die Dauerbelastung der rollenden Mehrtonner erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Paul Haferkamp (SPD) hatte die entsprechende Anfrage gestellt; mit Zustimmung der Ausschuß-Mitglieder beauftragte der Vorsitzende Siegfried Hoyer die Verwaltung, die Rechtslage hier umgehend zu prüfen.

Das Thema „Straßen" wurde bei der Sitzung großgeschrieben. Einstimmig beschloß der Ausschuß, die von der Verwaltung vorgeschlagenen an Mitteln aufzuwenden; betroffen sind die Bereiche Feldstraße, In der Feige, Spanenkamp-Siedlung und Uhlandstraße. Die Gelder sind im aktuellen Haushaltsentwurf bereitgestellt. Dasselbe gilt für die ebenfalls diskussionslos genehmigten 600.000 Mark für neue Straßen-Deckenüberzüge. Hier führte die Verwaltung folgende Straßen auf: Am Pösken, Imbuschstraße, Klausenburger-, Spichern-, Wilhelminen-, Flur-, Garten- und Elsa-Brandström-Straße. In einem Bericht ließen sich die Anwesenden über erste Erfahrungen bei der Durchführung der gebührenpflichtigen Straßenreinigung im Stadtgebiet informieren. Mit Wirkung ab dem Jahresbeginn 1979 hatte ein entsprechendes Landesgesetz für diese „Pflichtenbereicherung" der Kommunen gesorgt.

„Mehrere Kleinflächen zu einem großen Bereich zusammenfassen" will die Verwaltung nach Erwin Reichenbechers Worten bei der Gestaltung der Grünanlage Westerholt. Mit dem vorgelegten Bauprogramm für die laut Schätzung rund 360.000 Mark kostende Maßnahme zeigten sich die Politiker einverstanden. Sie stimmten der Beschluß-Empfehlung einstimmig zu. Sie sieht eine Zusammenfassung der Freiflächen beiderseits der Straße „Über die Gräfte", östlich der Straße „Zur Baut" und westlich des Nordwalls vor. Sie sollen unter Einbeziehung der erstgenannten Straße zu einem innerstädtischen Grünraum vor. Nach Reichenbechers Worten kann bei einem „Ja" im Rat bis Anfang Juni ein Ergebnis des auszuschreibenden Ideenwettbewerbs zur Gestaltung vorliegen.

Bürgerantrag von Helmut Döing:

WAZ 12/2.81

„Bergbau soll Gutachten über Kosten vorlegen"

Bisher 6000 Unterschriften

Von seinem Recht, gemäß Paragraph 6 c der Gemeindeordnung, macht Helmut Döing aus Langenbochum Gebrauch. Er richtet einen Bürgerantrag an den Rat. Somit steht das „leidige" Thema Bergehalde auch bei der nächsten Ratssitzung auf der Tagesordnung. In dem Schreiben an die Ratsvertreter beißt es: „Ich fordere den Hertener Rat auf, weiteren Haldenschüttungen nicht zuzustimmen und die restlichen genehmigten Bergemengen nur in Landschaftsbauweise aufhalden zu lassen."

Helmut Döing bezieht sich auf eine Veröffentlichung des Bergassessors und Bergwerksdirektors a. D. Harrisch (Dortmund), die in der Zeitschrift „Glückauf" 113/1977 Nr. 9 erschien. Nach den Ausführungen des Fachmannes sei der Vollversatz technisch und wirtschaftlich möglich, er entspreche auch der heute üblichen Abbauleistung und außerdem habe er sich im Betriebsmaßstab bewährt.

Für die weitere Verwerfung des Haldenkonzeptes von Regierungspräsident Erwin Schleberger spreche, daß keine Gutachten vorlägen. Welche künftigen Umweltbelastungen durch das in unmittelbarer Nähe gebaute RZR, durch Haldentransport, durch das Aussehen des Haldenkörpers und durch Bodensenkungen eintreten könnten, sei nicht geklärt.

Weiterhin solle der Bergbau einmal ein Wirtschaftlichkeitsgutachten vorlegen das über Gesamtdurchschnittskosten Auskunft gebe. In seinem Schreiben argumentiert Helmut Döing weiter, daß der Bergbau, laut Vertrag, weitere sechs Jahre im Hertener Süden schütten könne, daher sei es unverantwortlich, sich jetzt schon endgültig zu entscheiden.

Außerdem hätten einzelne Bürger und Bürgerinitiativen bisher insgesamt etwa 6000 Unterschriften gegen das Haldenkonzept des Regierungspräsidenten gesammelt. „Der Rat hat die Pflicht, mögliche Gesundheitsgefährdungen von der Hertener Bevölkerung abzuwenden."

RÜCKSEITE

HA 12.2.81

Beim Schütten an Grün der Halden denken

Düsseldorf/Essen. Die Bergehalden des Steinkohlenbergbaus sollen künftig so angelegt werden, daß sie leichter zu Grün- und Erholungsflächen werden können. In einer Sitzung des Landtagsausschusses für Landesplanung und Verwaltungsreform stimmten gestern die Präsidenten der drei Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster darin überein, daß schon beim Anschütten des Materials an die Rekultivierung gedacht wird.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Josef Denzer war sich am (KVR) mit Verbandsdirektor Dr. ster für Landes- und StadtentwickFrühjahr 1982 ein endgültiger Beschluß gefaßt wird. Bei den Planungen sollen nach Möglichkeit auf bereits vorhandene Haldenflächen zurückgegriffen werden. Auch solle der Bergbau die Materialmenge durch Versatz unter Tage reduzieren. Vorgeschlagen wurden auch Alternativ-Standorte nördlich der Lippe, damit die Emscher-Region nicht zur „Schuttkippe der Nation" werde.

Denzer und Gramke sprachen sich dafür aus, die „Althalden" nach Möglichkeit in öffentlichen Besitz zu überführen. Bislang seien erst zehn Prozent der „abgeschlossenen" Halden rekultiviert. 85 Prozent der reviertypischen „Berge" gehörten der Ruhrkohle AG oder deren Vorgängergesellschaften. Ein Eigentumswechsel scheitere häufig an den geforderten Preisen. Das wollen jetzt Land, KVR und Ruhrkohle AG ändern.

Früher war es eine Spielstraße für Kinder

Betr.: Artikel „Was sind die Folgen der totalen Ablehnung von Haldenstandorten?"

Zu dem Bericht in Ihrer Zeitung „SPD-Unterbezirksvorsitzender Niggemeier zieht Zwischenbilanz" sollten Sie auch einmal einen Bericht eines von den vielen Berge- und Kohlentransporten betroffenen Bürgers veröffentlichen. Alle, auf die das Problem dieser Transporte zukommt, sollten sich über die Folgen, die hierdurch entstehen, einmal in Hochlarmark informieren. Ich bin hier geboren und wohne schon 53 Jahre hier. Was ist nur aus unserem Ort geworden? Herr Niggemeier sollte einmal einen Spaziergang von der Emscher, wo unser Stadtgebiet beginnt, am Friedhof vorbei durch den Kreis, über die Karlstraße bis zur Hertener Grenze unternehmen. Bei Regenwetter, welches wir ja öfter haben, kann man sich bei Begegnungen mit den Lastern nur mit einem Sprung in die Vorgärten retten oder man trägt abwaschbares Gummizeug. Die Bürgersteige sind verschlammt und glatt.

Regnet es nicht, staubt es so stark durch das herabgefallene Ladegut, daß man sich fast schon wieder nach Regen sehnt. Oder fahren Sie doch einmal bei Regenwetter mit Ihrem Pkw den von mir Ihnen empfohlenen Fußweg ab. Wenn Sie Glück haben, erkennen Sie am Ende dieser Fahrt Ihr Auto wieder.

Ja, was war unsere Straße früher? Es war eine Spielstraße, wo wir als Kinder fast unbelästigt spielen konnten. Zu dieser Zeit wurde unsere Straße einmal in der Woche gereinigt, heute dreimal. Nun raten Sie einmal, wer die hierdurch anfallenden Mehrkosten für die Reinigung bezahlt — bestimmt nicht der Verursacher. Zu diesem Schmutz kommt dann noch die starke Lärmbelästigung ab 6 Uhr, teilweise früher, bis 21 Uhr und später.

Warum wird in der Planung solcher Transporte nicht vorher alles getan, um die Belastung für die Bevölkerung so niedrig wie möglich zu halten? Glauben Sie nicht, daß wir, die wir auch im Bergbau beschäftigt sind, nicht wissen, daß die Abraumberge transportiert und gelagert werden müssen? Sie werden es nicht glauben, aber wir haben nie gesagt: Ohne uns! Zusätzlich werden bei Fertigstellung der Rohstoffrückgewinnungsanlage in Herten auch noch die Müllwagen über unsere Straße fahren! Eine Umgehungsstraße, die mit einem Schlage diesen Lärm- und Schmutzterror beseitigen würde und Hochlarmark wieder wohnenswert machte, ist bis jetzt nur ein Lippenbekenntnis unserer Politiker geblieben.

Hier streitet man sich schon seit Jahren um Zuständigkeiten und Planungsrecht; nur bei der Müllverbrennungsanlage, die heute schon das doppelte Ausmaß an Größe hat als wie bei der Planung vorgesehen war, die Zufahrtsstraße vom Hertener Bereich, breiter als der Kurfürstendamm, hier wußte jeder gleich, wer zuständig war. Schon vor den Landtagswahlen haben sich sogar Politiker aus Düsseldorf, man höre, unsere Probleme angesehen und angehört. Sie waren beeindruckt, aber das war bis heute auch alles. Merken Sie jetzt, Herr Niggemeier, warum die Bürger von einer von Ihnen unangemessenen Einseitigkeit befallen sind? Die Lösung ist ganz einfach: Sie fühlen sich von den Politikern allein gelassen.

Sie wohnen ja wohl nicht zufällig an so einer Straße mit Bergetransporten, denn Sie brauchen ja Ruhe für Ihr geistiges Schaffen. Was glauben Sie wohl, was all die Bergleute, welche schwer arbeiten müssen, nach Feierabend brauchen? Ich könnte Ihnen einen Vorschlag machen, wie Sie wieder das Vertrauen beim Bürger erlangen könnten. Setzen Sie es durch, daß vor dem Kippen einer Halde die Zufahrten nach Möglichkeit über den Schienenweg oder über vorher zu bauende Umgehungsstraßen geleitet werden, damit die Bevölkerung nicht ständig diesen Belästigungen ausgesetzt wird! Der Mensch sollte im Mittelpunkt stehen und nicht ständig bis zur Grenze der Zumutbarkeit belastet werden!

Erwin Husse, Recklinghausen

Hier sagen Leser ihre Me

„Leute total durchgedreht"

HERTEN. Zur Haldendiskussion schreibt Architekt Horst Beckmann, Buschstraße 20:

„Die Worte des Herrn Lothar Lend aufgreifend, auch meine Galle kocht. Seit Monaten wird man jeden Morgen aufs neue mit irgendeinem Bericht zum Thema Halde gefüttert. Doch bis heute bin ich als parteiunabhängiger Bürger nicht dahintergekommen, welche echten Argumente es gegen die Halde gibt. Ich habe die Bürgerfragestunde im Rathaus besucht, um etwas zum Thema Halde zu erfahren, aber Fragen zum Thema Halde hatte niemand, es wurde auf der Zuschauertribühne hauptsächlich um die Verteilung von Päckchen mit Halde diskutiert, karnevalsähnlich. Danach hatte ich meine Hoffnung, etwas gegen die Halde zu erfahren, auf das Bürgergespräch in der Gesamtschule gesetzt, aber die Enttäuschung war groß, niemand sprach von der Halde selbst, sondern man versuchte, die Verantwortlichen durch Unterstellungen und Bösartigkeiten aus dem Konzept zu bringen, oder es sprachen Leute, die selbstdarstellerische Reden vorbereitet hatten, die wiederum nichts mit der Halde zu tun hatten. Das gipfelte zuletzt sogar darin, daß Krankheit und Sterblichkeit von dieser Halde ausgehen. Als einfacher Bürger fragt man sich, weshalb diese „Haldengegner" überhaupt ernst genommen werden können. Ein Berg mit unzähligen Bäumen kann doch wohl keine Umweltbelastung sein, sondern ist doch wohl eher ein Schutzwall gegen die Umweltverschmutzung der RZR und des Steag-Kraftwerks im Hertener Süden.

Die veröffentlichten Briefe vom 5. und 6. 2. der Haldengegner zeigen aber, daß diese Leute nun total durchgedreht sind, mit ihrer Klugheit sollten sie doch zum Theater gehen. Man sieht aber, einen besseren Vorschlag als Landrat Marmulla macht, hat keiner zu machen. Nur hierzu möchte ich noch erwähnen, daß es an der B 224, kurz hinter der Emscher in Richtung Essen, schon Schrebergärten auf einer Halde, direkt neben einem Kraftwerk, gibt und daß ich selbst mit meiner Familie schon auf einer Müllhalde, dem Wolfsberg in Duisburg, Erholung gesucht und gefunden habe.

Mein Vorschlag, das gewaltige Thema Halde zu vereinfachen, ist folgender: In Zukunft werden nur noch Verbesserungsvorschläge veröffentlicht oder echte Argumente gegen die Halde."

„Verharmlosung verschärft"

Zum Bericht zur Luftqualität auf unserer Kreisseite schreibt Gertrud Halfmann, Grünberger Straße 14:

„Die Vestische Gruppe der Industrie- und Handelskammer (IHK) Münster verkündet, daß laut „Luftreinhalteplan Ruhrgebiet Mitte 1980—1984" die Schadstoffbelastung im dichtesten besiedelten Gebiet in Nordrhein-Westfalen keineswegs am höchsten sei. Eine solche Behauptung dürfte schwer zu widerlegen sein. Jedoch kann daraus auch nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß damit alle Luftreinhalte-Probleme für das Ruhrgebiet Mitte gegenstandslos sind.

Professor Farthmann wirft derzeit der Industrie vor, sie verharmlose die Gesundheitsgefahren, die von dem Schwermetall Cadmium ausgehen. Die statistische Einebnung der Luftprobleme des Ruhrgebiets Mitte kann nun festgestellt werden.

Wer den Luftreinhalteplan aufmerksam studiert, stößt auf Probleme, die in globalen Aussagen einfach untergehen müssen. Zum Beispiel wurde das Schwermetall Blei in Recklinghausen in viel zu hoher Konzentration im Blut Neugeborener gefunden (Vgl. S. 196 f). Schwermetalle werden vom Organismus nicht abgebaut, sondern lagern sich in Organen bzw. Knochen ab. Auch Gehirnschädigungen können nicht ausgeschlossen werden.

Probleme wird in Zukunft auch die Schwefeldioxydbelastung bringen. Die Meßwerte des Luftreinhalteplans sind zum Teil schon überholt (von 1978). Im Hertener Süden werden Belastungen von 0,8 mg/cbm (Haldenpapier der Stadt Herten) angegeben, der Grenzwert nach der TA-Luft sieht 0,14 mg/cbm vor. (s. 118 f). Die Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung sind noch nicht abzuschätzen, da bisher noch keine ausreichenden Untersuchungen zu diesem Belastungsproblem existieren.

Untersuchungen in England von Douglas und Waller an 3866 Kindern über 15 Jahre hinweg ergaben, daß eine gesteigerte Häufigkeit un Schwere der Krankheiten der unte ren Atmungsorgane im Zusammer hang mit einer durchschnittliche Rauch-Konzentration von über 0,1 mg/cbm und SO2 (Schwefeldioxyc über 0,13 mg/cbm besteht. Zusam menhänge von Umweltverschmu zungen und Nervenkrankheite müssen nach amerikanischen Unte suchungen vermutet werden. In Be richten aus der Tschechoslowake wird vermutet, daß Schwefeloxyd einen Einfluß auf das Blutbild / Blut bildung bei Kindern haben.

Tatsache ist, daß im Dezembe 1952 in London 4000 Menschen bein verheerendsten Nebelvorkomme mehr starben als gewöhnlich. Ge fährdet waren besonders ältlich Personen mit vorliegenden Lungen und Herzerkrankungen. Festgestell wurde in Nashville/Tennessee, da ein hoher Schwefeldioxydgehalt i der Luft eine Beeinträchtigung vo lebenswichtigen, physiologische Funktionen oder Änderungen er gibt, die zu chronischen Krankhei ten oder Lebensverkürzungen füh ren können.

Im Hertener Süden ist nach dem Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten in Münster eine Superhalde geplant. Eine Halde ist zunächs nichts Beunruhigendes, schließlich werden Halden nicht erst seit heute gekippt. Die Halde im Hertener Süden hat allerdings mit den bekannten Hügeln nur noch den Namen gemeinsam. Die Ausmaße nehmen Dimensionen an, die nur noch schwer vorstellbar sind. In der Breite wird die schwarze Wand 2 km und in der Länge 2,5 km ausmachen. Die Höhe soll gar bis zu 140 m geschüttet werden. Ein solches Monstrum gibt es bisher nirgends.

Welche Auswirkungen haben bereits bestehende Luftverunreinigungen, dazu die zu erwartenden Belastungen zum Beispiel durch die Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage (RZR) im Emscherbruch, im Zusammenhang mit den mehrere Quadratkilometer großen Haldenklotz? Es sollte hier kein Horrorbild gezeichnet werden. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß Problemverharmlosung durch statistische Einebnungen, wie von der IHK betrieben, die Probleme des Wirtschaftsraumes Ruhrgebiet nur noch verschärfen kann.

Jeder interessierte Bürger kann sich den Luftreinhalteplan beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf bestellen

Mit dieser kostenlosen Broschüre sind die Bürger dann unabhängiger in der Meinungsbildung von Interessengruppen wie der IHK.

„Tut etwas für die Jugend"

HERTEN. Aus Bad Säckingen schreibt Gertrud Kubiak, Mitglied der Bürgerinitiative Halde, folgenden Leserbrief:

„Ich frage mich oft, ob in Herten Märchenstunden geübt werden. Es ist fast nicht denkbar, daß Menschen mit Bildung, oder sind es Bildungslücken, so viel — Verzeihung — Mist produzieren. Hört es denn in Herten nie mit den Fehlplanungen auf. Wer sitzt denn am Kinderspieltisch, denn wo anders können doch solche Praktiken nicht entstehen. Ich dachte aus dieser Phase sind unsere Herren des Rates (auch Regierung Münster) heraus. Hört doch endlich auf, „Schwarzen Peter" zu spielen, das nützt weder der Stadt, noch der Bevölkerung oder der Natur etwas!

Bravo, Herr Pastor Kuhn. So manches Zitat wagte ich nicht anzuführen — prima der Brief vom 30. Januar. Auch Dank an Dr. Junold, endlich die Fakten aus berufenem Munde. Ich galt als Witzfigur, als ich mit den Fakten kam, ich fühlte mich aber nie so.

Nun zu dem sogenannten Baumspiel. Sagen Sie, meine Herren, ist es nicht grotesk, Bürger stehlen Bäume? Sie werden bei Ihnen wohl nur statistiseh geführt. Oh, wie arm sind Sie charakterlich. Sie beißen, wenn man Ihnen auf die Füße tritt. Haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, was Sie uns schon gestohlen haben in puncto Umwelt und was Sie noch raffen wollen? Machen Sie es doch gleich radikal weg, die Stadt, Menschen und Tiere, es geht schneller, ach, und Sie sparen so viel. Ihr Wanderzirkus zieht dann weiter zum nächsten Rummelplatz der Zerstörung. Ach wären Sie doch mit einem Sandkasten zufrieden, die Bürgerinitiative würde Ihnen bestimmt einen stiften. Da können Sie wenigstens keinen Schaden anrichten. Die Stadt brauchte dann nicht mehr Versuchsmodell zu sein, das ist kritisch und vernichtend zugleich. Ich weiß nicht, was wir noch alles nüchtern klarlegen sollen.

Dem Tier sagt man manchmal Dummheit nach, aber nie zerstört es Lebensraum oder vernichtet seine Rasse. Ist der Mensch in unserer Stadt und in unserem Verwaltungskreis weniger wert?

Hat Bürgermeister Wessel vergessen, daß in Westerholt ein Schießstand ist? Wer schießen will, soll dahin gehen. Tut etwas für die Jugend und die Bevölkerung, die es sich nicht leisten können, teure Kegel-, Bowlinggebühren usw. zu bezahlen. So mancher käme von der Straße. Auch dazu bieten sich die Kellergebäude an. Denken Sie mal nach, meine Herren. Dafür wären die Gelder besser angelegt. Man tut doch so viel für Hertens Bürger."

HA 10.2.87

Bürgerantrag an den Rat:

„Versatz technisch und wirtschaftlich möglich"

Helmut Döing fordert Gutachten / Thema „Halde"

HERTEN. Auch bei der nächsten Ratssitzung wird es wieder um das Thema „Halde" gehen. Der Stadtvertretung liegt ein Bürgerantrag des Langenbochumers Helmut Döing (Stephan-Ludwig-Roth-Straße 15) vor. Eine der Hauptforderungen: Da der vollständige Untertageversatz des Bergematerials nicht nur technisch möglich, sondern im praktischen Betrieb anwendbar und sogar billiger als der „normale" Brauchabbau sei, stünde einer stärkeren Verbringung nichts im Wege.

Helmut Döing fordert den Rat auf, jeder weiter zu genehmigenden Haldenaufschüttung solange nicht zuzustimmen, als nicht eindeutige und unabhängige Gutachten in Sachen Umweltbelastung vorlägen. Mit Verweis auf Veröffentlichungen eines Dortmunder Bergassessors führt der Antragsteller aus, der Blasversatz sei „technisch und wirtschaftlich möglich". Bergetransport und Versatzkostenprogramm könnten gegenüber dem herkömmlichen Bruchabbau sogar Kosteneinsparungen möglich machen

Keine unmündigen und unkundigen Bürger

HA 7/8.2.

Betr.: Artikel „Was sind die Folgen der totalen Ablehnung von Haldenstandorten?" vom 31. Januar

Der SPD-Unterbezirksvorsitzende Horst Niggemeier hat in einer Zwischenbilanz zum Thema „Halden" festgestellt, daß die Bürger, die gegen die geplanten Haldenstandorte votieren, nicht in ausreichender Weise über die Zusammenhänge von Energiesicherung, Kohle-Vorrang, Politik, regionale Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Kostenüberlegung im Hinblick auf die Bergeentsorgung deutlich genug informiert sein.

Wie stellt sich Herr Niggemeier eigentlich die Bürger vor, die er zu vertreten hat? Wie stellt er sich den Kenntnisstand der Mitglieder der Bürgerinitiative vor? Ist es ihm nicht bekannt, daß bei der Bürgeranhörung am 16. 1. 1981 in Herten die Fachleute zum Teil nicht einmal den Kenntnisstand der Vertreter der Bürgerinitiative hatten? Glaubt Niggemeier vielleicht, daß diejenigen, die gegen die derzeitigen Aufhaldungspläne sind, überhaupt keine Ahnng von den Problemen des Bergbaus und der Energieversorgung haben?

Mit tiefem Bedauern stellen die Mitglieder der Bürgerinitiative immer wieder fest, wie sehr die Vertreter der Regierungsverantwortung tragenden Parteien und auch der anderen, je höher ihre Funktionen und ihr Kenntnisstand sein müßte, ihre Mitbürger unterschätzen und für dumm halten.

Das kostet enorm Vertrauenssubstanz. Herr Niggemeier hat nicht mit uneinsichtigen und verbohrten oder gar terrorsüchtigen Extremisten zu tun, sondern mit Menschen, die in ihrem Arbeitsbereich und darüber hinaus Verantwortung tragen und durchaus wissen, was sie tun.

Die Bürgerinitiative „Halde" bietet allen, die guten Willens sind, die Hand zur Zusammenarbeit an. Wir sind durchaus lernfähig, erwarten dieses aber auch von unseren Patnern.

Wir sind davon überzeugt, daß eine Demokratie - bei aller Schwäche und allen möglichen Fehlleistungen - die einzige erstrbenswerte Regierungsform ist. Wir sind auch der Meinung, daß dieser Staat ein Parteienstaat ist. Aber wir lehnen jede Filzokratie und jede Planung, die den Bürger unverantwortlich schädigt, konsequent ab.

Wir stimmen mit Horst Niggemeier überein, daß die Problemdarstellung und auch die Methode der Darstellung von Seiten der Kreise, die zu informieren haben, besser sein müßte. Wir beklagen aber, daß so getan wird, als habe man es mit unmündigen und unkundigen Bürgern zu tun. Hochnäsigkeit steht einem Plitiker in unserem Staate nicht an.

D. Schüller, Bürgerinitiative Halde

„Gegen umweltkriminelle Planungspolitik"

Betr.: Offener Brief an den SPD-Unterbezirksvorsitzenden Horst Niggemeier zu dessen Artikel „Was sind die Folgen der totalen Ablehnung von Haldenstandorten?" vom 31. 1. 1981.

Sehr geehrter Herr Niggemeier,

als Bürger von Herten und mit der Haldenproblematik ein wenig, sicherlich noch genügend vertraut, kann ich den Artikel, den Sie verfaßt haben, nicht widerspruchslos hinnehmen. Ich weiß, daß die Bürger von Herten sehr wohl wissen, daß zum jetzigen Zeitpuunkt die weitere Schüttung von Halden und der damit verbundenen Sicherung unserer Arbeitsplätze nicht abzuleugnen ist.

Als Bürger einer von den Halden stark in Mitleidenschaft gezogenen Stadt ist es mir aber nicht verständlich, daß in unserer Kommune allein 40% der gesamten Intermaterialien (Bergemanterial) des Bergbaus unterumweltmäßig katastrophalen Umständen gelagert werden sollen. Wir Bürger von Herten sind nicht gegen Halden, wohl aber gegen eine umweltkriminelle Planungspolitik.

Als „emotionaler Bürger" dazu nur ein Beispiel: Das geplante Landschaftsbauwerk im Hertener Süden soll später als Naherholungsgebiet der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Höhe dieses einmaligen Gebildes soll bis zu ca. 140 Meter über Niveau betragen. Hinter dem Haldenbauwerk liegt nicht, wie es sich nun herausstellt, ein Rohstoffrückgewinnungszentrum, sondern eine Müllverbrennungsanlage, die entgegen der genehmigten Planung die doppelte Menge Müll (Plastikflaschen, Medikamenteabfälle aus den Krankenhäusern der gesamten Umgebung etc.) verbrennen will. Die Abgaskamine sind aber ohne Berücksichtigung der Planung der Großraumhalde mit einer Höhe von nur 100 Meter gebaut worden, das heißt, daß die erholungssuchenden Bürger vom Gipfelkreuz der Halde die einmalige Möglichkeit haben, urch Einblick in die Kamine von oben die Wirkungsweise der eingebauten Filter zu studieren! Ist diese Überlegung emotional und einseitig?

!Nun zur Energie: Unter anderem auch infolge neuer Technologien ist der vorausgesagte Enegiebedarf nicht eingetreten. (Vergl. die seit 1975 immer wieder nachunten korrigierten Energiebedarfsprognosen). Zum Beispiel verbraucht ein Farbfernsehgerät heute nur noch ca. 80 Watt, die erste Generation verbrauchte immerhin noch 500 Watt. Die neuen Technologien der Halbleiter (CMOS), Mikro-Computer mit einigen Nano-Watt-Verbrauch (0,000 000 001 Watt), auch unsere Digitalarmbanduhren sind weitere Beispiele dafür.

Wir haben heute keine Energiekrise in technischer Sicht und werden sie auch nicht bekommen! Die großtechnische Nutzung von Kernkraft ist zur Zeit betriebswirtschaftlich indiskutabel und volkswirtschaftlich in bezug auf Folgekosten abzulehnen.

Die Kohlevorrangpolitik stellt sich immer mehr als ein Lippenbekenntnis unserer Energiepolitiker dar. Neue Kohltetechnologien (z. B. Benzin aus Kohle) sind aufgrund politischer Entscheidungen (Streichung von Subventionen) rückläufig. Der Verbrauch der Kohle sinkt jährlich. Anteil am Energieverbrauch 1960 — 60,7%, 1970 — 28,7%, 1979 — 18,9%. Dem Bergbau werden zunehmend Subventionen gestrichen (z. B. Kokskohlenbeihilfe). Um die Kokurrenzfähigkeit auf dem Energiemarkt zu erhalten, müssen Einsparungen vorgenommen werden. Die teueren Umweltbelange rücken nicht in den erforderlichen Vordergrund. Der Bumann ist dann schnell unberechtigt der Bergbau, der bei einer vernünftigen Kohlevorrangpolitik viel leichter diesen Zielkonflikten begegnen können.

Wenn Sie nun, Herr Niggemeier, Ihre Entscheidung bezüglich Ihres Haldenstandortes Loh nachlesen (attelne MORGENPOST V. 15. 1. 1981), so ist es offenkundig, daß Sie versuchen, mit der Angst um Arbeitsplätze Ihr Datteln haldenfrei zu halten. Wir Bürger von Herten werden nie nein zu einer Entsorgung der Hertener Zechen auf unserem Gebiet sagen. Ihren Mist behalten Sie aber in Ihrer Stadt, oder Sie setzen sichfür eine wirklich überreginnale und umweltverträglichere Entsorgung ein und sorgen als Politiker dafür, daß der Bergbau diese Lösungenauch wirtschaftlich vertreten kann.

Unsachlich und unklug ist es jedenfalls, wenn Sie die Angst um unsere Arbeitsplätze benutzen wollen, um die Fehler in der Energiepolitik und deren Auswirkungen, die allein den Politikern zuzuschreiben sind, auf die oft nicht unsachliche Kritik der in Ihrer Umwelt ohnehin belasteten „emoptionalen Bürger" abzuwälzen.

Joachim Jürgens, Herten

Neue Ausgabe „Kreisecho"

Kreis. Die vom Amt für Öffentlichkeitsarbeit des Kreises Recklinghausen herausgegebene Blinden-Tonbandzeitung „Kreis-Echo" bringt in der ersten Februar-Ausgabe unter anderem Auszüge aus der Veranstaltung „Aus Wald und Flur" vom 28. Januar im Kreishaus, eine Reportage aus der Dort[illegible] Westfalenhalle.

Kritik gegen Politiker-Verhalten in Sachen „Halde“

„Bürger-Vertrauen geschwächt!“

Halde, Halde und kein Ende? Rudi Turinsky, Mitglieder der Bürgerinitiative gegen die Mammuthalde reagiert auf den Kreisseiten-Artikel „Haldendebatte schwächt Vertrauen der Bürger“.

„Herr Niggemeier beklagt sich über eine unangemessene Einseitigkeit, und über geschwächtes Vertrauen der Bürger gegenüber den Herren Stadt- und Kreisräten. Das haben sich die Herren der SPD, FDP und CDU selber zuzuschreiben, wenn führende Politiker wie der Bürgermeister Wessel, Herten (SPD), und Landrat Marmulla (SPD), sich so massiv für Deutschlands größte Halde in Herten einsetzen, wenn FDP-Politiker sich für befangen erklären, und wenn die CDU-Vertreter sich nur auf formalen Protest beschränken, dann ist es überhaupt nicht verwunderlich, wenn Bürger, die kein Vertrauen mehr in ihre Vertreter haben, sich in einer Bürgerinitiative zusammenschließen und ihren berechtigten Protest vortragen.

Wenn 6000 Bürger durch ihre Unterschrift gegen die Mammuthalde protestieren, weil ihr Wohnraum vernichtet wird (300 Bürger der Hohewardstraße verlieren ihre Wohnung!), weil die 600 Bürgern, den 20 Sachverständigen Fragen gestellt werden und eigene Untersuchungen vorgelegt werden und die Herren Sachverständigen die Fragen nicht beantworten können, dann muß ich Sie, Herr Niggemeier, ernsthaft fragen: Wer ist hier einseitig und schürt Emotionen? Wer will uns hier für dumm verkaufen?

Weiterhin stellt Herr Niggemeier die Tatsachen voll auf den Kopf, wenn er behauptet, ohne eine Mammuthalde in Herten stünden sehr viele Arbeitsplätze im Bergbau auf dem Spiel. Wir treten für die Erhaltung unserer Lebens- und Gesundheitsbedingungen ein, aber auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze, da gerade in Herten sehr viel vom Bergbau abhängt. Aber das widerspricht sich keineswegs, die Bürgerinitiative sowie verschiedene Mitglieder in ihr haben — im Gegensatz zu den Herren Politikern — sich Gedanken gemacht und auch Alternativ-Vorschläge ausgearbeitet, die dem Stadtrat in Herten und auch Herrn Niggemeier bekannt sind.

Es können sogar noch neue Arbeitsplätze geschaffen werden: Wenn die RAG wieder zum Prinzip des Blasversatzes zurückkehrt, d. h. die Berge bleiben unter Tage. Und das geht, auf der Zeche Hugo werden täglich 20 000 Tonnen verblasen, auf der Schachtanlage Recklinghausen II laufen schon seit Jahren Versuche, und wenn Herr Niggemeier mit Bergleuten gesprochen hat, dann muß er wissen, daß vor 20 Jahren auf den Ruhrkohlezechen die Berge verblasen wurden, durch die „vierte Schicht“. Aber diese Schicht ist eingespart worden, weil — wie ein Kumpel sagte: „Bei der RAG die Förderbänder nur noch in eine Richtung laufen“. Oder durch Verbringung der Berge in die Braunkohlegebiete bezieh[illegible]sweise durch überregionale Lösungen. Es geht einfach nicht an, daß die BAG Lippe 60 % aller Berge in Herten schütten will. Eine Kompromißlösung gibt es nicht, der Hertener Süden wird schon durch die Müllverbrennungsanlage (wenn sie in einigen Monaten fertig ist) die Grenze der „zumutbaren Umweltbelastung“ überschritten haben!“

Hier schreibt der Leser

Gesundheit extrem gefährdet wird, durch Staub, schlechte Zuluftversorgung, durch Lärm von Bergetransportern, wenn auf einer Bürgeranhörung mit

Der künstliche Anreiz

zum Besuch höherer Lehranstalten muß unterbleiben.

Herten, 12. Februar.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

„In letzter Zeit wurde von den verschiedensten Seiten

n Leser ihre Meinung

„Galerie der Vor-Schläge"

Herten. Zu den Ausführungen des Landrates Marmulle (Halden - Schrebergärten) schreibt Hans-Heinrich Holland, Schützenstraße 84, folgenden wörtlich zitierten Leserbrief:

„Nach dem Vorschlag von RP Schieberger die Halde als Freizeitanlage einer Folgenutzung zuzuführen (eine der möglichen Attraktionen: Bewältigung der Steilhänge auf dem Arschleder) meldete sich Bürgermeister Wessel zu Wort. Er versicherte, daß die Wohnbebauung auf der Halde nicht als „utopische Zukunftsvision" betrachtet werden sollte. (Sie sollten sich ihr Grundstück schon einmal sichern.) Die Galerie der originellen Vor-Schläge wird seit kurzer Zeit von einem Mann fortgesetzt, der seiner Amtsbezeichnung alle Ehre macht: Landrat Marmulla rät der Bevölkerung zum Schrebergarten auf der Halde!

Der begeisterte Bürger schlägt sich vor den Kopf. Warum ist da vorher noch keiner darauf gekommen? Dabei ist es doch naheliegend, da ja die Halde Schrebergärten zuschütten soll. Ganz klar, die Siedler werden auf die Halde umgesiedelt. Ist das nicht aufregend? Stellen Sie sich vor: Im neuen Vereinslokal „Gunst der Stunde" halten die Haldenschrebergärtner eine Versammlung ab. Der Schöpfer dieser herrlichen neuen Gartenanlage Landrat Marmulla soll geehrt werden.

Die Köstlichkeiten, die Boden und Klima haben gedeihen lassen, werden zum Verzehr geboten. Obst und Gemüse, gezogen und geschrumpelt auf dem Berg der „Tausend Versprechen" (140 m über dem Niveau), zubereitet als Teufelssalat mit einer Prise Staubniederschlag aus dem benachbarten RZR. Dazu wird ein Glühwein gereicht, der am Südhang angebaut worden ist. (Man hatte es erst mit gewöhnlichen Weintrauben probiert, die waren allerdings sauer über die Lage). Eine besondere Attraktion ist die Neuzüchtung eines dem Gestein abgetrotzten Kohlkopfes, eines Trotzkopfes sozusagen. Landbeurat Marmulla schaut sich um und ist mit den Siedlern zufrieden. Schmucke Lauben sind auf Pfählen (eingerammt übrigens von der Firma Sesselwilli) gebaut worden. Die Einzäunungen sind Hecken aus Krüppelkiefern (Es wächst tatsächlich mehr als Birken!).

Sprecher der Haldenschrebergärten ist im letzten Jahr der Rentner Nickmann geworden, der mit seinem unverwüstlichen Optimismus („Noch ist die Siedlung nicht verloren!") die Miesmacher, die es bei solchen Projekten ja immer gibt, in Schach hielt. Heute überreicht er dem Landbeurat Marmulla die „Rote Schlaftablette" (Hoffentlich bekommt man keinen Durchfall davon!), gewonnen aus dem grauen Originalgestein ihrer geliebten Gartenerde. Mit bewegten Worten verleiht er dem Glück der Schrebergärtner Ausdruck: „Lieber Ladbaurat, wir sind überglücklich, daß Sie die Hochlarmarker, die Stuckenbuscher und die Wanner so perfekt eingeschläfert haben, so daß heute diese herrliche Schrebergartensiedlung möglich geworden ist. Sie haben sich fr die Kohlköpfe verdient gemacht. Damit ernenne ich Sie zum Ehrenlandbaurat der Schrebergartensiedlung ‚Kahler Schleberg', und überreiche Ihnen feierlich diese wertvolle ‚Rote Schlaftablette'. Gute nacht!"

Der folgende Beifall der Siedler zeigt nur zu deutlich, wofür die Gärtner ihren Ehrenlandbaurat wirklich halten. (Waren da wirklich Pfiffe dabei? Undankbares Volk!)

HA 6/2.8

„Träumen Sie realistischer"

Herten. Zu den Ausführungen des Landrates (Halden-Schrebergärten) schreibt Elke Janz, CDU-Ratsherrin, Hahnenbergstraße 52, folgenden Leserbrief. Es heißt darin wörtlich:

„Wovon ein Landrat so träumt, wenn der Alptraum Halde drückt! Häuser, (auf Pfählen?), Obstbäume, sogar Schrebegärten auf der Halde, dann noch Gemüseplantagen, vielleicht Weinberge am Südhang? Liebe Hertener Bürger, greift doch endlich zu! Wir werden sicher bald beneidet um dieses schöne Landschaftsbauwerk, oder Halde in der 3. Generation. Die Hohewardsiedler können ja vorübergehend ausziehen, damit sie nachher bevorzugt dort siedeln dürfen.

Wenn das alles nur nicht so traurig wäre. Als die ersten Halden genehmigt wurden, versprach man den Manschen keine Beeinträchtigungen der Lebensqualität. Nun heißt es aber plötzlich, daß die zerstörte Landschaft bereinigt werden muß. Ein Bild, vor ca. 14 Tagen in einer Tageszeitung, zeigte ein total totes Stück Land. Kein Mensch weiß, was auf die Hertener Bürger zukommt, oder wissen Sie mehr, Herr Marmulla? Wenn ja, geben Sie es doch besser weiter. Noch besser, empfehlen Sie doch Recklinghausen oder Haltern, Dorsten usw. dieses zukünftige Paradies.

Herr Landrat Marmulla, wenn wir schon diesen Schmutz kriegen sollen, nehmen Sie uns doch nicht bitte noch auf den Arm! Träumen Sie in Zukunft doch realistischer!"

H.A. 24.1.1981

Leser sagen ihre Meinung

Nur Einigkeit kann helfen

Herten. Zur Haldendiskussion schreibt Joachim Jürgens, Schützenstraße 84, unter dem Titel „Unsere (Ohn-)Mächtigen Auguren":

„In erschreckender Weise wird es uns Bürgern klar, wie sachkundig unsere gewählten Vertreter die Ungunst der Stunde nutzen und das Heft sich aus der Hand nehmen lassen.

Es wird das Grundsatzproblem durch substanzaufreibende Kleinkriege, Profilierungsakrobatik und Partikularismus in den Hintergrund geschoben.

Es wird von einigen Kommunalauguren der Ball der Verantwortung von der Verwaltung zum Bergbau, vom Regierungspräsidenten Münster nach Düsseldorf geschoben, je nach Parteizugehörigkeit. Ein Ratsherr und Lehrer versteht auf einmal, daß der Bergbau nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln muß (sicherlich ein Freudscher Versprecher) und bezeichnet die Bürgerinitiative als sein schlechtes Gewissen.

Nur der eigentliche Sinn der Aufgaben als gewählte Bürgervertreter wird den meisten noch immer nicht klar! Hangsteigungswinkel, Schüttmengen und Zusatzflächen sind keine und werden auch keine Wahlkampfthemen. Sicherlich ist allen Parteien klar geworden, daß sie am gleichen Strick ziehen, nur sollten sie bald das gleiche Ende finden.

Die Durchsetzung unserer Interessen für eine ungefährdete Zukunft, die Berücksichtigung aller Fakten unter Ausnutzung jeder, auch gerichtlicher Entscheidungshilfen kann nur in der Gemeinschaft und Einigkeit erreicht werden. Die Halde ist kein Wahlkampfthema! Die Auswirkung der Politik ist auch nicht auf fünf Jahre zu begrenzen. Wenn das den Politikern unserer Stadt nicht klar wird, so sollten sie auf keinen Fall vergessen, daß das Hausrecht in unserer Stadt der Bürger besitzt.

Auf Durchsetzung eingestellt

WAZ 23.01.81

„Laut Gemeindeordnung sollten die Bürger vom Rat in einer möglichst frühzeitigen Bürgerversammlung über Planungen informiert werden. Diese Informationspflicht kann man wie in Datteln (hier ging es am 13. Januar ebenfalls um eine Haldenplanung nach dem Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten) mit dem Bürgermeister, einigen Ratsherren und Verwaltungsleuten gut schaffen. In Herten wurden zum gleichen Zweck 23 Experten (ohne Bürgermeister und Stadtdirektor) aufgeboten. Das Anliegen, die Bürgerinformation, war gleich, lediglich in der Zielsetzung der Veranstaltungen bestanden Unterschiede. In Datteln sollte der Standort ‚Das Loh' abgelehnt werden. In Herten hatte man sich auf die Durchsetzung der Planung eingestellt.

Die Anzahl und die Wissensgebiete der Experten dokumentierten die Durchmarschstrategie dieser Veranstaltung.

Leserbriefe

Dem engagierten Einsatz Hertener Bürger ist zu verdanken, daß heute deutlicher geworden ist,

... daß die Haldenplanung auf Menschen keine Rücksicht nimmt;

... daß die Bürgerinformation eine Farce war;

... daß der Sachverstand in kürzester Zeit nicht in der Lage ist, vernünftige Gutachten bzw. Modellsimulationen zu erstellen, die geeignet sein könnten, die gesundheitlichen Bedenken der Bürger auszuräumen;

... daß betriebswirtschaftliche Interessen der Ruhrkohle AG im Wertesystem einiger unserer Kommunalpolitiker vor der Gesundheit der Bürger rangieren;

... daß die Haldenplanung und eventuelle Alternativen keine technischen oder wirtschaftlichen „Sachzwänge" sein können, sondern politisch zu verantworten sind.

Aus diesen Erkenntnissen resultieren Forderungen an den Rat der Stadt Herten, die in kürzester Zeit als Bürgeranträge vorgelegt werden.

Eine unserer Hauptforderungen wird die Bildung eines Gremiums sein, das aus Ratsherren aller Fraktionen und aus Bürgern dieser Stadt bestehen soll und die Aufgabe hat, gemeinsam eine Stellungnahme zum Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten zu erarbeiten. Diese Stellungnahme soll im Rat der Stadt Herten und in der Öffentlichkeit bekanntgemacht und diskutiert werden. Mitglieder der Bürgerinitiative Halde" stellen sich für dieses Gremium zur Verfügung."

Hans-Heinrich Holle
Schützenstraße

Betriebsrat „offenkundig gut"

Mitglieder des IGBE-Hauptvorstandes zu Gast

HERTEN. (da-ho) „Wir wissen um die Umweltprobleme und sehen es mit hohem Respekt, daß diese, unsere Kollegen trotz ihrer Lasten häufig viel mehr Verständnis haben als andere bezüglich der Industrieansiedlungen." Hans Alker, Mitglied des Hauptvorstandes der IGBE, nahm in dieser Form Stellung zu der Lärmbelästigung durch Bergetransporter. Alker, sowie zwei weitere IGBE-Mitglieder, Klaus Südhofer und Hardy Walther, waren am Mittwochvormittag zu Gast auf Ewald.

Umweltbelastungen wurden im Zusammenhang mit dem „Bergarbeiter-Wohnungsbau" zum Thema. Wie der Arbeitsdirektor der BAG Lippe, Hans Holobar, mitteilte, werden in den nächsten Jahren im Bereich der BAG 436 Wohnungen gebaut. Das mache pro Werksdirektion rd. 40 Wohnungen aus. Keine umwerfende Zahl, wie man bestätigte, aber ein Anfang. Bei den neuen Wohnungen will man sich ganz besonders um Schallisolierung des Schlaftraktes bemühen, eine Maßnahme, die nachträglich bei bestehenden Bergarbeiterwohnunmgen nicht geplant zu sein scheint.

Nach einer Grubenfahrt, bei der die Gäste von Vertretern der BAG Lippe sowie der Betriebsleitung und des Betriebsrates begleitet wurden, betonte Hans Alker, daß er sich bemühe, möglichst häufig vor Ort zu sein, um die Sorgen und Nöte der Leute zu erfahren. Doch was er von den Leuten auf Ewald erfahren hat, scheint weitestgehend positiv gewesen zu sein. So sei beispielsweise das Verhältnis der Betriebsangehörigen zum Arbeitgeber und zum direkten Vorgesetzten „durchweg gut" und zum Betriebsrat „offenkundig gut", was er u.a. daraus schloß, daß den Leuten die er getroffen hat, die Betriebsratsmitglieder bekannt waren.

„Die Leute wissen, daß die Trauben sehr hoch hängen", sagte Hans Alker mit Blick auf die nächste Tarifrunde. Auf Ewald sei bei der Grubenfahrt „keine Zahl über 7 genannt worden".

Gartensiedler Hohewardstraße

Alter Vorstand bestätigt

Thema Halde nahm großen Platz im Rechenschaftsbericht ein

Herten. Das Thema Halde und die eventuelle Umsiedlung nahm in der Jahreshauptversammlung der Hohewardsiedler einen großen Platz im Rechenschaftsbericht des Vorstandes ein. Anschließend wählten die Mitglieder des Gartensiedlervereins ihren alten Vorstand weitgehend wieder.

Erster Vorsitzender wurde Walter Bunzel, erster Kassierer Alfred Enders, erste Schriftführerin Hilde Walders, zweite Kassiererin Rutchen Knappmann. Neubesetzt wurden der Posten des zweiten Schriftführers mit Lothar Steinke und der des zweiten Vorsitzenden mit Wolfgang Scharpwinkel.

Als Wasserableser wurden Eugen Krüll und Wolfgang Scharpwinkel bestätigt. Den Festausschuß führt weiterhin Bernhard Funke. Als Kassenprüfer wurden Ingrid Homfeld und Otto Marzian gewählt.

HA 5.2.81

Schreiben an den Stadtdirektor

Lend: „Vorsicht mit Befangenheit"

Ergänzende Überlegungen zum Bürgerantrag vorgelegt

HERTEN. (sp) Lothar Lend, dessen Bürgerantrag (Stichwort: Befangenheit von Ratsmitglieder in der Halden-Frage) im Moment von der Stadtverwaltung bearbeitet wird, hat als Jurist in einem Schreiben an den Stadtdirektor auf weitere rechtliche Aspekte hingewiesen, die seiner Meinung nach dem Rat zur Kenntnis gebracht werden sollten.

Er betont, jedem Verantwortlichen müsse bewußt sein, „ daß ein Ratsbeschluß, an dem ein befangenes Ratsmitglied mitgewirkt hat, als nichtig anzusehen ist. Dabei ist nicht von Belang, ob die Beteiligung eines befangenen Ratsmitgliedes an dem Beschluß von entscheidender Bedeutung war oder nicht und ob ein gleichartiger Beschluß auch ohne Mitwirkung des befangenen Ratsmitgliedes beschlossen worden wäre."

Dies bedeute - unterstelle man eine Mitwirkung der bei der Ruhrkohle AG tätigen Ratsmitglieder - möglicherweise, daß statt der Stellungnahme zum Haldenkonzept ein Nullum vorliege. „ Damit wäre doch wohl niemandem gedient. Deshalb muß in dieser Angelegenheit das Gebot genauester rechtlicher Prüfung und das Gebot der Vorsicht beachtet werden, um nicht möglicherweise später Regreßansprüchen ausgesetzt zu sein, wenn der Gemeinde - was durchaus denkbar ist - ein Schaden entstehen sollte."

Landesregierung antwortet:

Standorte Ergebnis fachlicher Abwägung

Anfrage der CDU-Abgeordneten Kirstein und Hegemann

HERTEN. Die Landesregierung hat jetzt auf die kleine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Kirstein und Hegemann vom November geantwortet, in der es um das Haldenkonzept ging. Speziell war die „gigantische Halde" in Herten Anlaß für die Abgeordneten, Fragen nach Alternativen und Untersuchungen anzusprechen.

„Teilt die Landesregierung die Auffassung, daß wegen der erheblichen Flächen- und Immissionsbelastungen vor Festlegung von Standorten für Großhalden im Rahmen der Gebietsentwicklungspläne Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind und ausreichend begründet sein müssen?" heißt es da zunächst.

Nach längeren Ausführungen des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung darüber, daß doch Haldenzusammenlegungen und damit der Schutz anderweitiger Flächen bereits dem Umweltvorsorgeprinzip Rechnung trügen, wird erklärt: „Einzelheiten hinsichtlich der Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen werden im Rahmen des bergerechtlichen Betriebsplanverfahrens bei der konkreten Zulassung von Bergehalden durch entsprechende Vereinbarungen bzw. Auflagen festgelegt."

Zur zweiten Frage, ob nicht das Rahmenkonzept „für den Bürger erkennbar abgewogene, nachvollziehbare und überzeugende Begründungen für die einzelnen Haldenstandorte enthalten müsse" schreibt der Minister:

„Die Landesregierung teilt diese Auffassung — im Rahmen der regionalplanerischen Auswahl von Haldenstandorten hat die Bezirksplanungsbehörde Münster eine große Zahl von alternativen Verkippungsmöglichkeiten untersucht. Die in jedem Einzelfall erfolgte grundsätzliche Eignungsprüfung hat die Beschränkung auf die im Rahmenkonzept dargestellten Standorte ergeben. Sie sind das Ergebnis einer fachlich begründeten Abwägung.

Auf die Darstellung der im Auswahlprozeß ausgeschiedenen Alternativen im Detail ist verzichtet worden."

Die Frage der Abgeordneten, ob das Konzept dem Bestreben der Landesregierung entspreche, negative Auswirkungen durch entsprechende Planung möglichst nicht entstehen zu lassen, meint die Regierung:

„Nach dem derzeitigen Kenntnisstand entspricht das Haldenkonzept des Regierungspräsidenten Münster dem Bestreben der Landesregierung, einerseits die Steinkohlenförderung auf absehbare Zeit sicherzustellen und damit zur Verwirklichung der Kohle-Vorrang-Politik beizutragen, andererseits aber möglichen Beeinträchtigungen der Umwelt durch Bergehalden vorzubeugen bzw. diese möglichst gering zu halten.

Gleichwohl ist das Haldenkonzept offen für alternative Vorschläge, die die Standortvorsorge weiter verbessern. Insbesondere das gesetzlich vorgeschriebene Erarbeitungsverfahren für den Gebietsentwicklungsplan und die damit verbundene Beteiligung der betroffenen Kommunen geben die Möglichkeit dazu. Diesem förmlichen Verfahren hat der Regierungspräsident Münster eine Information der Gemeinden vorangestellt, um diesen Gelegenheit zu geben, schon vorher ihre Anregungen in die Diskussion einzubringen."

Hier sagen Leser ihre Meinu

„Große Worte — nichts dahinter"

HERTEN. Zu den Ausführungen von Landrat Marmulla (Halden—Schrebergärten) schreibt Lothar Lend, Waldenburger Str. 65a:

„Unser Landrat ist schon einmalig! Er sieht auf den Haldenflächen Schrebergärten entstehen und meint, diese Flächen eigneten sich zum Anbau von Obst und Gemüse. Zudem sei auch die Errichtung von Wohnungen möglich. Alles eitel Sonnenschein!

Jeder Tag Verzögerung bei der Umstellung der Bergetransporte auf die Schiene sei zudem „ein Verbrechen gegenüber den Betroffenen".

Wie dumm stellt sich der gegen Entgelt (sprich: abhängig) beim Bergbau tätige Repräsentant unseres Landkreises „seine" Bürger eigentlich vor. Glaubt er tatsächlich, daß die Bevölkerung nicht weiß, daß insbesondere der Sargdeckel Emscherbruchhalde keine positive Funktion haben kann?

Ich kann als Mitglied der Bürgerinitiative wiederum nur mit großem Zorn feststellen, wie sehr besonders im Kreis Recklinghausen tätige Politiker ihre Mitbürger unterschätzen und sie mit dem Hirngespinst drohender Arbeitslosigkeit zu verängstigen suchen. Dies will und kann ich mir nicht länger gefallen lassen. Meine Galle kocht.

Wer von „Verbrechen" redet, soll und muß auch sagen, gegen welche Norm des Strafrechts verstoßen wird. Er muß weiterhin fähig sein, das Tun oder Unterlassen zu subsumieren. Alles andere ist bloße Polemik. Große Worte — und nichts dahinter.

Mein Vorschlag zur Güte: Landrat Marmulla läßt seinen Garten mit Abraummaterial etwa 10 Mete hoch auffüllen. Er gibt seine Tätigkeit beim Bergbau ebenso auf wie die als Repräsentant des Kreises Recklinghausen und widmet sich vollends der Obst- und Gemüsezucht — in dem eigens dafür vorbereiteten Garten. Ich gehe davon aus, daß dies ein Full-time-Job sein wird und daß so mancher Nachbar von Landrat Marmulla (a. D.) angesichts der ständigen Mißerfolge bei der Ernte um Rat und Hilfe gefragt werden wird. Sollte Marmulla — von den ständigen Mißerfolgen bei den Anbauversuchen gezeichnet — seine Tätigkeit als Kleingärtner aufgeben wollen, so bestünde für ihn die Möglichkeit, ins „Baugeschäft einzusteigen" und um eine Baugenehmigung für ein „Haus auf der Haldenachzusuchen. Vor Baubeginn sollte Marmulla jedoch darauf achten, daß etwa 13 Meter tiefe Betonpfeiler gegossen werden, damit die Standsicherheit des Gebäudes gewährleistet ist. Marmulla soll ja nichts Böses zustoßen.

Herr Marmulla, finden Sie im Kleingartenbereich Ihr Glück — nicht aber in der „hohen" Politik.

„Die Demokratie stärken!"

Zum gleichen Artikel schreibt Pfarrer Erhard Kuhn:

Der unverbesserliche Optimist Marmulla, seines Zeichens Landrat unseres Kreises, möchte so schnell wie möglich auf den Abraumbergen im Hertener Süden sein Gärtchen anpflanzen. Er glaubt allen Ernstes, daß Obst- und Gemüseanbau dort möglich seien und daß es sich lohne, Schrebergärten dort anzulegen.

Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sich an der Vorstellung erheitern, wie Landrat Marmulla dort selbst sein Gärtchen beackert, den cadmiumverseuchten Salat ins Haus zum Mittagsmahl trägt, wie er seine Lungen vollsaugt mit der Luft, die geschwängert ist von Schwefeldioxyd, Kohlenmonoxyd, Chlorgas etc., etc.; denn schließlich ist das RZR (die Riesenmüllverbrennungsanlage des Kommunalverbandes Ruhr mit Schornsteinen, die gerade an die Haldenkuppe heranragen), direkt benachbart und bläst in bisher noch unbekannten Größenordnungen demnächst seine Giftstoffe übers Land.

Manchmal fragt man sich, wie lange und wie oft noch will der Landrat seine Haldenträume, die letztlich die Schärfe des Problems vernebeln sollen, den Bürgern noch vorgaukeln.

Es ist erstaunlich, wie sehr man im Bereich Hochlarmark in Recklinghausen und in dem Bereich Wanne Eickel noch diesen Beteuerungen glaubt. Offensichtlich fahren die Bürger dieser Gebiete niemals mit ihren Autos durch die Hertener Haldenlandschaft und sehen, wie die derzeit betriebenen Halden Stück für Stück in rasendem Tempo wachsen. Höchst illusorisch ist ja außerdem Marmullas Traum, daß der Bergbau die Haldenflächen, die einmal in seinem Besitz sind, freiwillig und kostenlos nach der Aufschüttung wieder an die öffentliche Hand zurückgibt. Darüber können zwar jetzt Versprechungen gemacht und große Töne geredet werden, aber an ernsthafte Verträge dürfte doch da nicht zu denken sein.

Man kann es einem Unternehmen nicht verdenken, wenn es darauf sinnt, seinen Gewinn zu maximieren. Man muß es aber einem Politiker verdenken, wenn er durch Vernebelungstaktiken versucht, die Demokratie in unserem Staat zu minimieren. — Der Bürger will und muß bei entscheidenden Fragen seiner Umwelt beteiligt werden! Darum sehe ich mit Besorgnis, daß, wenn die Vernebelungstaktiken vor Ort nicht mehr ausreichen, das Land von oben herab und aus der Ferne Düsseldorfer Schreibtische die Entscheidungen bürgerfern und autoritär fällen wird. — Ob unser Landrat darauf hinarbeitet? Doch wohl kaum! Je verärgerter der für dumm gehaltene Bürger wird, desto eher ist Platz für radikale Forderungen. Man könnte nach einem verlangen, der endlich „Ordnung in den Laden bringt".

Herr Marmulla wird sicherlich mit mir darin übereinstimmen, daß mit „starken Männern", die irgendwann einmal beschlossen, „Politiker zu werden", Deutschland am allerwenigsten gedient worden ist. Darum lassen Sie u
Demokratie
des Bürgers
lich nicht bei
Halde."

„Nein z Karnev

Das Them Els lanfr schr t:

Die Jecke
Pastor aus A
Man sollte n
de protestier
solche Kirch
die sich ins
ben. Ein sch
singt „Wir k
Himmel" (
Nacht"). Kar
bar mit ein
Bremsen au
wird zu ei
Vehikel. De
Räder drehe
men, kann
die Bremsen
bei den Fa
wird Stimm
holkonsum
deutige Rede
Stimmungsv
Die Hemmu
soll ebrem
ber der
ist eine Verh
den und Ste
bung unsere
söhnung mit
Christen wir
wie sie kein
ben kann.
nein zum Ka

Zum Pfingsttreffen nach Frankfurt

Herten. Zur Fahrt nach Frankfurt, zum Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, nimmt Landsmann Karl Schütz, Schützenstraße 86 d, Telefon 3 13 32, Anmeldungen entgegen.

Vorstand

Herten. D
Mitte lädt se
am Freitag,
einer Sitzur
ein. Am Fr
im Gemeind
che um 18

Bürgerinitiative „durchaus lernfähig"

„Gegen Filzokratie und schädigende Planung!"

Der SPD-Unterbezirksvorsitzende Horst Niggemeier hat kürzlich in einer Zwischenbilanz zum Thema „Halden" festgestellt, daß die Bürger, die gegen die geplanten Haldenstandorte votieren, nicht in ausreichender Weise über die Zusammenhänge von Energiesicherung, Kohle-Vorrang Politik, regionale Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Kostenüberlegung im Hinblick auf die Bergeentsorgung informiert seien. Die Hertener „Bürgerinitiative Halde" nahm diese Äußerungen zum Anlaß für folgende Stellungnahme:

„Wie stellt sich Herr Niggemeier eigentlich die Bürger vor, die er zu vertreten hat? Wie stellt er sich den Kenntnisstand der Mitglieder der Bürgerinitiative vor? Ist es ihm nicht bekannt, daß bei der Bürgeranhörung am 16. Januar in Herten die Fachleute zum Teil nicht einmal den Kenntnisstand der Vertreter der Bürgerinitiative hatten? Glaubt Niggemeier vielleicht, daß diejenigen, die gegen die derzeitigen Aufhaldungspläne sind, überhaupt keine Ahnung von den Problemen des Bergbaus und der Energieversorgung haben?

Mit tiefem Bedauern stellen die Mitglieder der Bürgerinitiative immer wieder fest, wie sehr die Vertreter der Regierungsverantwortung tragenden Parteien — je höher Funktionen und Kenntnisstand sein müßte — ihre Mitbürger unterschätzen und für dumm halten. Das kostet enorm Vertrauenssubstanz! Herr Niggemeier hat es nicht mit uneinsichtigen und verhohrten oder gar terrorsüchtigen Extremisten zu tun, sondern mit Menschen, die in ihrem Arbeitsbereich und darüber hinaus Verantwortung tragen und durchaus wissen, was sie tun.

ZUSAMMENARBEIT

Die Bürgerinitiative „Halde" bietet allen, die guten Willens sind, die Hand zur Zusammenarbeit an. Wir sind durchaus lernfähig, erwarten dies aber auch von unseren Partnern. Wir sind davon überzeugt, daß eine Demokratie — bei aller Schwäche und — allen möglichen Fehlleistungen — die einzig erstrebenswerte Regierungsform ist. Wir sind auch der Meinung, daß dieser Staat ein Parteienstaat ist. Aber wir lehnen jede Filzokratie und jede Planung, die den Bürger unverantwortlich schädigt, konsequent ab!

Wir stimmen mit Horst Niggemeier überein, daß die Problemdarstellung und auch die Methode der Darstellung von seiten der Kreise, die zu informieren haben, besser sein müßte. Wir beklagen aber, daß so getan wird, als habe man es mit unmündigen und unkundigen Bürgern zu tun. Hochnäsigkeit steht einem Politiker in unserem Staate nicht an!"

Bei „Ruhrkohle" arbeitende Parlamentarier sollen ausgeschlossen werden

Bürgerantrag: „Ratsherren sollen Beruf und Arbeitgeber nennen!"

H.A. 27.1.81

Frage der Befangenheit / Jurist verlangt umfangreiche Rechtsprüfungen

HERTEN. Die Frage nach der Befangenheit einiger Hertener Ratsherren in Zusammenhang mit der Haldenfrage ist schon mehr als einmal gestellt worden — beim großen „Halden-Hearing" machte Lothar Lend, Waldenburger Straße 65a, für die Bürgerinitiative durch einen in Schärfe und Länge außergewöhnlichen Vortrag auf sich aufmerksam. Seine Ausführungen, die als Bürgerantrag dem Rat in seiner morgigen Sitzung vorliegen, enthalten unter anderem die Forderung, bei der Ruhrkohle AG beschäftigte Ratsherren von den weiteren Beratungen auszuschließen.

Lend leitet seinen fünf Seiten umfassenden Antrag mit dem Vorschlag ein: „Jedes Ratsmitglied, das an der öffentlichen Diskussion über die Halden-Planung teilnimmt, hat Beruf und Arbeitgeber offenzulegen, damit die Öffentlichkeit anhand dieser zusätzlichen Information besser in der Lage ist, den Diskussionsbeitrag zu würdigen."

Mit Hinweis auf einen Spruch des Oberverwaltungsgerichtes Münster ist, so der für die Süder Bürgerinitiative engagierte Jurist, davon auszugehen, „daß Befangenheit bereits dann vorliegt, wenn einem Ratsbeschluß eine erhebliche Vorgreiflichkeit zukommt, die geeignet ist, zu unmittelbaren Vorteilen zu führen." Dies gelte bei Beschlüssen zur Änderung des für den Süden gültigen Flächennutzungsplans.

Für den Fall, daß politische Mittel das Haldenkonzept der Bezirksregierung nicht verhindern können, sieht der Bürgerantrag eine Serie von Maßnahmen vor. So soll die Verwaltung Verfassungsbeschwerde einlegen und Schadenersatzansprüche gegen den Bergbau „konsequent und notfalls klageweise" durchsetzen. Zusätzlich wird der Rat aufgefordert, zu prüfen, ob der Bergetransport per Lkw nicht einer „Sondernutzungserlaubnis" bedarf.

Abschließend drückt Lend die Vermutung aus, Haldenerweiterung und Kapazitätssteigerung des Rohstoffrückgewinnungszentrums ließen eine Prüfung auf Bedarf einer neuen Planfeststellung notwendig werden. Andernfalls stehe zu befürchten, „daß eines Tages eine fertige Müllverbrennungsanlage vorhanden ist, die aber nicht betrieben werden kann, weil sie weder nach Abfallrecht noch nach Immissionsrecht zulässig ist".

Noch Plätze frei in Gitarrenkursen

Herten. In den VHS-Kursen „Gitarre für Fortgeschrittene" sind noch Plätze frei. Schwerpunkte dieser Kurse sind das Barrèspiel, verschiedene Zupftechniken und Erweiterung der Notenkenntnisse. Vorausgesetzt werden Grundkenntnisse des Gitarrenspiels. Außerdem wurde ein zusätzlicher Anfängerkurs eingerichtet. Telefonische Auskunft geben gerne die Mitarbeiter der Volkshochschule (Tel. 0 23 66 / 30 35 10). Interessenten werden gebeten, sich umgehend im VHS-Haus anzumelden.

Parteienstreit bei Bürgerinitiativen-Versammlung

HA. 1.4.81

SPD kam kurz vor Sitzungsende
Bürger fühlen sich verschaukelt

Ahmann: „Kritische SPD-Stimmen auf Parteikurs gebracht" / Referate zum Thema

HERTEN. (rkl) Die Bürgerinitiative „Halde" sucht erklärtermaßen das Gespräch - mit dem „Normalbürger" auf der einen und den Politikern auf der anderen Seite. Daß der eine Begriff den anderen keinesfalls „automatisch" umschließt (wie Heinz Muhs für die CDU betonte), machten die BI-Aktiven im Rahmen ihres großen Diskussionsabends zum Thema Halde deutlich. Sprecher der noch jungen Initiative erklärten mehr als einmal, man fühle sich von den hiesigen Rats-Verantwortlichen derart „verschaukelt" und in die Irre geführt, daß von bürgernahen Entscheidungen kaum noch die Rede sein könnte - ein Vorwurf, mit dem in besonderem Maße die SPD gemeint war. Zweieinhalb Stunden lang blieben ihre Vertreter der Versammlung fern - und klammerten sich so vom Gespräch mit den Betroffenen bewußt aus, wie BI-Sprecher kommentierten. Gegen 21.30 Uhr betrat Paul Haasch als erster sozialdemokratischer Ratsherr den Saal. Bis zu diesem Zeitpunkt lieferten sich anwesende FDP- und CDU-Vertreter derart ausgedehnte Wortgefechte, daß mehrere Wortmeldungen forderten, man möge doch auf Anfragen an die anwesenden Politiker verzichten, um ihnen nicht so den Vorwand zu immer neuen Profilierungs-Manövern zu liefern.

Zwei Fraktionen redeten, die dritte kam erst kurz vor dem Sitzungsende und enthielt sich kategorisch jeder Wortmeldung - ein Verhalten, daß eine Reihe von erbosten Vorwürfen der Anwesenden nach sich zog. Gerade die SPD war der erklärte Wunsch-Gesprächspartner der Aktiven. Sie hatte den umstrittenen Halden-Leitantrag beschlossen, den heftig kritisierten Tendenzbeschluß im Rat durchgesetzt und das Stichwort „Landschaftsbauwerk" in die Diskussion geworfen - mit ihr wollten die Aktiven reden. Die Sozialdemokraten Haasch und Robert Pusch (er war seinem Fraktionskollegen wenig später gefolgt) waren jedoch ihre einzigen Vertreter. Sie verwiesen auf eine gleichzeitig stattgefundene SPD-Fraktionssitzung. CDU-Ratsherr Theo Ahmann bezeichnete beide als „Männer, die in der SPD schon auf den Putz gehauen und Kritik geübt haben, nun aber auf Parteikurs gebracht worden sind". Pusch hatte zuvor unter Beifall angekündigt, auch Bernhard Kasperek (der SPD-Politiker hatte in der letzten Ratssitzung besonders scharfe Kritik an einer Studie der Initiative geübt) würde noch kommen - die Versammlung wartete vergeblich auf ihn.

Weite Teile der im wesentlichen durch Wortmeldungen von FDP- und CDU-Vertretern bestimmten Debatte widmeten sich der Ablehnung des vom RP Münster vorgelegten Haldenkonzepts wie auch einem rigorosen „Nein" zu den Vorstellungen der SPD (sie sehen unter anderem eine zusätzliche Haldenfläche westlich der Ewaldstraße vor). Sprecher beider Ratsfraktionen behaupteten im Wechsel, als erste die für Herten aktuelle Halden-Planentwicklung erkannt und bekanntgemacht zu machen.

Die etwa 30 anwesenden Nicht-Politiker zollten dem allerdings wenig Beifall; ihre Kritik richtete sich vor allem gegen die „Handlungsträgheit der Verantwortlichen". In mehreren Äußerungen wurde der Verdacht laut, die Politiker „machten schöne Worte und täten nichts, um die drohenden Gefahren abzuwenden".

Eben die hatten mehrere Referenten der Initiative eindringlich geschildert. Joachim Jürgens warnte vor drohenden Umweltschäden. Hans-Heinrich Holland erläuterte die nach seiner Meinung durch die Halde bedingte Lawine von Folgekosten. Dr. Arkadi Junold machte auf mögliche Folgen starker Schadstoff-Einwirkungen auf den menschlichen Organismus aufmerksam. Rudi Turinsky forderte in seiner Rede die verstärkte Anwendung von Blasversatz. Lothar Lend wies auf die umfangreichen juristischen Einspruchs- und Klagemöglichkeiten gegen die Haldenschüttung hin - dies mit dem Hinweis darauf, daß für die Betroffenen politisch „nichts drin" sei.

HTEN

Kommentar

ie Ähnlichkeit zu pensionierten Olymoniken ist unverkennbar: ob CDU, ob DP - jeder will der Erste gewesen sein. enn Theo Ahmann, Heinz Muhs und eter Gengenbach sich streiten, wer ch denn nun bei der Haldenplanntdeckung als Erster, Allererster oder vielleicht doch nur als Zweitrster? - qualifiziert hat, steigt den nwesenden Bürgern verständlicherweise die Wutröte ins Gesicht. Sie rchten um ihre Gesundheit, haben ngst vor Haldendreck und Dauerlärm. er Eitelkeits-Wettlauf der beiden Minerheitsfraktionen hilft ihnen da benso wenig wie das offen demonrierte Desinteresse der Herren Sozial-

Die Taktik der hiesigen Politiker ist nur zu leicht durchschaubar: reden, reden, reden, im Rat stundenlange Wortgefechte inszenieren, dabei mit heroischen Gebärden und deftigen Zwischenrufen glänzen, Mitglieder und Betroffene durch die beständige Wiederholung immer gleicher Grundsätze langweilen ... kurzum, man will dem vielzitierten Normalbürger die Lust am Haldenthema mit jedem Tag ein Stückchen mehr verleiden.

Möglicher, fataler Ausgang des Trauerspiels: bis zum Ende des Wonnemonats löst das Stichwort „Halde" in der Bürgerschaft allenfalls noch Gähn-Anfälle aus. Niemand kann das unermüdlich heruntergeleierte Für und Wider noch ertragen.

Die Ermüdungsanzeichen sind schon jetzt unübersehbar - das geben selbst BI-Vertreter offen zu. Der Strom Interessierter läßt immer mehr nach. Noch sind einige Monate Zeit zum Gegensteuern - die Anwendung von Feiern und Luftballons wäre hier nicht ehrenrührig.

Robert Klose

Zitate

„Sie haben mich eben von verschiedenen Seiten angegriffen. Das bin ich gewohnt und ich werde immer ein Rebell bleiben."

(FDP-Ratsherr Peter Gengenbach bei der Versammlung der Bürgerinitiative)

„Für das, was sich heute hier versammelt als Bürgerinitiative, glaube ich, für mich Urheberrechte beanspruchen zu können."

(CDU-Ratsherr Theo Ahmann bei der BI-Sitzung. Die Anwesenden reagierten mit Mißfallens-Kundgebungen.)

Versuchsprojekt in Gelsenkirchen HA 3.2.81

DGB: Aus Bergehalden könnten Bauberge werden

Kreisvorstand findet Modellösung „beispielhaft" HA 3/2.81

GELSENKIRCHEN/KREIS. Nach Ansicht des DGB-Kreisvorstandes Recklinghausen bestehen auch für Halden verschiedene Möglichkeiten sinnvoller Nutzung, so beispielsweise für Zwecke der Wohnbebauung und der Anlage von Freizeiteinrichtungen. Anlaß zu dieser Äußerung der Gewerkschafter war der Besuch des DGB-Kreisvorstandes am Bellendorfsweg in Gelsenkirchen-Scholven, wo die Gelsenwasser-AG auf einer 65 Meter hohen Bergehalde einen Trinkwasserbehälter mit einem Fassungsvermögen von 36 000 Kubikmetern baut. Das in Form und Konstruktion bisher einmalige Halden-Bauprojekt reicht aus, um eine Stadt mit 250 000 Einwohnern einen Tag lang mit Wasser zu versorgen.

Die Gewerkschaftsvertreter waren sich im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Gelsenwasser-AG, Dr. Benno Weimann, einig, daß eine derartige Lösung modellhaft auch für andere Haldennutzungen sein könnte. Nach seiner Fertigstellung wird der Wasserspeicher um 30 Meter mit Haldenmaterial überschüttet und anschließend begrünt.

Nach gemeinsamer Auffassung von Dr. Weimann und dem DGB-Kreisvorstand sollte die Haldenkonzeption dahingehend weiterentwikkelt werden, daß das Bergematerial breitflächiger und weniger hoch angeschüttet wird. IGBE-Bezirksleiter Ruhr/Nord, Karl-Heinz Allekotte, stimmte Dr. Weimann in seiner Auffassung zu, daß so aus dem scheinbaren Verlust an Grund und Boden ein landschaftlicher Gewinn in Form von „Baubergen" entstehen könnte.

Nr. 28 / Dienstag, 3. Februar 1981

Nach Anhörung in Gelsenkirchen

Eine Lösung für das Halden-Problem auf Landesebene?

Landrat Marmulla gegen Lösung durch Landesplan

GELSENKIRCHEN. In der SPD-Landtagsfraktion formieren sich Kräfte, die die Kompetenz in der umstrittenen Haldenfrage von der Ebene des Bezirksplanungsrates und des Regierungspräsidenten auf Landesebene „hochzonen" wollen. Das ergab eine Anhörung, die der Arbeitskreis „Landesplanung und Verwaltungsreform" der SPD-Fraktion in Gelsenkirchen vornahm. Wie Landrat Marmulla, der mit mehreren anderen SPD-Politikern aus dem Kreis an der Tagung teilgenommen hat — unserer Zeitung erklärte, sei es zu keiner Abstimmung gekommen. Man könne darum nicht sagen, daß die Mehrheit der SPD-Politiker für eine Kompetenzverlagerung auf die Ebene der Landesregierung sei.

Nach Auffassung des Landrats ist es politisch unsinnig, dem Bezirksplanungsrat die Aufgabe zu entziehen. Marmulla: „Welche Alternativen wären denn eigentlich zu erwarten, wenn nun die Frage der Haldenstandorte im Rahmen eines Landes-

[illegible] Landtag eingebracht.

SPD-Unterbezirksvorsitzender Niggemeier zieht Zwischenbilanz 29.1.81

Was sind die Folgen der totalen Ablehnung von Haldenstandorten?

Diskussion wurde zuletzt ohne politische Zusammenhänge geführt

KREIS. „Den Kommunalpolitikern im Kreis Recklinghausen ist ein Kompliment zu machen: Sie haben versucht, trotz teilweise aufgeheizter Emotionen die Bergehaldenfrage auf sachlich begründbare Entscheidungsebenenen zu heben. Daß dies jedoch nicht voll gelingen konnte, liegt an der unangemessenen Einseitigkeit, von der die Diskussion über das Bergehaldenproblem in der Öffentlichkeit letztlich beherrscht wurde." Dies stellt der SPD-Unterbezirksvorsitzende Horst Niggemeier in einer Zwischenbilanz zu diesem Themea fest, nachdem in den meisten der vom Haldenkonzept des Regierungspräsidenten erfaßten Städte keine oder kaum Neigungen für eben dieses Konzept zur Lösung der Bergeentsorgung erkennbar wurden.

„Ich habe Verständnis dafür, wenn die unmittelbar betroffenen Bürger sich durch ihren Widerspruch vor bisher nicht vorhandenen Erschwernissen schützen wollen — doch ist das nur die eine Seite der Medaille", meint Horst Niggemeier. Er fügt hinzu: „Die andere Seite der Medaille ist in der Diskussion jedoch zu kurz gekommen. Dies haben mir insbesondere viele Bergleute als unmittelbar Betroffene in Gesprächen bestätigt. Da gibt es nämlich den gravierenden Mangel, daß den Bürgern nicht in ausreichender Weise die Zusammenhänge von Energiesicherung, Kohle-Vorrang-Politik, regionaler Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen und Kostenüberlegungen im Hinblick auf die Bergeentsorgung deutlich genug aufgezeigt worden sind. So mußte es hier zwangsläufig an einem objektiven Abwägungsprozeß zwischen all den vorgenannten Problemen fehlen."

Niggemeier fährt in seiner Stellungnahme fort: „Die Maximallösung im Interesse einer unberührten Umwelt ist zweifellos die totale Ablehnung aller Haldenstandorte. Dann muß allerdings auch gesagt werden, daß dies den totalen Verzicht auf die energiesichernde Kohle-Vorrang-Politik mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeutet:

- Höhere Einfuhren des unsicheren Öls zu teuren Preisen mit gleichzeitig steigender politischer Abhängigkeit.
- ein verstärkter Ausbau der Kernenergie,
- die Schwächung der regionalen Wirtschaftskraft durch zurückgehenden Bergbau und
- sehr wahrscheinlich dann auch der Verlust von Arbeitsplätzen im Bergbau und seiner Zulieferindustrie."

Nach Meinung des SPD-Unterbezirksvorsitzenden Horst Niggemeier besteht „aller Anlaß, solche Denkmodelle in der öffentlichen Diskussion nicht zu verdrängen, sondern auch sie unmißverständlich anzusprechen."

Allerdings sieht Horst Niggemeier die Ursache des unausgewogenen Diskussionsverlaufes über das Bergehaldenkonzept in der bisher praktizierten Methode angelegt: „Wer — wie der Regierungspräsident es getan hat — einen Plan vorlegt, der nicht nur den Verdacht auslöst, daß er sich offenkundig an den Maximalvorstellungen des Bergbaus orientiert, sondern zudem noch auf eine Bürgerschaft trifft, der die gesamtpolitischen Zusammenhänge vorher nicht deutlich gemacht wurden, darf sich über die nun eingetretenen Reaktionen nicht wundern. Wenn die Methode der Problemdarstellung ausgereifter gewesen wäre, dann wäre die Diskussion zwar immer noch schwierig genug gewesen, aber es hätte nicht diese letztlich verhängnisvolle Einseitigkeit in der Meinungbildung gegeben."

„Ich kann diese Entwicklung nur bedauern", erklärt Niggemeier, „denn sie hat unnötigerweise viel Vertrauenssubstanz gekostet. Ob wir wollen oder nicht: Alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Behörden sind dazu verdammt, aus ihrer gesamtpolitischen Verantwortung heraus kompromißfähige Vorschläge zur Lösung des Haldenproblems zu finden. Das auch dann, wenn nicht alle Bürgerwünsche bis ins letzte Detail berücksichtigt werden können. Ein glattes Nein zu Haldenstandorten ist ein tragisches Ja zur weiteren Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in unserer Region. Das muß man wissen."

...wünschte undenkbar wäre.

Fraktion beklagt Mangelzustand

CDU fordert: „Keine Bergehalden für ortsfremde Anlagen"

HA
30.1
81

„Untätigkeit oder Unfähigkeit der Verwaltung"

HERTEN. Im Anschluß an die erregten Ratsdebatten zum Thema „Bergehalde" gab die CDU-Fraktion folgende Erklärung ab, in der sie die Schüttung jeder neuen Halde ablehnt.

„Der Stadtverband der CDU in Herten sowie die Fraktion der CDU im Rat der Stadt Herten lehnen das Konzept des Regierungspräsidenten Münster vom Mai 1980 Rahmenkonzept für Bergehalden im Regierungsbezirk Münster hiermit ab. Dieses ergibt sich aus folgendem:

- Es gibt keine ausreichende Begründung für den Standort Herten.
- Es fehlen bis heute überprüfbare Aussagen über die Untersuchung alternativer Haldenstandorte.
- Die Hertener Schachtanlagen sind durch die genehmigten Halden bis zum Jahre 2000 annähernd entsorgt.
- Die CDU ist im Interesse der Bevölkerung nicht bereit, Bergehalden für ortsfremde Schachtanlagen zuzulassen. In Herten, der zweitkleinsten Stadt des Kreises, werden schon jetzt 40% des im Großkreis Recklinghausen anfallenden Bergematerials geschüttet.
- Für die Bergehalden ist ein echtes überregionales Konzept zu entwikkeln, das die Belastungen durch den Bergbau gerecht verteilt.
- Gemäß dem einstimmigen Ratsbeschluß aus 1978 verträgt die Stadt Herten keine weiteren Umweltbelastungen mehr. Aufgrund der Vorbelastungen dieses Raumes sind gesundheitliche Schäden der Bevölkerung nicht auszuschließen. Die Gesundheit unserer Bürger hat Vorrang vor wirtschaftspolitischen Überlegungen.
- Die Belästigungen innerhalb unseres Stadtgebietes durch den Haldentransport sind schon jetzt unerträglich. Bei noch größeren Haldenmengen wird auch der Schienentransport erhebliche Belästigungen bringen.
- 8 Monate sind seit Vorlage des Haldenkonzeptes in nutzlosem Hin- und Hergeschiebe der Probleme verstrichen. Wiederholte parlamentarische Initiativen, fruchtlose Gespräche mit den am Bergehaldenkonzept Beteiligten, vergebliche Forderungen nach sachgerechten Gutachten (durch parlamentarische Entschließungen abgesichert) lassen der CDU-Fraktion keine andere Entscheidungsmöglichkeit.
- Schon jetzt ist nach dem Ergebnis der Bürgerversammlung und der erneuten Anfrage der CDU-Fraktion abzusehen, daß dieser Mangelzustand fristgemäß nicht beseitigt werden kann.
- Es ist nicht Aufgabe der Fraktionen, die Untätigkeit (oder Unfähigkeit) der Verwaltung durch eigene Haldenkonzeptionen zu ersetzen, die zwangsläufig laienhaft sein müssen. Auch sogenannte Landschaftsbauwerke können Verträglichkeitsuntersuchungen nicht erübrigen."

Vergleichskampf mit Handorfern

Herten. Zu einem Vergleichskampf trifft sich die ABSG mit ihrem Paten-Panzerbataillon 194/3 aus Münster-Handorf. Die Münsteraner Abordnung trifft am Samstag um 14.30 Uhr im Lokal „Busch" ein. Dort beginnen auch eine Stunde später die Wettkämpfe der Disziplinen Luftgewehr und Luftpistole. Das Schießen der Gattung Kleinkaliber wird in Stuckenbusch

CDU wirft der Verwaltung vor: Ratsauftrag nicht durchgeführt

30. 1. 81

Wolff: „Einlassungen des Stadtdirektors immer verwirrter"

HERTEN. (sp) Massive Kritik übte die CDU-Fraktion an der Antwort der Verwaltung auf ihre Anfrage zu den Haldengutachten (sh. „Keine Gutachten"). Fraktionsvorsitzender Josef Surmann warf dem Stadtdirektor vor, er habe den eindeutigen Ratsbeschluß vom September letzten Jahres, die notwendigen Gutachten vor Beratung einer Stellungnahme zum Haldenkonzept des Regierungspräsidenten einzuholen, nicht durchgeführt. Stattdessen überlasse man schlicht dem Bergbau das Feld und verlasse sich in dieser Frage auf den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), zu dem das Vertrauen durch die Vorgänge um das Rohstoffrückgewinnungs-Zentrum Ruhr (RZR) arg erschüttert worden sei. „Da muß es umso mehr auffallen, daß die Aufträge des Bergbaus für Gutachten just an dem Tag abgeschickt wurden, als unsere Anfrage bekannt war und seltsamerweise nicht einmal unterzeichnen sind."

Stadtdirektor Heinz Pickmann betonte, nicht die Stadt, sondern der Regierungspräsident sei aufgefordert, Gutachten erstellen zu lassen.

Außerdem sei er „zutiefst überzeugt", daß die Stadt keine Gutachten in Auftrag geben könne, solange man sich im Rat über die gewünschte Menge und Fläche nicht schlüssig sei. „Ihr Einlassungen zu diesem Problem werden immer verwirrter," konterte Ingo Wolff (CDU). Die Stadt habe das Konzept lediglich daraufhin zu untersuchen, ob es im Interesse der Stadt sei. „Das allein ist unsere Sache, und nicht, was für den Bergbau gut ist." Daher müsse die Stadt Gutachten über die Umweltverträglichkeit in Auftrag geben, und sich nicht auf die Bergbau-Gutachten verlassen. „Seit acht Monaten hören wir von Ihnen in dieser Frage nichts als Worte," behauptete Wolff und fügte nach dem erregten Zwischenruf von Stadtdirektor Pickmann „Beweisen Sie mir, wann ich nicht für die Stadt-Interessen gearbeitet habe" noch hinzu „In dieser Frage dauernd".

Die SPD stellte sich hinter den Stadtdirektor, der sich empört gegen die Unterstellung wehrte, er sei „Statthalter des Bergbaus". Karl Steinhart: „Wenn hier jemand Schläge verdient hätte, dann der Regierungspräsident und nicht die Verwaltung. Er hat schließlich ein unvollständiges Konzept vorgelegt." Für Siegfried Hoyer geht die ganze Konfusion von der CDU aus. Außer einer Untersuchung über die Form der Halde sollte die Stadt seiner Ansicht nach keine Gutachten in Auftrag geben. Er sagte auch gleich dazu, warum: „ Ohne Gutachten und Alternativen haben wir einen guten Grund, Nein zu sagen."

Auf den Vorwurf, der Ratsbeschluß sei nicht durchgeführt worden, wurde mit keinem Wort eingegangen.

„Keine Gutachten"

Herten. Die CDU-Ratsfraktion hatte gefragt, Stadtbaurat Horst Günther hatte für die Verwaltung zu antworten. In einem mehr als drei Seiten umfassenden Erklärungstext nahm er bei der letzten Ratssitzung Stellung zu Anfragen der Christdemokraten, wie denn der aktuelle Stand bei der Auftragsvergabe für Gutachten zur Verträglichkeit der Großhalde in Herten Süd sei. Die umfangreichen Ausführungen enthalten unter anderem die Empfehlung, in Zusammenhang mit der Überarbeitung des Rahmenkonzeptes sollten „die Planung absichernde Gutachten erstellt werden."

Zunächst wird auf die kleine Anfrage im Landtag verwiesen, die dessen Abgeordnete Wessel, Pardon und Netta im Dezember des Vorjahres stellten. Ihrer Antwort war, so die Verwaltung, zu entnehmen, daß der Münsteraner Regierungspräsident beim Deutschen Wetterdienst ein Gutachten über klimatische Verhältnisse in Teilen „seines" Bezirkes in Auftrag gegeben habe. In ihm werde auch auf mögliche Auswirkungen von Bergehalden eingegangen.

Wörtlich heißt es: „Die Verwaltung hat zur Zeit nicht die Absicht, Gutachten erstellen zu lassen."

Folgende Gründe werden genannt:

Gegenwärtig wird bei der Bezirksplanungsbehörde in Münster ein „Gebietsentwicklungsplan — Teilabschnitt nördliches Ruhrgebiet" — erarbeitet, der den zur Zeit gültigen „Gebietsentwicklungsplan 1966 für das Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk" in einem Teilbereich ersetzen soll.

Das vom Regierungspräsidenten Münster vorgelegte „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster" soll als Ausgangsbasis für diesen Sachbereich der Erarbeitung des Gebietsentwicklungsplanes zugrunde gelegt werden. Es stellt somit eine wesentliche Grundlage für die im Gebietsentwicklungsplan beabsichtigte Darstellung entsprechender „Bereiche für Aufschüttungen" dar."

Verantwortlich für die Haldenplanung, darauf weist die Verwaltung ausdrücklich hin, sei der Regierungspräsident. Er habe seine Vorhaben mit den betroffenen Gemeinden lediglich abzustimmen. Hieraus die Schlußfolgerung:

Werden zur Begründung und Absicherung der in Aussicht genommenen Standorte für Aufhaldungen Gutachten für notwendig gehalten, dann hat nicht die Kommune, sondern der für die Planung verantwortliche Regierungspräsident Münster gutachtliche Stellungnahmen einzuholen. Mit dem Hinweis auf Zweck und Inhalt des Rahmenkonzeptes hält jedoch der Regierungspräsident zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Erstellung spezieller Gutachten für nicht erforderlich. Über die Beweggründe, Ergebnisse und Auswirkungen seiner Planung will der Regierungspräsident eine allen zugängliche Informationsschrift verfassen. Wann diese Informationsschrift vorliegen wird, ist der Verwaltung nicht bekannt.

Die Verwaltung, so Günther, habe sich bemüht, den notwendigen Fortgang der Planung zu bestimmen und durchsichtig zu machen. So sei von ihr die Bitte an den RP getragen worden, der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung einen Auftrag zu erteilen, einen Prüfkatalog für die Bewertung einzelner Standorte für Bergehalden zu entwickeln. Der Regierungspräsident wiederum habe eben dieser Anstalt bereits im November unter folgender Fragestellung einen Auftrag erteilt: „Welche Prüfungen bzw. gutachtliche Stellungnahmen zu den jeweiligen Haldenerweiterungen oder Haldenstandorten halten Sie zu welchem Zeitpunkt unter Berücksichtigung der von Ihnen zu vertretenden Belange für erforderlich?"

Der von der Landesanstalt entwickelte Katalog landschaftsökologischer Kriterien sei der Stadt bereits übergeben worden. Der RP vertrete die Ansicht, daß ein Teil der Kriterien schon im Regionalplanverfahren (und nicht erst im Betriebsplanverfahren) zu berücksichtigen sei. Weiterhin weist die Verwaltung darauf hin, daß — auch aufgrund der Bürgeranhörung — die Überzeugung entstanden sei, Rahmenkonzept, Standortkriterien und Schüttmengen seien zu überarbeiten.

Weiter heißt es:

„Um nach Kriterien für eine landschaftsgerechte Gestaltung den Umfang der möglichen Schüttmengen zahlenmäßig erfassen zu können, werden zur Zeit vom am Verfahren zur Aufstellung des Rahmenkonzepts beteiligten Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), dem gesetzlich die Aufgabe übertragen worden ist, im Ruhrgebiet die Grün-, Wald- und sonstigen von der Bebauung freizuhaltenden Flächen mit überörtlicher Bedeutung für die Erholung und zur Erhaltung eines ausgewogenen Naturhaushaltes zu sichern, Modelluntersuchungen unter den Gesichtspunkten der Landschaftspflege und -sanierung durchgeführt. Es wird davon ausgegangen, daß die Ergebnisse dieser Untersuchungen in nächster Zeit vorliegen werden.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und die bisher gewonnenen Erkenntnisse sollten nach Meinung der Verwaltung ausreichen, um innerhalb einer Stellungnahme der Stadt Herten zum „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster" — grundsätzliche Aussagen zum vorgesehenen Haldenstandort in Herten und zur Bandbreite der Schüttmengen auf der in Aussicht genommenen Fläche unter Gesichtspunkten des Landschaftsbaus zu treffen. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Rahmenkonzeptes und der damit einhergehenden Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes sollten dann auf Veranlassung des Regierungspräsidenten die Planung absichernde Gutachten erstellt werden. Denn bevor im Gebietsentwicklungsplan konkret „Flächen für Aufschüttungen" festgelegt werden, müssen Standorte und Schüttvorhaben auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft worden sein."

Um dieser Ansicht Nachdruck zu verleihen, ist der Regierungspräsident aufzufordern, mit dem Entwurf des Gebietsentwicklungsplans auch die Gutachten zur Bergehalden-Planung vorzulegen, um den an der Planung Beteiligten Gelegenheit zu geben, dann innerhalb des förmlichen Verfahrens Bedenken und Anregungen zur Planung vorzubringen. Sollten in diesem Zusammenhang ergänzende Gutachten oder Gegengutachten erforderlich werden, wird die Verwaltung dem Parlament geeignete Gutachter für eine Beauftragung vorschlagen.

Die Verwaltung wird bemüht sein, bereits im März 1981 dem Rat der Stadt den Entwurf einer Stellungnahme der Stadt Herten zum „Rahmenkonzept für Bergehalden — Regierungsbezirk Münster" zur frühzeitigen Beratung vorzulegen."

Leser sagen ihre Meinung

„Ohne Zorn, mit Eifer . . ."

HERTEN. Ein „Hertener Ha(e)l-endramaratespiel" hat Pfarrer Erhard Kuhn verfaßt. Es trägt den Untertitel „sine ira, sed cum studio" (zu deutsch: „Ohne Zorn, aber mit Eifer"). Die Stellungnahme des Geistlichen ist mit dem Zitat überschrieben: „Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!". Der weitere Wortlaut:

Hertens „Zauberlehrlinge", nachdem sie die „Gunst der Stunde nutzend die Halde uns bescheren wollen, sehen beklommenen Herzens, wie die Gebirge im Süden wachsen und wachsen. Jedem Lastwagen klaffen sie im Geiste nach: „Ach, er läuft und bringt behende".

Wie war es noch in Köln mit den „Heinzelmännchen?" Die Meister schliefen und das Werk gedieh. - In Herten ist es noch schöner. Wundersam wird Halde auf Halde, Tonne auf Tonne gehäuft — zum Kampf der Wagen und Gesänge, der auf Hertens Haldenenge der Zechen Abraum all vereint. —" „Wer zählt die Firmen, nennt die Namen, die ums Geld hier zusammenkamen!"

Während mühsam sich die Väter der Stadt den Schlaf aus den Augen vertreibend der Halde sich — vielleicht und sehr vorsichtig — entgegenstellen wollen — manche schlafen gar noch immer? (wie einst zu Köln), ertönt aus dem Radio der Haldenlaster mit schönem Schwung Großmutters Piano-Hit: „Heinzelmännchens Wachtparade".

„Doch Freunde, nicht diese Töne!" — „Freudenvollere" hört man im Hause der Haldenplaner. Übt doch im Untergeschoß schon das Knappenorchester mit Chor zur feierlichen Betriebsplaneröffnung: „Glück auf, die Halde kommt!" Zwar sollen die beiden großen „Sargdeckelhalden" — man beobachte die herrliche Symmetrie der Bauten — fast wie natürlich gewachsen! — nicht mit den Namen der verantwortlichen Planer bezeichnet werden, doch jeder wichtige Mann bekommt ein Schild, das auch noch nach der Pensionierung ins Wohnzimmer gehört: „Nun, o Unsterblichkeit, bist du ganz mein" — der Prinz von Homburg und Kleist mögen darin keinen Affront gegen Preußen erblicken! —

Das ist nicht „Lützows wilde verwegene Jagd", sondern ganz einfach „Heinzelmännchens Machtparade"! Der Tropfen Bitternis in dem vollen Becher ist die Tatsache, daß der Entwurf des Gedenkschildes aus der gleichen Abteilung kommt, welche vor der Halde in großen Lettern verkündet, daß „400 Bäume und Sträucher gestohlen" worden seien (von der Bevölkerung?) — „Heinzelmännchens Nachtparade!"

Im Ruhrfestspielhaus soll kürzlich H. v. Karajan — ganz geheim — mit Mitgliedern des hiesigen Haldenensembles Arien aus der „Zauberflöte" geübt haben. „Dies Bildnis ist bezaubernd schön" — Dabei soll man dem Tamino ein Amulett mit dem Haldenplan gegeben haben. — Karajan: Die Herren waren mit Hingabe bei der Sache — nur die Stimmen! Dieses uneindeutige Gemisch von SPD/CDU/FDP ist schmerzlich — auch der „Leid(t)antrag" vermag nichts zu retten!

Karajan ist inzwischen abgereist. Er trauert der Gage nach, die — man darf es wohl annehmen — aus Subventionen bezahlt worden wäre.

Der Schreiber dieser Zeilen weiß, daß die zitierten Dichter und Komponisten Sinn für Humor hatten

Er hofft, daß die hier Angesprochenen, am Hae)ldendrama Beteiligten ebenfalls mit dieser schönen Gabe gesegnet sind; denn ohne diese wäre es unerträglich, daß man so schwer in dieser ganzen Angelegenheit auf einen für alle erträglichen Nenner kommt. Vielleicht geht der eine oder andere einmal den Zitaten und literarischen Anklängen nach — eine gute Freizeitbeschäftigung."

„Unvermögen der Fachleute"

HERTEN. Zum Thema „Umweltbelastungen durch die geplante Großhalde" schreibt Dr. Arkadi Junold von der Süder Bürgerinitiative:

„Der Luftreinhalteplan des Landesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW beschreibt den Ist-Zustand hinsichtlich gesundheitsschädigender Immissionen.

Für den Kreis Recklinghausen ergeben sich Daten, die zu Besorgnis Anlaß geben. So ist die Belastung durch SO_2 mit einem Wert von 0,14 mg pro Kubikmeter Luft an der obersten Grenze des Zulässigen. Der CO-Hb-Gehalt des Blutes liegt mit 4,3% deutlich über der zulässigen Norm von 2,4%. Der Luftreinhalteplan weist Recklinghausen als einzigen Ort im Ruhrgebiet aus, bei dem zu hoher Bleimengen im Blut Neugeborener gefunden worden sind. Die Tatsache, daß die Bronchitishäufigkeit in Recklinghausen nahezu 50% über den entsprechenden Zahlen für Bochum liegt, ist auf die oben erwähnten Belastungen zurückzuführen.

Zweifelsohne handelt es sich bei den in Recklinghausen gemessenen Werten um für den Kreis repräsentative Durchschnittswerte. Wieviel ungünstier die Situation im Hertener Süden ist, sei nur an den hier gemessenen SO_2-Werten dargestellt, die 0,8 mg/cbm Luft (Haldenplan der Stadt Herten S50) betragen. Dies entspricht nahezu dem 6fachen der zulässigen Höchstmenge.

Während das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales aus den vorliegenden Untersuchungen zu der Überzeugung gelangt: „Die wichtigste Konsequenz im Rahmen dieses Planes muß daher sein, alle Verunreinigung mit Einfluß auf die Atemwege vorrangig zu vermindern" (s. Seite 14 Luftreihalteplan), plant die örtliche Bezirksregierung (mit Zustimmung der Mehrheitsfraktion der Stadt Herten?) neue Belastungen für unsere Stadt. Neben der geplanten Großhalde stehen das RZR, der Transport des Bergematerials sowie des Mülls und der Verlust an sauerstoffspeichernder Waldfläche ins Hertener Haus.

Der Bürger ist beunruhigt über den Jetzt-Zustand, über die auf uns zukommenden Belastungen, vor allen aber über das Unvermögen der Fachleute, letztere jetzt oder in absehbarer Zeit in ihren Wirkungen abschätzen zu können. Dieses Unvermögen wurde in der krassesten Weise bei der Bürgeranhörung am 16. 1. 1981 seitens der zahlreich angereisten Fachleute in seltener Offenheit eingestanden.

Die Bürger Hertens müssen von den Vertretern unserer Stadt fordern, unabwägbare Wagnisse und unabsehbaren Schaden von der Stadt fernzuhalten."

Saisonabschluß der Rollsportler

Herten. Die Rollsportabteilung der Spvgg. Herten richtet am Samstagabend im Vereinslokal „Kuriger Hof" ihr diesjähriges Saisonabschlußfest aus. Eingeladen zu der Fete sind alle Mitglieder und Freunde des Hertener Rollsports.

WAZ 30.1.81

Bergehaldenkonzept

Bohrende CDU-Fragen an den Bürgermeister

Prüfung der Umweltverträglichkeit dringlich

Nachdem die Einwohnerversammlung zum Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten nach Ansicht der CDU-Ratsfraktion „erneut erhebliche Zweifel an einer ordnungsgemäßen Vorbereitung der Entscheidung des Rates über das Bergehaldenkonzept" entstehen ließ, wendet sich die CDU nun mit einem Fragenkatalog an den Bürgermeister.

Wissen wollen die Christdemokraten erst einmal, „welche Gutachten über die Verträglichkeit der Großhalde zur Vorbereitung der Stellungnahme des Rates über das Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten in Auftrag gegeben worden sind."

Die CDU fragt weiter nach Fragenstellung, Durchführung und Terminierung der Gutachten. Insbesondere interessiert die Christdemokraten, ob die Gutachten „die in Herten bereits vorliegende Umweltbelastung durch das erweiterte RZR in Herten-Süd" berücksichtigen.

Die CDU-Fraktion betont vor allem die Dringlichkeit der Anfrage: „Ist die Verwaltung der Auffassung, daß bis Ende Mai 1981 ausreichende Untersuchungsergebnisse vorliegen, um den Rat in die Lage zu versetzen, eine verantwortbare Entscheidung über die Großhalde in Herten-Süd unter Wahrung der Umweltverträglichkeit und der Gesundheit der Hertener Bevölkerung treffen zu können?"

Neuer Verband schützt Natur

Bergehalden und feuchte Gebiete

Einen Vorstand gibt es (noch) nicht, dafür fungiert der Waltroper Günter Utsch bis zur satzungsgemäßen Konstitution — voraussichtlich bis nach den Sommerferien — als Sprecher des Kreisverbandes im „Bund für Natur- und Umweltschutz", der am Mittwochabend in Recklinghausen gegründet wurde.

„Wir wollen nicht als Konkurrenzunternehmen zu bestehenden Organisationen auftreten", betont Günter Utsch im WAZ-Gespräch. Es gehe vielmehr darum, mit anderen Natur- und Umweltschutzvereinen zu kooperieren, „damit möglichst flächendeckend gearbeitet werden kann."

Flächendeckend soll und will der „Bund" in absehbarer Zeit auch allein auftreten, nicht zuletzt, um als „Träger öffentlicher Belange" anerkannt zu werden und somit bei kommunalen Vorhaben mitreden zu können.

Auf Kreisebene, so schwebt es dem neugewählten Sprecher vor, will man zunächst geographische Schwerpunkte im Raum Haltern-Marl-Dorsten setzen, „weil hier die meisten Mitglieder herkommen". Inhaltlich dreht sich die zukünftige Arbeit unter anderem um „Bergehalden" und „Feuchtgebiete".

Kohle bedroht Wasservorräte

Volle Aufmerksamkeit gefordert

(ezn) Gesprächsstoff für die nächsten 20 Jahre nahmen sich die Mitglieder im Kreis-Bauausschuß gestern zur Brust: Die Wasserversorgung bis zur Jahrtausendwende. Trotz kontroverser Auffassungen über die Sicherheit der Bedarfsdeckung besteht in einem absolute Einigkeit: Dem lebenswichtigen Naß gebührt die volle Aufmerksamkeit.

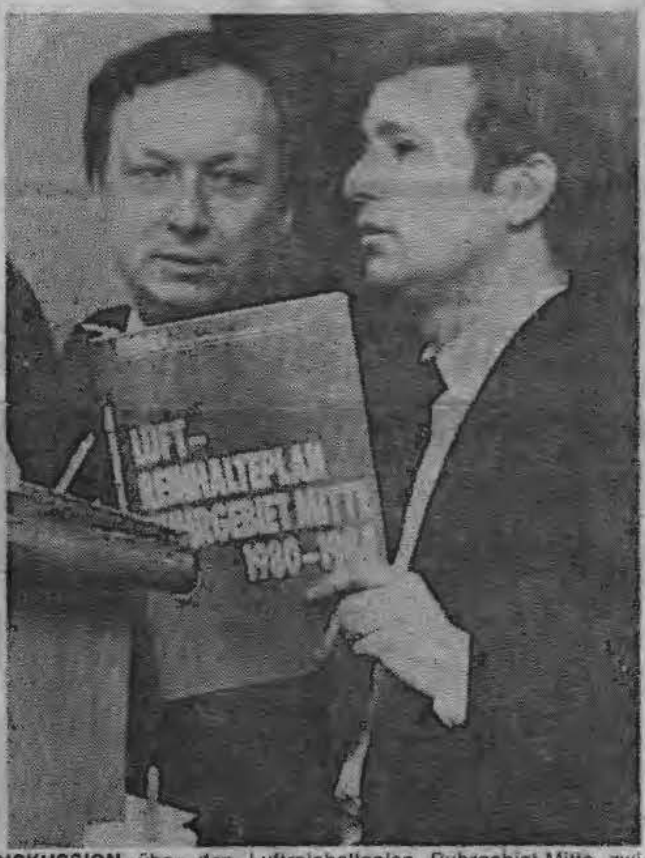
Ausgehend von einem Bericht des Regierungspräsidenten Münster hob Castrops Hans Ettrich mahnend den Finger. Der Wasservorrat in und um Haltern könne möglicherweise den Bedarf von Mensch und Industrie im Jahr 2000 nicht mehr befriedigen.

Vor dem Bau von Kraftwerken im Kreis müsse deren Wasserbedarf exakt geprüft werden. Auch gesteigerte Kohleförderung koste immense Mengen vom wertvollen Naß. Sorge bereiten Ettrich auch die seiner Ansicht nach gefährlichen Auswirkungen von Bergsenkungen auf das Grundwassersystem. Für ihn steht fest: Das Wasserproblem ist kritischer als alles andere zusammen."

Dorstens Bürgermeistr Lampen warnte vor einer Dramatisierung der Lage. Er fragte, ob denn nachteilige Folgen des Kohleabbaus für das Grundwasser überhaupt nachweisbar seien. Für ihn lautet die Kernfrage: Können wir das Streben nach intakter Ökologie um den Preis unsicherer Wasserversorgung verantworten?

Lampen setzt auf die Differenzierung von Trink- und Brauchwasserversorgung. Auch er forderte die Kreisverwaltung auf, Gespräche mit Bergbau und Wasserversorgern aufzunehmen, um die Politiker mit detaillierten Informationen zu beliefern.

WAZ 29.1.82



DISKUSSION über den Luftreinhalteplan Ruhrgebiet-Mitte zwischen dem Leitenden Geschäftsführer der Vestischen Gruppe der IHK, Tillmann Neinhaus, und dem Ministerialdirigenten Prof. Dr. Franz Joseph Dreyhaupt aus dem Düsseldorfer Landesarbeitsministerium.

Plan bringt positive Ergebnisse

Bürger atmen bessere Luft

IHK: Kaum Werte-Überschreitung

Die Luftqualität im Vest Recklinghausen ist besser als ihr Ruf. Darauf macht jetzt die Vestische Gruppe der Industrie- und Handelskammer Münster aufmerksam, nachdem der Luftreinhalteplan „Ruhrgebiet-Mitte" mit zum großen Teil positiven Ergebnissen diskutiert wurde. Dazu der Leitende Geschäftsführer der IHK, Tillmann Neinhaus: „Obwohl der Raum zwischen Essen, Bottrop, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Bochum das am dichtesten besiedelte Gebiet in NRW bildet, ist die Schadstoffbelastung hier keineswegs am höchsten".

Nur bei einem Prozent der Fläche des mittleren Ruhrgebietes habe es bei 21 Schadstoffen Überschreitungen der zulässigen Langzeitwerte lediglich bei drei Stoffen gegeben (Schwefeldioxid, Staubniederschlag und Schwefelwasserstoff). Grenzwertüberschreitungen in der Spitzenbelastung fänden sich auf 2,5 v. H. der Fläche des mittleren Ruhrgebiets für Staubniederschlag und auf 7,2 v. H. der Gesamtfläche für Schwefeldioxid. Auch umfangreiche medizinische Untersuchungen in dieser Region hätten keine gesundals Folge der Luftbelastung ergeben.

Nach Auffassung der IHK sind die verbleibenden Probleme nicht mehr nur typisch für das Ruhrgebiet. Sie würden vielmehr in ähnlicher Weise auch in anderen Ballungsräumen auftreten. Neinhaus: „Aus der Sicht des Reviers und des Kreises Recklinghausen ist zu wünschen, daß andere Landesregierungen jetzt bald auf gleicher Basis Luftreinhaltepläne aufstellen, um konkrete Vergleichsmöglichkeiten zu den übrigen Wirtschafts- und Ballungsräumen zu erhalten." Das könne zur Wettbewerbsfähig-

Zöpel antwortet auf Anfrage:

Konzept klopft Standorte ab

„Alternativen werden untersucht"

Eine kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Werner Kirstein und Lothar Hegemann zum Bergehalden-Konzept beantwortete jetzt für die Landesregierung der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel. Die beiden Abgeordneten hatten wissen wollen, ob wegen der erheblichen Flächen- und Immissionsbelastungen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen seien.

Ob das „Rahmenkonzept für Bergehalden" für den Bürger erkennbare und überzeugende Begründungen für die Haldenstandorte enthalten müsse, hieß es weiter, und die dritte Frage zielte auf das sogenannte „Vorsorgeprinzip", nach dem gravierende negative Auswirkungen durch entsprechende Planung den Bürger erst gar nicht treffen soll.

In der Zöpel-Antwort heißt es u. a., aufgrund einer Absprache zwischen den Regierungspräsidenten in Arnsberg, Düsseldorf und Münster sei vorgesehen, den Raum zwischen den Halden Ewald und Emscherbruch in Herten zum Gesamtkomplex Hoheward zusammenzufassen. Ein „außerordentlich günstiges Verhältnis von Schüttmenge zu Flächeninanspruchnahme" sei neben der Umstellung des bisherigen Lkw-Transportes auf die Schiene wichtigstes Kriterium bei der Wahl dieses Standortes gewesen.

Die Landesregierung sei aber der Auffassung, daß die Sicherung von Standorten für Bergehalden grundsätzlich die Berücksichtigung aller Umweltbelange erfordere. Schädliche Umwelteinwirkungen seien zu vermeiden, soweit dies nach dem Stand der Technik möglich sei.

Im Rahmen der regionalen Auswahl von Haldenstandorten hätten die Bezirksplaner eine große Zahl von alternativen Verkippungsmöglichkeiten untersucht.

HA 28.1.81

Neues Schild

Stehlen die Bürger Bäume an der Hoppenbruchhalde?

Bewohner des Industriegebietes: Schwarzkiefern nie gepflanzt

HERTEN. Seit einigen Tagen steht am Fuß der Hoppenbruchhalde im Hertener Süden ein Schild mit folgender Aufschrift: „In diesem Halden-Vordamm waren zur Begrünung 430 Ilex- und Schwarzkiefern angepflanzt. Diese Bäume wurden gestohlen." Als Unterzeichner dieser Erklärung fungiert „der Leiter des Tagesbetriebes". Einigen Bürgern kommt nun sowohl das Schild als auch der „Wink mit dem Zaunpfahl" in Richtung Diebstahl mehr als merkwürdig vor.

Degenhardt-Domin, Mitglied der „Bürgerinitiative Halde Herten" und im Haldental wohnhaft, erinnert sich da an ganz andere Dinge: „Im August 1979 wurden aufgrund meiner Initiative Herr Krause vom Bergamt und Herr Kersch von der BAG Lippe eingeladen um bei einer Ortsbesichtigung mit den Firmeninhabern des Industriegebietes die Problematik der Huppenbruchhalde zu diskutieren.

Die Themen waren Geräuschbelästigung, Staubentwicklung, Schutzwall. Man einigte sich auf ca. fünf Meter Waldstreifen, dann Anfüllen mit keimfähigem Boden als Vorwall. Dieser Vorwall sollte mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden. Die Bäume sollten verschiedene Größen haben, bis zu 2 Metern. Nach Fertigstellung des Walles sollte ein Weg geschaffen werden, um den Arbeitnehmern des Industriegebietes wieder die Möglichkeit eines Spazierganges in der Mittagspause zu geben.

Der Kippvorgang sollte nur bis 22 Uhr stattfinden. Eine laufende Berieselung der Halde sollte den Staub binden. Zwei Jahre nach dem Gespräch zieht Degenhardt Domin Bilanz und stellt fest: „Erfüllt wurde bis heute nichts. Gekippt wird die ganze Nacht, die Anwohner werden nachts laufend durch Geräusche gestört. Bei trockenem Wetter staubt es in unzumutbarer Weise, weil die Berieselung nicht stattfindet. Geforderte Lärmmessungen fanden bis heute nicht statt. Nach der ersten Anpflanzung von winzigen Bäumchen wurde Herr Kersch von mir darauf aufmerksam gemacht, daß durch Verbiß von Karnickeln der Olex und die anderen Pflanzen eingeben. „Trokkenheit habe ein Übriges getan. Schwarzkiefern seien nie gepflanzt worden. Das könnten die Anwohner des Industriegebietes bestätigen.

Degenhardt Domin sieht die Sache auch noch von einer anderen Seite: „Da sich die Lage in der Haldensache zuspitzt, versucht nun der Bergbau mit Hinweisschuldern das nichteingehaltene Versprechen zu überdecken und den schwarzen Peter nun der angeblich stehlenden Bevölkerung zuzuschieben. Sollte solch ein Verfahren bei der Mammuthalde ähnlich sein, dann: Gute Nacht, Herten!"

Süder CDU:

Es bleibt beim klaren Nein zum Haldenkonzept

HA 26.3.81

Auch Vorstellungen der SPD werden abgelehnt

Herten. Auf seiner letzten Vorstandssitzung beschäftigte sich der OV-Herten Süd unter anderem mit dem Thema „Bergehalden". Der OV-Vorstand stellte fest, daß aufgrund der bisher vorliegenden Aussagen des Bergbaus und der Stadtverwaltung das Nein der CDU zum Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten unverändert bestehen bleibt.

Zum von der SPD vorgelegten Hoyer-Konzept (Halde = Landschaftsbauwert?) vertritt der OV-Herten Süd die Auffassung, daß es grundsätzlich falsch und gefährlich ist, dem Bergbau weitere zusätzliche Flächen zur Haldenaufschüttung in Herten anzubieten.

Der CDU-OV Herten Süd sagt grundsätzlich Nein zu dem SPD-Angebot, weitere Flächen in Herten zur Haldenaufschüttung zuzulassen.

Weiterhin wurden folgende Veranstaltungen und Termine beschlossen:

Am Sonntag, 8. März 1981, führt der OV-Süd eine Bürgerversammlung über das künftige Baugebiet des „Betriebshofes der Vestischen Straßenbahnen" in Herten Süd durch. Hierzu werden Fachleute der Stadtverwaltung zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Am Freitag, 10. April 1981, findet die Jahreshauptversammlung des OV-Süd statt. Hierbei wird der Bundestagsabgeordnete H. W. Schmöle anwesend sein, der auch eine Ehrung der CDU-Jubilare durchführen wird.

Gemeisam mit dem CDU-OV-Mitte wird auch in diesem Jahre wieder eine „Ostereieraktion", ähnlich wie in den letzten Jahren, stattfinden. Im Mai veranstaltet der Ortsverband einen Maigang mit anschließendem Grillabend. Außerdem wird die CDU Herten Süd die Bürger an Info-Ständen im Süder Bereich über die aktuellen kommunalpolitischen Themen informieren.

Freidemokraten wollen sparen

Parteitags-Resonanz: FDP wehrt sich gegen „utopische Denkmäler"

HA 24/25.

Problemfeld Kindergarten-Finanzierung / Haldenstreit

HERTEN. (rkl) Es gab viel zu besprechen: Die Haltung der kleinsten Ratsfraktion bei den anstehenden Etat-Beratungen, ihre Stellungnahme zur noch nicht beschlossenen oder abgelehnten Bücherei-Teilverlegung, Bilanzen des abgelaufenen Jahres und immer wieder - ob beim Punkt „Rechenschaftsbericht", „Kreisvorsitzenden-Rede" oder „Aussprache" - die Halde. Einige der 20 FCP-Stadtparteitages-Teilnehmer lieferten sich leidenschaftliche Wortgefechte, bei denen auch die politischen Gegner (in Abwesenheit) mit einer beträchtlichen Portion Polemik bedacht wurden. Peter Gengenbach, seines Zeichens Fraktionsführer, wiederholte seine Ankündigung, er werde aus persönlicher Befangenheit - der Ratsherr ist hauptberuflich bei der Ruhrkohle AG beschäftigt - bei der Ende Mai anstehenden Abstimmung zur Halden-Stellungnahme den Saal verlassen.

Zu Beginn des Parteitages hatte Peter Gengenbach darauf verwiesen, daß er auf Wunsch allenfalls seine ganz persönliche Meinung in Sachen Halde sagen könnte. Er bedaure dies, doch wäre jede offizielle Stellungnahme durch seinen Bergbau-Beruf mitgeprägt - ein leitender Angestellter der Ruhrkohle AG könne sich nicht klar gegen seinen Arbeitgeber aussprechen.

Der Gastredner und Kreisvorsitzende der Liberalen, Peter Eyckmann, ließ die Diskussion zur Halde mit der Bemerkung wieder aufleben, er als Nicht-Fachmann könne nicht verstehen, warum von zwei aus der Erde geholten Tonnen Material nicht eine wieder dort hinuntergebracht werden können.

Eyckmann erinnerte an das grundsätzlich gültige Verursacher-Prinzip in Sachen Umweltgchädigung und räumte ein: „Wenn wir jedes Jahr sechs Milliarden sehr bewußt in den Bergbau pumpen, habe ich politisch überhaupt keine Bedenken, diesen sechs Millionen noch eine hinterherzuwerfen, wenn das der Umweltpolitik nützt."

Wirtschaftlichkeit und Umweltnutzen neuer Abbau-Verfahren im Untertagebetrieb wurden zum Zentralpunkt der weiteren Diskussionen. Der FDP-Stadtverbandsvorsitzende Lothar Lüttge wies dabei wiederholt darauf hin, daß es sicher lohnend sei, das komplexe Thema „Halde" an anderer Stelle ausführlich zur Sprache zu bringen. Peter Gengenbach lud alle Anwesenden zu einer baldigen Gruben-Besichtigungsfahrt ein.

Herbe Kritik hatten die FDP-Aktiven an beide „großen" Ratsfraktionen in Sachen Büchereiverlegung zu vergeben. Äußerte Dieter Jordan abermals sein Befremden angesichts nach Übersiedlung der gesamten Bücherei (wir berichteten) mit gemäßigter Sympathie aufgenommen („Manchmal fällt sogar den CDU-Leuten was ein"). Als Grund für diese Haltung wurden immer wieder die drohenden Kosten genannt - eben diese befürchtete Ausgabenlawine war auch durchgängiger Bestandteil der Kursausblicke vom Fraktions- wie vom Stadtverbandsvorsitzenden.

Die Hertener FDP werde, so Gengenbach, auch in Zukunft gegen utopisch-überzogene Projekte im Stadtgebiet einschreiten. Ein kostenintensives Bürgerhaus gehöre zu diesen „schlichtweg überflüssigen Denkmälern" ebenso wie ein von verschiedenen Seiten gefordertes, multimediales Zentrum.

Die Kostenschere zwischen knapper werdenden öffentlichen Mitteln und steigenden Anforderungen, so der Liberale, werde sich weiter öffnen. So sei für das laufende Jahr ein drastisches „Zurückfahren" der katholischen Kirche bei der Kindergarten-Finanzierung zu erwarten. Die so entstehende Zwangs-Alternative: „Häuser schließen oder aus dem städtischen Haushalt mitfinanzieren", ließe Überlegungen vernünftig erscheinen, die vergleichsweise großzügige Bezuschussung von Sport und Kultur einzuschränken.

Ebenso seien großartige Straßenbau-Projekte im Grundsatz abzulehnen - die FDP-Fraktion hoffe trotz neu einzurichtender Stellen in der Stadtverwaltung auf eine Steigerung der Personalkosten im Haushalt von nicht mehr als einem Prozentpunkt.

Nach einem ebenso wahlkampfreichen wie wechselhaften Jahr 1980 will die FDP - so Eyckmann in seiner Rede „Vertrauen in liberale Politik", nun versuchen, gewonnene Wähler weiter von sich zu überzeugen. Das abgelaufene Jahr bescherte den Liberalen einen leichten Mitglieder-Aufschwung - mit dem Jahresbeginn zählte der Hertener Stadtverband 122 Aktive.

CDU-Prominenz macht die Politik anfaßbar

Fotowettbewerb zum Thema Halde geplant

Der CDU-Stadtverband will im neuen Jahr vor Aktivität „strotzen". Namhafte Bundespolitiker sollen auch Herten kommen, um die CDU-Politik vor Ort „anfaßbar" zu machen. Zum Thema „Halde" soll ein Fotowettbewerb stattfinden. Pressesprecherin Elke Janz: „Der CDU-Stadtverband bleibt bei seinem konsequenten Nein zur derzeitigen Haldenplanung."

In den nächsten Monaten soll an Informationsständen über aktuelle Politik informiert werden. „Bei uns gibt es keine Pause zwischen den Wahlkämpfen", heißt es. Für die CDU Herten sollen in diesem Jahr verbindliche Grundsatzprogramme der Wirtschaftsförderung, Schule und Bauen verabschiedet werden.

In der nächsten Vorstandsitzung am 16. Februar will sich der Stadtverband ausschließlich mit dem Thema „Wohnumfeld-Verbesserung" beschäftigen. Im Jahr der Behinderten ist außerdem vorgesehen sich intensiv mit dem geplanten Landeskrankenhaus im Schloßwald auseinanderzusetzen. Kompetente Referenten werden in Diskussionen mit der Bevölkerung dieses Projekt verdeutlichen.

Der Stadtverband will in einer Zielgruppenarbeit spezielle Themen, die besonders aktuell oder gefragt sind, ansprechen. Elke Janz: „Die Bevölkerung soll hautnah erfahren, welche Vorstellungen in der CDU in bestimmten Fragen bestehen. Außerdem wollen wir noch besser erfahren, was der Mann auf der Straße zu verschiedenen Themen meint."

Neben einer Autorallye soll auch eine Sternfahrt per Fahrrad stattfinden. Anschließend kann man sich bei einem Grillabend stärken. Versteht sich von selbst für die CDU, daß die traditionelle Kinderkirmes und der CDU-Ball wieder auf dem Jahresprogramm stehen.

Lothar Lend kritisiert fehlende Planungshoheit für Superhalde:

WAZ 22.1.81

Selbstverwaltung im Kernbereich zerstört

Einen nach Ansicht der Redaktion gewichtigen Diskussionsbeitrag bei der Bürgerversammlung leistete Lothar Lend, Waldenburger Straße 65. Er verlas eine rechtliche Würdigung, die er gleichzeitig als Bürgerantrag (gemäß Paragraph 6c der Gemeindeordnung) an den Rat der Stadt richtete. Hier der — redaktionell überarbeitete — Wortlaut:

Jedes Ratsmitglied, das an der öffentlichen Diskussion über die Haldenplanung teilnimmt, hat Beruf und Arbeitgeber offenzulegen, damit die Öffentlichkeit anhand dieser zusätzlichen Information besser in der Lage ist, den Diskussionsbeitrag zu würdigen.

Mitwirkungsverbot

Es wird ausdrücklich auf das Mitwirkungsverbot des § 23 Abs. 2 Gemeindeordnung hingewiesen. Danach dürfen Ratsmitglieder, die gegen Entgelt beschäftigt sind, nicht an Abstimmungen und Beratungen des Stadtrates teilnehmen, wenn die zu treffende Entscheidung dem Arbeitgeber einen unmittelbaren Vorteil — hier: neue Haldenstandorte — bringen kann und ein Interessenwiderstreit anzunehmen ist.

Offensichtlich vertritt die Verwaltung die Ansicht, daß der vom Rat zu fassende Beschluß zu dem Rahmenkonzept nicht geeignet ist, der BAG Lippe einen unmittelbaren Vorteil zu bringen. Dieser Vorteil erwachse der BAG Lippe erst aus der Genehmigung des Betriebsplanes. Diese Rechtsansicht teile ich nicht. Unter Berücksichtigung der neuen Rechtsprechung (insbesondere OVG Münster, DVBl 1980, 68 ff) muß man davon auszugehen, daß Befangenheit bereits dann vorliegt, wenn einem Ratsbeschluß eine erhebliche „Vorgreiflichkeit" zukommt, die geeignet ist, zu unmittelbaren Vorteilen zu führen. So gilt das Mitwirkungsverbot nach neuester Rechtssprechung selbst bei der Beschlußfassung über die Änderung eines Flächennutzungsplans, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch der Flächennutzungsplan im Außenverhältnis ebenfalls unverbindlich ist. Nach meiner Auffassung liegt im Einklang mit der neueren Rechtssprechung Befangenheit bei den bei der Ruhrkohle AG bzw der BAG-Lippe tätigen Ratsmitgliedern vor.

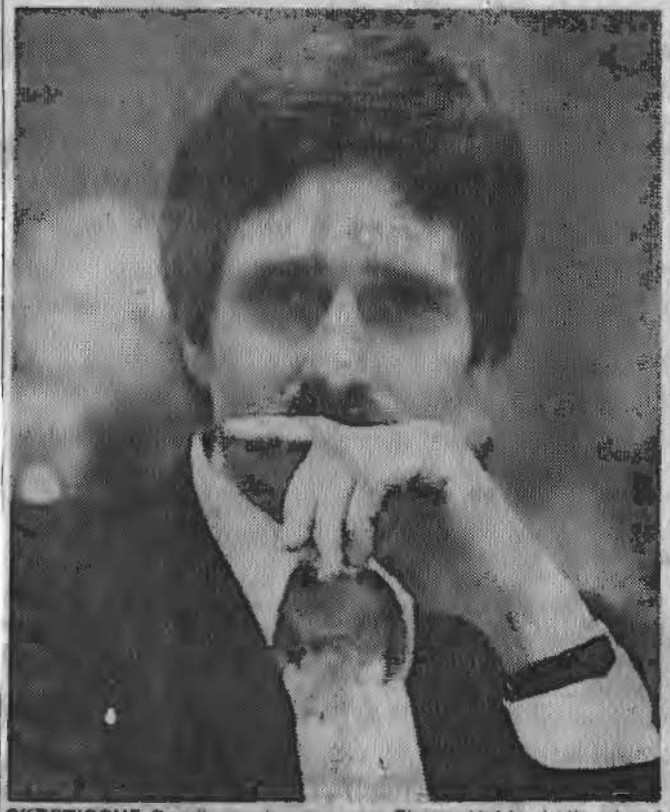
Dementsprechend wird der Rat der Stadt Herten aufgefordert zu beschließen:

- Die bei der Ruhrkohle AG Essen oder deren Betriebsgesellschaften tätigen Ratsmitglieder werden von den Beratungen und der Abstimmung hinsichtlich der Stellungnahme zum Haldenkonzept der Bezirksregierung (gemäß den Paragraphen 30 Abs. 2, Ziff. 4, 23 Abs. 2, Ziff. 1 GO NW) ausgeschlossen.
- Sollten einzelne Ratsmitglieder diesen Ausschluß nicht akzeptieren wollen, so bestünde für sie die Möglichkeit, das Verwaltungsgericht im Kommunalverfassungsstreitverfahren anzurufen!
- Der Rat der Stadt Herten wird aufgefordert, seine Stellungnahme im namentlicher Abstimmung zu beschließen, damit jeder Bürger in der Lage ist, festzustellen, wie sich „sein" Stadtverordneter zu dem Umweltproblem Bergehalden verhalten hat und welche Personen die Zukunft der Stadt Herten in welche Richtung gelenkt haben.

Sollte das Haldenkonzept der Bezirksregierung mit politischen Mitteln nicht zu verhindern sein und in den „Gebietsentwicklungsplan nördliches Ruhrgebiet" einfließen, so wird der Rat der Stadt Herten aufgefordert zu beschließen:

Die Verwaltung wird angewiesen, Verfassungsbeschwerde vor dem VGH Münster wegen Verletzung der Selbstverwaltungsgarantie der Stadt Herten aus Art. 28 Abs. 2 GG zu erheben. Denn: Durch die Regionalplanung wird die Planungshoheit der Stadt Herten bezüglich ihres südlichen Stadtteils vollständig aufgehoben und somit einer der drei Eckpfeiler der Selbstverwaltungsgarantie, die Finanzhoheit, Personalhoheit und Planungshoheit in seinem **Kernbereich** zerstört.

Die Verwaltung wird weiterhin angewiesen zu prüfen, ob wegen der Anpassungspflicht an die Rgionalplanung eine Feststellungsklage hinreichende Aussicht auf Erfolg hätte.



SKEPTISCHE Randbemerkungen zum Thema Halde: Lothar Lend.

Schadenersatz gegen Raubbau

Die Stadt Herten fordere ich auf, Schadenersatzansprüche gegen den Bergbau konsequent und notfalls per Klage durchzusetzen. Insbesondere die öffentlichen Straßen der Stadt Herten befinden sich aufgrund von Bergschäden teilweise in einem katastrophalen Zustand z. B. Herner Straße, Katzenbuschstraße). Eine konsequente Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen — auch durch die Hertener Grundeigentümer — ist nach meiner Auffassung geeignet, den Bergeversatz unter Tage zu fördern. Denn bei steigenden wird das Interesse des Bergbaus an einer „kostengünstigen" aber bergschädenfördernden Raubbaumethode, die die Beschädigung von Grundeigentum billigend in Kauf nimmt, sinken.

Den Rat der Stadt Herten fordere ich auf, keinen „Kuhhandel" — wie z. B. durch die Zurverfügungstellung weiterer Haldenflächen an den Bergbau gegen Bereitstellung von Landesmitteln für ein Jugendzentrum in Herten Süd, die Freizeitanlage Backumer Tal oder andere Projekte — zu tätigen. Ein solcher Handel ist einer und berücksichtigt nicht das Bedürfnis der Hertener Bürger nach einer Beendigung der Aufhaldung von Bergematerial.

Die Ratsherren sollten die Verwaltung auffordern zu prüfen, ob der Bergetransport per LKW nicht einer Sondernutzungserlaubnis bedarf. Bei dem Bergetransport handelt es sich um einen Fahrzeugverkehr nach festgelegtem Plan: Fahrtroute, -ziel und -zweck sind jeweils genau bestimmt! Dasselbe gilt für das zur Beförderung anstehende Gut.

Insgesamt ist der Bergetransport mit dem Linienver-

Durchmarsch-Strategie

Herten. Die Bürgerversammlung gehörte nach Meinung der Bürgerinitiative Halde zur Durchmarsch-Strategie. In einer Stellungnahme heißt es:

„Laut Gemeindeordnung sollen die Bürger vom Rat in einer möglichst frühzeitigen Bürgerversammlung über Planungen informiert werden. Die Informationspflicht kann man z. B. wie in Datteln (hier ging es am 13. 1. 1981 ebenfalls um eine Haldenplanung nach einem Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten) mit dem Bürgermeister, einigen Ratherren und Verwaltungsleuten gut schaffen. In Herten wurden zum gleichen Zweck 23 Experten (ohne Bürgermeister und Stadtdirektor) aufgeboten. Das Anliegen, die Bürgerinformation, war gleich, lediglich in der Zielsetzung der Veranstaltungen bestanden Unterschiede. In Datteln sollte der Standort „Das Loh" abgelehnt werden. In Herten hatte man sich auf die Durchsetzung der Planung eingestellt.

Die Anzahl und die Wissensgebiete der Experten dokumentierten die Durchmarsch-Strategie dieser Veranstaltung. Dem engagierten Einsatz Hertener Bürger ist es zu verdanken, daß heute deutlicher geworden ist

- daß die Haldenplanung auf Menschen keine Rücksicht nimmt;
- daß die Bürgerinformation eine Farce war;
- da- der Sachverstand in kürzester Zeit nicht in der Lage ist, vernünftige Gutachten bzw. Modellsimulationen zu erstellen, die geeignet sein könnten, die gesundheitlichen Bedenken der Bürger auszuräumen;
- daß betriebswirtschaftliche Interessen der Ruhrkohle AG im Wertesystem einiger unserer Kommunalpolitiker vor der Gesundheit der Bürger rangieren;
- daß die Haldenplanung und eventuelle Alternativen keine technischen oder wirtschaftlichen „Sachzwänge" sein können, sondern politisch zu verantworten sind.

Aus dieser Erkenntnis resultieren Forderungen an den Rat der Stadt Herten, die in kürzester Zeit als Bürgeranträge vorgelegt werden.

Eine unserer Hauptforderungen wird die Bildung eines Gremiums sein, das aus Ratsherren aller Fraktionen und aus Bürgern dieser Stadt bestehen soll und die Aufgabe hat, gemeinsam eine Stellungnahme zum Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten zu erarbeiten. Diese Stellungnahme soll im Rat der Stadt Herten und in der Öffentlichkeit bekanntgemacht und diskutiert werden.

Mitglieder der „Bürgerinitiative Halde" stellen sich für dieses Gremium zur Verfügung.

Offizielle Schloß-Öffnung am 3. April

HERTEN. (sp) In Anwesenheit von NRW-Ministerpräsident Johannes Rau soll am Freitag, 3. April, das restaurierte Schloß Herten in einer offiziellen Feierstunde vor geladenen Gästen eröffnet werden. Dies gab gestern abend Stadtdirektor Heinz Pickmann in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bekannt. An dem darauffolgenden Wochenende soll die Bevölkerung dann bei verschiedensten Veranstaltungen das Gebäude, von dem Teile

„Welche Fragestellungen haben Gutachten?"

21.01.81

Haldenkonzept zur Tagesordnung? CDU fordert Antworten im Rat

„Einwohnerversammlung hat erneut Zweifel entstehen lassen" / Vorbereitung

HERTEN. Über vier Stunden diskutierten Experten, Parlamentarier, engagierte Bürger und Vertreter der Verwaltung am letzten Freitag zum Thema „Bergehaldenkonzept". Die CDU-Fraktion gibt nun folgende Stellungnahme zu der Einwohnerversammlung ab:

„Die Einwohnerversammlung zum Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten in der Gesamtschule am 16. Januar hat erneut erhebliche Zweifel an einer ordnungsgemäßen Vorbereitung der Entscheidung des Rates über das Bergehaldenkonzept entstehen lassen. Obwohl die Notwendigkeit von Gutachten zur Verträglichkeit der Großhalde in Herten Süd inzwischen von allen Beteiligten anerkannt ist, ist völlig unklar, ob, wann und von wem solche Gutachten in Auftrag gegeben worden sind.

Die CDU-Fraktion bittet daher in der nächsten Ratssitzung um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Gutachten über die Verträglichkeit der Großhalde in Herten Süd sind zur Vorbereitung der Stellungnahme des Rates der Stadt Herten über das Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten Münster in Auftrag gegeben worden?
- Welche Fragestellung haben diese Gutachten?
- Wer hat diese Gutachten bei wem und wann in Auftrag gegeben?
- Berücksichtigen die Gutachten die in Herten bereits vorliegende Umweltbelastung - insbesondere durch das erweiterte RZR in Herten Süd?
- Ist die Verwaltung der Auffassung, daß bis Ende Mai 1981 ausreichende Untersuchungsergebnisse vorliegen, um den Rat in die Lage zu versetzen, eine verantwortbare Entscheidung über die Großhalde in Herten Süd unter Wahrung der Umweltverträglichkeit und der Gesundheit der Hertener Bevölkerung treffen zu Können?

Wegen der Dringlichkeit dieser Fragen, die sich aus der Einwohnerversammlung ergeben hat, bittet die CDU-Fraktion, die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gem. § 4 der Geschäftsordnung um diese Angelegenheit zu erweitern."

„Presseecho"

Vorwurf dem Bergbau gegenüber:

WAZ 21.1.81

„Mit falschen Karten"

„Der Bergbau spielt schon seit langem mit falschen Karten. Er redet mit verschiedenen Zungen und hat oft andere Konzeptionen erarbeitet als er der Öffentlichkeit zugibt". So ein Diskussionsbeitrag bei der Einwohnerversammlung zum Thema Haldenplanung (die WAZ berichtet).

Chefmarkscheider Heinrich Rawert von der Bergbau AG Lippe wörtlich auf eine Frage zur Bergeschüttfläche westlich der Ewaldstraße (WAZ vom 16. Januar „Hoyer-Plan abgelehnt"): Dieser Bereich ist von uns nicht als Schnittfläche vorgesehen. Das sieht man auch daran, daß dieses Gebiet nicht im Haldenkonzept des Regierungspräsidenten ausgewiesen ist. Ganz anders die Version des BAG-Verantwortlichen bei einem Gespräch mit den Rathausfraktionen am 13. Januar (WAZ-Bericht „Hoyer-Plan abgelehnt"), wo er erklärte, daß der westliche Bereich der Ewadstraße als Reserveschüttfläche vorgesehen ist. Zur Verblüffung führte der Bergbau bei dieser Gelegenheit Pläne vor, auf denen eine Haldenhöhe im Hertener Süden von 140 Meter Höhe konzipiert war.

Skeptisch war man in der Bürgerversammlung auch in der Frage der Vergabe von Gutachten. „Die Verwaltung ist befangen, da sie allem Anschein nach für die Mammuthalde ist", hieß es. „Wenn die geforderten Gutachten vom Bergbau bezahlt werden sollen, können wir uns auch denken wie sie ausfallen."

Stadtdirektor Heinz Pickmann beschwichtigte: „Mit dem Bergbau muß ein Einvernehmen hergestellt werden, wer die Gutachten erstellt." Die Versammlung antwortete mit Lachen. Einige Diskussionsteilnehmer ließen sich auch nicht von ihrer Meinung abbringen, daß die Verwaltung in der Haldenfrage voreingenommen ist. „Für die ist die Haldenzusatzfläche von 53 Hektar doch schon gelaufen". — Die WAZ wird in der morgigen Ausgabe zum Thema Haldenplanung weiter berichten.

(WAZ-Bild: Wiebold)

Arbeitsplatzargument ohne Luft

„Als ich vor der Kirche St. Josef in Disteln Unterschriften gegen die ‚Superhalde' sammelte, winkte ein Herr mit den Worten ab: ‚Ich bin Bergmann!' Wenn ich den Herrn richtig verstehe, dann ist er der Meinung, daß ein Bergmann nicht gegen die Halde sein kann. Warum eigentlich nicht? Immerhin stellt diese Halde doch auch eine potentielle Gefahr für seine Gesundheit dar.

Außerdem müßte doch gerade jeder Bergmann wissen, daß es Möglichkeiten gibt, nicht solche Haldenberge zu produzieren. Vor einigen Jahren wurde die Blasversatztechnik (Rückbringung des Gesteins in die entstandenen Hohlräume) noch in großem Maßstab angewendet. Wen kann denn das Argument überzeugen, daß die Blasversatztechnik mit der Entwicklung des Kohleabbaus

Leserbriefe

nicht Schritt gehalten habe? Der Stand der Technik des Blasversatzes ist abhängig davon, welche Anreize für den Bergbau gegeben sind.

Auf der Zeche Hugo zwingen geologische Schwierigkeiten zum Einsatz dieser Technik. Ansonsten stellt diese Technik einen zusätzlichen Aufwand dar, der sich gewinnmindernd auswirkt. Nun soll aber gerade dies für die Ruhrkohle AG kein Argument sein, denn nach Aussage von Finanzminister Matthöfer hat uns die Kohle in den letzten 10 Jahren rund 30 Mrd. DM Steuergelder gekostet. Zur Zeit sind es etwa 6 Mrd. DM jährlich. (Einheit 18/1980).

Damit ist natürlich auch beim Arbeitsplatzargument die Luft raus. Die heutigen Arbeitsplätze im Bergbau sind weitgehend durch politische Garantien gedeckt. Nur wenn diese Garantien nicht eingehalten werden oder wenn die Unternehmensleitung sich für den Einsatz arbeitsplatzvernichtender Rationalisierungsinvestitionen entscheidet, dann sind Arbeitsplätze gefährdet.

Im Gegenteil bedeuten unsere Forderungen nach dem Vollversatz des Gesteins weitere Arbeitsplätze: Alte Technologien müssen auf den neuesten Stand gebracht werden, Anlagen konstruiert und gebaut werden, dann müssen die Versatzanlagen installiert, gewartet und bedient werden."

Hans-Heinrich Holland
Schützenstr. 84

WAZ 21.1.81

Antrags-Streiflichter

HA

Auszüge aus dem Leitungsantrag der SPD zur Haldenfrage

HERTEN. Beinahe einstimmig akzeptierte der Sonderparteitag der Hertener SPD den Entwurf eines Leitantrages zur Haldenfrage. Nachfolgend Auszüge aus dem Wortlaut des Antrags:

„Bewahrung der Menschen vor Schäden und Beeinträchtigungen, Schutz und Erhaltung von Landschaft und Umwelt, sowie Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sind wesentliche Inhalte sozialdemokratischer Politik. In der Beurteilung von Haldenstandorten, Haldenformen und Haldenschüttungen müssen diese Forderungen als Leitlinie dienen. Durch die Aktivitäten der Hertener SPD ist erstmals ein Konzept zur Schüttung von Halden vorgelegt worden."

Das Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten wird abgelehnt, statt dessen die Forderung: „Wir fordern eine überregionale Entsorgung in der Verbringung von Bergematerial auf Landes- und Bundesebene.

Zur Schüttmenge:

- Wir sind bereit, über die bereits genehmigten Haldenmengen hinaus mittelfristig weitere Schüttflächen zur Verfügung zu stellen,
- zur Sicherstellung der obengenannten überregionalen Entsorgungsplanung und weil wir die Notwendigkeit sehen, die bestehenden Betriebsplanverfahren aufzuheben und damit die geplanten 90-m-Halden zu verhindern und die verfallene Landschaft zu sanieren.

Die im Zuge der genehmigten Halden aufgeschütteten Haldenbauwerke sind umzuwandeln in Landschaftsbauwerke der dritten Haldengeneration (Vertrag Kleinherne) und müssen nach den Gestaltungsrichtlinien des Regierungspräsidenten ausgeführt werden. Weiterhin: Als Ausgleich für die durch den Bergbau bedingten Belastungen fordern wir vom Regierungspräsidenten, vom Land Nordrhein-Westfalen und von der Bundesrepublik Deutschland verbindliche Zusagen über eine besondere finanzielle Förderung von infrastrukturellen Einrichtungen unserer Stadt, wie z. B. Jugendzentrum Herten Süd, Modellplanung und finanzielle Realisierung für das Stadtteilzentrum Herten Süd, Freizeitanlage Backumer Tal, Beseitigung der durch die Hühnerfarm herbeigeführten Geruchsbelästigungen, Verkabelung für die störungsfreie Übertragung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen in den beeinträchtigten Bereichen im Hertener Süden."

CDU-Resümee nach Bürgeranhörung:

Gutachten zur Halde dringlich

Ein erstes politisches Echo brachte die Bürgeranhörung, die am letzten Freitag in der Gesamtschule stattfand. Die CDU nimmt dazu folgendermaßen Stellung:

„Die Einwohnerversammlung zum Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten in der Gesamtschule am 16. 1. 1981 hat erneut erhebliche Zweifel an einer ordnungsgemäßen Vorbereitung der Entscheidung des Rates über das Bergehaldenkonzept entstehen lassen. Obwohl die Notwendigkeit von Gutachten zur Verträglichkeit der Großhalde in Herten-Süd inzwischen von allen Beteiligten anerkannt ist, ist völlig unklar, ob, wann und von wem solche Gutachten in Auftrag gegeben worden sind.

Die CDU-Fraktion bittet daher in der nächsten Ratssitzung um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Gutachten über die Verträglichkeit der Großhalde in Herten-Süd sind zur Vorbereitung der Stellungnahme des Rates der Stadt Herten über das Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten Münster in Auftrag gegeben worden?
- Welche Fragestellung haben diese Gutachten?
- Wer hat diese Gutachten bei wem und wann in Auftrag gegeben?
- Wann werden die beauftragten Gutachten vorliegen?
- Berücksichtigen die Gutachten die in Herten bereits vorliegende Umweltbelastung — insbesondere durch das erweiterte „RZR" in Herten-Süd?
- Ist die Verwaltung der Auffassuug, daß bis Ende Mai 1981 ausreichende Untersuchungsergebnisse vorliegen, um den Rat in die Lage zu versetzen, eine verantwortbare Entscheidung über die Großhalde in Herten-Süd unter Wahrung der Umweltverträglichkeit und der Gesundheit der Hertener Bevölkerung treffen zu können?

Wegen der Dringlichkeit dieser Fragen, die sich aus der Einwohnerversammlung ergeben hat, bittet die CDU-Fraktion, die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gem. § 4 der Geschäftsordnung um diese Angelegenheit zu erweitern."